EDITION MARXISTISCHE BLÄTTER

Helmut Peters

DIE VR CHINA AUS DEM MITTELALTER ZUM SOZIALISMUS

AUF DER SUCHE NACH DER FURT

NEUE IMPULSE VERLAG

Helmut Peters

Die Volksrepublik China: Aus dem Mittelalter zum Sozialismus Auf der Suche nach der Furt

„Unsere Nation wird sich nun in die Gemeinschaft der Frieden und Freiheit liebenden Nationen der Welt einreihen, wird mutig und fleißig arbeiten, sich ihre eigene Zivilisation und ihr eigenes Glück schaffen und zugleich Frieden und Freiheit in der Welt fördern. Unsere Nation wird niemals mehr eine Nation sein, die sich beleidigen und demütigen lässt. Wir sind aufgestanden."

Mao Zedong, 21.September 1949

©Neue Impulse Verlag GmbH • Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Fon 0201-24 86 48 2 • Fax 0201-24 86 48 4 • info@neue-impulse-verlag.de
www.marxistische-blaetter.de
Alle Rechte vorbehalten
Layout: Karl-Heinz Pawlitzki.
Titelgestaltung unter Verwendung eines Fotos von Gisela Blomberg.
Druck: Merkur
ISBN 978-3-910080-71-3
19,80 Euro (D) (A)

Helmut Peters

Die Volksrepublik China: Aus dem Mittelalter zum Sozialismus

Auf der Suche nach der Furt

Inhalt

Einführung ..... S. 12

Kapitel I.

Charakter des chinesischen Transformationsprozesses

1. Der Marxismus über Wege vorkapitalistischer Gesellschaften zum Sozialismus ..... S. 17

2. Zum Charakter der traditionellen chinesischen Gesellschaft und ihrer Veränderungen in der Periode der kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung .. S. 24

Asiatische Produktionsweise? ..... S. 28
Feudalismus? ..... S. 30
Halbfeudale Gesellschaft? ..... S. 32
Verallgemeinerung der neuen Erkenntnisse ..... S. 42

Kapitel II.

Theorie und Praxis der Neuen Demokratie

1. Von der Politik der Sowjetisierung Chinas zur Bildung einer nationalen antijapanischen Einheitsfront des chinesischen Volkes ..... S. 47

1.1. Sowjets und Kampf gegen den japanischen Aggressor? ... S. 52

1.2. Tschiang Kaischek und die nationale antijapanische Einheitsfront ..... S. 57

1.3. Nationale antijapanische Einheitsfront ..... S. 61

Erkenntnisse und Probleme ..... S. 65

2. Inhalt und Wesen der Neuen Demokratie

2.1. Gegenstand, Charakter und Ziel der neudemokratischen Revolution ..... S. 66

2.2. Triebkräfte der neudemokratischen Revolution ..... S. 73

2.3. Vision der neudemokratischen Gesellschaft ..... S. 76

3. Gestaltung der Neuen Demokratie im antijapanischen Widerstandskampf ..... S. 81

3.1. Konzentration der GMD und Japans auf den Kampf gegen die KP Chinas ..... S. 82

3.2. Neudemokratische Politik in den antijapanischen Basen .. S. 84

3.3. Pacht- und Zinssenkung für die Bauern, Verbesserung des Lebens der Arbeiter ..... S. 88

3.4. Von der Neuen Demokratie zu den „Ideen Mao Zedongs" – Kampagne zur „Verbesserung des Arbeitstils" ..... S. 91

Erkenntnisse und Probleme ..... S. 101

4. Mit neudemokratischer Politik zum Sieg der Revolution ..... S. 102

4.1. Mission des USA-Botschafters Patrick Hurley ..... S. 103

4.2. VII. Parteitag der KPCh: Über die Bildung einer nationalen Koalitionsregierung ..... S. 105

4.3. Verhandlungen in Chongqing ..... S. 113

4.4. Gestaltung der Neuen Demokratie in den Befreiten Gebieten während des 3. Bürgerkrieges ..... S. 116

Einleitung der Bodenreform S.117

Befreites Gebiet Nordchina ..... S. 121

Verlagerung des Arbeitsschwerpunktes der KP Chinas .. S. 125

4.5. Gründung der Volksrepublik China ..... S. 131

2. Tagung des VII. ZK der KP China ..... S. 134

Erkenntnisse und Probleme ..... S. 146

Kapitel III.

„Sprung in den Kommunismus" und sein Scheitern (1953-1978)

1. Ökonomische und politische Ausgangspositionen ..... S. 148

2. Abbruch der neudemokratischen Entwicklung, Orientierung auf den unmittelbaren Übergang zum Sozialismus ..... S. 155

3. Gesellschaftliche Veränderungen in der Zeit des 1. Fünfjahrplanes

3.1. Ausgestaltung und Festigung der politischen Macht .... S. 163

1. Tagung des I. Nationalen Volkskongresses ..... S. 166
VIII. Parteitag der KP Chinas ..... S. 170
Kampagne gegen „Rechte" ..... S. 173

3.2. Vergesellschaftung des Privateigentums an Produktionsmitteln auf der Grundlage rückständiger gesellschaftlicher Produktivkräfte ..... S. 177

Beschleunigte Kollektivierung der Landwirtschaft ..... S. 178
Beschleunigte sozialistische Umgestaltung des Handwerks und des kapitalistischen Sektors ..... S. 183

3.3. Der 1. Fünfjahrplan (1953-1957) und seine Verwirklichung ..... S. 191

3.4. Für Frieden, Zusammenarbeit und Sozialismus ..... S. 198

Indochina-Konferenz ..... S. 202

Erkenntnisse und Probleme ..... S. 211

4. Zeit der „drei roten Banner" und der ersten großen gesellschaftlichen Erschütterungen (1958-1960) .. S. 212

4.1. Einleitung des „großen Sprungs nach vorn" ..... S. 214

„Schlacht um Getreide" ..... S. 217
2. Tagung des VIII. Parteitages ..... S. 221
„Schlacht um Stahl" ..... S. 225

4.2. Volkskommune als „goldene Brücke in den Kommunismus“ ..... S. 231

Aufkommen eines „kommunistischen Windes“ ..... S. 238
Lushaner Plenum und seine Auswirkungen..... S. 242

4.3. Erste Schritte in der Veränderung der internationalen Politik der VR China..... S. 247

Erkenntnisse und Probleme..... S. 252

5. Auseinandersetzungen über das Ausmaß der Veränderungen zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft, Weichenstellung für den „Klassenkampf“ gegen den „Revisionismus“ ..... S. 255

5.1. Einleitung von strategischen Korrekturen..... S. 256

„Tagung der Siebentausend“ ..... S. 257
„Tagung im Westgebäude“..... S. 259

5.2. Das 10. Plenum des VII. ZK der KP Chinas ..... S. 262

Erkenntnisse und Probleme..... S. 269

5.3. Zuspitzung der Polemik und die Abspaltung der KP Chinas von der IKB ..... S. 270

5.4. Gesellschaftliche Entwicklung am Vorabend der „Kulturrevolution“..... S. 273

Erkenntnisse und Probleme..... S. 285

6. „Große proletarische Kulturrevolution (1966-1976)

6.1. „Zwei Linien“ in der KP Chinas und die mit der „Kulturrevolution“ verfolgte Gesellschaftsvision Mao Zedongs..... S. 286

6.2. Auslösung der „Kulturrevolution“ ..... S. 290

„Mitteilung des 16. Mai“..... S. 292
11. Tagung des VIII. ZK der KP Chinas..... S. 295

6.3. „Kulturrevolution in voller Entfaltung..... S. 297

Schaffung neuer Machtorgane führt zum Bürgerkrieg... S. 303

12. Plenum des VIII. ZK der KP Chinas ..... S. 307
IX. Parteitag der KP Chinas..... S. 311

6.4 Übergang Mao Zedongs zu einer Politik der Einheit und Entwicklung der Produktion bei Fortsetzung des Kampfes gegen „Rechts“..... S. 315

„Konterrevolutionäre Verschwörung“ Lin Biaos ..... S. 317
Zhou Enlais Engagement für eine Rückkehr zur Normalität..... S. 322
X. Parteitag der KP Chinas ..... S. 325
Auf und Ab der Auseinandersetzungen, das Ende der „Viererbande“ ..... S. 329

6.5. Die internationale Politik Chinas in der Zeit der „Kulturrevolution“ ..... S. 333

1966-1969 ..... S. 334
1970-1976 ..... S. 341
Tätigkeit der VR China in der UNO ..... S. 351
Spaltertätigkeit gegenüber der kommunistischen Weltbewegung..... S. 353
Resümee..... S. 356

Kapitel IV.

Die Alternative der KP Chinas zum „Sprung in den Kommunismus“ (1977-2008...)

1. Gesellschaftliche Situation Mitte der 70er Jahre..... S. 359

2. Die Suche nach einem neuen Weg für die sozialistische Entwicklung des Landes (1977 -1992)

2.1. Der Weg zur Wende..... S. 363

XI. Parteitag der KP Chinas..... S. 365

3. Tagung des XI. ZK der KP Chinas ..... S. 370

2.2. Beginnende Regulierung der Volkswirtschaft ..... S. 374

„Kurs der acht Schriftzeichen“ ..... S. 378

2.3. Hinwendung zum „Sozialismus chinesischer Prägung“

Die vier Grundprinzipien ..... S. 381

Zusammenfassende Einschätzung der ersten 32 Jahre der VR China ..... S. 383

Der XII. Parteitag der KP Chinas ..... S. 390

Erkenntnisse und Probleme ..... S. 394

2.4. Erste Etappe der Wirtschaftsreform (1978-1992) ..... S. 396

Die Wirtschaftsreform beginnt auf dem Dorf ..... S. 397

Übergang zur allseitigen Reform und Öffnung des Landes nach außen ..... S. 400

Hinwendung der KP Chinas zur Marktwirtschaft ..... S. 405

Erkenntnisse und Probleme ..... S. 411

2.5. Politische Entwicklungen nach dem XII. Parteitag ..... S. 413

Beschluss über den Aufbau der geistigen Zivilisation ... S. 416

Der XIII. Parteitag der KP Chinas ..... S. 422

Erkenntnisse und Probleme ..... S. 426

2.6. Ökonomischer und sozialer Entwicklungsstand am Ende der ersten Etappe der Wirtschaftsreform S.429

2.7. Internationale Politik im Zeichen der Reform- und Öffnungspolitik (1978-1992) ..... S. 432

3. „Chinesisches Wunder“ (1993-2002)

3.1. Politische Entwicklung vom XIV. zum XVI. Parteitag ... S. 441

Ableben Deng Xiaopings ..... S. 448

Erkenntnisse und Probleme ..... S. 454

Der XV. Parteitag der KP Chinas ..... S. 455

Reformpolitik Ende der 90er Jahre ..... S. 459

Entwicklung der KP Chinas vor dem XVI. Parteitag .... S. 464

Erkenntnisse und Probleme ..... S. 468

Der XVI. Parteitag der KP Chinas ..... S. 469
3.2. Ökonomische und soziale Entwicklung 1992-2002 ..... S. 472
Die neue Eigentumsstruktur ..... S. 475
Die neue Sozialstruktur ..... S. 479
3.3. Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) ..... S. 487
4. Strategische Veränderungen in Verfolgung alter Ziele (2003-2008)
4.1. Gesellschaftliche Probleme und Widersprüche zu Beginn der Amtszeit Hu Jintaos..... S. 492
4.2. Die Entwicklung der KP Chinas und ihre Strategie..... S. 501
„Wissenschaftliche Auffassung von der Entwicklung"... S. 502
Erkenntnisse und Probleme..... S. 510
„Die harmonische sozialistische Gesellschaft" ..... S. 511
Erkenntnisse und Probleme..... S. 519
Der XVII. Parteitag der KP Chinas ..... S. 521
Erkenntnisse und Probleme..... S. 531
Bewegung in der Taiwan-Frage ..... S. 532
4.3. Die neue Außenpolitik ..... S. 536
Resümee..... S. 550
Epilog ..... S. 554
Anmerkung zu „China und die globale Krise"..... S. 562

Anhang I
Mitgliedschaft der KP Chinas Juni 2007..... S. 564

Anhang II
Auswahl wichtiger Tagungen der KP Chinas..... S. 566
Über den Autor ..... S. 580

Einführung

„Ich hatte ursprünglich nicht vor, dieses Buch zu schreiben. Dass ich meine Meinung änderte, hat zwei Gründe. Zum einen habe ich als Sinologe durch die eigene Forschung Einsichten in die konkrete Entwicklung der Volksrepublik China gewonnen, die das generelle Verständnis revolutionärer Prozesse unserer Zeit tangieren. Zum anderen hat mich die Debatte unter Linken in der Chinafrage veranlasst, meine Sicht in dieser Frage ausführlicher darzulegen und zu begründen. Es geht schließlich um ein Fünftel der Menschheit, das aus der Sicht der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag „dem Westen ... in zunehmendem Maße die Systemfrage (stellt) und (ihn)... als alternatives politisches Ordnungsmodell ... herausfordert".[1]

Mit dem Ausbruch und der Vertiefung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise des kapitalistischen Systems hat die Beantwortung der Frage nach der Systemalternative für die Kräfte in der Welt, die eine neue Welt anstreben, eine unmittelbare Bedeutung angenommen. Progressive Veränderungen an der bisherigen Peripherie des kapitalistischen Weltsystems stimulieren die Debatte über mögliche Wege, auf denen unter den heutigen internationalen, regionalen und nationalen Gegebenheiten der Systemwandel eingeleitet werden könnte. Objektive und subjektive Bedingungen weisen uns nachdrücklich darauf hin, dass die Beantwortung der Frage nach einer Alternative zum gegenwärtigen kapitalistischen System für einzelne Länder und Regionen sehr unterschiedlich ausfallen kann. Einen Beweis liefert die VR China. Wird die chinesische Entwicklung neue interessante Perspektiven für eine alternative Welt eröffnen?

Über China, seine Geschichte und Gegenwart sind schon unzählige Bücher geschrieben worden. Ich habe mir nicht die Aufgabe gestellt, in ähnlicher Weise die Vorgeschichte und Entwicklung der Volksrepublik China in ihrer ganzen Komplexität niederzuschreiben. In meinem Verständnis ist eine solche Aufgabe mit der Theorie und Methodik einer einzelnen Wissenschaft auch nicht zu lösen. Der

1 „Asien als strategische Herausforderung und Chance für Deutschland und Europa". Asienstrategie der CDU/CSU-Bundestagesfraktion, Beschluss vom 23.Oktober 2007, in; www.cducsu.de

komplexe Charakter einer Gesellschaft verlangt die interdisziplinäre Zusammenarbeit mehrerer Wissenschaften, um ein solches Vorhaben seriös angehen zu können. In meiner Veröffentlichung gehe ich der Frage nach, die mich seit langem beschäftigt, worin die Ursachen für den wechselhaften Verlauf der neuesten Geschichte Chinas liegen könnten. Dabei bin ich auf das Problem der Dialektik von nationalen Gegebenheiten und Strategie gestoßen. Das unterschiedliche Herangehen der KP Chinas an diese Problematik hat offensichtlich auch in der Volksrepublik China zu historischen Fortschritten wie zu schweren Rückschlägen geführt. Ohne eine richtige Einschätzung der nationalen Ausgangsbedingungen hätte es die KP Chinas seit 1978 kaum vermocht, nicht nur die Folgen der „Kulturrevolution" zu überwinden und das historische Scheitern des „frühen Sozialismus" zu überleben, sondern darüber hinaus auch die Modernisierung des Landes zu beschleunigen und den Einfluss Chinas in der Welt auszubauen.

Das Besondere des Transformationsprozesses der chinesischen Gesellschaft zu erkennen und in der Bewertung der gegenwärtigen Entwicklung Chinas zu beachten, ist für das Herangehen an die chinesische Frage von fundamentaler Bedeutung. Entwicklungen in China oder in anderen Teilen der Welt aus europäischer Sicht, durch eine „europäische Brille" zu betrachten, wird zu Fehleinschätzungen führen. Revolutionäre Veränderungen verlaufen in einer vorkapitalistischen Gesellschaft eben anders als in einer kapitalistischen. So stellt sich in vorkapitalistischen Gesellschaften das Problem der zivilisatorischen, materiellen und geistigen Voraussetzungen für den Sozialismus in grundsätzlicher Art. Die chinesische Entwicklung macht uns darauf aufmerksam, dass die daraus resultierenden Unterschiede den Transformationsprozess einer Gesellschaft zum Sozialismus im Inhalt und im Weg über einen sehr langen Zeitraum wesentlich beeinflussen können. Die sozialistische Weltbewegung beschreitet auch hier Neuland. China, vom Charakter und Entwicklungsstand seiner Produktivkräfte her ein großes Entwicklungsland mit einem erheblichen Gefälle zwischen dem Osten und dem Westen des Landes, hat über Jahrzehnte hinweg auf diesem Wege reiche positive wie negative Erfahrungen gesammelt. Ihre Auswertung kann dazu beitragen, diese besondere Problematik theoretisch aufzuarbeiten. Meine Veröffentlichung soll dazu beitragen.

Ich halte es für wichtig, dem Leser erst einmal zu ermöglichen, sich selbst ein Bild über die einzelnen Entwicklungen zu machen. Deshalb habe ich meine kritischen Anmerkungen im Wesentlichen immer nach den Darlegungen der Ereignisse unter der Rubrik „Erkenntnisse und Probleme" zusammengefasst.

Die gegenwärtige Konzeption der KP Chinas für den Aufbau eines „Sozialismus chinesischer Prägung" wird unter inneren und äußeren Bedingungen realisiert, die marxistische und andere progressive Kräfte des Auslands irritieren können. Das betrifft insbesondere das Verhältnis der Partei zum Kapitalismus und zum kapitalistischen Weltsystem. Das wirft in der Tat gewichtige Fragen auf. Kann überhaupt von einer sozialistischen Gesellschaft die Rede sein, wenn sich eine neue nationale Bourgeoisie herausbildet, sich der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital zu einem wesentlichen gesellschaftlichen Widerspruch entwickelt und der Schutz des Privateigentums an Produktionsmitteln in die Verfassung aufgenommen wird? Ist der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft unter den Bedingungen einer Integration in die gegenwärtige ökonomische und politische Weltordnung überhaupt möglich? In welcher Beziehung stehen in der gegenwärtigen Strategie der KP Chinas das sozialistische Ziel und die Entwicklung der Weltmacht China? Es ist aber auch zu fragen, ob die KP Chinas dazu unter den gegebenen internationalen Bedingungen überhaupt eine reale Alternative hat. Zu diesen und anderen Problemen äußere ich im Buch meine Sicht der Dinge.

Wissenschaft zu betreiben, heißt für mich wahrhaftig zu sein, die Wahrheit konsequent „in den Fakten zu suchen". Das lehrte mich mein Lehrer, Prof. Dr. habil. Eduard Erkes, an der Karl-Marx-Universität zu Leipzig, der ein profunder Kenner der alten Kultur Chinas war. Das ist auch die Konsequenz, die ich aus meinem politischen Leben gezogen habe. Ich schicke diese Gedanken voraus, weil ich mit dieser Veröffentlichung die Entwicklung der KP Chinas und der Volksrepublik China wiederum solidarisch-kritisch begleite. Selbst politisch schwere Zeiten konnten nichts an meiner Achtung vor dem chinesischen Volk und seinen schwer errungenen Erfolgen, an meiner Zuneigung zu diesem Volk und seiner Kultur ändern. Dennoch: Eine Wissenschaft, die sich durch irgendwelche Tabus einschränken lässt, wird nicht in der Lage sein, die ihr zugedachte

Funktion zu erfüllen, aus der Geschichte Erkenntnisse für den Fortschritt in Gegenwart und Zukunft zu gewinnen. Und in der Politik können Kommunisten, gleich in welchem Lande, nur an Kraft, Ansehen und Einfluss in ihren Völkern gewinnen, wenn sie auch ihre politischen Fehler und Schwächen aus der Vergangenheit konsequent aufarbeiten und die Lehren daraus ziehen. Ein Tabu wäre hier ebenso fehl am Platze.

Die Veröffentlichung ist als ein Beitrag zur gegenwärtigen Aufarbeitung der chinesischen Problematik gedacht. Ich hoffe, dass sie dieser Debatte Impulse zu geben vermag. Viele Erkenntnisse über China scheinen gesichert, ebenso viele aber auch strittig. „Das Wertvollste an der wissenschaftlichen Problematik", schrieb der Ökonom und Demograph Ma Yinchu, „ist das Streitgespräch. Je mehr du disputierst, desto klarer wird die Sache."[2] In diesem Sinne lege ich den Lesern meine Schrift „Die VR China: Aus dem Mittelalter zum Sozialismus. Auf der Suche nach der Furt" vor.[3]

Meine Ausarbeitung beruht, so weit es mir möglich war, auf chinesischen Primärquellen oder auf Veröffentlichungen, die diesen Quellen gleichzusetzen sind. Das betrifft insbesondere die Erinnerungen eines bedeutenden Wirtschaftspolitikers der Volksrepublik, Bo Yibo. Seine zwei in chinesischer Sprache vorliegenden Bände „Rückschau auf einige wichtige Entscheidungen und Angelegenheiten" aus dem Jahre 1993 werden von chinesischen Historikern der Sache nach als eine solche Quelle behandelt. Sie waren für mich nicht zuletzt deshalb von besonderem Interesse, weil sie zugleich eine wohl authentische Quelle für Äußerungen Mao Zedongs nach 1957 sind, die ich anderweitig nicht fand. An Sekundärliteratur möchte ich zwei Werke herausheben: die drei Bände „China im Zeitalter Mao Zedongs (1949-1976)", erschienen 2003 in Beijing, und die „Biografie Mao Zedongs 1893-1976", ebenfalls in drei Bänden, erschienen 2004 ebenfalls in Beijing. Beide Ausgaben wurden vom Verlag für Dokumente des ZK der KP Chinas besorgt. Auf eine gesonderte Liste der verwendeten Literatur

2. Zitiert aus „Chinesische Weisheiten", herausgegeben von Helmut Peters und Zhang Guangming, Düsseldorf 2008, S. 74.
3. Ich nutze den Vergleich einer Suche nach der Furt an Anlehnung an das im Chinesischen gebräuchliche Bild, „Stein für Stein ertastend den Fluss zu überqueren", um sein Ziel zu erreichen.

habe ich verzichtet, da der Leser die von mir benutzten Quellen in den Fußnoten notiert findet.

Dem Ziel, einen Beitrag für die China-Diskussion unter breiten Kreisen der Marxisten und anderen progressiven Kräften zu leisten, habe ich auch die sprachliche Abfassung der Schrift untergeordnet. In den zurückliegenden fünf Jahrzehnten weilte ich insgesamt acht Jahre als Aspirant, als diplomatischer Mitarbeiter der DDR-Botschaft und zu mehreren Studienaufenthalten in der Volksrepublik China. Mit anfänglicher Begeisterung erlebte ich den „Großen Sprung nach vorn", und mit der „Großen Proletarischen Kulturrevolution" hatte ich viele hautnahe Berührungen. Die Erfahrungen, die ich dabei sammeln konnte, habe ich in diese Veröffentlichung einfließen lassen. Ich habe dafür einen Sprachstil gewählt, der sowohl wissenschaftlichen Erfordernissen entsprechen soll als auch die persönliche Note nicht verhehlt.

Es bleibt mir, mich für die freundliche Unterstützung und kritische Begleitung dieser meiner Arbeit zu bedanken. Der Dank gilt meiner Frau, Ingrid Peters, die meine erste kritische Leserin gewesen ist, dem Genossen Robert Steigerwald sowie meinen Freunden Alfred B. Neumann und Erich Keindorf für ihre kritischen Hinweise und Einschätzungen. Er gilt vor allem auch Klaus Leger, der diese Veröffentlichung möglich machte und mir in dieser Zusammenarbeit ein guter Freund geworden ist.

Berlin, im März 2009

★ I. Charakter des chinesischen Transformationsprozesses

1. Der Marxismus über Wege vorkapitalistischer Gesellschaften zum Sozialismus

Die politischen Linken debattieren seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten über die Ursachen für das Scheitern des Versuchs, in der Sowjetunion und den anderen Ländern des damaligen „Lagers des Friedens und des Sozialismus" eine sozialistische Gesellschaft zu errichten.[4] Ein neuer Aufschwung der sozialistischen Weltbewegung dürfte auch davon abhängen, inwieweit es gelingt, dieses historische Experiment in seinen Voraussetzungen, seiner Entwicklung und seinen positiven wie negativen Ergebnissen im Kontext der internationalen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus wissenschaftlich aufzuarbeiten. Eine überzeugende Einschätzung dieser Problematik auf der Grundlage von detaillierten Untersuchungen liegt jedoch noch nicht vor. Hinzu kommt, dass sich die Meinungen der verschiedenen linken Strömungen auch in dieser Frage deutlich unterscheiden.

Eines ist fast allen ihren Einschätzungen gemeinsam: Sie gehen der Sache nach ausschließlich davon aus, dass der „reale Sozialismus" auf der Grundlage eines Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus entstand. Das ist schon erstaunlich; denn bekanntlich traf diese Voraussetzung im Grunde nur auf die DDR und die CSSR zu. In allen anderen Ländern hatte der Transformationsprozess zum Sozialismus mehr oder weniger aus kapitalistisch schwach entwickelten bzw. vorkapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen heraus begonnen. Dieser wesentliche Unterschied in den historischen nationalen Ausgangsbedingungen bleibt offenbar auch in den Diskussionen über den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" in Lateinamerika weitgehend unbeachtet. Verfallen wir hier schon wieder in einen

4. Auch in der Programmatik kommunistischer Parteien fand das seinen Niederschlag, siehe das Programm der Deutschen Kommunistischen Partei.

alten Fehler? Für mich ist die Ignorierung dieser wesentlichen historischen und nationalen Realität und der darauf beruhenden Auffassung von „einem Weg“ zum Sozialismus und von einem „sozialistischen Grundmodell“ eine der grundlegenden Ursachen für das Scheitern des „realen Sozialismus“.

Parteien wie die KP Chinas und die KP Vietnams verfügen bereits über reiche Erfahrungen mit dem historischen Experiment, aus im Wesentlichen vorkapitalistischen Verhältnissen zum Sozialismus überzugehen. Sie hatten begonnen, das Modell des „realen Sozialismus“ unter ihren nationalen Bedingungen zu verwirklichen, Rückständigkeit und Armut auf einem noch niedrigen Niveau zu überwinden und neue gesellschaftliche Verhältnisse zu erproben. Nach dem Scheitern dieses Experiments begannen sie, in Auswertung ihrer positiven wie negativen Erfahrungen einen neuen Weg mit sozialistischer Perspektive zu suchen und zu beschreiten.

Es ist in der Geschichte durchaus nichts Ungewöhnliches, wenn sich neue Gesellschaftsformationen in der Art von „trial and error“ ihren Weg bahnen. Marx und Engel machten nicht ohne Grund auf die langen Geburtswehen der sozialistischen Gesellschaft aufmerksam. Lenin knüpfte an diesen Gedanken an, als er davon sprach, dass „diese neue Gesellschaft wiederum eine Abstraktion ist, die nicht anders verwirklicht werden kann als durch eine Reihe mannigfaltiger, unvollkommener konkreter Versuche, diesen oder jenen sozialistischen Staat zu schaffen“.[5]

Augenscheinlich spielten bei diesem Experiment in Ländern wie China und Vietnam beim ersten Anlauf die Überlegungen, die wir bei Marx, Engels und Lenin zur Problematik des Übergangs zurückgebliebener Länder zum Sozialismus finden, keine bzw. keine wesentliche Rolle. Hingegen war der Einfluss der Auffassung Stalins auf die Strategien der kommunistischen Parteien dieser Länder und die Wahl ihres „Sozialismus-Modells“ maßgeblich. Das war im bestimmten Maße verständlich; denn es gab als sozialistisches Land nur die Sowjetunion, die dabei war, sich zu einer Weltmacht zu entwickeln.

Marx und Engels, vor allem Lenin, Theoretiker und Führer einer Partei, die zum ersten Male den Aufbau einer sozialistischen Ge-

5. W. I. Lenin, Werke, Band 32, Berlin 1967, S. 348.

sellschaft in Angriff genommen hatte, in dieser Frage erschöpfend zu konsultieren, wäre für diese Parteien von großem Nutzen gewesen. Lenin wurde zitiert, aber aus der Sicht Stalins. Die Früchte seines schöpferischen Nachdenkens über den Sozialismus im Allgemeinen und den Übergang aus vorkapitalistischen Verhältnissen zum Sozialismus im Besonderen blieben im Grunde ungenutzt. Das betrifft zum Beispiel drei seiner wegweisenden Thesen, die durch die Praxis der sozialistischen Weltbewegung mehrfach bestätigt wurden und die ihre Bedeutung nicht eingebüßt haben:

1. Jedes Land hat im Rahmen der allgemeinen Weltgeschichte seine spezifischen materiellen und geistigen Gegebenheiten, Traditionen und nationalen Befindlichkeiten. Sie bedingen, dass ein jedes Volk seinen eigenen Weg zum Sozialismus suchen und beschreiten muss. Wir können deshalb davon ausgehen, dass der Sozialismus nicht nur in seinen Wegen, sondern auch in seiner inhaltlichen Ausgestaltung vielfältig sein wird.
2. Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft setzt voraus und bedingt die umfassende Aneignung des materiellen und geistigen Fortschritts der Menschheit. Das betrifft vor allem die Entwicklung moderner gesellschaftlicher Produktivkräfte, aber auch die Aufnahme des progressiven politischen und kulturellen Erbes der Menschheit. Lenin sprach in diesem Zusammenhang von der „bürgerlichen Kultur" als einer „zivilisatorischen Voraussetzung" für den Sozialismus.
   Zwischen der – aus welchen Gründen auch immer – unzureichenden Aneignung der Gesamtheit der „Erfahrungen des Kapitalismus" und dem Scheitern des „realen Sozialismus" sehe ich einen inneren Zusammenhang.
3. Die sozialistische Gesellschaft kann nicht nach einem vorgefassten Modell (einer „vorauseilenden" Theorie) entwickelt werden. Ausgangspunkt ihrer Entwicklung wie ihrer Theorie sind die gesellschaftlichen, insbesondere die materiellen Gegebenheiten des betreffenden Landes und die gesammelten Erfahrungen der gesamten Bewegung.

Der Sozialismus definiert sich bisher immer noch überwiegend als Antithese zum real existierenden Kapitalismus (keine Ausbeutung,

soziale Gerechtigkeit, ökologisches Wirtschaften, nach wie vor bürgerliches Recht u. ä.). Das kann nicht anders sein, weil der Sozialismus als Gesellschaftsordnung noch niemals errichtet worden ist. Im Prozess seiner Entwicklung wird sich der Sozialismus auf seiner eigenen Grundlage entwickeln und seine spezifischen Wesenszüge und Eigenschaften als Gesellschaftsordnung entfalten. Sein allgemeines Wesen wird sich letztlich erst durch einen Vergleich zwischen einer Reihe von Ländern bestimmen lassen, in denen die sozialistische Gesellschaft in der Gesamtheit ihrer Komponenten auf dem entsprechenden Entwicklungsniveau geschaffen worden ist (Lenin).

Karl Marx und Friedrich Engels waren die Ersten, die sich dem Problem der Entwicklung des Sozialismus in zurückgebliebenen Ländern zuwandten. Bekannt und vielfach interpretiert legten sie ihre Auffassungen am Beispiel der damaligen russischen Dorfkommune dar. Ihre These lautete, dass für die russische Dorfkommune unter bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen die Möglichkeit bestände, zum Sozialismus überzugehen, ohne das Entwicklungsstadium des Kapitalismus durchlaufen zu müssen. Die Voraussetzung war, dass die Dorfkommune auf dem Gemeineigentum beruhte und noch nicht „kapitalisiert" wäre.

Die Bedingung sahen Marx und Engels in der vollzogenen proletarischen Revolution einer Reihe von entwickelten kapitalistischen Ländern. Diese Länder sollten dann mit ihrem Beispiel und ihrer Hilfe die direkte Transformation der russischen Dorfkommune aus den vorkapitalistischen Verhältnissen zum Sozialismus ermöglichen. Mit anderen Worten: Es wäre ein nichtkapitalistischer Weg zum Sozialismus gewesen, gewissermaßen ein Sprung aus dem Vorkapitalismus direkt in den Sozialismus. Aus dieser Vorstellung entstand die „Theorie des Sprunges". Diese Theorie und die Theorie vom nichtkapitalistischen Entwicklungsweg besagen im Grunde dasselbe. Beide sind objektiv an die zwei Bedingungen gebunden, die ich oben genannt habe: 1. die Existenz eines oder mehrerer sozialistischer Staaten, in deren Entwicklung der menschliche Fortschritt ihrer Zeit aufgehoben ist, 2. und eine im Wesentlichen oder doch weitgehend vorkapitalistische Gesellschaft, die sich nach dem Beispiel und mit der Hilfe dieser sozialistischen Staaten entwickeln und damit das kapitalistische Entwicklungsstadium überspringen kann.

Die Geschichte entwickelte sich bekanntlich anders. Es kam zu

keiner proletarischen Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas, und der Kapitalismus begann, die russische Dorfkommune nach seinen Gesetzen und Erfordernissen umzugestalten. So blieb der nichtkapitalistische Weg zum Sozialismus für eine längere Zeit nur eine theoretische Erwägung.

Anders als von Marx und Engel angenommen, brachen die Revolutionen nicht in den entwickelten kapitalistischen Zentren, sondern in den schwächsten Kettengliedern des kapitalistischen Weltsystems aus – im „halbasiatischen" Russland mit einer anfänglichen kapitalistischen Entwicklung und durchsetzt von vorkapitalistischen Elementen, und danach in den Ländern des Ostens. Unter diesen gänzlich anderen Bedingungen der Revolution war es Lenin, der auf die Frage, ob und wie ein Übergang aus vorkapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen zum Sozialismus zu verwirklichen wäre, eine Antwort suchte und fand.

Wir müssen uns hier zunächst der Polemik zuwenden, die Kautsky und Plechanow 1917 gegen Lenin und die Oktoberrevolution führten. Aus ihrer Sicht waren die materiellen Bedingungen für eine sozialistische Revolution in Russland noch nicht gegeben. Auf der Tagesordnung stand ihrer Meinung nach eine bürgerliche (demokratische) Revolution unter Führung der Bourgeoisie und erst im weiteren Verlauf der Entwicklung die sozialistische Revolution.

Eine Schwarz-Weiß-Einschätzung dieser Position würde der Gesamtheit der damaligen Bedingungen nicht entsprechen. Aus meiner Sicht enthielt diese Position etwas Richtiges und etwas Falsches. Richtig war, dass in Russland die materiellen und geistigen Bedingungen für eine sozialistische Revolution noch unzureichend vorhanden waren. Falsch war an der Position Kautskys und Plechanows, die Revolution der mit den Feudalkräften verbundenen Bourgeoisie überlassen zu wollen. Es wäre ohne jeden Zweifel ein Fehler der Bolschewiki gewesen, der Auffassung von Kautsky und Plechanow zu folgen. Eine ganz andere Frage war, in welche Richtung sie die Revolution hätten lenken müssen.

Aus heutiger Sicht wäre es erforderlich gewesen, sich zunächst einmal darauf zu konzentrieren, die wesentlichen materiellen und geistigen Voraussetzungen und Bedingungen für den Sozialismus zu

schaffen. Die Bolschewiki jedoch überschätzten 1917 offensichtlich den gesellschaftlichen Entwicklungsstand Russlands. Sie gingen dazu über, die Überlegungen von Marx für den Übergang zum Sozialismus in entwickelten kapitalistischen Ländern in Russland anzuwenden und Kurs auf den sofortigen und direkten Übergang zum Sozialismus zu nehmen.[6]

Die im Ergebnis des Kriegskommunismus[7] 1920/1921 ausgebrochene Krise veranlasste Lenin, sich in der Einschätzung des Entwicklungsstandes der russischen Gesellschaft grundlegend zu korrigieren und die sozialistische Strategie der KPR entsprechend zu überdenken. Bezeichnend war, dass er in diesem Augenblick davon sprach, dass die neue Gesellschaft, wie bereits zitiert, nur „durch eine Reihe mannigfaltiger, unvollkommener, konkreter Versuche, diesen oder jenen sozialistischen Staat zu schaffen" verwirklicht werden könne.

Nüchtern schätzte er jetzt ein, dass in Russland noch nicht einmal die „materielle, ökonomische, produktionstechnische ... ‚Vorstufe' des Sozialismus" erreicht worden wäre, die es allein ermöglichen würde, „zur Tür des Sozialismus hinein(zu)gehen". Unter dieser „Vorstufe" verstand er den „staatsmonopolistischen Kapitalismus".[8] Es gelte, „mit Hilfe des aus der großen Revolution geborenen Enthusiasmus, auf Grund des persönlichen Interesses, der persönlichen Interessiertheit, der wirtschaftlichen Rechnungsführung ..., **zuerst feste Stege zu bauen, die in einem kleinbäuerlichen Land über den Staatskapitalismus zum Sozialismus führen** (Hervorhebung durch den Verfasser)."[9] In der Nutzung des Kapitalismus, vor allem in seiner staatskapitalistischen Form, sah er die Antwort auf seine Frage, „welche vermittelnden Wege, Methoden, Behelfe und Hilfsmittel notwendig sind, um von den vorkapitalistischen Verhältnissen zum Sozialismus überzugehen." Und er begründete diese seine Auffassung folgendermaßen: „Der Kapitalismus ist ein Übel gegenüber dem Sozialismus. Der Kapitalismus ist ein Segen gegenüber dem Mittelalter, gegenüber der Kleinproduktion, gegenüber dem mit der Zersplitterung der Kleinproduzenten zusammenhängenden Büro-

6. Vergl. Lenin, die „Aprilthesen" und „Staat und Revolution" , den 18. Parteitag der KPR 1918 und den Kurs auf den Kriegskommunismus..
7. W. I. Lenin, Werke, a.a.O., S. 348.
8. Ebd., Band 33, Berlin 1967, S.38.
9. Ebd.
10. Ebd., S. 348

kratismus. Insofern wir noch nicht imstande sind, den unmittelbaren Übergang von der Kleinproduktion zum Sozialismus zu verwirklichen, insofern ist der Kapitalismus in gewissem Maße unvermeidlich als elementar entstehendes Produkt der Kleinproduktion und des Austauschs, und insofern müssen wir uns den Kapitalismus zunutze machen ..."[10] Die Tatsache, dass Russland „in der Entwicklung der Produktivkräfte noch nicht die Höhe erreicht (hatte), bei welcher der Sozialismus möglich wäre", hatte Lenin einen anderen Übergang suchen lassen, „um die grundlegenden Voraussetzungen der Zivilisation zu schaffen".[11] Zu diesen „zivilisatorischen Voraussetzungen" für den Sozialismus gehört aus seiner Sicht auch die Aneignung aller Erfahrungen des Kapitalismus. Für ihn waren die, die dieses Erfordernis ignorieren, kommunistische Bücherwürmer oder Prahlhänse. Es ist deshalb kein Zufall, dass wir bei Lenin mit dem Übergang zur NÖP auf die Forderung stoßen, sich die „bürgerliche Kultur" anzueignen, den Begriff des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges hingegen nicht finden.

Die äußeren Bedingungen, um den Übergang Sowjetrusslands aus dem Vorkapitalismus zum Sozialismus in der Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus absichern zu können, waren für Lenin zum einen die Unterstützung des internationalen Proletariats und zum anderen das Bündnis mit den nationalen Befreiungsbewegungen, vor allem in den Ländern des Ostens und hier wiederum Chinas und Indiens.

Ergo: Lenin schuf mit seinen Überlegungen zur NÖP[12] einen grundlegenden theoretischen und praktischen Ansatz für eine allgemeine Lösung des Übergangs vom Mittelalter zum Sozialismus, solange die von Marx und Engels skizzierten Bedingungen für einen nichtkapitalistischen Weg nicht gegeben sind.

Stalin brach die NÖP ab, ignorierte diese neuen Überlegungen Lenins[13] und kehrte der Sache nach zu den Auffassungen der Bolschewiki aus der Zeit vor 1921 zurück. Unter ihm nahm die

11. Ebd können., a.a.O., Band 33, S.464.
12. Auf andere Wesenselemente der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) wie die Herstellung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und die Rolle der Gewerkschaft für die Leitung und Umgestaltung des industriellen Sektors wird an anderer Stelle einzugehen sein.
13. In der unter Stalins Diktion verfassten „Kurzen Geschichte der KPdSU(B)" wird dieser neue gesellschaftsstrategische Ansatz Lenins in den Ausführungen über die NÖP einfach weggelassen. Vergl. „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)", SMA-Verlag Berlin, ohne Jahreszahl,, S.346-347.

KPdSU(B) den Kurs auf den unmittelbaren Aufbau des Sozialismus wieder auf. Die Sowjetunion erreichte auf diesem Wege bedeutende ökonomische Erfolge. Zugleich kam es nicht zuletzt unter dem Einfluss der historisch unzureichenden Voraussetzungen des Sozialismus zu ernsthaften „halbasiatischen" Deformationen und Entwicklungen im politisch-geistigen Überbau. Mit Stalin begann nicht nur die Zeit des „Grundmodells des Sozialismus" in der Sowjetunion. In der Folgezeit kam es auch zu seiner Umsetzung in den Ländern des Ostens und Europas im Ergebnis „bürgerlich-demokratischer Revolutionen unter Führung des Proletariats" als Teil der „sozialistischen Weltrevolution". Das geschah mehr oder weniger unabhängig von den jeweiligen nationalen Voraussetzungen für den Sozialismus. In diesem Zusammenhang wurde zugleich der Begriff des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges wieder kultiviert.

2. Zum Charakter der traditionellen chinesischen Gesellschaft und ihrer Veränderungen in der Periode der kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung

Das Erfassen der komplexen nationalen Gegebenheiten, vor allem ihres Kerns, der Gesellschaftsordnung und ihres Entwicklungsstandes, ist von maßgeblicher Bedeutung für das Verständnis aller Probleme der Revolution und des Aufbaus der neuen Gesellschaft. In der Geschichte des „realen Sozialismus" entstanden viele gesellschaftliche Probleme und Widersprüche durch die Nichtbeachtung der historischen Voraussetzungen für den Sozialismus bzw. durch die Überschätzung der auf dem Weg zum Sozialismus erreichten gesellschaftlichen Fortschritte.

Die KP Chinas bildet hier keine Ausnahme. Im Verlauf der Entwicklung der Volksrepublik China ist vor allem in der „Kulturrevolution" deutlich geworden, dass Elemente der materiellen und geistigen Kultur der mittelalterlichen chinesischen Gesellschaft lange Zeit nachwirken und den gesellschaftlichen Fortschritt auch in

Gestalt traditioneller Denk- und Handlungsgewohnheiten beeinträchtigen und diskriminieren können. Die nicht erfolgte Herausbildung des Citoyens in der alten Gesellschaft beispielsweise hat nach wie vor Auswirkungen auf die Gestaltung der Beziehungen zwischen Staat und Bürger und auf die Durchsetzung der Bürgerrechte. Der „traditionelle lokale Separatismus", d. h. die relative Verselbstständigung der lokalen politischen Macht mit eigenen Interessen, bereitet der Durchsetzung zentraler Politik noch immer enorme Schwierigkeiten, vom mittelalterlichen Absolutismus und ausgeprägten Bürokratismus ganz zu schweigen. Alle diese Erscheinungen und die daraus erwachsenen Widersprüche zeugen davon, dass es eines sehr langen historischen Zeitraums bedarf, um die Ursachen dieser Erscheinungen und sie selbst zu überwinden. Was ist da schon eine halbes Jahrhundert, noch dazu mit einigen schweren Rückschlägen wie der „Kulturrevolution". Der Kapitalismus benötigte einige Jahrhunderte, um sich in seiner heutigen Weise herauszubilden.

Was war das nun für eine Gesellschaft, deren positives wie negatives Erbe sich in der Gestaltung der chinesischen Gegenwart unvermindert widerspiegelt?

In China existierte seit dem 3. Jh. v. u. Z. eine Ackerbaugesellschaft, der in der chinesischen Literatur allgemein ein feudaler Charakter zugeschrieben wird. Als Standard für die Einschätzung dieser so genannten Feudalgesellschaft des chinesischen Altertums gelten immer noch die Aussagen, die Mao Zedong Ende 1939 in dem entsprechenden Abschnitt seiner Schrift „Die chinesische Revolution und die KP Chinas" machte. Wir lesen:

Diese Feudalgesellschaft existierte nach dem Übergang aus der Sklaverei seit der Zhou- und Qin-Zeit über rund dreitausend Jahre. Das ökonomische und politische System dieser Gesellschaft wies folgende hauptsächliche Besonderheiten auf:

1. Die Wirtschaft war hauptsächlich eine sich selbst genügende Naturalwirtschaft. Die Bauern produzierten nicht nur die Agrarerzeugnisse, sondern auch den größten Teil der handwerklichen Produkte für die eigenen Bedürfnisse. Die Grundrente, die die Grundherren und der Adel durch Ausbeutung der Bauern erhielten, diente ebenfalls hauptsächlich dem eigenen Verbrauch, nicht

dem Austausch. Es gab zu jener Zeit zwar eine Entwicklung des Austauschs, er spielte jedoch keine entscheidende Rolle.

2. Die herrschende Feudalklasse (Grundherren, Adel und Kaiser) besaß den größten Teil des Bodens, die Bauern hingegen sehr wenig oder gar keinen. Die Bauern bearbeiteten mit ihren *(einfachen und über Jahrhunderte kaum veränderten – d. V.)* Produktionsinstrumenten den Boden der Feudalklasse und hatten 40 bis 70 Prozent und mitunter sogar über 80 Prozent der Ernte an die Grundherren, Adligen und den Kaiser abzuführen. Diese Bauern waren faktisch Leibeigene.[14]
3. Grundherren, Adel und Kaiser beuteten die Bauern nicht allein durch die Grundrente aus. Der Staat der Grundherrenklasse zwang die Bauern überdies, Abgaben und unentgeltliche Arbeitsdienste für den Unterhalt des riesigen Heeres der Staatsbeamten und des Militärs zu leisten.
4. Der Machtapparat zum Schutz des feudalen Ausbeutersystems war der Staat der Grundherrenklasse. Während im Feudalstaat in der Zeit vor der Qin-Dynastie (3. Jh. v. u. Z.) Teile des Landes von einzelnen Fürsten beherrscht worden waren, wurde nach der Herstellung der Reichseinheit durch den Kaiser Qin Shihuang ein absolutistischer, zentralistischer Feudalstaat geschaffen. In bestimmtem Grad blieb jedoch der feudale Separatismus erhalten. In diesem Feudalstaat verkörperte der Kaiser die höchste Macht. In allen Regionen wurden Beamtenposten für die Regelung der Fragen des Militärs, der Justiz, der Finanzen u. a. geschaffen.

Unter diesen feudalen Bedingungen führten die Bauern ein äußerst ärmliches, sklavenähnliches Leben.[15]

Meine eigenen Untersuchungen, die ich zu den Boden- und Abgabenverhältnissen im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts insbesondere in Süd-Jiangsu durchführte, zeigen – bis auf die Leibeigenschaft – ein ähnliches Bild.[16] Die von mir ausgewerteten Lokalquellen vermitteln folgende Eigentumsstruktur an Boden der Provinz Jiangsu im 13. Jahr Guangxu (1887/88):

14. Das ist eine unbewiesene Behauptung.
15. Mao Zedong, Ausgewählte Werke, Band II, Beijing 1952, S. 594, chines.
16. Helmut Peters, Die Taiping-Herrschaft in den beiden Kreisen Changshu und Zhaowen unter besonderer Berücksichtigung ihrer Boden- und Steuerpolitik. Dissertationsschrift, Karl-Marx-Universität Leipzig 1961.

Privater Bodenbesitz (mintian)	67 757 338	Mu	(87,8%)
Siedlungsland des Militärs (tuntian)	4 256 216	Mu	(5,5%)
Schulacker (xuetian)	41 858	Mu	(0,05%)
Schilfland (lutian)	5 103 100	Mu	(6,6%)
Grundbesitz von Tempeln und Opferstätten (miaoji jitian)	10 884	Mu	(0,01%)

Das Siedlungsland des Militärs wurde von Militärämtern verwaltet und diente dem Unterhalt für die in der Region stationierten Soldaten. Die Pachteinnahmen aus dem Schulacker dienten der Bezahlung der Lehrer. Angaben über Gemeindeland ließen sich hier nicht ermitteln.

Seit dem 18. Jahrhundert hatte die Bodenkonzentration zugenommen. Damit stiegen die Bodenpreise, begleitet von einer Steigerung der Ausbeutung der Bauern, enorm an. Das anbaufähige Land befand sich hauptsächlich in den Händen der herrschenden Dynastie (1753: 6 % des gesamten Bodens, 1812 bereits 11%) und anderer Großgrundbesitzer, Beamter und Militärs, religiöser Institutionen wie Tempel und Kirchen, die das Land verpachteten. Daneben gab es Gemeindeland. Nur eine Minderheit von Bauern besaß eigenen Boden. Ihre große Mehrheit waren Halbpächter, Pächter und Landarbeiter. Die Grundrente, die Steuern und die anderen Abgaben in Süd-Jiangsu beliefen sich anfangs im Durchschnitt auf 50 Prozent der Ernte, zogen dann aber deutlich bis auf 70 Prozent und mehr an. Das Mehrprodukt und darüber hinaus erhobene Abgaben[17] (zumeist in Naturalien, später z. T. auch in Geldform), die von den Bauern erpresst wurden, teilten sich nächst dem Staat Beamte, Verpächter, Kaufleute und Wucherer. Das Mehrprodukt wurde allgemein nicht in produktives Kapital, sondern im Kauf von Boden, im Wuchergeschäft und im Handel angelegt.

Die Existenz einer Sklavenhaltergesellschaft und der Leibeigenschaft in der mittelalterlichen Gesellschaft sind in China nicht nachzuweisen. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass der damalige Stand der chinesischen progressiven Geschichtsforschung, wie er sich in den Ausführungen Mao Zedongs äußerte, von dem Versuch geprägt war, in Übereinstimmung mit dem Stalinschen Fünf-Stadien-Schema „Urgesellschaft – Sklaverei – Feudalismus – Kapitalismus – Sozialismus“

17. Feldsteuer (tianfu), Kopfsteuer (dishuai), Tributreis an den Hof, Abgaben für Transportverluste, für Säuberung von Flusswegen und Heuschreckenbekämpfung usw.

nachzuweisen, dass auch China in seiner bisherigen Geschichte diesen „normalen“ Zyklus der Menschheitsgeschichte durchlaufen hätte.[18]

Asiatische Produktionsweise?

Ist dies die asiatische Produktionsweise, von der Marx und Engels sprachen? Ich denke, nein. Diese Gesellschaft lässt sich aber auch nicht in das von Stalin verallgemeinerte Schema pressen. Nach anderen deutschen Philosophen hatte auch Marx mit seiner These von der asiatischen Produktionsweise darauf aufmerksam gemacht, dass die Geschichte Chinas wie Indiens und anderer asiatischer Länder aufgrund eigenständiger Bedingungen anders als die europäische Geschichte verlaufen ist.

Der chinesische Wissenschaftler Wu Dakun hat dazu interessante Überlegungen geäußert, denen ich weitgehend folgen kann.[19] Nach der Urgesellschaft hat sich in Gebieten des heutigen China keine Sklavenhaltergesellschaft, sondern eine Gesellschaft der asiatischen Produktionsweise herausgebildet.

Nach Marx kannte diese Produktionsweise kein Privateigentum an Boden. Eigentümer war die im despotischen Herrscher realisierte „höhere Einheit“. Ein anderes Merkmal dieser Produktionsweise nach Marx war die Existenz einer primitiven autarken Dorfgemeinschaft mit Gemeinbesitz und der Einheit von kleiner Agrikultur und häuslicher Industrie, die sich ständig einfach reproduzierte. Marx sah darin den Schlüssel für das Verständnis asiatischer Gesellschaften: „Der einfache produktive Organismus dieser selbst genügenden Gemeinwesen, die sich beständig in der selben Form reproduzieren und, wenn zufällig zerstört, an demselben Ort, mit demselben Namen, wieder aufbauen, liefert den Schlüssel zum Geheimnis der Unveränderlichkeit asiatischer Gesellschaften, so auffallend kontras-

18. Ich erinnere mich an ein Streitgespräch Mitte der 1950er Jahre zwischen Prof. E. Erkes, einem versierten Fachmann für das chinesische Altertum in der DDR, und Guo Moruo, dem Präsidenten der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, in dem Guo auf der These von der Existenz einer Sklavenhaltergesellschaft im alten China beharrte, ohne die Argumente von Erkes überzeugend widerlegen zu können.
19. Wu Dakun. Einige Fragen zu den Forschungen der asiatischen Produktionsweise, in: Zeitschrift „Wissenschaftliche Forschungen (xueshu yanjiu), Jg. 1980, H. 1, S. 11-12, chines.
20. Marx Engels Werke (MEW), Band 23, S. 396- 397.
21. Die Anführungszeichen habe ich gesetzt, um mich von diesem Begriff zu distanzieren.

tiert durch die beständige Auflösung und Neubildung asiatischer Staaten und rastlosen Dynastiewechsel. Die Struktur der ökonomischen Grundelemente der Gesellschaft bleibt von den politischen Stürmen der Wolkenregion unberührt."[20]

In den historischen Perioden der „Frühlings- und Herbstannalen" und der „Streitenden Reiche" (7.-2. Jh. v. u. Z.) gingen in dieser Gesellschaft grundlegende Veränderungen vor sich. Es entstand privates Eigentum an Grund und Boden und es bildete sich ein einheitlicher despotischer Staat heraus. Es entstand eine neue Gesellschaftsformation, die in der chinesischen Literatur als „feudalistisch"[21] gekennzeichnet wird.

Diese Gesellschaft wies bestimmte Ähnlichkeiten mit der vorangegangenen auf, die auf der asiatischen Produktionsweise beruht hatte. Offensichtlich wurden in ihr bestimmte Elemente der vorangegangenen Produktionsweise und ihrer gesellschaftlichen Organisation vor allem an der Basis aufgehoben und in bestimmter Weise beibehalten. Ich verweise vor allem auf das Gemeinwesen mit einem bestimmten Gemeineigentum, auf die relativ isolierte und ständig einfache Reproduktion des Gemeinwesens, im Grund unberührt von den politischen Veränderungen auf zentraler und Provinzebene, die noch weitgehend beibehaltene Einheit von kleiner Agrikultur und häuslicher Industrie, die in der Produktionsweise der Ackerbaugesellschaft verwurzelten Elemente des Clanwesens und des Ahnenkults sowie die in eine allgemeine ethisch-hierarchische gesellschaftliche Norm, in den Konfuzianismus, umfunktionierte Lehre des Kong-zi (Konfuzius). Elemente wie diese haben sich über zwei Jahrtausende erhalten und beeinflussen im bestimmten Grade weiterhin die Gesellschaft der Volksrepublik China.[22]

Diese Gesellschaft basierte dennoch nicht auf der asiatischen Produktionsweise, auch wenn sie manche Ähnlichkeiten aufwies. Ähnlich war das primitive und relativ autarke Dorf, aber es beruhte nicht mehr auf Gemeinbesitz. Es existierten im Wesentlichen weiterhin die Einheit von kleiner Agrikultur und Hausindustrie und die zentralistische despotische Macht in Gestalt der Dynastien und ihres höchsten Vertreters, des Kaisers, des „Himmelssohnes". Doch schon allein das Privateigentum an Grund und Boden unterscheidet sie von

22. Auf diese Problematik gehe ich konkret und ausführlich im vorletzten Kapitel des Buches ein.

der vorhergehenden Gesellschaft der asiatischen Produktionsweise.

Dieses „Miteinander" von Elementen verschiedener gesellschaftlicher Entwicklungsstufen finden wir nicht nur in China. Wenn wir unseren Blick ein wenig weiten, dann werden wir feststellen, dass es in der bisherigen Geschichte der Klassengesellschaft keine Gesellschaftsordnung gab, die nicht in diesem oder jenem Maße, in dieser oder jener Weise Elemente der vorangegangenen Gesellschaftsordnung mit übernahm, für sich nutzte, sich sogar mit ihnen verband oder zumindest eine Zeitlang beibehielt. Das war z. B. in Europa der Fall beim Aufkommen und selbst der weiteren Entwicklung des Kapitalismus (Ausnutzung feudale Institutionen, Beziehungen und Kräfte, Verbindung von Adel und Kapital, teilweise Beibehaltung des Adelseigentums in Form von Immobilien und Grund und Boden u. ä.). Das dürfte künftig auch für den Sozialismus gelten (Beibehaltung des bürgerlichen Rechts, in bestimmten Bereichen der Produktion und der Dienstleistungen sicherlich auch mehr oder längere Nutzung des Kapitalismus). Es ist folglich nichts Ungewöhnliches, dass bestimmte Elemente der asiatischen Produktionsweise und der darauf aufbauenden Gesellschaft so oder so in die mittelalterliche Ackerbaugesellschaft Chinas eingeflossen waren und in ihr aufgehoben wurden.

Feudalismus?

Wenn wir davon sprechen dürfen, dass sich im Laufe der Geschichte im Bereich des heutigen China eine der großen Weltkulturen entwickelte, die ein eigenständiges Gesicht hat und sich dadurch von anderen Weltkulturen unterscheidet, dann lässt sich daraus logisch zweierlei ableiten:

1. Die Menschheitsgeschichte ist im Rahmen ihrer allgemeinen Entwicklungsgesetze nicht unilinear, sondern multilinear verlaufen.
2. Die chinesische Zivilisation des Mittelalters beruhte auch auf einer eigenständigen Produktionsweise, die sie von den anderen Kulturen unterschied.

Deshalb ist die Frage zu beantworten, ob die traditionelle chinesische Gesellschaft tatsächlich einen feudalistischen Charakter besaß.

Als Wesensmerkmale der Feudalgesellschaft werden in der marxistischen Literatur Europas (ausgehend von der europäischen Geschichte!) allgemein angesehen:

- Eigentum des Feudalherrn an Grund und Boden,
- Berechtigung des Feudalherrn als Obereigentümer, auch bei rechtlich verbrieftem bäuerlichem Eigentum feudale Leistungen (Abgaben und Frondienste) zu fordern.
- Verfügungsgewalt der Feudalherren über die in seinem Herrschaftsbereich ansässigen (hörigen) Bauern in Form der Leibeigenschaft,
- Ausbeutung der Bauern auch durch außerökonomischen Zwang und
- Aneignung der Mehrarbeit oder des Mehrprodukts durch den Feudalherren (Feudalrente).[23]

Wenn ich von diesen Wesensmerkmalen des (europäischen) Feudalismus ausgehe, sehe ich drei Aspekte, die ihn von der mittelalterlichen Gesellschaft Chinas grundsätzlich unterscheiden:

1. die Verfügung des Feudalherren über den gesamten Boden als Obereigentümer,
2. die Hörigkeit der Bauern (Leibeigenschaft) gegenüber dem Feudalherren und damit die Bindung des Bauern an den Boden und
3. das Recht des Feudalherren, von den hörigen Bauern Frondienste einzufordern.

Es sind also ökonomische und damit zusammenhängende rechtliche Momente, die den (europäischen) Feudalismus von der mittelalterlichen Gesellschaft Chinas unterscheiden. Aus diesen Wesensunterschieden ergibt sich für mich, dass die letztere Gesellschaft nicht als eine Variante des (europäischen) Feudalismus angesehen werden kann. Erstaunlich ist, dass sich angesichts dieser unübersehbaren Unterschiede die Behauptung von der Existenz einer Feudalgesellschaft im chinesischen Mittelalter so hartnäckig hält. Möglicher-

23. Auf dieser Grundlage gab es unterschiedliche Besitzrechte und vielfältige Abhängigkeitsformen. Alle feudal gebundenen Bauern hatten differenzierte Frondienste zu leisten. Vergl. „Ökonomisches Lexikon A-G, Berlin 1978, S. 533-634.

weise deutet auch dies darauf hin, dass einmal unter dem Einfluss des Stalinschen Schemas der fünf Gesellschaftsordnungen Festgeschriebenes zu einer offiziellen These wurde, die nicht mehr zu hinterfragen sei. Zum Problem, dass es zu Beginn der 1980er Jahre in China noch keine befriedigende Einschätzung des chinesischen Alterturm gab, äußerte sich der chinesische Historiker Wu Dakun wie folgt: „Der Grund liegt darin, dass wir (ich schließe mich selbst ein) in der Vergangenheit der ideologischen Fessel des Stalinschen Fünf-Stadien-Schemas erlagen. Hartnäckig wurde versucht, diese fünf Produktionsweisen auf die chinesische Geschichte anzuwenden. Die Folge war, dass sie natürlich nicht mit dieser übereinstimmte. Daraus entwickelten sich dann erneut die verschiedensten Debatten."[24]

Es kommt den chinesischen Historikern zu, in ihren Forschungen diesem Problem in der Geschichte ihres Landes nachzugehen. Solange keine exakte Definition für die traditionelle chinesische Gesellschaft gefunden ist, werde ich von der traditionellen mittelalterlichen Ackerbaugesellschaft Chinas allgemein als von einer *vorkapitalistischen Gesellschaftsformation* sprechen.

Halbfeudale Gesellschaft?

Eine letzte Frage, die hier zu klären ist, lautet: Hat sich der Charakter dieser traditionellen chinesischen Gesellschaft in den hundert Jahren kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung von den Opiumkriegen bis zum Sieg der politischen Revolution im Jahre 1949 grundlegend verändert? Entspricht die Auffassung, dass die chinesische Gesellschaft in diesem Zeitraum einen halbkolonialen und halbfeudalen Charakter angenommen hat, der geschichtlichen Realität? Dabei geht es weniger um den halbkolonialen Charakter, der unstrittig ist, sondern um ihren angeblich halbfeudalen Wesenszug. Ich kann das strittige Problem auch direkter formulieren: Bis zu welchem Grade hatte sich der Kapitalismus am Ende der Kolonialzeit in der traditionellen chinesischen Gesellschaft durchgesetzt?

Mao Zedong ging in seiner bereits zitierten Schrift davon aus, dass

24. Wu Dakun, a.a.O..

sich mit dem Eindringen des ausländischen Kapitals seit Mitte des 19. Jahrhunderts wichtige Prozesse vollzogen hatten. So hätte sich Schritt für Schritt eine „halbkoloniale und halbfeudale Gesellschaft" herausgebildet. Er sieht im Einzelnen folgende Veränderungen:

1. Die Grundlagen der sich selbst genügenden Naturalwirtschaft der Feudalgesellschaft wurden zerschlagen. Die Grundlagen für das feudale Ausbeutungssystem hingegen, die Ausbeutung der Bauern durch die Grundherrenklasse, blieb nicht nur erhalten, sondern verband sich mit der Ausbeutung durch das Kompradorenkapital und das Wucherkapital. Sie bestimmten das Leben der chinesischen Gesellschaft.
2. Der nationale Kapitalismus nahm eine gewisse Entwicklung. Er spielte im kulturellen Leben Chinas eine recht große Rolle. Er wurde jedoch nicht zur Hauptform in der chinesischen Wirtschaft und blieb schwach. Größtenteils war er mehr oder weniger mit dem ausländischen Imperialismus und dem einheimischen Feudalismus verbunden.
3. Die absolutistische Macht des Kaisers und des Adels war gestürzt. An ihre Stelle trat zunächst die militär-bürokratische Herrschaft der Grundherrenklasse, danach die Diktatur des Bündnisses der Grundherrenklasse und der „Großbourgeoisie".[25]
4. Der Imperialismus beherrschte nicht nur die Finanzen und die Schlagadern der Wirtschaft Chinas, er beherrschte auch die Politik und die militärischen Kräfte Chinas.
5. Da sich China zur Hälfte oder ganz unter der Herrschaft vieler imperialistischer Länder befand und China lange Zeit nicht vereinigt und das Land groß war, hatte es sich politisch, ökonomisch und kulturell extrem unterschiedlich entwickelt.
6. Infolge der doppelten Unterdrückung durch Imperialismus und Feudalismus, vor allem durch den groß angelegten Angriff des japanischen Imperialismus, befand sich die breite Masse des chinesischen Volkes, insbesondere die Bauern, in zunehmender Armut,

25. Mao Zedong kennzeichnete mit diesem Begriff vor allem die „Vier Familien" mit Jiang Jieshi (Tschiang Kaischek) an der Spitze als eine kolonial abhängige Verbindung von Staat und einheimischen Bankkapital im damaligen China. Ich habe ihn in Anführungszeichen gesetzt, um eine Gleichsetzung mit der Großbourgeoisie in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu vermeiden.

während große Teile des Bodens nicht bebaut wurden. Die Armut und die Unfreiheit des chinesischen Volkes hatten ein solches Maß erreicht, das in der Welt selten zu finden ist.[26]

Bereits Mitte der 1920er Jahre hatte es im Zusammenhang mit der Politik der Komintern in der chinesischen Frage und der Strategie der KP Chinas eine kontroverse Debatte über den Charakter und die Beschaffenheit der damaligen chinesischen Gesellschaft gegeben. Von großem Interesse sind hier jedoch zunächst einmal die Beschlüsse des 9. Nationalkongresses der KP Chinas vom Mai 1927, denn sie vermitteln eine relativ detaillierte Einschätzung der chinesischen Gesellschaft, vor allem des Dorfes:

Das ökonomische Leben des chinesischen Dorfes beruht größtenteils nach wie vor auf feudalwirtschaftlichen Beziehungen. Das anbaufähige Land befindet sich hauptsächlich in den Händen der Grundherren, die vom Pachtzins leben. Neben dem Pachtzins, der im Durchschnitt bei 50 Prozent der Ernte liegt, werden die Bauern von den Grundherren, den Militärs und Beamten, denen alle Macht im Dorfe gehört, gezwungen, alle möglichen Steuern und Abgaben zu zahlen. Daneben ist ein erheblicher Teil des Bodens Gemeinbesitz des Dorfes oder das Eigentum von Tempeln. Durch das Eindringen primitiver kapitalistischer Ausbeutungsmethoden ist der Bauer einer doppelten Ausbeutung unterworfen. Der Bauer produziert nur für den eigenen Gebrauch. Der gesamte Überschuss wird von den Grundherren expropriiert. Das geschieht allgemein in Form von Naturalien. Dem Bauern bleibt kein Produktionsüberschuss, den er investieren könnte. Das ist die Hauptursache für den primitiven Zustand der chinesischen Landwirtschaft, eine Art „Leibeigenschaft".

Auf der Grundlage der feudalwirtschaftlichen Verhältnisse hat sich ein ganzer Überbau kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse entwickelt. Der Umstand, dass der Grundherr im Wesentlichen ein Feudalherr ist, hindert ihn daran, sich zu einem ausgewachsenen Kapitalisten zu entwickeln. Das heißt, er verwandelt das überschüssige Agrarprodukt, das er anhäuft, nicht in produktives Kapital, sondern steckt es lieber in die Bodenspekulation und in das Wuchergeschäft. Das Fehlen jedes wirtschaftlichen Fortschritts hält die Entwicklung des Verkehrswesens auf und verschuldet die örtliche An-

26. Mao Zedong, a.a.O., S. 600-601.

bindung der Wirtschaft. Deshalb ist unser Land in verschiedene Märkte zersplittert, die vollkommen voneinander isoliert sind. Die Märkte sind das ausschließliche Monopol der Grundherren. Durch künstliches Hochtreiben der Preise beuten sie nicht nur die Bauern, sondern auch das städtische Proletariat und Kleinbürgertum aus. Diese Situation ist eine Brutstätte für den Wucher. Das Wuchergeschäft wird so zur einzigen Kreditquelle, wobei das gewonnene Kapital wieder der Bodenspekulation zufließt und die Diktatur der Grundherrenklasse stärkt. Der vorhandene Bevölkerungsüberschuss auf den Dörfern ermöglicht die Erhaltung von feudalen, militärischen, der Ausbeutung dienenden Organisationen, die wiederum organisch mit den imperialistischen Mächten verbunden sind. Diese sind bestrebt, sich neue Märkte für ihre Produkte und billige Rohstoffe für ihre Industrie zu beschaffen. Das wertvollste Rohmaterial für sie ist aber die Arbeit. Der Bevölkerungsüberschuss auf dem Lande bietet ihnen ein unerschöpfliches Reservoir für billige Arbeit. Und die ständig wachsende Zahl der dem Land entfremdeten Bauern drückt den Preis der Arbeit beinahe auf den Nullpunkt, was die Grundlagen des Imperialismus stärkt.[27]

Angesichts des politischen Differenzierungsprozesses in der Guomindang bestand für die Komintern (KI) die Notwendigkeit, ihre China-Politik zu überdenken. In diesem Zusammenhang gab es eine konträre Debatte über den Charakter der chinesischen Gesellschaft. Im Wesentlichen standen sich zwei Positionen gegenüber: die Bewahrung Leninscher Positionen im sachlichen Herangehen an die Einschätzung und ihre Verdrängung durch die Stalinsche Position von der „Lösung der bürgerlich-demokratischen Aufgaben im Vorübergehen".

Zu den Vertretern der ersten Position gehörten sowjetrussische Berater der Guomindang, Vertreter der sowjetrussischen Aufklärung und ebenfalls in China tätige Vertreter der Komintern, die Gelegenheit hatten, sich vor Ort mit der gesellschaftlichen Entwicklung Chinas mehr oder weniger vertraut zu machen. Der prominenteste unter den sowjetrussischen Beratern war M. M. Borodin, der 1923 seine Beratertätigkeit für Sun Zhongshan (Sun Yatsen) aufgenom-

27. Zitiert nach: Der Kommunismus in China. Eine Dokumentar-Geschichte. Bearbeitet von C. Brandt, B. Schwartz und J. K. Fairbank, München 1955, S. 73-75.

men hatte. Nach seiner Rückkehr nach Moskau gab er im November 1927 auf der Vollversammlung der Allunionsgesellschaft der alten Bolschewiki folgende Einschätzung über das damalige China: „Während unseres Aufenthaltes in China haben wird uns davon überzeugt, dass China (ich spreche nicht von den Konzessionen) in diesen hundert Jahren *(seit den Opiumkriegen – d. V.)* in Bezug auf Technik sehr wenig vorangekommen ist ... 300 Millionen Bauern sind einer Ausbeutung im Ausmaß von nicht weniger als 50 Prozent der Ergebnisse ihrer Arbeit unterworfen, was sich auf drei Hauptkanäle verteilte: Ein erster Teil wird zum Erwerb von Eigentum an Grund und Boden durch die Handelsbourgeoisie, die Gentry, die Militaristen usw. verwendet. Boden, auf dem die Bauern entweder als Landarbeiter oder als Pächter für die halbe Ernte unter unerhörtem politischen Druck arbeiten. Ein zweiter Teil fließt in die Konzessionen, wo es vor allem in gemischten Unternehmen mit den Imperialisten angelegt wird, und einen dritten Teil pumpen die Imperialisten mit Hilfe jener ökonomischen und finanziellen Vormachtstellung heraus, die sie nun fast schon ein ganzes Jahrhundert in den Händen halten." Es bestehe eine Gemeinsamkeit der Interessen der Imperialisten mit denen der Ausbeuter der rückständigen chinesischen Ordnung, ihren feudalen und halbfeudalen Bodenverhältnissen. „Deshalb trägt der Prozess der Industrialisierung Chinas keinen progressiven, sondern einen äußerst räuberischen Charakter und zerstört in keiner Weise die rückständigen, jahrhundertealten Grundpfeiler der chinesischen Gesellschaft."[28]

Der Ungar Jozsef Pogany, ein Vertreter der Komintern im damaligen China und der These von der asiatischen Produktionsweise, beschreibt in seinem Bericht an das Exekutivkomitee der KI (EKKI) vom 20. November 1927 generelle Züge des politischen Überbaus der damaligen chinesischen Gesellschaft: „China ist kein kapitalistisches Land und zeigt nur sehr wenig Ansätze einer politischen Zentralisierung. Die einzelnen Provinzen hängen nur sehr lose zusammen und auch innerhalb der einzelnen Provinzen ist sehr wenig Kohäsion."[29] „Es ist eines der grundlegenden Merkmale des

28. KPdSU(B), Komintern und China. Hrsg. vom Russischen Zentrum für die Archivierung und Erforschung von Dokumenten zur neuesten Geschichte, Ostasiatisches Seminar der Freien Universität Berlin und Institut für den Fernen Osten der Russischen Akademie der Wissenschaften. Herausgeberrat: Mechthild Leutner, M. L. Titarenko u. a. Dokumente, Band 2: 1926-1927, Teil 1. S. 1179-1183, Münster 1998.

asiatischen Despotismus, dass er unten in den Dörfern nur einen spärlichen Verwaltungsapparat besitzt. Die Unterdrückungsorgane im Dorf sind lokale Organe, die nur sehr lose mit dem provinziellen Staatsapparat und mit den verschiedenen Regierungen zusammenhängen." „Der ungefestigte Charakter des Staatsapparats im Allgemeinen, der Mangel des lokalen Staatsapparats im Besonderen, bedingen, dass die Entfesselung von Bauernaufständen im lokalen Maßstab verhältnismäßig leicht ist. Die Unzufriedenheit, Ausbeutung und Unterdrückung ist überall groß, die Bauern haben fast nichts zu verlieren, und der Widerstand, der lokal geleistet werden kann, ist angesichts der größeren Bauernmasse verhältnismäßig gering."[30] In einem folgenden Brief an das EKKI vom 5. Dezember 1927 geht er in einigen Fragen ins Detail: „China ist kein einheitliches Land, es besitzt keinen einheitlichen Markt, keine einheitlichen Valuta usw ... In keinem Land der Welt ist der Provinzialismus so groß wie in China. Nicht nur die einzelnen Provinzen, sondern auch die verschiedenen Teile der Provinzen leben ihr selbstständiges politisches und ökonomisches Leben. Es bestehen auch riesige Unterschiede in der Stufe der sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklung der verschiedenen Provinzen ... Die Rolle des chinesischen Dorfes, welches immer noch in vieler Hinsicht wirtschaftlich und sozial sein isoliertes Leben fortführt und die nationalen Ereignisse nicht in sich aufnimmt und nicht weiterleitet ... Der Mangel der Verkehrsmittel und der Wege, der in keinem Lande der Welt so ungeheuer ist wie in China und der schon von Marx als eines der wichtigsten Kennzeichen der asiatischen Produktionsweise festgestellt wurde ... Die riesigen Entfernungen plus das Nichtvorhandensein der Wege und Verkehrsmittel geben dem Faktor Zeit eine ganz andere Bewertung als in höher entwickelten Ländern ... Die Klassen der Gesellschaft haben sich in China noch bei weitem nicht im europäisch-kapitalistischen Sinne des Begriffs herauskristallisiert und vereinheitlicht. Weder die Bourgeoisie noch das Proletariat haben sich bisher in China im nationalen Maßstab im modernen europäischen Sinne konstituiert." Dementsprechend befänden sich auch die Parteien nach wie vor in „einem dezentralisierten Zustand".[31]

29. Ich lasse hier die Ausführungen von J. Pogany über die asiatische Produktionsweise und den ihr entsprechenden despotischen Staaten aus, da er hier der Sache nach Überlegungen von Marx, zum Teil eingeengt, wiedergibt.
30. KPdSU(B), Komintern und China. Dokumente ... Band 3: 1927-1931, Teil 1, S. 210-211, Münster 2000.

Die örtliche Macht wurde von den traditionellen Familienclans beherrscht. So berichtete Pogany in späteren Informationen, dass es diesen Clans teilweise gelungen sei, in der Zeit der chinesischen Sowjetperiode auch die neue Macht in den Dörfern unter ihre Kontrolle zu bringen.[32]

Sehen wir einmal davon ab, dass die Verfasser der zitierten Berichte offenbar unterschiedlicher Meinung waren, ob die ökonomischen Verhältnisse des damaligen China auf der asiatischen Produktionsweise beruhten oder nicht. Beide vertreten auf ihre Weise jedoch den Standpunkt, dass sich mit der Kolonisierung Chinas trotz bestimmter deformierter Ansätze eines nationalen Kapitalismus noch nichts Grundsätzliches am Charakter der traditionellen chinesischen Gesellschaft geändert hatte. Daraus wären dann auch andere Schlussfolgerungen für die revolutionäre Strategie zu ziehen gewesen, als sie bei den Vertretern der zweiten Position zu finden waren.

Kennzeichnend für diese zweite Position war die Behauptung, dass es in China nur noch „feudale Reste" gebe und die chinesische Revolution einen bürgerlich-demokratischen Charakter habe. Ihre Aufgabe bestehe darin, mit der Durchführung einer Agrarrevolution nach den (von Stalin interpretierten) sowjetischen Erfahrungen in Form von Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten eine Gegenregierung zu bilden, die die unmittelbaren Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus zu schaffen hätte. Von sowjetischen Vertretern wurde die Forderung erhoben, „... das Wesen des Systems *(der Sowjets -d. V.)* muss unseren Sowjets entlehnt werden".[33] Das war nicht mehr die Auffassung Lenins über die Anwendung der Form der Sowjets in den rückständigen Ländern des Ostens.[34] Das war der Übergang zu einer Politik, die obendrein noch subjektiv interpretierten sowjetischen Erfahrungen mechanisch auf andere Länder zu übertragen und dort ihre Anwendung

31. Ebd., S. 221-222.
32. Wie langsam sich die traditionelle chinesische Gesellschaft veränderte, zeigen chinesische Untersuchungen in den 1990er Jahren. Vielerorts hatten die Familienclans nicht nur die örtliche Verwaltung unter ihren Einfluss gebracht, sondern darüber hinaus auch den Posten des örtlichen Parteisekretärs besetzt.
33. Ebd., S. 831.
34. Stalin vertrat 1927 in seinen Ausführungen zur chinesischen Revolution die Auffassung, dass die in China zu bildenden Sowjets nicht Bauern-, sondern Arbeiter- und Bauernsowjets sein müssten und verwies dabei auf die Thesen von M. N. Roy auf dem II. Kongress der KI im Jahre 1920, die sich in dieser Frage von den Thesen, die Lenin auf dem Kongress vorlegte, unterschieden. Lenin sprach von Bauernsowjets in den rückständigen Ländern des Ostens.

durchzusetzen.

Die These von den „feudalen Resten" beruhte nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen. Sie hatte einen unverkennbar politischen Hintergrund. Ihre Propagierung fiel zeitlich zusammen mit der offiziellen Anerkennung des Stalinschen Fünf-Stadien-Schemas für die Entwicklung der Gesellschaftsformationen in der gesamten Geschichte der Menschheit, mit der offiziellen Ablehnung der These von einer spezifischen Gesellschaftsformation in China und mit der Kennzeichnung der traditionellen chinesischen Gesellschaft als feudalistisch.

Erstmals fällt die Unterschätzung der „feudalen" Elemente in der damaligen chinesischen Gesellschaft im Bericht der Bubnow-Kommission vom Mai 1926 auf. Hier ist von „Resten des Großgrundbesitzes" die Rede.[35] Im März 1927 ist es M. M. Bucharin, der auf einer Sitzung des Präsidiums des EKKI behauptet, dass es „noch Reste der Feudalen-Klasse in China" gäbe und der Kampf in China „ein Kampf gegen diese Reste des Feudalismus" sei.[36] Das Moskauer Parteiaktiv ersetzte auf seiner Konferenz vom 4.-5. April 1927 in einer Diskussion über China den Begriff der chinesischen „Feudal-Militaristen" einfach durch den Begriff „Feudal-Kapitalisten". Auf der Sitzung des Präsidiums des EKKI vom 14. Oktober 1927 charakterisiert wiederum Bucharin China als „ein sehr großes kleinbürgerliches Land".[37] Der bekannte Ökonom Eugen Varga, damals Direktor des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft, der zuvor noch von einer vorkapitalistischen Gesellschaft in China ausgegangen war, änderte seine Auffassung, nachdem Stalin seine Position in dieser Frage unmissverständlich erklärt hatte. Varga vertrat nun die These, dass der Imperialismus die vorkapitalistische Struktur Chinas zerstört und die Naturalwirtschaft in diesem Land durch die Warenwirtschaft verdrängt hätte. Dadurch sei auch die bäuerlich-ländliche Hausindustrie zerstört worden.[38]

In den Thesen Stalins für Propagandisten zum Thema „Fragen der chinesischen Revolution", die am 21. April 1927 in der Prawda ver-

35. Siehe: Allgemeine Schlussfolgerungen und praktische Vorschläge der Kommission von A.S. Bubnow. In: KPdSU(B), Komintern und China. Dokumente. Band 2: 1926-1927, Teil1, S. 301 f
36. Ebd., S. 881 f.
.37. Ebd. Die chinesische Bauernschaft war selbst im ausgehenden Mittelalter weit davon entfernt, schon einen kleinbürgerlichen Charakter angenommen zu haben.
38. KPdSU(B), Komintern und Sowjetbewegung in China ... Dokumente. Band 3: 1927-1931, Teil 1, S. 460-461.

öffentlicht wurden, war zum ersten Mal die dann offizielle Lesart zu finden, dass es in China (nur) „Überreste des Feudalismus" gäbe.[39] In einer darauf folgenden Besprechung mit Studenten der Sun-Yatsen-Universität ging Stalin näher auf die Eigenart der Herrschaft auf dem chinesischen Dorf ein. Sie bestehe in der „Verflechtung der Herrschaft der feudalen Überreste mit dem Bestehen des Kaufmannskapitals im chinesischen Dorf unter Beibehaltung der mittelalterlich-feudalen Methoden der Ausbeutung und Unterdrückung der Bauernschaft". Dieses Handelskapital betrachtete Stalin als „Typ der ursprünglichen Akkumulation".[40] Aus der Sicht unserer bisherigen Betrachtung des Problems schätzte er den Charakter dieses Handelskapitals falsch ein; denn es diente im Wesentlichen nicht der ursprünglichen Akkumulation, sondern es floss, wie bereits ausgeführt worden ist, überwiegend in die Bodenspekulation und in das Wuchergeschäft. Die Formulierung „feudale Reste" war eine krasse und verhängnisvolle Unterschätzung der Festigkeit und Verwurzelung der traditionellen chinesischen Gesellschaft und eine Überbewertung des sich in ihr entwickelnden Kapitalismus.

Industrie und Warenwirtschaft in dieser alten Gesellschaft hatten sich vor allem in Regionen entlang der Ostküste sowie den Einzugsgebieten größerer Städte im Innern, den Einflusszentren des ausländischen Kapitalismus und Imperialismus, entwickelt. Nach chinesischen Berechnungen betrug der Pro-Kopf-Anteil der Industrie am chinesischen Nationaleinkommen 1933 jedoch gerade einmal 10 US-Dollar. Die Industrie, wie die übrigen Elemente des Kapitalismus im damaligen China, trug ausgeprägte kolonialabhängige Züge. So fehlten die tragenden Bereich der Produktionsmittelfertigung völlig, und die Infrastruktur, soweit sie überhaupt geschaffen war, diente in erster Linie den Handels- und Rohstoffinteressen des ausländischen Kapitals. Dementsprechend schwach und deformiert waren die Anfänge einer modernen Klassenstruktur, die im Wesentlichen in den Städten zu finden war. 1949 gab es in China 8,9 Millionen Arbeiter, die etwa 6 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung ausmachten.[41]

Neue Erkenntnisse

39. J. Stalin, Werke, Band 9, Berlin 1953, S.191.
40. Ebd., S.208
41. Statistisches Jahrbuch Chinas 1984, Beijing 1984, S. 111, chines.
42. Mao Zedong, Ausgewählte Werke, Band 4, Beijing 1960, S. 1431-1432, chines..

Seit 1949, vor allem seit den 1980er Jahren, finden wir in der chinesischen Literatur eine Reihe neuer Einschätzungen über die chinesische Gesellschaft am Vorabend der Gründung der Volksrepublik.

Mao Zedong korrigierte gewissermaßen mit seinem Bericht auf der 2. Tagung des VII. ZK der Partei am 5. März 1949 seine 1939 getroffene Einschätzung, ohne damit jedoch auch den Begriff der „halbkolonialen und halbfeudalen Gesellschaft" aufzugeben. Wohl aufgrund damaliger neuerer Untersuchungen war er zu folgender Einschätzung gekommen: „Was den Anteil der Industrie und der Landwirtschaft im Maßstab des gesamten Landes angeht, so liegt er bei der Industrie modernen Charakters bei rd. 10 Prozent, bei der Landwirtschaft und dem Handwerk bei rd. 90 Prozent. Das ist das Ergebnis der Unterdrückung Chinas durch das System des Imperialismus und die Feudalordnung. Das ist Ausdruck des halbkolonialen und halbfeudalen Charakters des alten China." China unterscheide sich in der Rückständigkeit von Landwirtschaft und Handwerk „nicht sehr vom Altertum. Wir haben zu neunzig Prozent ein Wirtschaftsleben, das im Altertum verblieben ist".[42] Neuere chinesische Untersuchungen sind sogar zu einem Anteil der „feudalen" Produktionsverhältnisse an der Gesamtheit der Produktionsverhältnisse in China vor 1949 auf 93 – 95 Prozent gekommen.[43] Auch die früher geäußerte Auffassung, dass die Naturalwirtschaft der traditionellen Gesellschaft im Ergebnis des Eindringens des ausländischen Kapitalismus zerstört worden wäre, wurde widerlegt. Professor Xue Muqiao, seinerzeit einer der führenden Ökonomen der Volksrepublik, begründete diese seine Einschätzung in einem Vortrag in der Parteischule des ZK der KP Chinas im Dezember 1980: „Heute überwiegt auf den Dörfern unseres Landes noch die Naturalwirtschaft. Der Anteil der Warenwirtschaft bei allen landwirtschaftlichen Produkten erreicht noch keine fünfzig Prozent. Der Anteil des Warengetreides beträgt nur 21,5 Prozent. Über die Hälfte dient der Selbstversorgung."[44]

Ergo: Die chinesische Gesellschaft des Mittelalters hatte sich, was ihre mittelalterliche Produktionsweise anbetrifft, nicht wesentlich

43. Siehe: Yi Jiexiong, Zweifel an der umstrittenen Formulierung des Charakters der chinesischen Gesellschaft der Neuzeit. In: Zeitschrift „Die gegenwärtige Welt und der Sozialismus" (dangdai shijie yu shehuizhuy), Jg. 2004, H.3, S.135-136, chines.

44. Xue Muqiao, „Regulierung und Reform der Volkswirtschaft unseres Landes". Beijing 1982, S.5, chines.

verändert. Der historische Ausgangspunkt für den 1949 im nationalen Maßstab einsetzenden gesellschaftlichen Transformationsprozess war eine im Wesentlichen noch spätmittelalterliche und in einem bestimmten Ausmaß kolonial geprägte Gesellschaft.

Verallgemeinerung der neuen Erkenntnisse

Mit Beginn des 21. Jahrhunderts kamen chinesische Autoren zu einer generalisierenden Einschätzung der chinesischen Gesellschaft, wie sie sich vor 1949 entwickelt hatte. Ich möchte hier auf drei Veröffentlichungen aufmerksam machen, die mit ihren Aussagen und in ihrem methodologischen Herangehen neue Horizonte in der Untersuchung der neueren und neuesten Geschichte Chinas öffnen.

In der ersten Veröffentlichung wurden „Zweifel an der umstrittenen Formulierung des Charakters der chinesischen Gesellschaft der Neuzeit" geäußert. Der Verfasser des Beitrages, der 2004 in der wissenschaftlichen Zeitschrift einer zentralen Parteiinstitution erschien, Professor Yi Jiexiong, war Direktor des Instituts für Untersuchungen sozialer Entwicklung an der altehrwürdigen Beijing-Universität, meiner zweiten Alma Mater. Seine erste Aussage lautet: „In der langen Zeit seit den Opiumkriegen war China tatsächlich eine Feudalgesellschaft, exakter, es war eine spätfeudale Gesellschaft oder in der Formulierung Lenins eine ‚vorkapitalistische' Gesellschaft." Daran schloss sich eine zweite wissenschaftliche Aussage an: „Nach der marxistischen Theorie von den Gesellschaftsordnungen ist der Kapitalismus gegenüber dem Feudalismus eine höhere Gesellschaftsordnung. Das bestimmte, dass der erste Schritt der chinesischen Revolution darin bestand, die Aufgaben der demokratischen Revolution zu lösen, nämlich zuerst mit dem ‚Halbkapitalismus' den ‚Halbfeudalismus' zu fressen, d. h. zuerst für eine bürgerlich-demokratische Gesellschaft zu kämpfen (*Yi verweist an dieser Stelle auf Mao Zedong – d. V.*)."

Daraus folgte logisch seine dritte Aussage: „Die Vollendung dieser Aufgabe ... musste schwierig und langwierig sein. Fügen wir hinzu, dass das im Mittelalter Europas erst nach einigen Jahrhunderten erreicht wurde, dass dort gut einige Jahrhunderte die ideolo-

gische Auseinandersetzung mit dem Feudalismus geführt wurde. In China aber erstreckte sich die Feudalgesellschaft über 2 000 Jahre ... So musste die ideologische Auseinandersetzung mit dem Feudalismus in China enorm langwierig und schwierig sein." Yi beruft sich auf Lenin, wonach es nach dem Sieg des Proletariats in rückständigen Ländern einer relativ langen Übergangsperiode bedürfe, um daran anzuschließen: „Das heißt auch, dass nach dem Sieg der Revolution ein relativ langer historischer Zeitraum notwendig war (*der Sache nach müsste es heißen: „gewesen wäre" – d. V.*), um die neudemokratische Ordnung zu festigen. Das heißt, unter Führung des Proletariats war der Feudalismus gründlich zu beseitigen (von zwei Seiten her – von den ideologischen und von den ökonomischen Verhältnissen her) und die Entwicklung eines Staatskapitalismus zu veranlassen, die historische Lektion zu ergänzen, die die kapitalistische Gesellschaft zu erfüllen hat – mit einer Linie, die dem Niveau des Bewusstseins des Volkes entsprach, und mit einer Politik, die Produktion zu entwickeln und die Produktivkräfte zu heben, Anstrengungen zur Erhöhung des Niveaus von Bildung und Kultur der gesamten Gesellschaft zu unternehmen, die Qualität des gesamten Volkes zu heben, mit aller Kraft Wissenschaft und Technik zu entwickeln und die gesellschaftliche Demokratie kräftig zu entwickeln, damit sie zu einer Tradition wird, und zugleich mit aller Kraft den Aufbau eines Gesetzessystems stärken, allmählich den Wandel eines Großteils der Agrarbevölkerung in eine nichtagrarische Bevölkerung zu verwirklichen, die Industriekultur zu regulieren und so die Voraussetzungen für die Verwirklichung des Übergangs zum Sozialismus zu schaffen."[45] Abgesehen von dem auch hier verwendeten Begriff des Feudalismus ist dem prinzipiell nichts hinzuzufügen. Diese kritische Sicht auf die Politik der KP Chinas im „Zeitalter Mao Zedongs" ist auf dem Hintergrund der sich seit den 1990er Jahren entwickelnden Modernisierung des Landes verständlich, die mit entscheidender Hilfe des ausländischen und dann auch des neu entstehenden einheimischen Kapitals vorangetrieben wurde.

In einem zweiten Beitrag über die ökonomische Theorie im „Anfangsstadium des Sozialismus" äußerte sich auch Professor Chen Wentong, Parteischule des ZK der KP Chinas, zu dieser Problematik.

45. Yi Jiexiong, a.a.O.

Dieses Anfangsstadium, sei „eine Zwischenetappe oder eine Übergangsformation zwischen einer spätfeudalen Gesellschaft und der sich spät entwickelnden Länder und der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft. *Es ist die vorbereitende Etappe für den Eintritt in die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft* (kursiv – d. V.)."[46] Das ist eine völlig neue Interpretation der These vom Anfangsstadium des Sozialismus, die in der offiziellen Lesart bis heute als Phase eines armen und noch rückständigen Sozialismus ausgelegt wird. Ich halte die Erklärung von Chen für eine brauchbare Arbeits

these. Sie korrespondiert auch mit der Auffassung Lenins, wonach der Übergang eines Landes zum Sozialismus umso mehr Zwischenstufen erfordert, je rückständiger dieses Land ist.

Der dritte Beitrag befasst sich mit der „Kulturrevolution" 1966-1976 und den Ursachen ihrer Entstehung.[47] In diesem Zusammenhang interessieren die in dieser Veröffentlichung vom Autor, dem Wissenschaftler Zheng Qian, angestellten hoch interessanten Betrachtungen über die Auswirkungen bestimmter Seiten der traditionellen chinesischen Kultur auf die gesellschaftliche Entwicklung nach 1949. Zheng schreibt: „Unsere kulturelle Tradition ist ein kompliziertes Ganzes. Sie hat eine glänzende, gedankenreiche und progressive Seite, sie hat aber auch ihre konservative, negative, rückständige und sogar unzivilisierte Seite. Diese Kultur, die grundsätzlich in einer rückständigen agrarischen Zivilisation entstanden war, die, ohne dem Angriff, der Auslese und den Umgestaltungen im Entwicklungsstadium des Kapitalismus ausgesetzt gewesen zu sein, in das sozialistische Entwicklungsstadium eintrat, musste deshalb notwendigerweise in vielen Bereichen eine negativen Einfluss auf die Entstehung der sozialistischen Gesellschaft ausüben ... Wir müssen anerkennen, dass es uns, was die Rolle der traditionellen Kultur, insbesondere ihrer feudalen Überreste, gegenüber dem Sozialismus anbetrifft, an Forschungen und der notwendigen Beachtung gefehlt

46. Chen Wentong, „Eingehende Diskussion einiger wichtiger Fragen der ökonomischen Theorie zum Anfangsstadium des Sozialismus in unserem Lande", in: Zeitschrift „Die gegenwärtige Welt und der Sozialismus" (dangdai shijie yu shehuizhuyi), Jg. 2000, H. 6, S. 9, chines. Vergl. auch die Formulierung „Übergang von der Feudalgesellschaft zur sozialistischen Gesellschaft" (in China – d. V.) in dem Beitrag von Qiu Yong/Wang Xiaoling/Liu Lijuan, Die Privatunternehmen treiben die „zweite Industrialisierung" Chinas voran, in: „Wochenzeitung Handelsangelegenheiten" (shangwu zhoubao), zitiert nach: Renmin Wang v. 29.2.2004, chines.

47. Zheng Qian, „Die ‚Kulturrevolution' und eine weitere Erkenntnis über die Ursachen ihrer Entstehung". In: Kritisches zehn Jahre danach. Sammlung von Aufsätzen zur Geschichte der „Kulturrevolution", Beijing 1986, S. 305 ff. chines.

hat. Faktoren wie die theoretische Schwäche, die Vulgarisierung und Vereinfachung des Marxismus und der Ideen Mao Zedongs, die Abschottung nach außen und die noch nicht erfolgte Überwindung von Armut und Rückständigkeit verstärkten direkt oder indirekt die negativen Seiten der traditionellen Kultur. Diese negative Rolle hat unser Verständnis für den Marxismus und unsere Erkenntnis des Sozialismus beeinträchtigt. Von den tiefer liegenden Schichten wie der psychologischen Beschaffenheit und den Denkgewohnheiten her festigten und erhielten wir ein überholtes wirtschaftliches und politisches System, und durch die Kraft der Tradition wurde die gesellschaftlich-psychologische Grundlage für das Aufkommen der ‚Kulturrevolution' vorbereitet." In keinen anderen chinesischen Veröffentlichungen, die mir bekannt sind, wird der weit über die Gründung der Volksrepublik China hinaus wirkende Einfluss negativer Elemente aus der traditionellen Kultur Chinas so deutlich und eindringlich aufgezeigt. Ich werde in meinen weiteren Darlegungen darauf zurückzukommen haben.

In der Veröffentlichung dieser Beiträge, vor allem der beiden voranstehenden Artikel in der wissenschaftlichen Zeitschrift einer zentralen Institution der Partei, sehe ich auch einen Anhaltspunkt dafür, dass sich innerhalb der KP Chinas Kräfte regen, Kräfte, die tatsächlich die „Wahrheit in den Fakten" suchen und sich nicht mit der aus politischen Gründen entwickelten traditionellen Sicht auf die Geschichte der Partei und der revolutionären Entwicklung des Landes abfinden.

Zwei Gedanken möchte ich hier anschließen.

Die Geschichte vermittelt uns Erfahrungen und Erkenntnisse für die Gestaltung der Gegenwart und Zukunft. In diesem Sinne prägte Friedrich Engels das Wort, die Geschichte sei unser Ein und Alles. Das betrifft auch die Nutzung der reichen Erfahrungen der KP Chinas. Liu Shaoqi schrieb in einem Beitrag zum 22. Jahrestag der Gründung der KP Chinas, dass „die marxistisch-leninistische Verallgemeinerung dieser Erfahrungen eines der wichtigsten Kettenglieder ist, um die gesamte Partei zusammenzuschließen, die gesamte Partei zu erziehen". Er hielt dies sogar für eine der wichtigsten Aufgaben, um den Sieg in der chinesischen Revolution erringen zu können.[48] In jüngster Zeit hat die KP China dafür ein beredtes Beispiel

gegeben. Die Aufarbeitung von Erkenntnissen und Erfahrungen aus der Zeit seit der Gründung der Volksrepublik, insbesondere aus der „kulturrevolutionären" Periode, waren wesentlich für die Einleitung der Politik der Reformen und der Öffnung und die Mobilisierung der Partei und des Volkes für die Verwirklichung dieses Kurses.

Der Spannungsbogen, der Widerspruch, der sich hier auftut zwischen dem Beharren auf einem politischen Pragmatismus[49] und dem Streben nach historischer Erkenntnis, ist über Parteigrenzen hinweg ein gesamtgesellschaftlicher; denn der Souverän, das Volk, gestaltet nicht nur Geschichte, er durchlebt sie auch mit allen auch von ihm nicht verschuldeten Konsequenzen. Die positiven wie die negativen Auswirkungen vergangener Politik sind ihm also mehr oder weniger durchaus bewusst. Die konsequente materialistisch-dialektische Aufarbeitung dieser von den breiten Massen des Volkes erlebten Geschichte kann nur das Vertrauen und die Zuversicht des Souveräns fördern und neue Triebkräfte für den gesellschaftlichen Fortschritt freisetzen.

48. Liu Shaoqi, Gesammelte Schriften, Band 1, Beijing 1981, S.291, chines.
49. Vergl. folgende Orientierung Deng Xiaopings in seinen „Meinungen zur Abfassung des Entwurfs des ‚Beschlusses über einige historische Probleme der Partei seit der Gründung des Staates'": „Was die Fehler des Genossen Mao Zedong anbetrifft, so dürfen wir darüber nicht übermäßig viel schreiben. Wenn wir das tun und den Genossen Mao Zedong zu schwarz malen würden, dann würden wir auch unsere Partei und unseren Staat zu schwarz malen. Das widerspräche der historischen Realität." In: Deng Xiaoping, „Ausgewählte Schriften (1975-1982)", Beijing 1983, S.266, chines.

★ II. Theorie und Praxis der Neuen Demokratie

Um die Jahreswende 1939/1940 verfasste Mao Zedong zwei historisch wegweisende Schriften – „Die chinesische Revolution und die KP Chinas" und „Über die neue Demokratie". Sie enthalten seine Theorie der Neuen Demokratie und den Weg zu ihrer Verwirklichung in China. Damit wurde eine neue Seite in der Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas aufgeschlagen; denn es war das erste Mal, dass die Partei ihr theoretisches Verständnis und ihre Strategie für die Transformation Chinas zum Sozialismus eigenständig, d. h. ohne Weisung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, umfassend darlegte und begründete.

1. Von der Politik der Sowjetisierung Chinas zur Bildung einer nationalen antijapanischen Einheitsfront des chinesischen Volkes

Beide Schriften nehmen zwar keinen unmittelbaren Bezug auf die vorangegangene Entwicklung der chinesischen revolutionären Bewegung. Sie, wie überhaupt die Entwicklung der KP Chinas seit Mitte der 1930er Jahre, werden jedoch nur verständlich, wenn sie im Kontext dieser Entwicklung gesehen werden. Es geht hierbei im Wesentlichen um eine historische Etappe, die in der einschlägigen internationalen Literatur als Sowjetbewegung in China (1927-1937) benannt ist. Die Strategie, China zu sowjetisieren, war ein Produkt der Führung der Kommunistischen Internationale (KI) unter dem Einfluss Stalins.

Dieser Art Politik gegenüber der nationalen und sozialen Befreiungsbewegung eines Landes wurde durch die Bolschewisierung der Sektionen der KI der Weg geebnet. Das Ausbleiben erfolgreicher proletarischer Revolutionen in anderen Ländern war in Moskau[50]

50. Moskau steht im Text immer für J. W. Stalin, die Führung der KPdSU(B) und das Exekutivkomitee der KI.

letztlich auf ein Versagen der kommunistischen Parteien zurückgeführt worden. Daraus wurde die Schlussfolgerung gezogen, diese Parteien nach dem Vorbild und im Geist der ersten siegreichen kommunistischen Partei, der KPdSU(B), auszurichten. Der Beschluss über die Bolschewisierung der einzelnen Sektionen wurde auf dem V. Weltkongress der KI Mitte 1924, also noch im Todesjahr Lenins, gefasst. Damit vollzog sich in der Arbeitsweise des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) eine grundlegende Veränderung. War die Atmosphäre der Zusammenarbeit in der Zeit Lenins noch weitestgehend durch ein Miteinander, die Hilfe und Unterstützung für die einzelnen Parteien unter Beachtung der jeweiligen nationalen Bedingungen gekennzeichnet, so entwickelte sich jetzt ein hierarchischer Apparat, der zur Durchsetzung seiner Linie mit Hilfe von Emissären direktiv und rigoros in die Tätigkeit der Parteien eingriff. Damit verlor auch die KP Chinas die Möglichkeit, ihre Strategie nach den eigenen nationalen Gegebenheiten auszurichten. Diese verhängnisvolle Wende in der Tätigkeit der KI traf die KP Chinas während der Großen Revolution 1924 -1927.

Auf dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen Stalin und Trotzki in der chinesischen Frage hatte sich im Verlaufe der Jahre 1926/1927 in der Führung der KI eine mit den obigen Veränderungen konform laufende extrem „linke“ Linie durchgesetzt. Während nun in Westeuropa der Kampf gegen den „rechten Opportunismus“ und den „Sozialfaschismus“ als erste Voraussetzung für den Sieg der Revolution geführt werden sollte, hieß es für die kommunistische Bewegung in China und in den anderen Länder des Ostens, der Sieg über den „rechten Opportunismus“ und die „versöhnlichere“ Bourgeoisie wäre die entscheidende Voraussetzung für die Befreiung vom Imperialismus.

Kennzeichnend für die sich auf der Grundlage dieser Orientierung herausbildende neue Chinapolitik Moskaus waren aus meiner Sicht im Einzelnen folgende Wesenszüge:

- willkürliche Auslegung bzw. Ignorierung objektiver Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung sowie eine überhöhte, falsche Einschätzung der historischen Ausgangsbedingungen für die chinesische Revolution,
- Überschätzung der eigenen Kräfte und Möglichkeiten und eine

Unterschätzung der Kräfte und Möglichkeiten des Gegners im internationalen und im Klassenkräfteverhältnis in China,
- mechanische Übertragung von Wegen, Erfahrungen und Methoden Sowjetrusslands auf die revolutionären Bewegung Chinas,
- rigorose Bevormundung und grobe Einmischung in die Tätigkeit der KP Chinas und
- willkürliche Einschätzung und Behandlung der gesellschaftlichen Kräfte in den einzelnen Phasen historischer Entwicklung.

Die willkürliche Haltung bzw. die Ignorierung objektiver Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung führte zu einer verkürzten Sicht auf notwendige gesellschaftliche Entwicklungsetappen und zum Versuch, sie zu überspringen. Ich sehe darin eine Art von Voluntarismus, eine Auffassung, man könne durch einen „revolutionären Willen" in Sprüngen zum Sozialismus und Kommunismus voranstürmen, ohne dass die materiellen und geistigen Voraussetzungen und Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus vorhanden sind.

Diese Politik sollte die revolutionäre Bewegung in China in eine schwierige Lage bringen, in Indien stellte sie sogar ihre Existenz infrage.[51] Inwieweit diese Politik zur Niederlage der Großen Revolution 1924-1927 in China beitrug, dürfte noch zu untersuchen sein.

Für die Forcierung der chinesischen Revolution entsandte das EKKI den indischen Kommunisten M. N. Roy nach China, der nach Lenins Tod in führender Position eine ultralinke Linie in der kolonialen Frage vertrat. Für Roy gab es in China nur noch „feudal-patriarchalische Reste". Im Unterschied zu Lenin hielt er die Industrialisierung in China und Indien für so weit fortgeschritten, dass dort Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten zu bilden wären.[52] Stalin berief sich, wie schon bemerkt, 1927 nicht auf Lenin, sondern auf Roy, als er sich für die „sofortige Bildung von Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten in China" aussprach. Sie seien Organe des Aufstands gegen die bestehende Macht, „die in diesen Ländern beim Übergang von der bürgerlich-demokratischen Revo-

51. Siehe: Sobhanlal Datta Gupta, Comintern and the Destiny of Communism in India 1919-1943, Kolkata 2006.
52. Vergl. Manabendra Nath Roy, Revolution und Konterrevolution in China, Berlin 1930.

lution zur proletarischen Revolution zu bilden sind".[53] Für Stalin ging es 1927 in China, das weit rückständiger war als Russland zur Zeit der Oktoberrevolution, bereits um den Übergang zur proletarischen Revolution!!

Wie sah das in der Praxis aus?

Nach dem völligen Bruch mit der Guomindang orientierte die Führung der KI auf Weisung Stalins die KP Chinas darauf, in den Städten Chinas bewaffnete Aufstände gegen die Etablierung der GMD-Regierung unter Tschiang Kaischek[54] zu organisieren, um die Revolution, die in Wirklichkeit eine Niederlage erlitten hatte, weiter voranzutreiben. Es wurde Kurs darauf genommen, Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten für eine Gegenregierung zu bilden und Sowjetgebiete zu schaffen. Die Vertreter des EKKI, H. Neumann und B. Lominadze, hatten die Aufgabe, diese neue Linie in der Führung der KP Chinas durchzusetzen. In diesem Zusammenhang wurde der Generalsekretär der KP Chinas, Chen Duxiu, auf der von Heinz Neumann geleiteten Beratung vom 7. August 1927 abgesetzt.[55]

Chen wurde für die Niederlage der Revolution 1927 verantwortlich gemacht, obwohl er lediglich die Politik des EKKI ausgeführt hatte. Die eigentlichen Gründe für seine Absetzung dürften andere gewesen sein. Chen vertrat etwa analog zu Lenin 1921 über Russ-

53. J. W. Stalin, Werke, Band 9, Berlin 1953, S.226.
54. Tschiang Kaischek und ähnliche Schreibweisen, sind traditionelle europäische Schreibweisen. In moderner Umschrift müsste es Jiang Jieshi heißen (hier folgt der Lautwert nicht einem lokalen Dialekt, sondern dem Hochchinesischen). Ich bleibe in diesem Fall im Interesse des besseren Verständnisses für den deutschen Leser bei der Schreibweise Tschiang Kaischek.
55. Chen Duxiu (1898-1965) war einer der herausragenden Vertreter der chinesischen kommunistischen Bewegung in ihrer Frühphase. Der chinesische Historiker Tang Yulin hebt in seinen Untersuchungen zu Chen Duxiu drei seiner Verdienste hervor: Chen war sein Leben lang bemüht, China aus der imperialistischen Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung zu befreien. Er war als ein bedeutender Vertreter der chinesischen Aufklärung darum bemüht, den Unverstand und die Rückständigkeit im chinesischen Nationalcharakter überwinden zu helfen. Schließlich wies er als einer der Ersten darauf hin, dass die Fehler und Verbrechen Stalins letztlich im System begründet waren (Quelle: Privatarchiv). Chen wurde 1929 aus der Partei ausgeschlossen. Er ist der einzige Führer der KP Chinas in ihrer Geschichte, der noch nicht rehabilitiert worden ist. Das könnte mit der Aufwertung der Rolle Mao Zedongs in der Frühphase der kommunistischen Bewegung Chinas zusammenhängen.
56. Das chinesische Proletariat, das damals etwa 6 Millionen Arbeiter gezählt haben dürfte, war fast ausschließlich in den industriellen Zentren konzentriert, also weitab von jenen Gebieten, in denen die Sowjetmacht errichtet wurde. In dieser Macht waren damit so gut wie keine Proletarier vertreten.

land die Auffassung, dass die Rückständigkeit Chinas einen unmittelbaren Übergang des Landes zum Sozialismus nicht erlauben würde. Er lehnte es wohl auch ab, auf die Niederlage der Revolution 1927 mit einer putschistischen Politik und einer Politik der Sowjetisierung zu reagieren. Dafür wurde ihm der „Hut" eines Rechtsopportunisten und Trotzkisten aufgesetzt.

Zur neu eingesetzten Parteiführung gehörte Li Lisan, der sich bei der Umsetzung der angewiesenen ultralinken Linie hervortat. Die Serie der bewaffneten Aufstände wurde mit dem Kantoner Aufstand am 11. Dezember 1927 fortgesetzt, organisiert von H. Neumann und G. Eisler, einem weiteren nach China entsandten Vertreter des EKKI. Auch dieser putschistische Aufstand scheiterte nach wenigen Tagen und mit großen Verlusten. Der bereits im Herbst 1927 in der mittelchinesischen Provinz Hunan geleitete „Aufstand zur Herbsternte", angeführt von Mao Zedong, leitete dann die Etappe der Bauernaufstände in entlegenen ländlichen und Berggebieten ein.

Im Zuge dieser Entwicklung begann Moskau seine Politik der Sowjetisierung Chinas zu verwirklichen. Das Ziel war die Errichtung der Sowjetmacht in Form der „revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats[56] und der Bauernschaft". Auf diesem Wege sollte die „bürgerlich-demokratische Revolution" zu Ende geführt und „das schnelle Hinüberwachsen dieser Revolution in die sozialistische Revolution" gewährleistet werden.[57] Die nationalen Gegebenheiten Chinas fanden bei der Festlegung dieses Kurses keine Berücksichtigung. Im Gegenteil, bei der Bestimmung des Weges und der Methoden für die Umsetzung dieses Kurses wurden sowjetrussische Erfahrungen direkt übertragen. Es war, als ob es Lenin mit seiner kritischen Haltung zur Anwendung sowjetrussischer Methoden auf andere Länder und seine Überlegungen zum Übergang aus mittelalterlichen Verhältnissen zum Sozialismus nicht gegeben hätte. Ganz zu schweigen von seiner Auffassung, dass die Aneignung des gesamten menschlichen Fortschritts einschließlich der „bürgerlichen Kultur" Voraussetzung und Bedingung für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in rückständigen Ländern ist. Das war die Art, wie Stalin Lenin „vermittelte". Diese Art von „Vermittlung"

57. KPdSU(B), Komintern und die Sowjetbewegung in China. Dokumente, Band IV: 1931-1937, Teil 1. Berlin 2006, S. 820.

musste unter den damaligen Gegebenheiten in der KI natürlich auch das allgemeine Verständnis anderer kommunistischer Parteien für die Lehren Lenins beeinträchtigen.

1.1. Sowjets und Kampf gegen den japanischen Aggressor?

Die Besetzung Nordostchinas, der Mandschurei, durch Japan 1931 hatte im Fernen Osten eine grundlegend neue Lage geschaffen. Damit stellte sich nicht nur das Problem einer neuen Aufteilung Chinas unter den imperialistischen Mächten. Berührt wurde auch das Schicksal der von Russland gebauten und verwalteten Nordostchinesischen Eisenbahn. Es konnte nicht ausgeschlossen werden, dass die Okkupation Nordostchinas einem Überfall auf die UdSSR vorausging. Damit kam Bewegung in die China-Politik Moskaus. Das EKKI begann, die KP Chinas auf den Kampf gegen Japan zu orientieren. Es gab die Losung aus von einem nationalrevolutionären Krieg des bewaffneten chinesischen Volkes gegen die Eroberer, für die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Landes. Die gesamte China-Politik Moskaus schien sich nun in Richtung auf den Kampf gegen den japanischen Eroberer zu verändern. Gleichzeitig wurde jedoch die Behauptung von einem „neuen Aufschwung der Weltrevolution", vom „Niedergang des Imperialismus" und angeblich günstigen Voraussetzungen für den Sturz der Herrschaft der GMD beibehalten. Im Ergebnis dessen wurde der alte ultralinke Kurs unverändert fortgesetzt.

In diesem Zusammenhang begann Li Lisan in der Parteiführung der KPCh Mitte 1930 seine „linke" abenteuerliche Linie zu entfalten. Er vertrat den Standpunkt, dass die Partei zunächst die Macht in einer Provinz erobern sollte, um dort sofort zum Aufbau des Sozialismus überzugehen. Auf Weisung des EKKI wurde von Qu Qiubai und Zhou Enlai im September 1930 die 3. Tagung des VI. ZK der KP Chinas einberufen, um diese Linie Li Lisans zu korrigieren. Offensichtlich entsprach die vorgenommene Korrektur nicht den Auffassungen des EKKI. Es entsandte Wang Ming, um die „internationale Linie" in der Partei durchzusetzen. Wang forderte die Kader der Partei auf, die „internationale Linie" zu verteidigen und aktiv umsetzen und in die-

sem Sinne die Zusammensetzung der Parteikomitees aller Ebenen zu verändern. Anfang Januar 1931 organisierte er das 4. Plenum des ZK, um die Linie des EKKI durchzudrücken.

Damit begann eine neue „linke" Abweichung in der Tätigkeit der Partei. Ihre typischen Kennzeichen waren: Die kapitalistische Entwicklung Chinas wurde maßlos übertrieben. Der Sieg der Revolution sei nur durch einen entschlossen Kampf gegen die Bourgeoisie und die reichen Bauern zu erreichen. Der Gegner wurde unter- und die eigene Kraft wurde überschätzt. Ungeachtet des revolutionären Abschwungs wurden der revolutionäre Aufschwung und die Linie des Angriffs im gesamten Lande betont. Es wäre möglich, in einer oder mehreren Provinzen zu siegen. Der innerparteiliche Kampf zwischen den beiden Linien wurde zur Voraussetzung allen Handelns der Partei erklärt. Wer das nicht anerkenne, wäre ein Rechtsopportunist. Das war buchstäblich die damalige Linie und Politik Moskaus. Deshalb haben chinesische Historiker Recht, wenn sie schreiben: „Diese falschen Standpunkte Wang Mings kamen alle von Stalin und der Kommunistischen Internationale. Fast jede seiner Schlussfolgerungen kann man in den Dokumenten der KI finden. Die ‚links'opportunistische Linie Wang Mings war die Linie der Kommunistischen Internationale." [58]

Das Politsekretariat des EKKI traf auf seiner Sitzung im Oktober 1931 wiederum die unreale Einschätzung, dass „für unsere Sowjetbewegung jetzt breite Perspektiven zur Ausdehnung entstanden (sind), breite Möglichkeiten, in jene Gebiete einzudringen, wo die Herrschaft der Grundbesitzer nicht überwiegt, jedenfalls nicht so überwiegt wie in den Provinzen, die im ersten Ansturm von der Sowjetbewegung erobert wurden".[59] Folgerichtig verabschiedete die provisorische Leitung des ZK der KPCh im Januar des darauf folgenden Jahres eine Resolution mit der Überschrift „Über die Erringung des Siegs der Revolution in einer oder mehreren Provinzen".

Die Realität sah anders aus. Entgegen den Einschätzungen durch die Führung der KI und die chinesische Delegation beim EKKI über den unaufhaltsamen Vormarsch der chinesischen Sowjetbewegung

58. Siehe „Neuere und neueste Geschichte der politischen Parteien Chinas", herausgegeben von Zhu Jianhua u. Song Chun, Harbin 1984, S.361, chines.
59. KPdSU(B), Komintern und die Sowjetbewegung in China., a.a.O. S. 123.

begann sich die Niederlage der chinesischen Sowjetbewegung schon lange vor dem Abzug der Roten Armee aus dem Zentralen Sowjetgebiet im Herbst 1934 abzuzeichnen.[60] In der gesamten Zeit hatte die KPCh auch eklatante Probleme und außerordentliche Schwierigkeiten, sich in den „weißen Gebieten" zu organisieren und ihre illegale Arbeit überhaupt gewährleisten zu können.[61]

Otto Braun[62], Militärberater der KI beim ZK der KPCh, war offensichtlich der Erste und wohl auch Einzige, der der euphorischen Einschätzung von einem erfolgreichen Fortgang der „Sowjetisierung" Chinas im damaligen Moskau eine sachliche Einschätzung entgegensetzte. Eine seiner ersten Arbeiten während seines Aufenthaltes in Shanghai war, wie er schreibt, sich aus den vorhandenen Informationen „ein ehrliches Bild von der gegenwärtigen militärischen Situation" als Ausgangspunkt für die Militärpolitik der chinesischen Roten Armee zu verschaffen.[63] Das Fazit seiner Untersuchung war kurz zusammengefasst das Folgende: Das Territorium der ständigen und zeitweiligen Sowjetgebiete (vornehmlich bergige und rückständige Agrargebiete ohne Industriezentren) umfasste nicht 1/6, sondern nur 1/24 des Gesamtterritoriums des Landes. Die Bevölkerung dieser Gebiete belief sich nicht auf 50-60 Millionen, sondern lediglich auf etwa 10 Millionen Menschen. Die Rote Armee des Zentralen Sowjetgebietes zählte rd. 63 000 Mann (fast alles Bauern) mit 30 000 Gewehren und 16 MGs. Ihr standen unmittelbar gegenüber etwa

60. Die Herausgeber der Dokumentenreihe „KPdSU(B), Komintern ..." setzen in ihrer begleitenden Kommentierung für das Kapitel „Niedergang der Sowjetbewegung in China" die Zeit von September 1931 (!!) bis Juli 1935 an.
61. Auf diesem Hintergrund verbreitete die Führung der KI die Behauptung vom „Zurückbleiben des subjektiven Faktors hinter den herangereiften objektiven Bedingungen für die Revolution" in der chinesischen Version. Die eigentliche Ursache für die zunehmenden Schwierigkeiten der KPCh in den Sowjetgebieten wie in den „weißen Gebieten" waren vielmehr einer falsche Einschätzung vor allem des Kräfteverhältnisses in China und die darauf aufbauende Strategie der KI.
62. Sein KI-Name war K. O. Wagner, sein chinesischer Name lautete Li De, „Li, der Deutsche". Braun hatte schon an den Kämpfen der bayrischen Räterepublik teilgenommen. Er war dann als Militärberater des ZK der KPD tätig, wurde verhaftet, konnte aber auf abenteuerliche Weise aus dem Gefängnis fliehen. Die Partei schickte ihn in die Sowjetunion, wo er als Spezialist für militärische Fragen ausgebildet wurde, um dann im Herbst 1932 als Militärberater der KI beim ZK der KP Chinas nach China geschickt zu werden. Er arbeitete sich zunächst in der illegalen KI-Vertretung in Shanghai unter seinem Vorgesetzten M. Stern ein, bevor er im September 1933 in das Zentrale Sowjetgebiet nach Ruijin geschleust wurde. In seinem China-Tagebuch schreibt er, dass er, als die militärische Lage des Zentralen Sowjetgebiets aussichtslos wurde, die Verlagerung der Hauptkräfte vorschlug, mit der der „Lange Marsch" der Hauptkräfte der chinesischen Roten Armee über Sichuan nach Nordchina begann. Braun wurde auf der Konferenz von Zunyi Januar 1935 während des „Langen Marsches" wegen angeblich schwerer Fehler in der militärischen Taktik von Mao Zedong scharf angegriffen und aus der engeren Führung entfernt. Nach Ankunft der Roten Armee in Nord-Shanxi im Oktober 1935 übte er bis zu seiner Rückkehr nach Moskau im Spätsommer 1939 eine Lehrtätigkeit an der Antijapanischen Akademie der Roten Armee Chinas in Yanan aus.
63. Otto Braun, Chinesische Aufzeichnungen (1932-1939), Berlin 1973, S. 19.

350 000 Mann Guomindang-Truppen, darunter die Elite der GMD-Streitkräfte, die ihnen auch technisch in jeder Hinsicht überlegen war (Ausstattung mit Artillerie und MGs auf dem Niveau moderner Truppen).[64] Seit Ende der 1960er Jahre, als Otto Braun zu unserem Forschungsbereich zählte, diskutierten wir beide mehrfach über seine damalige Tätigkeit als Militärberater der KI beim ZK der KP Chinas. Er schilderte mir auch, dass er nach Ankunft seiner Einschätzung in Moskau heftigen Attacken und Verleumdungen seitens der Kräfte ausgesetzt gewesen war, die wie Wang Ming und andere Mitglieder der chinesischen Delegation „Potemkinsche Dörfer" über die Entwicklung der Sowjetgebiete und der Roten Armee aufgebaut hatten.

Die Auffassung in der Führung der KI von den „herangereiften objektiven Bedingungen" für die chinesische Revolution wurde von der Führung der KI selbst noch am Vorabend des VII. Weltkongresses der KI vertreten. Georgi Dimitroff, Generalsekretär des EKKI, forderte auf einer Sitzung des Sekretariats des EKKI am 23. Juli 1935 zwar, bestimmte Korrekturen in der Politik „für die Vereinigung der überwältigenden Mehrheit des chinesischen Volks gegen die japanischen Eroberer" vorzunehmen. Dabei müssten „die Rote Armee als bewaffneter Arm bewahrt und gestärkt" und die KP Chinas „als Avantgarde des chinesischen Proletariats und des chinesischen Volkes" entwickelt und gefestigt werden. „Aber nicht nur zur Erweiterung der Sowjetgebiete, zur unmittelbaren Sowjetisierung Chinas, sondern zur Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution in China."[65]

Nach dem VII. Weltkongress begann sich Moskau auf das reale Klassenkräfteverhältnis in China einzustellen. Gleichzeitig verstärkte das EKKI seinen Druck auf die KPCh, ihr Herangehen an die GMD, insbesondere an die Person Tschiang Kaischek, entsprechend zu verändern.

Die KP Chinas hatte nach der Besetzung der Mandschurei durch Japan durchaus die Notwendigkeit erkannt, sich auf den Kampf gegen den japanischen Aggressor zu konzentrieren. 1933 hatte sie ein Manifest veröffentlicht, in dem sie sich bereit erklärte, unter drei Bedingungen mit GMD-Streitkräften gemeinsam gegen Japan zu

64. KPdSU(B), Komintern und die Sowjetbewegung in China, a.a.O., S.348-361. Siehe auch: Otto Braun, a.a.O., S. 19-27.
65. KPdSU(B), Komintern und die Sowjetbewegung in China, a.a.O., S. 1300-1301.

kämpfen – Einstellung aller Angriffe auf die Rote Armee, Freiheit für das Volk und Bewaffnung des Volkes.

Die Übernahme der Parteiführung durch Mao Zedong im Januar 1935 in Zunyi leitete eine grundlegende Wende in der Politik der Partei ein. Ich würde sie charakterisieren als Beginn der Hinwendung zur eigenständigen Ausarbeitung der Politik der Partei in Übereinstimmung mit den nationalen Gegebenheiten. Das hatte jedoch keine unmittelbaren Auswirkungen auf Aufbau und Struktur der KP Chinas, wie sie seit Mitte der 1920er Jahre im Zuge der Bolschewisierung gestaltet worden waren.

Im August 1935 wandten sich die Führung der KP Chinas und der Roten Armee gemeinsam an alle chinesischen Parteien, Fraktionen und Landsleute mit der Aufforderung, vereinigte antijapanische Streitkräfte und eine Regierung der Landesverteidigung zu bilden und gemeinsam gegen den japanischen Imperialismus zu kämpfen. Die erhoffte Reaktion blieb trotz der starken patriotischen Bewegung im Volke noch aus. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, dass die KPCh den antijapanischen Kampf zu jenem Zeitpunkt nach wie vor mit dem Kurs auf Sowjetisierung, mit dem Kampf gegen die nationale Bourgeoisie und mit dem Sturz Tschiang Kaischeks verband. Die KI hatte deshalb die KP Chinas im August 1935 auch aufgefordert, für die Schaffung der nationalen antijapanischen Einheitsfront die Wirtschaftspolitik in den Sowjetgebieten zu korrigieren, die „Schwankungen der Guomindang und ihrer militärischen Führer“ zu überwinden und den „sektiererischen Elementen in den eigenen Reihen“ eine Abfuhr zu erteilen.[66]

In den folgenden drei Monaten schloss Moskau die eingeleitete Kurskorrektur ab. Am 20. November 1935 wies Dimitroff das ZK der KPCh über seinen Vertreter beim EKKI, Wang Ming, an, „der Bildung eines vereinten Oberkommandos mit Tschiang Kaischek als Oberkommandierenden zuzustimmen unter der Bedingung der Bil–dung einer gesamtchinesischen Front gegen die japanischen Eroberer und der Hinwendung zu konkreten Kampfhandlungen gegen Japan“.[67] Gleichzeitig stellte Moskau seine Strategie der Sowjetisierung Chinas ein. Offensichtlich fiel es der KP Chinas schwer, die-

66. Ebd., S. 1300-1301.
67. Ebd., S.1314.

ser grundlegenden Wende sofort zu folgen und sich auch mit Tschiang zu arrangieren. Als Führer der GMD-Regierung und Vertreter ihres rechten antikommunistischen Flügels hatte dieser ein Jahrzehnt lang versucht, die revolutionäre Bewegung Chinas unter Führung der KP Chinas in ihrem Blut zu ersticken. Die KP Chinas korrigierte im Dezember 1935 zunächst einmal einen wichtigen Eckpfeiler ihres Kurses seit 1927: Die Konfrontationspolitik gegenüber der nationalen Bourgeoisie wurde eingestellt. Die Partei beschloss, nunmehr auch diesen Kräften die Zusammenarbeit in der zu schaffenden nationalen antijapanischen Einheitsarbeit anzutragen.

1.2. Tschiang Kaischek und die nationale antijapanische Einheitsfront

Mit dem „Xian-Zwischenfall" im Dezember 1936 stellte sich für die KP Chinas unausweichlich das Problem, ihre Politik auch gegenüber Tschiang Kaischek zu überdenken.

Die GMD-Generäle Zhang Xueliang von der NW-Armee und Yang Hucheng von der NO-Armee hatten jeder für sich Verbindungen mit der KPCh aufgenommen, um eine Vereinbarung über den gemeinsamen Kampf gegen die japanischen Invasoren zu treffen.[68] Im Ergebnis diverser Gespräche kamen die KPCh und beide Generäle überein, gemeinsam den Kampf gegen Japan aufzunehmen. Yang und Zhou Enlei hatten zudem abgesprochen, Tschiang Kaischek von zwei Seiten, von innen seitens der beiden Generäle und von außen durch die KPCh, unter Druck zu setzen. Sie wollten damit die Einstellung des Bürgerkrieges durch die GMD und die Aufnahme des gemeinsamen Kampfes gegen Japan erreichen.

Tschiang Kaischek hatte die Veränderungen in der Haltung der beiden Armeen natürlich bemerkt. Er kam nach Xian, Yang und

68. Zhang Xueliang, ein Sohn des Generals und Militärmachthabers Zhang Zuolin, hatte die GMD-Truppen in der Mandschurei befehligt. Er war durch die Besetzung dieses Gebietes durch Japan gezwungen worden, mit seinen Streitkräften nach Nordchina auszuweichen. Zhang hatte deshalb ein starkes Interesse daran, die Japaner zu bekämpfen und nach Nordost-China zurückzukehren.

Zhang zu befehlen, den Feldzug zur „Ausrottung der Kommunisten" wieder aufzunehmen.[69] Zugleich verstärkte er die Truppenkonzentration der GMD in NW-China. Da Tschiang es ablehnte, den Bürgerkrieg einzustellen und den gemeinsamen Kampf gegen Japan aufzunehmen, spitzte sich die Lage in Xian zu. Am 12. Dezember 1936 ließen ihn die beiden Generäle in aller Frühe verhaften. Sie legten ihm acht Forderungen vor:

Umgestaltung der Nanjinger Regierung, Teilnahme aller Parteien an der Regierung; Einstellung des Bürgerkrieges; sofortige Freilassung einer in Shanghai verhafteten patriotischen Persönlichkeit; Freilassung aller politischen Gefangenen; Entfaltung patriotischer Massenbewegungen; Garantie aller Freiheiten für das Volk; Verwirklichung des Testaments des Präsidenten Sun Zhongshan und sofortige Einberufung einer Nationalversammlung.

Die Situation hätte leicht zu einer neuen großen militärischen Auseinandersetzung eskalieren können. In dieser Situation drängte Moskau darauf, eine friedliche Lösung des Zwischenfalls herbeizuführen und damit einen Weg für den gemeinsamen Kampf der KPCh und der GMD gegen Japan zu öffnen. Das Sekretariat des EKKI wies deshalb das ZK der KPCh am 16. Dezember an, alles zu unternehmen, um den „Xian-Zwischenfall" auf der Grundlage entsprechender Vereinbarungen[70] „entschlossen friedlich" beizulegen. Das EKKI hatte wohl den Eindruck, dass sich die Führung der KP Chinas schwer tat, diese Weisung umzusetzen und übte scharfe Kritik: „Klarer denn je ist jetzt der Fehler in der früheren Orientierung der Partei erkennbar – die Herstellung der Einheitsfront durch die Absetzung Tschiang Kaischeks und den Sturz der Nanjing-Regierung zu erreichen ... Die Partei verfolgt in Wirklichkeit einen Kurs zur Spaltung der Guomindang und nicht der Zusammenarbeit mit ihr." Selbst ein Abkommen mit Tschiang Kaischek und Nanjing würde als eine Kapitulation vor Tschiang und Nanjing angesehen werden.[71] Die

69. Nach Tschiangs Meinung taten die beiden Heerführer in Xian „ihr möglichstes, um kommunistische Elemente und Fassendenorganisationen zu schützen. Der Erfolg war, dass sowohl die ‚Dritte Partei' wie der ‚Bund zur Rettung der Nation' offen reaktionäre Propaganda treiben konnten." Siehe: Tschiang Kaischek, Sowjet-Russland in China, Bonn 1957, S.97.

70. Es ging um die Reorganisierung der GMD-Regierung unter Einbeziehung antijapanischer nationaler Kräfte, die Sicherung der demokratischen Rechte des chinesischen Volkes, die Einstellung der auf die Vernichtung der Roten Armee gerichteten Politik und die Aufnahme der Zusammenarbeit mit ihr im Kampf gegen Japan und die Aufnahme der Zusammenarbeit mit Staaten, die mit dem Kampf des chinesischen Volkes gegen den japanischen Aggressor sympathisieren.

71. Telegramm vom 19. Januar 1937, in: KPdSU(B), Komintern und die Sowjetbewegung in China, a.a.O., Teil 2,, S. 1320.

Führung der KI unterschlug allerdings, dass diese „frühere Orientierung", wie z. B. der oben von mir zitierten Erklärung Dimitroffs vom 23. Juli 1935 entnommen werden kann, praktizierte Politik des EKKI gewesen war. Wahrscheinlich ist, dass die Führung der KP Chinas über diesen Zeitabschnitt hinaus augenscheinlich an dieser Politik festgehalten hatte. Insofern ist erklärbar, dass das EKKI in seinem Telegramm das ZK der KPCh nachdrücklich auffordert, endlich ohne Wenn und Aber gemäß der neuen Linie zu verfahren. „Die Hauptaufgabe der Partei besteht jetzt darin, praktisch den Abbruch des Bürgerkrieges zu erreichen." Das Problem lag jedoch keineswegs nur oder hauptsächlich bei der KP China. Es lag vor allem bei Tschiang und war in seiner antikommunistischen Grundeinstellung begründet. Tschiang trachtete nach wie vor mehr danach, die KPCh und ihre Rote Armee zu vernichten als sich auf den Kampf gegen den japanischen Aggressor zu konzentrieren.[72]

Die Verhaftung und die acht Forderungen hatten aber eine starke, wenn auch unterschiedliche Reaktion im Lande ausgelöst. Die projapanische Fraktion in der GMD forderte die Bestrafung der beiden Generäle; die probritische Fraktion, die linken Kräfte in der GMD und eine Reihe führender GMD-Militärs hingegen traten für eine friedliche Lösung ein. Japan warnte, dass es einem Kompromiss mit den beiden Militärs nicht tatenlos zusehen würde. Der Vertreter Nazi-Deutschlands bei der Nanjinger Regierung forderte die GMD auf, den Kampf gegen die Kommunisten entschlossen fortzuführen. England und Amerika waren daran interessiert, dass der Kampf in China gegen Japan verstärkt wurde. Sie waren deshalb auch für eine friedliche Lösung des Konflikts. Die große Mehrheit der Angehörigen der NW- und NO-Armeen sprachen sich für die Tötung Tschiangs aus, weil der sich nicht ändern würde. Auch in der Roten Armee waren viele dafür. Einige Mitglieder der weiteren Führung der Partei wie Zhang Guotao hatten sich dem auch angeschlossen.

Das ZK der KPCh fasste am 19. Dezember 1936 einen Beschluss, in dem die offizielle Position der Partei zu dem Zwischenfall dargelegt wurde. Die Partei wandte sich entschieden gegen einen neuen Bürgerkrieg und fordert eine friedliche Lösung auf der Grundlage

72. Dieses Bestreben drückte sich unverhüllt in der „Resolution zur vollständigen Ausrottung der roten Gefahr" aus, die auf der 3. Tagung des Exekutivkomitees der GMD am 21. Februar 1937 verabschiedet wurde.

der Einigung und Zusammenschluss zwischen Nanjing und Xian gegen Japan. Sie ging davon aus, dass ein Teil der nationalen Bourgeoisie und ein Teil der Kräfte in der GMD mit der Politik des Bürgerkrieges unzufrieden wären und die Einstellung des Bürgerkrieges und den gemeinsamen Kampf mit Kommunisten gegen Japan fordern würden. Die Kommunisten müssten alles unternehmen, um sich mit den Linken in der GMD zu vereinigen, die GMD-Kräfte, die eine mittlere Position einnehmen, zu gewinnen und die projapanische Fraktion zurückzudrängen. Die Nanjinger Regierung müsse den Standpunkt des antijapanischen Kampfes einnehmen. Die Partei drückte ihre Sympathie mit den beiden patriotischen GMD-Generälen aus und sagte ihnen ihre Unterstützung zu.

Die KPCh schickte eine Delegation mit Zhou Enlai, Qin Bangxian und Ye Jianying nach Xian, um aktiv zu einer friedlichen Lösung des Konflikts beizutragen. Am 23. Dezember 1936 wurden Verhandlungen zwischen drei Seiten aufgenommen, zwischen den beiden Generälen, Song Meiling, der Frau von Tschiang, und Song Ziwen als Vertreter der GMD und der KPCh-Delegation. Am Tag darauf wurde ein Übereinkommen folgenden Inhalts getroffen:

1. Umgestaltung der Nanjinger Regierung, Entfernung der projapanischen Fraktion, Aufnahme von antijapanischen Kräften,
2. Freilassung aller politischen Gefangenen, Sicherung aller Freiheiten für das Volk,
3. Einstellung der Politik „Ausrottung der Kommunisten", Verbindung mit der Roten Armee zum Kampf gegen Japan,
4. Einberufung einer Beratung aller Parteien, Persönlichkeiten und Armeen zur Rettung des Landes,
5. Herstellung von Beziehungen der Zusammenarbeit mit allen Staaten, die mit Chinas Kampf gegen Japan sympathisieren,
6. Andere Wege zu Rettung des Landes.
   Tschiang unterschrieb nicht, wurde aber frei gelassen und flog zwei Tage später nach Nanjing zurück.

Die 3. Tagung des Exekutivkomitees der GMD Mitte Februar 1937 musste sich trotz seiner antikommunistischen Grundhaltung unter dem in- und ausländischen Druck mit der Beendigung des Bürgerkrieges und der Zusammenarbeit mit KPCh gegen Japan

befassen. Die KP Chinas hatte, um den Druck auf die GMD zu erhöhen, kurz vor der Eröffnung der Tagung neben ihren Forderungen[73] der GMD auch vier Zusagen gemacht:

- Aufgabe des Kurses, die GMD gewaltsam zu stürzen;
- Umbildung der demokratischen Regierung der Arbeiter und Bauern in eine Regierung des Sondergebiets der Republik China und der Roten Armee in eine nationalrevolutionäre Armee;
- Verwirklichung demokratischer Systeme im Sondergebiet;
- Einstellung der Politik der Konfiszierung des Bodeneigentums der Grundbesitzerklasse.[74]

Die aktive Politik der KP Chinas zur friedlichen Lösung des Xian-Zwischenfalls und ihre Fortführung nach der Lösung dieses Konflikts förderten maßgeblich die Voraussetzungen für die Bildung der nationalen antijapanischen Einheitsfront.

Am 7. Juli 1937 provozierte Japan einen militärischen Zwischenfall an der Lugouqiao-Brücke bei Beijing. Es suchte einen formalen Vorwand, um zur Eroberung ganz Chinas überzugehen. Damit hatte der Antijapanische Krieg begonnen.

1.3. Nationale antijapanische Einheitsfront

Gut zwei Monate später, am 23. September 1937, war die nationale antijapanische Einheitsfront auf der Grundlage der Zusammenarbeit zwischen der Guomindang und der KP Chinas offiziell hergestellt.

Im Ergebnis von Verhandlungen verkündete die KP Chinas die offizielle Einstellung des Kurses auf Sowjetisierung und entsprechende politische und ökonomische Veränderungen in ihrem Machtbereich. Die GMD ihrerseits erklärte den Bürgerkrieg für beendet. Das Sowjetgebiet mit der Hauptstadt Yanan, das sich über große Teile der Provinzen Shaanxi, Gansu und Ningxia erstreckte, war nun unter der Regierung der KP Chinas als Sondergrenzgebiet

73. Einstellung des Bürgerkrieges, gemeinsamer Kampf gegen Japan, Sicherung der Freiheiten für das Volk. Freilassung aller politischen Gefangenen, Einberufung einer Vertreterkonferenz aller Parteien, aller Berufe und aller Armeen, um gemeinsam das Land zu retten, und Verbesserung des Lebens des Volkes.
74. Wang Weili, Neueste Geschichte Chinas, Shenyang 1984, S. 370-377, chines.

Shaanxi-Gansu-Ningxia Teil der Republik China. Die Rote Armee war unter ihrer alten Führung als Achte Marscharmee und Neue Vierte Armee in die Nationalrevolutionären Streitkräfte eingegliedert. Damit hatte die KP Chinas ihre militärischen Hauptkräfte und ihr hauptsächliches regionales Machtzentrum erhalten können.

In den Verhandlungen über die programmatische Grundlage der Einheitsfront standen sich zunächst zwei Positionen diametral gegenüber. Die KP Chinas hatte vorgeschlagen, die „Drei Volkslehren Sun Zhongshans" (in der Fassung des 1. Kongresses der Guomindang von Januar 1924)[75] und die von ihr formulierten „Zehn Prinzipien" vom 25. August 1937 als Grundlage anzusehen. Inhalte dieser Prinzipien waren die Generalmobilmachung aller Streitkräfte und des gesamten Volkes gegen den japanischen Aggressor, politische Reformen u. a. zur Einberufung eines nationalen Parlaments, das „eine wirklich demokratische Verfassung" und einen „Beschluss über den Kampf gegen Japan und zur Rettung des Landes" annehmen sollte, den Abschluss von Bündnissen mit allen Staaten, die gegen die japanische Aggression auftraten, vor allem der Sowjetunion, die Verbesserung der Lebenslage aller Teile des Volkes, die Ausschaltung aller Landesverräter und die Bildung einer breiten nationalen antijapanischen Einheitsfront auf der Grundlage der Zusammenarbeit zwischen der KP Chinas und der Guomindang.[76]

Die Position der Guomindang hingegen war darauf gerichtet, im Rahmen der antijapanischen nationalen Front ihren antikommunistischen Kurs fortzusetzen. Tschiang Kaischek äußerte sich dazu später folgendermaßen: „Die Resolution der Guomindang zur ‚Gänzlichen Ausrottung der Roten Bedrohung', die vier Versprechungen der chinesischen Kommunisten[77] und die Einordnung der kommunistischen Truppen in die Nationalrevolutionäre Armee sollten die Grundlage der ‚Friedlichen Koexistenz' von Guomindang und chi-

75. Die Drei Volkslehren (San-min-zhuyi) sind: 1. nationale Lehre(Freiheit und internationale Gleichberechtigung für China und Gleichberechtung der Nationalitäten in China), 2. Lehre von den Volksrechten (bürgerliche Rechte für das gesamte Volk) und 3. Lehre von der Wohlfahrt des Volkes (gleiches Bodenrecht und Begrenzung des Kapitals). In ihrer Fassung vom Januar 1924 schlossen sie das Bündnis der GMD mit der Sowjetunion, die Zusammenarbeit mit der KP Chinas sowie die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter und Bauern ein. Die KP Chinas sprach deshalb von den „Drei revolutionären Volkslehren".
76. Mao Zedong, Ausgewählte Schriften, Band II, Beijing 1952, S. 311-314, chines.
77. Verwirklichung der Drei Volkslehren, Einstellung des bewaffneten Kampfes und der Sowjetisierungspolitik, Einordnung der Sowjetbasen in das bestehende administrative System der regierenden GMD und der Roten Armee in die Nationalrevolutionären Streitkräfte.

nesischen Kommunisten während des sino-japanischen Krieges bilden.“[78] Ich möchte auf zwei Aussagen in diesem Statement aufmerksam machen. Da Tschiang, wie er schreibt, die „rote Bedrohung“ „gänzlich ausrotten“ wollte, kann ich sein Bekenntnis zur friedlichen Koexistenz nur als eine hohle Phrase werten. Nicht weniger aufschlussreich ist, dass Tschiang es nicht einmal für erforderlich hält, die KP Chinas als wichtigsten Kooperationspartner im Kampf gegen Japan mit ihrem Namen anzusprechen.

Die nationale antijapanische Einheitsfront war dennoch formell gebildet worden. Während die KP Chinas in ihren Machtbereichen entsprechende Veränderungen einzuleiten begonnen hatte, ließen diese in den GMD-Gebieten jedoch auf sich warten. Auf diese Defizite für die Entwicklung einer funktionierenden Einheitsfront gegen Japan machte Mao Zedong in seinem Artikel „Die drängenden Aufgaben nach Herstellung der Zusammenarbeit zwischen Guomindang und KP Chinas“ vom 29. September 1937 aufmerksam. „Die antijapanische Einheitsfront verfügt heute noch nicht über das politische Programm, das die herrschende Politik der Guomindang ersetzen soll und von beiden Parteien gemeinsam anerkannt und offiziell verkündet worden ist. Die Art, wie die Guomindang gegenüber dem Volk auftritt, ist die der letzten zehn Jahre. Vom Regierungsapparat, über das System der Streitkräfte und die Politik gegenüber dem Volk bis zur Finanzpolitik und zu Politiken in Bereichen Wirtschaft, Bildung usw., alles ist im Großen und Ganzen die Politik der letzten zehn Jahre und hat sich nicht verändert. Es gibt natürlich Dinge, die sich verändert haben, überdies sehr große Veränderungen. Das sind zum Beispiel die Einstellung des Bürgerkrieges und die Übereinstimmung im Widerstand gegen Japan ... Das sind sehr große Veränderungen in der politischen Lage in China nach den Ereignissen in Xian. Der gesamte oben genannte Komplex der Politik jedoch hat sich bis heute nicht verändert. Das heißt, die Dinge, die nicht verändert worden sind, und die, die sich verändert haben, entsprechen einander nicht.“[79]

Die KPCh musste sich jedoch auch in ihren eigenen Reihen mit einer falschen Haltung gegenüber der nationalen antijapanischen Einheitsfront auseinandersetzen. Wieder war es eine „linke“ Tendenz, die die Partei in eine Selbstisolierung führen konnte. Diese

78. Tschiang Kaischek, a.a.O., S. 107.
79. Mao Zedong, a.a.O., S. 315-316.

Tendenz, als „Ismus der verschlossenen Tür“ (guanmen zhuyi) bezeichnet, drückte sich in einem Dogmatismus aus, der jegliche Veränderungen im innerchinesischen Kräfteverhältnis als Auswirkung der japanischen Eroberungspolitik negierte. Die Vertreter dieser Tendenz, darunter auch wieder Wang Ming, lehnten es ab, die Veränderungen in den Klassenbeziehungen Chinas in Folge der nationalen Krise zur Kenntnis zu nehmen. Sie „übersahen“, dass sich Kräfte innerhalb der Großgrundbesitzerklasse und der Bourgeoisie dem Kampf gegen Japan anschlossen. Bourgeoisie und Militaristen waren für sie auf ewig konterrevolutionär. Sie vertraten den Standpunkt, dass die Partei im Krieg gegen Japan gegen alle bisherigen reaktionären Kräfte unterschiedslos weiterkämpfen müsse, denn der „revolutionäre Weg“ wäre „immer gerade“.[80] Diese „linke“ Tendenz stellte in jener Zeit, als es darum ging, den Masseneinfluss der Partei zu verstärken, die Hauptgefahr dar. Deshalb war es dringend erforderlich, diese Tendenz entschieden zurückzuweisen und die Orientierung der Partei auf eine möglichst breite und starke nationale Einheitsfront zu verstärken. Diese Aufgabe löste das Politbüro des ZK der Partei auf seiner Tagung Ende Dezember 1937 in Wabao.

Unter dem wachsenden Druck breiter patriotisch gesinnter Kreise des chinesischen Volkes sah sich die Guomindang-Regierung schließlich gezwungen, am 6. Juli 1938 eine „Konferenz zur Teilnahme des Volkes an den Staats- und Regierungsgeschäften“ (Guomin Can-zheng Hui) einzuberufen. Dieser Konferenz gehörten verschiedene politische Parteien, darunter die KPCh mit Dong Biwu, Vertreter von Interessenverbänden und nationaler Minderheiten an. Tschiang nennt diese Institution bezeichnenderweise „Politischen Volksrat“, der die Guomindang-Regierung in „Kriegszeiten beraten“ sollte.[81] Auf seiner konstituierenden Sitzung nahm der Rat das so genannte Programm des Widerstandes und der Nationalen Erneuerung an. Es umfasste sechs wesentliche Punkte:

1. Die Drei Volkslehren (offen, welche Fassung, Januar 1924 oder davor) gelten als die oberste Leitlinie für die nationale Rettung und die Neuordnung,
2. Der Oberbefehlshaber (*Tschiang Kaischek – d.V.*) genießt unbe-

80. Siehe: Wang Weili, a.a.O., S. 357.
81. Tschiang Kaischek, a.a.O., S. 108.

dingte Autorität,
3. China entwickelt im Interesse des Friedens die Zusammenarbeit mit allen Nationen auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und Unabhängigkeit,
4. Grundsätze für die Einführung demokratischer Institutionen in der Zeit des Krieges und für die Förderung politischer, ökonomischer und kultureller Unternehmungen während des Krieges,
5. Durchführung einer Politik, die die Moral des Volkes hebt und die chinesische Kultur schützt und
6. Programm des Widerstandes und der nationalen Erneuerung.

Von einer konsequenten Umsetzung dieser Grundsätze in praktische Politik der GMD konnte keine Rede sein. Die GMD tat auch nichts, um die Aktivität von Landesverrätern in ihren Reihen, die sich mit Japan auf Kosten Chinas zu arrangieren suchten, zu unterbinden. Das alles ließ die vereinbarte antijapanische nationale Einheitsfront sehr labil und zerbrechlich bleiben.

Erkenntnisse und Probleme

1. Die Moskauer Politik der Sowjetisierung Chinas führte zu schweren Verlusten für die chinesische Befreiungsbewegung, die am Ende in eine schwierige Lage geriet. Die Auswirkungen dieser Politik teilte China mit anderen Ländern des Ostens, beispielsweise mit Indien.

Das erlaubt schon, die Frage nach den Ursachen eines solchen Herangehens zu stellen: Schätzte Stalin die objektiven und subjektiven Bedingungen für die revolutionäre Bewegung, in diesem Falle Chinas, nur falsch ein oder hatte er möglicherweise andere Motive? Motive, die vielleicht darauf hinausliefen, die revolutionäre Bewegung Chinas den eigenen Zielen unterzuordnen und sie zur Verwirklichung dieser Ziele zu missbrauchen? Wenn wir die historischen Erfahrungen und Lehren der kommunistischen Bewegung konsequent aufarbeiten wollen, müssen wir auch diese Frage beantworten.

2. Die Verlagerung der revolutionären Kernmacht nach Nordchina und ihre Orientierung auf den Kampf gegen den japanischen Aggressor gaben der revolutionären Bewegung in China die Chance,

sich wieder zu sammeln und zu stärken. Mit der Beratung in Zunyi im Januar 1935 begann die KP Chinas, ihre Linie und ihre Politik in Auseinandersetzung mit Vertretern der Politik der KI in ihren Reihen eigenständig zu entwickeln.

Die KPCh war sich bewusst, dass die Auseinandersetzung mit den reaktionären Kräften der Guomindang auch nach Bildung der nationalen antijapanischen Einheitsfront noch lange nicht ausgefochten war. In der Auseinandersetzung über die Zukunft des Landes galt es daher, auch die Vision der Partei von einem unabhängigen und demokratischen China auszuarbeiten und in die öffentliche Debatte zu tragen.

2. Inhalt und Wesen der Neuen Demokratie

Mao Zedong entwickelte seine Theorie über die Neue Demokratie, als es darauf ankam, breiteste Kreise des Volkes für die Rettung der Nation und des Landes zu mobilisieren. Um China davor zu bewahren, als Kolonie des japanischen Militarismus unterzugehen, bedurfte es nicht allein des Einsatzes aller verfügbaren militärischen Kräfte. Für die Mobilisierung aller demokratischen Kräfte bedurfte es auch eines neuen gesellschaftlichen Konzepts, das über den Antijapanischen Krieg hinausreichte.

2.1. Gegenstand, Charakter und Ziel der neudemokratischen Revolution

In dem Artikel „Die Bewegung des 4. Mai" von Mai 1939, die seiner Schrift über die Neue Demokratie ein halbes Jahr vorausging, begann Mao erstmals seine Auffassung über die „bürgerlich-demokratische Revolution" in China umfassend darzulegen.

Seiner Ansicht nach hatte diese Revolution in China, wenn ihre Vorbereitungsetappen einbezogen würden, bereits mit den Opiumkriegen 1840/42 begonnen. Sie hätte sich dann fortgesetzt mit dem

bäuerlichen Aufstand der Taiping 1850-1864, dem chinesisch-japanischen Krieg von 1895, der Reformbewegung von 1898, dem Aufstand der Yihetuan im Jahre 1900, der Xinhai-Revolution von 1911, der Bewegung des 4. Mai 1919, dem Nordfeldzug 1924-1927 und der Agrarrevolution[82] bis zum Antijapanischen Krieg.

Wir sehen: Mao Zedong hat sich nicht von der Anwendung der Kategorie „bürgerlich-demokratische Revolution" auf China durch Moskau gelöst, obwohl die realen Ziele und Inhalte aller genannten historischen Ereignisse in China diesem Begriff nicht entsprechen. Der auf das damalige China angewandte Begriff „bürgerlich-demokratische Revolution" korrespondiert mit der Einschätzung von der „halbkolonialen und halbfeudalen Gesellschaft" Chinas. In beiden widerspiegelt sich eine deutlich überhöhte Einschätzung der nationalen Wirklichkeit.

Ein halbes Jahr später stellte Mao Zedong diese Ereignisse in einen anderen Zusammenhang. Nun sah er in ihnen „den unbeugsamen Widerstandsgeist des chinesischen Volkes, das sich dem Imperialismus und seinen Handlangern nicht unterwirft".[83] Das chinesische Volk, das eine der großen Weltkulturen geschaffen hatte, fand sich in der Tat niemals mit der kolonialen Unterdrückung, Ausbeutung und nationalen Demütigung durch das kapitalistische und imperialistische Ausland ab. Über opferreiche Niederlagen hinweg fand es ein Jahrhundert lang immer wieder zusammen im Kampf gegen seine aus- und inländischen Unterdrücker um seine nationale Befreiung und Unabhängigkeit, um die Wiederherstellung seiner Würde und um neue nationale Größe.

Meiner Analyse der Arbeiten Maos Zedongs über die Neue Demokratie möchte ich eine wichtige Einsicht voranstellen. Der sorgfältige Leser seiner Arbeiten spürt, dass es auch einem Mao Zedong nicht leicht fiel, sich aus den Fesseln verfehlter Einschätzungen und Politiken der Kommunistischen Internationale und damit auch der KP Chinas in den vorangegangenen über zehn Jahren zu befreien. Auch er verbleibt vielfach Begrifflichkeiten der KI verhaftet, die die chinesische Realität nicht bzw. nicht genau erfassen. Er ist jedoch im Kampf um den Sieg in der nationalen und sozialen Befreiungsrevo-

82. Mao vermeidet hier den Begriff der Sowjets bzw. der Sowjetisierung
83. Ausgewählte Werke Mao Zedongs, a.a.O., S. 602.

lution Realpolitiker genug, um seine Theorie über die Neue Demokratie aus der konkreten historischen und gesellschaftlichen Realität seines Landes abzuleiten.

Der Ausgangspunkt Mao Zedongs in seinen Arbeiten über die Neue Demokratie ist der Gedanke, dass die chinesische Revolution die Besonderheit aufweist, sich in zwei Schritte zu teilen – „in die Demokratie und in den Sozialismus", in eine „bürgerlich-demokratische Revolution" und in eine „proletarisch-sozialistische Revolution". Nun war diese Erkenntnis nicht neu, sie findet sich schon in der Frühzeit der chinesischen kommunistischen Bewegung. Neu war, dass Mao sich ausführlicher mit den Gründen und inneren Zusammenhängen dieses Problems auseinandersetzte. Für ihn ergab sich diese Zweiteilung aus dem „kolonialen[84], halbkolonialen und halbfeudalen Charakter der chinesischen Gesellschaft". Diese Gesellschaft würde durch die „Revolution der ersten Art" beseitigt und durch „eine unabhängige und demokratische Gesellschaft" abgelöst werden. Der zweite Schritt werde bewirken, dass „sich die Revolution voranentwickelt und eine sozialistische Gesellschaft errichtet wird". Auf die Frage, ob mit der Beseitigung der alten Gesellschaft nicht (*wie zu Beginn der 1930er Jahre von Li Lisan und anderen gedacht – d. V.*) sofort zum Sozialismus übergangen werden könne, antwortet Mao: Nein, die Schaffung der demokratischen Gesellschaft vor dem Sozialismus sei „der historisch einzig gangbare Weg"[85]. Er begründet seine Auffassung damit, dass die „bürgerlich-demokratische Revolution" „einerseits den Weg frei räumt für den Kapitalismus, andererseits schafft sie aber die Voraussetzungen für den Sozialismus". Mao fährt an dieser Stelle fort: „Es ist vorstellbar und nichts Verwunderliches, dass nach dem Sieg der Revolution die Hemmnisse für den Weg zur Entwicklung des Kapitalismus beseitigt werden und sich die kapitalistische Wirtschaft in der chinesischen Gesellschaft noch eine bestimmte Wegstrecke lang entwickeln wird. Das ist im ökonomisch rückständigen China nach dem Sieg der Revolution unvermeidlich. Einerseits gibt es eine Entwicklung kapitalistischer Elemente, andererseits gibt es eine Entwicklung sozialistischer Elemente."[86] Das war eine neue Überlegung, die weit über bisherige Vorstellungen hinausging. An anderer Stelle

84. Der koloniale Charakter bezieht sich auf die von Japan besetzten Gebiete.
85. Ausgewählte Werke Mao Zedongs, Band 2, a.a.O., S. 522.
86. Ebd., S .621.

jedoch relativiert Mao diesen Gedanken wieder, denn er charakterisiert die demokratische Revolution als eine „Übergangsetappe" zwischen der alten und der sozialistischen Gesellschaft.[87] Der Tenor dieser Aussage ist offensichtlich ein anderer als in den Sätzen zuvor. Einerseits geht Mao davon aus, dass die Rückständigkeit Chinas bedingt, dass der Kapitalismus nach dem Sieg der demokratischen Revolution gebraucht wird, um diese Rückständigkeit zu überwinden.

Andererseits stellt er den Übergangscharakter dieser Gesellschaft heraus, in der sich angeblich kapitalistische wie sozialistische Elemente entwickeln würden. Ich sehe darin den klassischen Widerspruch in der Theorie der Neuen Demokratie, der sich durch die gesamte Geschichte ihrer praktischen Umsetzung zieht. Hatte sich Mao Zedong nun von der Auffassung Moskaus über den schnellen Übergang von der demokratischen zur sozialistischen Revolution bei Überwindung der „feudalen Reste" „im Vorübergehen" gelöst oder nicht? Die Frage lässt sich an dieser Stelle noch nicht beantworten.

Ein zweiter grundlegender Gedanke Maos Zedongs ist, dass in China wie generell in den kolonial abhängigen Ländern zwischen einer „bürgerlich-demokratischen Revolution alten Typs" und einer „bürgerlich-demokratischen Revolution neuen Typs" zu unterscheiden sei. Den letzteren Typ führt er mit dem Begriff der neudemokratischen Revolution in die Diskussion ein. In dieser Revolution gehe es „bereits nicht mehr um eine allgemeine Demokratie, sondern um eine besondere, neuartige Demokratie chinesischen Typs, um eine neue Demokratie."

Dieser Gedanke war in der kommunistischen Bewegung nicht neu. Wir finden ihn bereits bei Lenin in seiner Schrift „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" aus dem Jahre 1905. In der Auseinandersetzung mit den Neu Iskristen schrieb Lenin: „Der Kern der Frage, den Sie, meine Herren, übersehen haben, ist jetzt eben der, ob unsere Revolution mit einem wirklich grandiosen Sieg oder nur mit einem erbärmlichen Kompromiss abschließen wird, ob sie bis zur revolutionären demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft gelangen oder ob ihr schon bei einer liberalen Schipowschen Verfassung ‚der Atem ausgehen' wird!" „Wir haben nicht das alte, sondern ein neues Programm

87. Ebd. ,S. 618.

– das Minimalprogramm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands. Wir haben eine neue Losung: die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft."[88] Mir ist nicht bekannt, ob Mao Zedong diesen Lenin Ende der 1930er Jahre schon kannte, er erwähnt ihn jedenfalls nicht.

Mao sieht in der „neuen Demokratie" eine historische Besonderheit, die sich aus der Entwicklung der chinesischen Geschichte und der Weltgeschichte erklären ließe. Zeitlich seien beide Typen der „bürgerlich-demokratischen Revolution" durch eine Zäsur getrennt. Diese Zäsur sei durch den 1. Weltkrieg und die russische Oktoberrevolution, den erstmaligen Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, gesetzt worden. Die Zäsur für China setzt Mao mit der Bewegung des 4. Mai 1919 an.[89] Nun folgt er einem allgemeinen Schema. Vor der Bewegung des 4. Mai 1919 hätte die Führung der chinesischen „bürgerlich-demokratischen Revolution" in den Händen der chinesischen Bourgeoisie gelegen, mit der Bewegung des 4. Mai sei sie an die Arbeiterklasse übergegangen. Die chinesische Revolution wäre damit ein Teil der proletarischen Weltrevolution geworden. Sie befinde sich jetzt „in der neuen internationalen Umgebung der 1940er Jahre, nämlich in der sich der Sozialismus im Aufschwung und der Kapitalismus sich im Niedergang befinden, *in der Zeit des zweiten Weltkrieges und der Revolution* (von mir hervorgehoben – d. V.). Folglich besteht auch kein Zweifel daran, dass die letzte Perspektive der chinesischen Revolution nicht der Kapitalismus, sondern der Sozialismus und der Kommunismus sind."[90]

Unbestritten ist für mich, dass die führende politische Kraft das Gesicht einer Revolution und vor allem die Richtung, in der sie sich weiterentwickeln könnte, beeinflusst. In diesem Sinne kann ich dem Gedanken Mao Zedongs über die zwei Arten von „bürgerlich-demokratischer Revolution" auf China angewandt folgen. Schemata haben jedoch, selbst wenn sie eine Gegebenheit allgemein richtig wiedergeben, immer auch ihre Schwächen. Anspruch und Realität sind nicht dasselbe. Ob eine Revolution in Ländern wie China von der nationalen Bourgeoisie des betreffenden Landes oder vom Proletariat geführt wird, sehe ich weniger von der genannten Zäsur

88. W. I. Lenin Werke, Band 9, Berlin 1960, S.40 u.47.
89. Ebd., S. 643.
90. Ebd., S. 621.

bestimmt, sondern eher in Abhängigkeit von dem konkreten gesellschaftlichen Entwicklungsstand und dem sich daraus ergebenden Klassenkräfteverhältnis. Es ist zum Beispiel doch unbestreitbar, dass Sun Zhongshan mit seinen Drei Volkslehren von 1924 und seinem Programm zur nationalen Erneuerung über seinen Tod hinaus die demokratische Revolution seines Landes prägte. Noch 1945 sollte die KPCh ihr Minimalprogramm mit Suns Lehre gleichsetzen. Die Gründung der KP Chinas 1921 hatte die beginnende Formierung einer neuen Führungskraft in der demokratischen Revolution des Landes angekündigt. Es bedurfte jedoch noch einer Reihe von Jahren, um die qualitative und quantitative Größe zu erreichen, um diese Rolle auch wirklich ausfüllen zu können. Wer die heute zugänglichen Dokumente der Komintern über das Ausmaß der Probleme und Schwierigkeiten in der Entwicklung der KP Chinas jener Jahre liest[91], weiß, dass es dafür noch einer erheblichen Entwicklung der Partei bedurfte.

Wie wir gelesen haben, verblieb Mao Zedong in diesen wie auch in weiteren Passagen seiner Theorie über die Neue Demokratie in dem maßlos überzeichneten, unrealen Bild vom Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Kapitalismus und seiner Entwicklungstendenz, wie es für die kommunistischen Weltbewegung jener Zeit typisch gewesen war. Das ist aus heutiger Sicht nur eine Feststellung, kein Vorwurf. Kritisch sehe ich hingegen, dass der damalige 2. Weltkrieg (ausschließlich) als Möglichkeit zur Revolution (*gegen den internationalen Kapitalismus und den inneren Gegner – d.V.*) gewertet und sein Charakter als Kampf der Völker gegen den internationalen Faschismus und japanischen Militarismus noch nicht einmal erwähnt wird. Das waren immerhin vier Jahre nach dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale mit ihrer strategischen Neuorientierung auf den weltweiten Kampf gegen den Faschismus! Es wirft

91. M. M. Borodin alias Grusenberg, von September 1923 bis 1927 in China, sowjetrussischer Chefberater Sun Zhongshans, schilderte seine Eindrücke über den Zustand der KP Chinas sehr drastisch, möglicherweise überzogen: „Die Kommunisten hatten, wenn ich nach jenen urteile, denen ich in Kanton begegnet bin, sehr verworrene Vorstellungen darüber, warum sie Mitglieder der KPCh sind. Ich spreche schon gar nicht von den Massenelementen (unter den 35-50 Mitgliedern waren einige Arbeiter), ich spreche von der Führungsspitze. Die rückständigsten der rückständigen Kommunisten, denen ich je begegnet bin. Von irgendeiner marxistischen Literatur in chinesischer Sprache konnte keine Rede sein. Vom Leninismus wussten sie nur, dass er die Arbeiter- und Bauernregierung geschaffen hatte. Die Geschichte unserer Revolution, die Geschichte des Kampfes um die Arbeiter- und Bauernregierung waren ihnen fast unbekannt. Selbst diejenigen unter ihnen, die irgendetwas über Marxismus und Leninismus gelesen hatten, waren nicht in der Lage zu erklären, was vom Standpunkt des Marxismus und des Leninismus in China vor sich ging." In. Komintern, KPdSU(B) und China. Dokumente. Band II:1926-1927, a.a.O., S. 1185

schon Fragen auf, wenn dieser Kongress mit seinen Beschlüssen bei der Betrachtung der Weltlage und der sich daraus ergebenden Strategie der kommunistischen Weltbewegung bis dahin von Mao Zedong nicht einmal erwähnt wird. Ich möchte diesen Fakt dennoch nicht überbewerten. Mao bleibt zwar hinsichtlich der internationalen Entwicklung bei der Sprachregelung der Komintern vor ihrem VII. Weltkongress, in der konkreten Politik jedoch orientiert er sich wieder an den Realitäten. Das zeigt folgendes Beispiel. Im Mai 1939 war für Mao Zedong das Hauptobjekt der neudemokratischen Revolution noch „der Imperialismus", „die Bourgeoisie der imperialistischen Staaten und der Feudalismus", verkörpert durch die Großgrundbesitzerklasse des eigenen Landes.[92] In der Ende 1939 folgenden Schrift „Die chinesische Revolution und die KP Chinas" findet sich bereits eine andere Lesart. Jetzt geht es für Mao „hauptsächlich um die Herrschaft des ausländischen Imperialismus in China und den Feudalismus im Innern", um den Sturz dieser beiden „Unterdrücker".[93]

Das Ziel dieser Revolution war der Sturz dieser beiden „Unterdrücker" und die Schaffung eines unabhängigen China mit einer demokratischen Gesellschaft, in der auch – wenn ich hier der Kürze halber auf den in der chinesischen Literatur nach wie vor gebräuchlichen Begriff zurückgreifen darf – die „feudale" Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt worden ist. Es war folglich eine antikoloniale, „antifeudale", gegen das bürokratische Kapital gerichtete demokratische Revolution. Dabei ging es aus meiner Sicht um die Lösung des Problems, wie aus einer kolonial geprägten spätmittelalterlichen Gesellschaft, für die der Bürger, der Citoyen, noch ein Fremdwort war, ohne die dafür notwendigen materiellen und geistigen Voraussetzungen der Übergang zum Sozialismus bewerkstelligt werden konnte. Die Gesellschaft, die im Ergebnis der von der KP geführten demokratischen Revolution entstehen würde, würde aber auch keine bürgerliche Gesellschaft im herkömmlichen Sinne mehr sein können. Deshalb ziehe ich den Ausdruck „Übergangsgesellschaft", als Arbeitsbegriff gedacht, vor, allerdings deutlich abgegrenzt von Auffassungen einer permanenten Revolution. Die Kennzeichnung dieser Revolution als „bürgerlich-demokratisch" würde

92. Der „erste und schlimmste Feind" des chinesischen Volkes ist für ihn der Imperialismus.
93. Ausgewählte Werke Mao Zedongs, Band 2, a.a.O., S. 637.

dieser Problematik nicht gerecht , da sich mit diesem Begriff im herkömmlichen Sinne wesentlich andere Gesellschaftsverhältnisse verbinden. Die chinesische Revolution hatte jedoch einen anderen Hintergrund und deshalb auch eine andere Aufgabe zu erfüllen.

Die Interpretation der nationalen Befreiungsrevolutionen in den Ländern des Ostens durch die KI und Stalin als „bürgerlich-demokratisch" war mit der Vorstellung verbunden, die „feudalen Reste" in der chinesischen Gesellschaft „im Vorübergehen", gewissermaßen mit dem Übergang zum Sozialismus, zu überwinden. Die Geschichte hat bewiesen, dass es sich erstens nicht nur um „Reste" des Mittelalters handelte, sondern um tief verwurzelte materielle und geistige Elemente der alten Gesellschaft. Sie hat zweitens bewiesen, dass diese Elemente nicht „im Vorübergehen" zu lösen sind, sondern sie den gesellschaftlichen Fortschritt über lange Zeit nach dem Sieg der Revolution behindern bzw. ihn verzerren können. Dass die Überwindung des Mittealters in solchen Ländern wie China und Vietnam außerordentlich schwierig und langwierig ist, ist übrigens auch keine neue Erkenntnis. Darüber kann schon bei Lenin nachgelesen werden, der sich im Zusammenhang mit seiner Neuen Ökonomischen Politik über die Rückständigkeit des alten Russland äußerte, und China war in seinem historischen Entwicklungsstand noch deutlich stärker als Russland zurückgeblieben.

2.2. Triebkräfte der neudemokratischen Revolution

Die demokratische Revolution müsse sich, wie Mao Zedong im Mai 1939 schreibt, „auf bestimmte gesellschaftliche Kräfte stützen". Für ihn waren das „die Arbeiterklasse, die Bauernklasse, die Intellektuellen und die fortschrittliche Bourgeoisie, eben die revolutionären Arbeiter, Bauern, Militärs, Gebildeten (xue) und Geschäftsleute (shang)".

Hier tut sich scheinbar ein Widerspruch auf. Einerseits sind die genannten Klassen und Schichten als Ganzes für ihn vom Charakter her revolutionär. So waren auch für Mao Zedong die Arbeiter und

Bauern die grundlegenden Kräfte der Revolution und die Arbeiterklasse ihre führende Kraft.[94] (Ende 1939 sieht er in der Bauernklasse die Hauptkraft der neudemokratischen Revolution.[95]) Auf der anderen Seite unterscheidet er jedoch, wenn es um die konkrete Haltung des Einzelnen aus diesen Klassen und sozialen Schichten gegenüber der Lösung der konkreten Aufgaben in den einzelnen Etappen der Revolution geht, zwischen revolutionären und nichtrevolutionären Elementen. Er erläutert das an zwei Beispielen. So wurde seiner Meinung nach die antijapanische Einheitsfront von den Kräften aus den erwähnten Klassen und sozialen Schichten getragen, die sich Japan tatsächlich widersetzen.

Sie, nicht die gesamte Klasse bzw. die gesamte soziale Schicht, wären also in seinem Sinne das konkrete Subjekt dieser Einheitsfront. In einem anderen Fall trifft er diese Unterscheidung am Beispiel der Intelligenz und des einzelnen Intellektuellen. Während er oben die gesamte soziale Schicht der Intelligenz in dieser Revolution zu den revolutionären Kräften zählt, ist der einzelne Intellektuelle für ihn nur dann ein Revolutionär, wenn er gewillt ist, sich mit den Arbeitern und Bauern zusammenzuschließen und diesen Schritt auch tatsächlich vollzieht.[96]

Mao Zedong setzte sich z. B. im Rahmen der antijapanischen nationalen Einheitsfront auch für die Zusammenarbeit mit Kräften ein, die aus Klassen und Schichten stammten, die Objekt der Revolution waren, sich persönlich aber für den Widerstand gegen Japan engagierten. Als ein Beispiel weist er auf die Großgrundbesitzerklasse hin.[97] Diese Klasse war natürlich ein Objekt der Revolution. Demgegenüber gebe es jedoch viele aufgeklärte mittlere und kleine Vertreter dieser Klassen, die so genannten Shenshi, mit einer gewissen „kapitalistischen Färbung", die sich aktiv am Kampf gegen Japan beteiligen. Deshalb müsse die KP Chinas die Zusammenarbeit mit ihnen zur Verstärkung des antijapanischen Widerstandes suchen. Dabei war klar, dass nach dem Sieg über Japan die Konstellation für die Zusammenarbeit eine andere sein würde.

Das dialektische Herangehen Mao Zedongs an die Bestimmung

94. Hier stellte sich natürlich aus den Erfahrungen des „realen Sozialismus" die Frage, ob und inwieweit die Theorie bzw. die offizielle Erklärung eines Sachverhalts mit ihrer gesellschaftlichen Umsetzung korrespondiert.
95. Ausgewählte Werke Mao Zedongs, a.a.O., S. 604.
96. Ebd., 522-523.
97. Siehe Kapitel 1, Fußnote 22.

der sozialen Kräfte einer Revolution korrespondiert für mich mit der komplizierten und heterogenen gesellschaftlichen Entwicklung. Wenn die Interessen einer Klasse oder einer sozialen Schicht, die sich aus ihrer gesellschaftlichen grundsätzlichen Lage herleiten, zu einer Veränderung der bestehenden Gesellschaftsordnung drängen, ist diese Klasse bzw. diese soziale Schicht als Ganzes ein revolutionäres Subjekt. Das bedeutet aber noch lange nicht, dass jeder einzelne aus der betreffenden Klasse bzw. aus der betreffenden sozialen Schicht als revolutionäres Subjekt wirksam wird. Umgekehrt trifft das auch auf die Klassen und sozialen Schichten zu, die Objekt der Revolution sind. Die von Mao Zedong hier vorgenommene Differenzierung zwischen der allgemeinen und der konkreten Ebene könnte, objektiv angewandt, ein brauchbares und effektives Instrument in der tagtäglichen politischen Arbeit derer sein, die die Welt nicht nur interpretieren, sondern sie auch verändern wollen.

Das heißt aber nicht, dass sich Mao Zedong und die KP Chinas am Ende der 1930er Jahre von allen fragwürdigen Teilen der Theorie und Politik Stalins gelöst hätten. In seiner Schrift über die Neue Demokratie bezeichnet Mao Zedong Stalin als den großen Lehrmeister. Offensichtlich teilte er nach wie vor für mich strittige Positionen mit Stalin. Das betrifft zum Beispiel die Charakterisierung der chinesischen Bauernschaft als kleinbürgerlich. Eine solche Einschätzung ist zwangsläufig, wenn davon ausgegangen wird, dass die mittelalterliche Produktionsweise und damit die Naturalwirtschaft in China bereits durch das eindringende ausländische Kapital zerstört worden und in eine mehr oder weniger kapitalistische Gesellschaft eingetreten wäre. Eine unstimmige Einschätzung zieht logisch die nächste nach sich.

Das betrifft eben auch die Einschätzung Mao Zedongs, wonach die armen Bauern „das Halbproletariat auf dem Dorf" und die Landarbeiter „das Proletariat des Dorfes" wären.[98] Strittig ist ja nicht, dass es diese landarmen und landlosen Bauern in großer Zahl gab. Wesentlich ist jedoch, welche Produktionsweise und Gesellschaftsordnung ihre soziale Lage prägte. In den zur Weltliteratur gehörenden Werken bekannter chinesischer Schriftsteller finden wir sie dargestellt – arm, eingeordnet auf der untersten Stufe in die Hierarchie des Fa-

98. Ausgewählte Werke Mao Zedongs, a.a.O. S. 614-615.

milienclans, maßlos ausgebeutet und geknechtet und im engen Horizont ihres Dorfes befangen. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an ein Seminar über die chinesische Literatur, das unser Gastprofessor aus der Nanjing-Universität, Professor Chao Ruihong, selbst ein Dichter, zu der Erzählung „Die wahre Geschichte des Ah Q" von Lu Xun veranstaltete. Ich habe dieses Seminar deshalb nicht vergessen, weil mich diese Geschichte sehr bewegt hatte. Es ist die Geschichte eines unwissenden, rechtlosen, in den konfuzianischen Normen befangenen und von allen gestoßenen Landarbeiters im alten China, der seine Niederlagen im Leben jedoch immer wieder zu Siegen umdenkt. Die Produktionsweise und die Gesellschaftsordnung, die das Leben und die Arbeit, die Denk- und Verhaltensweise dieses Menschen bis ins kleinste Detail bestimmte, waren nach wie vor mittelalterlich, tief verwurzelt in der zweitausendjährigen Geschichte dieser Gesellschaft. Dieser Ah Q' war noch Welten davon entfernt, in seinem sozialen Charakter ein Kleinbürger geworden zu sein.

2.3. Vision der neudemokratischen Gesellschaft

Das politische Ziel der Neuen Demokratie war die Schaffung eines „neudemokratischen Staates".

Für Mao Zedong verkörperte dieser Staat von seinem Klassencharakter her weder eine Republik der Diktatur der Bourgeoisie noch eine Republik der Diktatur des Proletariats. Er verkörpere etwas Neues – „eine Republik der gemeinsamen Diktatur einiger revolutionärer Klassen". „Die zu schaffende Chinesische Demokratische Republik kann nur eine demokratische Republik der gemeinsamen Diktatur aller antiimperialistischen und antifeudalen Kräfte unter Führung des Proletariats sein." Mao Zedong sieht darin „die staatliche Form des Übergangs, zu der die Revolution kolonialer und halbkolonialer Länder greift".[99] Später wurde diese Version im Sinne eines Bündnisses der Arbeiter und Bauern unter Führung des Proletariats definiert. Augenscheinlich haben Mao Zedong und die KP Chinas in der Folgezeit ihre Vorstellung in der Frage des Charakters und der

99. Ebd., S. 646.

klassenmäßigen Grundlagen der demokratischen Macht entsprechend korrigiert. Das beweist die Fassung des Artikels 1 im „Gemeinsamen Programm", dem Gründungsdokument der Volksrepublik China.[100]

In der Auseinandersetzung der KP Chinas mit der Guomindang über die Gestaltung der chinesischen Gesellschaft war die Frage umstritten, welche Fassung der Drei Volkslehren Sun Zhongshans Ausgangspunkt und Grundlage sein sollte – die vom 1. Kongress der Guomindang im Januar 1924 unter Leitung Suns angenommene Fassung oder die frühere aus der Zeit vor 1924. Das war ein Problem von prinzipieller Bedeutung; denn die Fassung von 1924 enthielt, wie wir inzwischen erfahren haben, drei grundlegende Ergänzungen: das Bündnis mit Sowjetrussland, die Zusammenarbeit mit der KP Chinas und das Eintreten für die Interessen der Arbeiter und Bauern. Deshalb bezeichnete die KP Chinas diese Fassung als die „revolutionären Drei Volkslehren".

Insbesondere der antikommunistische Flügel in der Guomindang wandte sich mit allen Kräften dagegen, die Fassung der drei Volkslehren von 1924 im Interesse der Konsolidierung und Stärkung der antijapanischen nationalen Einheitsfront zur Grundlage für die notwendigen gesellschaftlichen Reformen zu nehmen. Mao forderte deshalb die Guomindang auf, zu den Volkslehren von 1924 zurückkehren und das letzte Vermächtnis Sun Zhongshans zu erfüllen. Er nennt als Beispiel die Volksrechte und zitiert dazu das Manifest des 1. Kongresses der GMD: „Das System der so genannten Bürgerrechte aller Länder der Neuzeit wird häufig eigens von der Bourgeoisie als spezielles Instrument zur Unterdrückung des einfaches Volkes genutzt. Die Lehre der Guomindang von den Volksrechten ist gemeinsamer Besitz des einfachen Volkes und gehört nicht privat einer Minderheit von Menschen."[101]

Mao Zedong vertrat über den Antijapanischen Krieg hinaus die Auffassung, dass die Drei Volkslehren von 1924 das Programm der demokratischen Revolution bis zu ihrem siegreichen Ende bilden

100. Siehe: „Das Gemeinsame Programm und andere Dokumente der Politischen Konsultativ-Konferenz des Chinesischen Volkes", Peking 1952, S.2. Hier ist vom Staat der Neuen Demokratie die Rede, der von der Arbeiterklasse geführt wird, das Bündnis der Arbeiter und Bauern zur Grundlage hat und alle demokratischen Klassen und Nationalitäten vereinigt.

101. Vergl.: Sun Zhongshan, Ausgewählte Werke, Band II, Beijing 1956, Manifest des 1.Kongresses der Guomindang, angenommen am 23.1.1924, S. 526, chines.

sollten. „Bevor die Aufgaben des antiimperialistischen und antifeudalen Kampfes nicht grundsätzlich erfüllt sind, werden alle Menschen, die ein Gewissen haben, nicht von den drei Volkslehren ablassen." Er fügte hinzu, dass das Minimalprogramm seiner Partei in dieser Revolution „grundsätzlich mit den politischen Prinzipien der Drei Volkslehren übereinstimmt." Während die Guomindang unter Tschiang das revolutionäre Erbe des Begründers und ersten Führers ihrer Partei, des großen Demokraten Sun Zhongshan, missachtete und verriet, knüpften Mao Zedong und die KP Chinas daran an, um auf diesem Wege die demokratische Revolution zum Sieg zu führen. Das war ein Faktor, der beträchtlich dazu beitrug, das Programm der KP Chinas auch unter den demokratischen Kräften der kleinen und mittleren Bourgeoisie populär zu machen.

Für das Regierungssystem in der neudemokratischen Gesellschaft schlug Mao vor, von der zentralen Ebene bis hinunter zur Ebene der Xiang[102] Volksvertreterkongresse (*in der deutschen Übersetzung auch: Volkskongresse – d. V.*) einzurichten, die die Regierungen der verschiedenen Ebenen wählen. Das Wahlsystem müsse jedoch ein System sein, das wirklich allgemeine gleiche Wahlen ohne Unterschied zwischen Mann und Frau, des Glaubens, des Vermögens, der Bildung usw. garantiert. Dieses Kongresssystem war für Mao geeignet, sowohl die Meinung des Volkes einzubringen als auch den „revolutionären Kampf" zu leiten. Um dies zu sichern, müsse das politische System auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus beruhen. Nur so könnten die Feinde der Revolution mit aller Kraft bekämpft werden.

Die „gemeinsame Diktatur aller revolutionären Klassen" und das System des demokratischen Zentralismus machten nach Meinung Mao Zedongs die neudemokratische Politik und die neudemokratische Republik aus. Das wäre die chinesische Republik, die ihrem Namen gerecht wird. Jetzt, so Mao, würde diese Republik nur dem Namen nach existieren. Deshalb gelte es sie zu einer wirklichen Republik zu gestalten.

Wir sehen an diesem Beispiel, dass Prinzipien und Formen des gesellschaftlichen Aufbaus angedacht wurden, die dann in der Volksrepublik China verwirklicht werden sollten.

Mao Zedong forderte, diese Republik auch in wirtschaftlicher

102. Xiang ist die administrative Ebene zwischen Kreis und Dorf, eine Art Dörfer-Verband.

Hinsicht zu einer neudemokratischen Republik werden zu lassen. An den Anfang stellt er die Verstaatlichung der großen Banken, der Großindustrie und des Großhandels. Wieder verweist Mao auf das Manifest des 1. Kongresses der GMD, in dem es hieß: „ Alle Unternehmen von Bürgern des Staates und von Ausländern, die entweder Monopolcharakter haben oder übermäßig groß sind, dürfen nicht privat betrieben werden. Dazu gehören beispielsweise Banken, Eisenbahn und Unternehmen im Schiffs- und Luftverkehr. Sie werden vom Staat bewirtschaftet und geleitet, um zu bewirken, dass das System des Privatkapitals die Existenzgrundlagen der Bürger nicht beeinflussen kann. Das ist der Hauptgedanke bei der Zügelung des Kapitals."[103] Mao Zedong kommentiert diese Aussage als „die richtige Richtung für die Wirtschaft der neudemokratischen Republik".

Ausführlich äußert er sich zu den verschiedenen Formen des Eigentums an Produktionsmitteln, die die ökonomische Basis dieser Republik bilden sollen. Die staatliche Wirtschaft würde einen „sozialistischen Charakter" haben und die „führende Kraft der gesamten Volkswirtschaft" sein.[104] Das kapitalistische Eigentum sollte keineswegs vollständig konfisziert werden. Die Entwicklung jenes Teils des Kapitalismus, der „die Existenzgrundlagen der Bürger nicht beeinflusst", würde nicht verboten werden. Diese Überlegung hänge mit der außerordentlichen Rückständigkeit der chinesischen Wirtschaft zusammen.

In der neudemokratischen Republik sei der Boden der Großgrundbesitzer konfisziert und als privates Eigentum an die landlosen und landarmen Bauern zu verteilen. Damit, betont Mao Zedong, werde die „Losung des Herrn (Sun) Zhongshan ‚Dem Pflüger sein Feld'" verwirklicht und das „Feudalsystem" auf dem Dorfe beseitigt. Zugelassen bleibe die Existenz der Wirtschaft reicher Bauern. Alle diese Schritte sollten der Verwirklichung des Kurses auf „gleichmäßiges Bodenrecht" (pingjun di quan) dienen. Mao merkt an, dass in dieser Phase der Revolution „noch keine sozialistische Landwirtschaft geschaffen" werde. Auf der Grundlage der verwirklichten Losung „Dem Pflüger sein Feld" würden sich jedoch „verschiedene Arten genossenschaftlicher Wirtschaften entwickeln, die auch als ein

103. Sun Zhongshan, Ausgewählte Werke, a.a.O., S. 527, chines.
104. Ausgewählte Werke Mao Zedongs, a.a.O. S. 649.

sozialistischer Faktor" anzusehen seien.[105]

Am Schluss seiner Betrachtung zur Wirtschaft der neudemokratischen Republik betont Mao Zedong die Bedeutung des Weges zur „Einschränkung des Kapitals" und des „gleichen Bodenrechts" für die weitere Entwicklung. Die KP Chinas werde niemals zulassen, dass der Kapitalismus „die Existenzgrundlagen der Bürger beeinflussen" wird. In China dürfe auf keinen Fall eine kapitalistische Gesellschaft in der Art Europas und der USA aufgebaut werden. Wer das versuche oder an der alten Gesellschaft festhalte, werde scheitern und sich den Kopf einstoßen.

Die Ausführungen Mao Zedongs über die Wirtschaft der zu schaffenden neudemokratischen Gesellschaft fußen also im Grunde auf Überlegungen Sun Zhongshans. Aufmerksam machen möchte ich auf die damalige Auffassung Maos, dass der konfiszierte Boden in das Eigentum der landlosen und landarmen Bauern übergehen sollte.

Mit der Einschränkung des Kapitals und der Sicherung der führenden Rolle der staatlichen Wirtschaft wies Mao Zedong auf zwei grundlegende ökonomische Voraussetzungen hin, um die Perspektive einer künftigen sozialistischen Entwicklung des Landes offen halten und absichern zu können.

Die These von sozialistischem Eigentum an Produktionsmitteln in der neudemokratischen Gesellschaft ist für mich strittig. Meiner Ansicht nach hängt der Charakter des staatlichen wie des genossenschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln generell vom Charakter der Gesellschaftsordnung und der herrschenden Produktionsweise, d. h. vom Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte, von den Produktionsverhältnissen und damit von der Realisierung des Eigentums (einschließlich der Verteilung des Mehrprodukts) ab. Ihr Charakter wird nicht von subjektiven Faktoren, sondern von objektiven politischen und ökonomischen Verhältnissen bestimmt. Staatseigentum unter demokratischen Machtverhältnissen hat beispielsweise einen anderen Charakter als in einer sozialistischen Gesellschaft. Und eine Genossenschaft in einem kapitalistischen Land ist in meinem Verständnis Teil der kapitalistischen Eigentumsstruktur, weil sie grundsätzlich der kapitalistischen Produktionsweise und damit den Verwertungsbedingungen des Kapitals unterworfen ist. Sie kann daher

105. Ebd., S. 650.

(noch) keinen sozialistischen Charakter tragen. Eine von der Arbeiterklasse geführte politische Macht allein reicht also noch nicht aus, um schon von einem sozialistischen Charakter des staatlichen oder genossenschaftlichen Eigentums sprechen zu können. Diese Problematik wird uns bis in die chinesische Gegenwart hinein begleiten.

Die Entwicklung der neudemokratischen Kultur muss nach Meinung Mao Zedongs mit dem Kampf gegen den Einfluss der „imperialistischen Kultur" und der „feudalen Kultur" in China verbunden werden. Zugleich verweist er darauf, dass mit dem Kapitalismus in China die neuen politischen Kräfte Bourgeoisie, die Kleinbourgeoisie und das Proletariat entstanden und sich entwickeln. Ihre Ideologie diene ihren wirtschaftlichen und politischen Interessen. Das seien jedoch die „Kräfte der neuen Kultur, die revolutionären Kräfte Chinas". Vor der Bewegung des 4. Mai 1919 hätte sich der Kampf an der kulturellen Front zwischen der Bourgeoisie und der „Feudal"klasse vollzogen. Seit dieser Bewegung seien vollkommen neue kulturelle Kräfte entstanden. Den Bannerträger der neuen Kultur sah Mao Zedong in Lu Xun. Lu sei nicht nur ein großer Schriftsteller, sondern auch ein bedeutender Ideologe und Revolutionär gewesen. „Lu Xun vertrat an der kulturellen Front die übergroße Mehrheit der gesamten Nation ... Die Richtung Lu Xuns ist die Richtung der neuen Kultur der chinesischen Nation." Diese neue Kultur sei die Kultur der neuen Demokratie und „ein Teil der neuen sozialistischen Kulturrevolution des Weltproletariats".[106] „Mit einem Satz, sie ist die antiimperialistische und antifeudale Kultur der großen Masse des Volkes unter Führung des Proletariats."[107]

3. Gestaltung der Neuen Demokratie im antijapanischen Widerstandskampf

Die Beendigung des Bürgerkrieges und die Bildung der antijapanischen nationalen Einheitsfront zur Rettung der chinesischen Nation waren Ereignisse von historischer Bedeutung. Allein die drohende Kolonialisierung des gesamten Landes durch Japan hatte diese

106. Ebd., S. 669.
107. Ebd., S. 670.

grundlegende Veränderung herbeigeführt.

Die grundlegende Voraussetzung und Bedingung für eine relative Stabilität der Zusammenarbeit zwischen der KP Chinas und der Guomindang wäre eine für die Zeit des Krieges relativ dauerhafte Regelung zwischen zwei fundamentalen Widersprüchen gewesen – dem zeitweilig bedingten vorrangigen Widerspruch zwischen den nationalen Interessen des chinesischen Volkes und der japanischen Kolonialpolitik und dem grundlegenden Widerspruch zwischen der nationalen Bewegung für ein unabhängiges, demokratisches China mit sozialistischer Perspektive und dem kolonialabhängigen und mit dem mittelalterlichen Ausbeutungssystem verknüpften Guomindang-Regime. Die gleichzeitige Existenz beider Widersprüche hätte die Konzentration beider Parteien auf die Lösung des nationalen Widerspruchs und eine Unterordnung des grundlegenden Widerspruchs bis zum Sieg über Japan in allen Fällen gefordert, in denen die Lösung des nationalen Widerspruchs gefährdet gewesen wäre. Dazu war die Guomindang unter Tschiang Kaischek jedoch nicht bereit.

3.1. Konzentration der GMD und Japans auf den Kampf gegen die KP Chinas

Im Widerspruch zu den Vereinbarungen über die antijapanische Einheitsfront traf die 5. Tagung des V. Exekutivkomitees der GMD im Januar 1939 die Entscheidung, den Kampf gegen die KP Chinas zu forcieren. Die Tagung beschloss einen Kurs, der auf die „Auflösung der Kommunisten“ (rong gong), die „Beschränkung (der Tätigkeit) der Kommunisten“ (xien gong), auf die „Abwehr der Kommunisten“ (fang gong) und auf den „Kampf gegen die Kommunisten“ (fan gong) gerichtet war. Intern wurde eine Reihe geheimer Dokumente herausgegeben wie „Wege zur Einschränkung der Tätigkeit fremder Parteien“, „Wege zur Regelung des Problemes der kommunistischen Partei“ und „Wege zur Abwehr der Infiltration der kommunistischen Partei in vom Feind besetzten Gebieten“.[108]

108. Vergl.: Lehrmaterial zu speziellen Themen in der Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas, herausgegeben von der Abteilung für Lehre und Forschung zur Geschichte der KP Chinas an der Fakultät für Geschichte der KP Chinas an der Volks-Universität, Beijing 1984, Heft 3, S.163, chines.

In Umsetzung dieser Orientierung attackierten Einheiten der GMD-Streitkräfte die von der KP Chinas geführten Einheiten und kontrollierten Gebiete in den Provinzen Hunan, Hubei, Henan, Hebei, Shandong, Shanxi, Shaanxi, Gansu, Ningxia, Anhui und Jiangsu. Besonders ernst war der vom 27. Korps der GMD-Streitkräfte auf Befehl Tschiang Kaischeks durchgeführte Überfall auf Einheiten der Neuen Vierten Armee am 12. Juni 1939 in der Region Pingjiang in der Provinz Hunan.

Im Oktober 1940 begann die zweite Phase der GMD-Angriffe. Es war die größte und längste antikommunistische Welle militärischer Angriffe der GMD im Verlaufe des Antijapanischen Krieges. Sie dauerte bis März 1941. Allein bei dem heimtückischen Überfall auf die Neue Vierte Armee, die unter dem Kommando von Ye Ting stand, im Januar 1941 in Süd-Anhui wurden über 3 000 Kämpfer getötet, darunter der Politkommissar Xiang Ying, der der Parteiführung des zentralen Sowjetgebietes angehört hatte. Diese Angriffswelle der GMD fiel genau in die Zeit, als der deutsche Faschismus seinen Eroberungskrieg auf Westeuropa ausdehnte, Deutschland, Japan und Italien sich offiziell zu einer antikommunistischen Achse zusammenschlossen und der japanische Imperialismus nach Wegen suchte, den antijapanischen Kampf des chinesischen Volkes zu unterwandern und die Eroberung Chinas mit Hilfe von chinesischen Quislingen abzuschließen.

Die 3. Welle militärischer und politischer Angriffe der GMD auf die KP Chinas begann im März 1943. Das war die Zeit, als Tschiang Kaischek sein Buch „Das Schicksal Chinas" veröffentlichte. In diesem Buch versuchte er seine antikommunistische Politik mit der Beschuldigung zu rechtfertigen, die KP Chinas untergrabe die antijapanische nationale Einheitsfront. Die antikommunistische Hetze der GMD-Führung hatte auch zur Folge, dass sich der Delegierte der KP Chinas, Dong Biwu, aus Protest gezwungen sah, die 3. Tagung der „Konferenz zur Teilnahme des Volkes an den Staats- und Regierungsgeschäften" bei der GMD-Regierung (September 1943) zu verlassen.

Die GMD und die japanischen Eindringlinge stimmten faktisch in einer Frage überein: Beide sahen in der KP Chinas und den von ihr geführten Kräften ihren Hauptfeind für die Verwirklichung ihrer jeweiligen Ziele. Das zeigte sich auch daran, dass im Verlaufe des Krieges der größere Teil der japanischen Truppen und die Mehrheit

der GMD-Streitkräfte gegen die von der KP geführten militärischen Kräfte und die von ihr kontrollierten befreiten Gebiete eingesetzt waren. So konzentrierten sich beispielsweise Anfang der 1940er Jahre neben starken Armeeeinheiten der GMD auch 64 Prozent der japanischen Streitkräfte in China und fast alle militärischen Kräfte des japanischen Satellitenstaates Manzhuguo (Mandschukuo) auf den Kampf gegen die antijapanischen Basen der Kommunisten.

Die KP Chinas sah sich deshalb gezwungen, in der gesamten Zeit des Antijapanischen Krieges an zwei Fronten zu kämpfen – gegen die japanischen Truppen und gegen GMD–Einheiten. Die Rechnung Tschiang Kaischeks ging jedoch nicht auf, wie groß die Schwierigkeiten auch waren, die für die KP Chinas entstanden. Der entschlossene Kampf der chinesischen Kommunisten gegen Japan und die Durchführung der neudemokratischen Politik in den befreiten Gebieten erhöhte das Ansehen der KP Chinas im Volk und ließ sie letztlich gestärkt aus dem Antijapanischen Krieg hervorgehen.

3.2. Neudemokratische Politik in den antijapanischen Basen

Die Politik der KP Chinas in der Zeit des Antijapanischen Widerstandskrieges war auf eine schöpferische Umsetzung der Theorie der Neuen Demokratie in Übereinstimmung mit den nationalen und internationalen Gegebenheiten gerichtet. Ich möchte diese These zunächst an zwei Beispielen aus dem Jahre 1941 illustrieren.

Das erste Beispiel betrifft die Einschätzung der internationalen Lage durch die KP Chinas. Mao Zedong äußerte sich dazu in seiner Schrift „Über die antifaschistische internationale Einheitsfront", verfasst zwei Tage nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR. Er schrieb: Dieser Überfall „richtet sich nicht allein gegen die Sowjetunion. Er richtet sich außerdem gegen die Freiheit und die Unabhängigkeit aller Nationen. Der heilige Krieg der Sowjetunion gegen die faschistische Aggression ist nicht allein auf die Verteidigung der Sowjetunion gerichtet. Er richtet sich überdies auf die Verteidigung aller Nationen, die gegenwärtig einen Befreiungskampf gegen die faschistische Knechtschaft führen. Die gegenwär-

tige Aufgabe der Kommunisten in der gesamten Welt besteht darin, die Völker aller Länder zu mobilisieren und eine internationale Einheitsfront für den Kampf gegen den Faschismus, für die Verteidigung der Sowjetunion, für die Verteidigung Chinas und für die Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit aller Nationen zu organisieren. In der gegenwärtigen Zeit müssen alle Kräfte auf den Kampf gegen die faschistische Knechtschaft konzentriert werden." Aus dieser Einschätzung der internationalen Lage leitete Mao Zedong für die KP Chinas drei Aufgaben ab:

1. Festhalten an der antijapanischen nationalen Einheitsfront und an der Zusammenarbeit mit der Guomindang, um den japanischen Imperialismus aus China zu verjagen und auf diese Weise der Sowjetunion zu helfen,
2. entschiedener Widerstand gegen jedwede antisowjetische und antikommunistische Aktivität der reaktionären Elemente in der Großbourgeoisie und
3. Zusammenarbeit auch mit Großbritannien und den USA sowie mit allen Menschen, die gegen die in Deutschland und Japan herrschenden Faschisten kämpfen, um den gemeinsamen Feind zu besiegen.[109]

In wenigen Worten wurde die internationale Lage gekennzeichnet, die internationale Bedeutung des Kampfes der Sowjetmenschen für die Welt und damit für China herausgestellt, der Zusammenhang zwischen dem internationalen Kampf gegen den Faschismus und dem Kampf gegen die japanischen Aggressoren in China aufgezeigt und die sich daraus für die chinesischen Kommunisten ergebenden Aufgaben benannt.

Zwei Gesichtspunkte verdienen unsere besondere Beachtung: Zum einen verbinden sich in den Darlegungen Mao Zedongs auf natürliche Weise proletarischer Internationalismus mit nationalem Patriotismus. Zum anderen betont Mao Zedong trotz der militärischen und politischen Angriffe der GMD immer wieder die unbedingte Notwendigkeit, an der Zusammenarbeit mit der GMD festzuhalten, um den japanischen Aggressor besiegen zu können.

Das zweite Beispiel betrifft die Eröffnungsrede Mao Zedongs auf

109. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs", Band 3, Beijing 1952, S. 817-818, chines.

einer Tagung des Senats (Can yi hui) des Grenzgebietes Shaanxi-Gansu-Ningxia im November 1941.[110]

Die Einrichtung des Senats im Jahre 1939 war ein Ergebnis der politischen Reformen, die die KP Chinas im Rahmen der antijapanischen nationalen Einheitsfront in ihren Gebieten durchgeführt hatte. Diese Institution bestand bis 1946 und tagte in diesem Zeitraum vier Mal. *Ihre Aufgaben bestanden in der Wahl der Regierung der betreffenden Ebene und in der Kontrolle über die Tätigkeit der Regierung bei der Verwirklichung des Programms des Widerstands gegen Japan und des Aufbaus des Staates* (kursiv – d. V.). Der Senat befasste sich darüber hinaus mit der politischen Lösung von strittigen Problemen zwischen den Kräften, die im Senat vertreten waren. Diese Institution bestand auf allen administrativen Ebenen. Seine Mitglieder wurden vom Volk direkt gewählt. Sie setzten sich nach dem so genannten Drei-Drittel-System zusammen: je ein Drittel waren Mitglieder der KP, Mitglieder der GMD und Parteilose.[111] Die jeweiligen Regierungen konnten, wenn es erforderlich war, bekannte Experten für Wirtschaft, soziale Probleme, Kultur und anderer Bereiche als Mitglieder des Senats hinzuziehen. Ihre Zahl durfte jedoch ein Zehntel aller Senatsmitglieder nicht überschreiten.[112]

In seiner Rede äußerte sich Mao zur Bedeutung dieser Institution, ihren Aufgaben und zu den neudemokratischen Reformen im Antijapanischen Krieg. Das gemeinsame Ziel derer, die im Senat vertreten sind, sei die Niederwerfung des japanischen Imperialismus und der Aufbau eines Chinas der Neuen Demokratie. Mao setzte dabei die Neue Demokratie wieder mit den „Drei revolutionären Volkslehren des Herrn Sun" gleich, die bisher aber noch nicht in ganz China verwirklicht wären. Alle heute zu lösenden Probleme lagen nach Meinung Maos im Bereich der Verwirklichung dieser Lehre. So ergebe sich aus der Lehre von der Nation die Aufgabe, den japanischen Imperialismus zu schlagen. Im Bereich der Lehren von den Bürgerrechten und der Wohlfahrt des Volkes „müssen wir für die Interessen des Volkes des gesamten Landes, das sich Japan wi-

110. Ebd., S. 819 ff.

111. In den „Ausgewählten Werken Liu Shaoqis", Band 1, Beijing1981, S. 450, Fußnote 126, chines., wird die Zusammensetzung der Teilnehmer an der Konferenz anders dargestellt: je ein Drittel Mitglieder der KP Chinas, fortschrittliche linke Kräfte außerhalb der Partei und Kräfte mit mittleren Positionen.

112. Organisationsstatuten des Senats aller Ebenen des Grenzgebiets Shaanxi-Gansu-Ningxía. In: Sammlung von Dokumenten des Senats des Grenzgebiets Shaanxi-Gansu-Ningxia, Beijing 1958, S. 55-58, chines.

dersetzt, tätig sein, nicht nur für die Interessen eines Teils der Menschen. Dem gesamten Volk des Landes stehe das Recht auf persönliche Freiheit, das Recht auf Teilnahme an der Politik und das Recht auf Schutz des Eigentums zu. Das Volk des gesamten Landes müsse die Möglichkeit haben sich zu äußern. Alle müssten über Kleidung, Essen Arbeit und Bildung verfügen können. Jedem sollte in der Gesellschaft der ihm gebührende Platz eingeräumt werden.

Mao Zedong folgerte daraus, dass die Politik jedweder Partei die Interessen aller Klassen und Zwischenschichten[113] wahrzunehmen habe. Wenn das nicht der Fall wäre, „wenn den Menschen dieser Klassen nicht der ihnen gebührende Platz in der Gesellschaft eingeräumt wird und sie nicht das Recht haben sich zu äußern, dann ist es nicht möglich, die staatlichen Angelegenheiten gut zu regeln". Die Politik der KP Chinas sei auf allen Gebieten darauf gerichtet, alle Menschen und Klassen, die sich Japan widersetzen, zusammenzuschließen und ihre Interessen zu berücksichtigen. „Was die KP Chinas vorschlägt, ist eine Politik, die bewirken soll, dass das Volk aller Schichten das Recht hat sich zu äußern, Arbeit und Nahrung zu haben. Das ist die wirkliche Politik der Drei revolutionären Volkslehren."

Mao konkretisierte diese Politik im Kampf gegen Japan an zwei wichtigen Beispielen – an der Regelung der Interessen der Bauern und Großgrundbesitzer sowie der Interessen der Arbeiter und der Bourgeoisie. „In der Bodenfrage senken wir einerseits die Pacht und die Zinsen, damit die Bauern zu essen haben. Andererseits lassen wir die Entrichtung eines Teils der Pacht und des Zinses zu, damit die Grundherren leben können. In den Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital helfen wir einerseits den Arbeitern, damit sie Arbeit und zu essen haben, andererseits führen wir eine Politik durch, die Industrie und Handel entwickelt, damit der Kapitalist auch seinen Profit machen kann. Das alles geschieht, um das Volk des gesamten Landes zusammenzuschließen, damit es gemeinsam Japan Widerstand leisten kann. Eine solche Politik nennen wir neudemokratische Politik. Das ist eine Politik, die tatsächlich der gegenwärtigen Situation in China entspricht. Wir hoffen, dass sie nicht allein im Grenzgebiet Shaanxi-

113. Er verweist hier auf die besondere Sozialstruktur der chinesischen Gesellschaft: Proletariat, Grundherrenklasse und „Großbourgeoisie" waren zahlenmäßig relativ klein; die absolute Mehrheit stellten die Bauern; dazu kamen die städtische Kleinbourgeoisie und andere Zwischenschichten.

Gansu-Ningxia und in allen antijapanischen Basen im Hinterland des Feindes, sondern auch im gesamten Land durchgeführt wird." Mao Zedong versteht es hier wieder, in wenigen Sätzen Wesen, Inhalt und Ziel der Politik der KP Chinas anschaulich darzustellen.

Mao sprach gegenüber den Senatsmitgliedern auch offen über das Problem, dass ein Teil der Parteimitglieder sich noch nicht darauf verstand, vorbehaltlos und demokratisch mit allen Kräften, die zur Einheitsfront gehörten, zusammenzuarbeiten. Der Senat biete für die Delegierten der Partei eine gute Möglichkeit zu lernen, niemanden auszuschließen, die Meinung anderer anzuhören, gleich, ob sie mit der Position der Partei übereinstimmt oder nicht, Meinungsverschiedenheiten sachlich zu klären, sich nicht für besser als die anderen zu halten und sich nicht über das Volk zu stellen. Diese Art, eine Zusammenarbeit für die Rettung Chinas zu organisieren und zu gestalten, die sich prinzipiell vom Vorgehen der GMD abhob, sicherte der KP im Verlaufe des Krieges die Sympathie und Zustimmung immer größerer Teile des chinesischen Volkes.

3.3. Pacht- und Zinssenkung für die Bauern, Verbesserung des Lebens der Arbeiter

Für die KP Chinas waren die Bauern die Hauptkraft der demokratischen Revolution und die Bodenfrage das Grundproblem dieser Revolution. Deshalb musste dieser Problematik neben den militärischen Fragen die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Nach dem Beginn des Antijapanischen Krieges stellte die Partei die Konfiszierung des Bodens der Großgrundbesitzer und seine Verteilung an die Bauern ein.[114] Auf der Konferenz von Luochuan am 25. August 1937 wurde die Senkung von Pacht und Zins für die Dauer des Krieges zur grundlegenden Politik bei der Lösung des Bodenproblems erklärt. Dieser Kurs sollte die Lage der Bauern erleichtern, ihre Aktivität im antijapanischen Kampf und in der Produktion erhöhen, das Leben der „Feudal"herren und damit ihnen auch eine bestimmte politische Stellung sichern, um sie in den

114. Dieser Abschnitt stützt sich weitgehend auf die Untersuchungen im „Lehrmaterial zu speziellen Themen in der Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas", a.a.O., S. 235 ff.

antijapanischen Widerstand einbeziehen zu können.

In einer ersten Etappe bis Ende 1939, also in der Zeit, als begonnen wurde, im Hinterland des Feindes Basen zu schaffen, wurde noch auf administrativem Wege zur Senkung von Pacht und Zins aufgerufen, für die einzelnen Basen entsprechende Befehle herausgegeben und diese Politik anfänglich umgesetzt. In einer zweiten Etappe bis Ende 1941 wurde dazu übergegangen, diese Politik über die Mobilisierung der Bauern durchzusetzen. In dem „Beschluss des ZK der KPCh über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei" vom 1. Februar 1940 wurde die Politik der Senkung von Pacht und Zins zugunsten der Bauern noch einmal grundsätzlich bestätigt: „Nur auf diesem Wege vermögen wir ihre Aktivität im Kampf gegen Japan zu erhöhen, sonst wird uns das nicht gelingen." Immer noch bestand jedoch in der Partei unter Teilen der Mitglieder Unklarheit über den Unterschied dieser Bodenpolitik gegenüber der in der Zeit der Sowjets. Das äußerte sich vor allem in „linken" Abweichungen von der Politik der Partei. Die KP musste hier in kurzer Zeit klare Fronten schaffen; denn es war die Zeit neuer heftiger Angriffe der GMD gegen die militärischen Kräfte und die Basen der KPCh. Die entschlossene und konsequente Durchführung der neuen Bodenpolitik sollte dazu beitragen, diese Angriffe ohne große Verluste zu überstehen.

Ende Januar 1942 begann die Phase, in der die Bewegung für Pacht- und Zinssenkung sich vertiefte und diese Politik verhältnismäßig allseitig umgesetzt wurde. Dem lag der „Beschluss des ZK der KPCh über die Bodenpolitik in den antijapanischen Stützpunkten" vom 28. Januar 1942 zugrunde.[115] Er bekräftigte drei wesentliche Orientierungen der Partei:

1. Unterstützung der Bauern in der Bewegung für die Verringerung des Grades der „feudalen" Ausbeutung der Bauern durch die „Feudalherren" und Sicherung der Menschenrechte, des Bodenrechts und anderer Rechte der Bauern.
2. Anerkennen, dass die große Mehrheit der „Feudal"klasse den Kampf gegen Japan fordert und sich eine Minderheit aufgeklärtee Shenshi (Gentry) für demokratische Reformen ausspricht. Deshalb könne die Politik der Partei nicht auf die Beseitigung, sondern nur auf eine Verringerung der feudalen Ausbeutung gerich-

115. Vergl. „Der Kommunismus in China. Eine Dokumentargeschichte", a.a.O., S. 211-220.

tet sein. Die Bauern mussten also überzeugt werden, die verringerte Pacht und den gesenkten Zins zu entrichten. Ebenso wie bei den Bauern müssten die Menschenrechte, das Bodenrecht und andere Rechte der „Feudal"herren im Interesse ihres Kampfes gegen Japan garantiert werden. Nur bei den unverbesserlichen Landesverrätern sei eine Politik der Abschaffung der „feudalen" Ausbeutung zu betreiben.

3. Anerkennen, dass die kapitalistische Produktionsweise für China relativ fortschrittlich ist[116] und die Kleinbourgeoisie wie die Bourgeoisie gegenwärtig relativ fortschrittliche politische Kräfte der chinesischen Gesellschaft sind. Die reichen Bauern seien die Bourgeoisie des Dorfes und Kräfte, auf die in der Produktion und im Kampf gegen Japan nicht verzichtet werden könne. Überdies würden auch sie demokratische Reformen fordern. „Die Politik der Partei ist nicht darauf gerichtet, Kapitalismus und Bourgeoisie, die Klasse und die Produktion der reichen Bauern zu schwächen, sondern gleichzeitig die kapitalistische Produktion und den Zusammenschluss mit der Bourgeoisie, die Produktion und den Zusammenschluss mit den reichen Bauern unter der Bedingung zu stimulieren, dass das Leben der Arbeiter verbessert werden kann." Auch den reichen Bauern stünden die Menschenrechte, das Bodenrecht und die anderen Rechte zu.

Diese drei grundlegenden Politiken bezeichnete Mao Zedong als den Ausgangspunkt der KP Chinas in der Antijapanischen Einheitsfront und in der Bodenpolitik. In der Einheitsfront müssten alle Gegensätze zwischen Bauern und „Feudal"herren, die aus einer Obstruktionshaltung der Gutsherren gegenüber dem Verlangen der Bauern nach Demokratie und einem besseren Leben entspringen, in Übereinstimmung mit den oben dargelegten Prinzipien geregelt werden. Die „vernünftigen" Ansprüche beider Seiten seien zu befriedigen. Beide Seiten hätten sich dem höheren Interesse des Kampfes gegen Japan unterzuordnen. Die Kosten dieses Kampfes sollten von allen Klassen, sozialen Schichten und Gruppen getragen werden.

Diese Politik sicherte der KP Chinas eine breite soziale Basis und eine vielfältige aktive Unterstützung im Krieg. Die GMD unter

116. Lenin nannte den Kapitalismus gegenüber dem Mittelalter „einen Segen".

Tschiang Kaischek hingegen lehnte es ab, die in ihrem Herrschaftsbereich bestehenden Strukturen der Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes durch demokratische Reformen relativ zurückzunehmen, der Bevölkerung die allgemeinen Bürgerrechte einzuräumen und die Lage der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern. Verbal berief sie sich dabei auf Sun Zhongshan, in Wirklichkeit befand sich ihre Politik in einem grundlegenden Widerspruch zu dem tatsächlichen Erbe dieses großen revolutionären Demokraten. Dieser Fakt sollte in den Auseinandersetzungen zwischen den Kräften des gesellschaftlichen Fortschritts unter Führung der KP Chinas und dem reaktionären GMD-Regime um die Gestaltung eines neuen China nach dem Sieg über Japan eine entscheidende Rolle spielen.

3.4. Von der Neuen Demokratie zu den „Ideen Mao Zedongs"

Die KP Chinas leitete im Mai 1942 eine Kampagne zur „Korrektur des Arbeitsstils" ein. Mao Zedong hatte ihre Notwendigkeit in seiner ersten Rede zu diesem Thema unter dem Titel „Korrigieren wir den Arbeitsstil der Partei" an der Parteischule am 1. Februar 1942 begründet.[117] Es ging formell um die Bekämpfung des Subjektivismus beim Studium des Marxismus-Leninismus, des Sektierertums in der Parteiarbeit und des Schematismus/ Formalismus (dang bagu) in der Parteiliteratur. Es waren eigentlich „drei Arbeitsstile" (san feng) zu kritisieren.

Was hier so allgemein klingt, hatte doch ein konkretes Ziel und eine konkrete Adresse. Das Ziel der Kampagne war letztlich, die Idee Mao Zedongs als ideologische Leitlinie der Partei zu formulieren und im neuen Parteistatut festzuschreiben. Natürlich diente die Kampagne der generellen ideologischen Erziehung der vielen neuen Mitglieder und Kader, die in den vorangegangenen Jahren organisatorisch in die Partei eingetreten und in Funktionen aufgestiegen waren, ohne ihr auch schon ideologisch beigetreten zu sein. Die Kampagne richtete sich aus meiner Sicht zumindest im gleichen Maße gezielt gegen die immer noch nicht überwundene Tendenz,

117. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs", a.a.O., S. 833 ff.

sowjetische Auffassungen und Erfahrungen wie marxistisches Buchwissen mechanisch auf China zu übertragen, ohne die konkreten Bedingungen in der Entwicklung Chinas zur Kenntnis zu nehmen. Dabei sollte eine konkrete Auseinandersetzung speziell mit Wang Ming geführt werden. Wang verteidigte und verbreitete nach wie vor Positionen, die er Anfang und Mitte der dreißiger Jahre in Umsetzung der linksradikalen Linie Moskaus eingenommenen hatte, im Zeichen der Bolschewisierung der Partei. Mao Zedong vermied dabei jedoch, sich konkret und direkt mit der Chinapolitik Moskaus seit Mitte der 1920er Jahre auseinanderzusetzen. Ja, er stellte sogar die Art und Weise, wie Stalin mit der Geschichte der KPdSU(B) umgegangen war, als beispielhaft für die KP Chinas heraus.

Für Mao äußerte sich der Subjektivismus beim Studium des Marxismus darin, dass viele Parteimitglieder dem Studium der Gegenwartsfragen, der Geschichte und der internationalen revolutionären Probleme keine Aufmerksamkeit schenken würden. Wenn sie den Marxismus-Leninismus studieren, dann würden sie sich nicht für seine allgemeinen Wahrheiten und ihre Anwendung auf China interessieren. Sie studierten, so Mao, um des Studiums willen. Von der chinesischen Geschichte verstünden sie überhaupt nichts. In ihrem Studium verletzten sie das methodologische Grundprinzip von Marx, Engels, Lenin und Stalin – die Einheit von Theorie und Praxis. Für das Studium des Marxismus-Leninismus sei der „Kurze Kurs der Geschichte der KPdSU(B)" die wichtigste Literatur. Mao sah in dieser Schrift „ein Musterbeispiel für die Verbindung von Theorie und Praxis".

Das Sektierertum sei in der Partei zwar nicht vorherrschend, Reste dieses Arbeitsstils gebe es jedoch noch, sowohl in den Beziehungen innerhalb der Partei wie auch in den Beziehungen der Partei nach außen. Nach innen würde das Sektierertum der Einheit der Partei, nach außen der Verbindung der Partei mit den Massen schaden. In der Partei berühre dieses Problem die Beziehungen zwischen dem Teil und dem Ganzen, zwischen dem Einzelnen und der Partei, zwischen Kadern der Region und den in diese Region beorderten Kadern, zwischen militärischen und örtlichen Kadern, zwischen Armeeeinheiten, zwischen Regionen, zwischen einzelnen Institutionen und zwischen alten und neuen Kadern.

In einer weiteren Rede[118] setzte sich Mao Zedong mit dem Par-

118. Ebd, S.851 ff.

teischematismus in Veröffentlichungen auseinander. Früher hätten sich die Herrschenden dieses Schematismus bei der Verbreitung der konfuzianischen Lehre bedient. In der Partei sei der Schematismus ein Instrument zur Verbreitung von Subjektivismus und Sektierertum. Diese Problematik hatte nach Meinung Maos in der Partei eine lange Geschichte. Als stereotype Nachahmung ausländischer Vorbilder wäre dieser Schematismus, dieser Dogmatismus in der Zeit der Agrarrevolution (*der Etappe der Sowjetisierung! – d. V.*) eine ernste Erscheinung gewesen. In der Parteiliteratur äußere sich dieser Formalismus in langen Beiträgen ohne jeden realen Inhalt, in einer affektierten Haltung, im Schießen ohne Ziel, in einer eintönigen Schreibweise, in einer vielfach unübersichtlichen Gliederung, in der Schädigung anderer, ohne dafür die Verantwortung zu tragen, und in der Vergiftung der gesamten Partei. Mao warnte davor, dass der revolutionäre Geist durch diesen Schematismus leicht erstickt werden könne. Er führte am Schluss eine Reihe von Regeln an, wie diesem Parteischematismus beizukommen wäre.

Die Kampagne zur „Korrektur der Arbeitsstile" dauerte von Mai 1942 bis April 1945, bis zum Vorabend des VII. Parteitages der KP Chinas. Sie diente folglich seiner ideologisch-politischen Vorbereitung.

In einer ersten Etappe wurde die Auseinandersetzung unter den führenden Kadern in Yanan um die Einheit von Theorie und Praxis als „grundlegende Leitideologie der Partei" geführt und die „marxistische" von der „pseudomarxistischen" Linie abgegrenzt. Dabei wurde der Fehler Wang Mings in der Zeit seit 1931 auf einer erweiterten Tagung des Politbüros des ZK der KP Chinas als Fehler in der Linie, d. h. als grundsätzlicher Fehler eingestuft. Mit der Durchsetzung der Linie Mao Zedongs auf der Beratung der Parteiführung in Zunyi im Januar 1935 wäre diese falsche Linie korrigiert worden.

In einer zweiten Etappe ab Februar 1942 wurde die Kampagne auf die gesamte Partei ausgedehnt. Jetzt trat die Korrektur des ideologischen Herangehens und des Stils der praktischen Arbeit in den Vordergrund. Dabei standen das Studium der Reden Mao Zedongs zur Kampagne und ihre Anwendung in der Tätigkeit der Partei und ihrer Mitglieder im Mittelpunkt. Jedes Parteimitglied hatte sich selbst unter dem Gesichtspunkt des Ziels der Kampagne kritisch einzuschätzen.

Im April 1944 ging die Kampagne in ihre Schlussetappe. Hier ging

es vor allem darum, sie in Regionen und Einheiten, die beim Studium zurückgeblieben waren, zu vertiefen.

Die Kampagne war in ihrer Zielsetzung, ein bestimmtes politisches Ereignis bzw. einen bestimmten politischen Schritt vorzubereiten, in ihrer Organisation und in ihren Methoden der Prototyp der Kampagne, wie sie dann in der Entwicklung der Partei nach 1949 von Mao Zedong regelmäßig ausgelöst wurden.

In der zeitgenössischen chinesischen Literatur werden die Ursachen für die Kampagne zur „Korrektur des Arbeitsstils" umfassender als seinerzeit in Yanan dargestellt.

Zunächst wird darauf verwiesen, dass sich die Notwendigkeit der Kampagne für die KP Chinas aus der damaligen außerordentlich schwierigen Situation im weltweiten antifaschistischen Krieg wie im Antijapanischen Krieg ergab. Japan verstärkte seine Angriffe auf die befreiten Basen mit einer Politik des „dreifachen Auslöschens" (alles niederbrennen, alles töten, alles rauben). Die GMD begann ihre zweite große Welle des Kampfes gegen die KP Chinas und umzingelte mit mehreren hunderttausend Mann die Befreiten Gebiete. Hinzu kam, dass Nordchina drei Jahre hintereinander von schweren Naturkatastrophen betroffen war. Im Ergebnis dessen verkleinerte sich das Territorium der Befreiten Gebiete, ging ihre Bevölkerung von 100 Millionen auf 50 Millionen Menschen zurück, verringerte sich die Zahl der von der KPCh geführten militärischen Streitkräfte, erlitt die Produktion in den befreiten Gebieten einen schweren Rückschlag und verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Menschen erheblich. Angesichts dieser Lage hätte sich die KP Chinas gezwungen gesehen, die Partei zusammenzuschließen und ihre Reihen zu festigen, um die neudemokratischen Reformen beschleunigen, die Senkung von Pacht und Zins zu forcieren, eine große Kampagne zur Steigerung der Produktion durch Armee und Volk beginnen und andere Maßnahmen zur Verteidigung der befreiten Basen treffen zu können.

Ein zweiter Aspekt für die Kampagne habe sich aus dem schnellen Anwachsen der Mitgliederzahl der Partei von 400 000 auf 800 000 in der Zeit seit dem Ausbruch des Antijapanischen Krieges bis 1940 ergeben. Der allergrößte Teil der neuen Mitglieder kam aus der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie, vor allem aus der Intelligenz. Sie seien zwar revolutionär gesinnt gewesen, hätten je-

doch in großem Ausmaße nichtproletarische Ideologien in die Partei gebracht. Wenn es dann heißt, dass die allgemeine Aufgabe der Kampagne in der Überwindung nichtproletarischer („feudaler", bürgerlicher und kleinbürgerlicher) Ideologien unter den Kadern und die Säuberung der Partei von konterrevolutionären Elementen bestanden hätte, so gab es dafür wie gesagt auch einen konkreten Adressaten – Wang Ming, mit eigentlichem Namen Chen Shaoyu.[119]

Ich muss an dieser Stelle auf dieses Problem näher eingehen, weil es unmittelbar mit der damaligen China-Politik Moskaus zusammenhängt. Wang hatte von 1925-1930 an der Sun-Zhongshan-Universität in Moskau studiert. Er kehrte danach im Auftrag des EKKI nach China zurück, um die einige Monate in der KP Chinas vorherrschende ultralinke abenteuerliche Linie Li Lisans[120] auszuschalten. Bald darauf kehrte er nach Moskau zurück, wo ihm die Leitung der Delegation des ZK der KP Chinas beim EKKI übertragen wurde. Von dort habe er von 1931-1934 selbst eine „linksopportunistische dogmatische Linie" in der Partei betrieben. Der konkrete Vorwurf lautete, er hätte in diesem Zeitraum „die richtige Linie Mao Zedongs in der Roten Armee" (*im Zentralen Sowjetgebiet – d. V.*) durch ein „Heiligsprechen der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der sowjetischen Erfahrungen" ausgeschaltet. Das habe der Sache der Revolution „schweren Schaden" zugefügt. Nach Ausbruch des Antijapanischen Krieges kehrte Wang nach China zurück. Als Sekretär des Changjiang-Büros des ZK der KP Chinas soll er dann in der Region, für die er vor der Partei verantwortlich gewesen war, die Führung des antijapanischen Kampfes der Guomindang überlassen und damit der Revolution abermals einen „schweren Schaden" zugefügt haben. Das brachte ihm den Vorwurf des „Rechtsopportunismus" durch die Parteiführung um Mao Zedong ein.[121] Auf der 6. Tagung des ZK der Partei 1938 hätte Wang zwar die ultralinke Linie von Li Lisan und die „rechtsopportunistische Linie" Chen Duxius kritisiert, seine eigenen Fehler hätte er jedoch nicht anerkannt, schon gar nicht die zu Beginn des Antijapanischen Krieges. 1940 hätte sich Wang in einer Reihe von Aufsätzen über die „Taktik" weiterhin als Vertreter der richtigen Linie im zweiten Bürgerkrieg

119. „Lehrmaterial zu speziellen Themen in der Geschichte der KP Chinas" a.a.O., S. 206-208.

120. Unter Leitung Li Lisans hatte das Politbüro des ZK am 11. Juni 1930 die Vorlage des ultralinken „Beschlusses über den neuen revolutionären Aufschwung und den Sieg zunächst in einer oder mehreren Provinzen" gefasst.

121. „Prägnantes Wörterbuch zur Geschichte der KP Chinas", Beijing 1986, S.598-599, chines.

(*1928-1937 – d. V.*) ausgegeben. Im März desselben Jahres erschien in Yanan, der Hauptstadt des Grenzgebietes Shaanxi-Gansu-Ningxia, die dritte Auflage seiner Broschüre „Für eine verstärkte Bolschewisierung der KP Chinas kämpfen". In dem neuen Vorwort hatte er geschrieben, dass er damit der breiten Masse der neuen Mitglieder und neuen Kader der Partei helfen wolle, die Geschichte der Partei und der Erfahrungen ihres Aufbaus zu verstehen. Er hätte sogar versucht, dies Broschüre als Lehrmaterial an den Schulen in Yanan unterzubringen.[122] Damit habe er „die breiten Massen der Parteimitglieder weiter vergiftet". Man könne daraus ersehen, so die Autoren des bereits zitierten „Lehrmaterials", dass „die Dogmatiker in der Partei weiter im Gewande des Marxismus-Leninismus auftraten, was von der gesamten Partei noch nicht durchschaut wurde".[123]

Für jeden, der sich in der Geschichte der Kommunistischen Internationale zur Zeit Stalins einigermaßen auskennt, ist sofort klar, dass das Problem Wang Ming als Gegenstand der Kampagne unmittelbar die damalige China-Politik Moskaus tangierte. Die Kommunistische Internationale wurde zwar in der Zeit der Kampagne aufgelöst, doch das hatte keinen Einfluss auf die Position und Politik Stalins in der Chinafrage. Die seit den späten 80er Jahren zugänglichen Dokumente der Kommunistischen Internationale beweisen, dass Wang Ming im Auftrage der KI gehandelt und die Linie Moskaus vertreten hatte. Das Anliegen, den Einfluss der von Wang vertretenen Linie in der Partei endgültig auszumerzen, barg deshalb ein großes Risiko in sich. Mao Zedong wandte deshalb gewissermaßen eine Doppeltaktik an. Er bekundete einerseits seine uneingeschränkte Übereinstimmung mit der „Lehre" Stalins und seinen Ausführungen zur chinesischen Revolution. Andererseits wurde die Linie, die Wang Ming in der ersten Hälfte der 1930er Jahre und zu Beginn des Antijapanischen Krieges vertreten hatte, als persönliche

122. Eine interessante Frage wäre, ob Wang diese Hartnäckigkeit nicht mit Zutun Moskaus an den Tag gelegt hatte. Wang ging Anfang der 1950er Jahre zur „Behandlung seiner Gesundheit" nach Moskau zurück. Dort reihte er sich während der „Kulturrevolution" in die Reihe der schärfsten Kritiker Mao Zedongs ein.

123. „Lehrmaterial zu speziellen Themen in der Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas", a.a.O., S.207-208.

124. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs", a.a.O., S.975-1033. Im „Beschluss" werden Niederlagen der Partei und Fehler in ihrer Politik seit 1921 namentlich entweder auf „links"- oder rechtsopportunistische Abweichungen in der Partei zurückgeführt, obwohl seit Mitte der 1920er Jahre die Ursachen letztlich fast immer in der China-Politik Moskaus zu suchen waren. In einer Reihe dieser „Abweichungen" werden die Anschuldigungen durch Moskau beibehalten, so auch im Fall des 1927 abgesetzten Generalsekretärs der KP Chinas, Chen Duxiu. Hier ist jedoch nicht der Platz, sich damit im Einzelnen auseinanderzusetzen.

Position Wangs hingestellt. In dieser Weise wurde sie erstmals in dem „Beschluss über einige Frage der Geschichte" im April 1945[124] offen verurteilt. In diesem „Beschluss" wurde zugleich wiederum das enge Verhältnis Maos zu Stalin und seinen Auffassungen mehrfach herausgestellt. So heißt es gleich in der ersten Passage des Textes, Mao Zedong hätte „die Lehre Lenins und Stalins über die koloniale und halbkoloniale Frage und Stalins Lehre über die Frage der chinesischen Revolution brillant (weiter)entwickelt".[125] Das war bereits ein erster Hinweis auf die Ideen Mao Zedongs als künftiger Leitideologie der Partei.

In dieser Frage positionierte sich Liu Shaoqi während der Kampagne klar und deutlich. Liu drehte den Spieß einfach um. In faktischer Auseinandersetzung mit Wang Ming sah er in der Kampagne die Notwendigkeit, den „Menschewismus" in der Partei auszumerzen und den „Bolschewismus" durchzusetzen. „Die vergangene Geschichte der Partei ist eine Geschichte, die vom Kampf zwischen Bolschewismus und Menschewismus angefüllt ist. In der Geschichte unserer Partei existieren zwei Linien und zwei Traditionen: Die eine ist die Linie und die Tradition des Bolschewismus, die andere ist die Linie und Tradition des Menschewismus. Für die erste Linie und Tradition ist Genosse Mao Zedong der Vertreter, die Vertreter der zweiten Linie und Tradition sind die Opportunisten aller Gruppierungen." Mit Blick auf die laufende Kampagne fährt er fort: „Jetzt sollte die Zeit gekommen sein, um mit den Resten des Menschewismus in der Partei ideologisch, politisch und in der Arbeit abzurechnen. Wir sollten die historischen Erfahrungen der Partei, insbesondere die Erfahrungen im Kampf zwischen den beiden Linien, sehr gut verallgemeinern und unsere Kader und Parteimitglieder anhand dieser Erfahrungen erziehen. Nur auf diesem Wege können wir die Einheit und Disziplin in den Reihen unserer Partei bewahren, ständig die richtige Führung der Partei gewährleisten und weiterhin die Revolution zum Siege führen."[126] Sein Resümee fasste er in zwei Sätzen zusammen:

Alle Kader, alle Parteimitglieder „müssen gewissenhaft die Lehre des Genossen Mao Zedong über die chinesische Revolution und andere Bereiche studieren und daraus lernen. Sie müssen sich mit

125. „Auswählte Werke Mao Zedongs", a.a.0, S. 975-976.
126. Liu Shaoqi, Mit der menschewistischen Ideologie in der Partei abrechnen. In : „Ausgewählte Werke Liu Shaoqis", a.a.O., S. 299-300.

den Ideen des Genossen Mao Zedongs bewaffnen und das System *der Ideen Mao Zedongs* (kursiv – d. V.) nutzen, um mit der menschewistischen Ideologie in der Partei abzurechnen."[127]

Erstmalig war von den „Ideen Mao Zedongs" die Rede. Damit wurde die Formulierung vorbereitet, die wir im 2. Absatz des einführenden Teils des am 11. Juni 1945 angenommenen Parteistatuts nachlesen können: „Die KP Chinas nimmt die Gedanken der Einheit von Theorie des Marxismus-Leninismus und Praxis der chinesischen Revolution, die Ideen Mao Zedongs, zum Leitsatz ihrer gesamten Arbeit."[128]

In der chinesischen Parteiliteratur habe ich folgende Begründung für die Aufnahme der Ideen Mao Zedongs in das Parteistatut gefunden: „Tschiang Kaischek schwenkte die Fahne des antijapanischen Widerstands und angelte sich dadurch ein bestimmtes politisches Kapital. Nicht wenige Menschen hegten gegenüber Tschiang Kaischek Illusionen. Unter diesen Bedingungen war die Wahrung der Autorität Mao Zedongs für die chinesische Volksrevolution objektiv gesehen von außerordentlichem Nutzen. Andererseits waren in der Zeit des Antijapanischen Krieges mit dem Aufbau und der Entwicklung der verschiedenen Basen die einzelnen Organisationen der Partei im ländlichen Partisanenkampf lange Zeit voneinander getrennt, überdies war die marxistisch-leninistische Erziehung in der Partei unzureichend. Beides begünstigte das Aufkommen einer relativ ernsten und blinden Tendenz des Sektierertums, die den Zusammenschluss und die Einheit der Partei behinderte. Die Festlegung im Parteistatut, dass die Ideen Mao Zedongs Richtschnur für die gesamte Arbeit der Partei sind, war deshalb für den schrittweisen Zusammenschluss der Partei von Nutzen. Sie garantierte die gründliche Durchführung der Linie der Partei."[129] Danach wäre die Aufnahme der Ideen Mao Zedongs in das Parteistatut nur aus Gründen erfolgt, die sich aus der damaligen Situation ergaben.

Das ist wohl etwas zu kurz gegriffen. Die angegebenen Gründe können nicht erklären, weshalb die ideologisch-theoretischen Auffassungen und Auslegungen einer einzelnen Person, zumal noch

127. Ebd., S. 300.
128. Das Parteistatut der KP Chinas, angenommen am 11. Juni 1945 auf dem VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Beijing 1953, S .1-2, chines.
129. Lehrmaterial zu speziellen Themen in der Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas, a.a.O., S. 319.

zu ihren Lebzeiten und unter ihrer maßgeblichen Führung, zur Leitideologie einer kommunistischen Partei erklärt wurden. Es könnte angemerkt werden, dass diese Festlegung getroffen wurde, um angesichts der seit Mitte der 20er Jahre gesammelten negativen Erfahrungen künftig die absolute Eigenständigkeit der Partei in der internationalen kommunistischen Bewegung gewährleisten zu können. Wenn jedoch dieses Parteimitglied sich vier Tage vor dem Parteitag in einem Beschluss von historischer Tragweite[130] als eine Persönlichkeit herausstellen lässt, die seit Gründung der Partei im Gegensatz zu allen anderen immer die richtige Linie und Politik vertreten habe, dann öffnet sich eine andere Sicht auf diesen Vorgang. Dann entsteht der Eindruck, dass damals der Sache nach die Machtfrage in der Partei endgültig und auf Lebenszeit zugunsten Mao Zedongs entschieden wurde. Das setzte die Partei der Gefahr aus, eines Tages in den Händen Mao Zedongs auch als Instrument zur Durchsetzung seiner Politik missbraucht zu werden.

Die Autoren, die im Grunde von taktischen Überlegungen als Grund für die Aufnahme der Ideen Mao Zedongs in das Parteistatut ausgingen, hätten es eigentlich besser wissen müssen; denn sie konnten im Jahre 1984 auf die zurückliegende Geschichte der Entwicklung Mao Zedongs und seiner Ideen zurückblicken. Sie kannten doch das Parteistatut, das auf dem XI. Parteitag 1969 wie immer im Beisein und mit Billigung Mao Zedongs angenommen wurde. Ein Vergleich mit der entsprechenden Aussage im Parteistatut von 1969 zeigt, in welcher Richtung sich Mao und seine Ideen entwickelt und welche verhängnisvollen Auswirkungen das für die große Kommunistische Partei Chinas hatte. Die entsprechende Passage diesem Statut lässt an Klarheit nichts zu wünschen übrig:

„Die Maotsetung-Ideen sind der Marxismus-Leninismus jener Epoche, in welcher der Imperialismus seinem totalen Zusammenbruch und der Sozialismus seinem weltweiten Sieg entgegengeht. Seit einem halben Jahrhundert hat Genosse Mao Tsetung bei der Führung des großen Kampfes für die Vollendung der neudemokratischen Revolution Chinas, bei der Führung des großen Kampfes der

130. „Beschluss über einige historische Fragen", angenommen auf der erweiterten 7. Tagung des VI. ZK der KP Chinas am 20.4.1945. In dem Dokument wurden die wichtigsten Erfahrungen und Lehren aus der Geschichte der KP China seit ihrer Gründung im Juli 1921 unter der Leitung Mao Zedongs dem Wesen nach endgültig zusammengetragen und und niedergeschrieben.

sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus in China und in dem großen Kampf der internationalen kommunistischen Bewegung der gegenwärtigen Epoche gegen den Imperialismus, den modernen Revisionismus und die Reaktionäre aller Länder die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution verbunden, den Marxismus-Leninismus als Erbe übernommen, ihn verteidigt und weiterentwickelt; er hat den Marxismus-Leninismus auf eine völlig neue Stufe gehoben."[131]

Wir sollten folglich die Formulierung über die Ideen Mao Zedongs im Parteistatut von 1945 nicht isoliert von der nachfolgenden Entwicklung betrachten. Was 1945 mit der Einführung der „Ideen Mao Zedongs" begann, war im Laufe der folgenden Jahrzehnte zu einem für die Entwicklung der Volksrepublik China letztlich bedrohlichen Problem geworden. Das hatte sicherlich verschiedene Ursachen. Meine persönlichen Erfahrungen unterstreichen, dass Ursachen für die grundlegenden Mängel und Schwächen des traditionellen Typs einer kommunistischen Partei in einem übermäßigen Zentralismus, in der dadurch stark begrenzten innerparteilichen Demokratie und in einer fehlenden wirksamen Kontrolle über die Kräfte, die die Macht der Partei unmittelbar ausübten, zu suchen sind. Im damaligen China kam sicherlich hinzu, dass die Tätigkeit der Partei unter den Bedingungen jahrzehntelanger Kriege straff militärisch organisiert werden musste. Aus der organisatorischen Struktur dieser Art kommunistischer Parteien ergab sich, soweit ich das beurteilen kann, weiterhin, dass Mao Zedong in der KP Chinas eine immer ausgeprägtere Sonderposition eingeräumt wurde, die ihm die absolute Macht sicherte. Sie hob ihn über die anderen führenden Persönlichkeiten der KP Chinas, was diese aus welchen Gründen auch immer akzeptierten. 1945 war natürlich nicht vorauszusehen, was sich aus der Fixierung der „Ideen Mao Zedongs" als ideologischer Leitlinie der Partei entwickeln würde. Und Liu Shaoqi, der Vorreiter dieser Idee, konnte auch nicht ahnen, dass er einst als gewählter Vorsitzender der Volksrepublik China in der von Mao Zedong inszenierten „großen proletarischen Kulturrevolution" 1969 elendig zugrunde gehen würde.

131. Statut der Kommunistischen Partei Chinas, angenommen vom IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas am 14. April 1969, Peking 1969, S.3-5.

Kehren wir in das Jahr 1945 zurück. Über China hinaus gesehen war und ist ja die Hervorhebung des Führers einer kommunistischen Partei vor allem in Entwicklungsländern eine gar nicht so seltene Erscheinung. Ich denke dabei insbesondere an integre Persönlichkeiten wie Ho Chi Minh oder an Fidel Castro. Der KP Chinas blieb es lediglich als erste Partei vorbehalten, schon zu Lebzeiten Maos seine Ideen als ideologische Orientierung der Partei festzuschreiben. Angesichts der Bedeutung, die der chinesischen Revolution zukam, wurde das damals in meiner Erinnerung unter ausländischen Kommunisten nicht als etwas Ungewöhnliches kommentiert. Für uns verkörperte Mao Zedong damals wie kein anderer chinesischer Kommunist die Klugheit und die Erfahrungen der kommunistischen Bewegung seines Landes.[132] In der Tat ragte er in der Theorie und Praxis der neudemokratischen Revolution aus der Führungsspitze seiner Partei deutlich heraus. Hier lagen, wie ich meine, seine Stärke und seine Fähigkeit, seine Partei und das chinesische Volk zum Sturz der reaktionären Herrschaft und zur Gründung der Volksrepublik China führen zu können. Ganz anders sollte sich dieses Problem nach 1949 stellen. Ich werde mich damit im folgenden Kapitel zu befassen haben.

Erkenntnisse und Probleme

1. Mit der Ausarbeitung der Theorie der neuen Demokratie und ihrer Umsetzung in den befreiten Gebieten während des Antijapanischen Krieges wurde eine neue Seite in der Geschichte der KP Chinas aufgeschlagen. Das Neue bestand erstens darin, dass die Partei erstmals unabhängig und in einer bestimmten kritischen Aufarbeitung gesammelter Erfahrungen ihre Vision über das zu erkämpfende neue China entwickelte. Es bestand zweitens darin, dass diese Vision den nationalen Gegebenheiten des damaligen China in der politischen Praxis Rechnung trug.

2. Mao Zedong hielt sich in einer Grundfrage der Neuen Demokratie bedeckt – in der Frage nach den konkreten Kriterien, mit

132. Das war so bis in die 1950er Jahre hinein. Nach dem Tode Stalins wurde z. B. in der kommunistischen Bewegung noch ernsthaft darüber nachgedacht, wer denn nun der nachfolgende marxistische Klassiker sein könnte. Angesichts der Auswirkungen des Sieges der chinesischen Revolution von 1949 war es verständlich, dass viele Augen auf Mao Zedong gerichtet waren.

denen der Zeitpunkt des beginnenden Übergangs zum Sozialismus zu bestimmen war. Das hing vor allem mit seiner unveränderten Auffassung von einem „halbkolonialen und halbfeudalen" China und der daraus resultierenden Ansicht über eine bürgerlich-demokratische Revolution in China zusammen. Diese Sicht teilte Mao Zedong nach wie vor mit Stalin.

3. Die Festschreibug der „Ideen Mao Zedongs" war vor allem das Ergebnis einer von Mao Zedong veranlassten Auseinandersetzung mit Kräften in der Partei, die in der Einschätzung der Entwicklung der chinesischen Revolution von Mitte der 1920er Jahre bis zu Beginn des Antijapanischen Krieges auf der linksradikalen Linie der Chinapolitik Moskau jener Jahre verblieben waren. Die Herausstellung der Person und der Ideen Mao Zedongs diente damals zwar der Stärkung der ideologischen und politischen Stärkung der Partei, sie war jedoch mit einer für mich überzogenen Lobpreisung und Sonderstellung Maos verbunden, die im Keim bereits Elemente eines Personenkults enthielt.

4. Mit neudemokratischer Politik zum Sieg der Revolution

Im Frühjahr des Jahres 1944 hatte die KP Chinas nicht nur die größten Schwierigkeiten überwunden. Sie war auch gestärkt aus den militärischen und politischen Kämpfen hervorgegangen. Die Zahl der Bevölkerung in den von der KPCh geführten Regionen hatte sich auf 80 Millionen Menschen vergrößert, die militärischen Streitkräfte zählten nun schon 470 000 Mann, hinzu kamen 2,27 Millionen Angehörige der Volksmiliz. Diese gewachsene Kraft der KPCh war von niemanden mehr zu ignorieren.

Um die japanischen Eroberer endgültig besiegen zu können, bedurfte es jedoch neuer Anstrengungen für eine kooperative Regelung der Beziehungen mit der GMD. Auch die Sowjetunion, England und die USA erwarteten in der Endphase des antifaschistischen Weltkrieges, dass es zu einem Übereinkommen zwischen der KPCh und der GMD kommt, um den Weg für den Einsatz aller verfügbaren chinesischen Streitkräfte gegen Japan frei machen zu können. Das erhöhte den Druck auf Tschiang Kaischek, mit der KP China

erneut zu verhandeln. Die KP Chinas hatte bereits 1935 die Position vertreten, dass die alles entscheidende Voraussetzung für die Zusammenarbeit mit der GMD im Kampf gegen Japan neben der Einstellung des Bürgerkrieges die Bildung einer „Regierung der Landesverteidigung" wäre. Nun rückte sie die Bildung einer Koalitionsregierung, in der alle Kräfte des antijapanischen Widerstands vertreten sein sollten, in den Mittelpunkt ihrer Vorschläge. Sie lud nicht nur westliche Journalisten nach Yanan ein, damit sie sich ein eigenes Bild über den antijapanischen Kampf der KP Chinas verschaffen konnten. Sie zeigte sich auch daran interessiert, Kontakte nicht nur zu militärischen, sondern auch zu offiziellen politischen Vertretern vor allem der USA herzustellen.

4.1. Mission des USA-Botschafters Patrick Hurley

Im Ergebnis dieser Bemühungen kam der USA-Botschafter Patrick Hurley im Oktober 1944 als „privater Vertreter" des Präsidenten der USA, Franklin D. Roosevelt, nach Yanan. Er erklärte, sein Auftrag in den Verhandlungen über die chinesischen Angelegenheiten sei insbesondere, bei der Vereinigung aller militärischen Kräfte Chinas zu helfen, damit sie in Zusammenarbeit mit den USA Japan eine Niederlage bereiten. Die Verhandlungen mit ihm interessieren uns hier nur, insoweit sie das Problem der Herstellung einer Koalitionsregierung betreffen.

Hurley hatte sich zuvor mit Tschiang über diese Reise verständigt. Tschiang hätte geäußert, er wünsche, sich mit der KPCh zu verständigen und den legalen Status der KPCh und anderer Parteien als politische Parteien anzuerkennen. Außerdem überlege er, ob nicht ein Vertreter der KPCh an der „Konferenz für militärische Angelegenheiten" teilnehmen sollte. Mit anderen Worten: Tschiang musste sich zwar bewegen, aber er war nach wie vor nicht bereit, substantielle Verhandlungen mit der KPCh zu führen, geschweige denn den von der KPCh ein Monat zuvor gemachten Vorschlag, im Interesse der Vereinigung aller Kräfte des antijapanischen Widerstands eine Koalitionsregierung zu bilden, überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. In den Vorschlägen, die Hurley im Interesse der USA unterbreitete, hieß es zwar, künftig solle es in China nur eine Regierung und eine Armee

geben, von einer Beteiligung der KPCh und anderer antijapanischen Kräfte des Landes an dieser Regierung war jedoch keine Rede.

Mao Zedong entgegnete darauf, dass die KPCh zuerst einmal auf eine schnelle Umgestaltung der Politik und Organisation der GMD-Regierung hoffe. Das sei die Mindeste, sonst hätten alle Abkommen keine sichere Grundlage. Die Umbildung der GMD-Regierung müsse die Schaffung einer Koalitionsregierung aller antijapanischen Kräfte einschließen. Wenn Tschiang versuche, dieses Problem auf die Zeit nach dem Ende des Krieges hinauszuschieben, könne das die Krise der GMD nur verschärfen. Die GMD-Regierung könne in Gefahr geraten, gestürzt zu werden. Die Ursachen für diese Krise sehe die KPCh in der fehlerhaften Politik und im korrupten Apparat der GMD und nicht in der Existenz der KP Chinas. Im Gegenvorschlag der KPCh stand die Bildung der Koalitionsregierung und ihre demokratische Politik im Sinne der Drei (revolutionären) Volkslehren Sun Zhongshans im Mittelpunkt. So hieß es im 5. und letzten Punkt dieses Vorschlagspakets: „Die Koalitionsregierung Chinas anerkennt den legalen Status der GMD, der KP Chinas und aller Parteien, die sich im antijapanischen Widerstand befinden."[133]

Hurley unterzeichnete diese Vorschläge als offizielles Ergebnis seiner Verhandlungen mit der KP Chinas in Yanan. Tschiang hingegen lehnte sie strikt ab und dachte gar nicht daran, seine Grundposition zu verändern. Er beharrte auf seinem Standpunkt der Diktatur seiner Partei. Hurley schwenkte Mitte Februar 1945 als offizieller Vertreter der USA, wie nicht anders zu erwarten gewesen war, wieder voll auf die Position Tschiangs ein. Gegenüber der KPCh betonte er, dass er auf keinen Fall Prinzipien und Verfahren unterstütze, die die GMD-Regierung und die Position Tschiangs schwächen würden. Die USA hatten sich damit klar geäußert, wessen Partei sie in den kommenden unausbleiblichen Auseinandersetzungen zwischen der KP Chinas und der GMD ergreifen werden.

133. Nach: „Biographie Mao Zedongs (1993-1949)". Verfasser: Abteilung für Forschungen zu zentralen Dokumenten der KP Chinas, verantwortl. Herausgeber: Jin Chongxi. Beijing 2004, S.717, chines.

4.2. VII. Parteitag der KPCh: Über die Bildung einer nationalen Koalitionsregierung

Gegen Ende des Antijapanischen Krieges standen sich zwei China gegenüber.

Das eine China war der Teil des Landes, in dem GMD herrschte. Es war das China geblieben, das den Interessen der Klasse der „Feudal"herren, der mit den Banken und dem zentralen Staatsapparat verbundenen „kolonial gefärbten" Teile der Bourgeoisie[134] und den Interessen des westlichen Kapitals[135] diente. Der Antikommunismus des Regimes Tschiang Kaischek dominierte über die Rettung Chinas vor der Kolonialisierung durch Japan. Diese Ein-Parteien-Diktatur stand gegen demokratische Reformen. Die Befriedigung der dringendsten Lebensbedürfnisse der breiten Massen des Volkes war kein Thema für das durch und durch korrupte GMD-Regime. Trotz Verfolgung und blutiger Unterdrückung hatte sich daher eine Bewegung entwickelt, die breite soziale Schichten erfasste und immer nachdrücklicher demokratische Reformen einforderte.

Das andere China war das China der Befreiten Gebiete unter Führung der kommunistischen Partei. Es verkörperte in der Tendenz seiner Entwicklung mit seinen demokratischen Reformen, der Wahrnehmung der Interessen aller Teile des Volkes, der Einbeziehung breiter sozialer Kräfte in den Kampf gegen Japan und in den Aufbau einer neudemokratischen Ordnung ein neues China. Dieses China, das mit seiner Entwicklung in den Fokus der chinesischen und ausländischen Öffentlichkeit getreten war, trat nun an, um das gesamte chinesische Volk zum Sieg in der demokratischen Revolution zu führen.

International war der deutsche Faschismus geschlagen, Hitler hatte Selbstmord begangen, und Nazideutschland stand kurz vor der Kapitulation. Im Fernen Osten hatte der japanische Imperialismus in China noch einmal mobil gemacht, doch es war absehbar, dass auch sein Schicksal bald besiegelt werden würde.

Das war, in wenigen Worten zusammengefasst, die Situation, in der der VII. Parteitag der KP Chinas am 23. April 1945 eröffnet

134. Gemeint ist das Bürokratische Kapital, in der chinesischen Literatur auch als „Großbourgeoisie" bezeichnet.
135. Daran hatten auch die neuen chinesisch-amerikanischen und chinesisch-englischen Verträge vom 11. Januar1943 nichts geändert.

wurde. Die 1,2 Millionen Mitglieder wurden durch 547 Delegierte und 208 Nachfolgedelegierte vertreten. Über dem Präsidium hingen die Bilder von Mao Zedong und Zhu De, rechts und links daneben die Bilder von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Der Parteitag stand unter der Losung „Unter dem Banner Mao Zedongs siegreich vorwärts!"

Mao Zedong sah den Parteikongress in seiner Eröffnungsrede im Zeichen des Kampfes um den Sieg über den japanischen Aggressor und den Aufbaus eines neuen lichten China, des Aufbaus „eines unabhängigen, freien, demokratischen, einigen, reichen und starken China".

Uns interessieren hier wieder vornehmlich die Aussagen des Parteitages, die die Beziehungen zwischen den nationalen Gegebenheiten und der Theorie und Strategie der Partei berühren.

Der Bericht Mao Zedongs „Über die Koalitionsregierung", der auf der 7. Tagung des Zentralkomitees der KPCh am 31. März bestätigt worden war, lag den Delegierten schriftlich vor. Teil 1 – 3 des Berichts befassten sich mit den grundlegenden Forderungen des chinesischen Volkes, die internationale und innere Lage und die beiden Linien im Antijapanischen Krieg. Mao legt hier großes Gewicht auf die Darstellung der Unterschiede zwischen den Befreiten Gebieten und den GMD-Gebieten im Antijapanischen Krieg. Das hielt er für notwendig, weil die breite Masse der Chinesen die konkrete Situation im Lande noch nicht einzuschätzen vermochte und sehr viele Menschen im Ausland die Augen vor der Lage in den GMD-Gebieten verschlossen. Das erklärt auch, dass die KPCh nach dem Parteitag alles unternahm, um den Bericht „Über die Koalitionsregierung" in die Öffentlichkeit zu tragen. Allein im südwestchinesischen Chongqing, dem Sitz der GMD-Regierung nach ihrer Flucht aus Nanjing, erlebte dieses Dokument drei Auflagen.

Der Kern des Berichts war jedoch die Darlegung des Programms und der Politik der Partei zur Lösung der Probleme Chinas (4. Teil). Während in den Ausführungen Mao Zedongs über die Neue Demokratie das Minimalprogramm der Partei[136] in seinen allgemeinen Zügen umrissen worden war, sind seine Darlegungen „Über die Koalitionsregierung" als Konkretisierung dieses Minimalprogramms

136. Als Maximalprogramm der KP Chinas wurde auf dem Parteitag der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus genannt.

für die abschließende Etappe der demokratischen Revolution zu betrachten. Das schloss, wie wir sehen werden, auch neue Überlegungen für das Minimalprogramm als Ganzes ein.

Die erste grundlegende Frage, die unter der Voraussetzung des Sieges über Japan und der Schaffung eines neuen China aufgeworfen wurde, hieß: Was für ein China kann und muss das sein? Die Antwort und ihre Begründung lauteten: „In der jetzigen Etappe Chinas besteht die Aufgabe des chinesischen Volkes noch im Kampf gegen nationale und feudale Unterdrückung. Da die erforderlichen sozialökonomischen Bedingungen dafür in China noch nicht geschaffen worden sind, kann auch noch keine Staatsordnung des Sozialismus verwirklicht werden." Der Sozialismus sei nur „über die Demokratie" zu erreichen. „Das unterscheidet uns von den Volkstümlern, deren Einfluss in unserer Partei sehr groß ist."[137] „Wenn dem so ist, welchen Standpunkt nehmen wird denn nun ein? Unser Standpunkt ist, nach dem vollen Sieg über den japanischen Aggressor eine staatliche Ordnung zu errichten, die ein demokratisches Bündnis der Einheitsfront ist, das die absolute Mehrheit des Volkes zur Grundlage hat und von der Arbeiterklasse geführt wird. Dieses staatliche System nennen wir das System des neudemokratischen Staates."[138] An anderer Stelle finden wir diese Formulierung: „Politisches System einer Einheitsfront, die alle demokratischen Klassen zusammenschließt. Dieser unser Standpunkt ist mit dem revolutionären Standpunkt des Herrn Sun völlig identisch."[139] Im Bericht wird abermals auf die Erklärung der Bürgerrechte im „Manifest des ersten nationalen Vertreterkongresses der Guomindang Chinas" über das „System der so genannten Bürgerrechte aller Länder der Neuzeit" verwiesen, das nach der Volkslehre Suns „gemeinsamer Besitz des einfachen Volkes ist und nicht privat einer Minderheit von Menschen gehört". Alle demokratischen Kräfte Chinas müssten „dieses völlig richtige Prinzip der Neuen Demokratie in Auseinandersetzung mit allen Elementen, die dieser Weisung entgegenhandeln, befolgen und verwirklichen."

137. Die chinesischen Narodniki vertraten die Auffassung, dass die Partei den Übergang zum Sozialismus direkt aus der traditionellen chinesischen Gesellschaft vollziehen könne und müsse. Mao schätzte ein, dass diese Ansicht noch lange Zeit unter den Parteimitgliedern aus der Bauernschaft, die die Mehrheit der Mitgliedschaft bilden, existieren würde.
138. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs", .a.O., S. 1079.
139. Ebd., S.1080.

Die Organisation der neudemokratischen Macht beruhte, wie schon erfahren, auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus. Danach hatten auf allen Ebenen die Kongresse der Abgeordneten des Volkes den Kurs der Regierungen zu bestimmen und die Regierungen zu wählen. Darin würden sich Demokratie und Zentralismus äußern, denn demokratischer Zentralismus heiße „Zentralismus auf der Grundlage der Demokratie und Demokratie unter zentralistischer Anleitung". Nur so könne sich Demokratie im breiten Maße entfalten und die Volkskongresse eine hochgradig demokratische Macht verkörpern. Nur so könnten die Regierungen aller Ebenen die Aufgaben, die ihnen von den Kongressen des Abgeordneten des Volkes gestellt worden sind, zentralisiert regeln und wäre die demokratische Tätigkeit de Volkes gewährleistet.

Die Voraussetzung dafür sei eine „Koalitionsregierung". Die Abschaffung der Ein-Parteien-Diktatur der GMD und die Schaffung einer Koalitionsregierung sollten sich in zwei Schritten vollziehen – zunächst Übereinkommen zwischen den Vertretern aller Parteien und parteilosen Persönlichkeiten über die Bildung einer provisorischen Koalitionsregierung und später die Bildung einer ordentlichen Koalitionsregierung durch eine freie Wahl und die Einberufung eines Volkskongresses. In einer von einer zentralen Forschungseinrichtung der Partei herausgegebenen „Biographie Mao Zedongs" wird diese Aussage so gewertet, dass der „Kampf gegen die Alleinherrschaft" an die erste Stelle gesetzt worden war.[140] Dazu heißt es im „Bericht": „Einige Menschen zweifeln daran, ob die kommunistische Partei, nachdem sie die Oberhand gewonnen hat, nicht doch von Russland lernen und eine proletarische Diktatur und die Alleinherrschaft einer Partei schaffen wird. Unsere Antwort ist: Zwischen dem neudemokratischen Staat des Bündnisses einiger demokratischer Klassen und einem sozialistischen Staat der Diktatur des Proletariats besteht ein prinzipieller Unterschied. Es besteht kein Zweifel, dass dieses unser neudemokratisches System unter Führung des Proletariats, unter Führung der kommunistischen Partei errichtet wird. In der gesamten Zeit des neudemokratischen Systems jedoch sollten es kein System der Diktatur einer Klasse und

140. „Biographie Mao Zedongs (1893-1949)", Band I, herausgegeb. von der Abteilung für die Untersuchung von Dokumenten des ZK der KP Chinas, Beijing 2003, S. 736, chines.

kein von einer Partei geführter Regierungsapparat sein, weil das nicht möglich ist."[141]

Das System des neudemokratischen Staates entspreche den Forderungen der übergroßen Mehrheit des chinesischen Volkes; denn es habe die Zustimmung der einige Millionen zählenden Industriearbeiter, der zig Millionen zählenden Arbeiter im Handwerk und Landarbeiter, der 360 Millionen Bauern, die etwa 80 Prozent der gesamten Bevölkerung ausmachen, der breiten Masse der städtischen Kleinbourgeoisie, der Bourgeoisie, der aufgeklärten Shenshi des Dorfes und anderer patriotischer Kräfte. Zwischen diesen Klassen gebe es natürlich Widersprüche, insbesondere zwischen Arbeit und Kapital, und unterschiedliche Forderungen. Sie zu verwischen wäre falsch. Sie würden in der gesamten Zeit der Neuen Demokratie bestehen, sie dürften jedoch die gemeinsamen Forderungen aller nicht übertönen. Diese Widersprüche könnten reguliert werden. Unter dieser Bedingung könnten alle diese sozialen Kräfte den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau der Neuen Demokratie gemeinsam vollenden.

Ich habe dazu zweierlei anzumerken:

Gegenüber der Definition der neuen Staatsmacht in den Schriften Mao Zedongs über die neue Theorie ist jetzt eine neue Formulierung getreten. Sie ist von grundsätzlicher Bedeutung für die gesamte neudemokratische Phase. Wurde bisher von der „Diktatur einiger revolutionärer Klassen" gesprochen, so heißt es jetzt, dass die politische Ordnung der Neuen Demokratie „ein demokratisches Bündnis der Einheitsfront ist, das die absolute Mehrheit des Volkes zur Grundlage hat und von der Arbeiterklasse geführt wird" bzw. „eine Einheitsfront ist, die alle demokratischen Klassen zusammenschließt". Die neue Formulierung ist zweifellos wirklichkeitsnäher.

Die Feststellung, das staatliche System der Neuen Demokratie sei mit dem Standpunkt des Herrn Sun völlig identisch, entspricht so nicht der historischen Wahrheit. Sun Zhongshan vertrat bekanntlich die Auffassung, dass die führende Kraft in dem neuen Staat die GMD unter seiner Führung sein müsse, der sich auch die Kommunisten, sprich: die KP Chinas, unterzuordnen hätten. Der Unterschied besteht folglich darin, dass die eine Seite von einer

141. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs", Bd. 3, a.a.O. S. 1085.

Führung bürgerlich-demokratischer bzw. bürgerlich-revolutionärer Kräfte, der damaligen GMD, und die andere Seite von einer Führung durch eine kommunistische Kraft, die KP Chinas, sprach. Dementsprechend verschieden waren auch die Funktion, der Aufbau, die Aufgaben und die perspektivische Entwicklung der politischen Macht.

Sun vertrat z. B. die Auffassung, dass es einer längeren Zeit bedürfe, bis das Volk die Regierung des Landes selbst in die Hände nehmen könne. Er sprach von drei Schritten. Der erste Schritt sollte die Ausübung der Macht durch das Militär, der zweite Schritt das Erlernen der Ausübung der Macht durch das Volk, erst der dritte Schritt die Ausübung der Macht durch das Volk sein.

Im „Bericht" heißt es wieder, dass auch die neudemokratische Wirtschaft den Prinzipien des Herrn Sun entspräche. Das betreffe seine Auffassung in der Bodenfrage „Dem Pflüger sein Feld". Das gelte auch für seine Position im Bereich der Industrie und des Handels. Wieder folgt das entsprechende Zitat aus dem genannten „Manifest", dass der Bereich der Existenzgrundlagen des Volkes vom Privatkapital frei zu halten sei. Am Schluss dieses Absatzes wird noch einmal ausdrücklich betont: „In den Wirtschaftsfragen stimmen wir völlig mit diesen Positionen des Herrn Sun überein."

In der Frage des Kapitalismus in der neudemokratischen Gesellschaft ging Mao im Vergleich zu seinen Darlegungen über die Theorie von der Neuen Demokratie jedoch einen Schritt weiter. Er sprach von der Notwendigkeit einer relativ starken Entwicklung des Kapitalismus. Das könne für China nur von Nutzen sein. Im ‚Bericht" wird diese im Vergleich zu 1939 veränderte Sicht so begründet: „Wenn eine bestimmte Entwicklung des Kapitalismus an die Stelle der Unterdrückung durch den ausländischen Imperialismus und den einheimischen Feudalismus tritt, dann ist das nicht nur ein Fortschritt, sondern auch ein unvermeidlicher Prozess. Das ist nicht allein für die Bourgeoisie von Nutzen, sondern zugleich auch für das Proletariat. Vielleicht muss man sagen, dass das für das Proletariat nützlicher als für die Bourgeoisie ist."[142]

In diesem Zusammenhang wurde bei der Herausgabe der „Aus-

142. „Sammlung von Berichten und Reden Mao Zedongs auf dem 7. Parteitag", Beijing 1995, S. 100, chines., zitiert nach: Biographie Mao Zedongs, a.a.O. S.735. Das obige Zitat stammt offensichtlich aus einer der Reden, die in den „Ausgewählten Werken Mao Zedongs" nicht enthalten sind.

gewählten Werke Mao Zedongs“ Anfang der 1950er Jahre in der Schrift „Über die Koalitionsregierung“, Abschnitt „Probleme der Industrie“, ein ganzer Abschnitt gestrichen. Er hatte sich mit der Nutzung ausländischen Kapitals zur Entwicklung der chinesischen Industrie befasst. Dieser Abschnitt lautete: „Um die Industrie zu entwickeln, wird eine große Menge Kapital benötigt. Woher kann es denn kommen? Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Hauptsächlich stützen wir und auf die eigene Akkumulation des chinesischen Volkes, zugleich nutzen wir Hilfe von außen. Unter der Bedingung, dass sie sich den chinesischen Gesetzen und Verordnungen unterwerfen und es für die chinesische Wirtschaft von Nutzen ist, begrüßen wir die Investitionen ausländischer Staaten. Das ist eine Sache, die für das chinesische Volk und die Völker der ausländischen Staaten von Nutzen ist. Nachdem für China ein gefestigter innerer und internationaler Frieden erreicht worden ist und eine gründliche politische Reform und eine Bodenreform durchgeführt worden sind, können eine Leicht- und Schwerindustrie großen Ausmaßes und eine moderne Landwirtschaft schwungvoll entwickelt werden. Auf dieser Grundlage wird die Menge der Investitionen der ausländischen Staaten außerordentlich groß sein. Ein politisch rückständiges und wirtschaftlich armes China ist nicht allein für das chinesische Volk, sondern auch für die Völker der ausländischen Staaten außerordentlich ungünstig.“[143] Diese Orientierung lässt unwillkürlich an die Neue Ökonomische Politik Lenins denken. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass Lenin diese Politik nach der Korrektur des Übergangs Sowjetrusslands zum Sozialismus konzipierte, während Mao Zedong die umfassende Nutzung des ausländischen Kapitals für die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft in der Etappe der neudemokratischen Gesellschaft vorsah. Zum ersten Mal wurde damit der Sache nach die Vorstellung geäußert, dass die neudemokratische Entwicklung einen relativ langen Zeitraum umfassen wird, in der eine moderne Wirtschaft als Voraussetzung für den Übergang zum Sozialismus entwickeln werden soll. Unklar bleibt, weshalb dieser Passus bei der Aufnahme des Berichts „Über die Koalitionsregierung“ in den dritten Band der „Ausgewählten Werke Mao Zedongs“ 1951/1952 gestrichen worden war.[144]

143. „Sammlung von Bericht und Reden Mao Zedongs auf dem 7. Parteitag“, a.a.O., S.735.

Der Parteitag wurde am 11. Juni 1945 beendet. Er nahm eine Entschließung an, in der es heißt: „Wir stimmen dem politischen Bericht des Genossen Mao Zedong voll zu und sind der Meinung, dass die im Bericht genannten Aufgaben in der praktischen Arbeit der gesamten Partei verwirklicht werden müssen."

In das neue ZK wurden 44 Mitglieder und eine Reihe Kandidaten gewählt, darunter auf Vorschlag Mao Zedongs auch solche, denen „Fehler in der Linie" vorgeworfen worden waren, sie diese aber korrigierten. Das auf der 1. Tagung des neuen ZK am 19. Juni gewählte Politbüro zählte 13 Mitglieder. Zu Sekretären des ZK wurden gewählt Mao Zedong, Zhu De, Liu Shaoqi, Zhou Enlai und Dong Bishi. Mao Zedong übernahm zugleich den Vorsitz des ZK, des Politbüros und des Sekretariats. „So wurde das erste Führungskollektiv der KP Chinas mit Mao Zedong als Kern geschaffen. Das war eine Wahl, die die Geschichte geschaffen hat."[145]

Die Linie und der Weg, die der etwa zur gleichen Zeit tagende Parteikongress der Guomindang beschloss, waren gänzlich andere. In dem „Dokument des Beschlusses über das Problem der kommunistischen Partei" hieß es: „Die kommunistische Partei hält nach wie vor an dem Zustand des bewaffneten Separatismus fest und nimmt keine militärischen und politischen Befehle der Zentrale an." In einem geheimen Bericht wurde Tschiang Kaischek deutlicher: „Der Kern unserer Arbeit besteht heute in der Vernichtung (xiaomie) der kommunistischen Partei. Japan ist unser äußerer Feind. Die kommunistische Partei ist unser innerer Feind."[146]

Der Kongress der GMD legte fest, die Einberufung der Nationalversammlung vorzubereiten. Dieser Schritt sollte offensichtlich dazu dienen, wieder in die politische Offensive zu kommen. Dieses Ziel hatte auch die 4.Tagung der „Konferenz für die Beteiligung der Staatsbürger an der Politik". Gleichzeitig traf die GMD jedoch alle militärischen Vorbereitungen, um weitere Positionsgewinne der KP Chinas in der Endphase des Antijapanischen Krieges zu verhindern.

144. Die Streichung dürfte vor dem Mitte 1952 erstmals von Mao Zedong geäußerten Gedanken, die neudemokratische Entwicklung abzubrechen und unmittelbar zum Sozialismus überzugehen, vorgenommen worden sein. Wahrscheinlich spielten dabei Faktoren wie die von der Sowjetunion zugesagte umfangreiche Hilfe und die im Kalten Krieg ungünstigen Bedingungen für die Aufnahme westlichen Kapitals eine entscheidende Rolle.
145. „Sammlung von Bericht und Reden Mao Zedongs auf dem 7. Parteitag", a.a.O., S. 743.
146. Ebd.

Die KP Chinas beschloss deshalb, nicht an der Tagung dieser „Konferenz" teilzunehmen. Sie hielt jedoch an ihrer Linie fest, die Verhandlungen mit der GMD weiterzuführen.

4.3. Verhandlungen in Chongqing

Ein bedeutsames Ereignis auf diesem Wege waren die Verhandlungen Mao Zedongs mit Tschiang Kaischek vom 28. August bis zum 11. Oktober 1945 in Chongqing.

Die KP Chinas war sich darüber klar, dass Tschiang nach der Kapitulation Japans alles versuchen würde, sich die Befreiten Gebiete einzuverleiben und die KPCh auch militärisch zu entmachten. Die KPCh ihrerseits, die den Endkampf gegen Japan und die Kapitulation nutzte, die Befreiten Gebiete auszudehnen, musste sich auf diese Situation, die einen neuen Bürgerkrieg einschließen konnte, allseitig vorbereiten. In einer Rede vor Kadern umriss Mao am 13. August 1945 die Lage nach der Kapitulation Japans und die Aufgaben der Partei. In den Mittelpunkt rückte er die Aufgabe, mit allen Mitteln einen Bürgerkrieg zu verhindern.

Tschiang befand sich in der Zeit der japanischen Kapitulation in einer schwierigen Lage. Sie gestattete ihm nicht, sofort einen Bürgerkrieg zu beginnen. Das chinesische Volk drängte nach den schweren Jahren des Antijapanischen Krieges auf Wahrung des inneren Friedens und auf einen friedlichen Aufbau des Landes. Die Staaten der Anti-Hitler-Koalition waren ebenfalls, von ihren jeweiligen Interessen ausgehend, an friedlichen Lösungen in China interessiert. Hinzu kam, dass sich die militärischen Kräfte der GMD vor den japanischen Eroberern tief ins Landesinnere zurückgezogen hatten und sich mehrheitlich in SW- und NW-China befanden.[147] Da die GMD nicht über die nötigen Transportkapazitäten verfügte, konnten sie nicht binnen kurzer Zeit an die Hauptfront zu den Befreiten Gebieten transportiert werden. Tschiang sah sich deshalb wieder veranlasst, erst einmal mit der KP China zu verhandeln. Er schickte vom 14. August an gleich drei Telegramme hintereinander mit einer

147. Die USA übernahmen dann den Transport der GMD-Truppen, u.a. mit einer beträchtlichen Zahl von Schiffen für den Transport auf dem Seeweg nach NO-China.

Einladung an Mao Zedong, nach Chongqing (Tschungking) zu kommen, um „gemeinsam Angelegenheiten von weittragender Bedeutung festzulegen".

Die KPCh nahm die Einladung an, wohl wider Erwarten der GMD. Begleitet vom USA-Botschafter P. Hurley[148] flog Mao Zedong mit Zhou Enlai und Wang Ruofei nach Chongqing. Es war ihr Ziel, einen Bürgerkrieg zu vermeiden und die demokratischen Kräfte des Landes für die Schaffung eines unabhängigen und neudemokratischen China zu mobilisieren. Die Befreiten Gebiete und ihre militärischen Streitkräfte standen für sie in den Verhandlungen natürlich nicht zur Disposition. Das Kernproblem in den Verhandlungen war für die KP Chinas, nach der Verhinderung eines Bürgerkrieges die Einleitung demokratischer Reformen in Richtung auf eine nationale Koalitionsregierung anzustreben. Das konnte nur durch gewisse Zugeständnisse an die GMD erreicht werden.

Im Ergebnis von fünf Verhandlungsrunden zwischen Tschiang Kaischek und Mao Zedong wurde auf Drängen der KPCh eine „Niederschrift über die Gespräche" unterzeichnet. Es war das erste Mal in der Geschichte, dass auf der Grundlage der Gleichberechtigung und in offizieller Form ein Übereinkommen zwischen der GMD und der KPCh geschlossen wurde. Festgeschrieben wurde, dass beide Seiten gemeinsame und entschlossene Anstrengungen unternehmen, um eine Bürgerkrieg zu vermeiden, ein unabhängiges, freies, reiches und starkes China aufzubauen und die Drei Volkslehren Sun Zhongshans zu verwirklichen. Auf dem Wege der friedlichen nationalen Erneuerung sollten die Streitkräfte nationalisiert werden, eine politische Demokratisierung erfolgen und alle Parteien gesetzlich anerkannt den gleichen Status erhalten. Die GMD-Regierung wurde verpflichtet, eine Politische Konsultativkonferenz mit Vertretern aller Parteien und führenden Parteilosen einzuberufen, um das Programm der nationalen Erneuerung und die Einberufung der Nationalversammlung zu besprechen. Alle Fragen der Nationalversammlung, über die keine Einigung erreicht werden konnte (Auswahl der Abgeordneten, ihre Wahl, Verfassungsentwurf u.a.), sollten auf der Politischen Konsultativkonferenz behandelt werden. Damit war dem Bestreben der GMD, eine Nationalver-

148. Die USA-Seite hatte die persönliche Sicherheit Mao Zedongs und der anderen Mitglieder der Delegation garantiert.

sammlung nach ihrem Gusto einzuberufen, erst einmal ein Riegel vorgeschoben. In der Frage der Schaffung einheitlicher nationaler Streitkräfte wurden erste Details festgehalten, insgesamt jedoch, wie zu erwarten gewesen war, keine Einigung erreicht. Nicht geklärt werden konnte auch die Frage der Befreiten Gebiete.

Mao Zedong schätzte die ereichten Ergebnisse hoch ein. Die Grundlagen für einen friedlichen Aufbau des Landes wären gelegt, für das chinesische Volk viele Rechte erstritten und ein gleichberechtigter Status der KPCh mit der GMD erreicht worden. Er fügte aber auch hinzu, der friedliche Kurs sei zwar vereinbart, größere Konflikte dürften dennoch unvermeidlich sein. Greife Tschiang Kaischek dennoch zum Mittel des Bürgerkrieges, würde er sich vor dem chinesischen Volk und der gesamten Welt entlarven.

Neben den Verhandlungen nutzte Mao Zedong alle Möglichkeiten, den Kurs und die Politik der Neuen Demokratie in Chongqing zu erläutern. Er führte viele Gespräche mit demokratischen Persönlichkeiten, so mit Song Qingling, der Witwe Sun Zhongshans, mit Huang Yuanpei und Guo Moruo. Einige von ihnen hatten ihre Auffassungen zuvor schon in Yanan mit Mao ausgetauscht und ihn bei seiner Ankunft auf dem Flughaften voller Erwartungen begrüßt. Mao Zedong stand überhaupt vom ersten Tage an im Mittelpunkt der Öffentlichkeit Chongqings, die die Möglichkeit wahrnahm, sich über das Programm und die Politik der chinesischen Kommunisten konkret zu informieren. Im Ergebnis der Aktivitäten Mao Zedongs und seiner Begleiter in den 42 Tagen Chongqing begann die politische Initiative auf die Seite der KP Chinas überzugehen.

Mao Zedong hatte vor seiner Abreise das Kommando der Streitkräfte unter Zhu De ersucht, seine Verhandlungsposition in Chongqing durch die Besetzung weiterer und strategisch wichtiger Gebiete und Städte, die sich bisher in der Hand der Japaner befunden hatten, so weit wie möglich zu unterstützen. Als Mao nach Yanan zurückkehrte, hatten die 8. Marscharmee, die Neue Vierte Armee und die anderen Streitkräfte des Kommandos Zhu De etwa 200 größere und kleine Städte sowie wichtige Verkehrsverbindungen wie die Eisenbahnstrecken Beijing – Hankou, Beijing – Suiyuan, Qingdao – Jinan und Tianjin – Pukou in Nord- und Ostchina unter ihre Kontrolle gebracht. Zugleich begannen Teile der Streitkräfte, sich in

Richtung NO-China, das von der Sowjetunion befreit und besetzt war, in Bewegung zu setzen. Nordostchina wurde später zur Basis der Streitkräfte unter dem Kommando von Lin Biao. Von hier aus sollte dann die militärische Befreiung des ganzen Landes ausgehen.

Noch während der Chongqinger Verhandlungen, am 17. September 1945, wurde auf Befehl Tschiangs das „Handbuch für die Ausrottung der Banditen" (Jiao fei shouben) aus der Zeit des 2. Bürgerkrieges (1928-1937) wieder herausgegeben. Die darin enthaltenen Weisungen sollten von allen Teilen der GMD-Armee bei der „Vernichtung der kommunistischen Banditen" befolgt werden. In dieser Zeit begann auch der erste Angriff auf Befreite Gebiete in SO-Shanxi durch Truppen unter Yan Xishan. Im Oktober bis Dezember ereichten die Angriffe der GMD einen ersten Höhepunkt. In den sich entwickelnden Kämpfen an der Eisenbahnlinie Beijing – Hankou im November verloren die GMD allein über 20 000 Mann. Diese in ihrem Ausmaß große und entschlossen geführte Schlacht zur Vernichtung von GMD-Streitkräften spielte eine große Rolle für die Veränderung der Lage in China. Tschiang sah sich unter dem Druck innerer und äußerer Faktoren gezwungen, zunächst einmal einem bedingungslosen Waffenstillstand zuzustimmen. Das sollte jedoch nicht von langer Dauer sein. Anfang 1946 begann die GMD-Regierung den 3. Bürgerkrieg.

4.4. Gestaltung der Neuen Demokratie in den Befreiten Gebieten während des 3. Bürgerkrieges

Mitte November 1945 schreibt Mao „Die Guomindang mobilisiert mit Hilfe Amerikas alle Kräfte, um unsere Befreiten Gebiete anzugreifen. Der Bürgerkrieg im Ausmaß des gesamten Lands existiert bereits."[149]

Die Partei stand vor der Aufgabe, alle Kräfte für die Verteidigung der Befreiten Gebiete aufzubieten und die Produktion zu entwickeln, um die dringendsten Bedürfnisse der Streitkräfte und des Volkes abdecken zu können. Die breite Masse der Bauern, die

149. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs", Band 4, Beijing 1960, S. 1169, chines.

Arbeiter und andere Werktätige mussten in kurzer Zeit für die Lösung dieser Aufgabe mobilisiert werden. Um dies zu erreichen, orientierte die KP Chinas darauf, die Pacht und den Zins für die Bauern weiter zu senken und Lohnerhöhungen und ein bessere Behandlung der Arbeiter und der anderen Werktätigen durchzusetzen. Die Bauern forderten jedoch mehr, sie wollten Boden. In manchen Gebieten waren sie bereits selbst dazu übergegangen, die „feudalen" Grundbesitzer zu enteignen und den Boden unter sich aufzuteilen.

Einleitung der Bodenreform

Die Beseitigung des „feudalen" Ausbeutersystems durch eine konsequente Bodenreform, das grundlegende Ziel der demokratischen Revolution Chinas, wurde zur aktuellen Aufgabe. Die Bodenreform in den Befreiten Gebieten wurde mit der „Anordnung zur Bodenfrage" vom 4. Mai 1946 eingeleitet. Sie konzentrierte sich auf die Konfiskation des Bodens aller Landesverräter, schlimmsten Blutsauger und Despoten unter den „feudalen" Grundbesitzern durch eine Kampagne der organisierten Bauern unter Führung der örtlichen Parteiorgane und -kader.

Gegenüber den übrigen „feudalen" Grundbesitzern sollten andere Mittel und Wege genutzt werden, um deren Bodeneigentum zu verkleinern. Wenn z. B. einer dieser Grundbesitzer nach Verringerung der Pacht selbst Boden verkaufen wollte, sollte vorrangig der Pächter das Recht haben, diesen Boden zu kaufen.[150] Von einer radikalen Bodenreform konnte also noch keine Rede sein. Diese Politik der Partei hielt offensichtlich mit der Forderung der Bauern nicht Schritt. Auf der nationalen Bodenkonferenz der KP Chinas von Juli bis September 1947 schätzte Liu Shaoqi zwar ein, dass seit der Verkündung der „Anweisung vom 4. Mai" in den Befreiten Gebieten eine große Bewegung der Bauern für die Bodenreform begonnen und große Erfolge erreicht hätte. Die Bewegung wäre jedoch im größten Teil der Gebiete nicht gründlich genug gewesen. Als erste

150. „Ausgewählte Werke Liu Shaoqis", a.a.O., S.380.

Ursache für diesen Fakt führte er an, dass „die Politik zur Anleitung der Bodenreform nicht entschlossen (genug) war."[151]

Die Bodenkonferenz nahm ein neues Dokument zur Bodenreform an, das „Programm für das Bodengesetz Chinas", das am 10. Oktober 1947 offiziell verkündet wurde. Es war das radikalste und vollständigste Programm der KP Chinas zur Bodenreform in der Zeit der demokratischen Revolution. Im Vorspann zu diesem Dokument des ZK der KPCh wird die historische Bedeutung einer durchgreifenden Bodenreform für das Schicksal Chinas begründet: „Das Bodensystem Chinas ist außerordentlich unvernünftig. Allgemein gesehen besitzen die Grundbesitzer und reichen Bauern, die nicht einmal 10 Prozent der Dorfbevölkerung ausmachen, etwa 70-80 Prozent des Bodens. Sie beuten die Bauern grausam aus. Die Pächter, armen Bauern, Mittelbauern und das übrige Volk, die über 90 Prozent der dörflichen Bevölkerung ausmachen, besitzen insgesamt nur rund 20-30 Prozent des Bodens. Sie arbeiten das gesamte Jahr über, haben dennoch nicht genügend zum Leben.

Diese ernste Lage ist die Ursache dafür, dass unser Volk überfallen wurde, unterdrückt wird, arm und rückständig ist. Diese Lage ist das grundlegende Hindernis für die Demokratisierung, die Industrialisierung, die Unabhängigkeit, die Einheit, für Reichtum und Stärke unseres Landes. Um diese Lage zu verändern, müssen wir entsprechend den Forderungen der Bauern das Bodensystem feudaler und halbfeudaler Ausbeutung beseitigen und das System ‚Den Boden dem, der ihn bearbeitet' verwirklichen."[152]

Im Dokument hieß es, das Recht aller Großgrundbesitzer (dizhu), Ahnenhallen, Tempel, Klöster, Schulen, Organe und Vereinigungen auf Bodenbesitz wird abgeschafft und die Schulden des werktätigen Volkes bei den Grundbesitzern, reichen Bauern und Wucherern aus der Zeit vor der Bodenreform werden gestrichen.

Ausführende Organe der Bodenreform wurden die Bauernkongresse und die Kongresse der Gruppe der landlosen und landarmen Bauern und die von ihnen gewählten Komitees bis hinauf zu den Delegiertenkonferenzen der Bauern und den von ihnen gewählten Komitees auf der Ebene der Provinzen. Paragraph 6 legte fest, dass der Boden der Großgrundbesitzer und der öffentliche Boden (gong

151. Ebd., S. 385.
152. „Die gegenwärtige Lage und unsere Aufgaben", hrsg. von der Agentur Befreiung, Beijing 1948, S.11, chines.

di) vom den dörflichen Bauernkomitees übernommen und zusammen mit dem übrigen Boden auf dem Dorf „nach der Zahl der dörflichen Bevölkerung ohne Einteilung nach Geschlecht und Alter einheitlich und gleichmäßig verteilt wird ... und in das Eigentum des Einzelnen übergeht". Dabei sollte die Meinung der Mittelbauern beachtet werden und ihnen, wenn sie darauf bestehen, etwas mehr an Boden zugeteilt werden als den armen Bauern.

Punkt 8 des Dokuments legte fest, dass „die dörflichen Bauernkongresse das Vieh, die landwirtschaftlichen Geräte, das Korn, die Immobilien und den anderen Besitz der Grundbesitzer ebenso wie die überschüssigen Teile des oben beschriebenen Eigentums der reichen Bauern erhalten und dieses Eigentum an die Bauern und die armen Bauern verteilen. Den Großgrundbesitzern ist der gleiche Anteil zuzuteilen." Im Punkt 11 hieß es, dass „die Regierung dem Volk für den zugeteilten Boden Eigentumsurkunden ausstellt und zugleich die freie Bewirtschaftung des Bodens, seinen Kauf und Verkauf und unter bestimmten Umständen das Recht auf seine Verpachtung anerkennt." [153]

Diese Bodenpolitik hatte einen ausgesprochen gleichmacherischen Charakter. In dieser Gleichmacherei artikulierte sich ein „bäuerlicher Sozialismus", der seinen Nährboden in der hochgradigen „feudalen" Ausbeutung und Unterdrückung hatte.

Die KP Chinas blieb im Ergebnis der Bodenreform bei der Anerkennung des privaten Bodeneigentums der Bauern. Damit die in der Bodenreform getroffenen Maßnahmen auch den Interessen und dem Willen der übergroßen Mehrheit des Volkes dienten, hatte die Regierung die demokratischen Rechte des Volkes zu gewährleisten.

Im Verlaufe der Bodenreform kam es verbreitet zu linksradikalen Abweichungen von der Linie der Partei. Sie äußerte sich vor allem in der Gleichsetzung der reichen Bauern mit den „feudalen" Grundbesitzern und in der Verletzung der Interessen der Mittelbauern. Vertreter dieser Abweichung in der Zentrale der Partei waren Kang Sheng und Chen Boda.

Durch die Bodenreform erhielten etwa 100 Millionen Bauern Boden und anderen Besitz. Das Leben der breiten Massen der Bauernschaft, vor allem der armen Bauern, hatte sich politisch wie

153. Ebd., S. 13 u. 15.

wirtschaftlich durch ihre eigene Aktivität zum Besseren gewendet; denn die KP China hatte Wert darauf gelegt, dass sich die Bauern in einer organisierten Bewegung von der Unterdrückung und Knechtschaft selbst befreien. Bodenreform und Befreiungskampf verbanden sich unter der Losung „An der Front schlagen wir die Truppen Tschiangs, im Hinterland rotten wir Tschiang mit Stumpf und Stiel aus". Im Ergebnis der Bodenreform erhöhte sich das politische Bewusstsein der Bauern und prägte sich ihre Bereitschaft aus, zur Verteidigung ihres neu gewonnenen Eigentums die Befreiten Gebiete mit allen Mitteln und in allen Formen gegen Tschiang Kaischek als personifiziertem Ausdruck der alten Ordnung zu verteidigen. Das drückte sich in der Entwicklung der Produktion in den Befreiten Gebieten und in der allseitigen Unterstützung der Befreiungsarmee aus. So konnte die Getreideproduktion in den Befreiten Gebieten von 6 Millionen t im Jahre 1947 auf 19,4 Millionen t im Jahre 1949 gesteigert werden. Durch die Maßnahmen der Partei zur Verbesserung der Lage der Arbeiter sowie des Schutzes und der Förderung der Entwicklung privater Unternehmen erhöhte sich zum Beispiel die Kohleproduktion in den Befreiten Gebieten von 3-4 Millionen t im Jahre 1947 auf 10-11 Millionen t im Jahre 1949. Während des Befreiungskampfes zum Sturz der Herrschaft Tschiangs verstärkten in Nordchina fast 1 Millionen befreiter Bauern die Reihen der Befreiungsarmee. In NO-China waren es über 1,6 Millionen und allein 1947 in Ostchina 300 000 Bauern. In den Befreiten Gebieten Shandongs unterstützten von Juli 1947 bis September 1948 über 5,8 Millionen Bauern die Front durch die Versorgung der Streitkräfte mit den notwendigsten Gütern durch Herstellung von Verbindungen und durch Aufklärung der Aktivitäten des Feindes. In diesen Jahren wurde die KP Chinas zu einer starken Kraft. Ihre Mitgliederzahl hatte sich durch Aufnahme vieler hervorragender Kämpfer und vieler Aktivisten der Bodenreform auf 2,7 Millionen erhöht.

Neben der sich in den GMD-Gebieten ausbreitenden Bewegung für ein demokratisches China war die Befreiung der Bauernschaft aus „feudaler" Ausbeutung und Unterdrückung die entscheidende Voraussetzung, um das politische und militärische Kräfteverhältnisses im Lande zugunsten der KP Chinas und der Kräfte, die sich um sie zusammenschlossen, zu verändern.

Befreites Gebiet Nordchina

In den Befreiten Gebieten wurde die neudemokratische Politik in Übereinstimmung mit den örtlichen Gegebenheiten und Bedingungen komplex verwirklicht. Das Befreite Gebiet Nordchina im Herbst 1948 bietet dafür ein anschauliches Beispiel. Es erstreckte sich von NO-China bis NW-China und von Ostchina bis zur Zentralen Ebene des Landes. Mit einer Bevölkerung von 45 Millionen Menschen war es das größte Befreite Gebiet. Es war die Basis für den Kampf der Achten Marscharmee in den acht Jahren des Antijapanischen Krieges gewesen. Bis auf einige kleine Einsprengsel in den Grenzregionen, die großen Städte, einige Verkehrslinien und einen Teil der Dörfer war es von der GMD-Herrschaft befreit.

Mit dem Sturz der Herrschaft Japans in diesem Gebiet war die neudemokratische Macht errichtet und nach der Senkung von Pacht und Zins im zweiten Schritt die Bodenreform durchgeführt worden. Im Ergebnis dieser Kampagnen hatte sich das politische Bewusstsein der Bevölkerung sichtbar erhöht. Im weiteren Verlauf der Entwicklung wurden der größte Teil Nordchinas befreit, die demokratischen Kräfte mobilisiert, andere Befreite Gebiete in ihrem Kampf gegen die GMD-Herrschaft unterstützt und die Wirtschaft der Region wiederhergestellt.

In diesem Prozess begann der Aufbau der demokratischen Macht in Gestalt zunächst provisorischer Volkskongresse und provisorischer Volksregierungen auf allen Ebenen. Im Verlaufe des Jahres 1948 erfolgte der nächste Schritt durch die Wahl regulärer Volkskongresse und der von diesen Gremien gewählten Volksregierungen. Dieser Prozess wurde mit der Wahl der ersten regulären Volksregierung durch den ersten regulären Volkskongress des Befreiten Gebietes Nordchina am 26. September 1948 abgeschlossen. Als Vorsitzender der Volksregierung wurde Dong Biwu mit den meisten Stimmen gewählt. Wahlberechtigt waren alle Bürger ab 18 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse, des sozialen Status, des Berufs und des Bildungsgrades. Von den Wahlen ausgeschlossen waren nur geistige Behinderte und Personen, denen die Bürgerrechte abgesprochen worden waren. In den Volkskongressen waren alle demokratischen Kräfte vertreten – Arbeiter und Bauern, „selbstständige Werktätige", die Intelligenz, Freiberufliche bis zum

liberalen Teil der Bourgeoisie und zur aufgeklärten Gentry auf dem Dorfe. Für alle war das Programm der demokratischen Revolution die Grundlage ihrer Zusammenarbeit.

Um die demokratischen Rechte des Volkes besser schützen zu können, wurde festgelegt, dass außer den Gerichten und den Organen der Öffentlichen Sicherheit kein Organ, keine militärische Einheit, keine Vereinigung und keine Person das Recht hat, andere Personen zu verhaften, zu verhören und zu bestrafen. Die Ausübung der Todesstrafe musste von der Regierung des Befreiten Gebiets Nord-China genehmigt werden; davon ausgenommen waren die Grenzgebiete und die Regionen des Partisanenkampfes, dort wurde die Genehmigung durch die öffentlichen Ämter erteilt.

Auf militärischem Gebiet war die Volksregierung angehalten, die Erhöhung der Kampfkraft der Feldarmeen allseitig zu unterstützen, den Aufbau der Verteidigungsindustrie voranzubringen, den Transport militärischer Güter an die Fronten und die medizinische Betreuung der Streitkräfte zu gewährleisten und den Partisanenkampf in den Grenzgebieten zu forcieren. Die gesamte Bevölkerung war für die Unterstützung der Front und das Hinterland zu mobilisieren.

Auf wirtschaftlichem Gebiet war die Bodenreform in dem politisch und militärisch gefestigten Teil des Befreiten Gebiets vollständig abgeschlossen worden. Im Herbst 1948 war die Regierung dabei, die Bodenurkunden auszustellen und die Auswirkungen linksradikaler Fehler in der Bodenreform zu beseitigen. Auf den Dörfern ging es darum, die „klimatischen" Bedingungen für die Konzentration auf eine verstärkte Entwicklung der Landwirtschaft zu sichern. In den Gebieten, in denen die Bodenreform nicht konsequent umgesetzt worden war, war die Regierung bestrebt, jedem etwa die gleiche Menge Boden als Eigentum zu übertragen. In den Partisanengebieten und den neu befreiten Gebieten lief die Kampagne für die Senkung von Pacht und Zins, begleitet von den entsprechenden politischen Schritten. Zur Förderung der Landwirtschaft setzte sich die Regierung aktiv ein für die Organisierung der gegenseitigen Hilfe der Bauern, die Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik und die Förderung der bäuerlichen Nebenwirtschaft durch Kredite. Um die Belastung der Bauern zu verringern, sollte die Landwirtschaftssteuer zwanzig Prozent des durchschnittlichen Gesamteinkommens der Bauern, gerechnet auf das gesamte Befreite Gebiet, nicht überschreiten.

In Industrie und Handel wurde der Kurs verfolgt, die Produktion zu entwickeln und die Wirtschaft aufblühen zu lassen, Öffentliches und Privates und Interessen von Arbeit und Kapital gleichermaßen zu berücksichtigen. Neben der Konfiszierung des Bodens der „Feudal"herren und der Übergabe des Bodens in das Eigentum der Bauern folgte die KP Chinas in ihrer sozialökonomischen Politik dieser Etappe zwei weiteren Leitprinzipien: Überführung des bürokratischen Kapitals der „Vier Familien" in das „Eigentum des neudemokratischen Staates"[154] und Schutz des Eigentums der so genannten nationalen Bourgeoisie in Industrie und Handel. Die ökonomische Basis im Befreiten Gebiet Nord-China setzte sich damit aus dem öffentlichen Eigentum der Volksregierung, aus genossenschaftlichem Eigentum und aus Privateigentum zusammen.

Das öffentliche Eigentum, das durch die Konfiszierung von Eigentum der japanischen Aggressoren, der Landesverräter und des staatsbürokratischen Kapitals der GMD gebildet worden war, hatte bereits die führende Rolle in der Volkswirtschaft inne. Die Regierung war dabei, die Methoden seiner Leitung und Bewirtschaftung zu verbessern, seine Produktionskapazitäten zu erweitern, um die Streitkräfte reichlicher versorgen und das Leben des Volkes bereichern zu können. Die öffentlichen und genossenschaftlichen Handelsunternehmen wurden gehalten, das „kapitalistische Streben nach Profit" zu verändern, die ernste Erscheinung, sich gegenüber dem Markt blind zu verhalten, zu überwinden und den Markt „plangerecht und durchgängig zu leiten". Dabei sollten die Interessen der Produzenten und der Konsumenten gleichermaßen berücksichtigt werden, um die Produktion zu fördern und die Preise stabil zu halten. Strenge Gesetze sollten verhindern, dass Landesverräter Möglichkeiten erhielten, den öffentlichen und genossenschaftlichen Handel in ihrem Interesse zu steuern. Der Außenhandel des Befreiten Gebiets stand unter Kontrolle des Handelsministeriums.

Die Politik war darauf gerichtet, alle privaten Industrie- und Handelsunternehmen, die den Lebensinteressen des Volkes dienten, zu schützen. Gemeinsam mit den öffentlichen und den genossenschaft-

154. Die „vier Familien" waren die Familien Tschiang Kaischek, Song Ziwen, Kong Xiangxi und Chen Lifu. Sie nutzten den Staatsapparat für die Ausdehnung ihrer Kapitalmacht aus. Mao spricht von einer Überführung des Eigentums dieser Familien in das „Eigentums des neudemokratischen Staates" (Auswählte Werke Mao Zedongs, Band 4, S. 1253, chines.). Im Bericht Bo Yibos auf der 1. Tagung des regulären Volksvertreterkongresses des Befreiten Gebiets Nord-China heißt es hingegen „Eigentum der Volksregierung".

lichen Unternehmen sollten die privaten Unternehmen zum Aufbau der Wirtschaft im Befreiten Gebiet beitragen. Offenbar wurden jedoch nur an die öffentlichen und genossenschaftlichen Unternehmen Bankkredite für Investitionen ausgereicht. Die Industrie- und Handelssteuern sollten jedoch für alle Eigentumsformen so gestaltet werden, dass sie die Entwicklung der Unternehmen nicht behinderten. Mit der Entwicklung einher gingen Maßnahmen, die zerstörten Verkehrsverbindungen wieder herzustellen und die Flüsse zu regulieren.

Auf der ersten Tagung des regulären Volksvertreterkongresses im Herbst 1948 wurde beschlossen, einen langfristigen Wirtschaftsplan auszuarbeiten. Auf diesem Wege sollte die gesamte Wirtschaft des Befreiten Gebiets für die planmäßige Entwicklung besser aufgestellt werden.

In der Kulturpolitik stand die Aufgabe im Vordergrund, ein reguläres Bildungssystem aufzubauen. Das Grundschulsystem sollte bei entsprechenden Veränderungen des Bildungsinhalts und Einrichtung von Schnellkursen zunächst im Rahmen des bisherigen GMD-Systems verbleiben. Bildung hatte gegenüber den politischen Aktivitäten Vorrang. Große Aufmerksamkeit wurde der Ausbildung von Lehrern für die Grund- und Mittelschulen geschenkt. Der gesellschaftliche Status der Lehrer wurde angehoben. Das äußerte sich z.B. in der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und in der politischen Aufwertung der Lehrerschaft. Mit der Entwicklung der Grund- und Mittelschulbildung einher ging auch der Aufbau von Fachschulen und die Einrichtung der Nordostchinesischen Universität zur Ausbildung von Fachleuten und der höheren Intelligenz.[155]

Am Beispiel der Entwicklung des Befreiten Gebiets Nord-China wird deutlich, dass die KP Chinas mit der Konzentration auf die militärische Befreiung des Landes von der GMD-Herrschaft bereits vor 1949 in den Befreiten Gebieten die Wiederherstellung der Volkswirtschaft und den Aufbau des neudemokratischen China umfassend eingeleitet hatte. Hier wurden Wege und Methoden für die praktische Umsetzung der Theorie über die Neue Demokratie unter Berücksichtigung der lokalen Bedingungen gesucht und erprobt. Hier

155. Siehe: Bericht des Genossen Bo Yibo als Vertreter der Kommunistischen Partei Nord-Chinas über den Regierungskurs in Nordchina, in: Ausgewählte Materialien zur neusten Geschichte China. a.a.O., S. 350- 354. In diesem Bericht korrespondierte der Begriff „neudemokratische Ordnung" im Befreiten Gebiet Nord-China bereits mit dem Begriff „volksdemokratische Ordnung", a.a.O. S. 353.

sammelte die Partei ihre ersten Erfahrungen beim demokratischen Aufbau des Landes nach 1949.

Verlagerung des Arbeitsschwerpunktes der KP Chinas

Zu Beginn des Jahres 1949 begann sich der Schwerpunkt der Arbeit der Partei zu verlagern. Mao Zedong äußerte sich dazu auf der 2. Tagung des VII. ZK der Partei im März 1949. „Von 1927 bis heute hat der Schwerpunkt in der Arbeit der Partei auf dem Dorf gelegen. Auf dem Dorf wurden die Kräfte konzentriert. Mit dem Dorf umzingelten wir die Stadt, danach nahmen wird die Stadt ein. Die Zeit, in der wir diese Arbeitsmethode angewendet haben, ist bereits vorbei. Von jetzt beginnt die Zeit, in der wir von der Stadt zum Dorf gehen und das Dorf von der Stadt her leiten." „Wir müssen uns sehr stark bemühen zu lernen, die Stadt zu leiten und aufzubauen."[156]

Die KP Chinas ging sehr differenziert an die Lösung der einzelnen Probleme heran. Im Bereich der politischen Macht orientierte sie auf die durchgängige Zerschlagung des gesamten Machtapparats der GMD. Selbst die allgemeinen Mitarbeiter dieses Apparats durften im besten Falle nur nach ihrer Umerziehung und auch dann nur getrennt von einander wieder eingesetzt werden. Die Volksmacht wurde in den befreiten Städten für eine bestimmte Zeit in Form einer „Militärverwaltung" errichtet. Sie hatte die Aufgabe, die Reste der feindlichen Truppen und bewaffneten Widerstand auszuschalten, alle öffentlichen Organe, Industrien und Güter zu übernehmen und unter ihre Kontrolle zu stellen, die GMD-Partei und mit ihr verbundene Organisationen aufzulösen, ihre führenden Kräfte zu registrieren, reaktionäre Aktivitäten unter ihnen zu verfolgen, Kriegsverbrecher und die schlimmsten Reaktionäre zu verhaften und das verbliebene bürokratische Kapital einzuziehen.[157]

Ganz anders und wiederum differenziert verhielt sich die Partei gegenüber den verschiedenen Typen kapitalistischer Unternehmen. Mit der Einnahme der Städte wurde den Vertretern des ausländi-

156. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs", a.a.O., S. 1428.
157. Vergl.: „Weisung des ZK der KP Chinas zu Fragen des Systems der Militärverwaltung" v. 15.11. 1948, in: Ausgewählte Materialien zur neuesten Geschichte Chinas, a.a.O., S.358-359.

schen Imperialismus die Möglichkeit genommen, China zu beherrschen, auszubeuten und zu kontrollieren. Außenhandel und Zoll wurden sofort der Kontrolle der Volksmacht unterstellt. Die zurückgebliebenen Unternehmen und kulturellen Einrichtungen ausländischer kapitalistischer Staaten hingegen blieben unter Leitung und Kontrolle der Volksmacht bis zur vollständigen militärischen Befreiung des Landes weiter bestehen. Das Kapital der Auslandschinesen wurde nicht angetastet, ihre gesetzlich verbrieften Interessen mussten beachtet werden. Die Unternehmen des bürokratischen Kapitals wurden sofort konfisziert und in das Eigentum der Volksregierung überführt. Ihr Produktions- und Leitungsapparat jedoch wurde zunächst nicht angetastet; denn es bestand ein dringendes Interesse daran, die Produktion dieser Unternehmen aufrecht zu erhalten und weiter zu entwickeln. Es wurde sogar angestrebt, dass das Leitungs- und ingenieurtechnische Personal dieser Unternehmen seine Arbeit, wenn es nicht konterrevolutionär tätig war, fortsetzte. Nur im äußersten Fall, wenn innerhalb des Unternehmens überhaupt keine geeignete Person aufzufinden war, sollte jemand zur Übernahmen der Leitung in das Unternehmen entsandt werden. Die „Komitees für Militärverwaltung" (jun guan hui), die zur Leitung der Städte geschaffen worden waren, waren zwar veranlasst, ihre Vertreter zur Kontrolle der Übernahme und der Produktion in den Unternehmen zu stationieren, sie waren aber nicht berechtigt, die Leitung der Produktion zu übernehmen. Die Aufgaben des Vertreters der „Komitees für Militärverwaltung" bestanden darin, die Weisungen des „Komitees" umzusetzen, die Produktion gegen jegliche Störung abzusichern, konterrevolutionäre Aktivitäten zu unterbinden, die Belegschaft politisch zu erziehen, aus den Reihen der Angestellten und Arbeiter Kader zu entwickeln, die Organisierung der Gewerkschaft zu unterstützen und sich Kenntnisse über die Leitung der Produktion anzueignen.[158]

Das Eigentum der nationalen Bourgeoisie, die Teil des demokratischen Bündnisses war, wurde geschützt und sollte unter der Voraussetzung der führenden Rolle der staatlichen Wirtschaft alle Möglichkeiten einer längerfristigen Entwicklung erhalten, um ihren Beitrag zur Umwandlung Chinas aus einem Agrar- in ein Indus-

158. Vergl.: „Weisung des ZK der KPCh zur Übernahme der Unternehmen des Bürokratischen Kapitals" vom 15.1.1949. in: Ausgewählte Materialien zur neuesten Geschichte Chinas, a.a.O., S. 364-366.

trieland zu leisten. Nach der Befreiung der Städte stand auch das Problem der Wiederaufnahme der Produktion in Unternehmen der nationalen Bourgeoisie. Dem standen eine Reihe objektiver Schwierigkeiten entgegen, mitunter auch der Versuch des Unternehmers, Arbeiter auf seine Seite zu ziehen. Es mussten Wege gefunden werden, diese und andere Widersprüche mit der nationalen Bourgeoisie im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung und des demokratischen Bündnisses zu lösen.

Im Zusammenhang mit der Befreiung der Städte war die Frage aufgeworfen, auf welche Kraft sich die Partei in den Städten stützen sollte und musste. Mao Zedong äußerte sich zu dieser Frage in seinem Bericht an die 2. Tagung des VII. ZK. „Auf welche Kraft müssen wir uns im städtischen Kampf denn stützen? Es gibt einige konfuse Genossen, die meinen, es ist nicht die Arbeiterklasse, auf die wir uns stützen, es sei vielmehr die Masse des armen Volkes. Einige noch konfusere Genossen sind der Auffassung, dass wir uns auf die Bourgeoisie stützen. Hinsichtlich der Entwicklungsrichtung der Industrie gibt es einige konfuse Genossen, die die Meinung vertreten, dass wir hauptsächlich nicht die Entwicklung der staatlichen Unternehmen, sondern der Entwicklung der Privatunternehmen unterstützen sollten." Er kritisierte alle diese Auffassungen als falsch und fügte hinzu: „Wir müssen uns ganzen Herzens auf die Arbeiterklasse stützen, uns mit den anderen Werktätigen vereinigen, die Intellektuellen gewinnen und alle Möglichkeiten ausschöpfen, damit sich die Elemente der nationalen Bourgeoisie, die mit uns kooperieren, und die sie vertretenden Persönlichkeiten auf unsere Seite stellen oder zu erreichen, dass sie sich neutral verhalten ... "[159]

In seinem Beitrag auf dem Plenum äußerte sich auch Liu Shaoqi zur Notwendigkeit, sich in den Städten „bei der Entwicklung der Produktion" auf die Arbeiterklasse stützen zu müssen. Im Unterschied zu Mao ging Liu auch auf die Probleme ein, die sich in den Beziehungen zwischen der Partei und den Arbeitern entwickelt hatten. Der Marxismus halte die Arbeiterklasse für die zuverlässigste Kraft. Konkret gäbe es jedoch Probleme. „Wir müssen angestrengt arbeiten, damit wir uns auf die Arbeiterklasse stützen können." Die KP China hätte in der Vergangenheit sehr gute Beziehungen zur

159. Ausgewählte Werke Mao Zedongs, Band 4, a.a. O., S. 1429.

Arbeiterklasse gehabt, danach wäre sie jedoch auf das Dorf abgedrängt worden. Die GMD hingegen konnte viele Jahre unter den Arbeitern wirken und ihren Einfluss unter ihnen verbreiten. Die Lage unter den Arbeitern wäre so komplizierter geworden, und „unsere Beziehungen zu den Arbeitern wurden schwächer. Unsere Kader (einschließlich Mitglieder des ZK) verlernten die Arbeit mit den Arbeitern, und sie waren auch nicht mehr mit dem Gesicht der Arbeiter vertraut." Nun gelte es zu lernen und nach der Weisung des Genossen Mao Zedong die Arbeit unter den Arbeitern zu verstärken. Das sollte hauptsächlich auf drei Wegen geschehen: 1. mit allen Kräften sichern, dass das Lebensniveau der Arbeiter nicht zu niedrig sei, 2. die Arbeiter in Tiefe und Breite zu erziehen, und 3. die Arbeiter organisieren.

Wie schon bei der Mobilisierung der Bauern für die Unterstützung des Kampfes gegen Tschiang Kaischek durch die Bodenreform, stellte Liu die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter voran. Nach der Absicherung der Lebensbedürfnisse der Armee steht für ihn die Absicherung des Lebens der Arbeiter auf Platz eins. Ihr Lebensniveau müsse höher sein als das der Beschäftigten in den Organen im Hinterland. Falsch wäre es aber auch, überhöhten Forderungen der Arbeiter nachzugeben. „Wenn wir der Arbeiterklasse keine Hoffnung geben, dann werden die Arbeiter sagen, es ist jetzt so wie in der Zeit der GMD. Ihr seid wie die GMD. Wir müssen ihnen erklären, dass das Leben der Arbeiter sich künftig verbessern wird. Wenn das Leben heute bitter ist, dann ist das wegen des Kampfes, wegen des Aufbaus, wegen der Zukunft." Bauern würden sich über das bessere Leben der Arbeiter beklagen. Arbeiter wiederum sagen: Die Bauern haben Boden erhalten, wir gar nichts. Der Lohn hat sich nicht erhöht, die Arbeitszeit hat sich nicht verringert, die Lage ist etwa so wie früher. Liu meint, dass wäre nicht ganz von der Hand zu weisen, man könne jedoch natürlich den Arbeitern nicht wie den Bauern den Boden gestatten, dass „der Arbeiter seine Fabrik hat". Über die ungelöste Lohnfrage müsse nach der Befreiung Beipings[160] auf einer Konferenz beraten und eine Lösung zunächst für einen Zweig gesucht werden. Liu schlug vor, sich vor allem auf die Erziehung und Bildung der Arbeiter zu konzentrieren. Im nordostchinesischen Shenyang hätten

160. Unter der GMD-Herrschaft lautete der Name für Beijing (Nördliche Hauptstadt) Beiping (Nördlicher Frieden).

seit der Befreiung der Stadt 30 000 Angestellte und Arbeiter Ausbildungskurse besucht. In diesen Kursen liege das Schwergewicht auf der Vermittlung der Politik der Partei. Er sah einen wesentlichen Mangel dieser Erziehung darin, dass die Weltanschauung des Proletariats unzureichend vermittelt wurde. Die Erfahrungen zeigten, so Liu, dass die Kampagnen, in denen sich die Menschen über ihre Leiden in der alten Gesellschaft aussprechen (suku), der marxistischen Klassenerziehung dienen. In kurzer Zeit könnten auf diesem Wege das Verständnis für den Klassenstandpunkt, für die Lehre vom Klassenkampf wie überhaupt für die materialistische Geschichtsauffassung geweckt und gefestigt werden. Man müsse das Eisen schmieden, so lange es heiß ist, und die verschiedenen Formen von Bildungskursen einrichten. Liu schlug vor, auch eine Politische Universität für Arbeiter einzurichten, wie sie in NO-China bestand. Dort wurden in Vorlesungen grundlegende Ansichten des Marxismus (materialistische Geschichtsauffassung, Arbeit schafft die Welt, Mehrwerttheorie, Klassenkampf) vermittelt. So könnte das Bewusstsein zumindest eines Teils der Arbeiter entwickelt und allmählich erreicht werden, dass „die Arbeiter zu einer Kraft werden, auf die sich die Partei stützen kann, und wir uns gegenseitig verstehen".

Um die Arbeiter zu organisieren, schlug Liu Shaoqi vor, dass der Gesamtchinesische Gewerkschaftsbund einen Beschluss über die Organisierung von Gewerkschaften fasst. Mitglieder sollten alle werden, die „vom Verkauf der Arbeitskraft leben". Eine andere Form sah Liu Shaoqi in der Delegiertenversammlung der Arbeiter (gongren daibiao hui). Sie sollten in allen Unternehmen mit mehr als 300 Angestellten und Arbeitern gebildet werden. Auf dieser Grundlage könnten auch vor der Organisierung der Gewerkschaft städtische Delegiertenkonferenzen der Arbeiter entwickelt werden. Sie sollten zuerst die Probleme erörtern, die mit dem täglichen Leben der Arbeiter zusammenhängen, dann sollten die Fragen der Produktion und schließlich die Probleme der Stadt auf die Tagesordnung gesetzt werden. Liu meinte, dass diese städtische Delegiertenkonferenz der erste Schritt zur Bildung der städtischen Volksvertreterkongresse sein könnte. Arbeitspläne und andere wichtige Angelegenheiten der städtischen Regierung könnten diesen Delegiertenkonferenzen vorgelegt und dort diskutiert werden. Wenn die Delegiertenkonferenzen erfahren genug sind, dann sollten Delegiertenberatungen der Schüler

und der Bewohner der Straßen durchgeführt werden. Nach einigen Monaten, vielleicht einem Jahr, sollte dann der Schritt zur Bildung des Volksvertreterkongresses der Stadt getan werden.

Liu sprach von diesen Volksvertreterkongressen als „einem wichtigen System und einer wichtigen Form in der Organisation der Volksmacht". Sie hätten die Regierungen der einzelnen Ebenen zu wählen. Das wäre „eine Form der Demokratie, in der die Aktivitäten von oben nach unten und von unten nach oben miteinander verbunden sind, eine wichtige Form der Verbindung von administrativen Befehlen (minling) und Massenbewegung, die normalerweise allgemein angewendet werden kann." Wenn zum Beispiel die Delegiertenversammlung der Arbeiter den Befehlen des Werkleiters zugestimmt hat, können sie durch den Werkleiter verkündet und leichter durchgesetzt werden. Diese Form der Delegiertenversammlung sollte überall verbreitet werden. Das würde auch helfen, den Bürokratismus und das Administrieren einzudämmen.

Wenn die Arbeiter auf diese Weise ihr Bewusstsein entwickeln, sich organisieren und zusammen geschlossen haben, wären sie eine Kraft, und „wir können dann die Unterstützung durch die Arbeiterklasse erreichen. Die Arbeiter werden bemüht sein, die Produktion zu entwickeln, und unseren Rücken zu stärken. Dann könnte die kommunistische Partei sich auf die Arbeiter und die Arbeiter sich auf die kommunistischen Partei stützen, dann stützen wir uns gegenseitig, und wir und die Masse der Arbeiter haben uns vereinigt."[161]

Ich habe Liu Shaoqi ausführlich zitiert, weil er erstens, vielleicht wie kein anderer in der damaligen Führung der Partei, die Lage der Arbeiter kannte und sich mit ihnen verbunden fühlte. Ich habe ihn zweitens ausführlich zu Worte kommen lassen, weil er über eine realistische Einschätzung der Beziehungen zwischen Partei und Arbeiterklasse am Vorabend des Sieges der demokratischen Revolution verfügte, wie wir sie wohl in keinem offiziellen Dokument der KP Chinas zur damaligen Zeit finden werden. Drittens schließlich habe ich ihn in extenso zitiert, weil er in marxistischer Weise bemüht war, Partei und Arbeiterklasse wieder zusammenzuschließen.

Die Einschätzung Liu Shaoqis kann nur so verstanden werden,

161. „Ausgewählte Werke Liu Shaoqis", a.a:o., S. 419-425.

dass sich die KP Chinas seit 1927 im Wesentlichen nicht mehr auf das chinesische Proletariat als soziale Gruppe stützen konnte. Dennoch finden wir in den Parteidokumenten in jener Zeitperiode immer wieder Formulierungen[162], die das Gegenteil besagen, also sachlich unrichtig oder so zu verstehen sind, dass die Partei schon an sich die Arbeiterklasse verkörpert, also Partei im politischen Sinne der Arbeiterklasse gleichzusetzen ist. Im marxistischen Verständnis stellt sich damit natürlich eine Grundfrage, auf die an anderer Stelle noch zurückzukommen sein wird.

4.5. Gründung der Volksrepublik China

Die Volksstreitkräfte hatten im Verlaufe des Jahres 1947 den Generalangriff der GMD-Truppen auf die Befreiten Gebiete zum Stehen gebracht und waren selbst zur Offensive übergegangen.

Für die KP Chinas war damit der Zeitpunkt gekommen, das chinesische Volk zum Sturz des reaktionären GMD-Regimes aufzurufen und die Bildung einer nationalen demokratischen Koalitionsregierung vorzubereiten. Es war sicherlich kein Zufall, dass das Manifest mit diesem Aufruf an die chinesische Nation im Oktober 1947 nicht unmittelbar von der Partei, sondern von der Volksbefreiungsarmee (VBA), wie die Volksstreitkräfte nun hießen, veröffentlicht wurde. „Das chinesische Volk hat acht Jahre lang heldenhaft gegen den japanischen Imperialismus, für seine Befreiung und seine nationale Unabhängigkeit gekämpft. Nach der Kapitulation Japans dürstete das chinesische Volk nach Frieden. Tschiang Kaischek jedoch untergrub alle Anstrengungen des Volkes, den Frieden zu erreichen, und brachte noch nie gekannte Leiden über das chinesische Volk. So bleibt für das Volk aller Klassen kein anderer Weg als sich zusammenzuschließen und Tschiang Kaischek zu stürzen." Dem schloss sich eine ausführliche Darstellung an, wie Tschiang seit der Errichtung seiner Alleinherrschaft 1927 alle Versuche der KP Chinas, im Interesse des chinesischen Volkes zu einer friedlichen Einigung zu kommen, torpedierte und mit neuen Angriffen beant-

162. Vergl. z. B. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs", a.a.O., S. 1256. Hier spricht Mao davon, dass die KP Chinas 1947 die Sympathie auch der Arbeiterklasse in den GMD-Gebieten genoss.

wortete. Im Manifest werden dann zehn vordringliche Forderungen des chinesischen Volkes aufgelistet.
Dazu gehörten

- Zusammenschluss aller nationalen Kräfte zum Sturz Tschiangs und seines autoritären Regimes und die Bildung einer demokratischen Koalitionsregierung,
- Verhaftung und Aburteilung aller Bürgerkriegsverbrecher,
- Gewährung der bürgerlichen Freiheiten für das Volk,
- Konfiszierung des bürokratischen Kapitals,
- Entwicklung der nationalen Wirtschaft, die Verbesserung des Lebens der Angestellten und Arbeiter und die Unterstützung für das arme Volk,
- Bodenreform,
- Recht der nationalen Minderheiten des Landes auf gleichberechtigte Autonomie,
- Ablehnung aller antinationalen Verträge mit dem Ausland, die von der Regierung Tschiangs abgeschlossen wurden.

Die VBA rief alle Landsleute auf, mit ihr für die Verwirklichung dieser Forderungen zusammenzuarbeiten.[163]

Nach dem Übergang der militärischen Offensive an die VBA begann das Regime Tschiang Kaischeks mit amerikanischer Unterstützung unter der Losung „den Aufruhr unterdrücken, das Land aufbauen", die demokratische Bewegung in ihrem Herrschaftsbereich als „Schwanz" der KP offen zu attackieren und zu unterdrücken. Im Mai 1947 wurden über 100 Mitglieder der Demokratischen Liga (DL) verhaftet. Am 7. Oktober 1947 wurde der Leiter der Organisation der DL NW-Chinas ermordet. Am 21. Oktober 1947 gab das Kommando der Nanjinger Garnison der GMD eine Mitteilung heraus, nach der sich alle Mitglieder der KP Chinas und „die, die mit ihr in Beziehung stehen", in einer bestimmten Frist registrieren lassen mussten, anderenfalls drohe ihnen die Verhaftung. Am 28. Oktober 1947 erklärte die GMD-Regierung die DL wegen „Verbindung mit den kommunistischen Banditen und Beteiligung am Aufruhr" für verboten. Ab sofort

163. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs", a.a.O., S. 1235-1240. Nach Mao Zedong entsprach der Inhalt des „Manifests" „auch dem grundlegendsten politischen Programm der KP Chinas", ebd., S.1255.

sollten alle Aktivitäten dieser Organisation und ihrer Mitglieder nach den Bestimmungen über die Behandlung der KP China im Hinterland streng bestraft werden. Damit war der Versuch führender Vertreter der Kleinbourgeoisie und der nationalen Bourgeoisie in der DL gescheitert, mit Blick auf die Kongressdemokratie der USA einen „dritten Weg" zu beschreiten. Unter dem Druck der GMD erklärte der Vorsitzende der DL, Zhang Lan, Anfang November die Organisation für aufgelöst. Die Agentur Neues China kommentierte diesen Schritt mit der Feststellung, dass nun die letzten Illusionen geplatzt wären, unter der Herrschaft Tschiang Kaischeks irgendeine Friedensbewegung oder Reformbewegung entwickeln zu können.

Im Januar 1948 gründeten Li Jishen und andere Führer verschiedener patriotischer Gruppen in der GMD in Hongkong das Revolutionäre Komitee der GMD. Song Qingling, die Witwe Sun Zhongshans, begrüßte diesen Schritt. Im Gründungsdokument wurde Tschiang des Verrats an den Drei Volkslehren Suns und des Mordes am chinesischen Volk beschuldigt. Das Komitee rief zum Kampf gegen die autoritäre Herrschaft Tschiangs, gegen die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Chinas und für die Schaffung einer Koalitionsregierung auf. Ein Teil der bisherigen Führung der DL, darunter Shen Junru und Zhang Bojun, erklärte im Januar 1948 die Auflösung der DL für ungültig und beschloss, die Aktivitäten dieser Organisation wieder aufzunehmen. Aus der Sicht der neuen Führung der DL war der Sturz des Tschiang-Regimes die Voraussetzung für die Bildung einer demokratischen Regierung. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse jeder chinesische Patriot mit der KP China zusammenarbeiten. Der Übergang der demokratischen Parteien zur Unterstützung des politischen Programms der KP Chinas im Kampf gegen das Tschiang-Kaischek-Regime und die Einmischungspolitik der USA war der Wendepunkt in ihrer Geschichte.

Auf dem Hintergrund dieser bedeutsamen Veränderungen rief die KP Chinas in einer Veröffentlichung zum 1. Mai 1948 alle demokratischen Parteien, Vereinigungen des Volkes und demokratischen Persönlichkeiten zur Einberufung einer Politischen Konsultativkonferenz auf, um eine Volksvertreterkonferenz zu organisieren und eine demokratische Koalitionsregierung zu bilden. Am 5. Mai 1948 erklärten die acht demokratischen Parteien und der parteilose Demokrat Guo Moruo, dass sie diesen Vorschlag voll unterstützen. Im Herbst

1948 kamen sie mit Hilfe der KP Chinas von Hongkong in das Befreite Gebiet NO-China, um gemeinsam die Einberufung dieser Konferenz vorzubereiten. Zu diesem Zeitpunkt hatte die VBA bereits die qualitative und quantitative Überlegenheit über die GMD-Truppen erreicht. Am 22. Januar 1949 veröffentlichten Li Jishen, Shen Junru, Guo Moruo und weitere 52 demokratische Persönlichkeiten eine Erklärung, in der sie die demokratische Öffentlichkeit Chinas aufforderten, sich der KP Chinas anzuschließen um unter ihrer Führung die volksdemokratische Revolution schnell zu vollenden und ein unabhängiges, freies, friedliches und glückliches neues China aufzubauen. Sie zeigten sich von der demokratischen und freien Atmosphäre und dem vorwärts drängenden Geist in den Befreiten Gebieten tief beeindruckt. Angesichts der Friedensmanöver Tschiang Kaischeks sprachen sie sich dafür aus, keinerlei Kompromisse mit der Konterrevolution einzugehen und die Revolution zu Ende zu führen. Das chinesische Volk würde nicht mehr den Intrigen Tschiangs und der Amerikaner erliegen. Wer heute noch gegen die Revolution handele, mache sich eines Verbrechens an der Nation schuldig. Die Unterzeichner des Dokuments erklärten sich mit den von Mao Zedong aufgestellten acht Aufgaben für die letzte Phase der Revolution[164] voll einverstanden.[165]

2. Tagung des VII. ZK der KP Chinas

Die unmittelbare Vorbereitung der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKKCV)[166] und damit der Gründung der Volksrepublik China wurde in der ersten Märzhälfte 1949 mit der 2. Tagung des VII. ZK der KP Chinas eingeleitet. Hier interessiert uns der Bericht Mao Zedongs[167] wieder unter dem Gesichtspunkt der Theorie und Praxis der Neuen Demokratie für den Aufbau des neuen China.

164. Bestrafung der Kriegsverbrecher, Abschaffung der Verfassung und des Rechtssystems der GMD, Umgestaltung der konterrevolutionären Streitkräfte, Konfiszierung des Bürokratischen Kapitals, Bodenreform, Abschaffung der ungleichen Verträge mit dem Ausland und Einberufung einer Konsultativkonferenz ohne Beteiligung der konterrevolutionären Elemente.
165. Ausgewählte Materialien zur neuesten Geschichte Chinas, a.a.O., S.367-370.
166. Durch die Anfügung „des chinesischen Volkes" sollte sich die PKK von der gleichnamigen Institution der GMD unterscheiden.

Mao hob hervor: Die Tatsache, dass rd. 90 Prozent der chinesischen Wirtschaft *(Landwirtschaft und Handwerk – d. V.)* rückständig sind und sich kaum vom Altertum unterscheiden, ist „der grundlegende Ausgangspunkt für alle Probleme in einer relativ langen Zeit nach dem Sieg der Revolution". „Wer das ignoriert, begeht einen ‚links'opportunistischen Fehler." Mit der Überführung des Eigentums *(an PM)* der ausländischen Imperialisten in China und des Bürokratischen Kapitals in das „Eigentum *der Volksrepublik China*" (kursiv – d. V.) würde der staatliche Sektor die Kommandohöhen in der Wirtschaft besetzen und die führende Rolle in der Volkswirtschaft ausüben. Mao sprach wieder vom „sozialistischen" Charakter dieses Eigentums. „Wer das ignoriert, begeht einen rechtsopportunistischen Fehler." Damit waren die Fronten in der traditionellen Art der Kommunistischen Internationale unter Stalin deutlich genug abgesteckt.

In der vorbereitenden Sitzung des Politbüros des ZK der Partei hatte Mao Zedong begründet, weshalb das staatliche Eigentum selbst in der bürgerlich-demokratischen Revolution einen sozialistischen Charakter habe: „Was in unserer Gesellschaft die entscheidende Rolle spielt, ist die staatliche Wirtschaft, die öffentliche Wirtschaft. Da der Staat vom Proletariat geführt wird, hat diese Wirtschaft einen sozialistischen Charakter."[168] Das bedeutete im Klartext: Staatliches Eigentum in der Hand einer regierenden kommunistischen Partei ist, unabhängig vom Charakter der Gesellschaftsordnung und der herrschenden Produktionsweise, immer sozialistisches Eigentum.

Erstmals wird die zu errichtende politische Macht von Mao Zedong eine volksdemokratische Diktatur genannt: „Die volksdemokratische Diktatur, die auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht und von der Arbeiterklasse geführt wird, fordert von unserer Partei den ernsthaften Zusammenschluss mit der gesamten Arbeiterklasse, der gesamten Bauernklasse und der breiten Masse der revolutionären Intelligenz. Das sind die Führungskräfte und Basiskräfte dieser Diktatur. Gleichzeitig fordert sie auch von unserer Partei, sich mit den Persönlichkeiten zusammenzuschließen, die

167. Ausgewählte Materialien zur neuesten Geschichte, a.a.O., S. 1425 ff.
168. Zitiert nach: Bo Yibo, Rückschau auf einige wichtige Entscheidungen und Angelegenheiten, Band 1, Beijing 2008, S.15, chines.

die städtische Kleinbourgeoisie und die nationalen Bourgeoisie vertreten und mit uns zusammenarbeiten können.“[169]

Es folgt eine im Zusammenhang mit der Rückständigkeit Chinas stehende und uns besonders interessierende Aussage: „In einer langen Zeit nach dem Sieg der Revolution müssen wir die Aktivität des privaten Kapitalismus in Stadt und Land möglichst im Interesse der Entwicklung der Volkswirtschaft nutzen. In dieser Zeit sollte Elementen des Kapitalismus in Stadt und Land, die der Volkswirtschaft nicht schaden, sondern ihr nutzen, Existenz und Entwicklung gestattet werden. Außerdem ist dies wirtschaftlich notwendig.“ Das könne jedoch nicht mit der unbegrenzten Entwicklung des Kapitalismus in den kapitalistischen Ländern verglichen werden. „Seine Entwicklung wird von einigen Seiten her begrenzt sein – vom Bereich seiner Aktivitäten her, durch die Steuerpolitik, durch die Marktpreise und von den Bedingungen für die Arbeit her.“ Die KPCh folge dabei der Politik der Begrenzung des Kapitals, wie sie von Sun Zhongshan entwickelt wurde. „Im Interesse der gesamten Volkswirtschaft und im heutigen und künftigen Interesse der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes jedoch dürfen wir auf keinen Fall die Begrenzung des privaten Kapitalismus zu weit oder so weit treiben, dass er eingeht. Wir müssen ihm im Rahmen der Wirtschaftspolitik und des Wirtschaftsplans der Volksrepublik Spielraum für seine Existenz und Entwicklung geben.“ Die Begrenzungspolitik werde auf den Widerstand vor allem der großen Kapitalisten stoßen. Hier werde sich die „Hauptform des Klassenkampfes in der Volksrepublik“ entwickeln. Falsch wäre jedoch beides – diesen Kapitalismus nicht zu begrenzen oder ihn zu sehr zu begrenzen.

Landwirtschaft und Handwerk sollten allmählich auf den Weg der Modernisierung und der „Kollektivierung“ geführt werden. Zu bilden seien auch Produktions-, Verbrauchs- und Kreditgenossenschaften und die dafür zuständigen Leitungsorgane auf den einzelnen Ebenen. „Diese Genossenschaften sind eine Form der *Kollektivwirtschaft* (kursiv – d. V.) der Volksmassen, die auf privatem Eigentum beruht, vom Proletariat geführt und von den staatlichen Machtorganen geleitet wird.“ Die genossenschaftliche Wirtschaft kennzeichnete Mao als „halbsozialistisch“. „Allein mit der staatli-

169. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs“, a.a.O., S. 1438.

chen Wirtschaft ohne die genossenschaftliche Wirtschaft wäre es nicht möglich, die Einzelwirtschaft des werktätigen Volkes allmählich zu kollektivieren, die neudemokratische Gesellschaft zur künftigen sozialistischen Gesellschaft zu entwickeln und die Führung des Proletariats in der Staatsmacht zu festigen."

Mao kennzeichnet den staatlichen Sektor, die Genossenschaften plus Privatkapitalismus, Einzelwirtschaft und Staatskapitalismus, „in dem Staat und Private kooperieren", als Haupteigentumsformen der neudemokratischen Wirtschaft. Nach dem Sieg der Revolution müsse die Wirtschaft schnell wiederhergestellt und entwickelt und mit dem ausländischen Imperialismus entsprechen umgegangen werden, „damit sich China festen Schrittes aus einem Agrarland in ein Industrieland verwandeln und zu einem bedeutenden sozialistischen Land aufgebaut werden kann."

Das neudemokratische Wirtschaftsprogramm sah vor, die öffentlichen und privaten Interessen wie die Interessen von Arbeit und Kapital zu berücksichtigen, die gegenseitige Hilfe von Stadt und Land zu organisieren und die Beziehungen zwischen innerer Entwicklung und dem Ausland zu fördern.

Kurz nach der 2. ZK-Tagung verfasste Mao Zedong seinen Artikel „Über die Diktatur der Volksdemokratie". Wieder wird der Begriff der neudemokratischen Diktatur mit dem Begriff volksdemokratische Diktatur gleichgesetzt. In dieser Schrift äußerte sich Mao auch zum Verhältnis von bürgerlicher Zivilisation, Volksdemokratie und Sozialismus. „Das Projekt der Zivilisation der westlichen Bourgeoisie, der bürgerlichen Demokratie und der bürgerlichen Republik ist in den Augen des chinesischen Volkes gescheitert. Der Platz der bürgerlichen Demokratie ist an die von der Arbeiterklasse geführte Volksdemokratie übergegangen, und die bürgerliche Republik ist der Volksrepublik gewichen. So wird die Möglichkeit geschaffen, über die Volksdemokratie zum Sozialismus und Kommunismus, zur Abschaffung der Klassen und zur Großen Gemeinsamkeit (datong)[170] der Welt zu gelangen." Auf die Frage, wer das Volk sei, antwortet Mao: „In der gegenwärtigen Etappe Chinas sind es die Arbeiterklasse, die Bauernklasse, die städtische Kleinbourgeoisie und die

170. Datong wird in der westlichen Literatur auch mit „Große Harmonie" übersetzt. Es ist das Ideal in der klassischen chinesischen Philosophie von einer vollkommenen und ausgeglichenen Welt. Hier wird es von Mao als Synonym für Kommunismus benutzt.

nationale Bourgeoisie. Diese Klassen schließen sich unter Führung der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei zusammen, organisieren ihren Staat, wählen ihre Regierung und wenden sich gegen den Imperialismus und seine Handlanger. „Demokratie im Volk und Diktatur gegenüber den Reaktionären" zusammen würden die Diktatur der Volksdemokratie ausmachen.

Welche Erkenntnisse vermitteln uns diese Darlegungen Mao Zedongs?

1. Der sozialistische bzw. halbsozialistische Charakter des Eigentums an Produktionsmitteln wird vom subjektiven Faktor der Revolution abgeleitet, überdies unabhängig davon, ob die Politik der Partei den objektiven Erfordernissen entspricht oder nicht. Für mich drückt sich darin ein subjektivistisches Herangehen an die objektive Realität aus, das die Politik der Partei in den 1950er Jahren immer stärker prägen sollte. Für bedeutsam und wesentlich halte ich hingegen die Auffassung Mao Zedongs, dass ein Sozialismus ohne Genossenschaften nicht aufgebaut werden kann.

2. Wenn es in dieser Phase darum geht, die Rückständigkeit des Landes vor dem Übergang zum Sozialismus zu überwinden, halte ich die Kennzeichnung des Widerspruchs zwischen volksdemokratischem Staat und Privatkapitalismus als „Hauptform" der inneren Widersprüche für strittig, denn die entscheidende Aufgabe in dieser Phase der Entwicklung bestand in der Überwindung der ökonomischen und kulturellen Rückständigkeit der Gesellschaft. Daher ist es unverständlich, eine wesentliche Triebkraft in einen hauptsächlichen Widerspruch zur gesellschaftlichen Entwicklung zu stellen. Deshalb gibt es eigentlich nur eine Möglichkeit, diese gedankliche Konstruktion auszulegen: Für Mao Zedong ist diese Phase bereits die Übergangsperiode zum Sozialismus, in der der Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus den Widerspruch zwischen ökonomischer und kultureller Rückständigkeit und allgemeinem zivilisatorischen Fortschritt bereits überlagert. Das bedeutet, zu diesem Zeitpunkt war die

171. Pang Song, China im Zeitalter Mao Zedongs (1949-1976), Band 1, Beijing 2003, S. 281, chines.

neudemokratische Gesellschaft im Verständnis von Mao Zedong bereits nicht mehr eine Etappe, die der Etappe des Übergangs zum Sozialismus vorausging, sondern eine Gesellschaft des Übergangs zum Sozialismus, im traditionellem Verständnis der Übergangsperiode.

Diese These wird durch die Einschätzung erhärtet, mit der Mao Zedong 1952 die Einleitung des Übergangs zum Sozialismus begründete. Die Begründung begann er mit der Überlegung, dass „sich der Hauptwiderspruch im Innern zu verändern beginnt". Bei der Durchsicht eines „Beschlusses über die Arbeit der demokratischen Parteien (Entwurf) aus der Abteilung Einheitsfront des ZK der Partei, der ihm zur Genehmigung vorgelegt worden war, verfasste er am 6. Juni 1952 folgende Weisung: „Nach der Niederwerfung der Grundbesitzerklasse und der Bürokratischen Bourgeoisie ist der Hauptwiderspruch in China der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der nationalen Bourgeoisie. Deshalb sollte die nationale Bourgeoisie nicht mehr als Mittelklasse bezeichnet werden." Der Autor des ersten Bandes „China im Zeitalter Mao Zedongs", ein führender Historiker in der Abteilung Parteigeschichte des ZK der KP Chinas, trifft dazu eine eindeutige Wertung: „Diese Weisung widerspiegelte die strategische Intention Mao Zedongs, die chinesische Revolution in ihre zweite Etappe überführen zu wollen."[171]

3. Ich sehe mich darin auch durch die synonyme Verwendung der Begriffe „neudemokratisch" und „volksdemokratisch" durch Mao Zedong bestätigt. Georgi Dimitroff kennzeichnete in seinem Referat auf dem V. Parteitag der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten) im Dezember 1948 die Volksdemokratie als „Staat der Übergangsperiode, der dazu berufen ist, die Entwicklung auf den Wege zum Sozialismus zu sichern".[172] Zwischen ihm und Mao bestand in der Frage „Übergangsgesellschaft" gedankliche und wörtliche Übereinstimmung. Es liegt daher nahe, diese Übereinstimmung auch in der Funktion des Staates dieser Übergangsgesellschaft zu sehen. Dafür spricht nicht zuletzt, dass Mao Zedong die historische Aufgabe, China aus einem Agrar- in ein Industrieland zu verwandeln, immer in den Zusammenhang mit dem Übergang von der neudemokratischen zur sozialistischen Gesellschaft stellt. Dann wäre die abrupte Änderung seiner Haltung zur neudemokratischen Gesellschaft 1952 nur eine

172. Georgi Dinitroff, Rolle und Bedeutung der Volksdemokratie, Internationale Schriftenreihe, Heft 2, Berlin 1950, S. 69.

scheinbare. Wenn diese These zutrifft, heißt das, dass alles andere, was er in der 2. Hälfte der 1940er Jahre zum Charakter der neuen Macht und ihrer historischen Aufgabe sagte, mehr oder weniger taktischer Natur war. Das schließt nicht aus, dass er zeitweise selbst davon überzeugt war. Er hätte dann in überaus wichtigen Frage taktiert, um die GMD vollkommen isolieren und der KPCh durch Gewinnung der demokratischen Kräfte in der Kleinbourgeoisie und der nationalen Bourgeoisie eine genügend breite soziale Basis für die Eroberung der politischen Macht sichern zu können. Darin würde er sich jedoch, soweit ich das einsehen kann, zum Beispiel von Liu Shaoqi unterscheiden, der für eine langfristige Gestaltung und Nutzung der neudemokratischen Gesellschaftsverhältnisse eingetreten war.

4. Formulierungen wie „Führung durch die Arbeiterklasse und die kommunistische Partei" vermitteln den Eindruck, dass Mao Zedong zwischen „Führung durch die Arbeiterklasse" und „Führung durch die kommunistische Partei" ein Gleichheitszeichen setzt, gleich, wie stark oder wie schwach die Partei mit der Arbeiterklasse als soziale Gruppe verbunden ist und inwieweit sie in den einzelnen Entwicklungsetappen deren jeweilige objektive Klasseninteressen wirklich vertritt. So können auch Ausführungen Mao Zedongs verstanden werden, dass die Partei sich *(nur – d. V.)* in der Stadt und *(nur – d. V.)* für die Entwicklung der Produktion auf die Arbeiterklasse stützen müsse.

5. Mao Zedongs Haltung gegenüber der bürgerlichen Zivilisation sehe ich ebenfalls kritisch. Wieder so eine allgemeine Floskel: Die bürgerliche Zivilisation sei in den Augen des chinesischen Volke gescheitert. Dahinter verbirgt sich eine grundsätzliche Ablehnung des geistigen Fortschritts der Menschheit im Kapitalismus, die die kommunistische Bewegung nach Lenin generell teilte. Lenin hatte davon gesprochen, dass die Aneignung des materiellen und geistigen Fortschritts der Menschheit, der „bürgerlichen Kultur", eine Voraussetzung und Bedingung für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ist. Stalin hatte vor allem zur geistigen „bürgerlichen Kultur" ein nihilistisches Verhältnis, das leider auch den größten Teil der kommunistischen Weltbewegung beeinflusste. Dieses Herangehen an die „bürgerliche Kultur" wirkte sich meiner Meinung nach auch mit auf den Zusammenbruch des „realen Sozialismus" aus.

Mao hatte mit seiner Behauptung doppelt Unrecht. Das chinesische Volk hatte im alten China zu keiner Zeit die Möglichkeit, sich mit

dem realen geistigen Fortschritt der Menschheit im Kapitalismus vertraut zu machen. Seine fortschrittlichen Kräfte, auch Sun Zhongshan, sahen nur die „bürgerliche Barbarei“ (Rosa Luxemburg) in den imperialistischen Ländern und in China im kolonialen Gewande. China muss sich nicht nur den materiellen, sondern auch den geistigen Fortschritt der Menschheit aneignen, um die Rückständigkeit und Armut hinter sich lassen und einen „Sozialismus chinesischer Prägung“ aufbauen zu können. Die KP Chinas hat heute mit ihrer Reformpolitik offensichtlich aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt.

Fragen dieser Art sind zu stellen, um Ursachen für nachfolgende Fehlentwicklungen in der Politik der Partei unter Führung Mao Zedongs herauszufinden, Fehlentwicklungen, die zu Katastrophen für das Volk führten und China in seiner Entwicklung zurückwarfen. Wer den „großen Sprung nach vorn“, die Volkskommune als „goldene Brücke in den Kommunismus“ oder die „große proletarische Kulturrevolution“ erlebte, weiß, wovon ich spreche.

1. Tagung der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes

Mao Zedong hatte auf dem 2. ZK-Plenum davon gesprochen, dass die Zeit für die Einberufung der PKKCV und die Bildung der demokratischen Koalitionsregierung gekommen wäre. Im Juni 1949 fand dazu eine vorbereitende Sitzung statt, und am 21. September 1949 wurde die 1. Tagung der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes durch Mao Zedong eröffnet. An der Tagung nahmen Abgesandte von 14 Parteien, 9 Regionen, 6 Einheiten der VBA und 16 Volksorganisationen teil. Unter den 662 Teilnehmern befanden sich 510 offizielle Delegierte, 77 Delegiertenkandidaten und 75 gesondert eingeladene Persönlichkeiten, darunter Song Qingling und ein Sohn von Liang Qichao, einer der Führer der Reformbewegung von 1895. Die KP Chinas war wie das Revolutionäre Komitee der GMD und die Demokratische Liga mit 16 Delegierten und zwei Delegiertenkandidaten vertreten.[173]

Mao Zedong eröffnete die Tagung mit der Erklärung, dass die PKKCV das Vertrauen und die Unterstützung des gesamten chinesi-

schen Volkes habe und deshalb die Funktion des Nationalen Volkskongresses ausüben werde. Und er sprach die historischen Worte: „Wir empfinden gemeinsam, dass unsere Arbeit in die Geschichte der Menschheit eingehen wird. Das chinesische Volk, ein Viertel der Menschheit, hat sich erhoben."

Die Tagung dauerte bis zum 30. September 1949. In acht Beratungen wurden die Dokumente zur Gründung der Volksrepublik ausführlich diskutiert und einstimmig beschlossen. Die Delegierten wählten das Komitee der Zentralen Volksregierung. Mao Zedong wurde Vorsitzender des Komitees und gleichzeitig Vorsitzender der Revolutionären Militärkommission bei der Zentralen Volksregierung. Zum Ministerpräsidenten wurde Zhou Enlai gewählt; er übte zeitweilig zugleich die Funktion des Außenministers aus. Zhu De, Liu Shaoqi, Song Qingling, Li Jishen, Zhang Lan und Gao Gang (drei Mitglieder der KPCh, die Vorsitzenden des Revolutionären Komitees der GMD und der Demokratischen Liga sowie Song Qingling) wurden als stellvertretende Vorsitzende des Komitees der Zentralen Volksregierung berufen.

Beiping wurde unter seinem alten Namen Beijing Hauptstadt der VR China. Der „Marsch der Freiwilligen" wurde zur Hymne und die rote Fahne mit den fünf Sternen zur Staatsfahne der Volksrepublik China erklärt. Mit der Gründung der Volksrepublik wurde schließlich auch in China die moderne Zeitrechnung eingeführt.

Am 29. September nahm die Konferenz einstimmig „Das Gemeinsame Programm der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes" an. Es widerspiegelte das Ergebnis eines über hundert Jahre währenden heldenhaften und opferreichen Kampfes des chinesischen Volkes um seine Befreiung von kolonialer Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung, von „feudaler" Unterdrückung und Ausbeutung und von der korrupten Herrschaft des Bürokratischen Kapitals.

Das „Gemeinsame Programm"[174] war bis zur Annahme der ersten Verfassung der Volksrepublik China im Jahre 1954 die provisorische Verfassung des neuen Staates. Es bestimmte das Staatssystem, das Regierungssystem, den politischen Kurs des Staates, die Organe der

173. Die Delegierten der KP Chinas: Mao Zedong, Liu Shaoqi, Zhou Enlai, Lin Boqu, Dong Biwu, Chen Yun, Peng Zhen, Zheng Weisan, Wang Jiaxiang, Lu Dingyi, Wu Yuzhang, Xu Teli, Liu Lantao, Li Weihan, Li Kenong und An Ziwen, die Delegiertenkandidaten waren Zhen Xuping (Yu Bing) und Qi Yanming.

174. Das Gemeinsame Programm und andere Dokumente der Politischen Konsultativen Konferenz des chinesischen Volkes, Peking 1952.

Staatsgewalt, das Militärsystem und die großen Linien der Wirtschaftspolitik, der Kultur- und Bildungspolitik, der Nationalitätenpolitik und der Außenpolitik.

In der Präambel wird die errichtete politische Macht charakterisiert: „Die Diktatur der Volksdemokratie in China ist die Staatsgewalt der auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruhenden und von der Arbeiterklasse geführten volksdemokratischen Einheitsfront, zusammengesetzt aus der chinesischen Arbeiterklasse, Bauernklasse, Kleinbourgeoisie, nationalen Bourgeoisie und anderen patriotischen demokratischen Elementen." Im Artikel 1 der „Allgemeinen Grundsätze" ist diese Formulierung etwas abgewandelt: „Die Volksrepublik China ist ein Staat der Neuen Demokratie, d. h. ein Staat der Volksdemokratie." Dann folgt wieder der Begriff „Diktatur der Volksdemokratie", die unter Leitung der Arbeiterklasse. „den Imperialismus, Feudalismus und Bürokratischen Kapitalismus bekämpft".

Artikel 3 bestimmt die Abschaffung aller Privilegien der imperialistischen Länder in der VR China, die Konfiszierung des Bürokratischen Kapitals und seine Überführung in das „Eigentum des Volksstaates". Das „feudale und halbfeudale" System des Bodenbesitzes müsse schrittweise in ein „System des bäuerlichen Bodenbesitzes" umgewandelt werden. „Öffentliches Eigentum des Staates sowie das Eigentum der Genossenschaften, die wirtschaftlichen Interessen und das Privateigentum der Arbeiter und Bauern, der Kleinbourgeoisie und der nationalen Bourgeoisie sind zu schützen. Die Volkswirtschaft der Neuen Demokratie muss entwickelt und China planmäßig aus einem Agrarland in ein Industrieland umgewandelt werden."

In den Artikeln 4-6 ist festgelegt, dass „das Volk" das Recht hat zu wählen und gewählt zu werden und „seine Rechte auf Gedanken-, Rede-, Publikations- und Versammlungsfreiheit, seine persönliche Freiheit und Freiheit des Wohnsitzes und Wohnsitzwechsels, Glaubens- und Demonstrationsfreiheit als Rechte gewährleistet sind". Das System der „feudalen" Unterdrückung der Frau sei abzuschaffen, „Frauen genießen die gleichen Rechte wie Männer, sowohl in der Politik, Wirtschaft, Kultur und Erziehung als auch im sozialen Leben. Die Freiheit der Eheschließung ist Männern und Frauen gewährleistet."

Artikel 11 kennzeichnet die Außenpolitik der VR China: „Die Volksrepublik China steht im internationalen Lager des Sozialismus

und der Demokratie und verbündet sich mit allen friedliebenden und freiheitsliebenden Ländern und Völkern der Welt, vor allem der Sowjetunion, den Volksdemokratien und allen unterdrückten Völkern, um mit ihnen gemeinsam zur Verteidigung eines dauerhaften Friedens die imperialistische Aggression zu bekämpfen."

Artikel 11 befasst sich mit der Staatsgewalt. „In der Volksrepublik China übt das Volk die Staatsgewalt aus. Die ausführenden Organe sind die Volkskongresse und Volksregierungen auf allen Ebenen. Die Volkskongresse auf allen Ebenen werden auf Grund des allgemeinen Wahlrechts vom Volk gewählt. Die Volkskongresse aller Ebenen wählen die Volksregierungen." „Das höchste Organ der Staatsgewalt ist der Allchinesische *(Nationale – d. V.)* Volkskongress." Zwischen seinen Tagungen „ist die Zentrale Volksregierung das höchste Organ der Staatsgewalt".

Im Artikel 13 wird die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes als „die Organisationsform der volksdemokratischen Einheitsfront" definiert, die bis zur Einberufung eines gewählten Nationalen Volkskongresses auf ihren Plenartagungen die Befugnisse eines Volkskongresses ausübt. Tatsächlich hatte sie jedoch nur einen beratenden Charakter. Die drei Gewalten, die Legislative, die Exekutive und die Jurisdiktion, lagen in der Hand der Zentralen Volksregierung.

Im Vorfeld der ersten Tagung der PKKCV hatte sich Mao Zedong zu diesen Festschreibungen im „Gemeinsamen Programm" geäußert. Bo Yibo zeichnete dazu in seinen Erinnerungen einiges auf.[175] In einer Politbüro-Sitzung im September 1948, also noch vor dem genannten Referat Dimitroffs, hatte Mao den Klassencharakter der neuen Macht folgendermaßen beschrieben: „Mit dem Klassencharakter unserer Macht sieht das so aus: Es ist eine Diktatur der Volksdemokratie, die vom Proletariat geführt wird und das Bündnis der Arbeiter und Bauern zur Grundlage hat, aber nicht allein die Arbeiter und Bauern, auch die demokratischen Elemente der Bourgeoisie sind daran beteiligt." (Wir stoßen damit wieder auf eine neue Formulierung dieses Problems bei Mao, ohne zu wissen worauf diese unterschiedlichen Sichten zurückzuführen sind.) Mao setzte seine Überlegungen mit einer Bemerkung fort, weshalb die neue Macht nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus funktionieren

175. Bo Yibo, Rückschau auf einige bedeutende Entscheidungen und Angelegenheiten, a.a.O., S. 20-22

muss. Dieses Prinzip und das darauf beruhende Volkskongresssystem werde dem System des bürgerlichen Parlaments und der bürgerlichen Gewaltenteilung vorgezogen, „weil sie für China sehr passen würden" und letztere in China unter Yuan Shikai und anderen „sich bereits als etwas Stinkendes" gezeigt hätten. Gegenüber dem Mitglied des Politbüros der ZK der KPdSU Anastas Mikojan, der Ende Januar/Anfang Februar 1949 in China weilte, begründete Mao diese Position mit der ökonomischen Rückständigkeit Chinas, der Existenz vieler Eigentumsformen, der notwendigen Ausnutzung der Aktivität des Kapitalismus in Stadt und Land, der führenden Rolle der KP Chinas, der „radikalen Revolution der breiten Massen von unten nach oben" und der Zusammenarbeit mit Demokraten unter Wahrung der absoluten Führungsrolle der Partei.

Nach Ansicht Bo Yibos hätten alle diese Auffassungen, die Mao Zedong am Vorabend der ersten Tagung der PKKCV geäußert hatte, „die theoretische und politische Grundlage für die Formulierungen des ‚Gemeinsamen Programms' gelegt". Damit war, so Bo, „der *Weg der Volksrepublik zum Sozialismus, den die Partei und das Volk nach dem Sieg der chinesischen Volksrevolution wählten* (kursiv – d. V.), völlig richtig".

Eine Frage bleibt: Weshalb ist im „Gemeinsamen Programm" keine Rede vom Charakter der Neuen Demokratie als einer Übergangsgesellschaft zum Sozialismus? In der chinesischen Historiographie gibt es dafür unterschiedliche Auslegungen. Bo Yibo meint, dass das Auslassen dieser Orientierung dem Umstand geschuldet gewesen wäre, dass die Partei eine Zeitlang wirklich die Neue Demokratie betreiben wollte. Mao Zedong hatte sich dazu auf einer Tagung der Kommission zur Vorbreitung der PKKCV am 26.8.1949 etwas anders geäußert: Im Programm wären nur Aufgaben der gegenwärtigen Etappe zu nennen. Ginge man darüber hinaus, würde es „inhaltslos". Das Programm hätte einen zeitlichen Charakter, *wäre veränderbar* (kursiv – d .V.) und würde in den Aktionen von den derzeitigen Regeln bestimmt werden. Zhou Enlai äußerte dazu, als er am 22. September 1949 den Entwurf des „Gemeinsamen Programms" begründete, eine dritte Version: Es wäre darauf verzichtet worden, auf die sozialistische und kommunistische Perspektive hinzuweisen, weil das Volk erst noch davon überzeugt werden müsse, dass diese Perspektive die beste sei. Ich nehme an, dass zumindest bei Mao Zedong andere Gründe vorla-

gen, seine Begründung könnte das sogar unterstreichen.

Am 1. Oktober 1949 nachmittags um drei Uhr wurde vor 300 000 Menschen auf dem Tiananmen-Platz erstmals die rote Fahne mit den fünf Sternen aufgezogen, Mao Zedong proklamierte die Gründung der Volksrepublik China. Für China hatte ein neues Zeitalter begonnen, das Zeitalter des gesellschaftlichen Fortschritts und der Modernisierung. Für die Kräfte des Friedens und des Fortschritts in der Welt waren der Sieg der chinesischen Volksrevolution das größte Ereignis nach der russischen Oktoberrevolution und eine neue Quelle, aus der sie Hoffnung und Kraft schöpften. Ein Viertel der Menschheit hatte sich gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus entschieden. Für mich, den Tischler, der in jenen historischen Tagen an der Arbeiter-und-Bauernfakultät „Walter Ulbricht" der Universität Halle immatrikuliert wurde, war es die erste bewusste Begegnung mit Volkschina.

Erkenntnisse und Probleme

1. In der Geschichte der KP Chinas ist der Januar 1936 ein bedeutendes historisches Datum. Auf der Beratung in Zunyi zog die Partei eine erste Bilanz aus dem Verlust des Zentralen Sowjetgebiets und der dadurch bedingten Einleitung des Langen Marsches der Roten Armee der chinesischen Arbeiter und Bauern. Damit wurde eine entscheidende Wende in der Orientierung der Partei eingeleitet. Mit der Beratung von Zunyi begann sich die KP Chinas allmählich zunächst in der Politik, dann weitgehend auch in der Theorie von einer sachlichen Einschätzung der nationalen Gegebenheiten und ihren Veränderungen, vor allem von dem realen Kräfteverhältnis im Lande, leiten zu lassen. Das war der entscheidende Ausgangspunkt für die Konzipierung und Verwirklichung einer auch taktisch klugen Politik, die es ermöglichte, die revolutionäre Bewegung im Verlaufe des Antijapanischen Krieges wieder zu festigen und bedeutend zu stärken, nach dem Sieg über Japan in die politische und militärische Offensive zu gehen und die breite Unterstützung des chinesischen Volkes zu gewinnen. Das ließ die demokratische Revolution zu einer wahren Volksrevolution werden, die in Gestalt der Volksrepublik China eine Gesellschaft hervorbrachte, die die progressive Welt einfach und treffend „Volkschina" nannte.

2. Das herausragende theoretische Ergebnis dieser Hinwendung zu den nationalen Gegebenheiten war die Theorie Mao Zedongs über die Neue Demokratie. Die politische Auslegung dieser Theorie wurde das Minimalprogramm der KP Chinas, das Programm der Partei für die Etappe der demokratischen Revolution.

Die neudemokratische Theorie beruhte auf der Einsicht, dass durch die ökonomische Rückständigkeit des Landes die Voraussetzung für einen sofortigen und unmittelbaren Übergang aus der traditionellen chinesischen Gesellschaft zum Sozialismus nicht vorhanden war. Die weitestgehende Auslegung in der Gestaltung der neudemokratischen Gesellschaft erfuhr diese Theorie im Zeitraum nach dem Sieg über Japan bis zur Gründung der VR China.

3. Die Herausbildung der Ideen Mao Zedongs als ideologische Leitlinie der KPCh war ein Ergebnis der innerparteilicher Auseinandersetzungen mit der verfehlten Moskauer Politik der Sowjetisierung Chinas und ihrer Vertreter in der KPCh.

Das Bekenntnis zu den Ideen Mao Zedongs spielte unter den damaligen Umständen eine wichtige Rolle für die Festigung der ideologisch-politischen Einheit der Partei und die Lösung der Aufgaben der chinesischen Revolution. Die Verabsolutierung dieser Ideen als allgemeingültige Anwendung des Marxismus auf China („sinisierter Marxismus"), verbunden mit einer politischen Ausnahmestellung in der streng hierarchischen Struktur der traditionellen kommunistischen Partei, musste jedoch die Partei und damit die revolutionäre Bewegung über die Maßen von der Persönlichkeit Mao Zedongs abhängig machen.

Mao Zedong hatte im Kampf des chinesischen Volkes um seine nationale und soziale Befreiung eine herausragende Rolle gespielt. Er war wohl wie kein anderer in der Parteiführung in der traditionellen chinesischen Kultur, ihrer Geschichte, Philosophie, Literatur und dörflichen Gesellschaft verwurzelt. Seine marxistische Bildung war sichtlich von den Auffassungen Stalins beeinflusst. Mao dominierte als ein kluger politischer und befähigter militärischer Stratege in der „Umzinglung der Stadt vom Dorfe her". Er war aber auch eine machtbewusste Persönlichkeit mit einem ausgeprägten Interesse an bedeutenden herrschenden Persönlichkeiten im alten China wie in der moderneren Welt.

★ III. Der Wechsel zum „Sprung in den Kommunismus“ und sein Scheitern (1949-1976)

I. Ökonomische und politische Ausgangspositionen

In den ersten drei Jahren der Volksrepublik wurden unter Führung der KP Chinas im Landesmaßstab erste Grundlagen für die Entwicklung der Neudemokratischen Gesellschaft geschaffen.

Die volksdemokratische Macht war im Oktober 1950 bis auf Tibet, Taiwan und einige kleinere Inseln im gesamten Lande errichtet worden. In den neu befreiten Gebieten trug sie in Gestalt der Komitees für Militärverwaltung provisorischen Charakter. Bis September 1951 waren überall im Lande von oben nach unten die lokalen Volksregierungen gebildet worden. Eine der ersten Aufgaben der Volksmacht war die Zerschlagung der Untergrundorganisationen der GMD und die Vernichtung des verbreiteten Bandentums. Im August/September 1951 wurde Tibet auf der Grundlage eines Abkommens zwischen der Zentralregierung und der tibetischen Lokalregierung mit Zustimmung des 14. Dalai Lama friedlich befreit.

Die Volksrepublik fand eine in den Grundlagen rückständige und durch den Bürgerkrieg schwer gezeichnete Wirtschaft vor. Im Vergleich zum höchsten Stand vor der Befreiung war die Industrieproduktion um 50 Prozent und die landwirtschaftliche Produktion um über 20 Prozent niedriger. Die ohnehin schwache Infrastruktur war stark zerstört, es gab fast keine intakte Bahnstrecke mehr. Im Haushalt klaffte ein riesiges Loch. Es herrschte eine verheerende Inflation. Die Wiederherstellung der Volkswirtschaft war deshalb für die junge Volksmacht eine enorme Herausforderung. Diese Aufgabe war auch deshalb außerordentlich schwierig, weil die militärischen Ausgaben für die Befreiung des Landes und die Unterstützung der KVDR im Koreakrieg fast die Hälfte aller finanziellen Ausgaben des Staates ausmachten.

Die KP Chinas begann bereits im Herbst 1948, die finanzwirtschaftliche Arbeit in den Befreiten Gebieten zu koordinieren und

dann den entsprechenden zentralen Apparat aufzubauen. Bereits im Frühjahr 1950 begann sich die Lage zum Besseren zu wenden. Die Ein- und Ausgaben näherten sich an, die Preise stabilisierten sich und begannen zu sinken. Das Vertrauen in die neue Währung, den Renminbi, festigte sich, und die Bankeinlagen nahmen deutlich zu. Im Ergebnis dieser Veränderungen begann sich auch die materielle Lage des Volkes allmählich auf niedrigem Niveau zu stabilisieren. Dieser Erfolg stand in seiner Bedeutung für die Festigung der Volksmacht nicht hinter der militärischen Befreiung des Landes zurück.

Die Herstellung einer ausgeglichenen Bilanz im Haushalt, die Beseitigung der Inflation und die Stabilisierung der Marktpreise waren die wichtigsten Schritte zur Wiederherstellung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion. Ende 1952 lag der Gesamtwert der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion um 20 Prozent über dem Höchststand vor der Befreiung, in der Industrie waren es 22 und in der Landwirtschaft 18,5 Prozent. Die ökonomische Ausgangsbasis für die Industrialisierung des Landes war jedoch weiterhin durch die außerordentlich rückständigen und zugleich stark differenzierten gesellschaftlichen Produktivkräfte gekennzeichnet.

Im Ergebnis der Konfiszierung des Bürokratischen Kapitals war in der Volkswirtschaft ein großer staatlicher Sektor entstanden. Von 1946 bis Ende 1949 wurden 2 858 Industriebetriebe des Bürokratischen Kapitals mit 1,29 Millionen Beschäftigten und über 2 400 Unternehmen des Dienstleistungssektors enteignet und in staatliches Eigentums überführt. Hinzu kam in den Jahren 1951/1952 enteignetes Bürokratisches Kapital in kapitalistischen Privatunternehmen. 1952 erzeugte der staatliche Sektor bereits 56 Prozent der Energie, 66 Prozent der Kohle, 92 Prozent des Eisens, 97 Prozent des Stahls und 52 Prozent der Baumwollstoffe.[176] Sein Anteil am Wert der Industrieproduktion des Landes hatte sich gegenüber 34,2 Prozent im Jahre 1949 auf 52,8 Prozent im Jahre 1952 erhöht. Zählen wir den genossenschaftlichen Sektor hinzu, so waren es sogar 61 Prozent.[177]

Als die Volksrepublik gegründet wurde, existierte das mittelalter-

176. He Li, Geschichte der Volksrepublik China. Überarbeitete und ergänzte Ausgabe, Beijing 1995, S. 19, chines.
177. Yang Jianbai, Erfolge bei der Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft der Volksrepublik China, Beijing 1956, S.37, chines.

liche Bodensystem noch in zwei Dritteln des Landes. Für fast 300 Millionen Bauern stand die Bodenreform noch bevor. Nach Angaben des Staatlichen Amtes für Statistik besaßen in diesen Gebieten die Grundherrenklasse *(dizhu)* und reiche Bauern, die nicht einmal 7 Prozent der bäuerlichen Haushalte im Lande ausmachten, über 50 Prozent des gesamten Bodens. Arme Bauern und Pächter mit einem Anteil von 57 Prozent an den bäuerlichen Haushalten nannten nur 14 Prozent des gesamten Bodens ihr Eigen.[178] Das „Bodenreformgesetz der Volksrepublik China" vom 30.08.1950 wies gegenüber dem Bodengesetz von 1947 einige Besonderheiten auf.

Das Eigentum der reichen Bauern wurde nicht angetastet, um die Grundherren *(dizhu)* zu isolieren und die Unterstützung der Mittelbauern und der liberalen Bourgeoisie zu sichern. Bei den Grundherren wurden Boden, Ackervieh, landwirtschaftliche Geräte, das überzählige Getreide und der überschüssige Immobilienbesitz auf dem Dorf konfisziert, ihr übriges Eigentum wurde nicht angetastet. Von der Zentrale bis zur Basis wurden Bodenreformkomitees gebildet, die die Organisierung und Tätigkeit der Bauernvereinigungen als die eigentlichen Akteure der Bodereform anleiteten. Im Frühjahr 1953 war die Bodenreform bis auf Gebiete der nationalen Minderheiten wie Tibet und Xinjiang im Wesentlichen abgeschlossen. Über 300 Millionen Bauern hatten mehr als 700 Millionen Mu (knapp 47 Mio ha) Boden, 2,97 Millionen Stück Ackervieh, fast 30 Millionen Produktionsmittel, 38,7 Millionen Wohnräume und 10,5 Mrd. Jin (5,24 Mio t) Getreide erhalten. Hinzu kam, dass sie die Pacht, die über die Hälfte des Bewirtschaftungsertrages ausgemacht hatte, nicht mehr zahlen mussten.

Im Ergebnis der Bodenreform hatten sich die sozialökonomischen Verhältnisse auf dem Dorf grundlegend verändert. Der Mittelbauer[179] wurde zur zentralen Figur auf dem Dorf. Den Mittelbauern und den armen Bauern gehörten nun zusammen 91,3 Prozent des gesamten Ackerbodens.[180] Das Durchschnittseinkommen der Bauern hatte sich von 1949 zu 1952 um 30 Prozent erhöht.[181]

178. Zitiert nach: Pang Song, a.a.O., S. 99-100.
179. Als Mittelbauern galten nach der Bodenreform Bauern, die 3 Pferde, 1 Pflug und 1 Wagen oder 30 Mu (2 ha) Boden und einen Wasserbüffel besaßen.
180. Pang Song, a.a.O., S.118.
181. Zitiert nach: He Li, a.a.O., S . 48.

Die Landwirtschaft wurde jedoch unverändert auf die gleiche Weise wie seit zwei, dreitausend Jahren auf kleinen Flächen intensiv manuell betrieben. Sie war noch überwiegend Naturalwirtschaft. Produktion und Leben, Denken und Handeln der Bauern waren durch die Erfahrungen der vorangegangen Generationen, durch Ahnenkult und Clanfamilie, durch Konfuzianismus und pragmatisches Verhalten gegenüber den Göttern geprägt. Analphabetismus war vor allem ein dörfliches Phänomen.

Mit der Annahme des „Gewerkschaftsgesetzes der Volksrepublik" auf der 8. Tagung der Zentralregierung am 28. Juni 1950 wurde eine Reihe von Reformschritten zur Neugestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten eingeleitet. Paragraph 1 des Gewerkschaftsgesetzes regelte das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten: „Die Gewerkschaft ist die Massenorganisation für die freiwillige Vereinigung der Arbeiterklasse. Die körperlich und geistig tätigen Lohnarbeiter und die nicht fest angestellten Arbeiter der Arbeitgeber in allen Unternehmen, Organen und Schulen des Landes, die ihren Lebensunterhalt vollständig oder hauptsächlich durch ein Lohneinkommen bestreiten, haben das Recht, eine Gewerkschaft zu organisieren." Paragraph 7 regelte die allgemeinen Rechte der Gewerkschaft: „Die Gewerkschaft schützt die Interessen der Masse der Arbeiter und Angestellten und kontrolliert die gründliche Einhaltung der von der Regierung festgelegten Statuten und Ordnungen über den Arbeitsschutz, die Arbeitsversicherung, die Auszahlung des Lohnes nach den festgelegten Kriterien, die Hygiene in den Fabriken, die technische Sicherheit und andere relevante Statuten und Ordnungen durch die Administration und die Kapitalseite. Sie trägt die Verantwortung für alle Maßnahmen zur Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebens der Masse der Arbeiter und Angestellten." In staatlichen und genossenschaftlichen Unternehmen erhielt die Gewerkschaft das Recht, in Vertretung der Arbeiter und Angestellten an der Leitung der Produktion teilzunehmen und mit der Leitung des Unternehmens Kollektivverträge abzuschließen.[182]

Die Zahl der (zumeist am Arbeitsplatz angelernten) Arbeiter und Angestellten erhöhte sich von 8 Millionen im Jahre 1949 auf 15,8

182. Sammlung zentraler Gesetze und Anordnungen zur Arbeit, herausgegeben von der Forschungsabteilung für Arbeitspolitik des Ministeriums für Arbeit der Zentralen Volksregierung, Beijing 1953, S. 2-3, chines.

Millionen im Jahre 1952.[183] Der Durchschnittslohn stieg im gleichen Zeitraum von 262 Yuan auf 446 Yuan an. 1952 erreichte bzw. übertraf das Lohneinkommen das Niveau aus der Zeit vor dem Antijapanischen Krieg.[184]

Auf die Beseitigung des mittelalterlichen Heiratssystems war eine weitere demokratische Reform gerichtet. Am 13. April 1950 beschloss die zentrale Volksregierung das „Heiratsgesetz der Volksrepublik China". Es verkündete die Abschaffung der von den Eltern arrangierten Ehe und der Rechtlosigkeit der Frau, die Gleichberechtigung von Frau und Mann, die Freiheit der Eheschließung von Mann und Frau, die Monogamie und schützte die legalen Interessen von Frau und Kind. Das Gesetz setzte den Ausgangspunkt für den langwierigen Kampf um die Überwindung der mittelalterlichen Diskriminierung der Frau und die Durchsetzung ihrer Gleichberechtigung.

Die Reform im Bildungswesen begann mit einer Kampagne zur ideologischen Umerziehung der Intellektuellen aus der alten Gesellschaft, die größtenteils aus der Großgrundbesitzerklasse und der Bourgeoisie stammten und durch konfuzianische, bürgerliche und imperialistische Bildung geprägt waren. Im November 1951 gab das ZK der KP Chinas die „Weisung zur ideologischen Umerziehung und zur Arbeit der organisatorischen Überprüfung in den Schulen" heraus. Diese Kampagne, die zunächst unter den Lehrern an den Universitäten, Mittel- und Grundschulen und den Studierenden, dann unter den Intellektuellen der Bereiche Kunst und Literatur durchgeführt wurde, war im Herbst 1952 im Wesentlichen abgeschlossen. Gleichzeitig wurden Inhalt, System und Methoden der alten Bildung umgestaltet. Mit der Reformierung des inneren Aufbaus der Hochschulen wurden Hochschulbildung und Bedürfnisse des landesweiten Aufbaus aufeinander abgestimmt.

Der Anteil der Analphabeten und Halbanalphabeten an der Bevölkerung lag 1952 noch bei gut 80 Prozent.

1950 wurde auch damit begonnen, die Arbeit auf dem Gebiet der nationalen Minderheiten zu organisieren. Die Zentralregierung förderte den äquivalenten Warenaustausch, oft verknüpft mit einer Vorzugspolitik, um in den Gebieten der nationalen Minderheiten die

183. Unklar ist, nach welchen Kriterien der soziale Status eines Arbeiters definiert wurde.
184. Zitiert nach: He Li, a.a.O., S. 48.

Produktion zu fördern und das Leben zu verbessern. Bereits am 1. Mai 1947 war das Autonome Gebiet der Inneren Mongolei gegründet worden. Bis Oktober 1951 wurden in 30 Bezirken bis hinunter zur Ebene des Xiang weitere Volksregierungen auf der Grundlage der nationalen Autonomie gebildet. Auf der Grundlage erster Erfahrungen wurde am 22. Februar 1952 der „Grundriss für die Verwirklichung der nationalen Gebietsautonomie der Volksrepublik China" beschlossen. Darin heißt es im Punkt 2: „Die autonomen Gebiete aller nationalen Minderheiten sind ein *untrennbarer* (kursiv – d. V.)Teil des Territoriums der Volksrepublik China. Die autonomen Behörden aller Gebiete der nationalen Autonomie sind eine Ebene der lokalen politischen Macht unter der einheitlichen Führung der zentralen Volksregierung und werden von der Volksregierung der übergeordneten Ebene geleitet." Weiterhin wurde festgelegt, dass alle Gebiete mit nationalen Minderheiten das Recht haben, eine autonome administrative Einheit zu bilden, die in dem Gebiet geläufige nationale Sprache zu nutzen, ihre Wirtschaft, Kultur, Kunst und Bildung zu entwickeln, über eigene Finanzen zu verfügen und eigene nationale Kader heranzubilden.[185]

Von Ende 1951 bis Mai 1952 wurden nacheinander zwei Kampagnen durchgeführt – die Kampagne gegen die „drei Übel" Veruntreuung, Verschwendung und Bürokratismus im Partei- und Staatsapparat, in Unternehmen und Hochschulen und die Kampagne gegen die „fünf Übel" Bestechung, Steuerhinterziehung, Diebstahl von Staatsbesitz, Pfuschen und minderwertiges Material verwenden und Diebstahl von staatlichen Wirtschaftsinformationen durch die Bourgeoisie. Es ging um eine Überwindung von Ideologien, Anschauungen und Moral in der Gesellschaft, die der Verwirklichung des „Gemeinsamen Programms" entgegen wirkten. Diese Kampagnen waren zugleich auf die Begrenzung des Kapitalismus gerichtet.

Mit der Gründung hatte die Volksrepublik China erklärt, dass sie die einzige legale Regierung des chinesischen Volkes und bereit ist, mit allen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität Beziehungen aufzunehmen. In ihrer Außenpolitik setz-

185. „Dokumente der Nationalitätenpolitik", Beijing 1952, S. 6 ff., chines.

te sie drei Akzente: Nichtanerkennung aller von der GMD-Regierung abgeschlossenen diskriminierenden Verträge und Bereitschaft zur Herstellung gleichberechtigter Beziehungen, Beseitigung der restlichen Kräfte des Imperialismus in China und ihrer Privilegien und Festigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, konsequenter Zusammenschluss mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern. Die UdSSR nahm am 2. Oktober 1949 als erster Staat mit der Volksrepublik China die diplomatischen Beziehungen auf. Im Ergebnis des Besuchs Mao Zedong in Moskau Ende 1949/Anfang 1950 unterzeichneten beide Seiten Abkommen über die chinesische Changchun-Eisenbahn, Lüshun (Port Arthur) und Dalian (Dairen) sowie über Gewährung eines sowjetischen Kredits. Am 13. Februar wurde der „Chinesisch-sowjetische Vertrag der Freundschaft, des Beistandes und der gegenseitigen Hilfe" abgeschlossen. In den ersten Monaten ihres Bestehens nahm die VR China auch die Beziehungen mit den anderen volksdemokratischen Ländern auf.

Bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Burma am 19. Dezember 1949 erklärte Mao Zedong, dass die VR China den Abbruch ihrer Beziehungen mit der GMD-Regierung auf Taiwan als Bedingung für die Aufnahme außenpolitischer Beziehungen betrachte. Bis 1951 konnten auf dieser Grundlage die Beziehungen mit Indien, Indonesien, Pakistan, Schweden, Dänemark, Finnland und der Schweiz aufgenommen werden. Anerkannt, aber noch ohne diplomatische Beziehungen aufzunehmen, wurde die Volksrepublik in diesem Zeitraum auch von Großbritannien, Holland, Norwegen, Ceylon, Afghanistan, Nepal und Israel. Die USA hingegen setzten ihre Politik der Unterstützung des GMD-Regimes auf Taiwan fort. Gegenüber der Volksrepublik China betrieben sie eine Politik der Isolierung und Eindämmung.

Die demokratischen Reformen festigten die Volksmacht und schufen wesentliche Voraussetzungen für die Ausgestaltung der Neudemokratischen Gesellschaft.

2. Abbruch der neudemokratischen Entwicklung, Orientierung auf den unmittelbaren Übergang zum Sozialismus.

Mit der Wiederherstellung der Wirtschaft und dem Abschluss der Bodenreform war für Mao Zedong entgegen früheren Aussagen der Zeitpunkt gekommen, den unmittelbaren Übergang zum Sozialismus einzuleiten. Das ließen schon Äußerungen wie die in der Mitte des Jahres 1950 vermuten: „Haben wir erst einmal die Prüfungen des Krieges und der Bodenreform hinter uns gebracht, dann wird uns die noch ausstehende Prüfung, die Prüfung des Sozialismus, der sozialistischen Umgestaltung im ganzen Lande, leicht fallen."[186] 1952 waren die Prüfungen der zuerst genannten Kategorie bestanden.

Noch im gleichen Jahr begann Mao Zedong die Diskussion in der Parteiführung über die Einleitung des Übergangs zum Sozialismus. Der tragende Gedanke, der auch dieser Diskussion zugrunde lag, war, den Prozess zur Überwindung der Rückständigkeit des Landes und die Schaffung eines starken China zu beschleunigen. Mao Zedong befürchtete, folgen wir seinen Reden in dieser Zeit, dass sich China in überschaubarer Zukunft einem Krieg mit dem Imperialismus gegenübersehen sehen würde. Die verbleibende Frist des Friedens, die er mit etwa 10-12 Jahren ansetzte, sollte genutzt werden, um die Industrialisierung und Umgestaltung schneller als ursprünglich geplant zu verwirklichen.[187] Bei diesen Überlegungen spielte sicherlich auch die traumatische Erinnerung des chinesichen Volkes eine Rolle, als eine der ältesten und reichsten Kulturen der Menschheit ein Jahrhundert lang kolonialer Unterdrückung, Ausbeutung und Erniedrigung ausgesetzt gewesen zu sein. Das sollte sich nie mehr wiederholen.

Das alles hätte aus meiner Sicht zunächst und für längere Zeit durch die Entfaltung der Triebkräfte der neudemokratischen Gesellschaft erreicht werden können, zumal die VR China mit der UdSSR

186. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs", Bd. V, Beijing 1978, S. 37.

187. Auf einer Beratung des ZK im Dezember 1955 übermittelte Liu Shaoqi beispielsweise eine Weisung Mao Zedongs, in der das „rechte konservative Gedankengut" unter den Kadern kritisiert und zur beschleunigten Vollendung der Aufgaben der Übergangsperiode aufgerufen wurde. Darin hieß es, dass „die gegenwärtige Zeit ohne Krieg, die Zeit des internationalen Friedens ausgenutzt werden muss, um unsere Anstrengungen nochmals zu verstärken und unsere Entwicklung zu beschleunigen ...". Zitiert nach: Bo Yibo, a.a.O., S. 367.

militärisch verbündet war. Der Bruch in der gesellschaftlichen Entwicklung, den Mao Zedong mit seiner Umorientierung auf den Übergang Chinas zum Sozialismus trotz fehlender Voraussetzungen vornahm, dürfte deshalb letztlich einen anderen Grund gehabt haben als die, die oben genannt und in chinesischen Veröffentlichungen zu lesen sind.

Für Mao Zedong siegte die chinesische Revolution dreißig Jahre zu spät, d. h. erst dreißig Jahre nach der russischen Oktoberrevolution.[188] Ich gehe deshalb davon aus, dass Mao Zedong im Grunde danach strebte, die UdSSR in ihrer gesellschaftlichen Entwicklung zunächst einmal einzuholen und dann, überholen. Die folgende Äußerung J. W. Stalins aus dem Jahre 1952 kann für das strategische Umdenken Mao Zedongs durchaus eine wesentliche Rolle gespielt haben: „Der Aufbau des Sozialismus ist schon abgeschlossen. Jetzt ist bereits die Zeit des allmählichen Übergangs zum Kommunismus gekommen."[189] Aus den kritischen Bemerkungen Mao Zedongs zum XX. Parteitag der KPdSU könnte auch entnommen werden, dass die KP Chinas ein starkes China anstrebte, das in natürlicher Weise nicht mehr hinter dem „sowjetischen älteren Bruder" zurückstehen würde und im Bündnis eine selbstständige und unabhängige Rolle zu spielen vermochte. Die KP China hatte schließlich eigene Erfahrungen mit der absoluten Unterordnung der KP Chinas unter das EKKI und damit der KPdSU und ihren Auswirkungen auf die Partei seit Mitte der 20er Jahre sammeln müssen. Mao Zedong hatte ein ausgezeichnetes historisches Gedächtnis. Mit der durchgehenden Abschaffung und Vergesellschaftung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln glaubte er wohl, den Weg gefunden zu haben, um die Entwicklung des Landes optimal beschleunigen zu können.

Die Wende in den Überlegungen Mao Zedongs begann mit seiner Weisung zur Neubestimmung des gesellschaftlichen Hauptwiderspruchs Anfang Juni 1952: „Mit dem Sturz der Grundbesitzerklasse und der bürokratischen Kapitalisten ist der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der nationalen Bourgeoisie der Hauptwiderspruch in China geworden; deshalb sollte die nationale Bourgeoisie nicht weiter als Zwischenklasse definiert werden."[190] Den Gedanken,

188. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs", a.a.O., S.344.
189. Zitiert aus dem Chinesischen nach: Bo Yibo, a.a.O., S. 540. Für Stalin wie für die gesamte damalige kommunistische Bewegung war der Sozialismus lediglich eine Zeit des Übergangs zum Kommunismus.
190. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs", S. 83.

den Übergang zum Sozialismus einzuleiten, äußerte Mao Zedong erstmals auf einer Beratung über den 1. Fünfjahrplan im Sekretariat des ZK der KPCh am 24. September 1952. Seiner Einschätzung nach könne der Übergang in etwa 10-15 Jahren abgeschlossen werden. Das entscheidende Kriterium für den Fortschritt zum Sozialismus sah er im Wachstum des Anteils des staatlichen Sektors an der Volkswirtschaft. Bo Yibo schreibt, dass die anderen Mitglieder der Parteiführung von der Konzeption Maos für den Übergang Chinas zum Sozialismus tief beeindruckt waren. Es wäre zwar auch diskutiert worden, die Konzeption hätte jedoch sofort die Zustimmung aller Anwesenden gefunden.[191]

An dieser Stelle möchte ich eine Anmerkung machen, die sich aus dem Studium von Reden und Publikationen anderer Führungskader der KP Chinas ergibt. Es darf nicht vergessen werden, dass Liu Shaoqi, Zhou Enlai, Chen Yun und andere führende Persönlichkeiten der KP Chinas in den verschiedenen Etappen der Entwicklung bedeutende Beiträge bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Politik der KP Chinas leisteten. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass im „Zeitalter Mao Zedongs" die entscheidenden Beschlüsse der Partei vom Vorsitzenden Mao initiiert und bestimmt wurden. Überdies bewegten sich die Gedanken der anderen Vertreter der Parteiführung mit wenigen Ausnahmen immer im Rahmen der Orientierungen, die Mao Zedong zuvor gegeben hatte.

Aus den Aufzeichnungen Bo Yibos geht hervor, dass Mao Zedong aus der Entwicklung der Sowjetunion unter Stalin von 1924 bis 1939 fast parallele Schlussfolgerungen für die Gestaltung der Übergangsperiode in China gezogen hatte. Ausgangspunkt für Mao war die Aussage im Bericht Stalins über den Verfassungsentwurf vom 25.11.1936, dass die Industrialisierung und die sozialistische Umgestaltung in 13 Jahren abgeschlossen worden waren. Zwei Zahlen beeindruckten Mao Zedong – die Entwicklung der Anteile des Gemeineigentums im Bereich der Industrie auf 99,96 Prozent und der Industrie am Gesamtwert von Industrie und Landwirtschaft auf 70,4 Prozent (1933). Hiervon ausgehend setzte Mao Zedong für China, das wesentlich rückständiger gewesen war als das alte Russland[192], nur etwa 10 bis 15 Jahre für die Bewältigung beider Auf-

191. Ebd., S. 150-154.

192. Im Russland vor der Oktoberrevolution (1913) hatte die Industrie einen Anteil von über 40 % am gesamten Produktionswert der Volkswirtschaft, in China vor 1949 nicht einmal 10 %, das Handwerk eingeschlossen.

gaben an. Um sicher zu sein, wurde Stalin zu diesen Überlegungen konsultiert. Das geschah in einem Brief, den Liu Shaoqi im Auftrage Maos schrieb, als er die chinesische Delegation zum XIX. Parteitag der KPdSU(B) leitete. Stalin stimmte diesen Überlegungen zu, meinte jedoch, der Übergang solle allmählich erfolgen.[193]

Damit war für die KP Chinas das Problem der Generallinie für die Übergangsperiode ausgeklärt. Ich zitiere ihre endgültige Fassung aus der Rede Mao Zedongs vor dem Politbüro des ZK der Partei am 15. Juni 1953: „Die Generallinie oder allgemeine Aufgabe der Partei in der Übergangsperiode ist es, in zehn bis fünfzehn oder etwas mehr Jahren die Industrialisierung des Landes und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft, des Handwerks, der kapitalistischen Industrie und des kapitalistischen Handels im Wesentlichen zu verwirklichen. Die Generallinie ist der Leitstern für unsere Arbeit. Wir dürfen von dieser Generallinie nicht abgehen, sonst werden wir ‚linke' oder rechte Fehler begehen."[194] Einen Monat später fügte er einen Gedanken hinzu, der die Übergangsperiode im Grunde neu definierte und damit im Widerspruch zum gefassten Beschluss des Politbüros stand: „Von der Gründung der Volksrepublik China bis zum wesentlichen Abschluss der sozialistischen Umgestaltung ist eine Übergangsperiode."[195] Damit wurde der Beginn der Übergangsperiode nicht nur vordatiert. Wesentlicher war, dass der Gedanke, Industrialisierung und sozialistische Umgestaltung in einem etwa gleichen Zeitraum zu verwirklichen, aufgegeben und letztere von der Industrialisierung getrennt vorgezogen wurde. In diesem Sinne wurde die Generallinie bis 1956 dann auch umgesetzt. Widersprüchliches dieser Art findet sich in den „Ausgewählten Werken" Maos immer wieder.[196]

In der Frage der Gestaltung der Neudemokratischen Gesellschaft war es durch die Neuorientierung Mao Zedongs in der Parteiführung zeitweilig zu unübersehbaren Meinungsverschiedenheiten gekommen. Während die neudemokratische Entwicklung für Mao

193. Bo Yibo, a.a.O., S. 154-156. Dass die regierenden kommunistischen Parteien der volksdemokratischen Länder vor wichtigen nationalen Entscheidungen Stalin konsultierten, scheint damals, wie auch das Beispiel der SED zeigt, die Normalität gewesen zu sein.
194. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs", a.a.O., S.101.
195. Weisung v. August 1953, ebd., S.112.
196. Neben der allgemeinen Formulierung, dass der Übergang zum Sozialismus in China aus „halbkolonialen und halbfeudalen" Gesellschaftsverhältnissen erfolgte, findet sich bei Mao Zedong auch die Einschätzung des Übergangs Chinas „vom Kapitalismus zum Sozialismus". Siehe: ebd., S. 203.

nun eine Revolution war, in der das kapitalistische System zu Grabe getragen wurde, vertraten Liu Shaoqi, Bo Yibo und andere weiterhin die ursprüngliche Auffassung der Parteiführung, die neudemokratische Phase fortzusetzen. Mao Zedong attackierte diese Tendenz im Sommer 1953 als eine „rechte Abweichung".[197] Konkret wandte er sich gegen Auffassungen, das Privateigentum an Produktionsmitteln beizubehalten und zu garantieren, die neudemokratische Entwicklung fortzusetzen und die Neudemokratische Gesellschaftsordnung fester zu verankern.

Mao Zedong wie Liu Shaoqi sprachen vom Übergangscharakter dieser Gesellschaft. Mao verstand darunter den Übergang zum Sozialismus. Für Liu hingegen war die Neudemokratische Gesellschaft damals eine längere relativ selbstständige Phase zwischen dem Sieg der politischen Revolution der Neuen Demokratie (1949) und der Einleitung des eigentlichen Übergangs zum Sozialismus. Mao wollte nun nach dem Beispiel der Sowjetunion den Weg zur Industrialisierung durch die sozialistische Umgestaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln öffnen. Liu hingegen sah die Industrialisierung des Landes bei Nutzung des Privatkapitalismus als Voraussetzung für den Übergang zum Sozialismus an. „Wir dürfen die neudemokratische Etappe nicht mit der sozialistischen Etappe durcheinander bringen. Von der Einzelproduktion zur kollektiven Wirtschaft – das ist eine Revolution in der Produktionsweise. Die kollektive Wirtschaft ist ohne maschinelle Instrumente nicht zu festigen ... Die heutige Gesellschaft ist eine Gesellschaft des Privateigentums."[198] Diese Grundposition Liu Shaoqis findet sich auch in seiner Rede zum 30. Jahrestag der Gründung der KP Chinas: „Wir müssen noch einen langen, komplizierten und schwierigen Kampf führen, nur so können wir unseren bereits erreichten Sieg bewahren und festigen und die Sache des neudemokratischen Aufbaus vollenden, damit China sich aus einem Agrar- in ein Industrieland verwandelt. Danach müssen wir weiter vorwärts schreiten zum Sozialismus und Kommunismus. Letztlich werden wir die Klassen beseitigen ..."[199] Im Unterschied zu Mao mussten aus der Sicht Liu Shaoqis auf Grund

197. Die Art, wie sich Mao Zedong mit Andersdenkenden auseinander setzte, ähnelte den Praktiken des EKKI unter Stalin.
198. Aufzeichnung An Ziwens über dieses Gespräch, zitiert nach: Bo Yibo, a.a.O., S. 140-141.
199. „Ausgewählte Werke Liu Shaoqis", Tokio 1967, S. 304, chines.

der nationalen Gegebenheiten erst einmal die materiellen Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus geschaffen werden. Der fundamentale Gedanke, erst einmal objektive Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus schaffen zu müssen, unterschied Liu damals grundsätzlich von der Position Maos. Während Mao sich an Stalin orientierte, erinnert die Position Liu Shaoqis mehr an die neue Theorie des Übergangs aus dem Mittelalter zum Sozialismus, die Lenin entwickelt hatte. Liu Shaoqi legte die Theorie der Neudemokratischen Gesellschaft konsequenter aus als es Mao jemals getan hatte. Deshalb müsste sein Name eigentlich mit genannt werden, wenn von der Neuen Demokratie die Rede ist.

Liu Shaoqi hatte jedoch keinerlei Chance, sich gegen Mao in der Partei durchzusetzen. Das war nicht allein durch das reale Kräfteverhältnis bedingt.[200] Offenbar war es seit dem VII. Parteitag ein ungeschriebenes Gesetz in der Partei geworden, dass die Position des Vorsitzenden Mao in jedem Falle das Sagen und sich jedermann ihr unterzuordnen hatte, wenn er nicht als rechter oder „linker" Abweichler gebranndmarkt werden wollte. Ein typisches Beispiel dafür war das schon erwähnte Auftreten Mao Zedongs im August 1953. Er warf den Vertretern der Neudemokratischen Gesellschaft vor, bürgerliche Ideen in der Partei verbreiten zu wollen. Seine Kritik war im Grunde eine politische Diskriminierung von Genossen, die sich um Revolution und Aufbau verdient gemacht hatten. Namentlich attackierte er Bo Yibo. Bo hatte 1951 als 1. Sekretär des Nordchinesischen Büros des ZK der Partei die Auffassungen Liu Shaoqis in der Frage der Genossenschaften geteilt. Mao bezichtigte ihn nun, dem Kapitalismus zu nützen und dem Sozialismus zu schaden. Er warf ihm vor, dem Beschluss der 2. Plenartagung des VII. Zentralkomitees der Partei zuwider gehandelt zu haben.[201] Subjektivistische Fehler wie die Bos wären kein Einzelfall, man finde sie überall auf zentraler und auf lokaler Ebene. Der Schlag auf den Sack meinte den Esel. Mao Zedong konnte aber bereits in dieser Rede konstatieren, dass Liu Shaoqi und Deng Xiaoping ihre „Fehler" eingestanden, Selbstkritik geübt und sich wieder der „richtigen" (Maos) Linie angeschlossen hätten.

Das Aufgreifen des Stalinschen Modells durch Mao Zedong hatte

200. Deutlich wird dies z. B. in seiner Rede zum 30. Jahrestag der Gründung der Partei. Bevor er seine Position zur neudemokratischen Gesellschaft darlegte, lobte er Mao erst einmal überschwänglich. Er bemühte sich auch, seine eigene Position unter Berufung auf Mao abzusichern.

201. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs", a.a.O., S. 115.

Folgen für das Sozialismus-Verständnis der KP Chinas. Die Kampagne zur Propagierung der Generallinie für die Übergangsperiode Ende 1953 /Frühjahr 1954 war mit der Propagierung der sowjetischen Erfahrungen (in der Version Stalins) verbunden. Hohe Parteikader hatten Kapitel 9-12 der „Kurzen Geschichte der KPdSU(B)" zu studieren (Wiederherstellung der Volkswirtschaft, Industrialisierung und Kollektivierung). So lernten sie die NÖP Lenins lediglich als eine Politik zur Wiederherstellung der Wirtschaft kennen.[202] Mit dem Übergang zum Sozialismus in der Sowjetunion übernahm die KPCh auch die Sozialismus-Auffassung Stalins. Damit verkörperte sich der Sozialismus unter den Bedingungen rückständiger gesellschaftlicher Produktivkräfte auch für die KP Chinas in einer hoch zentralisierten Wirtschaftsleitung, die alle Produktion und Reproduktion steuerte. Daraus ergab sich mit logischer Konsequenz, dass Sozialismus auch ein politisch hoch zentralisierter und hierarchisch aufgebauter Machtapparat sein musste. Das Problem war, dass diese Macht praktisch ohne jegliche Kontrolle über alle drei Gewalten verfügte.

Die Überlegungen Liu Shaoqis zeigen, dass die Möglichkeit bestanden hätte, in der Behandlung der Dialektik zwischen Industrialisierung und sozialistischer Umgestaltung einen anderen Weg einzuschlagen. Dieser Weg hätte zweifelsohne im Unterschied zur Kopie des sowjetischen Modells á la Stalin durch Mao Zedong stärker den nationalen Gegebenheiten entsprochen. Es erstaunt übrigens im Nachhinein, dass eine so grundlegende Entscheidung wie die Einleitung des Übergangs zum Sozialismus nicht durch einen Parteitag getroffen und auch erst Monate danach durch ein ZK-Plenum sanktioniert wurde. Das Volk wurde dazu auch nicht befragt, obwohl Mao Zedong das selbst mehrfach versprochen hatte. Mao Zedong hätte sich nun, an seiner früheren Auffassung gemessen, ein nichtindustrialisiertes China könne nicht sofort zum Sozialismus übergehen, selbst eines „linken Fehlers", einer „Abweichung von der Linie" und als Vertreter eines „Sozialismus der Volkstümler" bezichtigten müssen. Eine Praxis hatte sich nicht verändert: die Vorbereitung neuer politischer Orientierungen durch eine ideologisch-politische Massenkampagne.

Es bleibt noch eine Frage zu klären: Hatte sich Mao Zedong mit

202. Vergl. Pang Song, a.a.O., S. 307-308.

seiner Rede „Über die zehn großen Beziehungen“ vor dem Politbüro am 25. April 1956 von dem sowjetischen Modell gelöst und begonnen, einen sozialistischen Weg zu beschreiten, der den nationalen Gegebenheiten entsprach?

Die schnellen politischen Veränderungen und das Hervortreten von Mängeln in der Entwicklung der Volkswirtschaft in der Sowjetunion nach Stalin hatten Mao Zedong veranlasst, „von der Sowjetunion als warnendes Beispiel“ (yi su wie jian) zu sprechen. Die Frage, die sich damit stellte, war, inwieweit der bisherige ökonomische Kurs der KP Chinas nach sowjetischem Beispiel nicht auch die „sowjetischen Umwege“ einschloss und den nationalen Gegebenheiten Chinas überhaupt entsprach? Die Ergebnisse von durchgeführten wirtschaftlichen Untersuchungen, die Antwort auf diese Frage geben sollten, fasste Mao in der erwähnten Rede zusammen. Bo Yibo wertete diese Ausführungen Mao Zedongs als eine „erste Zusammenfassung der Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau unseres Landes und eine Formulierung der Aufgaben bei der Suche nach einem Weg des sozialistischen Aufbaus, der den nationalen Gegebenheiten Chinas entspricht“.[203] Unter chinesischen Wissenschaftlern zirkuliert sogar die Meinung, dass die KPCh damit bereits grundsätzlich vom sowjetischen Modell abgerückt war und einen eigenen Weg eingeschlagen hatte.

Ich teile diese Einschätzung nicht. Mao Zedong ging es darum, sowjetische Fehler in China nicht noch einmal zu machen und im Rahmen dieses Modells alle Möglichkeiten auszuschöpfen und alle Kräfte Chinas zu mobilisieren, um die ökonomische Entwicklung des Landes zu beschleunigen. Seine Schlussfolgerungen aus den angestellten Untersuchungen schufen Möglichkeiten, die Politik der KP Chinas in einer Reihe von Fragen effektiver und reibungsärmer zu gestalten. Das Modell selbst hatte er jedoch nicht infrage gestellt. Er hat diese Frage nicht einmal aufgeworfen. In seiner Rede „Über die zehn großen Beziehungen“ heißt es sogar, dass die Fehler Stalins nur „partieller und zeitweiliger Natur“ waren. „Auch wenn manches, wie man hört, schon seit 20 Jahren andauert, handelt es sich dennoch um vorübergehende Teilfehler, die korrigiert werden können. Die Hauptströmung, die hauptsächliche Seite, der größere Teil in der Sowjetunion, ist korrekt.“[204] Stalin war für ihn zu 70 Prozent positiv

203. Bo Yibo, a.a.O. , S.346.
204. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs“, a.a.O., S.397.

und nur zu 30 Prozent negativ zu beurteilen. Auch hieran lässt sich ablesen, dass das sowjetische Modell für Mao Zedong an sich nicht zur Debatte stand. Wäre es anders gewesen, hätte er die Frage des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen prinzipiell aufwerfen müssen. Auch das tat er nicht. Hätte Mao das bis dahin verfolgte Modell des Sozialismus aufgegeben, wäre er grundsätzlich von den nationalen Bedingungen ausgegangen, dann hätte er seinen Kurs, die Eigentumsverhältnisse trotz rückständiger gesellschaftlicher Produktivkräfte immer weiter formal zu vergesellschaften, infrage stellen und sich der Lösung dieses Widerspruchs zuwenden müssen. Im Gegenteil, seine Bemerkungen in der Rede über die zwei Schwächen Chinas, die zugleich seine Stärken wären, machen darauf aufmerksam, dass sich die voluntaristische Tendenz im Denken Mao Zedongs trotz seiner Überlegungen zur Lösung innerer Widersprüche nicht abschwächte, sondern noch zu verstärken schien. Ich entnehme dies seiner Betrachtung am Ende seiner Rede „Über die zehn großen Beziehungen". China si einerseits „arm", andererseits aber auch ein „unbeschriebenes Blatt". Armut mache revolutionär, Reichtum bewirke das Gegenteil. Weil das chinesische Volk einem weißen Blatt Papier gleiche (???– d. V.), könne es (von seiner Führung – d. V.) „gut beschrieben" werden. [205]

3. Gesellschaftliche Veränderungen in der Zeit des 1. Fünfjahrplans

3.1. Ausgestaltung und Festigung der politischen Macht

Mit der Ausübung der politischen Macht im gesamten Lande befand sich die KP Chinas in einer grundlegend neuen Situation. Damit stellte sich auch eine Reihe von neuen Problemen für den Aufbau und die Entwicklung der Partei.

205. Ebd., S. 344-345. Immer, wenn ich diese Stelle in den Werken Mao Zedongs lese, erinnere ich mich an die „revolutionären" Opern wie „Shajiabang", die ich am Vorabend und in der „Kulturrevolution" sah. Sie stellten den makellosen Helden dar. der Mao Zedong und seinen Ideen blindlings folgte. Die Menschen wurden organisiert ins Theater geführt, um den Helden zu kopieren und so zu werden wie er.

Wie würden die Kader und Mitglieder der Partei, die jetzt die Macht im Lande ausübten, mit dieser Macht umgehen? Würden sie diese Macht im Interesse des Volkes oder zum eigenen Vorteil nutzen? Die Arbeit der Partei hatte sich aus dem Dorf in die Stadt verlagert. Damit hatte sich der Übergang vom militärischen Kampf zum ökonomischen Aufbau vollzogen. In Kriegszeiten war die Partei wie der Fisch im Wasser im Volke verankert gewesen, um überhaupt überleben und siegen zu können. Jetzt, unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen, wuchs die Gefahr, dass sich die Kader und Mitglieder der Partei vom Volke lösen könnten.

Mit diesen gesellschaftlichen Veränderungen war die Zahl der Mitglieder seit 1949 um etwa 2 Millionen angestiegen. Unter den neuen Mitgliedern befanden sich auch Personen, die den Ansprüchen des Statuts nicht genügten oder Karriere machen wollten. Unter ihnen befanden sich auch konterrevolutionäre Elemente. Hinzu kam, dass die übergroße Mehrheit der Mitglieder Bauern waren. Sie hatten im Kriege Großes geleistet, verfügten jedoch kaum über marxistische Kenntnisse. Insbesondere diese Mitglieder waren ideologisch nicht auf die neuen Aufgaben vorbereitet und vielfach dem traditionellen bäuerlichen Denken weiterhin verhaftet.

Das ZK der KP Chinas hatte deshalb im Mai 1950 beschlossen, nach dem Beispiel der Bewegung zur Verbesserung des Arbeitsstils in Yanan unter den Kadern eine neunmonatige Kampagne zur ideologischen Säuberung und zur Verbesserung ihrer Beziehungen mit dem Volke durchzuführen. Im Februar 1951 war die Fortsetzung der Kampagne unter allen Parteimitgliedern und in den 250 000 Grundorganisationen bis 1954 beschlossen worden. Im Ergebnis dieser innerparteilichen Auseinandersetzungen wurden 410 000 der über 6,2 Millionen Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen bzw. ihnen nahe gelegt, aus der Partei auszutreten. Viele Leitungen der GO waren reorganisiert und mit qualifizierteren Kadern neu besetzt worden. Die Anforderungen an ein Parteimitglied hatten sich deutlich erhöht und die Partei soll weitgehend von parteifremden Elementen gesäubert worden sein. Es hieß, dass sich vor allem die Kader den Interessen und Problemen des einfachen Volkes stärker zugewandt hätten. Es sollte sich jedoch zeigen, dass die Entwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche in der Partei bald neben neuen auch wieder alte Probleme hervortreten ließ. Das theore-

tische Niveau in der Partei war nach wie vor niedrig.

Nach der Festlegung der Generallinie für die Übergangsperiode begann die Parteiführung sich mit der Frage der weiteren Gestaltung des Staatssystems zu befassen. Das betraf vor allem die Einberufung des Nationalen Volkskongresses (NVK), die Annahme einer Verfassung und die Vorbereitung auf den VIII. Parteitag. Diskutiert wurden auch die Gestaltung der zentralen Exekutive und der Führungsspitze der Partei. In diesem Zusammenhang war der Vorschlag Mao Zedongs von grundlegendem Interesse, im Machtapparat eine erste und eine zweiten Ebene der Verantwortlichkeit einzuführen.

In diesem Zusammenhang kam es zu einer grundlegenden Auseinandersetzung mit den zentralen Führungskadern Gao Gang und Rao Shushi. Gao war nach Gründung der VR China Sekretär des NO-Büros des ZK und stellvertretender Ministerpräsident gewesen. Ende 1952 wurde er in die Zentrale nach Beijing gerufen, um die Funktion des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission zu übernehmen. Rao hatte als Sekretär des Ostchinesischen Büros des ZK gearbeitet, bevor er Anfang 1953 als Leiter der Abteilung Organisation des ZK eingesetzt wurde. Gao Gang und Rao Shushi hatten offenbar versucht, sich einige kritische Bemerkungen Maos zum Auftreten von Liu Shaoqi und Zhou Enlai zunutze zu machen, um ihre Positionen auf Kosten der beiden auszubauen. Mao sprach von „einem zweiten Hauptquartier", das Gao und Rao in Beijing eingerichtet hätten.[206] Beide hatten dabei, wenn auch erfolglos, versucht andere Mitglieder der Parteiführung für ihren Coup zu gewinnen. Die Auseinandersetzung mit ihnen Ende 1953 wurde mit ihrem Ausschluss aus der Partei und der Absetzung von allen ihren Funktionen auf der 4. Tagung des VII.ZK beendet. Die Begründung lautete „parteifeindliche Tätigkeit" mit dem Ziel der Spaltung der Partei, was dokumentarisch jedoch nicht nachgewiesen werden konnte.

Ich denke, in dieser Auseinandersetzung spielte wohl auch ein anderes Moment eine wesentliche Rolle. Mao Zedong beschuldigte Gao Gang einige Jahre später, „unerlaubte Beziehungen mit dem Ausland" gehabt zu haben. Es ging konkret um interne Informationen, die Gao Gang vor der Reise Maos nach Moskau Ende 1949 der sowjetischen

206. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs", a.a.O., S.321.

Seite über die Lage in der KP Chinas gegeben hatte.[207] Möglicherweise war das nicht das einzige Fall und Gao längere Zeit Informant für die sowjetische Seite gewesen. Solche Fälle sind auch aus anderen kommunistischen Parteien volksdemokratischer Länder bekannt. In der KP Chinas war solcher Art Tätigkeit strikt untersagt, auch, um die Beziehungen mit anderen Parteien nicht zu belasten.

Die 4. Tagung des Zentralkomitees fasste mit dem Ausschluss von Gao und Rao zugleich einen „Beschluss zur Stärkung der Einheit der Partei". Darin heißt es, dass sogar Führungskader die Bedeutung der Einheit der Partei unterschätzen würden. Die Kader und Mitglieder Partei wurden deshalb aufgerufen, diese Einheit wie ihren Augapfel zu hüten.

1. Tagung des I. Nationalen Volkskongresses

Nach der Installierung der provisorischen Volksvertreterkonferenzen Ende 1952 musste nun der nächste Schritt erfolgen, der Aufbau des staatlichen Systems in Gestalt gewählter Volkskongresse. Dem diente die erste Volkszählung, die in der VR China durchgeführt wurde. Mit dem Stichtag 20. Juni 1953, 24 Uhr, hatte die VR China (Festland) eine Bevölkerung von 601 938 035 Menschen. Die Wahl der Abgeordneten für die Volkskongresse der Xiang, Kreise, Städte, Provinzen und des NVK erfolgte auf der Grundlage des Wahlgesetzes vom 1. 3. 1953, das den Bürgern ab dem 18. Lebensjahr das Wahlrecht sicherte. Die Wahlen zu den 210 000 Volkskongressen der Xiang erfolgten direkt und offen durch Erheben der Hand. Die Wahl der Abgeordneten der Volkskongresse ab Kreisebene erfolgte indirekt durch die Abgeordneten der jeweils unteren Ebene.

Die 1.Tagung des I. NVK wurde am 15.9.1954 in Beijing eröffnet. Von den 1 226 Abgeordneten gehörten 668 der KP Chinas (54,48%

207. Ebd., S.383-384. 1949 hatte Liu Shaoqi dem NO-Büro des ZK „linke" abenteuerliche Fehler in der Politik gegenüber der nationalen Bourgeoisie vorgeworfen. Gao hat sich dafür rächen wollen und den damaligen sowjetischen Chefberater der Nordostchinesischen Eisenbahn Kowaljow informiert, dass es in der Führung der KP Chinas eine „den USA nahe stehende Fraktion" gäbe, deren Vertreter Liu Shaoqi wäre. Nun kommt ein zweites Moment hinzu: Kowaljow verfasste darüber eine Information, die Stalin vorgelegt wurde.. Als Mao Ende Dezember 1949 in Moskau eingetroffen war, wurde er erst nach mehreren Tagen von Stalin empfangen, das auch erst nach einem Protest. Der Grund war dieser Bericht, den Stalin dann Mao Zedong aushändigte. Siehe dazu auch: Bo Yibo, a.a.O., S. 28-29, 219. In China kam es nicht selten vor, dass hohe lokale Beamte, die abgesetzt werden sollten, zuvor aus ihren lokalen Machtpositionen entfernt, in die Zentrale geholt und dort kurzzeitig in zentrale Führungspositionen „befördert" wurden.

aller Abgeordneten) an. Diese Mehrheit sicherte, wie es heißt, „die starke Führung der Arbeiterklasse im politischen Leben des Staates".[208] Auf der Tagesordnung standen die Annahme der Verfassung und einiger wichtiger Gesetze, die Bestätigung des Arbeitsberichts der Regierung und die Wahl der staatlichen Führung.

Mao Zedong formulierte in seiner Eröffnungsrede die allgemeine Aufgabe für die Arbeit des NVK: Das gesamte Volk zusammenschließen und die Hilfe aller internationalen Freunde erringen, um für den Aufbau eines starken sozialistischen Landes, für die Erhaltung des internationalen Friedens und die Entwicklung des Fortschritts der Menschheit zu kämpfen. Liu Shaoqi referierte über den Verfassungsentwurf, den er als Verallgemeinerung der Erfahrungen der letzten über hundert Jahre chinesischer Geschichte bezeichnete. Zhou Enlai erstattete den Bericht der Regierung. Der wirtschaftliche Aufbau würde bereits den ersten Platz in der Entwicklung des Landes einnehmen. Er setzte in seinem Bericht folgendes Ziel: „Bewirken, dass sich die Volkswirtschaft unseres Landes auf sozialistischem Weg planmäßig und schnell entwickelt und ein starkes Land mit moderner Industrie, moderner Landwirtschaft, modernem Verkehr und Transport und moderner Landesverteidigung geschaffen wird."

Die auf dieser Tagung angenommene Verfassung löste die provisorische Verfassung, das „Gemeinsame Programm", ab. Die Volksrepublik China wurde als ein Staat der Volksdemokratie charakterisiert, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht. Weiter wird ausgeführt: Alle Macht gehört dem Volk. Die Institutionen für die Ausübung der Macht sind der Nationale Volkskongress und die lokalen Volkskongresse. Der Nationale Volkskongress ist das höchste Organ der Staatsmacht und das einzige Organ, das die staatliche Gesetzgebung ausübt. An seiner Spitze steht ein Ständiger Ausschuss. Der Nationale Volkskongress und die lokalen Volkskongresse wählen die Volksregierung, das Volksgericht und die Volksstaatsanwaltschaft ihrer Ebene, üben die Kontrolle über deren Tätigkeit aus und haben das Recht, sie bei Nichterfüllung ihrer Pflichten auch abzusetzen. Alle Volkskongresse und die anderen staatlichen Organe praktizieren das Prinzip des demokratischen Zentralismus. Wichtige Fragen von gesamtstaatli-

208. Pang Song, a.a.O., S. 387.

chem Charakter werden vom Nationalen Volkskongress beraten und entschieden.

Zur Exekutive heißt es in der Verfassung: Der Staatsrat, die Zentrale Volksregierung, ist das höchste ausführende Organ der Staatsmacht unter Leitung eines Ministerpräsidenten. Damit wurde das provisorische Zweistufensystem der Zentralregierung abgeschafft. Die lokalen Volkskomitees aller Ebenen wurden staatliche Exekutivorgane unter einheitlicher Führung des Staatsrates. Gemäß Verfassung wurde das Amt des Vorsitzenden der Volksrepublik China geschaffen und mit einer über die Repräsentation hinausgehenden Macht ausgestattet. Er ist zugleich der Oberkommandierende der bewaffneten Streitkräfte, der Vorsitzende des Staatlichen Verteidigungskomitees und der Vorsitzende der Obersten Staatskonferenz. Er hat das Recht, wenn er es für erforderlich hält, die Oberste Staatskonferenz einzuberufen, und kann die Auffassungen der Obersten Staatskonferenz dem NVK, dem Staatsrat und seinen Organen zur Diskussion und Beschlussfassung vorlegen. Da der Vorsitzende der Volksrepublik China bisher zugleich immer auch die Funktion des Vorsitzenden der KP China bekleidet, ist er die Person mit der größten Machtfülle in der VR China. Die Abgeordneten wählten Mao Zedong zum Vorsitzenden der VR China, Zhou Enlai zum Ministerpräsidenten und Liu Shaoqi zum Vorsitzenden des NVK.

Das neue politische System war ein historischer Fortschritt in sozialistischer Richtung. In der chinesischen Literatur werden vor allem drei Merkmale und Vorzüge dieses neuen Systems hervorgehoben: das Volkskongresssystem, die Tätigkeit der neuen staatlichen Machtorgane nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, das die Einheit der Staatsmacht verkörpert, und die Zusammenarbeit mehrerer Parteien im Rahmen eines Systems politischer Konsultationen unter Führung der KP Chinas. Im ersten und dritten Merkmal unterschied sich das politische System der VR China von dem der Sowjetunion und der anderen volksdemokratischen Länder.

Das neue politische System trug jedoch auch den Stempel der damaligen Zeit. Daraus resultieren seine Probleme und Mängel: Die Macht war übermäßig konzentriert und ließ den Regionen kaum Möglichkeit, relativ eigenständig zu agieren. Funktionen und Aufgaben der KP Chinas und des Staates (hier geht es nicht allein um die Regierung!) waren nicht abgegrenzt. Die hoch konzentrierte

politische Macht, die fehlende demokratische Tradition, das allgemein noch niedrige kulturelle Niveau des Volkes und der noch nicht herausgebildete Citoyen wirkten der Entfaltung der Demokratie entgegen. Der Staatsapparat war aufgebläht und das System hoch konzentrierter politischer Macht war ständiger Quell eines ausgeprägten Bürokratismus.[209]

Ende 1955/Anfang 1956 kam es zu Auseinandersetzungen zwischen zwei Tendenzen in der Wirtschaftspolitik – zwischen einem blinden „Voranpreschen" (maojin), um mit überhöhten Kennziffern zu schnellen Erfolgen zu gelangen, und dem Festhalten an sachlich-realer Politik.

Die erstgenannte Tendenz hatte sich in der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft unter dem Einfluss der Kritik Mao Zedongs auf der 6. Tagung des VII. Zentralkomitees entwickelt. Mao hatte eingeschätzt, dass die Ideologie der Führungsorgane ernsthaft hinter der Realität zurückbleiben. Er hatte daraus den Schluss gezogen, dass das „rechte, konservative" Gedankengut in allen Bereichen kritisiert werden müsse. Diese Kritik stellte er auch in den Mittelpunkt der Vorbereitung des Parteitages.[210] Das „rechte, konservative" Denken äußerte sich für ihn in zu niedrigen wirtschaftlichen Kennziffern. Um dieser „Kritik" zu entgehen, erhöhten die staatlichen Organe die Kennziffern des Jahresplans und des 2. Fünfjahrplans übermäßig. Die Folge waren ernste ökonomische und dann auch soziale Widersprüche. Die wirtschaftliche Entwicklung drohte, aus dem relativen Gleichgewicht zu geraten.

Für die stabile ökonomische und soziale Entwicklung unmittelbar verantwortlich war der Staatsrat unter Ministerpräsident Zhou Enlai. Von dieser Institution ging deshalb auch der Kampf gegen das blinde „Vorwärtspreschen" aus. Ende Januar 1956 begann Zhou auf durchführbare Pläne zu drängen. In den folgenden Monaten verstärkte die Zentralregierung ihre Bemühungen, die Wirtschaft im relativen Gleichgewicht zu halten. In Vorbereitung der 3. Tagung des NVK fordert Liu Shaoqi die Propagandaabteilung des ZK auf, öffentlich gegen die „zwei Ismen" (liang ge zhuyi) vorzugehen. „Wir müssen den Kurs mehr, schneller, besser und sparsamer *sowie sicherer* (kursiv – d. V.) allseitig durchführen. Mit der Bekämpfung des

209. Vergl. He Li, a.a.O., S. 167-168.
210. Zitiert nach: Bo Yibo, a.a.O., S. 368-369..

Konservatismus müssen wir zugleich gegen das blinde Vorwärtspreschen vorgehen. Das blinde Vorwärtspreschen kann keineswegs dazu beitragen, den Sozialismus zu entwickeln. Es kann nur zu Verlusten führen."[211] Unter seiner Leitung bestätigte das Politbüro Mitte Juni diese Orientierung, verbunden mit der Forderung, „den Fehler der einseitigen Betonung von Mehr und Schneller zu überwinden". In der Folgezeit setzte sich diese Orientierung in den zentralen Partei- und Staatsorganen durch und prägte auch die Dokumente des VIII. Parteitages.

Die Parteiführung reagierte vor dem Parteitag auf die Kritik an Stalin auf dem XX. Parteitag der KPdSU in zwei Artikeln über die Erfahrungen der Diktatur des Proletariats. Sie urteilte wesentlich moderater über die Person Stalins und seine historische Rolle. Sie würdigte seine Verdienste um die Entwicklung der Sowjetunion und hielt sie für wesentlicher als seine Fehler. Verdienste und Fehler Stalins standen aus ihrer Sicht in einem Verhältnis von 70 zu 30. In der Parteiführung hatte Mao Zedong zuvor in einer internen Beratung der Führung der KPdSU vorgeworfen, „die Schwerter" Stalin und Lenin verworfen zu haben. Das ist wohl kaum anders zu verstehen, als dass der Führung der KPdSU unter N. S. Chruschtschow vorgeworfen wurde, den Marxismus-Leninismus verraten zu haben.

VIII. Parteitag der KP Chinas

Der VIII. Parteitag der KP Chinas vom 15.-27.September 1956 stand unter der Losung, die gesamte Partei und alle Kräfte des In- und Auslands, die zusammengeschlossen werden können, zu vereinigen, um für ein großes sozialistisches China zu kämpfen. Auf dem Parteitag wurden die Erfahrungen und Lehren des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion analysiert, die Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus der Entwicklung der KP Chinas seit ihrem VII. Parteitag im Sinne der Rede Maos „Über die zehn großen Beziehungen" zusammenge-

211. Zitiert nach: ebd., S. 376. Zu dieser Zeit war ein wichtiger Teil des Kurses "großer Sprung nach vorn" - mehr, schneller, besser und sparsamer - schon formuliert. Bemerkenswert ist die Hinzufügung "sicherer" durch Liu Shaoqi.

fasst und die vor dem Lande stehenden neuen Aufgaben formuliert. Die 1 025 Delegierten vertraten 10,26 Millionen Parteimitglieder. Als Gäste nahmen Delegationen von über 50 Bruderparteien und anderen revolutionären Parteien teil. Unter ihnen waren auch eine Delegation der SED unter Leitung von Walter Ulbricht und eine Delegation der KPD unter Leitung von Max Reimann.

Der Parteitag wurde von Mao Zedong eröffnet. Liu Shaoqi gab den politischen Bericht. Zhou Enlei legte das Projekt des 2. Fünfjahrplans vor. Deng Xiaoping unterbreitete Vorschläge zur Abänderung des Parteistatuts.

Die wesentlichen Ergebnisse des Parteitages lassen sich in fünf Punkten zusammenfassen:

1. Der Parteitag schätzte ein, dass sich der Hauptwiderspruch im Lande verändert hat und die Hauptaufgabe nun die Entwicklung der Produktivkräfte sei.
   Im „Politischen Bericht" hieß es, dass „der Sturm der Revolution" bereits vorbei, der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie in China schon gelöst und die neuen Produktionsverhältnisse geschaffen worden wären. „Der Hauptwiderspruch in unserem Lande ist bereits der Widerspruch zwischen der Forderung des Volkes nach dem Aufbau eines fortschrittlichen Industrielandes und der Realität des rückständigen Agrarlandes, der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen des Volkes nach Entwicklung von Wirtschaft und Kultur und der Situation, dass die gegenwärtige Wirtschaft und Kultur die Bedürfnisse des Volks nicht befriedigen können."
2. Der Parteitag formulierte den Kurs des Kampfes zwischen den beiden Linien beim wirtschaftlichen Aufbau, des allseitigen Aufbau des Sozialismus und der Notwendigkeit, am richtigen Kurs des wirtschaftlichen Aufbaus festzuhalten: sowohl den Konservatismus als auch das blinde Vorwärtspreschen zu bekämpfen und im wirtschaftlichen Gleichgewicht sicher voranzugehen. Das bedeutete vor allem, die Beziehungen zwischen Schwerindustrie, Leichtindustrie und Landwirtschaft richtig zu regeln.
3. Der Parteitag stellte die Aufgabe, das Wirtschaftssystem zu reformieren und vermittelte dazu eine Vorstellung. In Industrie und Handel sollten das staatliche und das kollektive Eigentum die

hauptsächlichen Eigentumsformen sein. Daneben sollte eine gewisse Zahl von Einzelwirtschaften existieren dürfen.[212] Der hauptsächliche Teil der Industrieprodukte sollte nach Plan hergestellt werden. Ein anderer Teil sollte entsprechend den Marktveränderungen, soweit es der Plan erlaubt, als Ergänzung zum Plan frei produziert werden. In der Leitung und Bewirtschaftung sollten die Beziehungen zwischen Zentrale und lokalen Einheiten richtig reguliert und die Selbstständigkeit der Unternehmen erweitert werden.

4. Der Parteitag orientierte auf die Entfaltung der Volksdemokratie und auf die Vervollkommnung des sozialistischen Rechtswesens.
   Er stellte diese Aufgabe, um alle Faktoren für den Aufbau des Sozialismus mobilisieren zu können. Zugleich betrachtete er die breit entfaltete Volksdemokratie als das wesentlichste Merkmal des Sozialismus.
   Im „Politischen Bericht" hieß es dazu: „Nachdem unser Land in die Periode des Aufbaus des Sozialismus eingetreten ist, ist es dringlich und von großer Bedeutung, das demokratische Leben des Staates schrittweise zu erweitern und den Kampf gegen den Bürokratismus zu entfalten."
5. Der Parteitag orientierte auf die Verstärkung des Aufbaus der KP China als Regierungspartei und auf den Kampf gegen den Personenkult.

Er betonte, dass die Partei an der ideologischen Linie festhalten muss, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen. „Ob wir all unsere Aufgaben siegreich erfüllen können oder nicht, hängt letzten Endes davon ab, ob die Führung der Partei die Wahrheit in den Fakten zu suchen vermag, ob sie die allgemeine Wahrheit des Marxismus-Leninismus eng mit der revolutionären Praxis Chinas verbinden wird." Um an der richtigen und vollkommenen Führung festhalten zu können, müssten Einseitigkeit und Subjektivismus in der Ideologie der Kader überwunden, die Partei das marxistisch-leninistische ideologische Niveau vor allem ihrer hohen Führungskader heben und ihre gesamte Arbeit auf eine feste Grundlage stellen.

Mit diesen Orientierungen hebt sich der Parteitag aus den Ent-

212. Ende 1956 hatte Mao Zedong gegenüber Vertretern der privatkapitalistischen Wirtschaft davon gesprochen, dass eine kapitalistische Wirtschaft mit etwa 2,5 Millionen Angestellten und Arbeitern, davon 1,5 Millionen in der Industrie und der Rest im Handel, 10 bis 20 Jahre weiter bestehen bleiben könnte. Daneben würde das Kapital der Auslandschinesen für eine Zeitdauer bis zu 100 Jahren nicht enteignet werden. Siehe: Bo Yibo, a.a.O., S. 306.

wicklungen seit Festlegung der Generallinie für die Übergangsperiode heraus. Eine Durchsetzung dieser Orientierungen in der gesamten Arbeit der Partei hätte zweifellos dazu beigetragen, der Lösung des Widerspruchs zwischen der bis dahin verfolgten Politik des sozialistischen Aufbaus und dem Charakter und Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte näher zu kommen. Die Beschlüsse des Parteitages 1956 wurden jedoch nicht verwirklicht, mehr noch, sie wurden auf der 2. Tagung des Parteitages 1958 von der gleichen Parteiführung mit den gleichen Delegierten im Zeichen einer subjektivistischen Linie und Politik wieder revidiert! Das ist einmaliges Vorkommnis, wohl nicht allein in der Geschichte der KP Chinas. Mit anderen Worten: Die Linie, die von der Partei unter Mao Zedong verfolgt wurde, wurde nach dem Parteitag 1956 wieder aufgegriffen und in verhängnisvoller Weise noch eskaliert. Der Parteitag 1956 scheint deshalb nicht recht in die Geschichte der Partei und der Volksrepublik hineinzupassen. Ohne Maos Zustimmung hätte der Parteitag 1956 inhaltlich nicht so gestaltet werden können. Auf dem Parteitag selbst hielt er sich jedoch, folgen wir den Veröffentlichungen, zurück. Wir wissen nur, dass er den Parteitag eröffnete. Das war für ihn ungewöhnlich.

Nach dem Parteitag wurde der Kampf gegen das blinde Vorranpreschen in der Wirtschaft fortgesetzt. Die 2. Tagung des neuen Zentralkomitees der Partei im November 1957 stand ganz im Zeichen des Kampfes gegen diese „linke" Tendenz, um eine stabile Entwicklung der Wirtschaft im Jahre 1957 zu sichern. Dazu sprachen Liu Shaoqi, Zhou Enlai und Chen Yun. Auf Vorschlag Mao Zedongs beschloss das Plenum dann auch noch, in der 2. Hälfte 1957 eine Kampagne gegen „Subjektivismus, Sektierertum und Bürokratismus" zu führen. Mao machte daraus dann eine Kampagne gegen „Rechts" innerhalb und außerhalb der Partei. In dieser Kampagne kritisierte er auch die Orientierung des 2. ZK-Plenums, sich auf den Kampf gegen „Links" konzentriert zu haben.

Kampagne gegen „Rechte"

Mao Zedong war im Unterschied zur Position des Parteitages der Auffassung, dass der Hauptwiderspruch in der chinesischen Gesell-

schaft weiterhin der Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus wäre. Die Formulierung in der Resolution, dass der Hauptwiderspruch zwischen dem fortschrittlichen sozialistischen System und den rückständigen gesellschaftlichen Produktivkräften bestünde, hielt er nicht für korrekt.[213] Mit der Weiterführung der sozialistischen Revolution würden auch die scharfen Klassenkämpfe anhalten. Die blutige Konterrevolution in Ungarn im Oktober und November 1956 bestärkte Mao in dem Bestreben, die Problematik des Klassenkampfes in den Vordergrund der Aufmerksamkeit zu rücken.

Auch in der VR China hatten antisozialistische Elemente die Möglichkeiten auszunutzen begonnen, die ihnen die im Mai 1956 eingeleitete Kampagne „Lasst alle Blumen blühen, lasst alle Schulen miteinander wetteifern" bot. Rückblickend auf diese Monate erklärte Mao Zedong im Oktober 1957: „In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres gab es eine Entschärfung des Klassenkampfes, eine *absichtlich herbeigeführte Entschärfung* (kursiv – d. V.). Aber sobald wir lockerließen, gingen die Bourgeoisie, die bürgerlichen Intellektuellen, die Grundherren, die Großbauern und ein Teil der wohlhabenden Mittelbauern zum Angriff auf uns über. Das war es, was sich in diesem Jahr zugetragen hat. *Wir ließen etwas locker, und die gingen zum Angriff über – das war uns gerade recht, so bekamen wir die Initiative in die Hand* (kursiv – d. V.)."[214] Unter dem Eindruck der ungarischen Ereignisse kamen sie, wie es Mao Zedong nannte, wie Ameisen aus ihren Löchern gekrochen. Für Mao Zedong war jedoch die Front, an der diese Auseinandersetzung zu führen war, wesentlich breiter. Als er im Januar 1957 in einer Rede vor den Parteisekretären der Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte der Sache nach die Kampagne des Kampfes gegen „rechte Elemente" ankündigte, bezog er den Kampf gegen die „Rechtsabweichung" in der Partei ein. „Im vorletzten Jahr gab es einen Kampf gegen die Rechtsabweichung, im letzten Jahr dafür einen Kampf gegen die ‚Voreiligkeit' (*blindes Vorwärtspreschen* – d. V.), der wiederum zu eine Rechtsabweichung führte. Ich meine die Rechtsabweichung in der Frage der sozialistischen Revolution, vornehmlich in der Frage der sozialistischen Umgestaltung auf dem

213. "Ausgewählte Werke Mao Zedongs", a.a.O., S.559.
214. Ebd., S. 568. .

Lande. Ein Wind in der Stärke eines Taifuns hat sich unter unseren Kadern erhoben. Das ist eine Erscheinung, die größte Beachtung verdient.

Eine beträchtliche Anzahl unserer Minister, stellvertretenden Minister, Abteilungs- und Amtsleiter und leitenden Kader auf der Provinzebene stammen aus Grundherren- und Großbauernfamilien oder aus Familien von wohlhabenden Mittelbauern, und der Vater manch eines von ihnen gehört zu den Grundherren, die bis zum heutigen Tag kein Wahlrecht haben. Wenn diese Kader einen Besuch zu Hause machen, bekommen sie von ihren Verwandten nur gehässige Kommentare zu hören, wie etwa: Die Genossenschaften haben sich nicht bewährt, sie werden sich nicht halten können. Die wohlhabenden Mittelbauern sind eine schwankende Schicht, die Tendenz zum Einzelgänger (zur bäuerlichen Einzelwirtschaft – d. V.) wird unter ihnen wieder stärker, manche wollen aus der Genossenschaft austreten.

Der Wind, der unter unseren Kadern weht, ist Ausdruck dessen, was diese Klassen und Schichten denken."[215] Auch an den Hochschulen seien Probleme aufgetreten. Manche Professoren hielten die kommunistische Partei für unfähig, die Probleme zu lösen und würden deshalb ihre Abschaffung fordern. „Sind sie nicht auf eine Restauration aus?" Es sei jedoch eine gute Sache, dass die „Rechten" jetzt hervorkämen würden. Mao kündigte eine „große Demokratie" an, als die er die Massenkampagne gegen diese „Rechten" sah. Seine Zuhörer sollten keine Angst davor haben. „Wenn Unruhe ausbricht, wird sie helfen, das Geschwür zu heilen, und das ist eine gute Sache." Unkraut müsse man „jährlich, sogar mehrmals im Jahr" jäten.

Im Februar 1957 hielt Mao Zedong auf der 2. Tagung der Obersten Staatskonferenz seine Rede „Über die richtige Lösung der Widersprüche". Darin hieß es, dass die grundlegenden Interessen des Volkes übereinstimmen würden. *Im Volke* (kursiv – d. V.) gäbe es jedoch verschiedene Arten von Widersprüchen. Es müsse genau unterschieden werden zwischen der richtigen Regelung der Widersprüche zwischen dem Volk und den Feinden und der Widersprüche im Volke. Der Charakter und der Weg zur Lösung dieser

215. Ebd., S. 397.

beiden Widersprüche seien verschieden. Diese Rede wurde unmittelbar vor Auslösung der Kampagne und damit möglicherweise schon unter diesem Aspekt gehalten.

Mit ihrer „Weisung über die Durchführung der Kampagne zur Korrektur des Arbeitsstils" vom 27. April 1957 beschloss die Parteiführung den „Kampf gegen die Rechten" und zur abermaligen Ausrichtung der Kader zu beginnen. In seinem Bericht über die Kampagne auf der 3. erweiterten Tagung des ZK der KP Chinas am 23. Juli 1957 bezeichnete Deng Xiaoping diese Bewegung als „eine sozialistische Revolution an der politischen und ideologischen Front". Diese „Kampagne zur Korrektur des Arbeitsstils" sei darauf gerichtet, den „politischen Kampf in die richtige Richtung zu leiten, das ideologische Niveau zu erhöhen, die Mängel in der Arbeit zu überwinden, die breite Masse zusammenzuschließen und die rechten bürgerlichen Elemente und alle antisozialistischen Elemente zu isolieren und auseinander zu dividieren".[216]

Es war in der Tat eine Massenkampagne, die dazu beitrug, die sozialistische Entwicklungsrichtung in der VR China auch gegen Angriffe von Rechts zu verteidigen. Ich kam ein halbes Jahr nach Beginn dieser Kampagne in die VR China. Mein Eindruck damals war, dass sich die Kampagne inzwischen vornehmlich gegen Kräfte innerhalb und außerhalb der Partei richtete, die eine kritische Haltung zu manchen Aspekten in der Politik der Partei unter der Führung Mao Zedongs hatten, selbst aber fest auf dem Boden des Sozialismus standen. Ich möchte zwei Beispiele anführen. Damals wurde auch der Schriftsteller Wang Meng als „Rechter" verurteilt und verbannt. Sein Verbrechen bestand darin, dass er im Rahmen der Bewegung „Lasst alle Blumen blühen und alle Schulen miteinander wetteifern" in seiner Erzählung „Der Neuling in der Organisationsabteilung" Mängel und Schwächen in der Arbeit der Partei kritisiert hatte. Als ein weiterer „Rechter" war der Rektor der Beijing-Universität Ma Yinchu von seinen Studenten angegriffen worden. In einer der viele Wandzeitungen, mit denen damals die gesamte Universität zugeklebt war, hieß es: „Ma Yinchu, du Würstchen (ni zhe ge xiao changzi), wie kannst du es wagen, dich gegen den Vorsitzenden Mao zu stellen ..." Was hatte Ma verbrochen? Als Ökonom und Demograph teilte er die Auffassung Mao Zedongs „je

216. Deng Xiaoping, Bericht über die Kampagne zur Korrektur des Arbeitsstils, . Beijing 1957, S. 1-2, chines.

mehr Menschen, desto besser" (die Masse macht's) nicht. Ma vertrat die Auffassung, dass es auf die fachlich-kulturelle Qualität der Menschen, des Individuums ankommt.

Heute schätzt die KPCh ein, dass der Klassenkampf damals überzogen worden wäre. Das dürfte zurückhaltend formuliert sein. Ich gehe unter Verweis auf die oben zitierte Einschätzung Deng Xiaopings davon aus, dass auch diese Kampagne eine vorbreitende Funktion hatte, nämlich die breite Masse der Kader auf die Annahme und Durchsetzung eines neuen Kurses vorzubereiten, der sich dann als Kurs der „drei roten Banner", des „großen Sprungs nach vorn", der Volkskommune und der Generallinie, herauskristallisierte.

Mao Zedong äußerte damals die Ansicht, dass diese Art von Kampagnen regelmäßig, zumindest alle zwei Jahre einmal, durchgeführt werden müssten, weil sonst „die alten und neuen Rechten wieder zu wühlen beginnen"; „manche Elemente der rechten Mitte und manche in der Mitte Stehende, sogar gewisse Linke würden sich dann ändern."[217] Offenbar veranlassten ihn die im Gefolge der von ihm inszenierten Politik zunehmenden ideologisch-politischen und sozialen Widersprüche zu dieser Einschätzung.

2. Vergesellschaftung des Privateigentums an Produktionsmitteln auf der Grundlage rückständiger gesellschaftlicher Produktivkräfte

Während der „Kulturrevolution" (1966-1976) wurden Liu Shaoqi, Zhang Wentian, Deng Xiaoping und andere führende Persönlichkeiten der KP Chinas beschuldigt, in der ersten Hälfte der 1950er Jahre im „Kampf zwischen den beiden Linien" eine kapitalistische Entwicklung des chinesischen Dorfes betrieben zu haben. Historisch richtig ist, dass es in der KP Chinas 1950, 1951 und 1955 größere Auseinandersetzungen darüber gab, wann und wie eine sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft vorzunehmen ist. Die Beantwortung dieser Frage hatte unmittelbare Bedeutung für die ursprüngliche Akkumulation zur Industrialisierung des Landes und für die

217. Ebd., S. 561.

Versorgung des Landes mit Getreide und landwirtschaftlichen Rohstoffen.

Die in den Jahren von 1953 bis 1956 von der Partei vollzogene sozialistische Umgestaltung wird in der chinesischen Literatur bisher fast durchweg als objektiv notwendig und richtig angesehen. Kritisch wird lediglich angemerkt, dass dieser Prozess zu schnell vorangetrieben worden wäre. Ich sehe das etwas anders. Die Umgestaltung wurde nicht nur auf der Grundlage weitgehend vorkapitalistischer und stark differenzierter materieller Produktivkräfte, sondern auch bei einem hohen Grad des Analphabetismus der Produzenten vollzogen. Im Ergebnis dieses Prozesses bildete sich ein grundlegender ökonomischer Widerspruch heraus, der Widerspruch zwischen rückständigen gesellschaftlichen Produktivkräften und einem hohen Grad der Vergesellschaftung des Eigentums, der zudem überwiegend formale Züge trug.

Mit dieser Strategie wurden die ökonomischen Gesetze in der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen verletzt. Das musste früher oder später erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Volkswirtschaft haben. Folglich bestand das Problem nicht bzw. nicht in erster Linie darin, dass diese Umgestaltung hätte langsamer durchgeführt werden müssen. Es war grundsätzlicher Natur. Dieser Widerspruch beeinträchtigte die folgende ökonomische Entwicklung der VR China immer stärker. Sie blieb hinter den anderen Ländern zurück. Der Anteil des Landes am Bruttosozialprodukt der Welt beispielsweise verringerte sich von 4,7 Prozent im Jahre 1955 auf 2,5 Prozent im Jahre 1980. War das BIP der VR China 1950 noch etwa doppelt so groß wie das Japans gewesen, so hatte Japan China 1960 eingeholt, und 1980 machte das chinesische BIP nur noch ein Viertel des japanischen aus. [218]

Beschleunigte Kollektivierung der Landwirtschaft

Die Auseinandersetzung im Jahre 1950 wurde durch die sozialen Veränderungen ausgelöst, die sich nach Abschluss der Bodenreform

218. Zeitung „21 Shijie Jingji Daobao", Guangzhou, 28.3.1988, chines.

1948 in einem Großteil der Dörfer Nordost- und Nordchinas abzeichneten. Für den überwiegenden Teil der Bauernschaft hatte sich die materielle Lebenslage durch die Reform deutlich verbessert. In Nordostchina war im Ergebnis der Bodenreform der Anteil der Mittelbauern an der Gesamtzahl der Bauern 1950 auf 63,8 Prozent gestiegen. Sie bewirtschafteten 75,7 Prozent des Bodens und besaßen rd. 87,5 Prozent des Ackerviehs.[219] Manche stellten sogar Knechte ein und kauften bzw. pachteten Boden hinzu. Mit einem anderen Teil der Bauern ging es aus verschiedenen Gründen (keine Arbeitskräfte, Krankheit, Fehlen von Produktionsinstrumenten, Einwirkung von Naturkatastrophen, Nicht-wirtschaften-können) wirtschaftlich bergab. Sie verkauften oder verpachteten ihren Boden und verschuldeten sich.

Die Partei suchte eine Antwort auf die Frage, wie auf diese sozialen Veränderungen zu reagieren war. Sollten die sich auf der Grundlage der Einzelwirtschaft entwickelnden neuen Produktivkräfte gefördert oder sollte die Entwicklung der bäuerlichen Privatwirtschaft unterbunden und der Übergang zur Kollektivwirtschaft eingeleitet werden? In dieser Frage gab es im Parteikomitee des Bezirks Nordostchina eine grundlegende Meinungsverschiedenheit. Parteisekretär Gao Gang orientierte sich der Sache nach an der Sowjetunion. Er betrieb eine Politik, auf die sozialen Veränderungen mit der Begrenzung der Einzelwirtschaft und der Entwicklung von Gruppen der gegenseitigen Hilfe und höherer Formen der Kollektivwirtschaft zu reagieren. Das Mitglied des Ständigen Ausschusses des Parteikomitees des Bezirks und Sekretär des Parteikomitees der Provinz Liaoning Zhang Wentian war hingegen der Ansicht, dass sich in den sozialen Veränderungen auf den Dörfern ein Trend zur Urbanisierung und zu einer rationelleren Nutzung des Bodeneigentums ausdrücke. Er sah darin ein objektives Erfordernis. Alle Faktoren, die der rationellen Nutzung des Bodens, der Entwicklung der Industrie und der dörflichen Nebenwirtschaft dienen würden, jede Verpachtung und jede Veränderung im Bodeneigentum und jeder Wohnortswechsel, die der gesellschaftlichen Arbeitsteilung förderlich wären, sollten seiner Ansicht nach zugelassen werden. Gleichzeitig schlug Zhang vor, Aufkauf- und Absatzgenossenschaften sowie

219. In Nordchina betrug der Anteil der Mittelbauern nach der Bodenreform im Jahre 1950 sogar 86% mit Anteilen am Ackerboden von 88,7% und an Zugvieh von rd. 84%.

Gruppen der gegenseitigen Hilfe zu organisieren, um die armen Bauern bei der Lösung ihrer Probleme in der Produktion und die Landarbeiter bei der Begrenzung der Ausbeutung durch die reichen Bauern zu unterstützen. Überdies sollten ehemalige Großgrundbesitzer, reiche Bauern und andere Elemente, die die Arbeit scheuen, unter Kontrolle gehalten und durch Arbeit umerzogen werden.[220]

Liu Shaoqi kritisierte die Position und Politik Gao Gangs. Er vertrat die Auffassung, dass die Kollektivierung in der Landwirtschaft nur auf der Grundlage der Ausstattung der Landwirtschaft mit modernen Produktionsinstrumenten durch die Industrie erfolgen könne. Das heißt: erst industrialisieren, dann kollektivieren. Gruppen der gegenseitigen bäuerlichen Hilfe, die auf einem vorindustriellen Niveau aufbauten, konnten aus seiner Sicht nicht der Ausgangspunkt für die Entwicklung der Kollektivwirtschaft sein. In der Phase der neudemokratischen Entwicklung setzte er darauf, dass sich die Mehrheit der Bauern zu Mittelbauern entwickeln wird, die mit ihrer effektiven Bewirtschaftung die Landwirtschaft voranbringen würden. Anscheinend war damit auch die Erwartung verbunden, dass die Bewirtschaftungsweise der neuen Mittelbauern zur Überwindung der mittelalterlichen Rückständigkeit beitragen würde. Der Wirtschaft reicher Bauern sollte zunächst einmal eine drei- bis fünfjährige Entwicklungsphase zugestanden werden. Dann sollte ihr durch Arbeitsgesetze, Organisierung der Landarbeiter und ihre Besserstellung, durch eine höhere Bodensteuer u. ä. Maßnahmen Grenzen gesetzt werden. Mitglieder der KP Chinas sollten bis zur Industrialisierung des Landes auch reiche Bauern werden dürfen. Liu hielt es für eine dogmatische Ansicht, dass Parteimitglieder im neudemokratischen Entwicklungsabschnitt, also in der „Gesellschaft des Privateigentums", keine Ausbeutung betreiben durften.[221]

Mao lehnte die Auffassungen von Zhang Wentian und Liu Shaoqi ab und stützte die Position Gao Gangs. Er favorisierte die Ausbreitung der Gruppen für gegenseitige Hilfe und den forcierten Übergang zu Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften niederer und höherer Stufe, ungeachtet dessen, dass sich in diesen neuen Formen der Zusammenarbeit viele Elemente der mittelalter-

220. Diese Charakterisierung der Auffassungen Zhang Wentians habe ich von Bo Yibo übernommen, siehe: Bo Yibo, a.a.O., S.138.
221. Liu Shaoqi in einem abendlichen Gespräch mit An Ziwen am 23. Januar 1950, zitiert nach: Bo Yibo, a.a.O., S. 140.
222. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs", a.a.O., S.149.

lichen Gesellschaft reproduzierten. Mao folgte damit auch dem Stalinschen Modell der ursprünglichen Akkumulation. Die Auswirkungen dieser Orientierung lassen sich im Gegensatz zur propagandistischen Hervorhebung der Rolle der Landwirtschaft seit den 1950er Jahren an der Tatsache ablesen, dass dieser Zweig bisher der rückständigste der gesamten Volkswirtschaft geblieben ist.

In der Auseinandersetzung 1955 ging es erneut darum, die Kampagne zur Schaffung von LPGen unter „linkem" Vorzeichen deutlich zu beschleunigen. Während Mao Zedong wiederholt von etwa 15 Jahren „sozialistischer Umgestaltung" sprach, betrieb er in der Praxis eine Politik, die die Kampagne zur Schaffung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften immer weiter vorantrieb. Für ihn bestand die Aufgabe der Generallinie für die Übergangsperiode in der Lösung der Eigentumsfrage. Er meinte, auch den hervorgetretenen Widerspruch zwischen Angebot und Nachfrage durch die Lösung des „Widerspruchs zwischen Eigentumssystem und Produktivkräften" überwinden zu können.[222] In seiner Orientierung auf Schaffung von „Zweiggenossenschaften im Rahmen von Großgenossenschaften" offenbarten sich bereits Vorstellungen, wie er sie später mit der Volkskommune realisieren wollte – *„yi gong er da"*, ein im Maßstab großes (und zentral von oben nach unten geleitetes) Gemeineigentum.[223] Im Juli 1955 verglich er die Führung der sozialistischen Umgestaltung mit einer „Frau mit eingebundenen Füßen", die schwankend einhergehe und sich fortwährend beschwere, die anderen würden zu schnell gehen.[224]

Das ZK der Partei hatte im Frühjahr beschlossen, die Zahl der LPGen um 50 Prozent auf 1 Million zu erhöhen. Mao hielt das nicht für ausreichend: „Mir scheint der Zuwachs etwas zu gering." Er will die Zahl der LPGen auf rd. 1,3 Millionen erhöhen.[225] Sein Ausspruch hatte Weisungscharakter. Unmittelbar danach erhöht sich das Tempo der Massenbewegung zur Schaffung von LPGen niederer Stufe im „Kampf gegen Rechts" im bislang nicht gekannten Maße. In den wenigen Monaten von Ende Juni bis Ende Dezember 1955 hatte sich der Anteil der Bauernhöfe, die in LPGen niederer Stufe organisiert waren, von 14,24 auf 59,7 Prozent erhöht. Daneben gab

223. Ebd., S. 147.
224. Ebd., S .203
225. Ebd., S. 207.

es bereits 17 000 LPGen höherer Stufe, denen 4 Prozent aller Bauernhöfe angehörten. Obwohl die LPGen niederer Stufe noch nicht gefestigt waren, wurde die Kampagne für den Übergang zu LPGen höherer Stufe mit Beginn des Jahres 1956 weiter geführt. Ende Juni 1956 gab es bereits 31 200 Genossenschaften höherer Stufe mit einem Anteil der Bauernhöfe von 63,2 Prozent. Bis Ende Dezember stieg der Zahl der LPGen höherer Stufe auf 540000 und einem Anteil der Bauernhöfe von 78 Prozent an. Statt in vorgesehenen drei Fünfjahrplänen war die sozialistische Umgestaltung in der Landwirtschaft in nicht einmal drei Jahren durchgezogen worden.

Die sozialen und ökonomischen Verluste dieser Umgestaltung waren dennoch zweifelsohne geringer als jene in der damaligen Sowjetunion. Die größten Probleme bereiteten in den Kampagnen die Mittelbauern, die ihre Interessen verletzt sahen. Für die Massen der armen Bauern und Landarbeiter hingegen wurde die LPG zu einer Art Absicherung ihrer grundlegenden Lebensbedürfnisse. Die Genossenschaften wiesen zwar die Möglichkeit einer höheren Effektivität durch den Zusammenschluss auf[226], sie waren jedoch allgemein nicht darauf vorbereitet, die Möglichkeit voll zu nutzen und blieben überwiegend ungefestigt. Die Produktion von Getreide und technischen Kulturen stieg in den Jahren 1953-1955 jahresdurchschnittlich um 4 Prozent an, um dann 1956/1957 trotz erhöhter staatlicher Investitionen in der Landwirtschaft auf 3 Prozent zurückzugehen. Die Zahl des Zugviehs nahm in diesen beiden Jahren um 4,5 Prozent ab. Die Politik, die ökonomischen Gesetze in den Beziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen „überlisten“ zu wollen, schien sich dennoch insgesamt noch auszuzahlen. Die damit verbundenen Probleme begannen erst danach, mit der weiteren Eskalation dieser Politik, mit dem „großen Sprung“ und der Volkskommune, massiv zutage zu treten.

226. Hier bietet sich der Vergleich mit den Manufakturen im Frühkapitalismus an, die ohne Veränderung der Produktionsbedingungen allein durch den Zusammenschluss der Beschäftigten in einer Produktionskette effektiver produzieren konnten.

Beschleunigte sozialistische Ungestaltung des Handwerks und des kapitalistischen Sektors

Wie in der Landwirtschaft, so gab es auch im Handwerk bereits vor 1949 in den Befreiten Gebieten erste Schritte, die Kooperation zu entwickeln.

In der Zeit des Antijapanischen Krieges und dem nachfolgenden Bürgerkrieg waren etwa 47 Prozent der Produktion des Handwerks zerstört worden. Das Handwerk war traditionell in kleinen Familienbetrieben (Mann und Frau, Vater und Sohn) organisiert. Der Handwerker war Kleineigentümer von Produktionsmitteln und Arbeiter in einer Person. Typisch für diese Betriebe waren eine rückständige Technik, fehlende innerbetriebliche Arbeitsteilung, eine sehr niedrige Arbeitsproduktivität, in der Fertigung jedoch solide und nicht selten mit einem künstlerischen Vermögen ausgestattet. Nach Statistiken von 1954 machte die Produktion des Handwerks zu Beginn der sozialistischen Umgestaltung etwa 20 Prozent der industriellen Produktion aus. Es gab rd. 20 Millionen Beschäftigte im Handwerk mit einem Produktionswert von 9,3 Mrd. Yuan. Davon waren 8 Millionen selbstständige Handwerker, deren Waren und Dienstleistungen einen Wert von 6,8 Mrd. Yuan hatten. Die anderen 12 Millionen Beschäftigten des Handwerks waren in der bäuerlichen „Hausindustrie“ zu finden, der Wert ihrer Produktion belief sich auf etwa 2,5 Mrd. Yuan. Die damalige Situation im chinesischen Handwerk war folglich durch eine noch nicht durchgehend erfolgte historische Arbeitsteilung zwischen Landwirtschaft und Handwerk gekennzeichnet.

Die Partei musste bei der sozialistischen Umgestaltung des Handwerks seine Besonderheiten gegenüber den Bauern beachten: Die Einzelwirtschaft des Handwerks war im Unterschied zur bäuerlichen Wirtschaft eine reine Warenwirtschaft. Zwischen Handwerk und Industrie bestanden Warenbeziehungen, zum Teil aber auch Kooperationsbeziehungen, in denen das Handwerk bestimmte Halbprodukte lieferte bzw. bearbeitete. Dieser Teil der Wirtschaft lieferte eine Vielzahl von Erzeugnissen für den unmittelbaren Bedarf der Konsumenten, nicht wenige Handwerker waren aber auch im Dienstleistungswesen beschäftigt. Eine große Zahl produzierte selbstständig mit eigenen Produktionsmitteln. Zum Teil existierte Lohn-

arbeit nichtkapitalistischen Charakters; viele der in Lohnarbeit stehenden Beschäftigten wurden im Lauf der Zeit selbst selbstständige Handwerker. [227]

Die größten Probleme der Handwerksbetriebe bestanden in der Versorgung mit Rohstoffen und im Absatz der Produkte. Der Umgestaltungsprozess begann deshalb allgemein mit dem Beitritt zu einer Gruppe für Versorgung und Absatz und führte bis zu einer Produktionsgenossenschaft des Handwerks. Die Gruppe für Versorgung und Absatz war die niedrigste Form der Kooperation. Sie verband den Handwerker mit dem staatlichen Handel bzw. den Versorgungs- und Absatzgenossenschaften. Mitglieder waren nur die selbstständigen Handwerker und die Besitzer kleiner Handwerksbetriebe. Jedes Mitglied war noch für den eigenen Gewinn und Verlust zuständig. Es gab aber auch schon eine bestimmte gemeinsame Akkumulation.

Die nächsthöhere Stufe war die Versorgungs- und Absatzgenossenschaft. In ihr wurden Versorgung und Absatz einheitlich organisiert und geleitet, um die Zwischenhändler und ihre Ausbeutung auszuschalten. Arbeitsmittel und Ausrüstungen verblieben im Privatbesitz. In bestimmtem Maße entwickelte sich eine kollektive Produktion und damit eine einfache Arbeitsteilung. Insgesamt agierte diese Genossenschaft jedoch noch im Bereich der Zirkulation. Der Privatbesitz an Produktionsmitteln versperrte den Weg zur Ausdehnung der Produktion und die Anwendung neuer Technik.

Die nächste und höchste Stufe war die Produktionsgenossenschaft des Handwerks (PGH). Auf der Grundlage der Freiwilligkeit überführten die selbstständigen Handwerker und Besitzer kleiner Handwerksbetriebe ihr Eigentum an Produktionsmitteln in Gemeinschaftseigentum der PG. Jetzt wurde kollektiv produziert und einheitlich gewirtschaftet. Zu den Mitgliedern der PGH gehörten nun auch die Gehilfen und Lehrlinge. Aus dem Gewinn wurden zunächst die Steuern an den Staat gezahlt, die Akkumulation bestritten und ein Sozialfonds gebildet, dann wurde der restliche Gewinn an die Mitglieder in Form von Lohn und Dividende verteilt. Die Vorzüge der PGH zeigten sich im Vergleich zum selbstständigen Handwerk vor allem in einer weitaus höheren Arbeitsproduktivität.

227. Ich stütze mich bei der Charakterisierung der Merkmale des chinesischen Handwerks auf: Xue Muqiao/Su Xing/ Lin Zeli, Die sozialistische Umgestaltung der chinesischen Volkswirtschaft, Beijing 1959, S. 92-93, chines.

Der durchschnittliche Wert der Jahresproduktion eines Mitglieds der PGH lag 1955 mit 1 970 Yuan um 85 Prozent über dem des selbstständigen Handwerks. In den halbmechanisierten und mechanisierten PGH war er mit 5 445 Yuan sogar fast um das Zweifache höher. Mit der höheren Arbeitsproduktivität stiegen auch das Einkommen und das Lebensniveau der Mitglieder der PGH. Das Einkommen der Mitglieder, die vor 1955 einer PGH beigetreten waren stieg z. B. 1956 gegenüber 1955 um 90 Prozent. In nicht wenigen PGH trug die Genossenschaft zumindest einen Teil der Kosten für die medizinische Behandlung und die soziale Fürsorge auf anderen Gebieten.

Die Entwicklung des Genossenschaftswesens im Handwerk verlief zunächst normal und stetig. Die Zahl der Mitglieder aller Stufen genossenschaftlicher Organisation erhöhte sich von 89 000 im Jahre 1949 auf 250 000 im Jahre 1952.

Wie in der Landwirtschaft zog das Tempo nach der Verkündung der Generallinie für die Übergangsperiode an. Ende 1955 waren 2,2 Millionen (29 Prozent) aller im Handwerk Beschäftigten Mitglieder von Zusammenschlüssen auf den verschiedenen Stufen. Nachdem auf der 5. Nationalen Konferenz über die Zusammenarbeit im Handwerk Ende 1955 der „konservativen Ideologie" der Kampf angesagt worden war, wurde die Umgestaltung des Handwerks in kurzer Zeit in einer hektischen Kampagne, oft ohne Berücksichtigung der vorhandenen Bedingungen und der konkreten Lage, abgeschlossen. Im Juni 1956, drei Monate vor dem VIII. Parteitag der KP Chinas, waren über 90 Prozent der Handwerker des Landes in PGHs organisiert. So zeichnete sich letztlich auch in diesem Bereich der Trend ab, einer fortschreitenden Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln den Vorrang vor allen anderen Fragen zu geben.

Die chinesische Bourgeoisie, die bis 1952 der volksdemokratischen Einheitsfront angehörte und dann Objekt der sozialistischen Umgestaltung wurde, wurde im Unterschied zum Bürokratischen Kapitalismus der Vier großen Familien nationale oder liberale Bourgeoisie genannt. Ihre ökonomische Grundlage hatte sich unter kolonialer und „feudaler" Herrschaft entwickelt. Sie war deshalb auch nicht imstande gewesen, ein selbstständiges Industriesystem im nationalen Rahmen zu schaffen. Der Anteil der Produktionsmittel herstellenden Industrie am Gesamtwert der Industrie der nationalen

Bourgeoisie betrug lediglich 18,5 Prozent, darunter der Anteil des Maschinenbaus nur 1,4 Prozent. 1949 war sie am Gesamtwert der Industrieproduktion des Landes mit 63,3 Prozent beteiligt. Ihre Unternehmen waren im Wesentlichen in der Leichtindustrie angesiedelt. Rund 75 Prozent ihrer Industriebetriebe befanden sich in den Küstenstädten Ostchinas. Es waren zumeist kleine Unternehmen, die zudem oft noch Manufakturcharakter trugen. Nach Statistiken des Jahres 1953 waren 96 Prozent aller Unternehmen des Landes, die weniger als 50 Beschäftigte hatten, Betriebe der nationalen Bourgeoisie. 8,9 Prozent ihrer Industrieunternehmen zählten über 500 Beschäftigte, 15,5 Prozent zwischen 100 bis 500 Beschäftigte und 10,8 Prozent zwischen 50 und 100 Beschäftigte. Über zwei Drittel dieser Unternehmen hatten weniger als 50 Mann Personal. Eine ökonomische Besonderheit dieser Bourgeoisie war, dass sie stark im Handelskapital und auch im Bankkapital vertreten war. Vor dem Ausbruch des Antijapanischen Krieges machten beide Anteile zusammen über 80 Prozent ihres Gesamtkapitals aus.

Die Unternehmen der nationalen Bourgeoisie leisteten in den ersten drei Jahren der Volksmacht einen wichtigen Beitrag zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft und für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen. Ende 1952 belief sich ihr Anteil am Gesamtwert der Industrieproduktion des Landes auf noch rd. 40 Prozent. In ihren Industrie- und Handelsunternehmen beschäftigte sie 3,8 Millionen Arbeiter und Angestellte. Diese Bourgeoisie war ökonomisch wie politisch zu schwach, um die neudemokratische Entwicklung der chinesischen Gesellschaft ernsthaft infrage stellen zu können. Ihre Entwicklung vollzog sich seit der Errichtung der neudemokratischen Macht und der führenden Rolle des staatlichen Sektors der Volkswirtschaft unter Kontrolle der KP Chinas. Es bestanden folglich alle Möglichkeiten, diesen Kapitalismus für die Schaffung der materiellen Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus unter Kontrolle des Staates langfristig wirken zu lassen.

Mao Zedong ging jedoch bereits 1951/1952 von dem Kurs ab, den Kapitalismus für die Industrialisierung des Landes zu nutzen. Die KP Chinas unter seiner Führung setzte sich über die Bestimmung der provisorischen Verfassung der Volksrepublik China hinweg, die die Interessen und das Eigentum der nationalen Bourgeoisie schützte. Charakteristisch für die willkürliche Handhabung gesellschaftlicher

Widersprüche war, dass der Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und nationaler Bourgeoisie losgelöst von dem grundlegenden Widerspruch zwischen der ökonomischen und kulturellen Rückständigkeit des Landes und dem objektiven Erfordernis, die Grundlagen für eine moderne und zivilisierte Gesellschaft zu schaffen, zum Hauptwiderspruch in der Gesellschaft erklärt wurde. Hatte Mao Zedong zuvor betont, dass der begrenzte Kapitalismus objektiv gebraucht werde, um Chinas Rückständigkeit zu überwinden, so hieß es jetzt, dass die Beseitigung des Kapitalismus die Voraussetzung für eine (rasche) Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte wäre.

In den ersten Jahren nach dem Sieg der Revolution von 1949 hatte die KP Chinas ihre Politik fortgesetzt, sowohl den öffentlichen wie die den privaten Interessen, sowohl den Interessen der Arbeit wie des Kapitals Rechnung zu tragen. Um die Wirtschaft wieder herzustellen und der 1 Million Arbeitslosen im Lande neue Arbeit zu beschaffen, war die KP Chinas 1950 dazu übergegangen, der liberalen Bourgeoisie über den Staatshaushalt etwas mehr Profit (hezuofei, „Kooperationskosten“) für die Wiederaufnahme und Entwicklung der Produktion zukommen zu lassen. Sie hatte sie mit Krediten, durch Steuernachlässe, Versorgung mit Rohstoffen und anderem unterstützt. Die sich damit entwickelnde Kooperation der staatlichen mit der privatkapitalistischen Wirtschaft im Bereich der Versorgung mit Rohstoffen, des Absatzes der Produkte und der Bestellung von Erzeugnissen durch den Staat hatte die staatliche Kontrolle über die kapitalistische Wirtschaft gefördert und zur Eingliederung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die staatliche Wirtschaftsplanung geführt. In diesem Zusammenhang war auch festgelegt worden, dass der Kapitalist vom erzielten Profit ein Viertel für sich und drei Viertel für die Steuern und die Wohlfahrt seiner Arbeiter zu verwenden hatte. Der Wert der vom Staat bestellten Waren war kontinuierlich gestiegen. Gemessen am Gesamtwert der Industrieproduktion der kapitalistischen Industrie hatte er sich von 12 Prozent im Jahre 1949 auf 56 Prozent im Jahre 1952 erhöht. Daraus ergab sich auch die Möglichkeit, in der Zusammenarbeit zwischen Staat und liberaler Bourgeoisie auf vertraglicher Basis Formen des Staatskapitalismus zu entwickeln. Das alles waren produktive Ansätze, um das Kapital für die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Gesellschaft und die Industrialisierung des Landes langfristig auf einer relativ stabilen Grundlage zu nutzen.

Mit der Generallinie für die Übergangsperiode zum Sozialismus ging die KP Chinas von der Politik der begrenzten Nutzung der privatkapitalistischen Wirtschaft und der Zusammenarbeit mit der nationalen Bourgeoisie zur gänzlichen Beseitigung des Kapitalismus über. Begründet wurde diese Wende um 180 Grad mit dem Argument, der Grad der Ausnutzung der Ausrüstungen und die Arbeitsproduktivität in den kapitalistischen Unternehmen wären niedrig und die Kapazitäten für eine erweiterte Reproduktion zu klein. Deshalb könne der Markt nicht ausreichend mit Industrieprodukten versorgt und der Staatsplan nicht erfüllt werden.[228] Es ist nicht anzunehmen, dass die Lage in den staatlichen Unternehmen zu jener Zeit eine wesentlich andere war. Selbst wenn diese Argumentation begründet gewesen wäre, hätte die Lage auch auf anderem Wege verändert werden können. Der eigentliche Grund für diese radikale Wende war, wie wir inzwischen wissen, ein anderer.

Mit der „sozialistischen Umgestaltung" der Landwirtschaft wurden die Direktbeziehungen des kapitalistischen Sektors mit dem Dorf eingeschränkt. In der zweiten Hälfte 1954 verstärkte die KP Chinas die Umgestaltung ihrer Politik gegenüber dem Kapitalismus im Bereich des Handels. Mit der Erweiterung der staatlichen Aufträge und der gemeinsamen Bewirtschaftung wurde der private Großhandel vom Staat übernommen und der private Kleinhandel als Kommissionshandel gestaltet. Im Herbst 1955 war der Anteil des reinen Privathandels am Gesamtwert des Handels in 32 großen und mittleren Städten auf 25 Prozent und auf dem Dorfe auf 18 Prozent geschrumpft. 1955 war für Bo Yibo ein „wichtiges Jahr in der sozialistischen Revolution unseres Landes": „Von Mai bis Oktober dieses Jahres konzentrierte der Vorsitzende Mao seine Energie darauf, den Höhepunkt in der genossenschaftlichen Umgestaltung der Landwirtschaft und anschließend den Höhepunkt in der Verwirklichung der gemeinsamen staatlich-privaten Bewirtschaftung ganzer Zweige der kapitalistischen Industrie und des kapitalistischen Handels anzusteuern. Mit der Verwirklichung dieses Ziels waren die Unternehmen, abgesehen von den Zinsen mit Ausbeutungscharakter, die die Kapitalisten auf Grund der getroffenen Vereinbarung erhielten, bereits vollständig in staatliches Eigentum übergegangen. Das war

228. Zitiert nach: Pang Long, a.a.O., S.369.

der entscheidende Schritt in der sozialistischen Umgestaltung des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln."[229]

Die Frage, die sich vor diesem Hintergrund stellt, lautet: Hatte die Umgestaltung des nichtstaatlichen Eigentums an Produktionsmitteln einen sozialistischen Charakter? Die Frage muss eigentlich weiter gefasst werden: Ist es möglich, auf der Grundlage von im Wesentlichen vorkapitalistischen Produktivkräften funktionierende sozialistische Produktionsverhältnisse, eine wirkliche sozialistische Produktionsweise zu schaffen? Statt in 10 bis 15 oder mehr Jahren war die so genannte sozialistische Umgestaltung in drei Jahren durchgezogen worden. Die damit gegebenen neuen Möglichkeiten für die Verwirklichung der Politik eines sozialistischen Staates (Staat mit sozialistischer Orientierung – d. V.) sollen hier nicht unterschätzt werden. Die Geschichte hat bisher jedoch noch nicht bewiesen, dass sozialistisches Eigentum an Produktionsmitteln auf der Grundlage rückständiger gesellschaftlicher Produktivkräfte beruhen kann. Beides schließt sich meiner Ansicht nach aus. Die Überwindung des Widerspruchs zwischen diesen beiden Gegebenheiten ist möglich, wenn das Entwicklungsniveau der Produktivkräfte entsprechend erhöht und dieses Eigentum in sozialistischer Weise realisiert wird. Davon konnte Mitte der 1950er Jahre in der VR China keine Rede sein. Ich würde deshalb die sozialistische Umgestaltung im damaligen China als eine formale und stark überzogene Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln charakterisieren.

Entstanden war ein nichtkapitalistisches und stark zentralisiertes Eigentum an Produktionsmitteln durch die staatliche Macht, ausgeübt von der KP Chinas. Das entstandene staatliche Eigentum an Produktionsmitteln war seinem Wesen nach Eigentum der Regierung; denn die Regierung bestimmte seine Realisierung. Das sozialistische Element dieses Eigentums wurde allein durch die Zielsetzung der politischen Macht, aber noch nicht durch eine tatsächliche Realisierung sozialistischen Eigentums bestimmt. Die Veränderungen hatten zwar die Möglichkeit geschaffen, die staatlichen Kräfte und Mittel auf die Schwerpunkte nationaler Entwicklung zu konzentrieren. Sie hatten jedoch insgesamt noch nicht die Bedingungen hervorgebracht, um allmählich eine sozialistische Produk-

229. Bo Yibo, a.a.O., S.287.

tionsweise mit ihren spezifischen ökonomischen Gesetzen herausbilden zu können.

Ich komme abschließend zu dieser Thematik noch einmal auf Lenins neue Theorie über den Übergang aus dem Mittelalter zum Sozialismus zurück. Wir erinnern uns an seine fundamentale Erkenntnis: „Insofern wir noch nicht imstande sind, den unmittelbaren Übergang von der Kleinproduktion zum Sozialismus zu vollziehen, insofern ist der Kapitalismus in gewissem Maße unvermeidlich ... und insofern müssen wir uns den Kapitalismus zu Nutze machen ... als vermittelndes Kettenglied zwischen der Kleinproduktion und dem Sozialismus."[230] Die heutige KP Chinas folgt diesem wegweisenden Gedanken Lenins. Sie nutzt objektiv das Kapital, um die Rückständigkeit und Zurückgebliebenheit Chinas zu überwinden und damit die materiellen und geistigen Voraussetzungen für den Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung zu schaffen. Die KP Chinas von 1952 hingegen war der Ansicht, dass allein die sofortige Beseitigung des Kapitalismus den Weg für die schnellstmögliche Überwindung der Rückständigkeit und Zurückgebliebenheit des Landes freimachen würde. Aus heutiger Sicht war das ein verhängnisvoller Irrtum.

Umso mehr erstaunt mich, dass führende chinesische Wissenschaftler in zentralen Parteiinstitutionen die Korrektur dieses Kurses durch die KP Chinas vor dreißig Jahren noch immer nicht zum Anlass nehmen, die damalige sozialistische Umgestaltung neu zu bewerten.[231] Offiziell gilt noch immer, was Ende der 1950er Jahre von führenden chinesischen Ökonomen im Geiste Mao Zedongs geschrieben wurde: „Nach der Gründung der Volksrepublik China war unser Land bereits in die Etappe der sozialistischen Revolution eingetreten. Die Aufgabe dieser Etappe besteht darin, den Kapitalismus zu beseitigen, alle Ordnungen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen. Das ist eine allgemeine Wahrheit, die für alle nationalen sozialistischen Revolutionen gilt."[232] Ich sehe einmal von der für mich willkürlichen politischen Aufwertung der chinesischen Revolution von 1949 ab. Diese „allgemeine Wahrheit" traf auf das damalige China noch nicht zu. Mao Ze-

230. W. I. Lenin, Werke, Band 32, Berlin 1967, S. 364.
231. Ich verweise auf Pang Song, a.a.O., S. 291 ff.
232. Xue Muqiao/Su Xing/Lin Zeli, a.a.O., S.110.

dong und damit die Partei nahmen nicht wirklich zur Kenntnis, dass sich das Land im Niveau seiner gesellschaftlichen Produktivkräfte noch weitgehend im Mittelalter befand. Und ich sehe eine Tragik historischen Ausmaßes darin, dass Mao unter dem Einfluss Stalins nicht erkannte, dass der Kapitalismus, von der KP Chinas kontrolliert und klug genutzt, „ein Segen" für die Überwindung der historischen Zurückgebliebenheit und die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte gewesen wäre. Die Entwicklung der Volksrepublik China unter dem Einfluss der Reform- und Öffnungspolitik ist der schlagende Beweis für die Richtigkeit dieser These. Es braucht eigentlich keinen Mut mehr, sie zu vertreten.

3.3. Erster Fünfjahrplan (1953-1957) und seine Verwirklichung

In der chinesischen Literatur wird die Industrialisierung des Landes stets vor der sozialistischen Umgestaltung behandelt. Ich bin bei der Betrachtung der chinesischen Problematik den umgekehrten Weg gegangen, weil die Umgestaltung für die KP Chinas letztlich Vorrang hatte. Kommen wir nun zur Wirtschaftspolitik und damit zur Industrialisierung des Landes.

Die Partei musste die Frage klären, auf welchem Wege das Land industrialisiert werden konnte und sollte. Wie waren die Beziehungen zwischen Landwirtschaft, Leichtindustrie und Schwerindustrie zu regeln? Wie waren die Beziehungen zwischen Stadt und Land und zwischen den einzelnen Regionen, die sich auf einem sehr unterschiedlichen Entwicklungsniveau befanden, zu gestalten? Die Industrialisierung berührte auch einen überaus wichtigen politischen Aspekt: die Realisierung und Entwicklung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft.

Mit dem von Stalin geprägten Sozialismus-Modell übernahm die KP Chinas auch das sowjetische Modell für die Industrialisierung Chinas. Das hieß jedoch nicht, dass es in der damaligen chinesischen Führung dazu keine eigenständigen Überlegungen gegeben hätte. Interessante Gedanken über die Gestaltung der dialektischen Beziehungen zwischen Stadt und Dorf sowie zwischen Industrie und

Landwirtschaft äußerte Zhou Enlai vor Teilnehmern von nationalen Beratungen im Dezember 1949. Es sei beschlossen worden, dass die Stadt das Dorf und die Industrie die Landwirtschaft führt. Das bedeute jedoch keinesfalls, dass die Rolle der landwirtschaftlichen Produktion für die Entwicklung der Industrie ignoriert werde. „Wir müssen die Industrie auf der Grundlage der Entwicklung der Landwirtschaft entwickeln und das Niveau der landwirtschaftlichen Produktion unter Führung der Industrie heben. Ohne landwirtschaftliche Grundlage kann die Industrie nicht vorankommen, ohne Führung durch die Industrie gibt es keinen Weg, die Landwirtschaft zu entwickeln." Er sah in diesen Überlegungen angewandte Ideen Mao Zedongs.[233]

Liu Shaoqi hatte seine Gedanken zu dieser Thematik 1950 in seinem Manuskript „Die Industrialisierung des Landes und die Hebung des Lebensniveaus des Volkes" entwickelt. Nach Wiederherstellung der Wirtschaft „müssen wir die Hauptkraft für die Entwicklung der Landwirtschaft und der Leichtindustrie einsetzen und zugleich einiges an erforderlicher Verteidigungsindustrie errichten." Der nächste Schritt wäre, „mit noch größerer Kraft die Grundlagen unserer Schwerindustrie aufzubauen, die Leichtindustrie stark zu entwickeln und zu veranlassen, die Landwirtschaft zu mechanisieren. Der Prozess der Industrialisierung Chinas sollte im Großen und Ganzen auf diesem Wege vorangebracht werden."[234] Aus Sicht des chinesischen Historikers He Li wäre Liu von folgender Vorstellung ausgegangen: Allein die Entwicklung der Landwirtschaft könne die Industrie mit genügend Rohstoffen und Getreide versorgen und für die Industrie einen großen Markt schaffen. Die Versorgung der Bauern mit Industrieerzeugnissen könne nur durch die Entwicklung der Leichtindustrie im Austausch mit landwirtschaftlichen Rohstoffen und Getreide gewährleistet werden. Außerdem sichere dies die weitere Akkumulation von Kapital für die Industrie. Die Entwicklung von Landwirtschaft und Leichtindustrie würde es ermöglichen, das außerordentlich niedrige Lebensniveau des werktätigen Volkes zu heben. Erst danach könne man eine große Menge an Kapital und Kraft ansammeln, um die Grundlagen für die Entwicklung der Schwerindustrie zu legen. „Dieser Weg der Industrialisierung Chinas in der

234. „Ausgewählte Werke Liu Shaoqis", Band II, Beijing 1883, S. 4, chines.

Vorstellung Liu Shaoqis durchbrach den Weg der sozialistischen Industrialisierung, den die Sowjetunion entwickelte und der mit der Schwerindustrie begann."[235] Mit der Hinwendung der KP Chinas zum sowjetischen Beispiel und der Ausarbeitung des ersten Fünfjahrplans wurden diese Überlegungen Liu Shaoqis offenbar nicht einmal zur Diskussion gestellt. Für mich wäre es der bessere Weg gewesen, weil er den nationalen Gegebenheiten entsprach und der Landwirtschaft wie dem Dorf die Möglichkeit gegeben hätte, mit der Industrialisierung Schritt zu halten, und den materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes kontinuierlich nachzukommen.

Die KP Chinas hatte im August 1952 den Entwurf des 1. Fünfjahrplans fertiggestellt. Eine Regierungsdelegation unter Zhou Enlai reiste nach Moskau, um dort den Planentwurf einige Monate mit der sowjetischen Seite, darunter auch mit Stalin, zu beraten. Am 4. April 1953 übergab Anastas Mikojan der chinesischen Seite die Überlegungen der sowjetischen Seite zu dem vorgelegten Entwurf. Ich halte sie für interessant, weil sie offenbar auch gewisse Erkenntnisse aus der sowjetischen Praxis der Industrialisierung widerspiegeln (z. B. Betonung der starken Entwicklung von Landwirtschaft, Handwerk und der Kleinunternehmen), die über die in der wissenschaftlichen Literatur allgemein anzutreffende Charakterisierung des sowjetischen Systems hinausgehen. Deshalb möchte ich die Hauptpunkte der sowjetischen Antwort etwas ausführlicher wiedergeben:

1. Überlegungen unter dem Gesichtspunkt der Interessen Chinas und des gesamten sozialistischen Lagers: Die Grundlage des Fünfjahrplans ist die Industrie, vor allem der Aufbau einer Schwerindustrie. Dieser Kurs und diese Aufgabe sind richtig.
2. Überlegungen aus der Sicht der Politik, der öffentlichen Meinung und der Stimmung des Volkes: Der Fünfjahrplan muss nicht nur erfüllt, sondern unbedingt auch übererfüllt werden. Deshalb ist die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Industrie auf 14 bis 15 Prozent zu senken (im chinesischen Entwurf waren 20 Prozent vorgesehen gewesen).
3. Auf die Ausbildung eigener Kader muss geachtet werden.
4. Die Grundlagenarbeit für die Entwicklung der Wirtschaft wie z. B. die geologischen Erkundungen ist zu verstärken.

235. He Li, a.a.O. S. 90.

5. Handwerk und kleine Unternehmen sind im großen Maße zu entwickeln, um die Unzulänglichkeiten der Großindustrie auszugleichen.
6. Der Entwicklung der Landwirtschaft ist außerordentliche Beachtung zu schenken. Man muss nicht nur im großen Maßstab qualitativ gute und im Preis niedrige landwirtschaftliche Maschinen und Düngemittel herstellen. Zu sichern sind auch die Versorgung des Dorfes mit industriellen Gütern und der Austausch materieller Güter zwischen Stadt und Land.
7. Der Renminbi ist zu festigen und die Kaufkraft ist zu erweitern.
8. Das Wachstumstempo des Gesamtproduktionswertes der Industrie muss größer sein als das der Zahl der Angestellten und Arbeiter, um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu sichern. Das Tempo bei der Erhöhung der Arbeitsproduktivität muss höher sein als das bei der Erhöhung der Löhne, um die Akkumulation des Staates gewährleisten zu können. Das Wachstumstempo (der Zahl) der Techniker muss höher sein als das der Arbeiter, um die Erhöhung des technischen Niveaus zu garantieren.[236]

Diese Überlegungen wurden bei der Überarbeitung des Planentwurfs berücksichtigt.

Nach Beratungen auf der nationalen Konferenz der KP Chinas Ende März 1955 und einer nochmaligen Überarbeitung durch die Regierung wurde der 1. Fünfjahrplan auf der 2. Tagung des I. NVK Ende Juli 1955 angenommen.

Seine grundlegenden Ziele und Aufgaben waren:

- die Kräfte auf den Aufbau von 694 über der Norm liegenden Industrieobjekten[237] zu konzentrieren, in deren Mittelpunkt die 156 mit sowjetischer Hilfe projektierten Unternehmen standen, um eine erste Grundlage für die Industrialisierung des Landes legen zu können;
- die Entwicklung einer ersten Gruppe kollektivwirtschaftlicher LPG, die Entwicklung von PGH;
- die grundsätzliche Überführung der kapitalistischen Industrie und des kapitalistischen Handels in verschiedene Formen des Staatskapitalismus.

236. Zitiert nach: Bo Yibo, a.a.O., S.202-203.
237. Damals wurde für die Leitung der Schwerpunktobjekte die Höhe der fixen Kapitalinvestitionen festgelegt. Wenn die Investitionen für ein Unternehmen diese Norm überstiegen, waren sie „über der Norm liegende" Objekte. Die Normhöhe dieser Investitionen war unterschiedlich. Für die Eisen- und Stahlindustrie betrug sie damals 10 Mill. Yuan, für die Textilindustrie 5 Mill. Yuan, und für andere Unternehmen der Leichtindustrie lag sie zwischen 3 und 5 Millionen Yuan.

Die Kennziffern des Plans sahen vor, 76,64 Mrd. Yuan (über 700 Millionen Tael Gold) in den ökonomischen und kulturellen Aufbau zu investieren. Für Investitionen in Grundfonds waren 42,14 Mrd. Yuan vorgesehen, davon 24,85 Mrd. Yuan oder 58,2 Prozent im Bereich der Industrie, 88,8 Prozent dieser Investitionen waren für die Produktionsmittel erzeugenden Bereiche vorgesehen. Für die Land- und Forstwirtschaft und den Wasserbau waren 3,26 Mrd. Yuan oder 7,6 Prozent, für Transport, Post- und Fernmeldewesen 8,21 Mrd. Yuan oder 19,2 Prozent, für die Bereiche Handel, Banken und materielle Reserven 1,28 Mrd. Yuan oder 3 Prozent und für Kultur, Bildung und Gesundheitswesen 3,08 Mrd. Yuan oder 7,2 Prozent vorgesehen.

Der Fünfjahrplan wurde übererfüllt. Der Gesamtwert der Industrieproduktion erhöhte sich in den fünf Jahren bei einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 14,7 Prozent um 98,3 Prozent. Der Wert der erzeugten Produktionsmittel wuchs um 126,5 Prozent und der Wert der Konsumtionsmittel um 79,7 Prozent.

Der Gesamtwert der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Nebenproduktion war im jährlichen Durchschnitt von 4,3 Prozent um 23,3 Prozent gestiegen, darunter die Getreideproduktion um 17,6 Prozent.

Mit der schnellen Entwicklung der Industrie hatte sich auch ihre Struktur zu verändern begonnen. Der Anteil der Schwerindustrie, auch der im Bereich der Verteidigungsindustrie, hatte sich deutlich erhöht. Auf zentraler staatlicher Ebene waren 49,1 Mrd. Yuan von insgesamt 55 Mrd. Yuan an Investitionen fixen Kapitals getätigt worden. Das waren 15,3 Prozent mehr als im Plan vorgesehen. In der Industrie entfielen 88,9 Prozent aller dieser Investitionen auf die Schwerindustrie. Die fixen Kapitalanlagen hatten sich auf gut 45 Mrd. Yuan erhöht, darunter in der Industrie auf etwas über 20 Mrd. Yuan. Bei 27 Industrieerzeugnissen wurde der Plan ein Jahr vorfristig erfüllt. China produzierte 1957 5,3 Mio t Stahl und 131 Mio t Kohle. Nicht erfüllt wurde der Plan bei Erdöl, im Bau von Lokomotiven, in der Produktion von Zucker, Zigaretten und Streichhölzern.

Die durchschnittliche Akkumulationsrate von 24,2 Prozent entsprach den Möglichkeiten und Erfordernissen. Die Lebenslage der breiten Masse des Volkes hatte sich, wenn auch noch auf einem recht niedrigen Niveau, deutlich verbessert.

Ein grundlegendes Problem in der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zeichnete sich anfänglich bereits in diesem Zeitraum ab. Die Abstimmung in der Entwicklung von Landwirtschaft, Leicht- und Schwerindustrie war unzureichend. Die Produktion der Leichtindustrie blieb rückständig und die Grundlagen der Landwirtschaft waren unverändert schwach. Im Unterschied zur zentralen Ebene des Staates wurde der Aufbau der lokalen Ebene unzureichend betrieben. Das Schwergewicht war insgesamt auf die Entwicklung der inneren Regionen gelegt worden, während die weitere Entwicklung Ostchinas nicht genügende Beachtung gefunden hatte.

Insgesamt konnte die gesunde und stabile Entwicklung der Volkswirtschaft jedoch noch gesichert werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung wurde von Auseinandersetzungen begleitet, die sich zeitweilig zuspitzten. 1953 ging es zum Beispiel um die Frage der Gestaltung der Beziehungen zwischen Schwerindustrie und Leichtindustrie. Ein Teil der Parteikader vertrat die Auffassung, dass der Entwicklung der Leichtindustrie im Interesse der Verbesserung des Lebens des Volkes mehr Gewicht beizumessen wäre. Mao Zedong lehnte das unter Hinweis auf die militärische Konfrontation mit den USA ab. Er hielt es für außerordentlich dringlich, eine starke Verteidigungsindustrie aufzubauen und die Verteidigungsfähigkeit (einschließlich der nuklearen Bewaffnung – d. V.) des Landes zu heben. Es gebe, so führte er aus, zwei Arten von „Politik, Menschlichkeit zu üben" (shi ren zheng). Die eine Art wäre, den gegenwärtigen Bedürfnissen des Volkes zu dienen, die andere den langfristigen. Erstere wäre „die kleine", letztere „die große Politik, Menschlichkeit zu üben". Eine andere große Auseinandersetzung wurde, wie ich schon darlegte, 1955 zum Tempo der Umgestaltung der Landwirtschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung geführt. Der investive Aufbau wurde stark überzogen. Die Ausreichung von Krediten lag weit über dem Plan. Die Verschuldung des Staates hatte sich vergrößert, die Geldemission des Staates die angemessene Grenze überschritten, und in der Versorgung des Marktes zeichneten sich ernste Problem ab. In einigen Gebieten streikten die Arbeiter, Studenten boykottierten die Vorlesungen, und es kam zu Massendemonstrationen.

Vor allem auf dem Dorfe kam es zu Unruhen, die zu Austritten

aus den LPGen höherer Stufe führten. Ende 1956 waren davon acht Provinzen betroffen. Es waren vor allem Mittelbauern, aber auch Bauern mit einer vielköpfigen Familie und wenig Arbeitskräften, die mit ihrem Austritt auch die Rückgabe ihres Bodens forderten. Zeitweise dachten bis zu 20 Prozent der Mitglieder daran, wieder auszutreten. Die Hauptursache für dieses Aufbegehren gegen die LPGen höherer Stufe war letztlich, dass die übereilt und künstlich geschaffenen Produktionsverhältnisse nicht den Erfordernissen der Entwicklung der Produktivkräfte entsprachen und zum Rückgang der Einnahmen eines größeren Teils der Mitglieder geführt hatten. Auf diesem Hintergrund kam es auch unter den dörflichen Kadern zu Diskussionen über diese Art von sozialistischer Umgestaltung auf dem Lande. Die Regierung sah sich gezwungen, Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft zu treffen.

Auf der nationalen Konferenz zur Problematik der Intelligenz im Januar 1956 informierte Zhou Enlai über den langfristigen Plan zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik von 1956 bis 1967. An der Erarbeitung dieses Plans waren über 6 Millionen chinesische Wissenschaftler aller Fachgebiete und fast hundert sowjetische Fachleute beteiligt gewesen.

Der Plan stand ganz im Zeichen der sich abzeichnenden neuen wissenschaftlich-technischen Revolution und der daraus für die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft abzuleitenden Aufgaben. Er enthielt 57 große Forschungsvorhaben mit über 600 konkreten Forschungsthemen. Dazu gehörten die friedliche Nutzung der Atomenergie, die Entwicklung der Halbleitertechnik und von Rechenmaschinen auf der Grundlage der Elektronik, die Strahlantriebstechnik, die Automatisierung der Produktion, die Erkundung von Erdöl- und anderen wichtigen Ressourcen, die umfassende Nutzung von Brennstoffen, die umfassende Erschließung des Huanghe (Gelben Flusses) und des Changjiang[238], die Chemisierung, Mechanisierung und Elektrifizierung der Landwirtschaft und die Bekämpfung der für die Menschen gefährlichsten Krankheiten.

Leiter der Kommission für die Verwirklichung dieses Plan wurde Marschall Nie Rongzhen, stellvertretender Ministerpräsident und Verantwortlicher für die Entwicklung der Landesverteidigung. Das wies daraufhin, dass die Entwicklung atomarer Waffen ein wichtiger

238. In Deutschland oft falsch Yangzijiang (Yangdsedjiang) genannt. Dieser Name steht nur für den letzten Teil des Flusses etwa ab Nanjing.

Bestandteil des Plans zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik war. In den folgenden Jahren wurden die Mittel für die Umsetzung des Plans und die Entwicklung von Wissenschaftlern und Technikern deutlich verstärkt. Die Investitionen für Wissenschaft und Technik erhöhten sich bis 1960 gegenüber 1952 um das 3,6-fache. Die Zahl der Wissenschaftler und Techniker war um das Dreifache auf 30 je 10 000 Einwohner gestiegen.

Insgesamt gesehen war in den Jahren 1953 – 1957 mit sowjetischer Hilfe die umfassende Industrialisierung des Landes eingeleitet und eine erste Grundlage für den Aufbau eines vollständigen Industriesystems gelegt worden. Damit waren Bedingungen vorhanden, diesen Fortschritt in der ökonomisch-technischen Entwicklung des Landes fortzusetzen. Allerdings würden das Tempo und die Stabilität dieser Entwicklung wohl erheblich von der Regulierung der Beziehungen zwischen Landwirtschaft, Leicht- und Schwerindustrie abhängen. Hinzufügen möchte ich allerdings, dass mir, als ich 1957 nach China kam, die Versorgung mit Produkten der Landwirtschaft und der Leichtindustrie trotz begrenzter Zuteilung mancher Produkte wie Getreide, Öl und Baumwollstoffe erheblich besser zu sein schien als in der DDR.

3.4. Für Frieden, Zusammenarbeit und Sozialismus

Der außenpolitische Kurs der VR China wurde durch die Landesverfassung vom 20.09.1954 bestimmt: „Unser Land hat bereits mit der großen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und allen volksdemokratischen Ländern eine unzerstörbare Freundschaft geschaffen. Die Freundschaft unseres Volkes mit den friedliebenden Völkern der gesamten Welt nimmt auch täglich zu, sie wird sich weiter entwickeln und festigen. Die Politik unseres Landes, mit allen Ländern auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und der gegenseitigen Achtung der Souveränität und territorialen Integrität diplomatische Beziehungen

239. Dokumente der 1. Tagung des I. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, Beijing 1955, S. 90, chines.

aufzunehmen und zu entwickeln, hat bereits Erfolge gezeitigt. Sie wird weiter verwirklicht werden. Es ist der entschlossene Kurs unsers Landes, für die erhabenen Ziele des Weltfriedens und des Fortschritts der Menschheit zu kämpfen."[239]

Im April 1954 hatten Nehru und Zhou Enlai bereits die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz (Pancha Shila)[240] verkündet. Sie wurden erstmals mit dem chinesisch-indischen Abkommen vom 29.4.1954 in einem internationalen Vertragswerk aufgenommen. Auf der Moskauer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder im November 1957 unterzeichnete auch die Delegation der KP Chinas unter Leitung von Mao Zedong die gemeinsame Erklärung, in der das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Ordnung zur „unantastbaren Grundlage der Außenpolitik der sozialistischen Länder" und zur „verlässlichsten Grundlage des Friedens und der Völkerfreundschaft" erklärt wurde. Die KP Chinas unterzeichnete auch das an die Völker der Welt gerichtete Friedensmanifest, in dem die Hauptziele der Kommunisten verkündet und die Wege genannt wurden, um diese zu erreichen.[241]

Die Zuspitzung der Lage in Europa Mitte der 1950er Jahre, die durch die Unterzeichnung der Pariser Verträge und die damit einsetzende Aufrüstung der BRD ausgelöst worden war, veranlasste die VR China, die politische Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern Europas enger und umfassender zu gestalten. Die VR China erklärte ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Gegenmaßnahmen der europäischen sozialistischen Länder. An der Unterzeichnung des „Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe" (Warschauer Vertrag) nahm der chinesische Verteidigungsminister Peng Dehuai teil. Im Auftrag seines Landes erklärte er: „Frieden und Sicherheit in Asien und Europa sind unteilbar. Die Interessen der Volksrepublik China sind von denen der friedlichen Staaten Europas nicht zu trennen ... Die Regierung und das 600-Millionen-Volk Chinas erklären ihre volle Unterstützung für den Vertrag und ihre volle Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Kommando der bewaffneten Kräfte der Vertragsstaaten."[242]

240. Gegenseitige Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, gegenseitiger Nichtangriff, Gleichberechtigung, gegenseitiger Nutzen und friedliche Koexistenz.
241. Neues Deutschland v. 23.11.1957.
242. Zitiert nach: Pang Song, a.a.O., S.484.

Für die VR China nahm die allseitige Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern in dieser Zeit den wichtigsten Platz ein. Der Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitige Hilfe mit der UdSSR vom 14.2.1950 garantierte die Sicherheit Chinas vor der imperialistischen Bedrohung.[243] Auf der Grundlage dieses Vertrags sollten sowjetische Streitkräfte zusammen mit Einheiten der VBA in Lüshun (Port Arthur) und Dalien (Dairen) in NO-China bis zum Abschluss eines Friedensvertrages mit Japan stationiert bleiben. Sowjetische Luftstreitkräfte sicherten in den frühen 1950er Jahren den chinesischen Luftraum in NO- und Ostchina vor Angriffen der US-Amerikaner und der GMD. Sowjetische Kredite ermöglichten es der Volksrepublik, Waffen und militärische Technik zur Modernisierung ihrer Streitkräfte zu kaufen. Auf Wunsch der Volksrepublik bildete die Sowjetunion eine große Gruppe von Angehörigen der VBA aus und entsandte ihre Militärspezialisten nach China. Diese Zusammenarbeit versetzte die Volksrepublik schon in den ersten Jahren ihres Bestehens in die Lage, im Fernen Osten als ein Faktor des Friedens und der Sicherheit wirksam zu werden.

Die Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern ermöglichte es China, die Industrialisierung des Landes tatkräftig einzuleiten. Zwischen März 1953 und April 1956 schlossen China und die Sowjetunion mehrere bedeutende Wirtschaftsabkommen ab. In Erfüllung dieser Abkommen leistete die sowjetische Seite Hilfe beim Aufbau, der Rekonstruktion und der Erweiterung von 161 Großbetrieben sowie technische Unterstützung bei der Fertigstellung von weiteren 50 wirtschaftlichen Objekten. Diese 211 Betriebe wurden das Rückgrat für die Entwicklung der modernen Industrie Chinas. In ihre Entwicklung flossen in der Zeit von 1953-1957 etwa 44 Prozent aller Industrieinvestitionen. Ende 1957 waren von den 211 Großobjekten 68 bereits ganz oder teilweise fertig gestellt und der Rest im Bau. Da China kaum Fachleute hatte, erhöhte die Sowjetunion die Zahl ihrer in die Volksrepublik China entsandten Berater bis 1956 auf 2 115 Spezialisten. Zugleich nahm sie jährlich fast 1 000 Arbeiter und ingenieurtechni-

243. Der Vertrag, der auf 30 Jahre abgeschlossen worden war, enthielt Übereinkommen über die entschädigungslose Übergabe der nordostchinesischen Changchun-Eisenbahn an die VR China bis Ende 1952, die Übergabe der militärischen Anlagen und Hafenanlagen von Lüshun und Dalian nach Abschluss des Friedensvertrages mit Japan an die VR China und die Gewährung eines langfristigen Kredits in Höhe von 300 Millionen US-Dollar zu einem Zinssatz von1% an die VR China und andere Vereinbarungen.

sches Personal aus der Volksrepublik zur Weiterbildung auf. China lieferte dafür von der Sowjetunion benötigte Bodenschätze und landwirtschaftliche Produkte. Die VR China hatte mit der Unterzeichnung des Vertrages von Februar 1950 zugesagt, 14 Jahre lang jährlich größere Mengen an Uran, Zinn, Antimon und andere Bodenschätze an die Sowjetunion zu liefern. In der Zeit des 1. Fünfjahrplans unterstützte die Volksrepublik auf diese Weise mit Waren im Gesamtwert von 156 Millionen US-Dollar die wirtschaftliche Entwicklung der UdSSR. Der Anteil des Handels mit der Sowjetunion am chinesischen Außenhandel wuchs von 30 Prozent im Jahre 1950 auf 61,9 Prozent im Jahre 1955 an.

Die VR China erhielt zwischen 1950 und Juli 1954 im Zusammenhang mit dem Aufbau der volkswirtschaftlichen Objekte 698 technische Dokumentationen. Nach Abschluss des Abkommens über technische Zusammenarbeit während des Besuchs des 1. Sekretärs der KPdSU N. S. Chruschtschow in China im Oktober 1954 übergab die sowjetische Seite bis Ende 1958 insgesamt über 4 000 technische Dokumentationen an die chinesische Seite, während die chinesische Seite knapp 100 Dokumentationen übergab. Nach dem Besuch Chruschtschows[244] erklärte sich die sowjetische Seite im Januar 1955 bereit, wissenschaftlich-technische Hilfe im Bereich der Forschungen zur friedlichen Nutzung der Atomenergie zu leisten. Am 27. April 1955 wurde darüber ein Abkommen unterzeichnet. Bereits 1957 konnte in China mit sowjetischer Unterstützung der erste Atomreaktor und ein Zyklotron in Betrieb genommen werden.

In diesen Jahren entwickelten sich auch ein umfangreicher kultureller Austausch und die freundschaftlichen Begegnungen zwischen beiden Völkern. Im September 1952 wurde z. B. zwischen beiden Ländern ein Abkommen über einen Studentenaustausch unterzeichnet. Im darauf folgenden Jahr entsandte China erstmals 583 Studenten zum Studium in die UdSSR. Bis 1957 war diese Zahl auf über 2 000 angewachsen. Nach Rückkehr in die Heimat stellten sie

244. Während des Besuchs soll die chinesische Seite auch die Frage einer Unterstützung für den Bau einer Atombombe aufgeworfen, aber keine Zusage bekommen haben. Mao Zedongs Auslassungen über die Atombombe am 28. Januar 1955 scheinen eine unmittelbare Reaktion gewesen zu sein: Die USA könnten mit ihren wenigen Atombomben China nicht auslöschen. Sollten die USA mit ihren Flugzeugen und Atombomben einen Aggressionskrieg gegen China anzetteln, dann würde China mit seinen Gewehren und seiner Hirse zweifellos als Sieger hervorgehen. Siehe: Ausgewählte Werke Mao Zedongs, B d. V, a.a.O., S.170. In jener Zeit begann sich China auf den Bau eigener Atomwaffen zu konzentrieren. 1964 stellte es seine erste Atombombe her.

die entscheidenden Fachkräfte in den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft und den verschiedenen Bereichen der wissenschaftlich-technischen Forschung. Ab 1954 entsandte auch die sowjetische Seite Studenten in die Volksrepublik.

Die VR China unterstützte zusammen mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern umfassend und wirksam den Kampf des koreanischen und des vietnamesischen Volkes gegen die imperialistische Aggression und für den Aufbau in diesen Ländern. Sie unternahm große Anstrengungen, um ihre Beziehungen mit den europäischen Volksdemokratien zu entwickeln. Bis 1955 waren die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit allen volksdemokratischen Ländern Asiens und Europas vertraglich geregelt. Besonderes Gewicht legte China auf die Entwicklung der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit neben der Sowjetunion auch mit den anderen relativ entwickelten sozialistischen Ländern. Das betraf vor allem die CSSR und die DDR. Von den über 100 wirtschaftlichen Objekten, für die die volksdemokratischen Länder Europas komplexe Ausrüstungen lieferten, wurden allein von der DDR 41 solcher Objekte ausgerüstet (Zement- und Glasfabriken, Transformatoren- und Kabelwerke, Betriebe für chemische Produkte u. a.). 1953 entsandte die DDR die ersten beiden Studenten zum Studium in die VR China, bald darauf nahmen auch chinesische Studenten ihr Studium in der DDR auf. 1954 wurde zwischen beiden Ländern das erste Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit abgeschlossen.

Indochina-Konferenz

Die Demokratische Republik Vietnam war nach der Kapitulation Japans im Ergebnis eines bewaffneten Aufstandes des vietnamesischen Volkes unter Führung der KP Indochinas am 2. September 1945 gegründet worden. Um seine Kolonialherrschaft in Indochina wiederherzustellen, begann Frankreich im Dezember 1946 von Süden her den Angriff und okkupierte das Territorium der Demokratischen Republik Vietnam bis hoch zur chinesischen Grenze. In Laos und Kampuchea wurden französische Marionettenregimes errichtet. Unter Führung Ho Chi Minhs nahm das vietnamesische Volk gemeinsam mit den Völkern von Laos und Kampuchea erneut

den Kampf um seine Befreiung auf. Auf Bitten Hos im Januar 1950 begann die VR China trotz der eigenen Probleme bei der Wiederherstellung der Wirtschaft und des Aufbaus der öffentlichen Ordnung diesen Befreiungskampf sowohl materiell als auch durch militärische und politische Beratergruppen zu unterstützen. So gelang es den vietnamesischen Befreiungsstreitkräften die französischen Basen an der Grenze zu China zurückzuerobern, im Norden befreite Gebiete zu schaffen, dort eine Bodenreform durchzuführen und günstige Ausgangsbedingungen für die Befreiung ganz Vietnams zu schaffen. Im Ergebnis des Befreiungskampfes der drei Völker geriet Frankreich in eine zunehmend schwierige und schließlich aussichtslose Lage.

Am 28. September 1953 schlug die UdSSR Frankreich, England und den USA vor, unter Teilnahme der VR China in Genf eine Konferenz der Außenminister zur friedlichen Lösung der Indochina-Frage einzuberufen. In einer Erklärung des Ministerpräsidenten und Außenministers Zhou Enlai unterstützte die VR China diesen Vorschlag unter Hinweis darauf, dass die fünf Großmächte Frankreich, England, die USA, die Sowjetunion und die VR China eine besondere Verantwortung für die friedliche Lösung internationaler Konflikte hätten. Nach anfänglicher Weigerung der USA, sich mit Beijing an einen Tisch zu setzen und Fragen der Weltpolitik zu erörtern, begann am 26. April 1954 die Genfer Konferenz. Ihr Ziel war, die koreanische Frage friedlich zu lösen zu suchen und den Frieden in Indochina wieder herzustellen. Aus der Sicht der heutigen chinesischen Geschichtsschreibung war die Genfer Konferenz „eine wichtige internationale Konferenz. Es war das erste Mal, dass die Volksrepublik auf einer internationalen Beratung als eine der fünf Großmächte teilnahm."[245]

Nach Konsultationen mit Ho Chi Minh und der Sowjetunion traf die von Zhou Enlai geführte Verhandlungsdelegation der VR China am 20. April in Genf ein. Die Konferenz begann am 26. April mit der Erörterung der koreanischen Frage. Durch die Haltung der USA, die ihre Truppen nicht aus Südkorea zurückziehen wollten und einer Wiedervereinigung beider Staaten Koreas zustimmten, konnte jedoch keine Einigung erreicht werden.

In der zweiten Runde wandte sich die Konferenz der Indochina-

245. Pang Song, a.a.O., S. 458.

Frage zu. In der ersten Phase vom 26. April bis 11. Juni 1954 sabotierte die französische Regierung Laniel/Bidault unter dem Druck der USA den Abschluss einer Übereinkunft. Der Sieg der vietnamesischen Volksarmee am 7. Mai 1954 bei Dien Bien Phu, durch den das französische Expeditionskorps vernichtend geschlagen wurde, erhöhte den Druck auf Frankreich, eine friedliche Lösung zu finden. Am 10. Mai 1954 legte die Delegation der DRV ihre Position dar. Das Papier enthielt die Forderung nach Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit der drei indochinesischen Länder, die Einstellung der Kampfhandlungen, den Abzug aller ausländischen Truppen und allgemeine freie Wahlen zur Regelung der inneren Angelegenheiten in diesen drei Ländern. Angesichts dieser Entwicklungen gab die neue französische Regierung Mendès-France gegenüber der französischen Nationalversammlung das Versprechen ab, innerhalb eines Monats in Indochina Frieden zu schließen.

Nach wiederholten Sondierungen der Lage mit den Delegationen der UdSSR und der DRV unterbreitete Zhou Enlai am 27. Mai 1954 den Teilnehmern erneut einen Vorschlag auf Einstellung aller feindlichen Aktionen in Indochina. Die Kernpunkte dieses Vorschlags waren: Alle bewaffneten Kräfte stellen gleichzeitig den Kampf ein. Alle Seiten nehmen Gespräche zur Lösung der Probleme auf. Die Einstellung der Kampfhandlungen wird durch eine gemeinsame Kommission von Vertretern aller Oberkommandos überwacht. Außerdem wird eine internationale Kontrolle zur Überwachung der Waffenruhe durch neutrale Staaten durchgeführt. Dieser Vorschlag wurde in einem Beschluss der Konferenz am 29. Mai 1954 angenommen. Das Abkommen wurde am 21. Juli 1954 unterzeichnet. Es besiegelte das Ende der französischen Kolonialherrschaft in Indochina, garantierte die nationale Unabhängigkeit der drei Völker und sah die grundsätzliche Herstellung des Friedens in dieser Region vor.

Die VR China hatte einen aktiven Beitrag zum Gelingen der Indochina-Konferenz geleistet. Sie hatte die Position der DRV nicht nur wirksam unterstützt. Sie war darüber hinaus dafür eingetreten, dass die Völker gemeinsame Anstrengungen für einen dauerhaften Frieden auf diesem Kontinent entfalten und einen Weg beschreiten, der die Unabhängigkeit und Souveränität eines jeden Landes garantiert, strittige Fragen durch Verhandlungen löst und wirtschaftliche

und kulturelle Beziehungen zwischen ihnen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils entwickeln hilft.

Die VR China begann bald nach ihrer Gründung nach Wegen zu suchen, gutnachbarliche Beziehungen auch mit den angrenzenden Entwicklungsländern herzustellen und zu entwickeln. Dabei nahm Indien einen vorderen Platz ein. Indien hatte der Resolution des Sicherheitsrates zugestimmt, die es den USA ermöglichte, unter der Flagge der UNO sich in die innerkoreanischen Angelegenheiten militärisch einzumischen. Doch schon Mitte 1950 unternahm Indien Schritte, um an der friedlichen Lösung der Korea-Frage teilzunehmen und dabei auch Wege zur Beteiligung Chinas zu öffnen. Indien hatte überdies eine positive Haltung zur Besetzung des chinesischen Sitzes im Ständigen Ausschuss des Sicherheitsrates der UNO anstelle der „Republik China" auf Taiwan. Die Zusammenarbeit zwischen China und Indien trug dazu bei, den Frieden im Fernen Osten herbeizuführen. Ende 1950 begannen sich die zwischenstaatlichen Beziehungen mit dem Abschluss eines Wirtschaftsabkommens zu entwickeln. Im Mai 1951 trafen China und Indien eine Vereinbarung über Tibet. Danach blieb Tibet in inneren Fragen autonom, die Wahrnehmung dieser inneren Autonomie und damit die Verwaltung des Gebiets oblagen dem Dalai Lama und dem Pantschen Lama. Hingegen gehörten nach dieser Vereinbarung Handel, Verkehr und Außenpolitik in den Bereich der chinesischen Zentralregierung, auch wurden die tibetischen Streitkräfte in die VBA eingegliedert. Ende Dezember 1953 begannen zwischen beiden Staaten in Beijing weitergehenden Verhandlungen über die Tibet-Frage. Sie wurden Ende April 1954 in Neu-Delhi mit der Unterzeichnung eines Abkommens über Handel und Verkehr zwischen Indien und dem chinesischen Tibet beendet. Im Ergebnis eines Notenaustauschs wurde Übereinstimmung erzielt, dass Indien seine Militärposten aus Yadong und Gjangdse abzieht und China gegen Entschädigung die Einrichtungen der Post- und Telegrafenverbindung überlässt. 1954 erklärte sich Indien damit einverstanden, seine Privilegien in Tibet zu reduzieren. Gleichzeit erkannte es Tibet offiziell als Teil Chinas an. Ein Höhepunkt in den chinesisch-indischen Beziehungen, der in seiner Bedeutung weit über die bilateralen Beziehungen hinausgehen sollte, war die Verkündung

der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz durch Zhou Enlai und Nehru im April 1954. Beide Seiten verkündeten ihre Absicht, gemeinsam für die Umwandlung Asiens in eine Zone des Friedens zu wirken.

Bandung-Konferenz

Nehru setzte sich auch dafür ein, dass die Zahl der Teilnehmer der afro-asiatischen Staaten an der Konferenz im April 1955 in Bandung von ursprünglich 18 auf 29 Länder erhöht und die VR China eingeladen wurde. Er konterte die ablehnende Haltung einiger Staaten wie Indonesien und Pakistan gegen die Einladung Chinas mit dem Hinweis auf die friedliebenden Aspekte der chinesischen Politik, der Konzentration Chinas auf den wirtschaftlichen Aufbau und auf seine zunehmende Bedeutung und Rolle in Asien. Indien wie China waren daran interessiert die Politik der friedlichen Koexistenz auf einen breiteren Kreis asiatischer Länder auszudehnen. Die Tatsache, dass die Sowjetunion an der Konferenz nicht teilnahm, erhöhte die Rolle der VR China in Wahrnehmung der Interessen der sozialistischen Länder beträchtlich.

Die Volksrepublik war auf der Konferenz durch eine Delegation unter Zhou Enlai vertreten. Die Delegation legte in ihrem Auftreten besonderen Wert auf die Verbreitung der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Im Vorschlag Zhou Enlais an die Parteiführung über die Teilnahme der VR China an der Bandung-Konferenz war betont worden: „Unser genereller Kurs auf der afro-asiatischen Konferenz sollte sein, für die Erweiterung der Einheitsfront im Kampf um den Weltfrieden einzutreten, die Bewegung für nationale Unabhängigkeit zu fördern und Bedingungen für den Aufbau und die Festigung der außenpolitischen Beziehungen mit einigen afro-asiatischen Ländern zu schaffen ... Unser Standpunkt ist: Schutz des Weltfriedens, Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und für diese Ziele Förderung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen allen Ländern. Die freundschaftliche Zusammenarbeit sollte die Fünf Prinzipien der friedlichen Zusammenarbeit und den Kampf gegen Aggression und Krieg zur Grundlage haben.“[246]

246. Zitiert nach ebd., S. 474-475

Die USA waren bereits im Vorfeld emsig bemüht gewesen, China zu isolieren, seine Teilnahme an der Konferenz zu verhindern und die Konferenz zu spalten. Der Geheimdienst des damaligen GMD-Regimes auf Taiwan tat ein übriges und ließ das indonesische Flugzeug, mit dem Zhou Enlai eigentlich nach Bandung fliegen sollte, unterwegs durch eine in Hongkong in das Flugzeug eingeschmuggelte Bombe auf seinem Flug abstürzen. Die chinesische Delegation hatte von dem geplanten Anschlag in Hongkong erfahren, und so war Zhou dem Anschlag entkommen.

Auch auf der Konferenz war die Situation für die chinesische Delegation schwierig. Nur sieben der vertretenen Staaten unterhielten diplomatische Beziehungen mit China, 21 Teilnehmerländer erhielten Unterstützung durch die USA, einige Länder gehörten sogar der von den USA geförderten SEATO an.

Am 18. April 1955 begann die Konferenz. Schon auf den ersten Plenarsitzungen entwickelten sich scharfe Kontroversen in Fragen der Beseitigung des Kolonialismus und der friedlichen Koexistenz. Westlich orientierte Länder wie Ceylon, Iran und die Türkei versuchten, die Konferenz in ein prowestliches Fahrwasser abzudrängen. Sie behaupteten, das Problem, dem sich die afro-asiatischen Länder gegenüber sähen, wäre „nicht der Kampf gegen den Kolonialismus, sondern der Kampf gegen den Kommunismus". Manche Delegationen griffen China auch direkt an wegen angeblicher subversiver Tätigkeit und Unterdrückung der Freiheit religiösen Glaubens. Weil der Kommunismus Hass zwischen Klassen und Nationen verbreite, könne es keine Gemeinsamkeiten mit ihm geben. Es war wieder vor allem Indien, das diese Versuche verurteilte und Wesentliches dazu beitrug, die Schwierigkeiten im Politischen Hauptausschuss zu überwinden und seine Arbeit zu erleichtern.

Am 19. April 1955 verbreitete die chinesische Delegation unter Berücksichtigung der komplizierten Situation eine Rede Zhou Enlais in schriftlicher Form unter den Delegationen. Darin hieß es: Es sei das erste Mal, dass sich so viele afro-asiatische Länder zu einer Konferenz zusammengefunden hätten. Gegenwärtig würden sich immer mehr dieser Länder aus den Fesseln des Kolonialismus befreien. Die Herrschaft des Kolonialismus sei jedoch noch nicht beendet. Neue Kolonisatoren würden versuchen, die Plätze der alten Kolonialmächte einzunehmen. Deshalb müssten sich die afro-asiati-

schen Länder gemeinsam bemühen, den Weltfrieden zu bewahren, die nationale Unabhängigkeit zu erkämpfen bzw. zu sichern und die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern zu fördern. Die Mehrzahl der afro-asiatischen Länder, China eingeschlossen, sei durch eine lange Kolonialherrschaft wirtschaftlich rückständig. Deshalb könne nicht nur die politische Unabhängigkeit, sondern müsse auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit eingefordert werden. Die Erringung der vollständigen Unabhängigkeit der Mehrzahl der Länder und der Völker auf unseren beiden Kontinenten sei auf lange Zeit das Ziel des Kampfes.[247] Nachmittags ergriff Zhou selbst das Wort. Die chinesische Delegation nehme an der Konferenz teil nicht um zu streiten, sondern um den Zusammenschluss zu fördern. Sie suche das Gemeinsame, nicht das Trennende.

Das Gemeinsame bestehe darin, dass alle durch Kolonialmächte schwer gelitten hätten. Von dieser gemeinsamen Grundlage aus sei es leichter, sich zu verstehen und zu achten, gegenseitig Sympathie zu empfinden und sich zu unterstützen. Zhou betonte, dass die unterschiedlichen Ideologien und Gesellschaftsordnungen in Asien und Afrika die Staaten nicht daran hindern sollten, auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz an den Gemeinsamkeiten anzuknüpfen und sich zusammenzuschließen.[248] Zhou sprach sich für eine friedliche Lösung der Taiwan-Frage und sogar für den sowjetischen Vorschlag aus, den Konflikt um Taiwan durch internationale Verhandlungen zu lösen. Er erklärte, dass das chinesische Volk keinen Krieg mit den USA wolle. Die chinesische Regierung wäre bereit, mit den USA über die Entspannung im Fernen Osten zu verhandeln. Um dem Misstrauen einiger südostasiatischer Länder in der Frage der Auslandschinesen entgegenzutreten, sprach er von der Möglichkeit, Abkommen über eine doppelte Staatsangehörigkeit mit Indonesien, Thailand und anderen interessierenden Staaten abzuschließen. Das agile Auftreten Zhou Enlais stärkte die Position der chinesischen Delegation auf der Konferenz und öffnete ihr neue Möglichkeiten, mit den anderen Delegationen grundsätzliche Fragen zu diskutieren und einander näher zu kommen.

Neben dem Kolonialismus wurde die friedliche Koexistenz ein

247. Zitiert nach ebd., S. 479.
248. „Ausgewählte außenpolitische Schriften Zhou Enlais", a.a.O., S.122, S. 479-480.

Hauptthema in den folgenden Debatten. Als einige Delegationen erklärten, dass sie dem Begriff „friedliche Koexistenz" nicht zustimmen könnten, da es ein kommunistischer wäre, schlug Zhou Enlai vor, die in der UNO-Charta enthaltende Formulierung „in Frieden miteinander leben" zu nutzen. In diesem Sinne hielt die chinesische Seite die zehn Prinzipien in der abschließenden Deklaration der Konferenz für eine Erweiterung der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Die Ergebnisse der Bandung-Konferenz, der Geist von Bandung als Geist des Friedens, der Koexistenz und der Zusammenarbeit der Länder und Völker, prägten die weitere Entwicklung des antikolonialen und antiimperialistischen Kampfes aller unterdrückten Völker. Der indische Premier Nehru würdigte die Konferenz als ein historisches Ereignis, bei dem über die Hälfte der Weltbevölkerung als aktive politische Kraft in Erscheinung getreten war. Die Volksrepublik China hatte dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet und sich dabei selbst neue Wege zur Entwicklung und Festigung ihrer Beziehungen mit den Ländern und Völkern Asiens und Afrikas erschließen können.

Die VR China maß der Entwicklung normaler Beziehung mit der Weltmacht USA eine wesentliche Bedeutung bei. Die USA hatten jedoch nach der Niederlage ihrer China-Politik im Jahre 1949 den Kurs eingeschlagen, die Volksrepublik einzudämmen und zu isolieren. Dem diente auch der Aufbau eines der NATO ähnlichen antikommunistischen und antichinesischen Bündnissystems, der SEATO, in Süd- und Südostasien. Wiederholte chinesische Vorstöße, die Erörterung von Sachfragen zu beginnen, wurden von den USA immer wieder abgelehnt. Auf der Genfer Konferenz 1954 kam es dann auf Initiative der chinesischen Seite zu ersten Gesprächen mit den USA. Anfang 1955 erklärte China erneut seine Bereitschaft, mit den USA über beide Seiten interessierende Fragen, z. B. über die Frage der USA-Bürger in der VR China, zu verhandeln. Als Reaktion darauf könnte angesehen werden, dass der US-Kongress kurz danach, Ende Januar 1955, die so genannte Formosa-Resolution annahm. In dieser Resolution übernahmen die USA die militärische Garantie für das Überleben des antikommunistischen GMD-Regimes auf Taiwan. Anfang August 1955 kam es dann doch zur Aufnahme von Verhandlungen zwischen beiden Seiten auf der Ebene von Botschaftern. Die VR China hatte einen bedeutenden diplomatischen Erfolg erzielt. Zunächst ging es um die Repatriierung von Zivilper-

sonen beider Seiten. Vor allem die flexible und konstruktive Haltung Chinas machte es möglich, am 10. September 1955 ein entsprechendes Abkommen und eine gemeinsame Erklärung zu unterzeichnen. China bemühte sich nun in Fortsetzung der Gespräche um ein Treffen der Außenminister beider Staaten, um die Spannungen in der Taiwan-Straße zu beseitigen und die Aufhebung des amerikanischen Handelsembargos zu erreichen. Um das amerikanische Interesse an der Weiterführung der Verhandlungen zu wecken, bot sie auch den Austausch von Journalisten an. Am 1. Dezember 1995 folgte der chinesische Vorschlag, auf Botschafterebene eine Grundsatzerklärung über die friedliche Regelung strittiger Fragen zwischen beiden Seiten zu veröffentlichen. Die USA lehnten alles ab und verweigerten sogar der Witwe von Präsident Roosevelts die Genehmigung, die VR China zu besuchen. Es war die Zeit, in der die USA in den Rocky Mountains tibetische Guerillas zum Kampf für die Abtrennung Tibets von China ausbildeten, um nach dem Prinzip divide et impera China zu teilen, so lange es arm war, und es ein für alle Mal als internationale Macht auszuschalten.

Am 12. Dezember 1957 fand die 73. und letzte chinesisch-amerikanische Begegnung beider Botschafter in Genf statt. Danach schlugen die USA vor, auf einer niederen Ebene weiter zu verhandeln. Chinesische Einwände gegen diese einseitige Veränderung blieben unbeantwortet. Chinesisch-amerikanische Gespräche auf Botschafterebene wurden erst Ende 1958 in Warschau in einer veränderten Situation aufgenommen. Offenbar hatten die sich in den chinesisch-sowjetischen Beziehungen abzeichnenden Spannungen Washington veranlasst, diese Gespräche aufzunehmen, um langfristig die Möglichkeiten für eine Ausnutzung der sich abzeichnenden Widersprüche in den chinesisch-sowjetischen Beziehungen zu sondieren. Ich gehe sicher nicht fehl in der Annahme, dass auch die chinesische Seite im Maße der Verschärfung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen ein zunehmendes Interesse an diesen Gesprächen mit den USA hatte.

Erkenntnisse und Probleme

1. Die KP Chinas stand nach dem Sieg der neudemokratischen Revolution vor der Aufgabe, eine neue Gesellschaft zu gestalten, für die weder sie selbst noch die sozialistische Weltbewegung über Erfahrungen verfügte. Unter den damaligen Bedingungen schien die Sowjetunion für China das Beispiel zu sein, diese Aufgabe in Angriff zu nehmen. Die mit Unterstützung vor allem der Sowjetunion erreichten schnellen und beeindruckenden Erfolge in der chinesischen Entwicklung bis 1957 schienen den Abbruch der neudemokratischen Entwicklung zu rechtfertigen.

2. Im Unterschied zur Zeit des Kampfes um das neudemokratische China begannen sich die Strategie und Politik in drei wesentlichen Aspekten zu verändern: Die nationalen Gegebenheiten wurden zunehmend vernachlässigt. Mao Zedong begann, den „revolutionären Willen" losgelöst von den gesellschaftlichen Realitäten als Haupttriebkraft zu nutzen. Und er begann, die Aufgabe hinten an zustellen, die Wirtschaft zur Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen zu entwickeln. In diesen drei Faktoren sind im Wesentlichen die Ursachen für die bis 1957 aufkommenden Widersprüche und Auseinandersetzungen zu suchen.

3. Die Tatsache, dass sich 1949 ein Sechstel der Weltbevölkerung gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus entschieden hatte, verstärkte weltweit die Erwartung, dass die Welt des Friedens und des Fortschritts in naher Zukunft zu erreichen wäre. Die erfolgreiche Entwicklung Volkschinas in jenen Jahren stärkte die internationale Position der sozialistischen Gemeinschaft. Die enge Zusammenarbeit der Volksrepublik mit der Sowjetunion und den anderen volksdemokratischen Ländern erhöhte die Ausstrahlung des sozialistischen Lagers in Asien und festigte die Sicherheit der europäischen sozialistischen Länder, darunter auch der DDR.

4. Zeit der „drei roten Banner" und der ersten großen gesellschaftlichen Erschütterung (1958-1960)

Auf der Beratung eines Teils der zentralen und lokalen Parteiführer in Nanning, Provinz Guangxi, im Januar 1958 charakterisierte Mao Zedong den von ihm verfolgten Kurs als „permanente Revolution". Nach den „grundlegenden Siegen der sozialistischen Revolution" im Bereich des Eigentums an Produktionsmitteln 1956 und an der politischen und ideologischen Front 1957 müsse nun die „technische Revolution" eingeleitet werden. Der Schwerpunkt der künftigen Arbeit der Partei sei deshalb auf die Entfaltung dieser Revolution zu legen.

Diese Orientierung entsprach an sich dem objektiven Erfordernis, die Überwindung der mittelalterlichen Rückständigkeit der gesellschaftlichen Produktivkräfte nicht allein im Bereich der Industrie in Angriff zu nehmen. Immerhin betrug der Anteil der Analphabeten unter den Bauern und Arbeitern des Landes noch rd. 75 Prozent und der Anteil von Werktätigen mit einer Fachausbildung tendierte noch gegen Null. Personal, das imstande war, schon eine graduell modernere Produktion zu organisieren und zu leiten, musste noch mit der Lupe gesucht werden. Die Landwirtschaft beruhte weiter auf manueller Arbeit und wurde wie seit vielen Generationen betrieben. Unter diesen Bedingungen bedeutete „technische Revolution" im Grunde erst einmal, den Fortschritt zu vollziehen, der in anderen Ländern seit Beginn der ersten industriellen Revolution vor sich gegangen war.[249]

Diese „technische Revolution", von der Mao Zedong sprach, sollte sich überdies in einer besonderen Weise artikulieren und mit prägenden ideologisch-politischen Faktoren verbinden. Sie stand im Zeichen der Eskalation des linksradikalen und voluntaristischen „Vorwärtspreschens" in der Wirtschaft, nahm die Form einer sprunghaften Entwicklung an und ordnete sich in den Versuch ein, den Sozialismus als eine Übergangsgesellschaft möglichst schnell hinter sich zu lassen und in den Kommunismus einzutreten.

249. Dabei konnte es nicht darum gehen, die Entwicklung in gleicher Weise, in gleichen Etappen zu vollziehen, sondern die Essenz dieser Entwicklung aufzunehmen und in Übereinstimmung mit den nationalen Gegebenheiten und Möglichkeiten konzentriert zu nutzen und immer breiter mit der Entwicklung moderner Produktivkräfte zu verbinden.

Die Kombination all dieser Elemente machte die Politik der „drei roten Banner“ (san mian hong-qi) aus, die die KP Chinas 1958-1960 zu verwirklichen suchte:

- „der große Sprung nach vorn“ (dayuejin),
- „die Volkskommune (renmingongshe) und
- die Generallinie „Alle Kräfte anspannen, um den Oberlauf (die Spitze des Fortschritts, die Führung – d.V.) zu erkämpfen und den Sozialismus Mehr, Schnell, Gut und Sparsam aufbauen“ (guzu ganjin, lizheng shangyou, duo, kuai, hao, sheng jianshe shehuizhuyi).

Die Politik der „drei roten Banner“ fällt in die Zeit, in der die Länder des „realen Sozialismus“ einen neuen Anlauf nahmen, ihren ökonomischen Rückstand gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern schneller zu überwinden. Diese Tendenz drückte sich in den Zielen aus, die sich kommunistische und Arbeiterparteien sozialistischer Länder auf den Moskauer Beratungen 1957 stellten. So wollte die Sowjetunion die USA in 15 Jahren ein- und überholen. Analog dazu formulierte Mao Zedong für China die Aufgabe, England in etwa 15 Jahren einzuholen und zu überholen. Er hatte zuvor von Harry Pollitt, Vorsitzender des Exekutivkomitees der KP Großbritanniens, erfahren, dass England in 15 Jahren seine Stahlproduktion von 20 Millionen t auf 30 Millionen t erhöhen könnte. Mao zeigte sich überzeugt, dass China seine Stahlproduktion in diesem Zeitraum von 5,2 Millionen t 1957 auf 35-40 Millionen t steigern könne. Der Fleiß der Chinesen werde aus China, das politisch und seiner Bevölkerung nach schon eine Großmacht sei, auch wirtschaftlich eine Großmacht machen.[250] Mit dieser Orientierung Maos sollte der politische Voluntarismus der KP Chinas eine neue Stufe seiner Ausprägung erreichen. Es sprach für die damalige Zeit, dass die abgesteckten Ziele quantitativ formuliert, Arbeitsproduktivität und Qualität hingegen vernachlässigt wurden.

250. Vergl. He Peng, „China im Zeitalter Mao Zedongs (1949-1976)“, Band II, Beijing 2003, S.73, chines. Auf der vorbereitenden Tagung des VIII. Parteitages im September 1956 und auf dem 3. Plenum des ZK im Oktober des gleichen Jahre hatte Mao Zedong noch das Ziel gesetzt, mit dem 3. Fünfjahrplan 20 Millionen t Stahl zu produzieren. Siehe ebd., S. 82-83.

4.1. Einleitung des „großen Sprungs nach vorn“

Mit der 3. Tagung des VIII. ZK der KP Chinas im September 1957 wurde die Kampagne gegen „rechtes, konservativen“ Denken und Handeln wieder aufgenommen. Sie öffnete den Weg für ein „Vorwärtspreschen“ in der Wirtschaft in einer neuen Dimension, in der Version des „großen Sprungs nach vorn“.

Das Plenum hatte dem „Grundriss für die nationale Entwicklung der Landwirtschaft 1956-1967“ („40 Punkte“) in einer überarbeiteten Fassung grundsätzlich zugestimmt und dabei den Beschluss gefasst, im Winter 1957/Frühjahr 1958 eine in ihren Ausmaßen bisher nicht gekannte Kampagne für den Ausbau der Bewässerung und die Düngung der Felder zu starten. In den Text des „Grundrisses“ war die These vom Kampf der beiden Linien bei der Entwicklung der Landwirtschaft und der Wahl der „richtigen“ Linie aufgenommen worden. Zwei Tage nach der Annahme des Dokuments wurde in einem Kommentar der zentralen Tageszeitung der Partei, der „Volkszeitung“, gefordert, dieses Programm für die Entwicklung einer modernen Landwirtschaft in einem „großen Sprung nach vorn“ zu verwirklichen.[251] Zum ersten Mal wurde hier der Begriff „großer Sprung nach vorn“ offiziell verwendet und gleichzeitig auf die Art und Weise, wie der „Grundriss“ verwirklicht werden sollte, bezogen.

Um die breite Masse der Werktätigen für diesen „Sprung“ mobilisieren und organisieren zu können, mussten die Kader der Partei entsprechend ideologisch ausgerichtet und organisatorisch aufgestellt werden. Der Weisung des ZK der Partei über die Teilnahme der Führungskader an der körperlichen Arbeit vom 10. Mai 1957 können wir entnehmen, dass dem vor allem drei Momente entgegen standen: die traditionelle Geringschätzung der körperlichen Arbeit, die mangelnde Verbindung der Kader mit dem Volke, mit der gesellschaftlichen Praxis, und das ausgeprägte Streben unter den Kadern, ihre materiellen Interessen wahrzunehmen und sich damit ein höheres Lebensniveau als das der Arbeiter und Bauern zu sichern.[252] Ihre Teilnahme an der körperlichen Arbeit der Massen in Industrie und

251. „Ein großartiger Leitfaden für den Aufbau der sozialistischen Landwirtschaft“ In: Renmin Ribao v. 27.10.1957, chines.

252. Zitiert nach: Kommentar der „Renmin Ribao“ vom 17. Mai 1957 „Die große Bedeutung der Teilnahme des Führungspersonals an der körperlichen Arbeit“, chines.

Landwirtschaft sollte diese Ideologie überwinden helfen und zugleich den „großen Sprung" organisieren lassen. Dieser grundlegende Gedanke findet sich einundeinhalb Jahr später ausführlicher dargelegt in dem Beschluss des ZK und des Staatsrates vom 25. September 1958. Danach hatten nun alle Kader jährlich mindestens einen Monat an der körperlichen Arbeit teilzunehmen. Dort heißt es, wenn die Kader „als Werktätige unter den Massen erscheinen", dann werde das die Beziehungen zwischen Kader und Massen verbessern, die Aktivität der Werktätigen erhöhen und „zu einem wichtigen Faktor für den großen Sprung nach vorn in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion unseres Landes in diesem Jahr werden". Zu diesem Zeitpunkt begann die KP Chinas das Problem der Teilnahme der Kader an der körperlichen Arbeit bereits mit der Durchsetzung einer „kommunistischen Einstellung zur Arbeit" und damit der Vorbereitung der Bedingungen für den Übergang zum Kommunismus „in nicht allzu ferner Zeit" zu verbinden.

Mit der Einführung der körperlichen Arbeit der Führungskader an der Seite der werktätigen Massen begann sich die Kampagne für die Schaffung von Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung vor allem in der landwirtschaftlichen Produktion zu entfalten. Allein von Oktober 1957 bis Januar 1958 stieg die Zahl der für den Bau von Bewässerungsanlagen und das Sammeln von Dünger eingesetzten Arbeitskräfte auf 100 Millionen. Nach amtlichen Angaben waren von Oktober 1957 bis Ende April 1958 die bewässerte Ackerfläche auf 350 Millionen Mu (23,3 Mio. ha; 80 Mio. Mu mehr als in den ersten acht Jahren der Volksrepublik) ausgedehnt und rd. 31 Millionen Dan[253] organischer Dünger (je Mu im Durchschnitt rd. 9 t) gesammelt worden. Für die ersten vier Monate 1958 wurde zudem die Aufforstung von 290 Millionen Mu (19,3 Mio. ha) gemeldet.[254] Der „große Sprung" hatte Fahrt aufgenommen.

Auf der Konferenz der Partei in Nanning verurteilte Mao Zedong erneut die politische Praxis des Jahres 1956, dem „Vorwärtspreschen" in der Wirtschaft Einhalt zu gebieten. Faktisch legalisierte er damit die linksradikale Linie als ideologische Grundlage für den „großen Sprung nach vorn". Mao selbst forderte, die „40 Punkte" in

253. 1 Dan = 50 kg
254. Liu Shaoqi, Arbeitsbericht des ZK der KP Chinas an die 2. Tagung des VIII. Parteitages, Beijing 1958, S.14. chines.

fünf, spätestes in acht Jahren zu erfüllen, und begrüßte die Absicht des Parteikomitees von Anhui, Ostchina, das Antlitz der Provinz in drei Jahren grundlegend umgestalten zu wollen. Aus diesen Vorstellungen heraus entwickelte sich die Losung „Drei Jahre hart kämpfen, dann wird es ewigen Wohlstand geben" (san nian ku, wan nian fu). Eine Reihe anderer Provinzen folgte dem Aufruf Mao Zedongs und verkündete, das Ziel der Getreideproduktion für 1967 bereits in etwa fünf Jahren zu verwirklichen. Die Provinz Henan, Nordchina, wollte den für 1967 geplanten Getreideertrag pro Mu nun schon 1958 erreichen. Mao zweifelte diese Zielstellung zwar an, er sah darin jedoch einen Versuch, der, wenn er gelänge, im Jahr darauf in allen anderen Provinzen eine gewaltige Kampagne gleicher Zielsetzung auslösen könnte.[255]

Die Vorstellung, in kurzer Zeit Armut und Rückständigkeit hinter sich gelassen zu haben, löste unter großen Teilen des Volkes, vor allem in der ärmeren Bauernschaft, große Begeisterung und Initiative aus. Einen persönlichen Eindruck von der Massenbewegung zur Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsinstrumente erhielt ich auf einer Ausstellung für landwirtschaftliche Geräte im Beijinger Hochschulviertel im Juni 1958. Auch wenn diese Ausstellung dem Anspruch, die Landwirtschaft auf der Grundlage der (wissenschaftlich-)technischen Revolution zu modernisieren, bei weitem noch nicht entsprach, so zeigten doch die Exponate, dass schon einfache Verbesserungen der Produktionsinstrumente die Produktivität und Effektivität der bäuerlichen Arbeit deutlich zu erhöhen vermochten. Fast alle Exponate waren aus Holz. Darunter befanden sich Ein- und Zweischarpflüge aus Eiche mit eisernem Schar, manuell oder mit Motor betriebene Mühlen für das Mahlen von Getreide (bis 40 kg/h), zweirädrige Karren mit Holzrädern, die den Transport mit der Tragstange ablösen sollten, eine Kinderwippe zur Bewässerung der Felder, Traktoren für Kohle- und Benzinbetrieb zum Pflügen von Wasser- und Trockenfeldern (3- 4 Mu/h)[256] und sogar ein Flugzeug aus Holz. In der Ausstellung war auch ein Pflug der Firma R. Sack aus Leipzig zu besichtigen. Überall wurde anhand der Exponate gefachsimpelt, Wissenswertes aufgeschrieben

255. Vergl.: Bo Yibo, „Rückschau auf einige große Entscheidungen und Angelegenheiten", Band II, Beijing 1993, S.480-481, chines.
256. 1 Mu = 1/15 ha.

und Modelle nachgezeichnet. Dieses große Interesse der Besucher hat mich damals am meisten beeindruckt.

Die anfängliche Begeisterung und Aktivität breiter Massen widerspiegelte sich auch in der so genannten Bauernmalerei. In farbig gemalten Bildern drückten die Bauern ihre überbordenden Vorstellungen über das neue Leben nach den „drei harten Jahren" aus. In der ländlichen Kreisstadt Changshu, unweit des Yangzejiang in Süd-Jiangsu, entdeckte ich noch im Frühjahr 1959 ein Bild, das symbolhaft ausdrückte, was Wille und Verstand des Menschen alles erreichen könnten. Es zeigte einen Bauern, der in einer riesengroßen Melone gemächlich über den dort sehr breiten Yangzijiang schipperte.

„Schlacht um Getreide"

In der Politik indes begann die Vorstellung, alles zu vermögen, wenn nur der Wille und die Einstellung dafür vorhanden sind, ohne Rücksicht auf die realen Bedingungen. Diese Einstellung wurde auch politisch bekräftigt. Auf der Arbeitsberatung in Chengdu, Provinz Sichuan, im März 1958, an der neben verantwortlichen Funktionäre im ZK-Apparat die ersten Parteisekretäre der Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte teilnahmen, wurde das „Vorwärtspreschen" in der Wirtschaft als marxistisch, seine Bekämpfung hingegen als unmarxistisch bezeichnet. Letzteres wurde als eine ernsthafte Verletzung der Demokratie im Leben von Partei und Staat hingestellt.

Mao Zedong legte in dieser Zeit außerordentliches Gewicht auf Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und die Entfaltung der bäuerlichen Massenbewegung. Unter diesem Gesichtspunkt entwickelte er 1958 die „Acht-Zeichen-Verfassung der Landwirtschaft" (nongye ba-zi xianfa). Sie kennzeichnete die Bereiche, die zur Entwicklung der Landwirtschaft beitragen sollten: Boden, Dünger, Wasser, Saatgut, Dichtpflanzen, Absicherung, Leitung und Arbeit.

Auf der 2. Tagung des VIII. Parteitages im Mai 1958 hatte der Parteisekretär des Kreises Changge, Provinz Henan, berichtet, dass in seinem Kreis bereits 330 000 Mu Ackerland (22 000 ha) einen hal-

ben Meter tief umgegraben worden wäre und der Einsatz von Wasser und Dünger dadurch nun wesentlich effektiver sei. Das verspreche eine Steigerung der Ernte um ein Mehrfaches. Mao hielt die Methode, den Acker tief umzugraben, für eine wichtige Entdeckung. In allen Kreisen des Landes sollte dem Beispiel des Kreises Changge innerhalb von 1–5 Jahren gefolgt werden. Das Ministerium für Landwirtschaft beschloss daraufhin, diese Aufgabe bis Ende 1959 im gesamten Lande zu lösen.

Als Mao auf der gleichen Tagung hörte, dass es in einigen Regionen Südchinas Hochertragsfelder mit einem Pflanzenbesatz von 30 000 Wasserreispflanzen/Mu gäbe, rief er ebenfalls sofort alle Regionen auf, dieses Dichtpflanzverfahren anzuwenden. Das würde im Schnitt einen Ertrag von 820 Jin pro Mu (410 kg) bringen. Dieses Verfahren solle auch bei Weizen, Gaoliang, Mais, Bataten und Hirse angewandt werden. Kurz darauf tauchten in den Medien bereits die ersten Meldungen von „Sputniks“ (weixing, Bezeichnung für Rekorderträge) auf: Mu-Erträge von 2 1905 Jin (1,5 t) Weizen in Henan, von 2 340 Jin (1,17 t) Wasserreis in der Provinz Jiangxi und gar 130 434 Jin (62,2 t) Wasserreis im gerade gegründeten Autonomen Gebiet der Zhuang in SW-China.

Wie kamen diese „Rekorde“ zustande? Im Allgemeinen durch das „Zusammenlegen der Felder“ (bing-tian). Die reifen Kulturpflanzen von mehreren Mu Acker wurden zusammengetragen und alle auf ein Mu dicht an dicht eingepflanzt. So kamen die unwirklichen Höchsterträge pro Mu zustande. Ungeachtet dessen nahmen die Leitungsorgane von Partei und Staat diese Zahlen zur Grundlage, um optimistische Prognosen über die Getreide- und Baumwollernte des Jahres 1958 zu treffen und die Plankennziffern für das folgende Jahr weiter zu erhöhen. 1957 waren 185 Millionen Getreide erzeugt worden, 1958 erwarteten die zuständigen staatlichen Stellen auf der Grundlage ihrer „Prognosen“ Steigerungen bis zu 70 Prozent! Mao knüpfte daran die Forderung, die Getreideproduktion pro Kopf der Bevölkerung in drei, höchstens vier Jahren auf 1000 kg zu erhöhen (1957 etwa 280 kg). Um dieses Ziel zu erreichen, hätte die Getreideproduktion auf rd. 660 Millionen t gesteigert werden müssen! Augenscheinlich begann die Partei den Boden unter ihren Füßen zu verlieren.

Es war auch Mao Zedong, der die Bildung großer Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften ständig vorantrieb. Schon 1955

schrieb er, dass die kleinen Genossenschaften mit 20-30 Haushalten sich bald zu größeren zusammenschließen müssten, weil sie sonst die Entwicklung der Produktivkräfte hemmen würden.[257] Die sich in Folge herausbildenden großen Genossenschaften sahen sich in ihrer Mehrzahl jedoch vielen Problemen gegenüber, die sich vor allem aus der Rückständigkeit der Produktivkräfte und Defiziten in der Bewirtschaftung ergaben. Deshalb sah sich das ZK der Partei im September 1957 auch veranlasst, in zwei Weisungen die Bildung von großen Genossenschaften grundsätzlich rückgängig zu machen: „Die Ergebnisse der letzten Jahre beweisen, dass die große Genossenschaft allgemein nicht den gegenwärtigen Produktionsbedingungen entspricht." Abgesehen von den wenigen gut geleiteten großen Produktionseinheiten, „sind die anderen Genossenschaften, die nach wie vor übermäßig groß sind und nicht gut unterhalten werden, entsprechend den Forderungen der Bauern zu verkleinern". Zweckmäßig sei allgemein eine Genossenschaft mit rd. 20 Haushalten. Nach Festlegung dieser Größe „sollte bekannt gegeben werden, dass sie in den kommenden zehn Jahren nicht verändert wird".[258] Als Mao Zedong im Januar 1958 in Nanning davon hörte, dass sich in der Provinz Guangxi im Zuge der landwirtschaftlichen Kampagne Genossenschaften zu größeren Einheiten zusammengeschlossen hatten, begrüßte er diese Entwicklung. Im März legte er der Beratung in Chengdu einen Plan vor, der den generellen Zusammenschluss der kleinen zu großen Genossenschaften zum Inhalt hatte. Das ZK der Partei sah sich daraufhin veranlasst, seine Weisungen vom September 1957 zurückzuziehen und anzuordnen, den Zusammenschluss zu großen Genossenschaften vorzunehmen. In kurzer Zeit bildeten sich überall diese größeren landwirtschaftlichen Produktionseinheiten. In der Provinz Liaoning beispielsweise waren in der 2. Hälfte des Monats Mai aus 9 272 Genossenschaften 1.461 entstanden. In der Provinz Henan zählten diese neuen Einheiten im Allgemeinen rd. 4 000 Haushalte. Im Durchschnitt stimmte eine solche LPG in ihrer territorialen Größe mit der administrativen Einheit Xiang (mehre Dörfer) überein und zählte rd. 2 000 Haushalte. Es gab jetzt aber auch bereits Genossenschaften mit über 18 000 Haushalten. Das sollte nur der Anfang sein.

257. „Ausgewählte Werke Mao Zedongs", a.a.O., S.307

258. In: „Ausgewählte Sammlung von wichtigen Dokumenten seit der Gründung des Staates". Band X, S. 553, 559-560, zitiert nach: He Peng, a.a.O., S. 97.

Mit dem „großen Sprung nach vorn“ in der Landwirtschaft wurde in China gewissermaßen die Arbeitsteilung zwischen Ackerbau und Handwerk vollendet. Die „sprunghafte“ Entwicklung der Landwirtschaft erforderte in einem Ausmaß und Tempo mehr und bessere Produktionsmittel, die die vorhandene Industrie nicht bereitstellen konnte. Das war die eigentliche Geburtsstunde der ländlichen Industrie Chinas, damals noch in Gestalt zumeist kleiner Produktionsstätten mit einer sehr einfachen Ausstattung. Zwei Beispiele sollen die anfängliche Entwicklung dieser Industrie illustrieren. Die Volkskommune bei Changshu, die ich Mitte April 1959 besuchte, zählte über 5 500 bäuerliche Haushalte und verfügte über 48 000 Mu (3 200 ha) Ackerland. Vor der Bildung der Volkskommune am 20.9.1958 gab es in dieser Region nur eine kleine Schmiede mit etwa einem Dutzend Beschäftigten. Inzwischen unterhielt die Kommune 15 kleine Produktionsstätten, in denen insgesamt über 900 Arbeitskräfte beschäftigt waren. Darunter befanden sich eine Ziegelbrennerei, Werkstätten für die Produktion von Dünger und Insektiziden mit „lokalen“ Methoden, ein kleiner Betrieb für die Verarbeitung von Getreide, Produktionsstätten für die Herstellung von Nudeln, von Sojasoße, von Zucker, von grobem Papier und eine Weberei. Die ländliche Industrie begann sich also komplex und arbeitsteilig auf einem niedrigen Produktivitätsniveau zu entwickeln. Bei dem Besuch einer Volkskommune bei Guangzhou im Sommer 1959 bemerkte ich zu meinem Erstaunen, dass etwa 15-20 Arbeiter damit beschäftigt waren, in Handarbeit einen größeren Lastkraftwagen zu bauen. Drei von ihnen waren gerade dabei, mit schweren Hämmern ein Blech zu einem Kotflügel zu formen. Auf meine Frage, weshalb die Volkskommune denn keinen LKW kaufe, entgegnete der Parteisekretär, es gebe keinen zu kaufen. Sie aber bräuchten dringend solch ein Fahrzeug, um ihre Produkte rechtzeitig und in größerer Menge auf den Markt in Guangzhou bringen zu können. Bilder wie in diesen beiden Volkskommunen boten sich uns überall auf den Reisen durchs Land. Bereits für 1958 gibt die offizielle Statistik 1,251 Millionen dieser zumeist kleinen manuell produzierenden Industrieunternehmen mit 24,89 Millionen Beschäftigten (zumeist Bauern) und rd. 1,9 Millionen kleine maschinell arbeitende Unternehmen mit 33,29 Millionen Arbeitern an.[259] Diese Kleinunternehmen waren überwiegend Eigentum der Volkskommune, nur wenige

259. Zitiert nach ebd., S.86.

gehörten den Großbrigaden. Die Produktionsbrigaden, die untere Ebene der Volkskommune, besaßen im Allgemeinen keine Produktionseinheiten dieser Art.

2. Tagung des VIII. Parteitages

Im Mai 1958 fand die 2. Tagung des VIII. Parteitages statt.[260] Liu Shaoqi erstattete wiederum den Arbeitsbericht des Zentralkomitees. Der Charakter dieser Tagung wurde durch die Positionen bestimmt, die die Beratungen in Nanning und Chengdu geprägt hatten. Die Tagung bekräftigte unter Berufung auf Marx, Engels und Lenin die „permanente Revolution" als „Kampflosung der Arbeiterklasse", um den „revolutionären Enthusiasmus des Volkes nicht erkalten zu lassen".

Die Delegierten nahmen die von Mao Zedong formulierte neue Generallinie an, deren Verwirklichung an die linksradikale Linie und den „großen Sprung nach vorn" gebunden war. In diesem Zusammenhang sprach Mao Zedong auch davon, dass die chinesischen Bauern die britischen und US-amerikanischen Arbeiter übertreffen würden und der Sozialismus in China deshalb schneller und besser aufgebaut werden könne.[261]

Auf Vorschlag Mao Zedongs revidierte die Tagung die Auffassung über den Hauptwiderspruch in der chinesischen Gesellschaft, wie sie auf der 1. Tagung des Parteitages 1956 getroffen worden war. Die gleichen Delegierten stimmten nun folgender Einschätzung zu: „In der gesamten Übergangsperiode, das heißt auch, vor dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, ist der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, der Kampf zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weg ständig der Hauptwiderspruch im Innern des Landes."[262] Damit hatte sich die „linke" und willkürlich auslegbare theoretische Position Mao Zedongs über den Klassenkampf im

260. Im Parteistatut von 1956 heißt es dazu: „Das Zentralkomitee beruft jährlich einmal die Plenartagung des Parteitages ein. Auf Beschluss des Zentralkomitees kann unter außergewöhnlichen Umständen der Tagungstermin verschoben oder vorverlegt werden." Siehe: Der VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Dokumente. Band I, Peking 1956, S.125. Diese Festlegung selbst sollte als ein wesentlicher Fortschritt in der demokratischen Entwicklung der Partei gewertet werden.

261. Siehe: Bo Yibo, a.a.O., S. 465.

262. Arbeitsbericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas an die 2. Tagung des VIII. Parteitages, Beijing 1958, S.8, chines.

Sozialismus gegenüber den Beschlüssen des Parteitages von 1956 durchgesetzt. Zwei Momente waren damit unmittelbar verbunden – zu einen die Säuberung vieler Parteikomitees der Provinzen und untergeordneter Ebenen von „rechten" und „parteifeindlichen Gruppierungen" und zum anderen neue maßlos überhöhte Zielsetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung. Keine Region wollte zurückbleiben, alle überboten sich im Bestreben, sich an die Spitze des „großen Sprungs" zu setzen.

Die Tagung bekannte sich zur Theorie Mao Zedongs über das „aktive Gleichgewicht" in der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Theorie beruhte auf der Aussage, dass „das Gleichgewicht zeitweiliger und relativer Natur, das Ungleichgewicht hingegen einen ständigen und absoluten Charakter aufweist. Die Praktizierung dieser Theorie führte dazu, dass sich die Volkswirtschaft wellenförmig zu entwickeln begann. Ich denke, der chinesische Historiker He Peng hat Recht, wenn er schreibt, dass diese philosophische Kategorie „ohne konkrete Untersuchung einfach auf die Volkswirtschaft mit der Forderung angewandt wurde, das „passive Gleichgewicht" unaufhörlich zu zerschlagen, um zu beweisen, dass die Kampagne des „großen Sprungs nach vorn" richtig ist.[263]

Mit anderen Worten: Die KP Chinas korrigierte auf der 2. Tagung ihres VIII. Parteitages auf Verlangen Mao Zedongs grundlegende Aussagen, die sie auf der 1. Tagung 1956 getroffen hatte. Das betraf auch Ziele, Inhalt und die Verwirklichung des 2. Fünfjahrplans. Die Orientierung der Partei hatte sich damit in ihrer konkreten Ausrichtung und konkreten Umsetzung wesentlich verändert. Eine weitere Tagung des Parteitages fand nicht statt. Zufall oder Absicht? Diese Frage kann ich nicht beantworten. Aus der Kenntnis des Charakters Mao Zedongs und seiner Fähigkeit, Dinge, wenn nicht anders, eine Zeitlang auszusitzen, kann ich jedoch die Möglichkeit nicht ausschließen, dass sich dahinter eine Absicht Maos verbarg.

Der „große Sprung nach vorn" entwickelte sich auch in Kultur, Bildung und Wissenschaft. Mao Zedong hatte darauf verwiesen, dass die „technische Revolution" die „kulturelle Revolution" erfordert. Dazu hieß es im Bericht an die 2. Tagung des VIII. Parteitages: „Ihre Hauptaufgabe besteht darin, das Analphabetentum auszumerzen,

263. He Peng, a.a.O., S.76.

die Grundschulbildung zu verbreiten, allmählich zu erreichen, dass es allgemein im Xiang (Dörferverband) eine Mittelschule gibt und die Sonderbezirke und viele Kreise Hochschulen sowie wissenschaftliche Forschungseinrichtungen haben". Es gelte, „Schriften für die nationalen Minderheiten zu schaffen bzw. sie zu reformieren, die Reform der chinesischen Schriftzeichen aktiv durchzuführen, die ‚Vier Schädlinge'[264] zu vernichten, Hygiene zu verbreiten, Sport zu propagieren, die hauptsächlichen Krankheiten auszumerzen, den Aberglauben zu zerschlagen, die Sitten und Gebräuche zu verändern und den nationalen Geist aufzuhelfen." Es komme weiter darauf an, „die sozialistische Literatur und Kunst zu entwickeln, neue Intellektuelle heranzubilden und die alten Intellektuellen umzugestalten und eine Dutzende von Millionen zählende Armee von Intellektuellen der Arbeiterklasse heranzubilden, darunter eine Armee von technischen Kadern (der Zahl nach die größte Gruppe), eine Armee von Professoren, Lehrern, Wissenschaftlern, Journalisten, Schriftstellern, Künstlern und marxistischen Theoretikern".[265] Diese Orientierung der kulturellen Entwicklung des Landes entsprach zweifelsohne den objektiven Erfordernissen. Das Problem bestand wiederum darin, dass die Durchsetzung dieser Orientierung von Anfang an im Zeichen der linksradikalen Linie und der Sprung-Politik standen. In drei bis fünf Jahren sollten das Analphabetentum überwunden, die Grundschulbildung verbreitet und die Mehrheit der Kinder im Vorschulalter in Kinderkrippen und Kindergärten untergebracht werden. In Medien war zu lesen, dass von Januar bis August 1958 fast 90 Millionen Menschen das Analphabetentum überwunden hätten, d.h. zweimal mehr als von 1949-1957. Aus fast 2 000 Kreisen kam zur gleichen Zeit die Nachricht, dass die Grundschulbildung verwirklicht worden wäre. Allein die Abendschulen meldeten über 60 Millionen Lernende, das 5,5-fache gegenüber 1957. Das Anliegen, eine Bildungsoffensive zu starten, war zweifellos dringlich. Diese Anliegen in einer Massenbewegung ohne die erforderlichen Voraussetzungen und Mittel anzugehen, konnte schwerlich erfolgreich verwirklicht werden. Vor allem die große Zahl von Hochschulen vom Typ „Rot und fachkundig" (hongzhuan) und die vielen „Arbeiter-und-Bauern"-Hochschulen konnten den quali-

264. Ratten, Spatzen, Fliegen und Mücken.
265. Arbeitsbericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas an die 2. Tagung des VIII. Parteitages, a.a.O., S.22

tativen Anforderungen nicht gerecht werden. Es muss auch dahingestellt bleiben, inwieweit die gemeldeten Zahlen tatsächlich der Wirklichkeit entsprachen.

In den zentralen Weisungen hieß es, dass die Bildung der proletarischen Politik zu dienen hätte, Bildung und körperliche Arbeit zu verbinden und die Bildungsarbeit unmittelbar von der Partei zu leiten sei. Proletarische Politik hieß Bildung im Sinne der herrschenden linksradikalen Linie und der „drei roten Banner". Verbindung von Bildung und körperlicher Arbeit hieß damals, das Hoch- und Mittelschulen eigene Werke unterhielten und aktiv an der Massenkampagne der Eisen- und Stahlschmelze teilnahmen. In einer Ausstellung über die „Verbindung von Bildung und körperlicher Arbeit" aus Anlass des 41. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution in einer Landwirtschaftsschule in Beijing las ich folgende Zahlen: 21 000 Schulen in 20 Provinzen und Städten unterhielten Ende September 1958 76 200 kleine Hochöfen zum Schmelzen von Eisen und 14 400 kleine Hochöfen für die Herstellung von Stahl. Bis zu diesem Zeitpunkt hätten Dozenten und Lernende dieser Schulen in diesen Öfen insgesamt 1,586 Mio. t Eisen und Stahl geschmolzen. Als „Sputniks" in der Roheisenproduktion mit jeweils einer Tagesproduktion von über 1 000 t Eisen wurden die erste bis vierte Mittelschule der Stadt Yangcheng in der Provinz Shanxi genannt. Für die Bildung dürfte dabei kaum Zeit übrig geblieben sein, überdies stand dabei die Vermittlung der Weisungen Mao Zedongs und der Politik der „drei roten Banner" im Mittelpunkt. Aus den Schulen, die auf die Landwirtschaft ausgerichtet waren, wurde auf der Ausstellung ebenfalls von einer Vielzahl von „Rekorden" berichtet. Darunter waren Züchtungen von Mais mit 2-3 Kolben an einem Stängel, Baumwollpflanzen mit 130 Blüten an einem Stängel und einer Höhe von 2 Metern, fast 8 kg schwere und 1,5 m lange Melonen und Kohlrabi mit einem Gewicht von 5 kg.

Literatur- und Kunstschaffende wurden angehalten, von diesen „Veränderungen" zu berichten und die Zuversicht der breiten Masse in die damalige Politik zu stärken. Das für das Filmwesen zuständige Amt verpflichtete sich, 1958 gegenüber 1957 mindestens die doppelte Zahl an Filmen herzustellen, darunter über 100 Kinofilme, dabei die Selbstkosten und die Aufnahmezeit um über ein Drittel zu reduzieren. 1958 wurden 300 Millionen Besucher von Kinoveranstal-

tungen gezählt, 100 Millionen mehr als 1957. In unzähligen Volksliedern wurde der „große Sprung nach vorn" gepriesen.

Die Chinesische Akademie der Wissenschaften unter ihrem Präsidenten Guo Moruo schloss sich nach der Nanninger Beratung der Kampagne des „großen Sprunges" an.

Man meinte, auch in der Wissenschaft in „großen Sprüngen" voraneilen zu können, wenn dem ein „Sprung" in der ideologischen Entwicklung der Wissenschaftler vorausgegangen war. Nur ein halbes Jahr später, Anfang Juli, berichtete die Parteiorganisation der Akademie, dass bereits 927 Forschungsprojekte erfolgreich abgeschlossen und bei 107 Projekten das Weltniveau erreicht bzw. übertroffen worden wären. Der „große Sprung" hatte auch für die Wissenschaft schlimme Folgen. Wissenschaftliche Gesetze hatten plötzlich keine Gültigkeit mehr. Arbeitsergebnisse wurden, um politisch nicht in den Geruch des Konservatismus zu geraten oder um sich hochzudienen, überhöht dargestellt. Die Ordnung in der wissenschaftlichen Forschung war durcheinander geraten. Menschliche Kraft, Finanzen und materielle Güter wurden in großem Maße vergeudet. Eine nicht geringe Zahl qualifizierter Wissenschaftler war rüde attackiert und gemaßregelt worden, weil sie in ihrem Denken und Handeln nicht bereit waren, der linksradikalen Linie des „großen Sprunges" zu folgen.

„Schlacht um Stahl"

Bei der Erörterung des 2. Fünfjahrplans auf der Tagung des Parteitages spielte die Frage, in welchem Tempo die Stahlproduktion gesteigert werden kann, eine zentrale Rolle.

Im Bericht über den Volkswirtschaftsplan 1958, den der Vorsitzende der Staatlichen Wirtschaftskommission Bo Yibo der 5. Tagung des I. Nationalen Volkskongresses Anfang Februar 1958 unterbreitet hatte, war eine Stahlproduktion von 6 248 Millionen t (+ 17 % gegenüber 1957) vorgesehen. Das entsprach dem Ziel, England in 15 Jahren einzuholen. Nach der Kritik Maos an der Unterdrückung des „Vorwärtspreschens" in der Wirtschaft begannen sich die Kennziffern für die Stahlproduktion 1958-1962 schnell zu verändern. Nach dem Slogan, „sich aus der dogmatischen Art des Lernens (von

der Sowjetunion – d. V.) zu befreien", hielt es die Parteiorganisation des Ministeriums für Metallurgie für real, in der Stahlproduktion England bereits in zehn Jahren und die USA in zehn oder etwas mehr Jahren einzuholen. Mao unterstützte diese Überlegung. Er kritisierte zugleich wiederum scharf die „Fehler" in der vergangenen Arbeit und forderte die anderen Ministerien auf, dem Beispiel des Ministeriums für Metallurgie zu folgen „und entschlossen die Tendenz des Dogmatismus, des Empirismus und des Ressortdenkens, die Tendenz des rechten Konservatismus und die Tendenz, sich unpolitisch zu verhalten, nur Fachmann, aber kein roter Fachmann zu sein, zu überwinden". Mitte April schrieb er, in zehn Jahren könne „China England und in nochmals zehn Jahren die USA einholen".[266]

Einen Monat später, auf der 2. Tagung des VIII. Parteitages, forderte er, die Sowjetunion im Tempo der Stahlproduktion zu überholen. 1962 könne China 30 oder sogar 40 Millionen t Stahl produzieren. Dabei stimmte Mao dem Gedanken des stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Fuchun zu, das Ziel zu stellen, in der Stahlproduktion England bereits in 7 Jahren und die USA in 15 Jahren einzuholen. Anfang Juni beschloss das Politbüro des ZK, die Kapazität der Stahlproduktion innerhalb von zwei Jahren auf 36 Millionen t zu erweitern. Am 12. Juni meldete die Parteiorganisation der Staatlichen Wirtschaftskommission dem ZK, dass der größte Teil der 1958 zu errichtenden 12 694 kleinen Hochöfen noch im gleichen Jahr die Produktion aufnehmen werden. Dadurch könne die Jahresproduktion der örtlichen Eisenproduktion um das 7,9fache auf 4,4 Millionen t erhöht werden; die 220 Konverteröfen und die 43 Elektroöfen der örtlichen Stahlindustrie könnten in diesem Jahr die Produktion gegenüber 1957 um das 2,5f-ache auf 2 Millionen t steigern. Mitte Juni meldete Li Fuchun an das ZK, 1958 könnten 8,5 bis 9 Millionen t Stahl erzeugt werden; 1959 würde noch einmal ein „Sprung" möglich sein auf 25 Millionen t. England könne somit grundsätzlich schon in drei Jahren eingeholt sein.

Zwei Tage später teilte Bo Yibo dem Politbüro des ZK die Möglichkeit mit, 1958 9 Millionen und 1959 20 Millionen t Stahl zu produzieren. Einige Teilnehmer an der Beratung hielten dieses Ziel für zu niedrig. Am 18. Juni sprach sich Mao Zedong, der die Füh-

266. Zitiert nach: Bo Yibo, a.a.O., S.489

rungsspitze am Pool des ZK-Geländes versammelt hatte, für eine weitere Erhöhung der Ziele in der Stahlproduktion aus. Es wurde beschlossen, 1958 10 Millionen t und 1959 25 Million to zu produzieren. Kurz darauf wurde die Kennziffer Stahl für 1958 auf 11 Millionen t festgelegt. Mao schloss daraus, dass England nun schon 1959 und dann die USA um das Jahr 1962 eingeholt werden könnten.

Mitte Juni stellte das Politbüro auf seiner Tagung in Beidaihe fest, dass die Ministerien bis zu den Unternehmen hinunter nach der Beratung in Nanning im Wesentlichen mit dem Abfassen immer neuer Pläne befasst gewesen waren und die Produktion vernachlässigt hätten. Mao beauftragte den stellvertretenden Ministerpräsidenten Chen Yun, alle Maßnahmen zu ergreifen, um diese Situation unter Androhung eines Ausschlusses aus der Partei schnell und gründlich zu verändern. Die für die Industrie Zuständigen in den Parteikomitees der Provinzen und Autonomen Gebiete wurden nach Beidaihe zu einer Beratung beordert. Chen Yun übermittelte die Weisungen Maos und bemerkte, dass das Ziel, 1958 11 Millionen t Stahl zu erzeugen, bereits „nach außen gedrungen" wäre. Chruschtschow hatte nämlich davon erfahren.[267] Es musste nun alles unternommen werden, um dieses hochgesteckte Ziel unter allen Umständen zu erreichen. Im Beisein Mao Zedongs erklärte Chen Yun, dass der Plan, 1958 11 Millionen t und 1959 25 Millionen t Stahl herzustellen, allein auf die „ausländischen Öfen" (yang luzi) gestützt nicht zu realisieren wäre. Er schlug vor, die Massen für das Betreiben von „einheimischen Öfen"[268] (tu luzi) zu mobilisieren. Jetzt wäre die Zeit gekommen, in der die „einheimischen Öfen" ihre Rolle für das Schicksal Chinas spielen müssten. Den Teilnehmern wurde die Weisung Maos übermittelt, auf die „einheimischen Öfen" zu vertrauen. Wenn auch nur einer von hundert dieser Öfen Eisen liefern würde, wäre das schon sehr gut, dann bekäme er die rote Fahne und die anderen 99 Öfen sollten von diesem Beispiel lernen.

Bo Yibo erinnert sich, dass Mao Zedong trotz dieser Mobilisierung nicht sehr zuversichtlich war, das gesteckte Ziel in den verbleibenden vier Monaten noch erreichen zu können. Er gab deshalb in Beratungen, die in der zweiten Hälfte des August stattfanden, eine

267. Chruschtschow ließ während seines Besuches in China vom 31.7.-3.8.1958 durchblicken, dass er die Möglichkeit bezweifle, die chinesische Stahlproduktion 1958/1959 derart zu steigern.

268. „Ausländische Öfen" waren Konverter- und Elektroöfen, „einheimische Öfen" hingegen die 1958 überall im Lande mit einfachen Mitteln errichteten „kleinen Öfen".

Reihe Weisungen heraus, um das Unmögliche doch noch möglich zu machen. In diesen Weisungen forderte er dazu auf, umgehend eine große Massenkampagne für die Eisen- und Stahlgewinnung ins Leben zu rufen. Dazu bemerkte er, „die Bourgeoisie und einige Leute in der Sowjetunion (kursiv – d.V.) würden davon reden, dass die Massenbewegung in der Industrie eine ‚Partisanenangewohnheit', ein ‚dörflicher Arbeitsstil' sei. In Wirklichkeit ist diese Art jedoch ein regulärer marxistischer Arbeitsstil."[269] Diese Art der Massenkampagne hatte Mao Zedong bewusst aus der Zeit der militärischen Auseinandersetzungen vor 1949 übernommen; denn er war der Meinung, dass man auf diese Weise wie vor der Befreiung auch beim Aufbau der neuen Gesellschaft vorgehen und siegen könne.[270]

Ende August erklärte die chinesische Führung die „Getreideschlacht" für beendet. und rief dazu auf, alle Kräfte und Mittel auf die „Schlacht um den Stahl" zu konzentrieren.[271] Dem lag die unreale Einschätzung zugrunde, dass mit der Erhöhung der Getreideproduktion im Jahre 1958 um 60-70 Prozent gegenüber 1957 das Getreideproblem Chinas grundsätzlich gelöst worden wäre.[272]

Bereits vor dem August war eine Reihe von „einheimischen Hochöfen" mit einer Jahreskapazität von insgesamt weniger als 100 000 t errichtet worden. Nach September kamen einige hunderttausend hinzu. Alle Zweige der Wirtschaft, von der Landwirtschaft über die Kohle- und Energieindustrie bis hin zum Transport, wurden auf die Schlacht um Eisen und Stahl ausgerichtet. Viele Parteisekretäre führten die Massen in die Berge, um nach Erz zu schürfen und Feuermaterial zu beschaffen. Allein im damaligen Kreis Bao'anxian, der heutigen ökonomischen Sonderzone Shen-zhen, wurden zehntausende Mu Wald verfeuert und eiserne Fenster und Kochtöpfe aus vielen bäuerlichen Gehöften zu „Futter" für die „kleinen Öfen".[273] Grundschüler wie Alte von 70-80 Jahren wurden in die Kampagne einbezogen. Die Feuer der vielen kleinen Öfen machten die Nacht zum Tage. An „einheimischen kleinen Öfen" wurden 1958 1,215 Millionen gezählt, an ihnen kämpften fast 25 Millionen (über-

269. Zitiert nach: Bo Yibo, a.a.O., S. 497.
270. Die Massenkampagne ist bis in die letzte Zeit hinein ein integraler Bestandteil der „Massenlinie" der KP Chinas. Sie reflektiert die Auffassung, dass nicht das Individuum, sondern die Masse das Entscheidende sei.
271. Renmin Ribao v. 1.9.1958.
272. Siehe: Li Xiannian, „In der Volkskommune gesehen", in: Renmin Ribao v. 17.10.1958.
273. Siehe: Yang Hanqing, „Der anfängliche Versuch, Bao'an nach außen zu öffnen", in: „Südchinesische Zeitschrift" (Nanfang Zazhi) v. 17.9.2008

wiegend Bauern) Menschen um Eisen und Stahl. Dazu kamen 750 000 „ausländische Öfen" mit 8,5 Millionen Arbeitern. Beim Aufbau der „einheimischen kleinen Öfen" waren bis zu 60 Millionen Menschen beteiligt gewesen.

Auf der ersten Beratung von Zhengzhou, Provinz Henan, Anfang November 1958 schätzte die Führung ein, dass die Herstellung von 10,7 Millionen t Stahl 1958 gesichert sei und es außer Frage stehe, das England in zwei Jahren in der Gesamtproduktion von Stahl eingeholt werden könne. Diskutiert wurde auch das Ziel, England in der Pro-Kopf-Produktion von Stahl und Stahlprodukten in 15 Jahren einzuholen. Das hätte für China bedeutet, die Produktion von Stahl bis 1972 auf 400 Millionen t steigern zu müssen!

Am 31.12.1958 wurde offiziell verlautbart, dass 1958 11,08 Millionen Stahl erzeugt worden wären. Heutigen chinesischen Einschätzungen zufolge waren davon 3 Million t ob ihrer unzureichenden Qualität nicht zu gebrauchen.

Die Stahlkampagne hatte verhängnisvolle Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft. Arbeitskraft, materielle Ressourcen und finanzielle Mittel waren in einem riesigen Ausmaß vergeudet worden. Die Erhöhung der Akkumulationsrate gegenüber dem 1. Fünfjahrplan um fast 10 Prozent auf 34 Prozent im Jahre 1958 überstieg bei weitem die finanziellen Möglichkeiten des Staates und hatte die notwendigste Versorgung der Bevölkerung mit den Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs infrage gestellt. Ungeachtet dessen wurde die Akkumulationsrate 1959 weiter auf 43,6 Prozent erhöht.[274] Die Kampagne hatten vor allem die Landwirtschaft und die Leichtindustrie schwer getroffen. Die ökonomischen Disproportionen hatten sich verschärft. Ein großer Teil der Investitionen war auf Kosten der Landwirtschaft und der Leichtindustrie in die Abteilung I, insbesondere in die Stahlindustrie, geflossen. Selbst die Entwicklung der örtlichen Industrie hatte sich zum großen Teil im Rahmen der Abteilung I vollzogen. Überdies war die im August /September einsetzende Stahlkampagne im Wesentlichen von den Bauern getragen worden. Das wirkte sich unmittelbar auf die landwirtschaftliche Produktion aus. Die Herbsternte 1958 blieb zu etwa 10 Prozent auf den Feldern liegen, und die Arbeiten für die Entwicklung der landwirtschaftlichen

274. Siehe: „Rote Fahne" ("Hongqi"), Jg. 1980, H. 3, S. 10, chines.

Produktion 1959 konnten nicht in der notwendigen Qualität und im erforderlichen Ausmaß durchgeführt werden.

Wenn ich in meinen Vorträgen auf diese Zeit zu sprechen komme, wird mir immer wieder die Frage vorgelegt, worin die Ursachen für eine solche verhängnisvolle wirtschaftliche Entwicklung zu suchen sind. Sicherlich wäre ein ganzer Komplex von Ursachen zu benennen. Wesentlich scheinen mir drei Faktoren zu sein. Ich stimme mit Bo Yibo und anderen chinesischen Autoren darin überein, dass eine Ursache die mangelnde Kenntnis ökonomischer Gesetze beim Aufbau der neuen Gesellschaft gewesen war. Die damalige chinesische Führung verfügte über reiche Erfahrungen im Kampf des chinesischen Volkes um seine militärische Befreiung. Der ökonomische Aufbau einer neuen Gesellschaft unter den besonderen Bedingungen Chinas war jedoch eine Aufgabe, für deren Lösung sie über keinerlei Erfahrungen verfügte. Beim Studium der Primärquellen habe ich den Eindruck gewonnen, dass es vor allem bei Mao Zedong schon am allgemeinen Verständnis für ökonomische Gesetze und Zusammenhänge mangelte. Er hatte jedoch Persönlichkeiten an seiner Seite, die sich in der Wirtschaft auskannten und dies auch bewiesen hatten (z. B. bei der Wiederherstellung der Volkswirtschaft 1949-1952). Ich nenne beispielsweise Chen Yun, Li Fuchun, Bo Yibo und Tan Zhelin. Weshalb haben sie nicht eingegriffen?

Ich bin hier auf zwei Aspekte gestoßen, die diesen Umstand mit erklären könnten. Der eine Aspekt betrifft die Tatsache, dass Mao Zedong keinen Widerspruch gegen sich und seine Linie duldete. Bo Yibo schreibt in seinen Erinnerungen, dass er auf der 2. Tagung des VIII. Parteitages (wohl von Mao selbst) für seinen „Konservatismus“ verurteilt worden wäre und er es danach nicht mehr wagte, diesen „Fehler“ noch einmal zu begehen, um nicht erneut an den Pranger gestellt zu werden.[275] Einen zweiten Aspekt sehe ich darin, dass die gesamte Führungsspitze offensichtlich darin übereinstimmte, alles zu versuchen, um die Sowjetunion in absehbarer Zeit zu überholen und damit die Rolle eines Primus inter pares unter den Ländern des „realen Sozialismus“ zu übernehmen. Sie machte aus dieser Absicht auch keinen Hehl. So äußerte sich Liu Shaoqi im Juli 1958 vor den Arbeitern eines Kraftwerks in Beijing, dass China in absch-

275. Siehe: Bo Yibo, a.a.O., S. 491.

barer Zeit nicht nur (wie auf der 2. Tagung des VIII. Parteitages dargelegt) England, sondern „ganz Europa (einschließlich der Sowjetunion) überholen werde".[276] Diese Absicht drückte sich für mich auch in dem Versuch aus, mit der Volkskommune noch vor der Sowjetunion den Übergang zum Kommunismus vollzogen zu haben.

4.2. Volkskommune als „goldene Brücke in den Kommunismus"

In der Bildung von Volkskommunen sehe ich eine logische Fortsetzung der Politik Mao Zedongs seit 1953, beginnend mit dem Dorf auf der Grundlage einer immer weiter greifenden Abschaffung des Privateigentums (zunächst noch begrenzt auf Produktionsmittel) ständig größere Produktionseinheiten zu schaffen und ihre Entwicklung der zentralstaatlichen Leitung zu unterwerfen. Es war deshalb auch kein Zufall, dass die engere Parteiführung in der ersten Hälfte 1958 nach der Bildung von Großgenossenschaften auf dem Lande diese Politik weiter voranzutreiben begann.

Wieder wurde das Dorf ausgewählt, dem Lande voranzugehen. Dieses Mal jedoch wurde Grundsätzlicheres anvisiert:

- die Etablierung der Volkskommune als militärisch organisierte Grundeinheit in der gesamten Gesellschaft, die zugleich ökonomische, politische und staatlich-administrative Funktionen ausübt,
- allmählicher Übergang vom Kollektiveigentum zum „Volks"-eigentum und vom sozialistischen zum kommunistischen Verteilungsprinzip
- die Liquidierung jeglichen Privateigentums und des „bürgerlichen Rechts" (Marx), die unmittelbare Überwindung der drei großen sozialen Unterschiede und die Herausbildung eines Menschen mit „kommunistischem" Bewusstsein, der körperlich und geistig arbeitet und quasi in allen Bereichen menschlicher Tätigkeit versiert ist,
- die Tendenz zur Abschaffung der Familien,
- Beschleunigung des sozialistischen Aufbaus, Abschluss des Sozialismus und Übergang zum Kommunismus.[277]

276. Chinesisches internes (neibu) Material.

277. Ich schließe nicht aus, dass die damit einsetzende Forcierung des Übergangs Chinas zum Kommunismus gewissermaßen in Konkurrenz mit den Überlegungen Chruschtschows stand, in der UdSSR zum Aufbau des Kommunismus überzugehen.

Im Kommunique der 6. Tagung des ZK der Partei im Dezember 1958 wird vorhergesagt, „dass das Tempo des sozialistischen Aufbaus in unserem Land durch die Volkskommunen beschleunigt wird und dass sie die beste Form ist, unserem Land folgende zwei Übergänge zu ermöglichen: erstens den Übergang vom Kollektiveigentum zum Volkseigentum auf dem Land und zweitens den Übergang von der sozialistischen zur kommunistischen Gesellschaft."[278]

Die Bildung der Volkskommunen vollzog sich auf den Dörfern im Wesentlichen in zwei, drei Monaten bis Ende Oktober 1958. Ende September meldeten 27 Provinzen, Autonome Gebiete und zentral unterstellte Städte, dass bereits 23 397 Volkskommunen mit insgesamt 90,4 Prozent aller bäuerlichen Haushalte geschaffen worden waren. In 12 Provinzen u. ä. wäre dieser Prozess zu 100 Prozent abgeschlossen. Ende Oktober waren dann auf den Dörfern des Landes aus den ehemals über 740 000 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften 26 578 Volkskommunen entstanden. Sie zählten über 120 Millionen Haushalte und damit mehr als 99 Prozent aller Bauernfamilien. Anschließend begann sich diese Kampagne bis ins Jahr 1959 hinein auch auf die Städte und Unternehmen auszudehnen.

Die grundlegenden Aspekte des Konstrukts Volkskommune und der Vorbereitung des Kommunismus in China wurden offensichtlich von Mao Zedong in den Gesprächen mit seinem Sekretär Chen Boda ausgearbeitet. Sie entwickelten Im Februar/März 1958 erstmals den Gedanken, die administrative Einheit des Xiang mit der landwirtschaftlichen Genossenschaft zusammenzulegen und daraus das Modell für die gesellschaftliche Basisorganisation im Kommunismus zu schaffen. Liu Shaoqi, Zhou Enlai, Bo Yibo und andere erweiterten diese Vorstellung mit Überlegungen zur Verbreitung der Bildung und Wissenschaft, von sozialen und medizinischen Einrichtungen und der Vergesellschaftung des dörflichen Lebens. Auf der Grundlage der „sprunghaften" Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion sollten die Volkskommunen aus eigenen Mitteln die „Kollektivierung" des Lebens der Bauern durch Einrichtung von öffentlichen Esshalten, Hygienehäusern mit Barfußärzten (eine Art einfacher Feldscher), von Kinderkrippen, von Schneidereien, Alters-

278. „Dokumente der 6. Plenartagung des VIII. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas", Verlag für fremdsprachige Literatur Peking 1959, S. 18.

heimen usw. vorantreiben, die „kapitalistischen Reste" im der Familie beseitigen und damit allmählich „kommunistische" Elemente in die Produktions- und Verteilungsverhältnisse einführen.

Von der Idee der Volkskommune hörte ich zum ersten Male in einem Vortrag von Chen Boda, den er am 1. Juli 1958 in der Universität Beijing hielt. Der Kerngedanke, den er dabei ausführte, war: „Genosse Mao Zedong sagte, unsere Richtung sollte sein, allmählich und der Reihe nach ‚Industrie, Landwirtschaft, Handel (Austausch), Lernen (Kultur und Bildung) und Militärisches' (Volksmiliz, d. h. Bewaffnung des gesamten Volkes) in einer großen Kommune zu organisieren, die so die Grundeinheit unserer Gesellschaft bildet ... Diese Idee des Genossen Mao Zedong ist die Schlussfolgerung aus den Erfahrungen des praktischen Lebens."[279] Der Sekretär Maos, Tian Jiaying, formulierte das etwas anders. Für ihn verkörperte die Volkskommune die „dörfliche Utopie in der Vorstellung Mao Zedongs". Es ist möglich, dass es anfangs zwischen Mao und anderen Vertretern der Führungsspitze unterschiedliche Vorstellungen darüber gab, wann China in den Kommunismus eintreten würde. Liu Shaoqi nannte in einem Gespräch mit der Redaktion der Zeitung „Beijinger Tageszeitung" am 30. Juni die Zeit von 30-40 Jahren. Auf der erweiterten Tagung des Politbüros in Beidaihe im August 1958 sprach Mao Zedong hingegen davon, dass es in etwa zehn Jahren eine große Fülle von Produkten geben und die Moral außerordentlich hoch sein würde, um die Verwirklichung des Kommunismus einleiten zu können.[280]

Liu Shaoqi verkündete in dem erwähnten Gespräch mit der Zeitung, dass die Partei nunmehr dazu übergehe, Experimente mit der Basisorganisation des Kommunismus zu beginnen. Im Juni hatten sich jedoch in Provinzen wie Zhejiang und Liaoning schon Basisorganisationen unter dem Namen „Kommune" zu entwickeln begonnen. Im Kreis Andong in Liaoning war die Entwicklung der „Kommune" sogar bereits mit dem Versuch verbunden, „vom Kollektiveigentum zum Volkseigentum überzugehen".

Mitte Juli setzte dann zunächst in der Provinz Henan eine regelrechte Woge zur Bildung von Volkskommunen ein. Mitte August

279. Zitiert nach dem veröffentlichten Text der Rede „Unter dem Banner des Genossen Mao Zedong" in: Hongqi, Jg. 1958, H.4, S.8-9, chines.
280. Nach: Bo Yibo, a.a.O., S. 521.

meldete die Provinz, dass der Plan (!) mit 1 463 Kommunen bereits zu 42,43 Prozent erfüllt worden wäre. Die größte Einheit war eine Volkskommune im Rahmen eines Kreises mit 29 193 Haushalten. Bei einem Besuch des Kreises Xushui, Provinz Hebei, im Anfang August formulierte Mao Zedong das dreifache Prinzip, das die Organisation der Volkskommune prägen sollte: „Die Organisation militärisch gestalten, in der Aktion wie im Kampf verfahren und das Leben kollektivieren" (zuzhi junshihua, xingdong zhandouhua, shenghuo jitihue).[281] Der Kreis Xushui wurde eine Tag später von der Zentrale angewiesen, ein kommunistisches Experiment zu beginnen. Innerhalb weniger Tage hatten sich 248 Genossenschaften zu einer Volkskommune zusammengeschlossen. Am 22. August legte das Parteikomitee des Kreises seinen „Planentwurf für die Beschleunigung des sozialistischen Aufbaus und den Übergang zum Kommunismus" vor.[282]

Darin lesen wir: Im Geiste der „permanenten Revolution" sei es „erforderlich, die Aktionen militärisch zu gestalten, die Leitung der Felder fabrikmäßig zu betreiben, die Ideologie kommunistisch zu gestalten und die Arbeitsmethoden der Massenlinie anzugleichen". „Die Arbeit ist *wie in der Armee* (kursiv – d. V.) nach Kompanien, Bataillonen usw. zu organisieren, um eine einheitlich festgelegte große Kooperation der gesamten Kommune verwirklichen zu können." Durch die Abschaffung des Hoflandes und der Reste des Privateigentums wie Gebäude, Vieh, Obstbäume u.ä. „werden die Grundlagen für den Übergang zum allgemeinen Volkseigentum und zur kommunistischen Methode der Verteilung gelegt". „Das Kampfziel ist: 1960 den sozialistischen Aufbau grundlegend abschließen und den Übergang zum Kommunismus zu beginnen, 1963 in die großartige kommunistische Gesellschaft eingetreten zu sein." „Unsere planmäßige Perspektive ist: In diesem Winter die Mechanisierung der Bewässerung und der Verarbeitung abzuschließen, im nächsten Jahr die Feldbearbeitung zu mechanisieren und die Dörfer anfänglich zu elektrifizieren; 1963 die Mechanisierung und Elektrifi-

281. In seinen Gesprächen in Xushui beschäftigte Mao schon der Gedanke, was die Bauern mit ihrer Zeit anfangen könnten, nachdem genügend Getreide erzeugt worden ist. Er meinte, sie könnten dann 1 1/2 Tage arbeiten und je einen halben Tag sich vor allem kulturell betätigen, Wissenschaft studieren, Schulen unterhalten und sich erholen. Würde genügend Getreide erzeugt, dann könnte jedermann 600 – 700 Jin (300-350 kg) im Jahr verbrauchen und ein Fruchtwechsel betrieben werden.

282. Ich zitiere im Folgenden aus diesem Entwurf, der im Volksverlag Xushui publiziert worden war.

zierung hohen Grades zu verwirklichen. Wichtige körperliche Arbeiten werden durch Maschinen übernommen. Dann wird die menschliche Arbeit nicht mehr nur Mittel für den Lebenserwerb sein, sondern selbst zum ersten Lebensbedürfnis werden." „In 7–10 Jahren werden alle unter 30-jährigen das kulturelle Niveau erreicht haben, das über einem drei-, vierjährigen Hochschulschluss liegt." Die „Volkszeitung" kommentierte diesen Entwurf mit den Worten: „Die Volkskommune Xushui wird in nicht ferner Zeit ihre Mitglieder auf das höchste Elysium in der Geschichte der Menschheit geführt haben, in das Zeitalter der „Verteilung jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen".[283]

Xushui wurde das erste Musterbeispiel in der Kampagne zur Bildung von Volkskommunen. Dieses „kommunistische Experiment" wurde deshalb in kurzer Zeit über 30 Millionen Menschen aus den verschiedenen Landsteilen und Wirtschaftseinheiten sowie über 930 Ausländern aus über 40 Staaten vorgeführt. Darunter befand sich auch eine Delegation von Studenten und Aspiranten der DDR, die in der VR China studierten bzw. sich weiterbildeten. So sah ich auch das dicht bepflanzte Getreidefeld, das Mao Zedong bei seinem Besuch begutachtet hatte. Das Bündel Halme, das er auf den Körnergehalt geprüft hatte, war mit einem roten Seidenband zusammengebunden worden. Davor stand auch noch der Stuhl, auf dem er gesessen hatte.

Bis Ende August gab es für die Einleitung dieser grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen in der VR China nicht einmal einen Politbüro-Beschluss. Für kennzeichnend halte ich auch, dass dieser Beschluss durch das Politbüro Ende August in Beidaihe als Beschluss des ZK der KP Chinas ausgewiesen wurde. Dieses Dokument hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck. Einerseits wird davor gewarnt, den Sozialismus übereilt hinter sich zu lassen, andererseits sind nur wenige Jahre für den Übergang vom Kollektiv- zum „Volks"eigentum vorgesehen und der Kommunismus für China in nicht allzu ferner Zukunft erwartet. Ich möchte dazu die entsprechenden Passagen aus dem Beschluss zitieren: „Unter den gegenwärtigen Bedingungen führt die Schaffung von Volkskommunen mit der allseitigen Entwicklung von Landwirtschaft, Forstwirtschaft,

283. Renmin Ribao v. 23.8.1958, chines.

Viehzucht, Nebenwirtschaft und Fischerei und Verbindung von Industrie, Landwirtschaft, Handel, Lernen und Militärischem die Bauern auf einen Kurs, der notwendig ist, um den Aufbau des Sozialismus zu beschleunigen, ihn vorfristig abzuschließen und allmählich zum Kommunismus übergehen zu können." In drei bis spätestens sechs Jahren könne der Übergang des Kollektiveigentums zum allgemeinen Volkseigentum vollzogen sein. „Der Aufbau des Sozialismus dient der aktiven Vorbereitung auf den Übergang zum Kommunismus. Es scheint, dass die Verwirklichung des Kommunismus in unserem Lande bereits nicht mehr eine Angelegenheit der fernen Zukunft ist. Wir sollten die Form der Volkskommune aktiv nutzen, um den konkreten Weg für den Übergang zum Kommunismus zu finden."[284] Der Beschluss war damit nach beiden Seiten hin auslegbar. Das ermöglichte und begünstigte, gewollt oder ungewollt, den folgenden „kommunistischen Wind" (gongchan feng).

Im Beschluss heißt es, dass die Volkskommune das Ausmaß eines Xiang-Territoriums haben und rd. 2 000 Haushalte umfassen solle. Mit der weiteren Entwicklung sollte die Größe der Volkskommune einem Kreis angeglichen werden. Mao sprach davon, dass die Volkskommune zwei Merkmale aufweise: sie wäre „groß und zugleich gemeinschaftlich" (da er gong). Groß hieß für ihn: viele Menschen (von einigen tausend bis zu einigen zehntausend Haushalten), viel Land, komplexe Leitung, alle Bereiche der Gesellschaft umfassend, gut zu leiten und gut zu planen.[285] Gemeinschaftlich hieß für ihn: sozialistischer als die Genossenschaft, Beseitigung der kapitalistischen Reste (Hofland, private Viehhaltung), in der Perspektive auch die Überführung des privaten Eigentums an Gebäuden, Geflügel und kleinen Bäumen am Haus in Gemeineigentum.

Wir lesen in der damaligen Literatur, dass die Bildung der Volkskommune der „dringende Wunsch" und die „gemeinsame Forderung der breiten Massen" gewesen wäre. Sie hätten diesen Prozess auch spontan eingeleitet. Die Realität sah jedoch ein wenig anders aus. Dokumente lokaler Parteiorganisationen weisen darauf hin, dass der Bildung einer Volkskommune gewöhnlich Beratungen der Kader der drei unteren Ebenen (Dorf, Xiang, Kreis) vorangingen,

284. Zitiert nach: Renmin Shouce (Volkshandbuch) 1969, Beijing 1959, S. 32-34, chines.

285. Die ehemaligen LPG zählten im Schnitt 170 Haushalte, besaßen etwas über 2.000 Mu (etwa 134 ha) Ackerland und 350 Arbeitskräfte, die Volkskommunen hingegen 5.000 Haushalte, über 60.000 Mu (4.000 ha) und 10.000 Arbeitskräfte.

auf denen die inhaltliche Orientierung für diesen Schritt gegeben wurde. Auch die einheitliche Grundausrichtung dieses Prozesses spricht zweifellos dafür, dass die Initiative von der zentralen Ebene ausgegangen war. In diesem Rahmen wurde experimentiert, das erklärt wieder eine gewisse Spontanität und die Unterschiede im Detail. So einheitlich war die Haltung der Bauern gegenüber der Volkskommune auch nicht. Aus zentralen Dokumenten geht hervor, dass sich die Partei bei der Schaffung der Volkskommunen auf die armen Bauern stützte, die in der Kommune wie zuvor in den Genossenschaften wohl auch eine Art Existenzsicherung sahen und sich durch die Gleichmacherei auch Wohlstand erhofften. Skepsis bis Ablehnung scheint vor allem unter den Mittelbauern und reicheren Bauern bestanden zu haben. Das lag sicher mit daran, dass die Bauern mit der Bildung der Volkskommen in ein System der „militärischen Personenkontrolle" gerieten.[286] Die Bauern dürften vor allem kaum so ohne weiteres hingenommen haben, dass mit der „Beseitigung der Reste des Kapitalismus" in den bäuerlichen Haushalten auch Gebrauchsgegenstände wie Tische, Bänke und Kochgeschirr z. B. für die Einrichtung der öffentlichen Esshallen der Volkskommunen requiriert wurden.

Die damals veröffentlichten Materialien über die entstandenen Volkskommunen bieten ein vielschichtiges Bild über die konkrete Gestaltung der Produktions- und Verteilungsverhältnisse und die konkreten Zielsetzungen für die „beiden Übergänge". Allgemein galt, dass in den „drei schweren Jahren" die Akkumulation deutlich höher als s die Konsumtion sein sollte.

Die Beseitigung der „allerletzten Reste" an Privateigentum an Produktionsmitteln galt als Schritt zur „Befreiung der Produktivkräfte". Im September war der kleine Privathandel in vielen Kommunen bereits abgeschafft. Zügig ging auch die „Vergesellschaftung" im Bereich des verbliebenen Eigentums der bäuerlichen Haushalte voran. Es wird berichtet, dass dabei teilweise bestimmte Entschädigungen gezahlt worden wären.

Große Unterschiede zwischen den Kommunen gab es bei der Schaffung des neuen Verteilungssystems. Am meisten verbreitet war, dass „für das Essen kein Geld verlangt" wurde. Es gab aber auch

286. Vergl. Li Jun, "Reform und Öffnung -30 Jahre, 30 Angelegenheiten: Das Paradoxon der „ernsten Schläge" 1983", in: Nanfang Dushi Bao v. 5.11.2008, chines.

weitergehende Experimente. So sah der Entwurf für das Versorgungssystem in der Volkskommune Xushui (20.9.1958) vor, bei den Kadern, Arbeitern und Angestellten den Lohn und bei den Bauern der Bezahlung nach der Arbeit abzuschaffen. Die Kader erhielten je nach Ebene und Funktion im Monat einen Zuschuss von 3 bis 8 Yuan. Gleichzeitig wurde für alle Beschäftigten einen Versorgungssystem der „kostenlosen Versorgung auf 15 Gebieten" (shiwu bao) eingeführt. Das heißt, die Kosten für Essen, Kleidung, Wohnung, Schuhe, Strümpfe, Handtücher, Seife, Petroleum, Heizen, Duschen, Friseur, Kino, medizinische Behandlung, Trauer und Begräbnis wurden einheitlich im gesamten Kreis von der Volkskommune getragen. In anderen Kommunen umfasste die kostenlose Versorgung wiederum nur 6 oder 5 Bereiche oder nur Essen und Getreide. Der Lohn wurde hier nach den jeweiligen Stufen verteilt und belief sich im Monat zwischen 4 und 15 Yuan oder nur zwischen 2 und 3 Yuan. Anderenorts setzte sich die Verteilung etwa je zur Hälfte aus der Versorgung und dem Lohn zusammen. Angesichts der Erwartung einer „sprunghaften" Erhöhung vor allem der Getreideernte und der Aufforderung, mit dem Übergang zum Sozialismus in „nicht allzu ferner Zeit" zu experimentieren, nahm die Tendenz im Verteilungssystem der Volkskommunen zu, zu Elementen der Verteilung im Kommunismus überzugehen.

Aufkommen eines „kommunistischen Windes"

Die ununterbrochenen Kampagneschlachten auf den verschiedenen Gebieten im Prozess der Entwicklung der Volkskommunen, die maßlos überhöhten ökonomischen Zielstellungen, die Kampagne zur kommunistischen Erziehung, das Bestreben der örtlichen Führungskader, unter keinen Umständen als „konservativ" angegriffen zu werden oder hinter anderen Einheiten zurückzustehen und andere Faktoren förderten in letzter Konsequenz auf vielen Dörfern die

Verbreitung eines „kommunistischen Windes".

Der damalige Kreis Fan-xian in der Provinz Shandong beschloss damals, den Übergang zum Kommunismus schon 1960 zu vollziehen. Daraufhin beschloss ein anderer Kreis dieser Provinz, der Kreis Yingnan, 200 Tage lang eine „große Schlacht zu schlagen", um den gleichen Schritt zu tun. Die erste Region in der Provinz Henan, die eine Volkskommune im Kreismaßstab aufbaute, der Kreis Xiuwu, beschloss, sich innerhalb von zwei Jahren reichlich mit Nahrung und Kleidung zu versorgen, innerhalb von 5 Jahren den Aufbau des Sozialismus abzuschließen und zum Kommunismus überzugehen. Diese Pläne und Aktivitäten von Volkskommunen beruhten allgemein auf direktiven Plänen der Parteikomitees der Provinzen. So hatten die PK der Provinzen Shaanxi und Shandong jeweils einen Grundriss für den Übergang der Volkskommunen ihrer Provinz zum Kommunismus (…sheng renmingongshe gongchanzhuyi jianshe gangyao) beschlossen. Solche Experimente hatte die Parteiführung damals zugelassen und gefördert. Gefördert durch solche Maßnahmen und die hohen Quoten für die Ablieferung von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten an den Staat begannen sich im Lande ernste Lücken bei der Versorgung der Bevölkerung mit Getreide, Öl, Schweinefleisch und Gemüse aufzutun.

Mao Zedong äußerte sich erstmals auf der 2. Beratung in Zhengzhou Ende Februar/Anfang März 1959 zur Erscheinung des „kommunistischen Windes". Er machte drei wesentliche Faktoren für die Erscheinung verantwortlich: die Gleichmacherei von Arm und Reich, eine zu hohe Akkumulationsquote und einen zu großen Anteil der unentgeltlichen freiwilligen Arbeit sowie die „Kommunisierung" verschiedenartigen Eigentums. Unter dem letzten Aspekt nannte er die Beseitigung des Hoflands, die Requirierung von Hausrat wie Tische, Bänke, Messer, Schüsseln und anderen Gerätschaften für die öffentlichen Esshallen der Kommunen, die unentgeltliche Überführung von Geflügel und Schweinen aus dem bäuerlichen Besitz in Eigentum der Kommune sowie die unentgeltliche Nutzen von Arbeitskräften und finanzieller Mittel der Produktionsbrigade durch die Leitung der Volkskommune. Das hätte unter der breiten Masse der Bauern zu einer „großen Panik" geführt.[287]

287. Zitiert nach: Bo Yibo, a.a.O., S. 531.

Die Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche und Probleme im Verlaufe der 2. Hälfte des Jahres 1958 ließ eine kritische Auseinandersetzung mit den praktischen Ergebnissen und Auswirkungen der Parteipolitik aufkommen. Im Kommunique der 6. Tagung des ZK der Partei im Dezember 1958 spiegelte sich diese Tendenz deutlich wider. So wurde gefordert, die „Wirtschaftspläne auf vollkommen realer Basis aufzubauen" und das „objektive Gesetz der proportionalen Entwicklung" zu beachten. Die Parteiführung musste eingestehen, dass es in der Frage der Volkskommunen „unterschiedliche Auffassungen" gäbe und es notwendig wäre, „innerhalb der Partei und im ganzen Volke einen einheitlichen Standpunkt zu den Volkskommunen zu schaffen". Der „Übergang vom Kollektiveigentum zum Volkseigentum" dürfe „nicht willkürlich auf Grund subjektiver Wünsche" vollzogen werden, und der Übergang vom Sozialismus zu Kommunismus bedürfe „eines bedeutend längeren Zeitraums". Auf der anderen Seite wurde im Kommunique dazu aufgefordert, den „Konservatismus" weiter zu bekämpfen und die Politik des „großen Sprungs nach vorn" und der Volkskommune mit allen Kräften fortzusetzen.[288] Die geäußerte Kritik richtete sich in ihrer konkreten Aussage nicht grundsätzlich gegen die Politik der „drei roten Banner", die unbeirrt weiter geführt wurde.

Diese Tagung stimmte auch dem Vorschlag Mao Zedongs zu, ihn bei der nächsten Wahl des Vorsitzenden der VR China nicht wieder als Kandidaten aufzustellen. Dieser Schritt wurde damit begründet, dass sich Mao Zedong dann als Vorsitzender der KP Chinas in der „2. Reihe" besser auf den Kurs, die Linie und die Politik der Partei konzentrieren und dem Studium der marxistisch-leninistischen Theorie mehr Zeit widmen könne.[289]

Die Gleichmacherei in der Verteilung und der „kommunistische Wind" in Form der unentgeltlichen und willkürlichen Nutzung (yi ping er diao) der Arbeitskräfte und der materiellen wie finanziellen Ressourcen der unteren Einheiten durch die Leitung der Volkskommune entwickelten sich weiter und erreichten neue Ausmaße.

Auf der 2. Zhengzhouer Beratung waren zwar die drei Ebenen

288. „Dokumente der 6.Plenartagung des VIII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas", Verlag für fremdsprachige Literatur Peking 1959.
289. Gegenstand des theoretischen Studiums war neben dem "Lehrbuch für Politische Ökonomie" vor allem die Schrift Stalins "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" unter dem Gesichtspunkt des „Vormarsches zum Kommunismus".

des Eigentums in der Volkskommune (Produktionsbrigade, Großbrigade und Volkskommune) festgelegt worden, nicht verändert wurde aber die Orientierung, den „Übergang vom Kollektiv- zum Volkseigentum“ in drei bis sechs Jahren zu vollziehen. In diesem Zusammenhang wurde sogar noch betont, dass mit der ununterbrochenen Stärkung der Wirtschaft auf der Ebene der Volkskommune große Erwartungen verbunden wären. So war es nur logisch, dass nach dieser Beratung, vor allem nach dem erneuten Anheizen des Kampfes gegen die „rechte Abweichung“ auf der 8. ZK-Tagung in Lushan, Provinz Jiangxi, im August 1959, in vielen Regionen Pläne geschmiedet wurden, diesen Übergang weiterhin in wenigen Jahren zu vollziehen. Aus ihren Erfahrungen zogen die Kader erneut die Schlussfolgerung, „diesen Übergang lieber früher als später vollziehen“, Das hieß, das Eigentum und die Ressourcen der Produktionsbrigaden so früh wie möglich in das Eigentum und die Verfügungsgewalt der Volkskommune-Ebene zu überführen.

So setzte sich der „kommunistische Wind“ nicht nur fort, er verstärkte sich noch. Nach Berechungen der ZK-Abteilung für die Arbeit auf dem Dorf vom 4. August 1961 wurden in wenigen Jahren im gesamten Lande von den Produktionsbrigaden im Durchschnitt allein materielle Ressourcen im Wert von 25 Milliarden Yuan von der Volkskommune-Ebene abgeschöpft. Bo Yibo beschreibt die unmittelbaren Auswirkungen auf die Lage in den Produktionsbrigaden: „Die Arbeitskräfte wanderten ab. Ackervieh, Geflügel und anderes Hausgetier wurden massenhaft geschlachtet. Ackergeräte wurden vielfach beschädigt. Ernährungskrankheiten breiteten sich im ernsten Maße aus. Die Felder wurden extensiv bearbeitet oder blieben in großen Flächen liegen. Die Produktionsmenge ging immer weiter zurück. Die Ursache war ganz einfach die: Alle ‚aßen aus dem großen Topf’. Zwischen Gemeinsamem und Privatem, dir und mir wurde nicht unterschieden. Was ich ansäte, erntet ein anderer. Das Geld für das Getreide, das ich verkaufte, erhielt jedoch nicht ich. Was ich besaß, konntest du mir willkürlich nehmen. Die Summe, die du schuldetest, musste ich für dich begleichen. Das konnte niemand bei Laune halten, zu produzieren und das gemeinsame Hab und Gut zu bewahren.

Der ‚kommunistische Wind’ zerstörte nicht nur ernsthaft die gesellschaftlichen Produktivkräfte, sondern er verstärkte auch erheblich das Missverständnis der Massen für den Kommunismus und be-

schädigte einen Teil der Kader und der Basisorganisation“[290]

Hinzu kamen andere Faktoren wie die Auswirkungen der „Rekord“meldungen von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Kulturen. Meldungen von Rekorden an die oberen Ebenen hatten zur Folge, dass die Abgabequoten an den Staat erhöht wurden, die dann nicht erfüllt werden konnten bzw. die die in den Produktionsbrigaden verfügbare Menge an Getreide und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen über die Maßen verringerten und dann oftmals nicht ausreichten, um die Ernährung der Mitglieder zu sichern.

Die kritische Betrachtung und Auseinandersetzung mit den Folgen der Politik der Partei auf dem Dorfe nahmen zu. So traten im Mai 1959 über 80 Kader aus Kreisparteischulen der Provinz Jiangxi mit einer scharfen Kritik am „großen Sprung nach vorn“ und an der Volkskommune auf. In der angespannten Lage bei der Versorgung mit Getreide und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen sahen sie den Beweis, dass es keine „großen Sprung“ gegeben hatte. Die Volkskommune hielten sie für eine Frühgeburt und ein von der oberen Ebene geschaffenes künstliches Gebilde. Der Beitritt der Bauern zur Volkskommune wäre nicht freiwillig erfolgt. Die Mängel der Kommune wären größer als ihre Vorzüge.[291]

Lushaner Plenum und seine Auswirkungen

Auf dem 8. ZK-Plenum vom 2. bis 16. August 1959 sollten eigentlich die Erfahrungen und Lehren aus der bisherigen Umsetzung der Politik der „drei roten Banner“ erörtert werden. Sehr bald trat jedoch die Auseinandersetzung mit der Kritik an dieser Politik in den Vordergrund.

Dabei ging es zunächst um eine Niederschrift, in der ein verantwortlicher Kader aus der Staatlichen Plankommission, Li Yunzhong, seine kritische Meinung zur Politik dargelegt hatte[292]. Li war der Ansicht, dass ab dem 4. Quartal 1958 die Fehler in der Partei domi-

290. Bo Yibo, a.a.O., S. 537-538.

291. Zitiert nach: Li Rui, “Niederschaft eines Sekretärs Mao Zedongs: Wirkliche Aufzeichnung der Beratungen in Lushan“, Zhengzhou 1994, S.41, chines.

292. Ebd., S.47 ff.. Li Yunzhong war ein früherer stellvertretender Leiter des Amtes für Investbau in der Staatlichen Plankommission der VR China und zum Zeitpunkt der Lushaner Beratung als Leiter der Komplexen Gruppe des Büros für das Nordostchinesische Kooperationsgebiet tätig.

nierten, weil sie in ein „linkes Abenteurertum“ verfallen war und opportunistische Fehler machte. Die Ursache sah Li darin, dass in der Kampagne des Kampfes gegen rechts 1957 nicht gleichzeitig gegen „links“ vorgegangen worden war. Die „Schlacht um den Stahl“, die riesige Verluste gebracht hätte, war für ihn sinnlos. Die Volkskommune hielt er für einen Fehler, den Investbau für eine Tragödie. Li Rui als einer der damaligen Sekretäre Maos schrieb über Li und seine offene Kritik: „Wahrscheinlich gab es damals keinen zweiten relativ hohen Kader wie Li Yunzhong, der es gewagt hätte, so direkt an die Obrigkeit zu schreiben und darauf zu verweisen, dass der ‚große Sprung nach vorn' ein ‚linker abenteuerlicher Fehler' der Partei wäre.“[293] Die Reaktion Mao Zedongs spricht für sich. Mao sah sich damals zwar veranlasst, über einzelne Fehler in der Politik der „drei roten Banner“ zu sprechen. Er war aber nicht gewillt, diese Politik grundsätzlich infrage stellen zu lassen. Mao hielt die Grundeinschätzung Lis für falsch, anerkannte jedoch noch seinen Mut, seine Meinung so offen der Obrigkeit mitzuteilen.

Anders verlief die Auseinandersetzung Mao Zedongs mit einer Kritik, die das Mitglied des Politbüros des ZK und Verteidigungsminister Peng Dehuai auf der Lushaner Tagung an der Politik der „drei roten Banner“ vorbrachte.

Eigentlich wollte Peng seine Bedenken in einem Gespräch mit Mao klären. Das ging nicht, weil Mao gerade seine Ruhe pflegte. Peng verfasste daraufhin einen Brief an Mao. Er fordert darin, die Erfahrungen und Lehren des „großen Sprungs nach vorn“ und der Volkskommune aus dem Jahre 1958 ernsthaft zu diskutieren und zusammenzufassen. Die Generallinie hielt er grundsätzlich für richtig. Auch in der Volkskommune sah er den richtigen Weg für den Aufbau des Sozialismus und den Übergang zum Kommunismus. Die „Stahlschlacht“ hätte zwar ein Lehrgeld von etwa 2 Mrd. Yuan gekostet[294], auf diesem Wege wären jedoch viele Fachleute herangebildet worden. Seine kritischen Äußerungen gingen jedoch über die Wirtschaft hinaus. Seit der Kampagne gegen „Rechts“ 1957 wäre man „durch die politischen und ökonomischen Erfolge vom Schwindel befallen“ gewesen und die gemachten Erfahrungen wären in

293. Ebd., S.47.
294. Das machte vergleichsweise etwa 51 % des Gesamtproduktionswertes von Industrie und Landwirtschaft der beiden Jahre 1958 und 1959 aus.

Vergessenheit geraten. Nach Errichtung der Diktatur des Proletariats verfalle man leicht dem Bürokratismus und dem Kommandieren in der Leitung der Gesellschaft. Bei großen Siegen werden die negativen Dinge nicht gern zur Kenntnis genommen. Nach der Tagung in Beidaihe habe die Partei eine „linke" Politik eingeschlagen, die in der KP Chinas wesentlicher schwerer zu korrigieren wäre als rechte Fehler. In den Beratungen der Arbeitsgruppen in Lushan bezweifelte Peng auch die Richtigkeit der Losung „das gesamte Volk produziert Eisen und Stahl" und das kostenlose Essen in den Volkskommunen. Für diese Entwicklungen „tragen alle die Verantwortung, einschließlich des Genossen Mao Zedong. Die 10,7 (Millionen t Stahl) wurden vom Vorsitzenden Mao festgelegt. Trägt er vielleicht keine Verantwortung? Ich trage auch ein Teil Verantwortung, zumindest, weil ich damals nicht dagegen aufgetreten bin." Die Schaffung der Volkskommunen erfolgte für Peng zu früh, weil die Vorzüge der Großgenossenschaften sich gerade erst zu entfalten begonnen hätten. Politik und Wirtschaft würden unterschiedlichen Gesetzen folgen. Wirtschaftliche Arbeit könne nicht durch ideologische Erziehung ersetzt werden. Derzeit gebe es keine Beschlüsse, die durch das Kollektiv des Parteikomitees gefasst würden. Einzelne entscheiden. „Was der 1. Sekretär entscheidet, das gilt. Was der 2. Sekretär entscheidet, gilt schon nicht. Nicht die Autorität des Kollektivs, sondern die Autorität des Einzelnen wird aufgebaut. Das ist höchst unnormal und gefährlich."[295]

Der Brief und die anderen Ausführungen Peng Dehuais riefen zunächst nur die Unzufriedenheit Maos hervor. Das änderte sich mit der Rede Maos am 23. Juli schlagartig. Mao hatte den Brief Pengs verbreiten lassen. Viele, die ihn gelesen hatte, waren mit Peng einer Meinung. So auch eine Reihe von führenden Genossen, die dann zusammen mit Peng als „parteifeindliche Clique" verurteilt werden sollten. Mao nahm den Brief zum Anlass, um von einer „neuen Erscheinung innerhalb und außerhalb der Partei" zu sprechen. Sie bestand für ihn darin, dass „bereits eine rechte Stimmung, eine rechte Ideologie, rechte Aktivitäten hochkommen, eine Macht, die einen wilden Angriff startet" und „einen bürgerlichen Charakter hat". Für ihn war Peng Dehuai, der jahrzehntelang der Partei treu gedient und dabei große Verdienste erworben hatte, die Person, die im Mittel-

295. Zitiert nach: Bo Yibo, a.a.O., S.600-601.

punkt dieser „neuen rechten Macht“ stand. Unter Maos Einfluss wurde Pengs Brief in den Arbeitsgruppen des Lushaner Plenums als „prinzipieller Fehler“ und „Fehler in der Richtung“ angegriffen. Viele warfen Peng nun vor, sich gegen die Generallinie der Partei gewandt und das ZK wie den Vorsitzenden Mao angegriffen zu haben.

Am Ende der Tagung hob Mao hervor, dass die Weltanschauung Pengs keine marxistische wäre, sondern ein „subjektiver Empirismus“. Sein Brief wurde als ein „rechtsopportunistisches Programm“ betrachtet. Bei der Bewertung der Zusammenarbeit mit Peng Dehuai in den zurückliegenden 31 Jahren wandte Mao das in der KP Chinas beliebte Schema 3:7 an, d. h. nur in 30 Prozent aller Fälle hätte Peng mit ihm zusammengearbeitet, in 70 Prozent aller Fälle wäre das nicht der Fall gewesen.[296]

Im Ergebnis der Auseinandersetzungen wurde Peng Dehuai mit drei weiteren führenden Kadern als „parteifeindliche Clique“ verurteilt. Diese „Clique“ hätte ihre Speerspitze gegen das ZK, den Vorsitzenden Mao und die Generallinie gerichtet, um die Partei nach ihrem Bild zu verändern. Alle so Verurteilten wurden ihrer Ämter enthoben. Den Posten des Verteidigungsministers nahm nun Lin Biao ein, der erst kurze Zeit zuvor in die Reihe der stellvertretenden Parteivorsitzenden aufgerückt war. Offen blieb für mich zunächst die Frage, weshalb Liu Shaoqi, Zhou Enlai und Zhu De und andere Vertreter der Parteiführung die Verurteilung Pengs und der anderen Genossen zuließen.

Die Lushaner Beratung leitete eine neue Welle des Kampfes der linksradikalen Kräfte in der Partei gegen die „rechte Abweichung“ ein. Über 3 Millionen Kader und Parteimitglieder fielen dieser neuen Welle des „Klassenkampfes“ zum Opfer. Der „große Sprung nach vorn“ wurde erneut vorangetrieben. Die „Schlachten“ um Getreide und Stahl gingen weiter. Für 1960 wurde das Ziel gesetzt, 300 Millionen t Getreide und 18,4 Millionen t Stahl zu erzeugen.

Mit der „Weisung über die Volkskommune der Stadt“ im März 1960 wurde gefordert, im ersten Halbjahr überall in den Städten des Landes einschließlich der großen Unternehmen mit der Volkskommune zu experimentieren und im 2. Halbjahr mit Ausnahme von Beijing, Shanghai, Tianjin, Wuhan und Guangzhou in allen Städ-

296. Li Rui, a.a.O., S. 181.

ten Volkskommunen zu verbreiten. Sie sollten vor allem die Produktion und gleichzeitig das „kollektive“ Leben, die Fürsorge und das Dienstleistungswesen organisieren. Ende Juli waren in 140 großen und mittelgroßen Städten 1 064 Volkskommunen entstanden, in denen mit über 55 Millionen Menschen 77 Prozent der städtischen Bevölkerung organisiert waren. Wie auf dem Lande blies nun auch in der Stadt der „kommunistische Wind“. Durch willkürliche und unentgeltliche Nutzung der Häuser und anderen Vermögens der Bewohner entstanden überall Straßenbetriebe und verschiedene Organisationen, die das Leben regelten.

Der „kommunistische Wind“ breitete sich jetzt bis auf die Ebene der Provinzen aus. Boden, Getreide, Gebäude, Produktionsmittel, Arbeitskräfte und Möbel – es gab nichts, was nicht der gleichmacherischen Verteilung und der willkürlichen und unentgeltlichen Nutzung durch die übergeordneten Leitungsebenen ausgesetzt war. Das wirkte sich verheerend auf die Produktion vor allem der Landwirtschaft aus. War die Getreideproduktion 1959 schon um 30 Millionen t gegenüber 1958 auf 170 Millionen t abgesunken, so wurden 1960 nur noch 143,5 Millionen t eingebracht. Die Getreideproduktion lag damit noch unter dem Limit des Jahres 1951.

Mit dem Jahr 1959 begannen die „drei schwierigen Jahre“ für China. Bo Yibo führt die Ursachen dieser außerordentlich schweren Zeit für das chinesische Volk hauptsächlich auf den „großen Sprung nach vorn“, die Volkskommune-Kampagne und den Kampf gegen die „rechte Abweichung“ zurück. Ich denke, hier sind auch die Beweggründe für diese Politik einzubeziehen. Sie reichen von dem Bestreben, nie wieder durch fremde Mächte unterdrückt, ausgebeutet und diskriminiert zu werden, bis zu dem Bestreben, als erstes Land den Kommunismus zu erreichen und damit der „Erste unter gleichen“ unter den frühsozialistischen Ländern zu werden. Dieser Anspruch wurde von Zhou Enlai in den Lushaner Beratungen erneut in folgenden Zusammenhang formuliert: „Das hohe Entwicklungstempo, der große Sprung nach vorn und das Übertreffen der Sowjetunion ist von Vorteil für das sozialistische Lager.“[297]

In den „drei schwierigen Jahren“ brach in China eine Hungersnot aus, begleitet von Naturkatastrophen. Bo Yibo erinnert sich, dass es im Lande außerordentlich an Nahrungsmitteln fehlte, die Ernährung

297. Zitiert nach ebd., S.58.

nicht gesichert war, sich Krankheiten wie Wassersucht ausbreiten und vor allem auf den Dörfer nicht wenige an Hunger starben.

Entwicklung der Bevölkerung

Jahr	absol. Zuwachs (Mio)	Geburtenrate (Promille)	Sterberate (Promille)
1958	659,94	29,22	11,98
1959	672,07	24,78	14,59
1960	662,07	20,86	25,43
1961	658,59	18,02	14,24
1962	672,95	37,01	10,02

Quelle: „Statistisches Jahrbuch China 1987", Beijing 1987, S. 89-90, chines.

Allein 1960 verringerte sich die Bevölkerung Chinas nach der offiziellen chinesischen Statistik um über 10 Millionen Menschen. Insgesamt dürfte die Zahl der Opfer, die in Auswirkung der Politik der „roten Banner" starben, von 1959 bis 1961 zwischen 12 bis 15 Millionen betragen haben. Als ich im September 1963 meine diplomatische Arbeit in der Botschaft der DDR in der VR China aufnahm, fassten meine chinesischen Gesprächspartner ihr Urteil über die Politik der KP Chinas von 1958 bis 1960 oftmals in dem Satz zusammen: „Niemals wieder ein ‚großer Sprung nach vorn.'"

4.3. Erste Schritte in der Veränderung der internationalen Politik der VR China

Die internationale Politik der VR China wurde in der 2. Hälfte der 1950er Jahre weiterhin von den Beziehungen mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern geprägt. Dabei standen die Fortsetzung und Ausdehnung der Zusammenarbeit mit der UdSSR im Mittelpunkt. In der äußerlichen Gestaltung dieser Beziehungen zeigten sich bis 1960 keine merklichen Veränderungen. Der lebhafte Austausch von Besuchen auf höchster Ebene setzte sich fort. In gemeinsamen offiziellen Verlautbarungen wurde die Übereinstim-

mung in bilateralen wie internationalen Fragen ausgedrückt.

Vor allem die Kooperation mit der Sowjetunion half der VR China, bei der Überwindung der ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Rückständigkeit des Landes weiter voranzukommen. 1958 verpflichtete sich die Sowjetunion auf Bitte der chinesischen Seite, China beim Aufbau bzw. der Erweiterung von weiteren 165 Betrieben der Schwerindustrie zu helfen. Die VR China bezahlte die sowjetische Hilfe wie in den vorausgegangenen Jahren vor allem mit der Lieferung von Rohstoffen wie Blei, Wolfram, Molybdän und Waren der Leichtindustrie wie Rohseide, Wolle und Tee. Die Lieferung der sowjetischen Lizenzen und Dokumentationen erfolgte jedoch kostenlos.

1960 erstreckte sich diese Zusammenarbeit bereits auf 420 Betriebe, darunter etwa 100 Objekte der Verteidigungsindustrie. 1960 lieferten die mit sowjetischer Hilfe errichteten und ausgebauten Betriebe 30 Prozent der chinesischen Gesamtproduktion an Roheisen, 40 Prozent des Stahls, über 50 Prozent des Walzguts, über 90 Prozent der Traktoren, 80 Prozent der Lastkraftwagen, 55 Prozent der Wasser- und Dampfturbinen und 25 Prozent der Elektroenergie. Die Qualität und das technische Niveau dieser Hilfe entsprachen nach chinesischer Einschätzung dem fortgeschrittenen sowjetischen Standard. Bis 1960 waren allein im zivilen Bereich 10 800 sowjetische Spezialisten in der VR China tätig gewesen. Anfang 1958 sagte die sowjetische Seite vertraglich zu, China bei der Erfüllung seines Plans zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik 1956-1967 bei der Erforschung von über 120 Problemen zu helfen. Gleichzeitig wurden Abkommen für die Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulbildung und der Agrarwissenschaft unterzeichnet. Ende 1959 begannen sich größere Schwierigkeiten in dieser Zusammenarbeit zu entwickeln. Sie führten u. a. im Juli 1960 zum Abzug aller sowjetischen Spezialisten aus der VR China.

Aus der Sicht der chinesischen Führung hatte die Sowjetunion in der Zeit Stalins „den Fehler des Großmachtchauvinismus und des Pannationalismus in der Behandlung der sozialistischen Länder begangen“.[298] Unter Führung N. S. Chruschtschows hatte sich das aus chinesischer Hinsicht geändert. Die Beziehungen zwischen beiden Parteien und Ländern entwickelten sich nun, wie in Beijing konsta-

298. Zitiert nach: ebd, S. 288.

tiert wurde „in einem bis dahin nicht gekannten Klima der Gleichberechtigung".[299] Auftretende Meinungsverschiedenheiten wurden unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgetragen. Das galt bis Ende der 1950er Jahre. Die chinesische Führung hatte z. B. eine Reihe von Vorbehalten bzw. Gegenmeinungen zu einer Reihe von Aussagen des 20. Parteitages. Dazu gehörten die Einschätzung Stalins und die Fragen der Einschätzung der politisch-ideologischen Position der KPdSU, der internationalen Lage, der friedlichen Koexistenz, des friedlichen Wettbewerbs mit dem Kapitalismus und des friedlichen Übergangs zum Sozialismus. Öffentlich herausgestellt wurde jedoch nur die im Vergleich zum Parteitag im Wesentlichen positive Rolle Stalins. Intern ging Mao Zedong wesentlich weiter. Er ging davon aus, dass „die Russen das Schwert Stalin und das Schwert Lenin verworfen haben". Gleichzeitig betonte er davon, dass „die Bereiche, in denen (China und die Sowjetunion – d.V.) übereinstimmen, die Meinungsverschiedenheiten weit, weit übertreffen".[300] Auf dem Festakt des Obersten Sowjets aus Anlass des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution am 6.1.1957 äußerte Mao eine andere, zweite Sicht auf die Sowjetunion: „Die KPdSU wendet die Theorie des Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die Lösung der Aufgaben in der Praxis an und gewährleistet damit, dass in der Sache des Aufbaus des Sowjetvolkes ununterbrochen Sieg errungen werden."[301] Ergo: Mao verfügte damals über zwei Sichten auf die Sowjetunion, eine für den inneren und eine für den äußeren Gebrauch.

In der Folgezeit konzentrierte sich Mao Zedong darauf, eine Durchsetzung der friedlichen Koexistenz der sozialistischen mit den kapitalistischen Ländern, vor allem zwischen der Sowjetunion und den USA zu verhindern. In diesem Zusammenhang spielten die 2. Taiwan-Krise 1958 und die Auslösung des chinesisch-indischen Grenzkonflikts 1959 eine besondere Rolle. Mao nutzte die militärischen Aktivitäten der USA auf und um Taiwan wie die latente Absicht Tschiang Kaischeks, das Festland zur gegebenen Zeit zurückzuerobern, aus, um die Krise auszulösen. Im Ständigen Ausschuss des Politbüros des ZK legte er fest, dass Tschiang durch Beschuss der vor-

299. Siehe: He Peng, a.a.O., S. 280.
300. Zitiert nach: ebd., S.285.
301. „Handbuch 1958" (renmin shouce), Beijing 1958, S. 295, chines.

gelagerten Inseln Jinmen und Matsu zu bestrafen wäre. Der Beschuss begann am 23. August, täglich wurden rd. 26 000 Granaten verschossen. Mao Zedong wusste natürlich um die jeweilige Beistandspflicht der USA gegenüber Taiwan und der Sowjetunion gegenüber der VR China, wobei die sowjetische Seite über die vorgesehene Beschießung der beiden Inseln vorher nicht informiert worden war. Diese Aktion der VR China sollte offenbar eine Zuspitzung der militärischen Konfrontation zwischen beiden Großmächten auslösen. Ebenso spielte der Grenzkonflikt zwischen der VR China und Indien den kriegerischen Kräften in Washington und den nationalistischen Kräfte Indiens in die Hände. Die Grenze zwischen China und Indien, die so genannte MacMahon-Linie, war 1913 durch England willkürlich festgelegt worden. Zhou Enlai hatte im Sommer 1954 in einer Rede im indischen Rundfunk erklärt, dass diese fast 3 000 km lange Grenze „China und Indien verbindet". Die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, zwischen Nehru und Zhou Enlai 1954 zur Regelung ihrer Beziehungen vereinbart, wären auch 1959 die Grundlage gewesen, um den Grenzkonflikt zu verhindern. Offenbar zog Mao Zedong wiederum den militärischen Konflikt vor.

Mit chinesischen Veröffentlichungen zum 90. Geburtstag W. I. Lenins spitzte die chinesische Führung den Konflikt mit der Sowjetunion und der großen Mehrheit der anderen sozialistischen Länder und der kommunistischen Bewegung zu. In dem Sammelband „Es lebe der Leninismus" (April 1960) legte die KP Chinas unter Mao Zedong erstmals umfassend ihre Einschätzung der internationalen Situation und ihre internationale Strategie dar. Ich beschränke mich auf zwei Zitate, die schlaglichtartig diese Positionen und diese Strategie verdeutlichen können. Auf die Frage, was soll denn das für eine ‚Zusammenarbeit" der sozialistischen mit den kapitalistischen Ländern sein, heißt es: „Schützt die „Zusammenarbeit' der sozialistischen mit den kapitalistischen Ländern nicht das imperialistische System, das das eigene Volk unterdrückt und den nationalen Befreiungskampf niederwirft?" Das zweite Zitat gibt eine Antwort auf die Frage, was passieren würde, wenn die amerikanischen und anderen Imperialisten einen Atomwaffenkrieg beginnen würden: „Das Ergebnis kann nur sein, dass diese wilden Tiere, umzingelt von den Völkern der Welt, sehr schnell vernichtet werden. Auf keinen Falle wird es zu irgendeiner Vernichtung der Menschheit

kommen … Die siegreichen Völker werden auf den Trümmern des Untergangs des Imperialismus mit außerordentlich schnellen Schritten eine Zivilisation schaffen, die tausendfach höher steht als die kapitalistische Ordnung."[302]

Mit der Veröffentlichung dieses Sammelbandes verkündeten die Kräfte um Mao Zedong den offenen ideologischen und politischen Kampf gegen die KPdSU. Anfang Juni 1960 nutzten sie eine Tagung des Weltgewerkschaftsbundes in Beijing, um in den Fragen Krieg und Frieden und friedliche Koexistenz zum ersten Male öffentlich gegen die Positionen der KPdSU und anderer kommunistischer Parteien aufzutreten. Offensichtlich gab es zu dieser Zeit in der Führung der KP Chinas noch Kräfte, die nicht gewillt waren, diesen Spalterkurs mitzutragen. So erklärte Liu Shaoqi als Leiter der chinesischen Partei- und Regierungsdelegation zum 43. Jahrestag der Oktoberrevolution gleich nach der Ankunft auf dem Moskauer Flughafen: „Nur wenn sich die Völker der Welt weiter zu der breitesten internationalen Einheitsfront gegen die aggressiven Kräfte des Imperialismus mit den USA an der Spitze zusammenschließen und einen entschlossenen Kampf führen, dann können sie einen vom Imperialismus entfachten neuen Weltkrieg verhindern, die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Ordnung verwirklichen und den Weltfrieden sichern."[303] Diese seine Position in internationalen Fragen korrespondierte mit seinem sachlich-realistischen Herangehen an die Überwindung der Krise im Innern.

Im Unterschied zu den chinesisch-sowjetischen Beziehungen waren die Beziehungen der VR China zu den anderen sozialistischen Ländern in den Jahren 1958-1960 von dem Bestreben diktiert, sie zu entwickeln und enger zu gestalten. Ende September 1958 wurden in Beijing Freundschaftsgesellschaften mit allen anderen sozialistischen Ländern Europas (außer Jugoslawien) und Asiens gegründet. 1959 wurden mit Ungarn und der Mongolei Freundschaftsverträge und als erstem Land mit der DDR ein Konsularvertrag abgeschlossen. Die Teilnahme Mao Zedongs an der Veranstaltung der DDR-Botschaft zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR im Beijing-Hotel deutete ebenfalls daraufhin, dass China damals ein besonderes Interesse am Ausbau der Beziehungen mit der DDR hatte. 1958

302 "Es lebe der Leninismus" (Leninzhuyi wansui), Beijing 1960, S. 11 u. 20, chines.
303. "Volkshandbuch 1961" (remnin shouce), Beijing 1961, S. 144, chines.

und 1959 wurden langfristige Handelsverträge mit der DDR, Polen, Ungarn, Albanien, Rumänien, der KVDR und der DR Vietnam unterzeichnet. Ende der 1950er Jahre begann die VR China mehreren sozialistischen Ländern Wirtschaftshilfe zu leisten. Albanien, die KDVR, die DRV und die Mongolei erhielten langfristige zinslose bzw. zinsgünstige Kredite oder ein nicht rückzahlbare finanzielle Unterstützung. Chinesische Spezialisten begannen, die Entwicklung in diesen Ländern zu unterstützen.

Ende der 1950er Jahre begann die VR China breite und vielgestaltige Aktivitäten gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen und Entwicklungsländern in Asien, Afrika und Lateinamerika. Diese Aktivitäten waren darauf gerichtet, unter Ausnutzung des ähnlichen Schicksals Chinas vor 1949 die Ideen Mao Zedongs über den „revolutionären Volkskrieg" in die Entwicklungsländer hineinzutragen und Einfluss in diesem Teil der Welt zu gewinnen. Beijing positionierte sich als Teil der „3. Welt" und beanspruchte, sie zu führen.

Erkenntnisse und Probleme

1. Mit der Politik der „drei roten Banner" trat die Umsetzung der Linie Mao Zedongs, die Sowjetunion in ihrer gesellschaftlichen Entwicklung einzuholen und China als erstes Land in den Kommunismus zu führen, in ihre entscheidende Phase ein. Auf der Grundlage der totalen Verstaatlichung des Eigentums sollten mit Hilfe von Massenkampagnen in einem permanenten „großen Sprung nach vorn" relativ kurzfristig der Aufbau des Sozialismus abgeschlossen und der Übergang Chinas zum Kommunismus eingeleitet werden.

Dieser Entwicklung diente die These, dass Rückständigkeit und Armut revolutionär machen, die chinesischen Bauer deshalb den westlichen Arbeitern überlegen wären und Unentwickeltheit den Vorteil hätte, den Sozialismus besonders schnell aufbauen zu können. Vor allem für die Bekämpfung oppositioneller Kräften gedacht, entwickelte Mao seine Theorie vom „Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie im Sozialismus". Im Ergebnis wurden die Kräfte und Elemente geschwächt, die dem wirklichen Fortschritt zum Sozialismus förderlich gewesen wären, und Kräfte und

Elemente gestärkt, die diese Entwicklung deformierten und untergruben.

2. In der Theorie und Praxis der „drei roten Banner" widerspiegelte sich erstmals relativ umfassend die damalige Sozialismus-Auffassung Mao Zedongs und der KP Chinas unter seiner Führung.

Für Mao Zedong war damals der Sozialismus eine relativ kurze Phase, die lediglich dazu diente, Voraussetzungen für den Übergang zum Kommunismus zu schaffen. Das entsprach der allgemeinen Auffassung in der kommunistischen Bewegung unter dem Einfluss Stalins, jedoch nicht den Auffassungen Lenins. Lenin hatte erkannt, dass der Übergang zum Sozialismus und damit sein Aufbau umso schwieriger, langwieriger und etappenreicher sein würden, je rückständiger das Land ist, das diesen Weg einschlägt.

Die Sozialismus-Position Maos war politisch, nicht ökonomisch begründet. Die Volkskommune als eine im „Sozialismus" geschaffene Basisorganisation für den Kommunismus beruhte im Wesentlichen noch auf der mittelalterlichen Rückständigkeit der gesellschaftlichen Produktivkräfte und einer verbreiteten Naturalwirtschaft. Die Umwandlung jeglichen privaten in staatliches Eigentum unter zentralisierter Verfügung ohne Berücksichtigung des Charakters und des Entwicklungstandes der Produktivkräfte galt als entscheidende Voraussetzung für den Sozialismus und den Übergang zum Kommunismus. Der Voluntarismus, der Wille des „revolutionären" Subjekts, trat an die Stelle der Beachtung der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Der Warenaustausch wurde eingeschränkt, das Wertgesetz wurde negiert. An die Stelle Arbeitsproduktivität als entscheidender Maßstab für den Sozialismus trat die Quantität der Produktion. Typisch waren eine überhöhte Akkumulation auf Kosten der Konsumtion der Bevölkerung und eine fast absolute Gleichmacherei auf niedrigem Niveau. Es galt das Prinzip, dass sich jede Einheit ohne staatliche Zuwendung auf eigene Kraft gestützt zu entwickeln hat. Die Überwindung der Unterschiede zwischen körperlicher und geistiger Arbeit wie die Abschaffung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sollten auf politischem Weg erreicht werden. Die materielle Interessiertheit galt als ein unnötiges Überbleibsel des „bürgerlichen Rechts". Dieser Sozialismus führte zur Entfremdung der Werktätigen vom Eigentum an Produktionsmitteln und von der Idee des Sozialismus. Letztlich fördert er nicht

die Entwicklung der Produktivkräfte, sondern ihre Untergrabung.

Charakteristisch für die Politik der „drei roten Banner" waren ihre kriegskommunistischen Züge. Dazu gehörten die militärische Organisierung der Volkskommune, die Übernahme des Versorgungssystems, der Massenkampagne und von Methoden der Leitung aus der Zeit des militärischen Kampfes um die nationale und soziale Befreiung des chinesischen Volkes. Diese Militarisierung drückte sich auch in der Sprache aus (Produktions„schlachten" u. ä.).

3. Die politische Macht war stark zentralisiert und wurde letztlich von einem Einzelnen diktatorisch gehandhabt. Die Partei ähnelte in wesentlichen Zügen der kommunistischen Partei Stalinschen Typs. Waren die führende Rolle der Arbeiterklasse und das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern noch in der Verfassung festgeschrieben, so spielten sie in der Politik der „drei roten Banner" nicht einmal verbal mehr eine Rolle. Es war ein „Sozialismus ohne Demokratie". Das Gesetz war die Weisung des Vorsitzenden. In der Rolle von Partei und Regierung gab es keine Abgrenzung. Die Partei übte faktisch die entscheidende legislative, exekutive und judikative Gewalt aus. In der Politik Maos spielte nicht das Individuum, der Bürger, sondern die mit den Ideen Mao Zedongs indoktrinierte Masse die entscheidende Rolle.

Dieser Sozialismus hatte viele Facetten. Er war erheblich beeinflusst durch die traditionelle chinesische Datong-Ideologie[304], die Volkstümler-Ideologie und den westlichen utopischen Sozialismus. Mao Zedong berief sich verbal auf Marx, Engels, Lenin und Stalin. Sein Verständnis für den Marxismus und den Leninismus war jedoch im Wesen dem Stalins ähnlich. Im Kern halte ich den Sozialismus, den Mao aufnahm und praktizierte, weitgehend für die Abart eines bäuerlichen Sozialismus.

4. Das Denken und Handeln Mao Zedongs seit der Einleitung der Übergangsperiode zum Sozialismus weist ihn als eine bedeutende historische Persönlichkeit aus. Mao erwies sich jedoch außerstande, „die Wahrheit in der Realität zu suchen" und seine Politik auf die objektiven Erfordernisse der Entwicklung einzustellen. Im Unterschied zur Entwicklung vor 1949 verfügte Mao Zedong im Grunde

304. Der Begriff Datong aus der klassischen chinesichen Philosophie, die „große Gemeinsamkeit", wird in der chinesischen Literatur nicht selten mit dem Begriff Kommunismus im marxistischen Verständnis gleich gesetzt.

nicht über die theoretische und politische Fähigkeit, die Probleme in der Entwicklung der Volksrepublik China zu lösen. In diesem Sinne kann er schwerlich als eine bedeutende sozialistische Persönlichkeit angesehen und vorbehaltlos in die kommunistische Identität einbezogen werden.

Der Führungsstil Mao Zedongs hatte wenig mit dem eines führenden Kommunisten zu tun. Er hielt sich nicht an die Organisationsprinzipien seiner Partei. Als Hauptverantwortlicher eines politischen Kurses, der das Land in eine Katastrophe gestürzt hatte, hielt es Mao Zedong nicht einmal für notwendig, sich bei seinen Opfern zu entschuldigen.

Mao sucht schon in dieser Zeit, die Kräfte um sich zu mehren und in seinem Umfeld zu etablieren, die die „Sturmspitze" seiner Ideologie und Politik in der nachfolgenden „großen proletarischen Kulturrevolution" sein sollten (neben Chen Boda, Kang Sheng, Lin Biao, Zhang Chunqiao u. a.).

5. Auseinandersetzungen über das Ausmaß der Veränderungen zur Wiederherstellung Volkswirtschaft

Im 2. Halbjahr 1960 musste der Kurs des „großen Sprunges nach vorn" abgebrochen werden. Die Krise erforderte, alle Kräfte und Mittel auf die Wiederherstellung der zerrütteten Wirtschaft zu konzentrieren. Darin war sich die Parteiführung einig. In der Frage jedoch, in welchem Grade die Wirtschaft zerrüttet und ob nur taktische oder weitergehende Veränderungen an der Politik der „drei roten Banner" einzuleiten waren, hatten sich unterschiedliche Einschätzungen gebildet.

Mao Zedong führte die entstandene Lage lediglich auf Fehler zurück, die in der Umsetzung seines Kurses gemacht worden waren. Den Kurs der „drei roten Banner" hielt er nach vor für richtig und alternativlos. Die Wiederherstellung der Wirtschaft war für ihn so etwas wie eine Pause zwischen zwei Märschen. Nach der Lösung dieser Aufgabe sollte der nur unwesentlich veränderte Kurs in einen

nun zeitlich längeren Zeitraum weiter verwirklicht werden. Der große Mao war so von sich überzeugt, dass er nicht einmal daran dachte, wie er es selbst gefordert hatte, „die Wahrheit in den Fakten zu suchen". Spätestens 1960 wäre es im Interesse des chinesischen Volkes Zeit gewesen, dass sich in der KP Chinas eine sachlich-realistische Politik durchgesetzt hätte. So aber konnte Mao seinen voluntaristisch-abenteuerlichen Kurs weiter verfolgen. Aus dieser Grundposition heraus wurde für ihn nun jede Politik, die seinen innen- wie außenpolitischen Kurs infrage stellte,

Ausdruck eines Revisionismus, des Kapitalismus und damit des „Klassenkampfes zwischen Proletariat (Mao) und Bourgeoisie (die „Kapwegler" – die, die den kapitalistischen Weg gehen)". Dieser „Klassenkampf" war für ihn mit aller Härte und Konsequenz zu führen. Damit waren neue und für China verhängnisvolle politisch-ideologische Kämpfe wie die „große proletarische Kulturrevolution" vorprogrammiert.

5.1. Einleitung von strategischen Korrekturen

Auf der erweiterten Tagung des Politbüros des ZK Mitte Juni 1960 in Shanghai analysierte Mao Zedong die letzten 10 Jahre der Entwicklung. Dabei betonte er abermals die Notwendigkeit, „die Wahrheit in den Fakten zu suchen". Die Wahrheit bestand für ihn darin, dass die Kennziffern des „großen Sprungs" zu hoch waren, das Dreistufen-Eigentumssystem der Volkskommune nicht erkannt und 1958 und 1959 nur die Quantität beachtet wurde. 1960 sollten in der wirtschaftlichen Entwicklung Sortiment und Qualität an die erste Stelle treten und bei den Kennziffern etwas Luft gelassen werden.[305] Während der Arbeitsberatung des ZK der Partei in Beidaihe von Anfang Juli bis Anfang August teilte die sowjetische Regierung mit, dass sie alle mit der VR China abgeschlossenen Abkommen aufkündigt, die Lieferung von materiellen Gütern einstellt und im Verlauf eines Monats alle ihre Spezialisten aus China zurückziehen wird. China sah sich auch dadurch gezwungen, den Investbau einzuschrän-

305. Vergl.: „Die dialektische Einheit von Tempo des großen Sprungs nach vorn und planmäßiger Proportionalität", in: Renmin Ribao v. 14.6.1960, chines.

ken und sich ausschließlich auf die Regulierung der Wirtschaft zu konzentrieren. Auf der Beratung wies Mao an, dass die Produktionsbrigade fünf Jahr lang unverändert als wirtschaftliche Rechnungseinheit der Volkskommune tätig sein soll und unter der Voraussetzung, dass das Kollektiveigentum das Übergewicht hat, wieder ein Teil persönliches Eigentum in Gestalt des Hoflandes erlaubt wird. Das ZK beschloss daraufhin, dass sich die gesamte Partei mit der Landwirtschaft und der Getreideproduktion zu befassen habe. Mit der Überarbeitung des Volkswirtschaftsplans 1961 wurde der „Acht-Schriftzeichen" – Kurs für die Regulierung der Wirtschaft formuliert: Regulieren, festigen, das Niveau erhöhen und vervollständigen" (tiaozheng, gonggu, tigao, chongshi). Auf der 9. Tagung des ZK im Januar 1961 wurde dieser Kurs als offizieller Kurs für den Aufbau des Landes bestätigt.

Im März 1961 wurden unter Maos Leitung abermals auf einer Arbeitsberatung die „60 Punkte für das Dorf" verabschiedet. Bo Yibo bezeichnete sie als einen Wendepunkt bei der Überwindung der schweren Lage auf dem Dorf. Die Korrektur der Fehler in der Politik der vorangegangenen drei Jahre war jedoch halbherzig, und ihre Auswirkung auf die Entwicklung der Landwirtschaft war begrenzt. Danach wurde eine Reihe weiterer Arbeitsstatuten erarbeitet und verabschiedet, darunter die „70 Punkte für die Industrie", die „14 Punkte für die Wissenschaft" und die „60 Punkte für die Hochschulbildung".

„Tagung der Siebentausend"

In einem Gespräch mit Deng Xiaoping Ende Dezember 1961 in Vorbereitung der Arbeitsberatung des ZK zu Beginn des nächsten Jahres hatte Mao Zedong zwei Aspekte hervorgehoben: 1. Seine pessimistische Stimmung in den Jahren 1960 und 1961 wäre einem großen Optimismus für das Jahr 1962 gewichen. Das bedeutete, nach Mao hatte sich die Lage im Lande bereits zum Besseren gewendet. 2. In den letzten Jahren wäre das Positive das Grundlegende gewesen, daneben hätte es auch „einige Mängel und Fehler" gegeben. Das heißt, für ihn bestand keinerlei Zweifel daran, dass der Kurs der

„drei roten Banner“ richtig war und fortgesetzt werden musste.[306]

Der Zusammenfassung der Erfahrungen seit 1949, vor allem seit 1958, diente dann die erwähnte Arbeitsberatung von Mitte Januar bis Anfang Februar 1962 in Beijing. Teilnehmer waren 7 118 Führungskader des ZK, der zentralen Behörden, und der Ebenen der Pro vinz, der Gebiete und der Kreise (einschließlich wichtiger Unternehmen). Die Beratung ging deshalb auch als „Tagung der Siebentausend“ in die Geschichte ein.

Das Ziel der Beratung wurde im schriftlichen Bericht Liu Shaoqis vom 27. Januar umrissen: durch Zusammenfassung der Erfahrungen zu einem einheitlichen Verständnis zu kommen, den Zusammenschluss der Partei, die Disziplin, den demokratischen Zentralismus und die zentralisierte Einheit zu stärken, alle Kräfte mobilisieren und die Arbeit gut verrichten, um die Schwierigkeiten zu besiegen.[307]

In 15 „grundlegenden Erfahrungen und Lehren“ des Berichts reinterpretierte Liu den Kurs der „drei roten Banner“ bei wiederholtem Verweis auf Mao als eine realistische Wirtschaftspolitik – z. B. hohes Tempo und bilanzierte Entwicklung, proportionale Beziehungen zwischen Landwirtschaft als Grundlage der Wirtschaft und Leicht- und Schwerindustrie, Umgestaltung der Kollektiveigentums in Volkseigentum in einem sehr langem Zeitraum (einige Dutzend Jahre), führende Rolle des Volkseigentums als Eigentum des gesamten Volks, einheitliche Wirtschaftsplanung mit abgestimmten Beziehungen zwischen Akkumulation und Konsumtion, stabile und auf die Bedürfnisse der Wirtschaft und des Volks abgestimmte Entwicklung von Kultur, Bildung, Wissenschaft und Gesundheitswesen, gegenseitige Voraussetzung von Demokratie und Zentralismus, volle Entfaltung der Warenproduktion, gegen Gleichmacherei, keine Vermischung von Sozialismus und Kommunismus, sparsamer Aufbau sowie Einheit von Politik und Wirtschaft.[308]

Der belesene Beobachter meint, hier eines der 36 chinesischen Strategeme (Listen) angewandt zu sehen: Das äußere Bild des Hauses (die „drei roten Banner“) bleibt erhalten, es werden nur Balken ausgewechselt, dadurch aber der Inhalt und die Funktion verändert.

Viele Teilnehmer standen jedoch noch unter dem Einfluss der linksradikalen Ideologie und waren außerstande, dass Ausmaß des

306. Zitiert nach: Bo Yibo, a.a.O., S. 713.
307. „Ausgewählte Werke Liu Shaoqis“, Bd. II, Beijing 1985, S.349, chines
308. Ebd., S.361-368..

Desasters zur Kenntnis zu nehmen. Mao, der zur Kritik und Selbstkritik aufgefordert hatte, dabei aber selbst nicht voranging, sah wohl seinen Kurs nicht infrage gestellt. Im Hinblick auf die Fortsetzung der Diskussionen über die Tiefe der Krise und die zu ergreifenden Maßnahmen sollte ich darauf aufmerksam machen, dass Chen Yun, der erfahrene Wirtschaftspolitiker in der Parteiführung, sich im Plenum der Beratung nicht zu Wort meldete. Er nutzte hingegen die Beratungen der Delegation der Provinz Shaanxi, um über die Entfaltung der Demokratie und den Weg zu einer relativ richtigen Erkenntnis der Probleme zu sprechen.

„Tagung im Westgebäude"

Zwei Wochen später fand unter Leitung Liu Shaoqis im Zhongnanhai, dem Sitz des ZK der KP Chinas, eine erweitere Tagung des Politbüros des ZK statt, die als „Tagung im Westgebäude" (Xilou huiyi) bekannt wurde. Mao nahm nicht teil und hielt sich abseits. Die Bedeutung dieser Beratung sehe ich darin, dass sie im Vergleich zur „Beratung der Siebentausend" das tatsächliche Ausmaß der Krise aufdeckte und eine relativ umfassende Antwort auf die Frage gab, wie diese Krise zu überwinden war. Den entscheidenden Beitrag dazu leistete Chen Yun.[309] Deshalb werde ich ausführlicher daraus zitieren.

Chen begann mit der Einschätzung, dass die Auffassungen unter „den hohen Parteikadern" über das Ausmaß der Schwierigkeiten und die zeitliche Dauer ihrer Überwindung „nicht vollständig einheitlich" sind. Er sah die Schwierigkeiten hauptsächlich in fünferlei Hinsicht:

1. Der außerordentlich großer Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion. Allein die Getreideproduktion hatte sich 1961 zu 1957 um über 40 Millionen t verringert, was zur Hungersnot geführt hatte.
2. Das Ausmaß des Investbaus hatte die finanziellen und materiellen Möglichkeiten des Staates überstiegen. Die Zunahme der Zahl der Arbeiter und der städtischen Bevölkerung waren von der Landwirtschaft und von der Industrie nicht zu verkraften.

309. Seine bedeutungsvolle Rede wurde seltsamerweise 1986 nicht in seine „Ausgewählten Schriften" aufgenommen.

3. Die übermäßige Emission von Banknoten und die Inflation. Die Warenvorräte waren aufgebraucht, die Preise gestiegen, mit den Gold-, Silber- und Valutareserven wurden die Schulden im Außenhandel abgedeckt.
4. Die Banknoten flossen in großer Menge in das Dorf. Die Knappheit an Waren und das Übermaß an Geld hatten ernste Erscheinungen der Spekulation ausgelöst.
5. Der Lebensstandard der städtischen Bevölkerung war gesunken. Nahrung und Kleidung reichten nicht aus. Die Reallöhne waren stark gesunken.

In den ersten beiden Punkten sah Chen die grundlegenden Schwierigkeiten, die die anderen drei ausgelöst hatten. Diese Schwierigkeiten würden das gesamte Land, das gesamte Volk und den gesamten Aufbau des Sozialismus betreffen. „Wenn nicht energische Maßnahmen zu ihrer Lösung getroffen werden, dann wird sich das ungünstig auf die Wiederherstellung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, auf die Stabilisierung des Marktes, auf den Beginn des wirtschaftlichen Aufbaus auswirken und auch die gesellschaftliche Sicherheit beeinträchtigen."

Zur Überwindung der Schwierigkeiten schlug Chen Yun sechs Maßnahmen vor:

1. Einteilung des Zehnjahresplans 1963-1972 in zwei Phasen: Phase der Wiederherstellung der Wirtschaft und Phase ihrer Entwicklung. Für die Wiederherstellung der Landwirtschaft veranschlagte er drei bis fünf Jahre. Die Industrie müsse in der ersten Phase reguliert werden und könne sich nur langsam entwickeln.
2. Verringerung der städtischen Bevölkerung, Verringerung und Qualifizierung der Administration. Das sollte durch eine Verringerung der städtischen Bevölkerung 1961 um 10 Millionen Menschen geschehen – Rückführung der Bauern, die in den „drei Jahren" in die Stadt gekommen waren, und der Arbeiter, deren Familien auf dem Lande lebten, auf das Dorf, um die Arbeitskräfte für die Landwirtschaft aufzufüllen.
3. Alle Maßnahmen zur Unterbindung der Inflation treffen …
4. Mit allen Kräften Sicherung der minimalsten Lebensbedürfnisse der städtischen Bevölkerung. …

5. Einsatz aller möglichen Kräfte zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion ...
6. Hauptaugenmerk der Planungsorgane von Industrie und Verkehr auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und den Kampf gegen die Inflation richten. „Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion, die Lösung der Probleme in der Ernährung und Kleidung und der Marktversorgung sind die gegenwärtig erstrangigen Fragen."[310]

In diesen sechs Punkten sah Chen die Hauptwege zur Überwindung der Schwierigkeiten. Unnormale Zeiten würden außergewöhnliche Methoden erfordern.

Seine Einschätzung unterschied sich grundsätzlich von der Auffassung Maos über die Situation im Lande. Mit seinen Darlegungen öffnete er den Blick für die anhaltende tiefe Krise, für die langwierige Wiederherstellung vor allem der Landwirtschaft und die Auswirkungen auf den Investbau und die Industrieproduktion. Die Referate von Li Fuchun über die Lage der Industrie und das Tempo des Aufbaus und von Li Xiannian über Probleme der Finanzen, der Kredite und des Marktes ergänzen die Ausführungen Chens. Li bezifferte das Ausmaß der roten Zahlen im staatlichen Budget auf 5 Mrd. Yuan. Als Liu Shaoqi, Zhou Enlai und Deng Xiaoping Mao Zedong in Wuhan über die Tagung Bericht erstatteten, stimmte Mao der Analyse der „führenden Genossen des ZK der ersten Linie" nicht zu. Seiner Ansicht nach war die Lage zu schwarz gemalt und wären die Angaben über die roten Zahlen falsch. Er forderte eine Diskussion dieser Analyse.

Entgegen dieser Meinung Mao Zedongs bestätigte die wieder von Liu Shaoqi geleitete Arbeitskonferenz des ZK im Mai 1962 („Mai-Tagung") die Einschätzung und die Aufgabenstellung der „Tagung im Westgebäude". Das besondere Gewicht dieser Tagung ergab sich aus dem Teilnehmerkreis von 106 Personen: die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros, des Politbüros und des Sekretariats des ZK, die Verantwortlichen der ZK-Büros der großen Regionen, die Mitglieder des Zentralkomitees und die Leiter der Ministerien und Kommissionen des Staatsrates. In ihren Reden betonten Liu, Zhou und Deng die Notwendigkeit, die Schwierig-

310. Zitiert nach: Bo Yibo, a.a.O., S. 736-738.

keiten vom Standpunkt des historischen Materialismus richtig einzuschätzen und in der Regulierung der Wirtschaft eine solide Arbeit zu leisten. *„Wenn die Einschätzung der Schwierigkeiten unzureichend ist, man sich selbst beruhigt und nicht aktiv Maßnahmen ergreift, um die Schwierigkeiten zu überwinden, dann ist das eine wirkliche rechte Abweichung"* (kursiv hervorgehoben – d. A.).[311]

Das war der Sache nach eine klare Positionierung der zentralen und lokalen Führungskader gegenüber Mao Zedong. Die Tagung festigte die gemeinsame Einschätzung der Lage, ermöglichte die weitere Versachlichung der Kennziffern des Wirtschaftsplanes 1962 und lenkte die Aufmerksamkeit der Partei auf die Lösung von zwei Problemen: Verringerung der Zahl der Arbeiter und der städtischen Bevölkerung und die allseitige Verstärkung der Landwirtschaft.

5.2. Das 10. Plenum des VIII. ZK der KP Chinas

Seit der „Tagung der Siebentausend" hatte sich in der Partei anfänglich eine demokratische Atmosphäre herauszubilden begonnen. Die praktisch vor sich gehende Korrektur der verfehlten linksradikalen Politik bestärkte die Zweifel an der Richtigkeit der Politik der „drei roten Banner". Ultralinke Auffassungen wurden zurückgedrängt. Diese Veränderungen wurden jedoch auf der obersten Führungsebene von Partei und Regierung widersprüchlich bewertet. Mao Zedong wandte sich nicht gegen eine Regulierung der Wirtschaft und gegen die Berichtigung von Fehlern bei der Umsetzung des Kurses der „drei roten Banner". Für ihn war jedoch der Rubikon überschritten, wenn dieser Kurs grundsätzlich negiert wurde.

Hinzu kam, dass sich auf dem Hintergrund der Krise in der Gesellschaft antisozialistische Kräfte artikulierten und andere negative Erscheinungen entwickelten. Elemente aus Kreisen der früheren Grundherrenklasse, der Schicht der reichen Bauern und andere nutzten das Scheitern der Politik der „drei roten Banner", um die Stimmung gegen die Führung durch die KP Chinas und die sozialistische Entwicklung des Landes zu schüren. Aus Taiwan tönte es, dass die Zeit heranreife, das Festland vom „Kommunismus" zu befreien.

311. Zitiert nach: ebd., S. 741.

Im politisch-ideologischen Bereich zeigten sich damit in der Tat Symptome einer wieder zunehmenden Klassenauseinandersetzung. Die Krise, die viele Menschen in eine ausweglose Lage stürzte, bereitete auch den Boden für eine erneute Ausbreitung des traditionellen Aberglaubens in Stadt und Land. Gesellschaftliche Spannungen ergaben sich schließlich auch durch Erscheinungen einer Degenerierung in den Reihen der Kader. Korruption und Bestechung, Habgier, Betrug und Unterdrückung der Massen waren, wie der Historiker He Li schreibt, relativ verbreitet.[312]

International begannen die ideologisch-politischen Auseinandersetzungen zwischen der KP China und der überwiegenden Mehrheit der anderen Parteien der kommunistischen Weltbewegung in entscheidenden Fragen der internationalen Politik eine neue Dimension anzunehmen. Gleichzeitig verschärfte sich im Oktober 1962 der Grenzkonflikt mit Indien.

In der Mitteilung über die Einberufung des Plenums vom 11. Juli waren über 40 Fragen aufgeworfen worden, die erörtert werden sollten. Das waren vor allem Probleme des Dorfes, der Getreideproduktion, des Handels und der staatlichen Unterstützung für das Dorf. Das Plenum hatte ferner über verschiedene Dokumente zu entscheiden, die u. a. die Festigung der Kollektivwirtschaft der Volkskommune und ihre korrigierten Arbeitsstatuten.

Dem Plenum voraus ging eine einmonatige Arbeitstagung des ZK in Beidaihe (25.7.-24.8.), auf der schon vor allem die Entwürfe der Dokumente debattiert wurde. Am 5. August begann Mao Zedong in den Gruppenberatungen Ostchinas (ein Zentrum der linksradikalen Kräfte um Ke Qingshi) und Mittelchinas sein Thema anzuschlagen, und am darauf folgenden Tag hielt er eine Rede zum Thema Klassen, Lage und Widersprüche. Es gelang ihm schließlich, den Brennpunkt der Debatte bereits in der letzten Phase der Arbeitstagung auf den „Klassenkampf“ zu lenken.

Die vorbereitende Beratung dauerte einen Monat, die offizielle Tagung hingegen nur vier Tage (24.-27.9.). Die ungewöhnlich lange Vorbereitung einer Tagung des ZK der KP Chinas diente Mao Zedong offenbar dazu, seinen Einfluss auf die Führungskader der Partei wieder auszudehnen und die ideologischen und in bestimmten Maße auch organisatorischen Voraussetzungen (z. B. Wahl Kang

312. He Li, a.a.O., S. 314.

Shengs als Sekretär des ZK) für die Weiterführung seines alten Kurses zu schaffen. Die Beratung hatte zwei Schwerpunkte – die weitere Erörterung der vorbereiteten Dokumentenentwürfe und die Kritik an Abweichungen vom Kurs Mao Zedongs. Am Ende hatte Mao Zedong erreicht, dass seine Thematik das folgende Plenum prägte; denn es begann mit seiner Rede über Klassen, Lage und Widersprüche. Im Kern ging es um den von ihm geführten „Klassenkampf". Für Mao Zedong war die Frage des Klassenkampfes vornehmlich ein „Kampf zwischen Marxismus und Revisionismus". Er hatte das Thema Klassenkampf seit der 3. ZK-Tagung 1957 immer wieder in den Mittelpunkt gerückt. Es war jedoch das erste Mal, dass er das Thema so zugespitzt behandelte. Das ist erklärlich; denn für Mao und seinen Kurs ging es, bildlich ausgedrückt, gewissermaßen „um Sein oder Nichtsein". Seinen Kurs sah er konkret in den sich ausbreitenden drei „Winden" gefährdet: im „Wind der Schwarzmalerei der Lage" (hei'an feng), im „Wind der Einzelwirtschaft (dan gan feng) und im „Wind der Revision von Urteilen" (fanan feng).

Die Einschätzung einer noch nicht überwundenen tiefen Krise und die sich daraus ergebende wesentlich längere Zeit für die Wiederherstellung der Wirtschaft und die Stabilisierung der Gesellschaft, wie sie auf den beiden Beratungen nach der „Tagung der Siebentausend" getroffen worden war, hielt Mao für maßlos überzogen. Auf einer Gruppenberatung am 11. August äußerte er, dass die Leute, die die Generallinie, die „drei roten Banner" nicht anerkennen, „die Lage düster reden".[313] Mao sah die Lage gegenüber dem Vorjahr als deutlich verbessert an. Für ihn war war die Auffassung, dass für die Wiederherstellung der Landwirtschaft fünf bis acht Jahre gebraucht würden, ein typisches Beispiel für Schwarzmalerei. Die kommenden fünf Jahre waren für ihn nicht nur eine Zeit der Wiederherstellung, sondern auch der Entwicklung. Er formulierte in das Kommuniqué der Tagung, dass sich die allgemeine Situation in Landwirtschaft und Industrie gegenüber 1961 bereits verbessert hätte.

Die desolate Situation in der Landwirtschaft hatte 1961 und 1962 dazu geführt, dass in zunehmend mehr Regionen die Produktion den Bauernhöfen und damit einzeln wirtschaftenden Bauern übertragen wurde. Diese Form der Bewirtschaftung des kollektiveigenen Bodens entsprach dem allgemeinen Entwicklungsniveau der Produktivkräfte.

313. Zitiert nach: Bo Yibo, a.a.O., S. 757.

Zur Zeit der 10. ZK-Tagung waren z. B. in den Provinzen Anhui 80 Prozent und Guizhou 40 Prozent, in Kreisen anderer Provinzen zwischen 40 und 70 Prozent der Bauern zu dieser Bewirtschaftungsform übergangen. Das mobilisierte die ultralinken Kräfte in der Partei. So war der Parteisekretär von Anhui schon auf der „Tagung der Siebentausend" ob der Ausbreitung dieser Wirtschaftsform in seiner Provinz „des ernsten Fehlers mit Richtungscharakter" und des Revisionismus beschuldigt worden. Dennoch ließ sich diese Entwicklung nicht stoppen. So forderte die Masse der Bauern in Anhui am Vorabend des 10. ZK-Plenums, diese neue Form der Bewirtschaftung „drei Jahre nicht zu verändern". Sie begründeten ihre Forderung damit, dass die Produktionsaktivität stieg, sie das ernten, was sie bestellen, und sie umso mehr zu essen hätten, je mehr sie ernten.

Liu Shaoqi, Chen Yun, Deng Xiaoping, Deng Zihui[314] und andere in der Führung traten dafür ein, diese Form der Bewirtschaftung offiziell zuzulassen. Vor dem Plenum wurde Mao Zedong von seinem Sekretär Tian Jiaying darüber informiert, dass Bauern überall im Lande spontan dazu übergingen, die Produktion auf die bäuerlichen Haushalte zu verlagern. Angesichts dessen schlug Tian vor, 60 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion in dieser Form und 40 Prozent in Form der einheitlichen kollektiven Bewirtschaftung zu betreiben. Mao reagierte zunächst nicht darauf. Auf dem Plenum wurde neben Deng Zihui auch Tian für seine Position dann scharf kritisiert. Deng wurde von Mao sogar beschuldigt, in seiner Arbeit Kapitalismus betrieben zu haben und selbst „ein kapitalistischer Agrarspezialist" zu sein. Das war wieder ein Zeichen für die Maßlosigkeit seiner Reaktion, wenn er vermeinte, Angriffe gegen ihn und seine Politik „im Keim ersticken" zu müssen.

Mao Zedong wandte sich entschieden gegen eine Übertragung der Produktion auf den einzelnen Bauern, in der er die Rückkehr zur privaten bäuerlichen Wirtschaft, eine Abkehr vom Sozialismus und eine Hinwendung zum Kapitalismus sah. Die Frage, ob diese Bewirtschaftungsform mit dem Charakter und dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte übereinstimmte oder den Forderungen der Bauern entsprach, interessierte ihn nicht. Sein Ausgangspunkt war, wie Bo

314. Deng Zihui, ein verdienter Kader der Partei leitete die Abteilung Dörfliche Arbeit des ZK und war in dieser Funktion seit der Bildung der Genossenschaften ständig für eine Gestaltung der Produktionsverhältnisse auf dem Lande eingetreten, die den nationalen Gegebenheiten entsprach.

Yibo es ausdrückt, einzig und allein, die Volkskommune zu erhalten. Deshalb stellte Mao die Partei vor die Frage Kollektivwirtschaft oder Einzelwirtschaft, Sozialismus oder Kapitalismus. Entsprechend antwortete er auch darauf die Frage, woher dieser „Wind der Einzelwirtschaft" wehe: „In unserer Partei gibt es eine entsprechende Zahl kleinbürgerlicher Elemente, einschließlich vieler Bauern. Ein großer Teil unter ihnen sind arme Bauern und untere Mittelbauern. Ein Teil stammt aus Familien wohlhabender Bauern oder ist selbst wohlhabender Mittelbauer. Es gibt auch solche, die aus Familien der Grundherren und der reichen Bauern stammen. Es gibt auch einige Familien der Intelligenz, die aus der städtischen Kleinbourgeoisie kommen oder Kinder der Bourgeoisie sind. Außerdem kommen noch einige aus der feudal-bürokratischen Klasse. In der Partei gibt es einige, die sich zum Schlechten verändert haben … Sie betreiben die Einzelwirtschaft, hängen das Schild Kommunistische Partei heraus und sind außerdem Sekretär einer Basisorganisation. Es ist offensichtlich, dass diese Leute die Massen als Sklaven behandeln. Einige Genossen haben sich den Marxismus angeeignet, im Grad jedoch unterschiedlich, manche völlig ungenügend. In unserer Partei gibt es entsprechend viele Genossen, denen es an geistiger Vorbereitung auf die sozialistische Revolution mangelt."[315]

Im Mittelpunkt des Kampfes gegen den so genannten Wind der Rehabilitierung von Urteilen standen das ehemalige Mitglied des Politbüros des ZK und Verteidigungsminister Peng Dehuai. Das Problem seiner Verurteilung hatte schon auf der „Tagung der Siebentausend" eine Rolle gespielt. Liu Shaoqi hatte sich in seinem Bericht dazu differenziert geäußert, die Verurteilung Pengs als „parteifeindlich" jedoch als notwendig und richtig bezeichnet. Das Problem lag für Liu nicht in der Einschätzung, die Peng in seinem Schreiben an Mao über die „Schlacht um den Stahl" und andere damit zusammenhängende Fragen getroffen hatte. Er meinte, dass der Brief Pengs nicht Weniges enthielt, das den Tatsachen entsprach. Für die im Schreiben enthaltenden falschen Einschätzungen könnte Peng nicht der Vorwurf gemacht werden, er hätte einen Fehler begangen. Die Auseinandersetzung mit ihm in Lushan wäre jedoch aus vier Gründen unbedingt notwendig gewesen:

315. Zitiert nach: Bo Yibo, a.a.O., S. 764.

1. Peng sei ein wichtiges Mitglied der parteifeindlichen Gruppe Gao Gangs und Ru Shushis gewesen (1953).
2. Bei Peng wie bei Gao habe es einen „internationalen Hintergrund“ gegeben. Zwischen der Aktivität beider und der Aktivität von Ausländern, in China einen Umsturz herbeizuführen, hätte ein Zusammenhang bestanden.
3. Es war eine Intrige einer Fraktion, die die Macht in der Partei an sich reißen wollte.
4. Peng hätte nicht geschrieben, dass er es nach dem damals gerade beendeten mehrmonatelangen Besuch einer von ihm geführten Militärdelegation in einigen Ländern (die UdSSR und andere sozialistische Länder – d. A.) eilig gehabt hätte, die Gelegenheit wahrzunehmen, um Fehler in der Arbeit der Partei zu einem Angriff auf sie zu nutzen. Das heißt, dass es in Lushan zwischen Mao und Liu in der Frage der Verurteilung Pengs keine wesentliche Meinungsverschiedenheit gegeben hatte. Für eine Verbindung Pengs mit angeblichen ausländischen Kräften, die in der KP China die Machtverhältnisse zu ihren Gunsten verändern wollten, wurden keine Beweise vorgelegt.

Peng Dehuai hatte sich mit seiner Verurteilung auf dem Lushaner Plenum nicht abgefunden. Im Juni und August 1962 wandte er sich in zwei Briefen an das ZK der Partei und an Mao Zedong, in denen er um eine allseitige sachliche Überprüfung der damaligen Anschuldigungen gegen ihn und eine gerechte Behandlung ersuchte. Mao Zedong sah in den Briefen den Versuch Pengs, die heftigen internationalen Auseinandersetzungen und die Schwierigkeiten im Innern auszunutzen, um seine Rehabilitierung durchzusetzen. Mao war der Ansicht, dass die Verurteilung Pengs ihre Richtigkeit hatte und er deshalb auch nicht rehabilitiert werden kann. Die Plenartagung teilte die Meinung Maos. Die Dimension dieser Auseinandersetzung stand hinter der damaligen in Lushan nicht zurück. Die Briefe wurden, wie uns Bo Yibo mitteilt, in eine Reihe mit den „antichinesischen Angriffen“ Chruschtschows, Nehrus und Titos gestellt.[316] Sie wurden mit ihren insgesamt über hundert Seiten als „Bombe“ und parteifeindliches Programm gesehen. Die Plenartagung beschloss daher, eine Kommission zur weiteren Untersuchung des Falls Peng Dehuai einzusetzen.

316. Ebd., S.768.

Chen Boda entpuppte sich in diesem Zusammenhang als ein Vordenker der Theorie Mao Zedongs vom „Klassenkampf“: Im Sozialismus müsse damit gerechnet werden, dass sich Kräfte im Innern insgeheim mit ausländischen Kräften gegen die Partei und den Vorsitzenden Mao verbünden. Auch die „Entdeckung“ Kang Shengs, dass in der von bestimmten Medien verbreiteten Erzählung „Liu Zhidan“ der Versuch bestimmter Kräfte zu sehen wäre, Gao Gang zu rehabilitieren, „bereicherte“ diese Theorie. Mao sah darin eine allgemeine Methode dieser Kräfte, die öffentliche Meinung für ihre Ziele zu gewinnen. Deshalb müsse der ideologischen Arbeit auf diesem Gebiet große Aufmerksamkeit geschenkt werden. Damit öffnete sich für Jiang Qing, die Frau Maos, das Feld, auf dem sie sich am Vorabend der „Kulturrevolution“ in Szene zu setzen begann.

Eine Zusammenfassung der Auffassung Mao Zedongs über den Klassenkampf im Sozialismus findet sich im Kommunique des Plenums, das er eigenhändig überarbeitet hatte: „Das 10. Plenum des VIII. Zentralkomitees weist daraufhin, dass in der gesamten Periode der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats, in der gesamten historischen Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus (für diese Periode bedarf es einige Jahrzehnte und sogar noch eines längeren Zeitraumes) der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, der Kampf zwischen den beiden Wegen des Sozialismus und des Kapitalismus existiert … Dieser Klassenkampf muss sich unvermeidlich in der Partei widerspiegeln. Der Druck des ausländischen Imperialismus und der Einfluss der Bourgeoisie im Innern sind die sozialen Quellen für das Aufkommen revisionistischen Gedankenguts in der Partei. Im Kampf gegen die inneren und äußeren Klassenfeinde müssen wir zugleich gegenüber den verschiedenen ideologischen Strömungen des Opportunismus in der Partei zur rechten Zeit wachsam sein und sie bekämpfen.“[317]

In das Kommuniqué fand auch seine Mahnung Eingang, dass jeden Tag, jeden Monat und jedes Jahr Wert auf diesen „Klassenkampf“ gelegt werden müsse und er unter keinen Umständen in Vergessenheit geraten dürfe. Die Feststellung, dass der äußere Feind der ausländische Imperialismus wäre, sollte nicht täuschen. Mao hatte die Speerspitze nach außen bereits gegen die Kräfte in der

317. „Volkshandbuch“ (renmin shouce), Beijing 1963, S. 1, chines.

kommunistischen Weltbewegung gerichtet, die in der Auseinandersetzung mit den USA und anderen führenden imperialistischen Mächten um die Entspannung der Weltlage, die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz mit den kapitalistischen Ländern und die Sicherung einer friedlichen Entwicklung der Menschheit kämpften.

Erkenntnisse und Probleme

1. Mao Zedong nutzte die Vorbreitung des 10. Plenums des VIII. ZK der KP Chinas, um seinen Gegenangriff auf die Kräfte in Partei und Regierung einzuleiten, die mit ihrem Vorgehen den Kurs der „drei roten Banner" faktisch infrage gestellt hatten und ihn revidierten. Mit seiner Theorie vom „Klassenkampf" verlagerte er den Schwerpunkt der Arbeit der Plenartagung von der Erörterung wirtschaftlicher Probleme auf die Verteidigung und erneute Propagierung seiner Politik der „drei roten Banner".

Mit der sozialen und politischen Diskriminierung des Teils der Partei, der in dieser Frage eine andere Meinung als er vertrat, hatte Mao bereits den „Klassenkampf" gegen „kapitalistische" und „revisionistische" Kräfte in der Partei aufgenommen.

2. Im Widerspruch zur tatsächlichen Lage schloss sich das Plenum seiner Auffassung an, dass sich die Lage in der Wirtschaft und das Leben des Volkes bereits zum Besseren gewendet hätten. Im Kommuniqué der Tagung wurde die Politik der „drei roten Banner" als richtig hervorgehoben und die „Klassenkampf-Theorie" Mao Zedongs als ideologische Grundlage für die weitere Arbeit der Partei bestätigt.

Die Kräfte in der Führung, die dazu übergegangen waren, die richtigen Schlussfolgerungen aus der Krise zu ziehen und eine Strategie in Übereinstimmung mit den ökonomischen Gesetzen einzuschlagen, hatten ihre anfänglich gewonnene Initiative wieder eingebüßt. Die nachfolgenden Jahre sollten zeigen, dass Mao Zedong es nicht dabei beließ.

3. Die Passage über den ausländischen Imperialismus im Kommuniqué hindert Mao nicht daran, einige Jahre später mit den USA zusammenzuarbeiten, um seine Ziele zu verwirklichen.

5.3. Zuspitzung der Polemik und die Abspaltung der KP Chinas von der IKB

Die ideologisch-politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen der KP Chinas und der KPdSU hatten sich mit dem Abzug der sowjetischen Spezialisten aus der VR China bereits negativ auf die staatlichen Beziehungen beider Länder auszuwirken begonnen. Dennoch nahm auf Einladung der KPdSU eine Delegation der KPCh unter Leitung von Liu Shaoqi an den Feierlichkeiten aus Anlass des 43. Jahrestages der Oktoberrevolution und der anschließenden Konferenz der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien teil. Deng Xiaoping erklärte in seinen Redebeiträgen die Bereitschaft seiner Partei, die Meinungsverschiedenheiten überwinden und sich wieder zusammenschließen zu wollen. Bei der Erarbeitung der Erklärung und des Aufrufs der Konferenz an die Völker der Welt zeigte sich die Delegation kompromissbereit. So konnte Liu Shaoqi die Dokumente im Namen der KP Chinas mit unterzeichnen. Die Beziehungen der KP Chinas mit der KPdSU und anderen Teilen der kommunistischen Weltbewegung erfuhren eine gewisse Entspannung.

Mit dem 22. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 spitzten sich die Auseinandersetzungen jedoch erneut zu. Die Grußadresse der KP Chinas an den Parteitag drückte noch Sympathie und Verbundenheit mit der KPdSU und der Entwicklung der Sowjetunion unter Führung des Genossen Chruschtschow auf dem Wege des Aufbaus des Kommunismus aus. Es fiel jedoch schon auf, dass die chinesische Delegation zum Parteitag im Unterschied zu den anderen ausländischen Delegationen nicht vom Vorsitzenden Mao Zedong, sondern vom stellvertretenden Vorsitzenden der Partei, Zhou Enlai, geleitet wurde. Zur Delegation gehörte auch das Mitglied des Politbüros des ZK Kang Sheng, der für eine Verschärfung der Beziehungen mit der KPdSU stand.

Wesentlich für die Grußansprache Zhou Enlais waren drei Aussagen: In der internationalen Politik gehe es nicht um die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz, sondern um die Vernichtung des Imperialismus. Unter den „drei roten Bannern" baue China erfolgreich den Sozialismus auf, die Schwierigkeiten durch eine dreijährige Naturkatastrophe hätten das chinesische Volk nur noch mehr gestählt. Indirekt auf die Kritik Chruschtschows an den spalterischen Aktionen

der Albanischen Partei der Arbeit reagierend wandte sich Zhou gegen jedwede Verurteilung einer Bruderpartei, weil dies der Einheit der Bewegung schaden würde.[318] In den Gesprächen zwischen Chruschtschow und Zhou Enlai über die strittigen Fragen konnte keine Einigung erreicht werden. Die chinesische Delegation wurde nach ihrer Rückkehr auf dem Flugplatz von Mao Zedong empfangen. Danach setzte im Lande eine breite antisowjetische Propaganda ein, die die KPdSU des Revisionismus beschuldigte und die Sowjetunion für die Schwierigkeiten in China seit 1958 verantwortlich zu machen suchte.

Die Auseinandersetzungen erfuhren im Zusammenhang mit den Parteitagen von fünf kommunistischen Parteien zwischen November 1962 und Januar 1963 eine weitere Eskalation. Auf den Parteitagen wurde der Albanischen Partei der Arbeit und der KP Chinas vorgeworfen, die Meinungsverschiedenheiten zu vergrößern und die Position des Moskauer Manifests und der Moskauer Erklärung zu verlassen. So kam es auch auf dem 6. Parteitag der SED im Januar 1961 zu einer offenen Konfrontation. Der Leiter der chinesischen Delegation, Wu Xiuquan, stellte die Zurückweisung der Spalterpolitik der albanischen Partei und die Entwicklung der Beziehungen mit der „Tito-Clique", die er als „Spezialeinheit des amerikanischen Imperialismus für die Umsetzung seiner globalen konterrevolutionären Strategie" bezeichnete, als eine Politik der Spaltung der kommunistischen Bewegung dar, die im Widerspruch zum Marxismus-Leninismus, der Gleichberechtigung aller Parteien und den beiden Moskauer Dokumenten stünde. Er attackierte zugleich die Politik Nehrus, die sich mehr und mehr auf den Imperialismus stütze und reaktionärer würde.

Verbal bekannte er sich zur friedlichen Koexistenz. Seine Darlegungen zur internationalen Lage liefen jedoch darauf hinaus, dass diese Politik keine Chance hat und es vielmehr darauf ankomme, dem dem Untergang geweihten Imperialismus gewissermaßen den letzten Schlag zu versetzen. In China baue das chinesische Volk unter Führung Mao Zedongs mit der Politik der „drei roten Banner" erfolgreich den Sozialismus auf und verwirkliche in diesem Sinne auch begeistert die Beschlüsse des 10. Plenums des ZK der KP Chinas.[319] Es kam zu heftigen Reaktion des Parteitages gegen die chi-

318. Renmin Shouce (Volkshandbuch) 1962, Beijing 1962, S. 113-115.
319. Grußansprache des Leiters der Delegation der KP Chinas, Wu Xiuquan, auf dem 6.Parteitag der SED am 18.1.1963, in: „Zusammenschließen auf der Grundlage des Moskauer Manifest und der Moskauer Erklärung", Beijing 1963, S.19-29, chines..

nesische Position und die Einmischung in die Politik einer Bruderpartei. Die Politik der KP Chinas wurde auch auf den anderen Parteitagen entschieden als gegen die Einheit der kommunistischen Bewegung gerichtet zurückgewiesen.

Die KP Chinas antwortete in sieben Artikeln auf die Kritik an ihren Positionen durch andere Parteien. Dazu gehörten auch der Leitartikel der „Renmin Ribao" vom 27.1.1963 „Sich auf der Grundlage der Moskauer Manifests und der Moskauer Erklärung zusammenschließen" als Antwort auf den Parteitag der SED und „Die Meinungsverschiedenheiten des Genossen Togliatti mit uns".

Als Antwort auf einen Brief des ZK der KPdSU unterbreitete die KP Chinas am 14. Juni 1963 ihren Vorschlag zur Generallinie der Internationalen Kommunistischen Bewegung. Es gehe, wie es darin heißt darum, zu „einer richtigen Auffassung der revolutionären Prinzipien in der Deklaration und in der und Erklärung und zu einer richtigen Einstellung zu diesen Prinzipien" zu kommen, erst dann könnten „die revolutionären Lehren des Marxismus-Leninismus strikt befolgt werden" und „der allgemeingültige Weg der Oktoberrevolution konsequent eingehalten" werden. Als diese „revolutionärem Prinzipien" der beiden Moskauer Dokumente von 1957 und 1960 werden in dem Dokument genannt: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch" „mit den geknechteten Volksmassen und den unterdrückten Nationen", „bekämpft Imperialismus und Reaktion in allen Ländern, ringt nach Weltfrieden, nach nationaler Befreiung, nach Volksdemokratie und Sozialismus, realisiert schrittweise den vollen Sieg der proletarischen Weltrevolution und errichtet eine Welt ohne Imperialismus, ohne Kapitalismus und ohne Ausbeutung". Darin sah die KP Chinas „die Generallinie der Internationalen Kommunistischen Bewegung in der gegenwärtigen Etappe".[320] Sie betrachtete es als einen Verstoß gegen die „revolutionären Prinzipien", wenn die Generallinie „einseitig nur auf ‚friedliche Koexistenz', ‚friedlichen Wettbewerb' oder ‚friedlichen Übergang' zurückgeführt wird". Auf diese Weise könnten die „fundamentalen Widersprüche in der Welt" nicht „zum Verschwinden gebracht und eine ‚Welt ohne Kriege', eine neue Welt der ‚allseitigen Zusammenarbeit ins Leben gerufen werden". Auf diese Weise würde „die Sache des Volkes und des Sozialismus ... Fehlschläge und Schaden erleiden".[321] Die KP Chinas hatte offensichtlich aus ihrer voran-

320. „Ein Vorschlag zur Generallinie der Internationalen Kommunistischen Bewegung", Peking 1963, S.3-4.

gegangenen Politik den Schluss gezogen, dass es nicht angebracht ist, die Politik der friedlichen Koexistenz direkt infrage zu stellen. Am Wesen ihrer Politik hatte sich damit jedoch nichts geändert.

Mit neun „Kommentaren zum offenen Brief des ZK der KPdSU“[322], veröffentlicht zwischen September 1963 und Juli 1964, vollzog die Führung der KP Chinas in ihrer Haltung gegenüber der IKB eine grundlegende Wendung. Historiker der KP Chinas schreiben heute zu diesen Veröffentlichungen: „Die ‚neun Kommentare' zeigen eine Kritik am ‚Revisionismus Chruschtschows' und beschreiben von hier aus die welthistorischen Lehren aus der ‚friedlichen Veränderung' und der ‚Restauration des Kapitalismus' sozialistischer Länder.“[323] Das Setzen bestimmter Begriffe in Anführungszeichen könnte als eine Distanzierung von der damaligen Politikauffassung der KP Chinas verstanden werden.

Die damaligen Kommentare signalisierten eine Wendung in der Strategie der damaligen chinesischen Führung. Der Misserfolg der chinesischen Führung unter Mao Zedong, die IKB tatsächlich von der KPdSU zu spalten, veranlasste sie offensichtlich, den direkten Bruch mit der IKB zu vollziehen und eine internationale Spalterbewegung zu organisieren.

5.4. Gesellschaftliche Entwicklung am Vorabend der „Kulturevolution“

Die gesellschaftliche Entwicklung 1963-1965 war von dem Widerspruch zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und der Eskalation des „Klassenkampfes“ gegen „Revisionismus“ nach innen und nach außen geprägt.

Mao Zedong hatte auf der 10. Tagung des VIII. ZK der KP Chinas den Vorschlag Liu Shaoqis akzeptiert, in der wirtschaftlichen Arbeit trotz der Betonung des Klassenkampfes nicht nachzulassen und

321. Ebd., S. 5 u. 9.

322. Diese Kommentare behandelten im Einzelnen folgende Themen: “Ursprung und Entwicklung der Differenzen zwischen der Führung der KPdSU und uns“, “Zur Stalinfrage“, “Ist Jugoslawien nein sozialistischer Staat?“ “Die Verfechter des neuen Kolonialismus“, “Zwei Linien in der Frage von Krieg und Frieden“, “Zwei völlig entgegen gesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz“, “Die Führung der KPdSU ist der größte Spalter der Gegenwart“, “Die proletarische Revolution und der Revisionismus Chruschtschows“ und „Über die Pseudokommunismus Chruschtschows und die historischen Lehren für die Welt“.

323. Siehe: He Peng, a.a.O., S.316.

diese Arbeit an die erste Stelle zu setzen. Das ermöglichte es, die Wirtschaft in den folgenden Jahren wieder herzustellen.

Entwicklung der Volkswirtschaft (Mrd. Yuan)

Jahr	Gesamtwert Ind. u. Landw.	Prod.wert Landw.	Prod.wert Industr.	National-kommen	Außen-handel
1957	1,241	0,537	0,704	0,908	0,104
1960	2,094	0,457	1,637	1,220	0,128
1961	1,621	0,559	1,062	0,996	0,090
1962	1,504	0,584	0,920	0,924	0,080
1963	1,635	0,642	0,993	1,0	0,085
1964	1,884	0,720	1,164	1,166	0,097
1965	2,235	0,833	1,402	1,387	0,118
1966	2,634	0,910	1,624	1,586	0,127

Quelle: „Statistisches Jahrbuch China 1987", Beijing 1987, S. 43, 50,591, chines.

Dazu trugen Veränderungen in den Produktionsverhältnissen und in der Organisierung der Produktion bei. In der Landwirtschaft war im Zuge einer Reform die Produktionsbrigade, die unterste Einheit der Volkskommune, zur Grundverrechnungseinheit geworden, gleichzeitig hatte sich die Produktion in größerem Umfange mehr oder weniger spontan auf die einzelne Bauernwirtschaft verlagert. Damit verbunden waren die Wiederherstellung des Hoflandes, des persönlichen Eigentums der Bauern, der Verantwortung der Bauern für Gewinn und Verlust und der Bauernmärkte. Daraus entwickelten sich wesentliche persönliche Stimuli für die Bauern, die landwirtschaftliche Produktion voranzubringen. So konnte die Getreideproduktion 1965 mit 194,53 Mio. t in etwa wieder den Stand von 1957 zu erreichen, allerdings bei einer inzwischen um fast 80 Millionen Menschen größeren Bevölkerung.

In der Industrie hatte die seit 1958 betriebene Wirtschaftspolitik ein kaum überschaubares bürokratisches System von Unterstellungs- und Leitungsverhältnissen hervorgebracht. So wurden beispielsweise die 463 staatlichen Industrieunternehmen in Shenyang, Nordostchina, 1963 von insgesamt 76 Ämtern auf drei verschiedenen administrativen Ebenen angeleitet. Jede dieser administrativen

Institutionen versuchte ihr eigenes System zu schaffen. Der Bürokratismus blühte und zwischen den Regionen gab es so gut wie keine abgestimmte Wirtschaftspolitik und Zusammenarbeit. Da die Politik darauf orientierte, „sich auf die eigene Kraft zu stützen", verfuhren die Unternehmen nach dem Prinzip „groß und vollständig" bzw. „klein und vollständig". Voller Stolz erklärte uns der Parteisekretär einer Fabrik für die Herstellung von Filmprojektoren 1964 in Nanjing, Ostchina, dass sie buchstäblich alles, was sie für die Herstellung der Projektoren benötigen, auch die kleinste Schraube, selbst herstellen würden. Dieses administrative Leitungssystem und die damit einhergehende mangelnde Durchsetzung der Arbeitsteilung und Kooperation zwischen den Unternehmen führten nicht nur zu einem unzureichenden Tempo in der industriellen Entwicklung, sondern auch zu riesigen volkswirtschaftlichen Verlusten.

Diese Situation veranlasste die chinesische Führung Anfang der 1960er Jahre, über die Entwicklung eines neuen Leitungssystems in Gestalt von Trusts in Industrie und Handel nachzudenken. Vorbild waren vor allem die Monopolunternehmen der entwickelten kapitalistischen Länder. 1963 beschloss die Parteiführung im Einverständnis mit Mao Zedong, das System der Leitung der Industrie umzugestalten, die administrative Form der Leitung allmählich durch ökonomische Methoden abzulösen und in den Bereichen Industrie und Verkehr nach Fachgebieten organisierte Gesellschaften zu bilden. „Unsere sozialistischen Trusts sind eine Form der Wirtschaft, die unter Führung der Partei die Unternehmen der Industrie und des Verkehrs in Übereinstimmung mit dem Kurs, der Politik und dem einheitlichen Staatsplan mit sozialistischen ökonomischen Methoden (nicht mit administrativen Methoden) leiten. Anwendung dieser Organisationsform heißt: nach ökonomischen Prinzipien wissenschaftlich und mit hoher Effektivität, zentral und einheitlich zu führen, um die eingefleischten Praktiken der Verbreitung von Institutionen zur Leitung der Industrie, Bürokratismus und Zersplitterung zu vermeiden, die wissenschaftlichen Forschung zu verstärken, technische Neuerungen und die technische Revolution zu entfalten, energisch die neue Technik anzuwenden, den Grad der Mechanisierung und der Automatisierung zu erhöhen und so schnell wie möglich das fortgeschrittene technische Weltniveau einzuholen. Nach den Prinzipien der Spezialisierung und der Kooperation ist die

Produktion einheitlich zu planen und rationell zu organisieren.“[324] Liu Shaoqi sah in dieser Entwicklung einen Weg, die Arbeitsproduktivität zu steigern und die Selbstkosten zu senken. 1964/1965 wurde dieses System am Beispiel von 12 Trusts erprobt. Dazu gehörten z. B. die Gesellschaft für Traktoren und Ersatzteile für Verbrennungsmotoren und die Ostchinesische Gesellschaft der Kohleindustrie, die jeweils ein Viertel bis zur Hälfte aller Unternehmen ihrer Branche im Lande vereinigten. Es zeigte sich bald, dass ein Trust einen wesentlich höherer Produktionsausstoß, ein breiteres Sortiment, eine deutlich höhere Arbeitsproduktivität und eine höhere Qualität der Produkte erreichte als andere Unternehmensformen. 1965 wurde darauf orientiert, den Schwerpunkt zunächst auf die weitere Vervollkommnung dieses Leitungssystems zu legen und das Experiment vorerst nicht weiter auszudehnen. 1966 begann jedoch die „Kulturrevolution“, in der die Angriffe auf die wirtschaftliche Rechnungsführung, das Prinzip der Eigenverantwortung für Gewinn und Verlust und auf das als „kapitalistisch“ bzw. als Überbleibsel des „bürgerlichen Rechts“ verschriene Prinzip der materiellen Interessiertheit ihren Höhepunkt erreichten.

Eskalation des „Klassenkampfes“

Diese Angriffe hatten schon mit der Eskalation der Theorie und Praxis des „Klassenkampfes“ durch Mao Zedong nach dem 10. ZK-Plenum eine neue Qualität angenommen. Jetzt aber dachte Mao Zedong an eine neue Kampagne für „sozialistische Erziehung“ mit dem „Klassenkampf als Leitfaden“.

Nach Beratungen mit Kadern in mehreren Provinzen legte er fest, in den Provinzen Hubei und Hebei erste Versuche mit der Kampagne für „sozialistische Erziehung“ zu starten. Die dabei vorgenommene Ausrichtung der Volkskommunen anhand von „Vier Säuberungen“ (si qing) im den Bereichen Buchungen, Arbeitsteilung, des Finanzwesens und der Speicher als Hauptinhalt deckte

324. Zitiert nach: Bo Yibo a.a.O. S. 828

zahlreiche Probleme unter den Kadern auf. Das veranlasste Mao, auf einer Arbeitstagung des ZK der Partei im Februar 1963 zu erklären: „Klassenkampf – packt man ihn an, erzielt man Wirkung". In diesem Sinne sollte auf dem Dorf die „Kampagne für sozialistische Erziehung" beginnen. In einem Dokument des ZK war konstatiert worden, dass sich unter einem Teil der Kader in der Stadt bürgerliche Ideologie und bürgerlicher Arbeitsstil verbreitet hätten. Deshalb wurde auch beschlossen, in der Stadt im Rahmen der Kampagne den „Kampf gegen die ‚fünf Erscheinungen'" Korruption, Spekulation, Verschwendung Zersplitterung und Bürokratismus (wu fan)) zu führen.

Die Kampagne für „sozialistische Erziehung", die sich nun im gesamten Lande entfaltete, wurde als „heftiger Kampf des Sozialismus gegen den Kapitalismus" betrieben. Ideologisch hatte die übergroße Mehrheit der Kader gegenüber dieser Kampagne jedoch Vorbehalte, sodass sich die Kampagne in den meisten Regionen nicht voll entfalten konnte.

Für Mao Zedong stand angesichts der „Erosion" der Volkskommune die Kampagne auf dem Dorf im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Auf einer Beratung mit Politbüromitgliedern und andern Verantwortlichen der zentralen Ebene in Hangzhou im Mai 1963 sprach er von den drei wichtigen revolutionären Kampagnen im Sozialismus – dem Klassenkampf, dem Produktionskampf und dem wissenschaftlichen Experimenten. Durch sie könne Bürokratismus, Revisionismus und Dogmatismus vermieden werden. Anderenfalls würden „die Gutsherren, die reichen Bauern, die konterrevolutionären und schlechten Elemente, die Ochsengeister und Schlangengeister zusammen herauskommen". Die Kader würden dies nicht zur Kenntnis nehmen, viele könnten auch zwischen Freund und Feind nicht unterscheiden. „Dann braucht es nicht sehr viel Zeit, kurzeitig einige Jahre bis über zehn Jahre oder, wenn es lange dauert, werden es einige zehn Jahre sein, bis es unvermeidlich zu einer konterrevolutionären Restauration im Landesmaßstab kommt. Die marxistisch-leninistische Partei wird sich in eine revisionistische Partei, in eine faschistische Partei verwandeln, und das gesamte China wird seine Farbe wechseln." Daraus geht schon hervor, dass die eigentliche Aufgabe der Kampagne für „sozialistische Erziehung" für Mao Zedong darin bestand, „die revolutionäre

Klassenarmee aufs Neue zu organisieren und einen scharfen Kampf Spitze gegen Spitze gegen die wild angreifenden kapitalistischen und feudalen Kräfte zu führen".[325]

In diesem Sinne formulierte Mao Zedong in Hangzhou den „Beschluss über einige Fragen der gegenwärtigen Arbeit auf dem Dorf (Entwurf)". In der Literatur wird er unter „Erste zehn Punkte" (qian shi tiao) zitiert. Obwohl Mao Zedong gut ein Jahr zuvor eingeschätzt hatte, dass die Lage sich bereits zum Besseren gewandelt habe, war sein Ausgangspunkt nun, „in der gegenwärtigen chinesischen Gesellschaft hat sich eine Situation des ernsten und scharfen Klassenkampfes herausgebildet".[326] In dem Dokument wurden „einige Leute in der kommunistischen Partei" scharf kritisiert, die diese Entwicklung nicht zur Kenntnis nehmen und sie sich verbreiten ließen.

Auf der Arbeitsberatung des ZK der Partei im September in Beijing wurden „Einige Vorschriften für die konkrete Politik in der Kampagne für sozialistische Erziehung auf dem Dorf (Entwurf)" festgelegt, die so genannten „Späteren zehn Punkte" (hou shi tiao). Auch sie trugen die Handschrift „linker" Politik. Nach der Anweisung Mao Zedongs waren fünf Aufgaben anzupacken: Klassenkampf, sozialistische Erziehung, Organisierung der armen Bauen und unteren Mittelbauen, die vier Säuberungen und die Teilnahme der Kader an der kollektiven Arbeit. Mit der Zerschlagung des Angriffs der „kapitalistischen und feudalen Kräfte" sollten das sozialistische Bewusstsein der Kader und Massen gehoben, die Basisorganisationen des Dorfes neu geordnet, die Kollektivwirtschaft gefestigt und die landwirtschaftliche Produktion entwickelt werden. Von den übergeordneten Ebenen entsandte Arbeitsgruppen übernahmen die Leitung der Kampagne vor Ort.[327] Von 1963 bis zum Frühjahr 1964 wurde die Kampagne z. B. in Nordchina in über 11 000 Großbrigaden mit einem Sechstel der Agrarbevölkerung dieser Region durchgeführt. Der Kampf gegen die „fünf Erscheinungen"

325. Zitiert nach: He Peng. a.a.O., S. 397.

326. Er führte dafür 9 Ursachen an, darunter das Streben der gestürzten Ausbeuterklassen nach Restauration, die Eroberung der Macht durch diese Kräfte über die Korrumpierung der Kader, die Wiederherstellung der alten Clanherrschaft und die Entwicklung konterrevolutionärer Organisationen, Sabotagetätigkeit der alten Kräfte, Ausbeutung der Landarbeiter, Wucher und Landverkauf und das Auftreten neuer bourgeoiser Kräfte.

327. Die Entsendung von Arbeitsgruppen aus der Zentrale in die Regionen wurde schon nach Gründung der VR China die übliche Methode der "Massenlinie" der KP Chinas, um Kampagnen von oben nach unten durchzusetzen und zu entfalten.

war Ende 1963 in über 1 800 Einheiten mit 410 000 Teilnehmern gelaufen. Dabei wurden 2 300 Personen wegen Korruption und Spekulation zur Rechenschaft gezogen. Zu berücksichtigen ist bei diesen Zahlenangaben. dass die Erweiterung des „Klassenkampfes" von „links" offen lässt, wie hoch der Anteil der Personen ist, die die ihnen zur Last gelegten Untaten wirklich begangen hatten. Vor allem in Unternehmen wurden die Probleme der Kader und Leitungsfragen nicht selten willkürlich als Erscheinungen der Entartung und der „friedlichen Veränderung" interpretiert.

Auf der Arbeitskonferenz des ZK der Partei in Beijing im Mai 1964 wurde die Situation unter den Kadern – wohl bewusst – dramatisiert. Mao drückte das so aus: „Insgesamt ist die Macht aus meiner Sicht zu einem Drittel nicht in unserer, sondern in der Hand des Feindes."[328] Deshalb betonte er die Notwendigkeit, die Massen zu mobilisieren, um eine durchgreifende Revolution durchzuführen und die Macht in den betreffenden Einheiten zurückerobern zu können. Bezeichnenderweise wurde nun davon gesprochen, dass es nicht allein darum gehe, die „unsauberen" Kader zur Rechenschaft zu ziehen. Es gelte vielmehr, ihre Hintermänner aufzudecken, die Kampagne tiefer und gründlicher durchzuführen und die soziale Basis des Revisionismus zu beseitigen. In diesem Zusammenhang war für Mao Zedong der Bericht Wang Guangmeis, der Frau Liu Shaoqis, über ihre Teilnahme an der Untersuchung der Verhältnisse bei der Großbrigade Pfirsichgarten durch eine zentrale Arbeitsgruppe aufschlussreich. Im Bericht wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Wurzeln für die „Unsauberkeit" von Kadern offenbar auf den Ebenen der Volkskommune, der Distrikte, Kreise und Gebiete zu suchen seien. Für Mao war es nun eindeutig: Die Auseinandersetzung ist in die oberen Ebenen zu tragen. [329]

In den überarbeiteten „Späteren zehn Punkten" vom September 1964 wurde die Kampagne in ihrer Bedeutung hoch gestuft: „Der gegenwärtige revolutionäre Kampf auf dem Dorf ist eine neue Revolution." Dieser Kampf weise viele Besonderheiten auf. Die Methoden der Feinde im Kampf gegen die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus seien noch hinterhältiger als früher. Sie würden

328. Zitiert nach: He Peng, a.a.O., S. 400.
329. Zitiert nach: Gao Gao/ Yan Jiaqqi, "1966-1976 - die zehnjährige Geschichte der 'großen Kulturrevolution'", Tianjin 1986, S.1, chines.

die Kader korrumpieren, die „friedliche Veränderung" betreiben und die Dokumente der Partei ausnutzen, um ihre Ziele auf legalem Wege zu erreichen. Deshalb müsse auch das Ausmaß der Massenbewegung größer sein. „Nur wenn wir bei der Mobilisierung der Massen freie Hand lassen, können wir erreichen, dass diese Kampagne einen durchgreifenden Sieg erringt." Wieder sind die Massen nicht Subjekt, sondern lediglich ein Instrument der Politik. Die „Kulturrevolution" wird das vollends offenbaren. Das Dokument stellte die Lösung des Kaderproblems unter Leitung der zentralen Arbeitsgruppen in den Vordergrund. Seine Verfasser sahen die Kampagne in fünf bis sechs Jahren oder in einer etwas längeren Zeit beendet. 1964 überprüften über eine Million Kader der Arbeitsgruppen die Organisationen und die Kader an der Basis. Dabei nahmen die „linken" Fehler an Ausmaß und Tiefe deutlich zu.

Das stieß auf das Unverständnis, mitunter auch auf den Widerstand vieler Kader unterhalb der Kreisebene. Manche Verantwortliche der Kreisparteikomitees versuchten, sich aus der Kampagne herauszuhalten. Daraus meinten die Ultralinken Kräfte in der Führung ableiten zu müssen: „Die gegenwärtige Hauptgefahr ist die rechte Abweichung." Ihre Bekämpfung wurde in den Vordergrund gerückt. Das löste eine neue Welle ultralinker Aktionen in der Bewusstsein aus, lieber „links" als „rechts" zu sein; denn „rechts" könnte lebensgefährlich werden. Es folgte die „Entdeckung", dass sich eine große Zahl Kader in Stadt und Land im Prozess „friedlicher Veränderung" befänden. Auf dem Dorf gebe es eine neue privilegierte Schicht mit den Basiskadern als Hauptvertreter, in der Stadt komme eine „Klasse der Bürokraten" und „Führungskader, die den kapitalistischen Weg gehen" (kurz: Kapwegler – d. V.), auf. Das wären bourgeoise Elemente, die „den Arbeitern das Blut aussagen". Mao Zedong: „Die Klasse der Bürokraten und die Arbeiterklasse mit den armen Bauern und unteren Mittelbauern sind zwei Klassen, die sich scharf gegenüberstehen." Diese „Bürokratenklasse" und die „Führungskader, die den kapitalistischen Weg gehen, sind Objekt des Kampfes, Objekt der Revolution". Damit war eigentlich schon die ideologisch-politische Begründung für die nachfolgende „Kulturrevolution" schon gegeben. Die Lage wurde weiter dramatisiert und die „linken" Übergriffe auf Kader und andere Kräfte nahmen weiter zu.

Ende 1964/Anfang 1965 führte das Politbüro des ZK eine Arbeitstagung durch, deren ursprüngliche Aufgabe es war, die bisherigen Erfahrungen der „Kampagne für sozialistische Erziehung" zusammenzufassen. Dabei kam es jedoch zwischen Mao Zedong und Liu Shaoqi zu einer unterschiedlichen Einschätzung des Hauptwiderspruchs, der mit der Kampagne gelöst werden sollte.

Für Liu war die Überwindung der tatsächlichen Verfehlungen der Kader an der Basis das Entscheidende. Deshalb bestand für ihn der Hauptwiderspruch, der zu lösen war, im Widerspruch zwischen „sauber und unsauber", wobei sich die beiden Arten von Widersprüchen im Volke und zwischen Volk und Feinden vermischen würden. Mao Zedong reagierte äußerst scharf auf die Darlegungen Lius: „Seit der 2. Tagung des VII. ZK ist ständig davon gesprochen worden, dass der Hauptwiderspruch im Lande der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist. Seit der Hangzhouer Beratung ist die gesamte Kampagne darauf gerichtet, die sozialistische Erziehung durchzuführen. Wieso gibt es den Widerspruch zwischen den vier Sauber und den vier Nichtsauber, eine Vermischung des Widerspruchs mit den Feinden und des Widerspruchs im Volke? …" Es gehe um eine Auseinandersetzung mit antisozialistischen Elementen. Dabei liege der Schwerpunkt auf der Lösung des Problems der „Kapwegler". Im Ergebnisprotokoll der Beratung „Einige Fragen, die sich gegenwärtig in der Kampagne für sozialistische Erziehung auf dem Dorfe stellen" („23 Punkte", ershisan tiao), wurde entsprechend festgeschrieben, der Schwerpunkt der Kampagne seien die „Kapwegler", die es unten und oben (kursiv – d. V.) gäbe. Zhou Enlai und He Long (im militärischen Rang eines Marschalls) wussten wohl, dass es jetzt um Liu schlecht stehen könnte. Deshalb rieten sie ihm, Mao Zedong aufzusuchen und Selbstkritik zu üben, was dieser dann auch tat.

Bis zum Frühjahr 1966 wurde die so orientierte „Kampagne für sozialistische Erziehung" in einem Drittel aller Kreise und Volkskommunen durchgezogen. In den Städten waren davon bis Juli 1965 3,5 % aller staatlichen Einheiten in Industrie und Verkehr betroffen.

In den drei Jahren hatte diese Kampagne zweifellos auch eine bestimmte Rolle bei der Lösung der Probleme im Arbeitsstil der Kader und der Wirtschaftsleitung gespielt. Ihren Charakter jedoch

bestimmte die Ausweitung des „Klassenkampfes“ auf fast alle gesellschaftlichen Bereiche und seine Orientierung auf die Bekämpfung der Kräfte, die sich an die realen gesellschaftlichen Realitäten und Erfordernisse hielten und als „Kapwegler“ verschrien wurden. So wurden im Bereich der Wirtschaft das Überlassen von Hofland, die Öffnung der freien Bauernmärkte, das Prinzip der Eigenverantwortung für Gewinn und Verlust sowie die Übertragung der Produktion an die bäuerlichen Haushalte (die „drei Selbst und das eine Übertragen“, san zi yi bao) als „revisionistisches Programm im Lande“ verfolgt. In den Städten waren die kleinen Händler als Kapitalisten verschrien. Wirtschaftliche Rechnungsführung, materielle Interessiertheit und die Orientierung auf ökonomische Effektivität wurden als „kapitalistische Bewirtschaftung und Leitung“ von Unternehmen angeprangert. Letzteres betraf auch das Experiment mit dem Trust. Nun zeigte sich klar und eindeutig, wo für Mao die Grenze im Wirtschaftsbereich lag.

Auf dem Gebiet der Wissenschaften wurden wieder wie schon 1957 namhafte Vertreter wichtiger Disziplinen diskreditiert. Die Auffassung des Philosophen Yang Xianzhen „zwei vereinen zu eins“ (he er er yi) als Einheit der Gegensätze passte den Ultralinken in der Auseinandersetzung mit den „Kapweglern“ und anderen progressiven Kräfte überhaupt nicht in den Plan. Diese Auffassung wurde deshalb kurzerhand als „revisionistisch“, als Streben nach einer Harmonie der Klassen abgetan, während die Umkehrung „eins teilt sich in zwei“ (yi fen wei er) als Ausdruck der Dialektik gepriesen wurde. Sun Yefang, wohl der bedeutendste chinesische Ökonom jener Jahre, wurde u. a. dafür angegriffen, weil er in der Erhöhung der wirtschaftlichen Effektivität den Schlüssel beim wirtschaftlichen Aufbau des Sozialismus sah, die Rolle des Wertgesetzes hervorhob und für die Erweiterung der Rechte und Befugnisse der Unternehmen eintrat. Im Bereich der Geschichtswissenschaft wurde der Dekan der Historischen Fakultät und bekannte Historiker Jian Bozan Opfer „linker“ Angriffe. Er hatte sich u. a. gegen die willkürliche Wertung Geschichte nach den jeweiligen politischen Gesichtspunkten und gegen die Herabwürdigung der Geschichtswissenschaft zur „Magd“ der Politik ausgesprochen.

Den Verbänden der Literatur- und Kunstschaffenden warf Mao Zedong vor, die Politik der Partei seit 1949 grundsätzlich nicht ver-

wirklicht und den sozialistischen Aufbau in ihren Werken nicht widergespiegelt zu haben. Dem folgte seine scharfe Kritik am Ministerium für Kultur. Diese Institution beschuldigte er, ein Ministerium der „Kaiser, Könige, Generäle und Minister" und ein „Ministerium ausländischer toter Menschen" zu sein. Letzteres bezog sich die Verbreitung ausländischer klassischer Literatur und Kunst. Aus der Sicht der Ultralinken galten z. B. Beethoven und Mozart mit ihren Werken bereits am Vorabend der „Kulturrevolution" als reaktionär. Es war schon 1965, wie ich in meiner Arbeit im Bereich der kulturellen Beziehungen feststellen musste, kaum mehr möglich, Orchester mit einem solchen Programm in die VR China zu Gastauftritten zu entsenden.

1964 war im Bereich von Literatur und Kunst bereits eine zweite Front für die „Berichtigung des Arbeitsstils" eröffnet worden. Damit begann die Zeit, in der die Frau Mao Zedongs, Jiang Qing, die „linken" Elemente gegen herausragende chinesische Künstler wie Xia Yan, Tian Han und Xu Pingyu und ihre Romane, Dramen, Filme, Malerei, musikalischen Werke u. a. m. ins Feld zu führen begann. Den Künstlern wurde vorgeworfen, nur über „Menschen der Mitte" zu schreiben, sich nicht mit den Arbeitern und Bauern verbunden zu haben und dem „Revisionismus" verfallen zu sein. Das historische Theaterstück „Die Absetzung des Beamten Hai Rui" von Wu Han, seinerzeit auch stellvertretender Bürgermeister von Beijing, war Mitte 1959 in seiner Urfassung in der Zeitung der Partei, der „Renmin Ribao", abgedruckt worden. 1961 wurde das bearbeitete Stück unter den oben genanten Namen in Beijing als Beijing-Oper aufgeführt. Am 10. November 1965 veröffentlichte Yao Wenyuan, später ein Mitglied der „Viererbande", einen Artikel, in dem er „enthüllte", Wu trete mit diesem Theaterstück eigentlich für die Rehabilitierung Peng Dehuais ein. Mit diesem Artikel von Yao wurde der Rahmen der Literaturkritik verlassen. Die Auseinandersetzungen im Bereich der Literatur und Kunst wurden fortan von Mao Zedong als Instrument seines ideologisch-politischen Kampfes gegen den „Revisionismus" gehandhabt.

Im Bereich der nationalen Einheitsfront wurde der Leiter der betreffenden Abteilung des Zentralkomitees der Partei, Li Weihan, von seinem Amt suspendiert, weil er mit der Bourgeoisie im Lande Umgang gehabt und nicht den Klassenkampf gepredigt hätte sowie

bürgerliche zu sozialistischen Parteien machen wolle.

Im Bereich der internationalen Politik richtete sich die Kritik Maos gegen den Leiter der internationalen Abteilung des Zentralkomitees der Partei, Wang Jiaxiang. Seine Vorschläge für eine Politik der internationalen Entspannung Anfang der 1960er Jahre wurden als Versuch ausgelegt, mit dem Imperialismus, dem ausländischen „Revisionismus" und der „reaktionären nationalen Bourgeoisie" (Nehru) Frieden zu schließen. Deshalb verlor auch Wang seinen Posten.

Seit den frühen 1960er Jahren hatte Lin Biao, stellvertretender Vorsitzender der Partei und Verteidigungsminister, unter den Streitkräften auf der Grundlage der unter seiner Leitung verfassten Zitatensammlung „Worte des Vorsitzenden Mao Zedong" eine intensive ideologische Propaganda betrieben. Nach dem 10. ZK-Plenum war damit begonnen worden, diese Armee als Vorbild aller Klassen und Schichten für die Verwirklichung der Ideen Maos und als „Hauptstütze der Diktatur des Proletariats" herauszustellen. Als ein konkretes Beispiel für die vorbildhafte Aneignung der Ideen Mao Zedongs und der Ergebenheit gegenüber dem „großen Vorsitzenden" wurde in den chinesischen Medien seit 1963 nach seinem Tode der Soldat Lei Feng propagiert. Wie es hieß, fügte sich diese Soldat als Beispiel für die breiten Massen bedingungslos als „Schräubchen in das Getriebe der Politik des Vorsitzenden Mao" ein, ob er Maos Worte verstand oder nicht, und war bereit, selbst sein Leben für den Vorsitzende Mao zu opfern. Der „neue Mensch", wie Mao Zedong ihn sich vorstellte, war „geboren". Damit begann Mao Zedong auch den Personenkult um seine Person zu organisieren.

In einem Gespräch mit dem amerikanischen Journalisten Edgar Snow im Jahre 1965 bestätigte Mao Zedong, dass es in China einen Personenkult gab. China brauche[330] noch mehr an Personenkult, noch mehr Verehrung für ihn, für Mao. Er begründete dies fünf Jahre später wieder im Gespräch mit Snow damit, dass 1995 der größte Teil der Macht in den Parteikomitees der Provinzen und Gebieten, vor allem die Propagandaarbeit im Parteikomitee der Hauptstadt, seiner Kontrolle entglitten wäre. Snow gab diese Äußerung mit folgenden Worten wider: „Deshalb habe er damals die Äußerung getan, man benötige mehr Personenkult, um die Massen anzuspornen, die gegen Mao gerichtete Parteibürokratie zu entmachten."[331]

330. Zitiert nach: Gao Gao/Yan Jiaqqi, „1966 – die zehnjährige Geschichte der ‚großen Kulturrevolution'" Tianjin 1986 S. 1, chines.

Erkenntnisse und Probleme

1. Die Volkswirtschaft war am Vorabend der „Kulturrevolution“ wiederhergestellt und hatte eine teilweise darüber hinausgehende Entwicklung erfahren. Der Umgestaltung im Bereich der Industrie und des Verkehrs, in Form eines Trusts eine moderne Organisation und Leitung der Wirtschaft zu etablieren, war über das Versuchsstadium jedoch noch nicht hinausgegangen. Der sich abzeichnende forcierte Kampf gegen die Kräfte, die die eigentlichen Träger dieser Wirtschaftsreform waren, zeigte auch das Ende und die Zurücknahme dieser Reform an.

2. Seit der 10. Plenartagung des ZK der KP Chinas nahmen die Theorie und Praxis des Klassenkampfes in der Interpretation von Mao eine neue Qualität an. War der „Klassenkampf“ bis dahin ein Instrument der Politik Maos, so verselbstständigte er sich jetzt und wurde zum eigentlichen Ziel seiner Politik. Er betrachtete diesen Prozess als eine neue Revolution und damit als eine grundsätzliche Auseinandersetzung um die Macht, den Charakter und die strategische Ausrichtung der Partei. Es zeichnete sich ab, dass der Armee dabei die entscheidende Rolle zukommen sollte. Wie die zu mobilisierenden Massen war letztlich aber auch sie nur ein Instrument in den Händen Mao Zedongs. Selbst der Personenkult war für ihn ein Mittel, das er, wenn er es für erforderlich hielt, nutzte.

In der internationalen kommunistischen Bewegung richtete Mao Zedong die Speerspitze seines Kampfes nun offen gegen die KPdSU mit dem Ziel, die IKB zu spalten und sie seiner Politik und Ideologie unterzuordnen.

3. Mao Zedong hatte 1965/1966 ideologisch, politisch und organisatorisch alle wesentlichen Vorbereitungen getroffen, um seinen Generalangriff gegen die „Kapwegler“ einzuleiten und seine uneingeschränkte Macht in Partei und Regierung wiederzuherstellen. Das war für ihn die Voraussetzung, um seinen politischen Kurs in Gestalt der nur unwesentlich korrigierten Politik der „drei roten Banner“ wieder aufnehmen und langfristig verwirklichen zu können. Er hatte auch bereits begonnen, die Kräfte zu organisieren, die die konkreten Aktionen in der künftigen „Kulturrevolution“ planen und ausführen würden (die spätere „Viererbande“)

331. Edgar Snow, Die lange Revolution, Preussisch Oldendorf 1973, S. 195.

6. „Große proletarische Kulturrevolution" (1966-1976)

6.1. „Zwei Linien" in der KP Chinas. Die mit der „Kulturrevolution" verfolgte Gesellschaftsvision Mao Zedongs

Die „Kulturrevolution" unterschied sich in einem wesentlichen Punkt von den vorangegangenen politischen Kampagnen: Das mit ihr verfolgte Ziel war, das Problem der „zwei Linien" in der Partei prinzipiell zu lösen.

Mao Zedong nahm die Bestrebungen in der Partei und unter Intellektuellen, aus den Erfahrungen heraus einen neuen Weg zum Sozialismus zu beschreiten, nicht als Fortschritt, sondern als Bedrohung, als gegnerische Infiltration und Subversion gegenüber seiner Politik und seiner Machtstellung wahr. Da seine Auffassungen auf der oberen Führungsebene und von der Mehrheit der Partei nicht mehr geteilt wurden, nutzte er seinen Einfluss auf Teile der Armee, seinen Nimbus und den von ihm erneut geschürten Personenkult, um seine Kontrolle über Partei und Regierung wiederherzustellen. Dabei kamen ihm auch nachwirkende Einflüsse des Absolutismus aus dem mittelalterlichen China im politischen Leben der Volksrepublik zu Hilfe.

Die „Kulturrevolution" war ihrem Charakter nach ein Macht- und Richtungskampf in der KP Chinas; denn sie sollte über die Frage entscheiden, ob China den ultralinken Kurs unter Mao Zedong nach innen und außen ohne Rücksicht auf die inneren und äußeren Auswirkungen fortsetzen oder ob China die Lehren aus den letzten 15 Jahren ziehen und danach streben sollte, seine inneren und äußeren Probleme unter Berücksichtigung seiner nationalen Gegebenheiten und der objektiven Erfordernisse seiner Entwicklung zu lösen.

Zwei Artikel in den chinesischen Medien zu Beginn des Jahres 1966 verdeutlichten die Positionen, die sich mit den „zwei Linien" gegenüberstanden – „Begrüßen wir das Jahr 1966, das erste Jahr des dritten Fünfjahrplans", veröffentlicht am 1. Januar in der „Renmin Ribao", und „Die Politik hat den Oberfehl und ist die Seele", erschienen als Leitartikel in der 1. Nummer der Zeitschrift „Rote Fahne" (hongqi).

Zusammengefasst wurde im ersten Artikel folgende Linie vertreten: In Stadt und Land ist die Kampagne zur sozialistischen Erziehung noch stärker zu entfalten, für die jährliche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zu kämpfen und der Grundriss für die Entwicklung der Landwirtschaft im gesamten Lande“ noch effektiver zu verwirklichen. Auf der Grundlage der ständigen technischen Neuerungen und der ständigen Erhöhung der Arbeitsproduktivität müssen die Kapazitäten in Industrie und Handel voll ausgeschöpft, der Aufbau der Landesverteidigung und die Grundlagenindustrie verstärkt und selbstständige, relativ vollständige Systeme der Industrie und der Volkswirtschaft aufgebaut werden. Auf der Grundlage der Entwicklung der Produktion ist das Leben des Volkes ständig zu verbessern. Wir müssen darum kämpfen, in zwanzig,- dreißig Jahren das fortgeschrittene Niveau von Wissenschaft und Technik in der Welt zu erreichen und zu überholen und unser Land in ein starkes sozialistisches Land zu verwandeln, das über eine moderne Landwirtschaft, eine moderne Industrie, eine moderne Landesverteidigung und über eine moderne Wissenschaft und Technik verfügt. Das Schwergewicht wurde hier auf die zielstrebige Entwicklung einer modernen und international führenden Wirtschaft und damit auf die ständige Verbesserung des Lebens des Volks gelegt.

Im Unterschied bzw. Gegensatz dazu lag das Schwergewicht des zweiten Artikels auf der Durchsetzung der Politik Mao Zedongs: Die Politik und ihre führende Rolle, das heißt die führende Rolle der Ideen Mao Zedongs, müssen herausgestellt werden. Das Studium und die Anwendung dieser Ideen müssen in der gesamten Arbeit den ersten Platz einnehmen. Kritisiert werden die Auffassungen wie „Geht es der Wirtschaft gut, ist auch die Politik gut“. Die Politik ist „ein Kampf Klasse gegen Klasse“. Ohne Klassenkampf gibt es keine Politik. Die Politik herausstellen, heißt, an allen Fronten den Klassenkampf anpacken, den Klassenkampf zwischen den beiden Linien Sozialismus und Kapitalismus anpacken und die Klassenlinie der Partei konsequent verwirklichen. Ob die proletarische Politik führt und die Seele ist oder ob die materielle Interessiertheit und das persönliche Interesse führen und die Seele sind, machen die beiden sich grundsätzlich gegenüberstehenden Weltanschauungen, die beiden sich grundsätzlich gegenüber stehenden politischen Linien aus.

Deutlicher konnte kaum ausgedrückt werden, dass hier ohne Rücksicht auf die weitere Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards des Volkes die Linie und Politik der Partei in einer offenen und unversöhnlichen Auseinandersetzung unter Missachtung des Parteistatuts gewaltsam verändert werden sollten.

Unmittelbar vor Auslösung der „Kulturrevolution" legte Mao Zedong in einer offiziellen Weisung zu einem Bericht Lin Biaos einige seiner grundlegenden Ansichten über den von ihm angestrebten Sozialismus dar. In dieser „Weisung vom 7. Mai" 1966 (wu qi zhishi) stellte er die Armee als „eine große Schule" heraus:

„In dieser Schule muss man Politik, das Militärische und die Kultur erlernen, kann man sich ferner mit der Landwirtschaft und ihrer Nebenproduktion befassen sowie einige mittlere und kleine Betriebe unterhalten und einige Produkte, die man selbst benötigt, produzieren und mit dem Staat gleichwertige Erzeugnisse tauschen. In dieser großen Schule kann man sich sowohl mit Massenarbeit befassen als auch in den Betrieben mitarbeiten und an der Kampagne zur sozialistischen Erziehung auf dem Dorf teilnehmen. Ist die Kampagne zur sozialistischen Erziehung abgeschlossen, gibt es jederzeit Massenarbeit, die getan werden muss, damit Armee und Volk auf ewig eins werden. Man kann auch jederzeit am kulturrevolutionären Kampf zur Verurteilung der Bourgeoisie teilnehmen. So kann man gleichzeitig Militärisches und Lernen, Militärisches und Landwirtschaft, Militärisches und Industrie und die Angelegenheit von Militär und Volk anpacken. Natürlich muss das entsprechend zusammengestellt, muss eines das Hauptsächliche und das andere das Nachgeordnete sein. Von den drei Dingen Landwirtschaft, Industrie und Militärisches kann eine Truppe nur ein oder zwei Dinge tun. Alles kann nicht gleichzeitig getan werden. So wird die Rolle, die die Millionen starke Armee spielt, sehr groß sein ... Dem Vorbild dieser komplexen Beschäftigung haben auch Arbeiter, Bauern, Studenten, Beschäftigte des Dienstleistungswesens und Mitarbeiter der Parte- und Staatsorgane zu folgen. Die Armee hat dieses System schon seit einigen Jahrzehnten praktiziert, insgesamt ist es jedoch noch zu verbreiten."[332]

Diese Auffassung über einen Sozialismus hatte Mao Zedong aus

332. Persönliches Material aus der Zeit der „Kulturrevolution".

seinen Erfahrungen mit dem „großen Sprung“ und der Volkskommune vertieft. Er war dabei zu der Einsicht gekommen, dass es lange Zeit bedürfe, um diesen Sozialismus zu entwickeln. Er hoffte, durch die Dominanz einer voluntaristischen Politik „als Kommandokraft“ und einen permanent geführten „Klassenkampf“ seine ideale Gesellschaft zu schaffen. Den Weg dahin sah er nun auch in der Bekämpfung des „Revisionismus“. In dieser Gesellschaft wären alle Menschen gleich und entmündigt gewesen. Niemand hätte mehr private Interessen haben dürfen und alle hätten sich der „großen Gemeinsamkeit“ bedingungslos unterordnen müssen.

Chinesische Parteihistoriker schätzen ein, dass diese Sozialismus-Auffassung von einigen Ideen marxistischer Klassiker, von Erkenntnissen aus dem sowjetischen Sozialismus-Modell, von „tiefen Brandmalen“ des Aufbaus der Stützpunkte in der Zeit der „revolutionären Krieges“, vom Kriegskommunismus und von den Einflüssen der traditionellen chinesischen Kultur geprägt ist. Sie zeuge zwar von einem „hohen idealistischen Streben“, wäre aber nicht zu verwirklichen gewesen.[333]

Ich habe dieser Quellenanalyse nichts, doch der damit verbundenen Wertung einiges hinzuzufügen. Die Sozialismus-Auffassung Mao Zedongs ist in ihrem konkreten historischen Zusammenhang zu sehen. Sie widersprach sowohl den nationalen Gegebenheiten wie den sich darauf ergebenden objektiven Erfordernissen des chinesischen Weges zum Sozialismus. Das lag nicht allein an fehlenden Einsichten und Erkenntnissen. Mao ignorierte, aus welchen Gründen auch immer, zudem Überlegungen von Marx und Engels und vor allem von Lenin. Seine voluntaristischen, gleichmacherischen und kriegskommunistischen Züge sind unverkennbar. Sein Gesellschaftsbild ähnelt bäuerlichen Utopien von einer gerechten Gesellschaft. Dieser „Sozialismus“, dessen Bild Mao mit seiner Weisung vom 7. Mai 1966 entworfen hatte, ist für mich nicht Teil der konstruktiven Suche der KP Chinas nach einem chinesischen Weg zum Sozialismus. Es war eine Utopie, die objektiv gegen den realen Fortschritt der VR China zum Sozialismus stand.

333. Sie begründen diese Einschätzung vor allem mit der Ignorierung der entscheidenden Rolle des Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte für eine Gesellschaftsordnung und der Bedeutung der Warenwirtschaft für den Sozialismus sowie der Orientierung auf den "Klassenkampf als Hauptwiderspruch des Sozialismus". Siehe: Zheng Qian/Zhang Hua, "China im Zeitalter Mao Zedongs (1949-1976)", Bd. III, Beijing 2003, S.7, chinesisch.

6.2. Auslösung der „Kulturrevolution"

Den Beginn der allseitigen Entfaltung der „Kulturrevolution" markieren zwei Tagungen: die erweiterte Sitzung des Politbüros im Mai 1966 und die 11. Tagung des VIII. ZK der KP Chinas im August des gleichen Jahres.

Auf diesen Tagungen wurden zwei Beschlüsse gefasst, die „Mitteilung vom 16. Mai" und der „Beschluss über die große proletarische Kulturrevolution". Sie führten zur Umbildung des entscheidenden Teils des zentralen Apparats der Partei und veränderten damit die dem Parteistatut entsprechende Organisation der Machtstruktur. Das Politbüro und das Sekretariat des Zentralkomitees wurden beiseite geschoben. An ihre Stelle traten Lin Biao und die Gruppe des ZK für Kulturrevolution. Mao Zedong hatte damit die entscheidenden Machtpositionen wieder in der Hand, wobei ihm die gravierenden Schwächen der Kräfte, die Objekt der „Kulturrevolution" wurden, entgegenkamen. Mit der grundsätzlichen Errichtung der ultralinken Herrschaft in der Zentrale der Macht begann das gesteuerte Wüten dieser Kräfte in der gesamten Partei und des gesamten Landes. Dem diente auch die Entsendung der Armee in die Hoch- und Mittelschulen, um dort die Lehrerschaft und Schüler bzw. Studenten militärisch zu trainieren.

Nach einer Beratung Mao Zedongs mit Chen Boda, Guang Feng u. a. Ende Dezember 1995 in Hangzhou über die Artikel Yao Wenyuans gegen Wu Han und sein Theaterstück „Die Absetzung der Hai Rui" war die politische Kritik gegen diesen Stück verstärkt und auf andere Werke der Kunst und ihre Schöpfer wie auf die Gesellschaftswissenschaften ausgeweitet worden. Die vom ZK eingesetzte „Fünfergruppe für die Kulturrevolution" unter Leitung Peng Zhens, Sekretär des Parteikomitees Beijing, hatte Anfang Februar 1966 auf diese sich ausweitenden politischen Angriffe reagiert und keine Anhaltspunkte feststellen können, dass das Theaterstück mit der Absetzung Peng Dehuais in Verbindung stand. Sie war zu der

Ansicht gekommen, dass die Kritik unter Führung des Zentralkomitees versachlicht und im Rahmen des Kurses „Lasst alle Blumen blühen und alle Schulen miteinander wetteifern" als fachliche Debatte weiter geführt werden sollte. In dem auf dieser Sitzung angenommenen „Februar-Konzept" (er-yue tigang) war Wert darauf gelegt worden zu betonen: „Die Probleme des wissenschaftlichen Streits sind sehr kompliziert. Einige Dinge können nicht so leicht in kurzer Zeit gelöst werden...Wir müssen daran festhalten, die Wahrheit in den Fakten zu suchen, am Prinzip festhalten, dass jedermann vor der Wahrheit gleich ist. Wir müssen mit vernünftigen Gründen überzeugen und dürfen nicht wie Fachpäpste selbstherrlich auftreten und auf andere Druck ausüben."[334] Liu Shaoqi und Deng Xiaoping hatten dem Ergebnis der Sitzung zugestimmt. Mao Zedong, Kang Sheng, Jiang Qing, Zhang Chunqiao und anderen Ultralinken hingegen griffen das „Februar-Konzept" Ende März in Shanghai scharf an. Es bringe die Klassenreihen durcheinander und unterscheide nicht Richtiges und Falsches. Auf Weisung Maos wurde dieses Papier vom Sekretariat des ZK für ungültig erklärt und Peng Zhen auf einer von Mao geleiteten erweiterten Sitzung des Politbüros Mitte April eines „konterrevolutionären Verbrechens" angeklagt. Mao beschuldigte die Intellektuellen, die Macht in Wissenschaft und Bildung in ihrer Hand zu halten und sich der sozialistischen Revolution, je mehr sie fortschreite, desto stärker widersetzen. Sie würden ihre gegen Partei und Sozialismus gerichtete Haltung immer deutlicher zeigen. Leute wie Wu Han und Jian Bozan wären als Mitglieder der KP zugleich Antikommunisten und stünden faktisch auf den Positionen der Guomindang.[335]

Die Zeichen standen auf Sturm, doch viele Menschen verstanden sie noch nicht.

Im Mai wurden Luo Ruiqing, Lu Dingyi und weiteren führenden Kadern des zentralen Apparats konterrevolutionäre Verbrechen zur Last gelegt. Mao verstieg sich zu der Behauptung, eine kapitalistische Restauration zu sehen und sogar wahrzunehmen, dass sich im Zentralkomitee der Revisionismus breit mache.

334. Zitiert nach: ebd., S.21.

335. Hier zeigten sich Argwohn und Feindschaft gegen Intellektuelle, wie sie in der kommunistischen Bewegung seit Mitte der 1920er vielfach vorhanden waren, vor allem, weil Kommunisten aus dieser sozialen Schicht häufig als Initiatoren und Vertreter alternativer Konzepte zu der von Stalin geprägten marxistisch-leninistischen Linie fungierten.

„Mitteilung des 16. Mai"

In dieser aufgeheizten Atmosphäre wurde die erweiterte Tagung des Politbüros des ZK für den 4.- 26. Mai einberufen. Mao überarbeitete die Dokumente, die die Tagung anzunehmen hatte, nahm aber an der Beratung selbst wieder nicht teil. Die Tagung wurde von Liu Shaoqi geleitet. Mao wurde von Kang Sheng über ihre Ergebnisse informiert. Die Tagung nahm die „Mitteilung vom 16. Mai" (wu yiliu tongzhi) an.[336] Die „Fünfergruppe für die Kulturrevolution" unter Peng Zhen wurde aufgelöst. Die Leitung der neu gegründeten Gruppe für die Kulturrevolution wurde Chen Boda übertragen, seine Stellvertreterin war Jiang Qing.

Der „Februar-Konzeption" wurden zehn Verbrechen angehängt. Sie richte sich gegen die Vollendung der sozialistischen Revolution und gegen die Linie Maos für die Kulturrevolution, nehme die „kapitalistischen Rechten" in Schutz, bereite die öffentliche Meinung auf die Restauration des Kapitalismus vor und sei durch und durch revisionistisch.

In der „Mitteilung" hieß es, das die Vertreter der Bourgeoisie, die in die Partei, die Regierung, die Armee und in alle Bereiche der Kultur eingedrungen wären, ein Gruppe konterrevolutionärer Revisionisten seien, die, sobald die Zeit reif wäre, die Macht erobern und die Diktatur des Proletariats in eine Diktatur der Bourgeoisie verwandeln wollten. Einige von ihnen wären bereits entdeckt, einige hätten noch „unser" Vertrauen als Nachfolger. Sie wären aber vom Schlage Chruschtschows und würden „an unserer Seite schlafen". Die „Mitteilung" enthielt die Theorie, die Linie, den Kurs und die Politik, um diese Personen durch die „Kulturrevolution" unschädlich zu machen. Diese Theorie wurde später zur „Theorie über die Fortsetzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats" weitergeführt. In der „Mitteilung" wurde dazu aufgerufen, das „Banner der Kulturrevolution" hoch zu erheben, gründlich die bürgerlichen Standpunkte der so genannten wissenschaftlichen Autoritäten aufzudecken, die reaktionäre bürgerliche Ideologie in Wissenschaft, Bildung, Journalistik, Literatur und Kunst und im Verlagswesen zu

336. Siehe: "Rundschreiben des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas" (16.Mai 1966), in: „Wichtige Dokumente der Großen Proletarischen Kulturrevolution", Peking 1970, S. 121-175.

attackieren und mit den Vertretern der Bourgeoisie, die überall eingedrungen wären, gründlich abzurechnen.

Die „Mitteilung vom 16. Mai" war damit die Leitlinie für die allseitige Entfaltung der „Kulturrevolution". Im Mai waren die Medien bereits voll von Beiträgen zu dieser Thematik.

Mitte Mai schickte das Nordchinesische Büro des ZK der KP Chinas eine Arbeitsgruppe in die Beijing-Universität, um dem dortigen Parteikomitee zu helfen, die Kulturrevolution zu entfalten. 11 Tage später, am 25. Mai, klebte der Sekretär der Parteiorganisation der Philosophischen Fakultät dieser Universität, die Dozentin Nie Yuanzi, eine Großschriftwandzeitung (dazibao)[337] an. Darin griff sie das PK der Universität und das PK der Stadt Beijing an, weil sie der Forderung des ZK entsprochen hatten, „die Führung zu verstärken und auf den Posten auszuharren". Nie schrieb, dass die Zeit für alle revolutionären Intellektuellen gekommen wäre zu kämpfen, die Kontrolle durch den Revisionismus zu beseitigen, alle Ochsen- und Schlangengeister und alle konterrevolutionären revisionistischen Elemente vom Schlage eines Chruschtschows zu vernichten. Die Studenten und Dozenten der Beijing-Universität folgten diesem Aufruf und klebten innerhalb eines halben Tages über eintausend Großschriftwandzeitungen.

Mit Billigung Maos führte Chen Boda eine Arbeitsgruppe in die Redaktion der „Renmin Ribao" und übernahm dort wie auch über die Nachrichtenagentur Neues China und den Rundfunk die Macht. Am 1. Juni veröffentliche die „Renmin Ribao" einen Leitartikel unter dem Titel „Räumt rücksichtslos mit allen Ochsen- und Schlangengeistern auf". Der Beitrag rief zur Revolte (zaofan) auf. Am gleichen Tag wurde mit Genehmigung Mao Zedong die Großschriftwandzeitung von Nie Yuanzi im gesamten Lande veröffentlicht. Die Massen wurden aufgerufen, die „schwarzen Banden" und die „schwarzen Organisationen" zu zerschlagen und die Macht zu erobern. Liu Shaoqi versuchte, die sich ausbreitenden Revolten unter Kontrolle der Parteikomitees in den Schulen zu halten. Führende Persönlichkeiten sollten sich zu den Studenten begeben, um sich über die Lage kundig zu machen.

337. Großschriftwandzeitungen bestanden allgemein aus Bögen weißen oder andersfarbigen Papiers in der Größe von etwa 1 m mal 0,79 m, auf die mit schwarzer Tusche in großen Schriftzeichen geschrieben wurde. Je nach Länge des Pamphlets wurden mehrere Bögen aneinander gereiht. Die Wandzeitungen wurden entweder an die Mauern geklebt oder auf Leinen gehängt.

Dieses Ziel verfolgte auch eine von Liu Shaoqi und Deng Xiaoping (Zhou Enlai hatte sich zuvor auf eine Auslandsreise begeben!) einberufene erweiterte Tagung des Politbüros. Sie nahm eine Acht-Punkte-Weisung an, nach der u. a. verhindert werden sollte, dass Demonstrationen stattfinden und Großschriftwandzeitungen auf der Straße erscheinen. In den Schulen forderten viele Studenten und Leitungen von der Zentrale, Arbeitsgruppen zu entsenden, um die Kampagne zu leiten. Liu war sich unschlüssig, wie darauf zu reagieren war, und begab sich mit Deng zu Mao Zedong nach Hangzhou, um sich in dieser Frage beraten zu lassen. Er bat ihn, nach Beijing zurückzukommen und wieder die Leitung zu übernehmen. Mao erwiderte, dass er vorläufig nicht nach Beijing zurückkehren werde und Liu und Deng die Probleme in der Kampagne selbst weiter regeln sollten. Die Taktik Maos war offensichtlich, Liu Shaoqi im Nachhinein beschuldigen zu können, sich der „Kulturrevolution" und den dafür mobilisierten Massen entgegengestellt und damit wider die Parteibeschlüsse gehandelt zu haben.

Inzwischen hatte sich die Revolte an den Schulen ausgeweitet. Überall entstanden „Tribünen für die Bekämpfung der Ochsen- und Schlangengeister", auf denen die Schulleitungen und immer mehr Dozenten und Studenten den „Hut" des Kapitalismus und Revisionismus aufgesetzt bekamen und psychisch wie physisch fertig gemacht wurden. Viele Kader vor Ort ersuchten das ZK dringend einzugreifen. Mao äußerte sich nach wie nicht zu dieser Frage.[338] Liu Shaoqi als amtierender Verantwortlicher für die Arbeit der Partei entschied sich schließlich, die Arbeitsgruppen bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu unterstützen, die sich ausbreitende Revolte unter Kontrolle zu bringen. Das verschärfte den Gegensatz zwischen den Massen, die die „Mitteilung vom 16. Mai" mit aller Macht umsetzten, und den Arbeitsgruppen.

Am 18. Juli kehrte Mao nach Beijing zurück. Nach Beratungen mit Jiang Qing, Chen Boda und Kang Sheng und der Entgegennahme des Berichts von Liu Shaoqi griff er die Entsendung der Arbeitsgruppen massiv an als grobe Verletzung der Beschlüsse des Ständigen Ausschusses des Politbüros und ordnete ihre umgehende Zurückziehung aus den Schulen an. Er verurteilte den Einsatz der Arbeitsgruppen als

338. Vergl.: Liu Zhende, "Ich war Sekretär Liu Shaoqis", Beijing 1994, S.241-242, chinesisch.

einen Fehler im Kurs und in der Linie, als eine Maßnahme im Interesse der Bourgeoisie, als gegen die Diktatur des Proletariats gerichtet und als Unterdrückung der revolutionären Aktionen der Massen. Das war im Grunde schon das Todesurteil für Liu Shaoqi.

11. Tagung des VIII. ZK der KP Chinas

Vom 1.-12. August tagte in Beijing das 11. Plenum des VIII. ZK der KP Chinas, dieses Mal unter Leitung Mao Zedongs. Nach der erweiterten Beratung des Politbüros im Mai war es die zweite Tagung, die den Weg für die volle Entfaltung der „Kulturrevolution" frei machte.

Die Beratung fand in einer außerordentlich gespannten Atmosphäre statt. Liu Shaoqi stellte in dem Arbeitsbericht selbstkritisch fest, dass er, da der Vorsitzende Mao nicht in Beijing war, als Verantwortlicher für die Arbeit der Partei die Hauptschuld für die Entsendung der Arbeitsgruppen trüge. Mao reagierte mit neuen, noch schärferen Angriffen auf die Entsendung der Arbeitsgruppen: „Das ist Unterdrückung und Terror, der aus der Zentrale kommt ... Ochsen- und Schlangengeister gibt es unter den hier Anwesenden." Am 5. August verfasste Mao „Bombardiert die Stäbe – meine Großschriftwandzeitung", in der er die Arbeit der Partei in den vorangegangenen über 50 Tagen zerriss und verurteilte: „Einige gewisse Genossen von der Zentrale bis zu den Regionen ... nehmen den reaktionären Standpunkt der Bourgeoisie ein, üben die Diktatur der Bourgeoisie aus und schlagen die stürmische Bewegung der großen proletarischen Kulturrevolution durch das Proletariat nieder ... Sie praktizieren weißen Terror ..."[339]

Das Plenum nahm am 8. August den „Beschluss des ZK der KP Chinas über die große proletarische Kulturrevolution", die so genannten „16 Punkte" (shiliu tiao) an.[340] Er hatte den Charakter eines programmatischen Dokuments für die „Kulturrevolution". Sie sei eine „große Revolution, die die Seele der Menschen berührt". Ihr Ziel sei gegenwärtig, „die Machthaber, die den kapitalistischen Weg gehen, zu stürzen, die reaktionären wissenschaftlichen ‚Autoritäten' der Bour-

339. Zitiert nach: He Li, a.a.O., S.333.
340. Zitiert nach: Zheng Qian/Zhang Hua, a.a.O., S. 46-47.

geoisie zu verurteilen, die Ideologie der Bourgeoisie und aller Ausbeuterklassen zu verurteilen, Bildung sowie Literatur und Kunst umzugestalten, jeglichen Überbau, der nicht der sozialistischen ökonomischen Basis entspricht, im Interesse der Festigung und Entwicklung der sozialistischen Ordnung umzugestalten". Der nun in der Partei ausgemachte „Kommandostab der Bourgeoisie" wurde verantwortlich gemacht für die „revisionistische" Tendenz, die seit 1952 (!) im sozialistischen Aufbau aufgetreten wäre. Es käme nun darauf an, den Massen mutig freie Hand zu lassen, die Großschriftwandzeitung umfassend zu nutzen, „Unruhen nicht zu fürchten" und die Massen sich in der Kampagne selbst erziehen zu lassen.

Auf Vorschlag Maos wurde das Politbüro um Tao Zhu (Sekretär des Südbüros des ZK), Chen Boda, Kang Sheng und Li Fuzhun erweitert. Lin Biao rückte in der Parteihierarchie an die zweite Stelle, Liu Shaoqi wurde vom 2. auf den 8. Platz zurückgestuft.

Die „Kulturrevolution" war nun organisiert: Mao Zedong war der Strategie und Regisseur. Der Gruppe für Kulturrevolution des ZK, seit August von Jiang Qing geführt, oblag die taktische Durchführung, für die sie von Mao viel Spielraum erhielt. In ihrer Hand waren die Massen das Instrument, die Objekte der Kampagne konkret anzugreifen und aus dem Weg zu räumen.

So war der Weg frei für die ungebremsten und brutalen Aktionen der aufgehetzten Rotgardler[341] und Rebellentrupps Mao Zedongs im gesamten Lande. Diese Trupps schossen überall wie Pilze aus dem Boden. Sie rekrutierten sich aus Mittelschülern und Studenten sowie aus jungen Arbeitern (zumeist Zeitarbeiter), gaben vielfach ihre eigenen „kleinen Zeitungen" (xiao bao) und andere Materialien heraus, in denen viele Interna über ihre Abrechnung mit führenden Kadern und der Geschichte der Partei verbreitetet wurden. Diese Trupps jagten vor allem Kader und Intellektuelle, die sich nicht selten selbst in den Tod stürzten, um ihrem Schicksal zu entgehen. Uns in der Botschaft wurde damals bekannt, dass allein in Beijing in den Augusttagen Nacht für Nacht vierhundert bis fünfhundert Tote in das Krematorium eingeliefert worden wären.

341. Zitiert nach: He Li, a.a.O., S. 333.

6.3. „Kulturrevolution" in voller Entfaltung

Zwischen dem 18. August und dem 26. November 1966 empfing Mao Zedong acht Mal über 11 Millionen Rotgardler aus allen Teilen des Landes auf dem Tiananmen-Platz in Beijing. Mao genoss offensichtlich die maßlosen Huldigungen der Massen, die weit über den Platz schallten: „Vorsitzender Mao, Du bist die röteste, röteste Sonne" oder „Vorsitzender Mao, Du mögest zehntausend, zehntausend Jahre leben". In den Ansprachen, die Lin Biao im Namen Maos hielt, dominierten immer zwei Aspekte: die Lobpreisung Maos und die Anstachelung der Massen zur Rebellion. Er stellte Mao nicht nur als den „Oberkommandierenden der Großen Proletarischen Kulturrevolution" heraus. Er verkündete gleich in seiner ersten Rede, dass Mao Zedong „der hervorragendste Führer des Proletariats unserer Zeit und das größte Genie der Gegenwart" sei und seine Ideen „den höchsten Stand des Marxismus-Leninismus in der heutigen Zeit" darstellen würden. Zugleich wiegelte er die Massen mit aller Kraft auf, „die Machthaber, die den kapitalistischen Weg gehen, die reaktionären bürgerlichen Autoritäten und alle bürgerlichen Royalisten, alle Ochsen- und Schlangengeister niederzuschlagen".[342] Den Rotgardlern wurde es ermöglicht, die Eisenbahn und andere Verkehrsmittel kostenlos zu nutzen, um sich landesweit zu verbinden und ihre Kräfte an Orten zu konzentrieren, an denen die „Kulturrevolution" sich nicht recht entfalten konnte. Ich traf Rotgardler aus Beijing z. B. in Wuhan und Guangzhou, die die dortigen Mao-Trupps in ihren Aktionen unterstützten. Kader und Dozenten ihrer Schulen und Institutionen hielten sie eingesperrt, um sie wieder und wieder herauszuholen und auf den „Tribünen für die Bekämpfung der Ochsen- und Schlangengeister" zu Schuldeingeständnissen zu zwingen. Wie bei Schwerverbrechern wurde dabei der Kopf des Beschuldigten von den Wächtern nach unten gedrückt. Viele Führungskader und Vertreter der Kultur und Kunst in den Händen der Rotgardler bekamen auch hohe Papiermützen mit Aufschriften ihrer Schuld aufgesetzt. Sie wurden auf offenen LKWs des Militärs den Massen zur Schau gestellt und durch die Straßen gekarrt, dabei wurde ihre „Schuld" der Bevölke-

342. Aus der Rede Lin Biaos auf dem ersten Massenmeeting auf dem Tiananmen-Platz am 18.8.1966, zitiert aus: "Wichtige Dokumente der Großen Proletarischen Kulturrevolution", a.a.O., S.280.

rung durch Lautsprecher verkündet. Vor allem in den Städten herrschte ein Klima „revolutionären" Terrors und der Überwachung. Beim Besuch einer Staatsbürgerin der DDR in Guangzhou fiel mir auf, dass sie entlang der Treppe hinauf zu ihrer Wohnung 13 oder 14 Mao-Bilder aufgehängt hatte. Auf meine Bemerkung hin, eins würde doch wohl ausreichen, erwiderte sie: „Nein. Wenn ich das neueste Bild Mao Zedongs hinzugehängt habe, lässt mich der Straßenbeauftragte bei seinen Kontrollen in Ruhe." Die Bevölkerung wurde angehalten, jeden Tag die Mao-Bibel zu lesen. Die Beschäftigten in den einzelnen Einheiten traten morgens, mittags und zum Feierabend vor den Gebäuden militärisch geordnet an, schlugen auf Weisung eines „Vorbeters" die entsprechenden Seiten auf und lasen die Zitate gemeinsam laut vor. Das begegnete uns auch auf den chinesischen Fluglinien, wenn die Crews in gleicher Weise Mao Zedong und seine Ideen priesen. Die Willkür der Rotgardler nahm mitunter auch groteske Züge an. Eines Morgens radelten die Beijinger mit eingerahmten Mao-Bildern vor der Brust zur Arbeit, nur weil es die Rotgardler so angeordnet hatten. An einem anderen Tag hatten sie beschlossen, die Verkehrsregelung zu ändern: Rot als Farbe der Revolution bedeutete nun Weiterfahren, Grün hingegen Anhalten.

Am 5. Oktober wurde im Namen des ZK der Partei ein weiterer Schlag gegen die Parteiorganisationen geführt. Die Massen wurden dazu aufgefordert, überall die „bösartige Woge" aufzudecken, dass die „Parteikomitees Revolution betreiben". Im Ergebnis gerieten die Parteikomitees aller Bereiche in einen Zustand der Lähmung, was zur gänzlichen Einstellung der Tätigkeit der Grundorganisationen führte.

Vom 9.–28. Oktober fand eine von Mao Zedong geleitete Arbeitskonferenz des ZK statt. Auf dieser Tagung wurde das „kulturrevolutionäre" Szenario der nächsten Monate mit seinen Schwerpunkten festgelegt. Zunächst orientierte Mao Zedong darauf, die seit fünf Monaten vor sich gehenden Wirren noch einige Monate weiter zu schüren und auf den Straßen Wandzeitungen zu verbreiten. Den Arbeitern, Bauern und Militärs untersagte er, sich in die „Kulturrevolution" der Schüler und Studenten einzumischen. Am 16. Oktober griff Chen Boda in einem Bericht über den Kampf der beiden Linien die „reaktionäre bürgerliche Linie" abermals außerordentlich scharf an. Und am 25. Oktober war es dann so weit, Liu

Shaoqi und Deng Xiaoping direkt anzugreifen. Lin Biao behauptete in seiner Rede, dass die „falsche Linie in der Bewegung der Großen Proletarischen Kulturrevolution hauptsächlich von Liu und Deng ausgeht" und diese Linie „die Massen unterdrückt und eine konterrevolutionäre Linie ist".[343] Nach der Tagung begann im gesamten Land eine neue Welle der Verurteilung der „reaktionären bürgerlichen Linie", in der der größte Teil der Führungskader von Partei und Regierung angegriffen wurde. In diesem Zusammenhang organisierte Jiang Qing Teile der nicht fest angestellten Arbeiter, um den Allchinesischen Gewerkschaftsbund zu entmachten. Als diese Welle auf die Unternehmen und das Dorf übergriff, gab das ZK am 9. Dezember 1966 „10 Vorschriften (Entwurf)" und die „Weisung über die Große Proletarische Kulturrevolution des Dorfes (Entwurf)" heraus. Darin wurde gefordert, dass Arbeiter und Bauern die „Kulturrevolution" nur in ihrer Freizeit durchzuführen haben.

Schicksal Liu Shaoqis

Mao Zedong hatte aus meiner Sicht das Problem der Entsendung der Arbeitsgruppen bewusst ausgenutzt, um endlich mit Liu abzurechnen, ihn ins offene Messer laufen zu lassen und der „reaktionären bürgerlichen Linie" beschuldigen zu können.

Die Kritik an Liu Shaoqi wurde vor März 1967 grundsätzlich noch intern geübt. Lin Biao und Jiang Qing zerrten jedoch das Problem an die Öffentlichkeit. Am 18. Dezember 1966 teilte Zhang Chunqiao dem Anführer des Mao-Trupps an der Qinghua-Universität, Kuai Dafu, mit, dass „die beiden Leute im ZK, die die reaktionäre bürgerliche Linie aufgestellt haben, bis heute noch nicht kapituliert haben". „Ihr kleinen Generäle der Revolution solltet euch zusammentun, einen radikalen revolutionären Geist entfalten" und „sie runter machen". Am 25. Dezember organisierte Kuai über 5 000 Rotgardler, die unter Rufen „Nieder mit Liu Shaoqi!", „Nieder mit Deng Xiaoping" lautstark durch Beijings Straßen zogen.[344] Seine Verurteilung auf dem 11. ZK-Plenum hatte Liu Shaoqi offenbar

343. Zitiert nach: He Li, a.a.O., S.336.
344. Ebd.

zutiefst erschüttert und verunsichert. Auf die Frage seines Sekretärs Liu Zhende, ob er denn einen Fehler begangen hätte, soll er mit folgenden Worten reagiert haben: „Auf dem 11. Plenum des ZK hat das Ständige Komitee des ZK Änderungen vorgenommen. Ich habe dazu nichts zu sagen. Wenn es nochmals Veränderungen geben sollte, werde ich dazu auch nichts zu sagen haben. Ich bin 48 Jahre alt. Ich möchte Sicherheit und fürchte mich vor Unruhen. Deshalb bin ich ungeeignet, die Große Kulturrevolution zu führen. Die Geschichte wird beweisen, dass die Große Kulturrevolution einen weitreichenden Einfluss ausüben wird."[345] Er war jedoch der Meinung, dass das Durchsuchen von Wohnungen und das Konfiszieren von Vermögen durch die Rotgardler gegen die Verfassung des Landes verstoßen und daher unrechtmäßig waren.

Im Dezember beschloss die Gruppe für Kulturrevolution, eine Akte Wang Guangmei anzulegen, mit der Material zur Verurteilung Liu Shaoqis gesammelt wurde. Mit dem Aufruf in der „Renmin Ribao" am 1. Januar 1967, in diesem Jahr den Generalangriff gegen die „Kapwegler" und „Schlangengeister" zu führen, wurde Liu, noch ohne seinen Namen zu nennen, als größter „Kapwegler" in der Partei, als „chinesischer Chruschtschow" hingestellt. Nun begann die Gruppe für die Kulturrevolution auch im ZK-Gelände aktiv zu werden. Liu Shaoqi und Deng Xiaoping wurden in Wandzeitungen scharf verurteilt.

Der unmittelbare Angriff gegen Liu begann mit Übergriffen gegen seine Familie. Als Erstes wurde seine Schwiegermutter aus dem ZK-Gelände vertrieben, ins Gefängnis gesteckt und schrecklich gefoltert. Sie war Grundschullehrerin und Abgeordnete des Beijinger Volkskongresses der ersten drei Wahlperioden gewesen. Von ihren zehn Kindern, alle hochrangige Intellektuelle, hatten fünf vor 1949 an der Revolution teilgenommen. Liu sah sich dem Schicksal seiner Schwiegermutter wehrlos gegenüber.

Seine Reaktion auf die gegen ihn gerichteten Wandzeitungen zeigte, dass er nach wie vor gegenüber Mao Zedong vertrauensselig und naiv gewesen sein muss: Er hätte mit Mao schon einige Jahrzehnte zusammengearbeitet. Insbesondere in den letzten zehn Jahren gab es durch den Mangel an Erfahrungen vor Beschlüssen

345. Liu Zhende, a.a.O., S.254. Die weitere Darstellung wie mit Liu Shaoqi umgesprungen wurde, ist ebenfalls dieser Quelle entnommen.

immer unterschiedliche Meinungen. Das sollte aber nicht dazu ausgenutzt werden, um gegen jemanden vorzugehen und nicht zu achten. Am Schluss habe man jedoch immer nach der Meinung des Vorsitzenden Mao und dem Prinzip des demokratischen Zentralismus gehandelt. Überdies hätte er, wenn ihm Fehler nachgesagt wurden, immer Selbstkritik geübt.

Den zweiten Schlag gegen Liu führte Jiang Qing, indem sie seine Frau, Wang Guangmei, in die Qinghua-Universität entführen ließ, um sie dort auf die „Tribüne" von den Rotgardlern stundenlang attackieren und erniedrigen zu lassen. Am 12. Januar 1967 abends drang erstmals ein Rebellen-Trupp mit Zustimmung Jiang Qings in den Wohnbereich Liu Shaoqis im ZK-Gelände ein und klebten ihre Wandzeitungen gegen ihn.

Am 13. Januar ließ Mao Zedong ihn zu sich kommen. In dem Gespräch äußerte Liu zwei Bitten: 1. Er, Liu, anerkenne seine Verantwortung für den Fehler in der Linie. Die breite Masse der angegriffenen Kader jedoch sollte freigelassen werden und arbeiten können. Das betreffe vor allem viele alte Kader, die ein kostbarer Reichtum der Partei und des Staates seien. 2. Er bitte um seine Entlassung als Vorsitzender des Staates und aus allen Ämtern des Zentralkomitees. Er wolle mit Frau und Kindern nach Yanan gehen oder in seine alte Heimat nach Hunan, um dort Ackerbau zu betreiben, damit die große Kulturrevolution möglichst schnell beendet werde und der Staat weniger Schaden nehme.

Mao schwieg und rauchte. Dann erkundigte er sich plötzlich, wie es dem Bein von Pingping, der Tochter Lius, ginge. Er wusste also über die Situation in Lius Familie und damit zweifellos auch über Lius schwierige Lage genau Bescheid. Dann schlug er Liu vor, einige Bücher über die Dialektik zu lesen, und mahnte ihn demagogisch, auf seine Gesundheit zu achten. Liu blieb so den Angriffen der „Gruppe für Kulturrevolution" weiterhin schutzlos ausgesetzt.

Kurze Zeit später wurden wieder Wandzeitungen gegen ihn in seinem Wohngelände geklebt. Zum ersten Male wurde Liu gezwungen, sich einem Verhör durch einen Mao-Trupp zu unterwerfen. Auf die Anschuldigung, er stelle sich gegen den Vorsitzenden Mao, antwortete er: „Ich habe mich in der Vergangenheit nicht gegen ihn gestellt, tue das heute nicht und werde es auch morgen nicht tun." Dann sollte er die erste Seite der Mao-Bibel auswendig zitieren. Liu soll phy-

sisch und mental fast am Ende seiner Kräfte gewesen sein.

In der Auseinandersetzung mit der „Februar-Gegenströmung" (eryue niliu) riefen Lin Biao und Jiang Qing zum „allseitigen Bürgerkrieg" auf. Als im ZK-Gelände Wandzeitungen gegen zentrale Führungskader der alten Garde, darunter gegen Zhu De, Chen Yun, Chen Yi, Ye Jianying und Tan Zhenlin, erschienen, war Liu aufs Höchste erregt. Er konnte jedoch nur Zhou Enlai um Hilfe bitten, diese neue Welle zu stoppen. Zhou antwortete ihm, er möge sich ausruhen, seine Information hätte er an Mao Zedong weitergeleitet. Mao tat jedoch nichts und ließ die „Gruppe für Kulturrevolution" gewähren.

Liu wurde weiter isoliert. Er erhielt keine Informationen mehr, sein Telefon wurde gekappt und seine Köche wurden abgezogen, obwohl das Zentralkomitee seine Frage noch nicht diskutiert und entschieden hatte.

Als das ZK im März 1967 das „Material über die 61 Verräter" (darunter Bo Yibo, An Ziwen und Yang Xianzhen) druckte, nutzte Lin Biao die Gelegenheit, um den Kampf gegen Liu auf eine neue Ebene zu stellen. Nun ging es um die Beseitigung der „organisierten Linie der Verräterclique Liu Shaoqi in der Partei". Mit dem von Mao sanktionierten Artikel von Qi Benyü „Patriotismus oder Landesverrat?", der kurz danach in der „Roten Fahne" erschien, begann die Gruppe für Kulturrevolution den von Mao zugelassenen offene Kampf zum „Sturz Liu Shaoqis" im Lande. Als ihn „Rebellen" dazu Fragen stellen wollten, soll Liu entgegnet haben: „Ich kann auf eure Fragen antworten und ich bin auch bereit, eure Kritik anzunehmen. Das aber muss in der Art sein, wie es unter Genossen üblich ist. Ihr müsst mich nicht als Feind ansehen. Tut ihr es, dann haben wir keine gemeinsame Sprache mehr."

Im April bemerkte er angesichts der sich für ihn zuspitzenden Lage, die anderen würden ihn in den Selbstmord treiben wollen. „Ich werde niemals Selbstmord verüben, es sei denn, es wäre für die Partei erforderlich."

Wieder wurde seine Frau von den Mao-Trupps in die Qinghua-Universität geschleppt, um sie dort vor über hunderttausend Teilnehmern politisch zu diskreditieren und der Lächerlichkeit auszusetzen.

Im April musste Liu Shaoqi auf Anordnung des ZK eine

„Selbstkritik" verfassen und sich selbst zum ersten Mal auf einer „Tribüne zur Bekämpfung der Ochsen- und Schlangengeister" in einer Hochschule aufgeputschten Rotgardlern stellen.

Am 18. Juli 1967 brachten die „Rebellen" im ZK-Gelände Liu und seine Frau in verschiedene Gebäude zum Verhör. In der gleichen Zeit wurden die Arbeits- und Wohnräume Lius durchsucht und alle Dokumente, Unterlagen, Bücher und anderes konfisziert.

Schließlich wurde auch noch sein Sekretär abkommandiert. Liu war vollständig von der Außenwelt isoliert und der Willkür seiner Gegner schutzlos ausgeliefert. Was mit ihm zwischen Juli 1967 und seinem Tod geschah, ging aus den mir zugänglichen Quellen nicht hervor.

Im Oktober 1968 beschloss die 12. Tagung des VIII. ZK der KP Chinas unter Leitung von Mao Zedong, Liu Shaoqi „auf ewig aus der Partei auszuschließen und aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei zu entheben". Liu starb gut ein Jahr später, am 12. November 1969, schwer krank auf einer Krankentrage im Gang des Krankenhauses der Stadt Kaifeng in der Provinz Henan. Er war das prominenteste Opfer der Clique um Jiang Qing. Verantwortlich für das Schicksal Liu Shaoqis und seinen Tod war jedoch Mao Zedong persönlich.

Schaffung neuer Machtorgane führt zum Bürgerkrieg

Für Mao Zedong war die „Kulturrevolution" eine politische Revolution, in der eine Klasse durch eine andere gestürzt wird. Aus dieser Sicht heraus war es erforderlich, nach der Eroberung der Macht durch die „Rebellen" in der Gesellschaft anstelle der Partei- und Regierungsorgane einen neuen Machtapparat zu schaffen. Um diesen Prozess im gesamten Lande abzusichern, wurde auf Vorschlag Maos beschlossen, dass die Volksbefreiungsarmee (VBA) die „revolutionären linken Massen" in diesem Kampf entschlossen unterstützen sollte.[346] Der erste Schritt erfolgte durch den „Januar-Orkan" (yiyue fengbao) 1967 in Shanghai, der am 5. Februar zur Gründung

346. „Beschluss über die entschlossene Unterstützung der revolutionären linken Massen durch die Volksbefreiungsarmee", gemeinsam herausgegeben von dem ZK, dem Staatsrat, der Zentralen Militärkommission und der Gruppe für Kulturrevolution am 19.1.1967.

der „Shanghaier Volkskommune" führte.[347] Da mit diesem Namen viele Probleme, auch staatsrechtliche Fragen, verbunden waren, entschied sich Mao Zedong letztlich für die Bezeichnung „Revolutionskomitee".[348] Diese Komitees entstanden nicht durch Wahlen, sondern durch Absprachen zwischen den verschiedenen örtlichen „revolutionären" Kräften. In diesem Organ lag die Macht von Partei, Regierung und Militär ebenso wie die Legislative, Exekutive und Jurisdiktion in einer Hand. Dem Namen nach verkörperten die Mitglieder dieses Machtorgans eine „Dreierverbindung" aus Vertretern der „Rebellen"-Organisationen, der VBA und der „revolutionären" Führungskader. Ihre Anteile an den Sitzen im Komitee verhielten sich wie 50:20:20. Die übrigen 10 Prozent kamen aus anderen „revolutionären" Massen. Die „Dreierverbindung" sollte auch eine nach dem Alter sein – Mitglieder älteren, mittleren und jüngeren Jahrgangs. Der Apparat dieser Komitees bestand im Allgemeinen aus der Abteilung für politische Arbeit, dem Produktionskommando sowie den Abteilungen für Sicherheit und für administrative Angelegenheiten. Beherrscht wurden die Komitees in der ersten Zeit durch die Anführer der Mao-Trupps, die sich in die Komitees delegiert hatten. Durch die ständigen inneren Kämpfe spalteten sich sehr bald viele „Revolutionskomitees". Ende Oktober 1967 beschlossen das ZK und die Gruppe für Kulturrevolution, in den Einheiten der „Revolutionskomitees" das Organisationsleben der Partei wiederherzustellen.

Bis September 1968 war das neue Machtorgan in den Provinzen und gleichgeordneten Ebenen geschaffen. Das erleichterte die Wiederherstellung der Arbeit der Partei in diesen Organen bis zum IX. Parteitag der KP Chinas im April 1969.

Der Übergang zur Schaffung neuer Machtorgane ging mit Angriffen der Gruppe für Kulturrevolution auf weitere führende Militärs einher. In vielen Instituten, Schulen und Kommandostäben der Streitkräfte kam es zu Unruhen. Angesichts des „Januar-Orkans" äußerte sich in der Generation der alten Führungskader große Besorgnis über das Schicksal der Partei und des Staates. Viele von ihnen wandten sich nun gegen die Exzesse der „Kulturrevolution"

347. Dieses Ereignis wurde in seiner Bedeutung von der Propaganda mit der Pariser Kommune und der Oktoberrevolution gleich gesetzt.

348. Siehe: "Über die revolutionäre 'Dreierverbindung'", in: Rote Fahne (hongqi), Jg. 1967, H. 5.

und die dafür unmittelbar Verantwortlichen Lin Biao und Jiang Qing. Auf einer Beratung der Militärkommission in den Beijinger Westbergen am 19. und 20. Januar wandten sich Ye Jianying, Xu Xiangqian und weitere führende Kader nachdrücklich gegen den Versuch Jiang Qings und Chen Bodas, Unruhe in die Streitkräfte hineinzutragen. Diese Auseinandersetzung spitzte sich knapp einen Monat später auf einer Beratung des Politbüros unter Leitung von Zhou Enlai zu. Tan Zhenlin, Chen Yi, Ye Jianying, Li Fuchun, Li Xiannian, Xu Xiangzhen, Nie Rongzhen und andere Mitglieder des Politbüros äußerten heftige Unzufriedenheit mit den Exzessen der „Kulturrevolution".

Sie wandten sich entschieden gegen die verbrecherischen Aktivitäten Lin Biaos, Jiang Qings, Kang Shengs und Chen Bodas, alten Kadern Schaden zuzufügen und Partei und Armee durcheinander zu bringen. Zhang Chunqiao und andere Mitglieder der Gruppe für Kulturrevolution fabrizierten aus dem Material der Beratung ein Material, mit dem sie „nachwiesen", dass diese Attacken gegen die „Kulturrevolution", auf die Restauration der alten Machtverhältnisse und die Rehabilitierung von Kadern gerichtet wären. Mao teilte diese Einschätzung. Von ihm angewiesen eröffneten Jiang Qing, Kang Shang, Chen Boda und andere auf der 7. „Tagung über das politische Leben" vom 23. Februar bis 18. März den Angriff auf diese Führungskader der Partei. Sie warfen ihnen vor, damit die „Februar-Gegenströmung" (eryue niliu) ausgelöst zu haben. Diese Auseinandersetzungen führten zur Einstellung der Tätigkeit des Politbüros, an dessen Stelle jetzt die „Gruppe für Kulturrevolution" trat.

In der Folgezeit eskalierten die Angriffe auf Führungskader wie Bo Yibo und Liu Lantao und führende Wissenschaftler wie den Philosophen Yang Xianzhen. In einer Rede Ende Juli stellte Jiang Qing die Losung auf „Zivil angreifen und bewaffnet verteidigen" (wen gong, wu wei), Damit stachelte sie zu bewaffneten Auseinandersetzungen auf, die sich jetzt auf einer neuen Stufe entfalteten und neue Unruhen heraufbeschworen. Sie griffen nun auch auf das Außenministerium über mit Attacken gegen Zhou Enlai und den Außenminister Chen Yi. Am 22. August fackelten Mao-Trupps die britische Gesandtschaft ab. Die Botschaft der UdSSR war schon seit langem von Rotgardlern umzingelt, die alles taten, um Arbeit und Leben der „sowjetischen Revisionisten" zu stören.[349] Am 17. August

drangen Rotgardler unter den Augen chinesischer Polizisten sogar in das Botschaftsgelände ein, verwüsteten das Büro der Konsularabteilung und zündeten ein Auto an. Auch andere Botschaften wie die mongolische und die indische, die unser Nachbar war, wurden von ihnen heimgesucht. Nur die Intervention Zhous bei Mao konnte die „Rotgardler und „Rebellen" davon abhalten, die „Kulturrevolution" nach Xianggang (Hongkong) zu bringen.[350]

Im März 1968 versuchten Lin Biao und Jiang Qing eine Neuauflage der konstruktierten „Februar-Gegenströmung" von 1967, um wichtige Führungsposten von ihren Leuten besetzen zu können. Sie bezichtigten Yang Chengwu, Stabschef der VBA, Yu Lijin, Politkommissar der Luftstreitkräfte, und Fu Chongbi, Kommandeur der Beijinger Garnison, einen bewaffneten Angriff auf die Gruppe für Kulturrevolution führen zu wollen. Daraufhin wurden alle drei verhaftet und abgesetzt. Mit Huang Shuisheng als Stabschef der VBA und Wen Yucheng als Kommandeur der Beijinger Garnison konnten Lin Biao und Jiang Qing neue strategische Positionen besetzen.

In der zweiten Jahreshälfte 1968 rief Mao Zedong zum „Kämpfen, Verurteilen und Umgestalten" (dou pi gai) auf, um die Etablierung der „Revolutionskomitees" mit der „Dreierverbindung" in allen Fabriken, allen Schulen, alle Kommunen und allen Einheiten allmählich abschließen zu können. Zugleich wurden „Trupps für die Propagierung der Ideen Mao Zedongs" gebildet und in Schulen und Einheiten geschickt, in denen die Kämpfe zwischen den Organisationen der Rotgardler und „Rebellen" nicht enden wollten. Plötzlich hieß die Losung „Die Arbeiterklasse muss alles führen". Unter diesen Bedingungen flauten die bewaffneten Kämpfe ein wenig ab.

349. Da die Sicherheit der Angehörigen der sowjetischen Botschaft nicht mehr gewährleistet war, wurden die Frauen und Kinder am 5. Februar 1967 nach Hause geschickt. War es schon vorher für uns selbstverständlich, aktive Solidarität mit unseren sowjetischen Partnern zu üben, so leisten wir sie auch im Februar 1967 beim Abflug der Frauen und Kinder. Bei der Abfertigung des Gepäcks auf dem Flugplatz waren wir am ersten Tag zehn Stunden lang von Rotgardlern umzingelt, die fast ständig ihre „antirevisionistischen" Losungen riefen und uns z. T. körperlich attackierten. Als sie gegen Abend bemerkten, dass wir ja keine sowjetischen, sondern deutsche „Revisionisten waren, hatten sie sich am folgenden Tag der Abreise der Frauen und Kinder für uns etwas Besonderes ausgedacht. Sie hatten zwei Tore vor dem Eingang aufgebaut – ein großes Tor für die „Edlen" und ein kleines Tor für die „Gemeinen". Sie boten das große Tor an, wenn wir uns gegen die sowjetischen „Revisionisten" positionieren würden. Wir gingen selbstverständlich durch das kleine Tor. Die Solidarität machte uns in jenen für alle schwierigen Tagen stark wie nie zuvor. An der Seite derer, die die sowjetischen Frauen und Kinder vor der Bedrohung durch die Rotgardler schützten, stand auch der „gebrandschatzte" britische Gesandte.

350. Das war die Zeit, als auch in den chinesischen Botschaften im Ausland "Rebellen" auftauchten, um "kulturrevolutionäre" Aktivitäten in anderen Ländern, so auch in der DDR, zu entwickeln.

12. Plenum des VIII. ZK der KP Chinas

In den Revolutionskomitees wirkte zwar auch eine kleine Gruppe von Parteimitgliedern, doch es gab keine Parteikomitees, die die leitende Rolle der Partei ausfüllen konnten. Diese Funktion übte das neue Machtorgan mit aus. Schon die Vorbereitung des IX. Parteitages erforderte es, diese Situation zu ändern.

Am 28. Oktober 1967 gaben das ZK der Partei und die „Gruppe für Kulturrevolution" die „Weisung über die Wiederherstellung des Lebens der Parteiorganisation in der Einheit des Revolutionskomitees" heraus. Sie sollte aus „fortschrittlichen proletarischen Revolutionären" als „Avantgardeorganisation" zur Führung des Kampfes des „Proletariats und der revolutionären Massen" gegen die Klassenfeinde entstehen. Der Klassenkampf, wie ihn Mao Zedong verstand, blieb also Leitfaden für die Tätigkeit der neuen Parteiorganisationen. Anfang Dezember folgte abermals, von den zentralen Institutionen verfasst, ein Dokument, in dem angewiesen wurde, wie dieser Prozess der „Neuordnung, Wiederherstellung und des erneuten Aufbaus" der PO im Einzelnen vor sich gehen sollte. Auf der Ebene der Provinzen, Städte und Autonomen Gebiete konnte diese Neuorganisierung der Partei abgeschlossen werden. An der Basis zog sich dieser Prozess bis nach dem IX. Parteitag hin.

Nachdem „die Landschaft im gesamten Lande rot" geworden war, fand vom 13.–31. Oktober 1968 die 12. erweiterte Tagung des VIII. ZK der Partei statt. Auf der Tagesordnung stand die Vorbereitung des XI. Parteitages der KP Chinas. Zhou Enlai verkündete die Tagesordnung:

1. Prinzipien und Methode für die Bestimmung der Delegierten zum Parteitag
2. Veränderung des Parteistatuts
3. Inere und äußere Lage
4. Bericht über die Untersuchung des besonders wichtigen Falls Liu Shaoqi.

Die Beratung fand unter außergewöhnlichen Bedingungen statt. 52,7 Prozent der Mitglieder und Kandidaten des VIII. Zentralkomitees waren als „Verräter", „Spione", „parteifeindliche Elemente"

und „der geheimen Verbindung mit dem Ausland“ beschuldigt und „zur Rechenschaft gezogen“ worden. Von den ursprünglich 97 Mitgliedern des ZK, 10 davon waren inzwischen verstorben, konnten nur noch 40 an der Tagung teilnehmen. Zu Beginn der Beratung wurden 10 Kandidaten des ZK in den Mitgliederstand gehoben. Nur auf diese Weise konnte gesichert werden, dass mehr als die Hälfte der ZK-Mitglieder anwesend war. Über 55 Prozent der Teilnehmer, 133 Personen, konnten lediglich durch die Erweiterung der Tagung an ihr teilnehmen. Sie kamen aus der „Gruppe für Kulturrevolution“, aus den Revolutionskomitees der Provinzen, Autonomen Gebieten und den regierungsunmittelbaren Städten, aus der Zentralen Militärkommission und den Leitungen der großen Militärgebiete.[351] Die Tagung wurde von Mao Zedong eingeleitet.[352] Er hielt die „Kulturrevolution“ für viel schwierigerer als den Langen Marsch; denn damals wäre klar gewesen, wer der Feind war, jetzt gehe es um ideologische Verfehlungen, die sich mit dem Widerspruch zwischen uns und dem Feind vermischen würden, was eine Zeitlang nicht klar gewesen wäre. Er forderte dazu auf, die „Kulturrevolution“ zu resümieren: War sie erforderlich? Waren Erfolge oder Fehler das Wesentliche? Müsse man sie zu Ende führen, und was bedeute „zu Ende führen“? Das waren wohl mehr rhetorische Fragen; denn die Antwort darauf gab letztlich er selbst. So schätzte er auch ein, dass es drei Jahre „Kulturrevolution“ bedürfe und sie im Sommer 1969 abgeschlossen werden könne. „Abschließen“ heiße große Verurteilung, Säuberung der Klassenreihen, Vereinfachung und Qualifizierung des Apparats sowie Umgestaltung unvernünftiger Vorschriften und Systeme.

Lin Biao, Kang Sheng, Jiang Qing. Xie Fuzhi und andere griffen erneut das Problem der „Februar-Gegenströmung“ auf und verurteilten das Auftreten von Vertretern der „alten Garde“, so Chen Yis, Ye Jianyings, Xu Xiangqians und Nie Rongzhens, als konterrevolutionär. Sie hätten versucht, die Linie Wang Mings, Verräter, Spione und „Kapwegler“ zu rehabilitieren und damit die Restauration des Kapitalismus anzustreben. Im Zusammenhang mit der so genannten Neuausgabe dieser Strömung ein Jahr später beschuldigten sie auch Zhu De, Chen Yun, Deng Zihui und Wang Jiaxiang einer „rechten

351. Entnommen aus: Li He, a.a.O., S. 350.
352. Die Fakten über den Verlauf der Tagung habe weitgehend folgender Quelle entnommen: Zheng Qian/Zhang Hua, a.a.O., S. 127-129.

Abweichung". Lin Biao und Jiang Qing strebten auf diese Weise eine Vergrößerung ihrer Macht und ihres Einflusses in Hinsicht auf den IX. Parteitag an.

In seinen mehrfachen Auftritten auf der Tagung hob Lin hervor: „Die Erfolge der Kulturrevolution sind das Größte, das Größte, das Größte, die Verluste sind das Geringste, das Geringste, das Geringste." Er äußerte sich lang und breit über die „vier Bewegungen großer Kulturrevolutionen": die klassische griechisch-römische Kultur, deren Einfluss über zwei Jahrtausende reiche, aber „mit unserer Bewegung" nicht zu vergleichen wäre; die italienische Renaissance von Literatur und Kunst und der Marxismus. Diese Bewegungen hätten jedoch nicht „die Größe dieser großen Kulturrevolution unter Führung des Vorsitzenden Mao" gehabt. Die jetzige Bewegung sei „die aller-, allergrößte der Kulturrevolutionen in der Welt". Ihre Ideologie sei international geworden. Er machte sich dafür stark, international „die Rebellen zu unterstützen". Beachtung solle nicht den „Machthabern", sondern den „breiten Massen" geschenkt werden.

Die Tagung nahm die „Bestimmungen über die Aufstellung der Delegierten für den IX. Parteitag" und den „Beschluss über das Statut der KP Chinas (korrigierte Fassung)" an. Das letzte Dokument wurde auf Vorschlag Maos der gesamten Partei zur Diskussion unterbreitet.

Bei der Diskussion dieser Dokumente wurde einer größeren Zahl der Mitglieder und Kandidaten das Recht auf Teilnahme entzogen. Andere Teilnehmer waren in dieser Diskussion weiteren Attacken ausgesetzt. Der unter Leitung von Jiang Qing, Kang Sheng und Xie Fuzhi angefertigte und auf Fälschungen beruhende „Bericht über die Untersuchung des Verräters, des Kollaborateurs und Arbeiterverräters Liu Shaoqi" wurde abgenickt, offensichtlich auch von Zhou Enlai. Liu Shaoqi erhielt nicht das Recht, an der Behandlung dieses „Sonderfalls" teilzunehmen und sich zu verteidigen. Er wurde, wie bereits geschrieben, „auf ewige Zeit aus der Partei ausgeschlossen und wurde aller seiner Posten innerhalb und außerhalb der Partei enthoben".

Im Kommuniqué der Tagung wurden die Exzesse der „Kulturrevolution" der vergangenen zwei Jahre voll bejaht. Diese „Kulturrevolution" sei vollkommen notwendig, um „die Diktatur des Proletariats zu festigen und eine Restauration des Kapitalismus zu

verhindern".[353] Im Kommuniqué wurde nun auch die „wichtige Rolle", die die von Jiang Qing geführte Gruppe für die Kulturrevolution spielte, konstatiert.

Mao Zedong hatte gegenüber den im Zusammenhang mit der „Februar-Gegenströmung" angegriffenen alten Führungskadern eine versöhnlichere Haltung eingenommen. Ihnen gegenüber sollte die Politik „kritisieren, bewahren und schauen" verfolgt werden. Er unterband auch die Versuche Lin Biaos und Jiang Qings, Deng Xiaoping aus der Partei auszuschließen; denn Deng wäre aus der Zeit des Krieges gegen die Feinde nichts anzulasten. Die chinesischen Parteihistoriker Zheng Qian und Zhang Hua führen diese Haltung Maos darauf zurück, dass er sich mit der „Kulturrevolution" bereits wieder durchgesetzt hatte. Ich sehe darin auch die alte Taktik Maos, die Zahl seiner Feinde möglichst klein zu halten, um nicht an vielen Fronten kämpfen zu müssen.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan

Nach der Bildung der neuen Machtorgane und mit der Neuorganisierung der Partei meinte Mao Zedong, sein mit „Kulturrevolution" verfolgtes Ziel, erreicht zu haben. Das von ihm dafür genutzte Instrument, die Sturmtrupps in Gestalt der Rotgardler und „Rebellen", hatte ausgedient. Dabei spielte auch eine Rolle, dass die anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzungen und Unruhen die Entwicklung der Volkswirtschaft und damit die Versorgung und das Lebensniveau der Bevölkerung erheblich zu beeinträchtigen begonnen hatten.

Das BSP war 1967 zu 1966 um fast 10 Prozent und 1968 zu 1967 nochmals um 4,7 Prozent zurückgegangen. 1968 betrug es nur noch 86 Prozent gegenüber 1966. Das Nationaleinkommen war um 13,2 Prozent zurückgegangen. Der Rückgang der finanziellen Einnahmen des Staates 1967 um 25 Prozent und 1968 nochmals um 13,9 Prozent wirkte sich erheblich auf die Marktversorgung und die Lebenslage des Volkes aus.[354] Die Einkommen waren auch durch Maßnahmen zur Bekämpfung des Prinzips der materiellen Interessiertheit (Abschaf-

353. Da zuvor in China keine kapitalistische Gesellschaft existierte, war es schon aus diesem Grund unlogisch, von einer Restauration des Kapitalismus zu sprechen.

fung des Prämiensystems, des Stücklohns u. ä.) rückläufig.

Auf diesem gesellschaftlichen Hintergrund veröffentlichte die „Renmin Ribao" am 22. Dezember 1968 einen Gedanken Mao Zedongs, der als offizielle Weisung formuliert war: „Es ist sehr geboten, dass Jugendliche, die die Schule besucht haben, auf das Dorf gehen und durch die armen Bauern und unteren Mittelbauern abermals erzogen werden. Wir müssen die Kader und die anderen Menschen der Stadt überzeugen, ihre Kinder, die die Unter- und Oberstufe der Mittelschule und die Hochschule abgeschlossen haben, aufs Land zu schicken. Dazu braucht es eine Mobilisierung. Die Genossen allerorts auf den Dörfern sollten diese Jugendlichen willkommen heißen."

Noch am gleichen Tage schnürten die Schüler der 4. Beijinger Grundschule ihre Bündel und begaben sich „in die Berge und aufs Land". Im Januar 1969 setzte der große Strom der Kampagne ein. Dem Ruf Maos folgten auch sehr viele Schüler und Studenten, die ihre Schule bzw. ihr Studium noch nicht abgeschlossen hatten.

Wieder einmal zeigte sich, was Mao Zedong unter der „Massenlinie" verstand: Die Masse der städtischen Jugendlichen, die er als seinen Sturmtrupp gegen die legalen Machtorgane missbraucht hatte, konnte und musste nun aus der Stadt verschwinden, um den bewaffneten Kämpfen ein Ende zu bereiten. Insgesamt waren es 16 Millionen städtische Jugendliche, die in der „Kulturrevolution" einfach auf das Dorf abgeschoben wurden. Aus der Sicht der gravierenden ökonomischen und sozialen Unterschiede zwischen Stadt und Land kam diese Abschiebung, was die Lebensbedingungen und die Lebensperspektive der Jugendlichen angeht, einer unbefristeten Verbannung gleich. Später wurde von der „verlorenen Generation" gesprochen.

IX. Parteitag der KP Chinas

Der Parteitag war für den 1. bis 24. April 1969 nach Beijing einberufen. Auf einem Treffen des ZK und der Gruppe für Kulturrevolution mit 128 Vertretern der Revolutionskomitees der Provinzen, Städte

354. Die entsprechenden Angaben in den offiziellen Statistischen Jahrbüchern der VR China differieren. Deshalb stütze ich mich hier auf die offiziöse Buchpublikation von Zheng Qian/Zhang Hua, a.a.O., S.144-145.

und Autonomen Gebiete und Verantwortlichen der großen militärischen Bezirke und des ZK-Apparats vom 9.-27. März wurde sein konkreter Verlauf vorbereitet.

Einfluss darauf nahmen auch die bewaffneten Zusammenstöße zwischen sowjetischen und chinesischen Grenztruppen um die Flussinsel Zhenbao/Damanski am Amur Anfang-Mitte März. Diese Zusammenstöße bestärkten die Ultralinken in der KP Chinas in der Einschätzung, dass ein Weltkrieg unvermeidlich wäre. Mao Zedong strich dann auf dem Parteitag auch die Notwendigkeit heraus, sich auf einen Krieg vorzubereiten.

An dem Parteitag nahmen 1 512 Delegierte teil. Da zu diesem Zeitpunkt die meisten Grundorganisationen der Partei ihre Arbeit noch nicht wieder aufgenommen hatten, war eine große Zahl der Delegierten auch nicht gewählt worden. Ihre Delegierung war in Absprachen zwischen Revolutionskomitees und den Organisationen der „Rebellen" festgelegt worden. Der alte Kern der Parteimitglieder und Kader blieb dabei weitgehend unberücksichtigt oder wurde von der Teilnahme direkt ausgeschlossen.

Mao orientierte darauf, den Parteitag im Ergebnis der „Kulturrevolution" zu einem Parteitag des „Zusammenschlusses und des Sieges" werden zu lassen. Ideologisch wurde dieser Kongress von einem besessenen Personenkult um Mao geprägt. Immer tönten unter Hochstrecken des „kleinen roten Buches" hysterische Lobrufe Dem Präsidium standen Mao als Vorsitzender und Lin Biao als stellvertretender Vorsitzender vor, assistiert von Zhou Enlai als Sekretär.

Den Bericht erstattete Lin Biao. Er konstatierte, dass der Parteitag zu einem Zeitpunkt stattfinde, an dem die „Kulturrevolution" gesiegt hätte. Diese Kampagne hätte „das von dem Renegaten, versteckten Kollaborateur und Arbeiterverräter Liu Schao-tschi angeführte bürgerliche Hauptquartier zerschmettert, die Handvoll von Renegaten, Geheimagenten und absolut besserungsunwilligen, den kapitalistischen Weg gehenden Machthabern in der Partei mit Liu Schao-tschi als ihrem Hauptvertreter entlarvt, ihr Komplott, den Kapitalismus zu restaurieren, durchkreuzt, die Diktatur des Proletariats und unsere Partei in bedeutendem Maße gestärkt und politisch, ideologisch und organisatorisch ausreichende Voraussetzungen für diesen Parteitag geschaffen."[355] Diese „Kulturrevolution" wäre nach den Worten des Vorsitzenden Mao „absolut notwendig

und ist genau zur rechten Zeit durchgeführt worden". Mit Zitaten von Marx und Lenin sollte diese Behauptung glaubhaft gemacht werden. Das Referat behandelt im Einzelnen folgende Probleme: die Vorbereitung der „Kulturrevolution", den Prozess der Kampagne, die Durchführung von „Bekämpfen, Verurteilen und Umgestalten", die Politik der „Kulturrevolution", ihren Endsieg, die Neuordnung und den Aufbau der Partei, die Beziehungen zum Ausland und den Zusammenschluss der gesamten Partei und des gesamten Volkes für den Kampf um noch größere Siege.

Das Kernstück des Berichts war die „Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats". Sie war die theoretische Grundlage dieser „Kulturrevolution". Lin verwies auf die Begründung dieser Theorie durch Mao als „Lebensnerv unserer Partei": Während der relativ langen sozialistischen Geschichtsperiode vollziehe sich der Kampf zwischen den beiden Wegen Sozialismus und Kapitalismus. Wenn dieser (hauptsächliche – d. V.) Widerspruch nicht erkannt und richtig behandelt werde, bestehe die Gefahr der Restauration des Kapitalismus durch das Eindringen revisionistischer Elemente in Partei, Regierung, Armee und Kultur. Deshalb müsse dieser Kampf ständig geführt werden. Nur durch „Kulturrevolutionen" und den offenen und allseitigen Kampf der Massen könne die Macht aus den Händen der „Kapwegler" wieder zurückerobert werden.

Diese Theorie war die Zusammenfassung „linker" falscher Theorien, die sich aus der Sicht Zheng Qians und Zhang Hua nach 1957 in der Frage des Klassenkampfes in der sozialistischen Gesellschaft Schritt für Schritt angesammelt hätten. Sie sehen darin „in vielen wichtigen Prinzipien eine Verletzung der Ideen Mao Zedongs, die den Marxismus-Leninismus mit der Revolution und den Aufbau Chinas miteinander verbinden" würden.[356] Ansatzpunkte dieser „Theorien" finden sich jedoch bereits in der politischen Praxis Mao Zedongs vor 1957. Was bleibt dann noch von den Ideen Mao Zedongs in der Interpretation von Zheng und Zhang? Im Wesentlichen die 15 Jahre vor der Gründung der VR China. Die Ideen Maos seit 1953 können kaum noch als Verbindung des Marxismus mit den

355. Lin Biao, Bericht auf dem IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Peking 1969, S. 1-2. Alle anderen Zitate aus dieser Rede sind der gleichen Quelle entnommen.
356. Zheng Qian/Zhang Hua, a.a.O., S. 131

nationalen Gegebenheiten interpretiert werden. Das entspräche nicht den historischen Tatsachen.

Das Parteistatut wurde der Theorie und Praxis der „Kulturrevolution" angepasst. Der Sieg in dieser „Revolution", führte Lin Biao aus, „liefert uns wertvolle Erfahrungen, wie man unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats den Aufbau der Partei durchführt". Mao hätte angewiesen, „die Parteiorganisation muss sich aus den Fortgeschrittenen des Proletariats zusammensetzen; sie soll eine Vorhutorganisation voller Lebenskraft sein, die das Proletariat und die revolutionären Massen zum Kampf gegen die Klassenfeinde führen kann". In das Statut wurde hineingeschrieben, dass der Vorsitzende Mao „seit einem halben Jahrhundert" nicht allein in der Revolution und beim Aufbau Chinas, sondern auch „im Kampf der internationalen kommunistischen Bewegung der gegenwärtigen Epoche gegen den Imperialismus, den modernen Revisionismus und die Reaktionäre aller Länder die allgemeingültige Wahrheit mit der konkreten Praxis der Revolution verbunden" hätte. Er hätte damit den Marxismus-Leninismus auf eine „völlig neue Stufe" gehoben. Seine Ideen wären damit „der Marxismus-Leninismus jener Epoche, in welcher der Imperialismus seinem totalen Zusammenbruch und der Sozialismus seinem weltweiten Sieg entgegengeht (!)". Seine Theorie über die Widersprüche in der Partei, „Abfall auszustoßen und Frisches aufzunehmen" wurde „zum grundlegenden Leitgedanken für die künftige Konsolidierung und den künftigen Aufbau der Partei" erhoben. Losgelöst von der „Diktatur des Proletariats" und von „der Weiterführung der Revolution" könnte der Aufbau der Partei nicht gelöst werden.

Der Berichtsteil über die internationale Entwicklung war gleichfalls von der uns schon bekannten ultralinken Einschätzung und Politik geprägt: Die „revolutionäre" Bewegung des Proletariats, der Kampf der Völker und der bewaffnete Kampf in Asien, Afrika und Lateinamerika (nach dem Grundsatz. „Die Macht kommt aus den Gewehrläufen" befänden sich in einem „großen Aufschwung", während der USA-Imperialismus und der „Sozialimperialismus der Sowjetrevisionisten" mit ihrer Aufrüstung und Kriegsvorbereitung in den Abgrund treiben würden. Beide Mächte würden sich aktiv auf einen Atomkrieg vorbereiten. Das mache die Kriegsgefahr akut und verlange von China, sich auf die Führung eines solchen Krieges ein-

zustellen. Für Mao existierten hinsichtlich eines neuen Weltkrieges zwei Möglichkeiten – entweder führt der Krieg zur Revolution oder die Revolution verhindert den Krieg.

Das neu gewählte Zentralkomitee bestand aus 170 Mitgliedern und 103 Kandidaten. Darunter waren nur noch 19,4 Prozent, die schon Mitglieder bzw. und Kandidaten des ZK der vorangegangenen Wahlperiode gewesen waren. Fast 50 Prozent der neuen Mitglieder und Kandidaten kamen aus den Reihen des Militärs. Das war kein Zufall, denn die Armee galt nicht nur als Vorbild für alle Klassen und sozialen Schichten, sie wurde auch als „Hauptkomponente des Staates" betrachtet. Zum Vorsitzenden der Partei wurde Mao Zedong und zu seinem einzigen Stellvertreter Lin Biao gewählt. Im neuen Politbüro kamen über die Hälfte der Mitglieder aus den Reihen Lin Biaos und Jiang Qings. Den Ständigen Ausschuss des Politbüros vertraten Mao Zedong, Lin Biao, Chen Boda, Zhou Enlai und Kang Sheng. Lin Biao, Jiang Qing, Kang Sheng und Chen Boda hatten ihre Stellung durch den Parteitag festigen und ausbauen können.

6.4. Übergang Maos zu einer Politik der Einheit und Entwicklung der Produktion bei Fortsetzung des Kampfes gegen „Rechts"

Für Mao Zedong war mit dem IX. Parteitag die „Kulturrevolution" eigentlich beendet. Das drückte sich in dreierlei Hinsicht in seinem Aufruf zur Eröffnung des Parteitages am 1. April 1969 aus: „Schließen wir uns zusammen, um noch größere Siege zu erringen", in seiner neuen Orientierung „Packen wir die Produktion an" und in seiner Bemerkung zu Beginn des IX. Parteitages, dass „nach einigen Jahren vielleicht wieder eine Revolution durchgeführt werden muss". Er ging davon aus, dass auf eine Welle des Klassenkampfes unweigerlich ein Aufschwung der Produktion folgen würde. Aus seiner Auffassung über den Klassenkampf im Sozialismus leitete sich gewissermaßen logisch ab, dass der Phase vornehmlicher Konzentration auf die Entwicklung der Produktion eine „Kulturrevolution" voranzugehen habe, in der die Politik auf die massive Bekämpfung

der „revisionistischen" Kräfte konzentriert werden muss, um entscheidende ideologisch-politische Voraussetzungen für eine neue Entwicklung der Produktion unter „linkem" Vorzeichen zu schaffen. Insofern wäre für mich die zeitliche Bestimmung der „Kulturrevolution" 1966-1976 zu überdenken. 1969 waren für Mao die Grundlagen seiner Macht jedoch noch nicht ausreichend gefestigt. Für ihn musste nun noch „letzte Hand angelegt" werden um die „Aufgaben der Diktatur" bis in die Basisorganisationen zu tragen.

Mao Zedong vertrat die Ansicht, dass der Klassenkampf die allerwichtigste Triebkraft und Garantie für die Entwicklung der Produktion wäre. So wurde die Losung „Die Revolution anpacken, um die Produktion zu fördern" (zhua gemin, zu shengchan) zu einer der programmatischen Losungen der folgenden Jahre. Im Bericht an den Parteitag heißt es dazu: „Die Revolution führt bei der Produktion das Oberkommando, das fördert die Produktion und bringt sie voran".

Mit der relativen Stabilisierung der Situation im Innern begann sich die Lage in der Volkswirtschaft wieder zum Besseren zu wenden. Nach einem Rückgang der Produktion in den Jahren 1967 und 1968 wuchs sie 1969 wieder an. Gegenüber 1966 stiegen das BSP um 7,6 Prozent, der Gesamtwert der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion um 7,2 Prozent (Industrie: 10%, Landwirtschaft 0,1 %) und die Einnahmen des Staates um 3,5 Prozent an. Diese Entwicklung trug jedoch den Charakter einer Wiederherstellung der Wirtschaft, nicht dem eines neuen Aufschwungs. Bei einer von 1966 zu 1969 um fast 40 Millionen Menschen gewachsenen Bevölkerung belief sich 1969:1966 die Produktion von Getreide erst auf 98,5 Prozent, von Baumwolle auf 83 Prozent und von Stahl auf 87 Prozent. Auch die fixen Investitionen im staatlichen Etat und die finanziellen Einnahmen des Staates lagen 1969 noch unter dem Niveau des Jahres 1966. Das durchschnittliche Konsumtionsniveau der Bevölkerung war 1969 um 2,3 Prozent höher als 1966.

Diese Entwicklung wurde durch den Übergang zu einer umfassenden Vorbereitung auf den Krieg überlagert. Drei Tage nach Beginn der anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen chinesischen und sowjetischen Streitkräften am Amur hatte Mao die Losung ausgegeben, sich auf den Krieg vorzubereiten. Unter diesen Gesichtspunkt wurde die gesamte Politik gestellt.

Betriebe wurden in das Landesinnere verlagert. Die Ausgaben für die Landesverteidigung stiegen ab 1969 um jährlich 15-16 Prozent. Es wurde Kurs auf die Schaffung eines selbstständigen und umfassenden Systems der militärischen Industrie in kürzester Zeit genommen. In den drei Jahren von 1969 bis 1971 schnellte der Anteil der Ausgaben für die Industrie der Landesverteidigung und entsprechende wissenschaftlich-technische Forschungen an den gesamten staatlichen Ausgaben im jährlichen Durchschnitt um 11 Prozent nach oben. Das führte zu neuen Disproportionen zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Schwer- und Leichtindustrie und zwischen der Industrie in den Küstengebieten und im Landesinnern und beeinträchtigte die normale Entwicklung der Volkswirtschaft. Am 29. September 1969 zündete die VR China ihre erste Atombombe.

„Konterrevolutionäre Verschwörung" Lin Biaos[357]

Die Politik Mao Zedongs in der „Kulturrevolution" wurde im Prinzip von zwei verschiedenen Kräftegruppierungen umgesetzt – zum einen durch die Gruppe der Militärs unter Leitung von Lin Biao und zum anderen durch die Gruppe für Kulturrevolution unter Leitung von Jiang Qing. Beide Gruppen stimmten in dem Ziel überein, die Reformer unter Liu Shaoqi zu entmachten. Als dieses Ziel mit dem IX. Parteitag erreicht worden war, traten die Interessengegensätze zwischen ihnen in den Vordergrund. Diese Widersprüche resultierten hauptsächlich aus dem jeweiligen Streben der beiden Gruppierungen, unter Führung Mao Zedongs die entscheidenden Machtpositionen zu besetzen und damit stärkeren Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik Chinas ausüben zu können. Langfristig gesehen ging es dabei schon um die Nachfolge Mao Zedongs. Inhaltliche Unterschiede in den Grundpositionen beider Gruppierungen ließen sich in der Quellenliteratur, die mir zur Verfügung

357. Lin Biao erschien auf der zentralen Ebene der KP Chinas erstmals 1942/1943 als stellvertretender Leiter der Zentrale Parteischule der KP Chinas. Er war Mitglied des VII., VIII. und IX. ZK der KP Chinas. Auf der 5. Tagung des ZK im April 1955 wurde er erstmals Mitglied des Politbüros. Auf der 5. Tagung des ZK im Mai 1958 rückte er zu einem der stellvertretenden Parteivorsitzenden und zum Mitglied des ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK auf. Die 11. Tagung des VIII. ZK im August 1966 sah ihn bereits als einzigen stellvertretenden Parteivorsitzenden.

stand, nicht ausmachen. Für mich sind deshalb die innerparteilichen Auseinandersetzungen um Lin Biao ein Kampf zwischen zwei ultralinken Gruppierungen, aus dem ein Dritter, die Kräfte um Zhou Enlai, Nutzen ziehen sollte.

Der Vorteil Lin Biaos in dieser Auseinandersetzung war seine reale militärische Macht und Verfügungsgewalt, die er durch eine maßlos überhöhte Propagierung der historischen Rolle Maos und dessen Ideen zu kompensieren und auszudehnen trachtete. Ein typisches Beispiel dafür war seine Rede vor Verantwortlichen schulischer Institutionen der Armee am 18. September 1966, aus der ich einige Passagen zitiere: „Die Bücher von Marx und Lenin sind zu zahlreich. Man kann sie gar nicht alle lesen, zudem sind sie zu weit von uns(erer Zeit – d. V.) entfernt. In den klassischen Werken des Marxismus-Leninismus sollten wir zu 99 Prozent die Werke des Vorsitzenden Mao studieren. Sie sind eine Lehrbuch für die Revolution." „Der Vorsitzende Mao steht viel höher als Marx, Engels, Lenin und Stalin. Es gibt niemanden in der Welt, der sich mit dem Niveau des Vorsitzenden Mao vergleichen kann." „Welcher Ausländer oder Mensch des Altertums steht höher als der Vorsitzende Mao? Wo gibt es eine solche ausgereifte Ideologie? Ein solches Genie wie das des Vorsitzenden Mao gibt es in der Welt nur alle paar hundert Jahre und in China nur alle paar tausend Jahre einmal. Der Vorsitzende Mao ist das größte Genie der Welt."[358] Der auf diese Weise ins Maßlose gesteigerte Personenkult kam Mao Zedong Mitte der 1960er Jahre, wie schon erwähnt, sehr gelegen, um über die „Kulturrevolution" seine uneingeschränkte Macht in Partei und Regierung wieder herzustellen.

Mit dem IX. Parteitag hatte Lin Biao den Höhepunkt seiner Macht und seines Einflusses erreicht. Jiang Qing hingegen war mit der Einstellung der Tätigkeit der Gruppe für Kulturrevolution der Verlierer des Parteikongresses. Schon bei der Wahl des neuen Zentralkomitees waren Anhänger Lin Biaos bemüht, andere mit dem Hinweis von der Wahl Jiang Qings abzuhalten, sie wäre gegen Lin Biao, und wer gegen Lin Biao wäre, sollte nicht gewählt werden. Im Ergebnis fehlten Jiang einige wenige Stimmen, um als Mitglied des Ständigen Ausschusses des neuen Politbüros gewählt zu werden. Fortan stand der Kampf zwischen beiden Kräftegruppierungen im Mittelpunkt des Geschehens.

358. Zitiert nach: Zheng Qian/Zhang Hua, a.a.O., S. 208.

Wohl geblendet von seiner Machtfülle, begann Lin Biao im Zusammenhang mit der Vorbereitung des IV. Nationalen Volkskongresses (NVK) Anfang 1970, in bestimmten Fragen öffentlich eine andere Meinung zu vertreten als Mao Zedong. Bei der Einarbeitung der Ergebnisse der „Kulturrevolution" in die Verfassung des Landes wurde die Frage erörtert, ob die Funktion des Vorsitzenden der VR China und die Besetzung dieser Funktion durch Mao Zedong in die Verfassung aufgenommen werden sollte oder nicht. Das Politbüro hatte wieder einmal in Abwesenheit von Mao dafür gestimmt. Als Zhou Enlai diesen Vorschlag in Wuhan Mao Zedong vorlegte, lehnte Mao ab. Seiner Meinung nach sollte ein solcher Passus und sein damit verknüpfter Name nicht in das Grundgesetz aufgenommen werden. In der Vorbereitung der 2. Tagung des IX. ZK der Partei trat Lin Biao pllötzlich außerhalb der Tagesordnung mit einer breit angelegten Rede auf, in der er die „überragende Bedeutung" Mao Zedongs und seine Ideen pries und daraus ableitete, dass der strittige Passus unbedingt in die Verfassung aufgenommen werden müsse.

Als die Tagung des Zentralkomitees am 23. August 1970 eröffnet wurde, forderte der Kommandeur der Luftstreitkräfte und enge Vertraute Lin Biaos, Wu Faxian, die „wichtige Rede" Lin Biaos auf dem Plenum zu studieren. Das Politbüro stimmte zu, und so geschah es dann auch am 2. Tag der Beratung. Die Mehrzahl der Teilnehmer stimmte Lin Biaos Vorschlag hinsichtlich der Korrektur der Verfassung zu, darunter Chen Boda (inzwischen in Konfrontation zu Jiang Qing), der sich sehr für diesen Vorschlag eingesetzt hatte. Jiang Qing, Zhang Chunqiao und Yao Wenyuan, die in dieser Frage auf dem Plenum nichts zu besehen hatten, informierten am 25. August Mao über dieses Vorkommnis. Mao reagierte sensibel darauf, dass Lin ihm abermals widersprochen hatte. Er sah darin eine ernst zunehmende sektiererische Handlung im persönlichen Interesse und leitete entschlossen Maßnahmen ein, um das Vorgehen Lins zu stoppen. In den folgenden Tagen verurteilten Mao Zedong bzw. Zhou Enlai bzw. Kang Sheng in Gesprächen mit den nächsten Vertrauten Lins Wu Faxian, Li Zuopeng und Qiu Huizuo streng deren „sektiererische" Tätigkeit. Als Wu Faxian Lin davon berichtete, erklärte ihm Lin, dass er, Wu, keinen Fehler gemacht hätte und deshalb auch keine Selbstkritik zu üben brauche. Auf der von Lin Biao am 29. August geleiteten erweiterten Sitzung des Politbüros überbrachten

Zhou Enlai und Kang Sheng die Auffassung Maos zu den strittigen Fragen. Er betonte die Einheit der Partei. Fehler könnten gemacht werden, sie müssten jedoch von dem Betreffenden korrigiert werden, dann sollte darauf geachtet werden, wie sich die Betreffenden danach geben. Chen Boda, Wu Faxian und andere übten daraufhin eine Selbstkritik, die Mao überhaupt nicht befriedigte. Mit seinem Beitrag „Ein wenig von meiner Meinung" eröffnete er einen überraschenden Angriff auf Chen Boda und die anderen. Dabei sprach er jedoch noch von gemeinsamen Auffassungen und Positionen mit Lin Biao in einer Reihe grundlegender Fragen. Wieder endete er mit der Forderung sich zusammenzuschließen, um gemeinsam noch größere Siege zu erreichen. Um Lin Biao die Korrektur seines „Fehlverhaltens" zu erleichtern, hatte Mao in seinem Beitrag den Satz geschrieben „Ich habe mit Genossen Lin Biao die Meinungen ausgetauscht." Offenbar wollte Mao im Interesse stabiler Verhältnisse auf jeden Fall verhindern, dass sich der Meinungsstreit zwischen ihm und Lin Biao zu einem tiefen Konflikt ausweitet.

Folgen wir dem Bericht Zhou Enlais auf dem X. Parteitag, dann wäre der Konflikt zwischen Mao Zedong und Lin Biao /Chen Boda allerdings grundsätzlicher Art. Er hätte auf einer unterschiedlichen Einschätzung der Hauptaufgabe und des Hauptwiderspruchs beruht. Zhou sprach von einem politischen Bericht, den Lin und Chen vor dem IX. Parteitag ausgearbeitet hatten. Darin sollen beide zum Ausdruck gebracht haben, dass der Hauptwiderspruch nicht der Widerspruch „zwischen Proletariat und Bourgeoisie", sondern der Widerspruch „zwischen dem fortgeschritten sozialistischen System und den rückständigen gesellschaftlichen Produktivkräften" wäre. Deshalb hätten sie sich gegen die „Weiterführung der Revolution" gewandt und für die „Entwicklung der Produktion" als Hauptaufgabe plädiert.[359] Allerdings entsprach die von Zhou angeführte Auffassung über den Hauptwiderspruch nicht der ultralinken Grundposition von Lin und Chen.

Ein Aspekt, der in der einschlägigen Literatur nicht erwähnt wird, ist die übermäßige Konzentration von Militärs in den Machtpositionen. Im Bericht auf dem X. Parteitag heißt es dazu: „Lin Biao wollte ‚alles kommandieren und über alles verfügen'"[360] Das musste

359. Tschou En-lai, Bericht auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, in: "Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Dokumente." Peking 1973, S. 5.

Mao auf den Plan rufen; denn diese Machtkonzentration in den Händen Lins konnte nicht nur seine eigene Macht gefährden, sie konnte auch den von Mao angestrebten Zusammenschluss der Kräfte infrage stellen. Diese Kräftelage widersprach auch der Schaffung von Machtorganen, in denen in der neuen Phase fachlich versierten Kadern eine entscheidende Rolle zukam.

Nach der 2. ZK-Tagung begann auf Veranlassung Maos die Kampagne „Verurteilung Chens und Berichtigung des Arbeitsstils" (pi Chen zheng feng). Dabei wandte sich Mao gegen einen übertriebenen Personenkult, was einer Kritik an Lin Biao gleich kam. Im Verlauf der Auseinandersetzung mit Chen Boda erklärte Zhou Enlai am 29. April im Namen des ZK, dass Huang Yongsheng (Stabschef der Streitkräfte und engster Vertraute Lin Biaos – d.V.) und andere „Fehler in der Linie" begangen hätten. Damit waren personelle Veränderungen im Apparat der Militärkommission verbunden, die zu einer deutlichen Schwächung der Machtposition Lin Biaos führten. Das war der Anfang vom Ende des „Stellvertreters und Nachfolgers" Mao Zedongs, der sich schließlich am 13. September im Flugzeug Richtung Sowjetunion abzusetzen suchte. Sein Flugzeug wurde über der Mongolischen Volksrepublik von chinesischen Jagdflugzeugen abgeschossen, dabei kam Lin Biao zu Tode.

In der bisherigen chinesischen Literatur ist – der damaligen offiziellen Version folgend – davon die Rede, dass Lin Biao eine „konterrevolutionäre Clique" organisiert hätte, deren Ziel gewesen wäre, Mao Zedong zu töten und durch einen bewaffneten Umsturz die höchste Macht an sich zu bringen.[361] Diese Version des damaligen Geschehens dürfte genau so fabriziert worden sein wie die offizielle Verlautbarung über Liu Shaoqi auf der 12. Tagung des ZK der KP Chinas im Herbst 1968.[362] Die Ergebnisse der Untersuchungen zum Fall Lin Biao, die im letzten Jahr im Auftrage der Parteiführung von verschiedenen zentralen Forschungseinrichtungen der KP Chinas durchgeführt worden sind, besagen etwas anderes. Danach gab es keine konterrevolutionäre Verschwörung und auch keine Absicht Lin Biaos, Mao Zedong durch einen bewaffneten Umsturz aus dem Weg zu räumen. Lin soll Mao sogar mehrmals ersucht haben, ihn aus

360. Ebd., S. 20.

361. Vergl.: Zheng Qian/Zhang Hua, a.a.O., S. 254.

362. Ich könnte an dieser Stelle auch auf offizielle Verlautbarungen über interne Konflikte in der SED und in anderen kommunistischen Parteien verweisen, in denen selbst gegenüber den eigenen Mitgliedern (wie im Falle der jahrelang von E. Honecker betriebenen Absetzung Walter Ulbrichts) die Wahrheit verschwiegen wurde.

der Position des „Stellvertreters und Nachfolgers“ zu entlassen, was Mao jedoch abgelehnt hätte.[363] Auffällig ist in dem damaligen Fall, dass sich neben Jiang vor allem Zhou Enlai stark engagierte und Mao auf dem Laufenden hielt. Es waren also zwei Parteien, die die von Mao abweichenden Positionen Lins ausnutzten und die Situation offenbar bewusst zuspitzten: Jiang Qing, um einen Konkurrenten um die Macht zu beseitigen, und Zhou Enlai, der der Weisung Maos nach Herstellung der Einheit folgend die „Kulturrevolution“ zu beenden und die Politik von Partei und Regierung auf die Lösung der eigentlichen Probleme des Landes zu richten suchte.

Zhou Enlais Engagement für eine Rückkehr zur Normalität

Die Orientierung Mao Zedongs auf den Zusammenschluss der Kräfte und die Entwicklung der Produktion ermöglichte es Zhou Enlai, nach dem „Vorfall vom 17. September“ (jiu yisan shijian) eine Politik einzuleiten, die darauf abzielte die gesellschaftliche Ordnung wiederherzustellen und die volkswirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren.

Das begann mit einer Säuberung des Apparats und der Rehabilitierung alter Führungskader und ihrer Einsetzung in verantwortliche Funktionen. Der Kreis um Lin Biao wurde angeschuldigt und aus seinen Ämtern entlassen. Die Leitung der Zentralen Militärkommission wurde dem bisherigen Stellvertreter Ye Jianying übertragen. Unter Leitung Zhou Enlais wurde eine Gruppe gebildet, die den Fall der „parteifeindlichen Clique“ Lin Biao und Chen Boda zu untersuchen hatte. Im Ergebnis dieser Untersuchung wurden Lin Biao und die anderen hauptsächlichen Mitglieder dieser „Clique“ Chen Boda, Ye Qun (die Frau Lin Biaos), Huang Yongsheng, Wu Faxian und andere im August 1973 „auf ewig aus der Partei ausgeschlossen“.

Zhou Enlai leitete nun, unterstützt von Mao Zedong, die operati-

363. Siehe: Luo Bing, Es bestehen Zweifel an den Beweisen für das Verbrechen Lin Biaos, in: Zeitschrift „ Zheng Ming“, Xianggang (Hongkong). Jg. 2008, H. 7, S.10-11, chines.. Hier wird aus einem Untersuchungsbericht zitiert, der nach gut einjähriger Forschung Mitte März von den drei beteiligten Forschungseinrichtungen dem Politbüro des ZK der Partei übergeben worden wäre.

ve Tätigkeit des ZK der Partei. Gleichzeitig trug er die Verantwortung für die Arbeit des Staatrats. Im Mai 1972 wurde bei ihm Prostatakrebs diagnostiziert.[364] Er führte seine Arbeit unermüdlich weiter und offenbarte dabei sein überragendes Führungstalent.

Der „Kulturrevolution" war eine große Zahl von Führungskadern zum Opfer gefallen. Zhou war damals bestrebt gewesen, möglichst viele von ihnen vor den Exzessen zu bewahren. Nun wurde unter seiner Leitung begonnen, verfolgte und ausgestoßene Kader wieder zu rehabilitieren und – wo möglich – wieder in die Leitungsarbeit einzubeziehen. Allein im Frühjahr 1973 konnte Zhou Enlai bei Mao gegen den Widerstand von Jiang Qing erreichen, dass der Ruf von über 300 ehemaligen Führungskadern, darunter auch solcher der zentralen Ebene, voll wieder hergestellt werden konnte. Das bekannteste Beispiel war Deng Xiaoping. Deng hatte sich aus der Sicht Maos historisch nichts zuschulden kommen lassen und war zusammen mit Mao in den 30er Jahren selbst Opfer des „linken Opportunisten" Wang Ming gewesen. Außerdem berücksichtigte Mao seinen großen Einsatz im Kampf gegen Japan und im nachfolgenden Bürgerkrieg gegen die GMD. Auf Weisung wurde ihm deshalb am 10. März 1973 gestattet, wieder am Parteileben teilzunehmen und seine Tätigkeit als stellvertretender Ministerpräsident erneut aufzunehmen. Im August 1974 übernahm er kommissarisch das Amt des schwer erkrankten Premiers Zhou Enlai. Auf der 2. Tagung des X. ZK der KP China Anfang Januar 1975 wurde Deng zum stellvertretenden Vorsitzenden der Partei und zum Mitglied des Ausschusses des Politbüros gewählt.

Auf Weisung Zhou Enlais war Anfang Dezember 1971 das „Ergebnisprotokoll der nationalen Planung 1972" entworfen worden. Es enthielt Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung in der Volkswirtschaft wie die Verstärkung der einheitlichen Planung, die Konsolidierung der Unternehmensleitung, die Politik gegenüber Kadern, Arbeitern und technischem Personal und zur Bekämpfung des Anarchismus. Auf dieser Grundlage wurde dann begonnen, das System der Verantwortung für den Arbeitsplatz, die Bestimmungen

364. In nicht bestätigten Quellen heißt es, dass die Berichte über diagnostizierte Krankheiten bei Personen auf der obersten Führungsebene zuerst Mao vorgelegt werden mussten. Mao soll danach entschieden haben, ob der Betreffende davon in Kenntnis gesetzt wird und wie mit der Krankheit zu verfahren wäre. Im Fall Zhou Enlai hätte er beschlossen, Zhou nicht über seine Krankheit zu informieren und auch keine Maßnahmen zur Bekämpfung des Krebses einzuleiten.

für die Nutzung der Technik, das System der Qualitätskontrolle, die Produktionssicherheit, die wirtschaftliche Rechnungsführung, sieben Kennziffern u. a. für Qualität, Arbeitsproduktivität, Energieverbrauch und Rohstoffe und andere Maßnahmen wieder einzuführen.

In Auseinandersetzung mit der ultralinken Politik auf dem Dorfe wies das ZK der Partei bereits Ende 1971 an, die Gleichmacherei in den Volkskommunen im Bereich der Verteilung zu überwinden, in der Leitung der Kommunen von den örtlichen Realitäten auszugehen und die von der Partei zugelassenen Bewirtschaftungsweisen nicht als Kapitalismus zu attackieren. Hinzu kamen Schritte für die Erhöhung der persönlichen Einkommen und für die Minderung der Lasten für die Bauern. Auf der nationalen Planungskonferenz im Januar 1971 wurde die Politik einer zwangsweisen Vergrößerung der Kommunen, der Aufhebung des Hoflandes und der Zerschlagung der familiären Nebenwirtschaft, die Lin Biao und Chen Boda angelastet wurde, verurteilt.

Auch auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen in Auseinandersetzung mit Jiang Qing und Zhang Chunqiao wurden unter Leitung Zhou Enlais Schritte in Richtung auf eine teilweise Normalisierung der Beziehungen eingeleitet.

Die Auseinandersetzung zwischen dem von Zhou Enlai verfolgten Kurs und den ultralinken Positionen Jiang Qings und Zhang Chunqiaos konnte nur von Mao Zedong entschieden werden. Mao sah in der Kritik an ultralinken Praktiken letztlich eine Negierung der „Kulturrevolution". Deshalb hielt er daran fest, dass der Kampf nach wie vor gegen die „extrem rechte Abweichung" zu führen wäre. Lin Biao hielt er für „extrem rechts". Deshalb erlaubte er mit der Kampagne „Kritik an Lin, Kritik an Kongzi (Konfuzius)" nur Lin Biao, aber nicht die ultralinke Tendenz zu bekämpfen. Das setzte der Durchsetzung des von Zhou verfolgten Kurses Grenzen und nützte Jiang Qing, ihre Positionen zu festigen.

X. Parteitag der KP Chinas

Nach zwei Jahren Auseinandersetzung mit der „konterrevolutionären Clique Lin Biao" und einer anfänglichen Normalisierung der gesellschaftlichen Situation fand im August 1973 der X. Parteitag der KP Chinas statt.

Ihm voraus ging in der zweiten Mai-Hälfte wie üblich eine Arbeitskonferenz des ZK. Sie hatte über den Weg zu befinden, auf dem die Delegierten zum Parteitag und die Prinzipien für die Überarbeitung des Parteistatuts zu bestimmen waren. Zhou Enlai überbrachte eine Rede Maos, in der gefordert wurde, Gewicht auf den Überbau und auf das „Anpacken der Linie" zu legen. Die Mitglieder des Politbüros und des ZK insgesamt sollten durch das Studium lernen, sowohl an den Prinzipien festzuhalten als auch flexibel zu sein. Mao veranlasste auch, 13 alte Kader freizulassen, darunter Tan Zhenlin, Li Jingquan und Ulanfu. Auf seinen Vorschlag hin wurde Wang Hongwen ins ZK der Partei kooptiert und zusammen mit Hua Guofeng und Wu De zu den Sitzungen und zur Arbeit des Politbüros herangezogen. Drei Vertraute Jiang Qings, Zhang Chunqiao, Yao Wenyuan und Wang Hongwen, arbeiteten die Entwürfe für den Bericht an den Parteitag, den Bericht über die Abänderungen des Parteistatuts und das abgeänderte Parteistatut aus. Sie wurden im Politbüro diskutiert, von Mao durchgesehen und von ihm „prinzipiell akzeptiert".

Der Parteitag begann am 24. August und dauerte im Unterschied zu früheren Parteikongressen nur vier Tage.[365] Die 1 249 Delegierten „vertraten" 28 Millionen Parteimitglieder. Mao leitete das erste Plenum. Der schon durch seine Krankheit gezeichnete Zhou Enlai gab den politischen Bericht. Wang Hongwen, nun der „Vorzeige-Arbeiter" und neuer Aufsteiger von der Basis bis in die Spitze der Parteihierarchie, referierte über die Abänderungen am Parteistatut. In das neue ZK wurden 195 Mitglieder und 124 Kandidaten gewählt. Darunter befand sich auch eine Reihe alter Führungskader, die Opfer der „Kulturrevolution" gewesen waren – Deng Xiaoping, Wang Jiaxiang, Ulanfu, Li Jingquan, Tan Zhenlin und Liao Chengzhi.

Der X. Parteitag knüpfte ideologisch und politisch an die ultralinke Linie des IX. Parteitages an und setzte sie fort. An den Theorien Maos über den Klassenkampf im Sozialismus und über die „Fort-

setzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats“ wurde festgehalten. In diesem Zusammenhang wurde betont, dass der Sieg über die „Lin-Biao-Clique“ keineswegs den Abschluss des Kampfes der beiden Linien in der Partei darstelle. Dabei wurde die folgende Einschätzung Maos in den Rang eines objektiven Gesetzes gehoben: „Große Unordnung im gesamten Lande führt zu großer Ordnung. Und so wiederholt es sich alle sieben oder acht Jahre. Die Ochsen- und Schlangengeister kommen von selbst hervor. Ihre Klassennatur bedingt, dass sie bestimmt auf den Plan treten.“ In dieser gesamten historischen Periode würden die „Gefahr einer Restauration des Kapitalismus“ und die „Bedrohung durch Umsturz und Aggression seitens des Imperialismus und des Sozialimperialismus“ existieren. „Es werden weitere Lin Biaos auftauchen und sich weitere Leute vom Schlage Wang Mings, Liu Schao-tschis, Peng Dö-huais[366] und Gao Gangs finden. Das ist vom Willen der Menschen unabhängig.“ Deshalb sei es notwendig, „mehrere politische Revolutionen wie die Große Proletarische Kulturrevolution durchzuführen“. Der Bericht fordert dazu auf, „die gesamte Partei, die gesamte Armee und das gesamte Volk im Sine des Klassen- und Linienkampfes zu erziehen, den Revisionismus und die bürgerliche Weltanschauung zu verurteilen“.

Vorsitzender Mao lehrte, dass „wir uns nach wie vor in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution befinden“. Die gegenwärtige internationale Lage sei durch eine „große Unordnung“ gekennzeichnet. „Die Entspannung ist eine vorübergehende, oberflächliche Erscheinung, die große Unordnung aber geht weiter. Eine solche Unordnung ist etwas Gutes, keineswegs schlecht für die Völker.“ „Die Staaten wollen die Unabhängigkeit, die Nationen wollen die Befreiung, und die Völker wollen die Revolution. Das ist bereits zu einer unwiderstehlichen Strömung der Geschichte geworden.“ China müsse eine „breitestmögliche Einheitsfront bilden, um den Imperialismus, den neuen und alten Kolonialismus, insbesondere die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte, der USA und der Sowjetunion, zu bekämpfen“. In ihrer tatsächlichen Außenpolitik hatte die VR China jedoch bereits das Zusammenspiel mit den USA begonnen. Im Bericht wurde die Aufgabe gestellt, China in „Weiterführung der Revolution unter der Diktatur

365. Siehe: “Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Dokumente.“ Peking 1973.

des Proletariats" „zu einem mächtigen sozialistischen Staat aufzubauen" und zugleich gegenüber einem eventuellen Aggressionskrieg insbesondere des „sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus gegen unser Land" alle Vorbereitungen zu treffen. Dazu müssten die „Weisungen des Vorsitzenden Mao" befolgt werden: „Trefft Vorbereitungen auf einen Kriegsfall, Vorbereitungen auf Naturkatastrophen, tut alles für das Volk" und „Grabt tiefe Tunnel, legt überall Getreidevorräte an und trachtet nie nach Hegemonie". Im Lande gelte es, die „Große Proletarische Kulturrevolution noch tiefgehender durchzuführen".

Die Massen müssten verstehen lernen, „wie Vorsitzender Mao den Marxismus-Leninismus als Erbe übernommen, ihn verteidigt und weiterentwickelt hat, indem er die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution verband". Im „Klassenkampf" seien „alle jene Teile des Überbaus umzugestalten, die der ökonomischen Basis nicht entsprechen". Die Partei leite in den sieben Bereichen Industrie, Landwirtschaft, Handel, Kultur und Bildungswesen, Armee, Regierung und Partei alles. Diese einheitliche Führung durch die Partei müsse verstärkt und zugleich den Revolutionskomitees und den verschiedenen Massenorganisationen voller Spielraum gegeben werden. Mit der Verwirklichung der Dreierverbindung in den Revolutionskomitees von Älteren, Mittelaltrigen und Jüngeren müssten die Parteiorganisationen aller Ebenen die Heranbildung von „Fortsetzern der revolutionären Aufgaben des Proletariats über Generationen hinaus stets auf die Tagesordnung setzen". Diese „Fortsetzer" würden, wie der Vorsitzende Mao feststellte, „stets im Sturm heranwachsen".

Die Abänderungen am Parteistatut betrafen die Aufnahme von Passagen zur „Kulturevolution"; zur Praktizierung von Marxismus (nicht Revisionismus), des Zusammenschlusses (nicht der Spaltung) und eines offenen und ehrlichen Verhaltens (keine Verschwörungen und Ränke); zur Einhaltung des „Prinzips des Marxismus-Leninismus", „gegen die Strömung anzukämpfen"; Heranbildung von „Millionen von Fortsetzern der revolutionären Sache des Proletariats in den Kämpfen der Massen"; zur Stärkung der einheitlichen Führung durch die Partei und zur Entwicklung ihres „traditionellen

366. In dieser Quelle werden die chinesischen Namen in einer anderen Umschrift angegeben. Peng Dö-huai = Peng Dehuai.

Arbeitsstils“; und zur Praktizierung des „proletarischen Internationalismus“ und zur Bekämpfung des Großmacht-Chauvinismus.

Das Zentralkomitee der X. Wahlperiode zählte 195 Mitglieder und 121 Kandidaten. Auf seiner ersten Tagung wurde Mao Zedong zum Vorsitzenden der Partei und zu seinen Stellvertretern Zhou Enlai, Wang Hongwen, Kang Sheng, Ye Jianying und Li Desheng gewählt. Dem Politbüro gehörten u. a. weiter an: Liu Bocheng[367], Jiang Qing, Zhu De, Hua Guofeng, Wu De, Zhang Chunqiao, Yao Wenyuan und Dong Biwu. Dem Ständigen Ausschuss des Politbüros gehörten neben Mao und seinen Stellvertretern Zhu De, Zhang Chunqiao und Dong Biwu an.

Das bedeutete, dass sich durch den Parteitag nicht allein Jiang Qing, sondern auch Zhou Enlai für die Weiterführung seiner Politik personell zu verstärken vermochte. Mao Zedong war jedoch offensichtlich nicht daran interessiert gewesen, Jiang Qing in die unmittelbare Führungsspitze zu lancieren. Dennoch waren die beiden Kräftegruppierungen in etwa paritätisch in der Führungsspitze der Partei vertreten. Das sollte auch die folgenden Auseinandersetzungen um den politischen Kurs der Partei weiterhin prägen – das Bemühen um eine weitere Normalisierung und Stabilisierung der gesellschaftlichen, vor allem ökonomischen Entwicklung auf der einen und die Verteidigung und volle Durchsetzung der „kulturrevolutionären“ Linie und Politik auf der anderen Seite. Mao Zedong brauchte beides und versuchte, zwischen beiden politischen Richtungen eine bestimmte Balance zu finden. In der ideologischen Auseinandersetzung führte er jedoch weiterhin den Hauptschlag gegen die „rechte Abweichung“, gegen den „Revisionismus“.

367. Liu Bocheng war einer der berühmten Führer der Roten Armee im Befreiungskrieg und Marschall der Volksbefreiungsarmee gewesen. Er hatte in den Kämpfen ein Augenlicht verloren und wurde aufgrund seiner Fruchtlosigkeit und Tapferkeit „der einäugige Drache“ genannt.

Auf und Ab der Auseinandersetzungen, das Ende der „Viererbande"

Mao Zedong war der Meinung, dass die ideologische Quelle für die Aktionen der „Lin-Biao-Clique" in den Lehren von Kong-zi (Konfuzius) und Meng-zi (Menzius) zu suchen sei. So begann 1974 die Kampagne „Kritik an Lin, Kritik an Kong". Die Kampagne wurde sofort von den Kräften um Jiang Qiang für ihre Ziele ausgenutzt. Unter der Losung „Sich gegen die Strömung wenden" lösten sie in der Gesellschaft neue Auseinandersetzungen und Unruhen aus, die die Wirtschaft in ihrer Entwicklung erneut zurückwarfen. Mao war beunruhigt. Er kritisierte Jiang Qing, Zhang Cunqiao, Yao Wenyuan und Wang Hongwen und warf ihnen vor, als eine „Viererbande" zu agieren. Wang Hongwen hatte, als Zhou Enlai schwer erkrankt ins Krankenhaus eingeliefert werden musste, als stellvertretender Vorsitzender der Partei die Verantwortung für die operative Arbeit des ZK übertragen bekommen. Er war damit offensichtlich überfordert. Deshalb setzte Mao Deng Xiaoping, der im Dezember 1973 bereits in das Politbüro und in die Zentrale Militärkommission zurückgekehrt war, an Wangs Stelle ein. Mao schickte Deng auch als Leiter der chinesischen Delegation gegen den Widerstand Jiang Qings im April 1974 zur Teilnahme an der UNO-Vollversammlung, auf der Deng die Theorie Maos über die drei Welten propagierte. Auf der 1. Tagung des Nationalen Volkskongresses im Januar 1975, auf der die Verfassung des Landes den Aussagen des X. Parteitages angeglichen wurde, übernahm Deng schließlich als einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten für den erkrankten Zhou die Regierungsgeschäfte.

Mao hoffte nun, die Unruhen beenden und die Wirtschaft entwickeln zu können. Das eröffnete Deng die Chance, das Jahr 1975 zu einem Jahr der grundlegenden Neuordnung in den Bereichen der Wirtschaft, der Armee, der Wissenschaft und Technik werden zu lassen. Die Neuordnung hatte „die Weisungen zum Leitfaden": Lernen von Maos „Theorie über die Diktatur des Proletariats" und seinem Kampf gegen den „Revisionismus", Sicherstellen des Zusammenschlusses und die Wirtschaft voranentwickeln. Deng war vor allem darum bemüht, den vier Modernisierungen neue Impulse geben.

Erste Erfolge stellten sich schon 1975 ein. Der Gesamtproduktionswert von Industrie und Landwirtschaft stieg gegenüber dem Vorjahr um 11,09 Prozent (Landwirtschaft: 4,6%, Industrie 15,1%). Ich besuchte zu dieser Zeit gerade eine Ausstellung über die „Kulturrevolution" in Shaoshan, dem Geburtsort Mao Zedongs in der Provinz Hunan. Die Leitung der Ausstellung war gerade dabei, den Neuanfang durch Deng Xiaoping in einem Sonderraum zu dokumentieren. Die Kader vor Ort hatten sehr wohl begriffen, dass sich mit Deng im Sinne Zhou Enlais eine neue Hoffnung für das Land abzuzeichnen begann.

Deng wurde in bestimmter Hinsicht von Mao unterstützt. Mao suchte gleichzeitig aber auch die Ergebnisse der „Kulturrevolution" zu sichern und löste deshalb mit Unterstützung der Kräfte um Jiang Qing eine neue Kampagne zum Studium seiner „Theorie über die Diktatur des Proletariats" aus.[368] Sie führte dazu, dass die begonnene Neuordnung in der Gesellschaft zum Erliegen kam. Die Ursache für diese Gegenströmung war eine Veränderung in der Haltung Maos, der nicht zulassen wollte, dass die Linie der „Kulturrevolution" allseitig korrigiert wurde. Die Kräfte um Jiang Qing nutzten diese Gelegenheit umgehend aus, um Zhou Enlai, Deng Xiaoping und andere führende Kader auf zentraler Ebene anzugreifen. Erneut entfachten sie einen „Wind gegen rechte Rehabilitierungen". Sie erreichten, dass Deng einen Großteil seiner Bemühungen einstellen musste und sich der Kritik durch die gesamte Partei gegenüber sah. Wieder wurden Kader von ihren Posten verjagt. In einigen Regionen flammten erneut gewaltsame Auseinandersetzungen auf. Das gesamte Land begann abermals in Chaos zu versinken.

Am 8. Januar 1976 starb der im Volke wegen seiner großen Verdienste, seiner Einfachheit und seiner Haltung gegenüber dem Volk von vielen geliebte Zhou Enlai. Sein Tod erschütterte das Land. Mit ihm war für viele der Hoffnungsträger gegangen. Mit seinem Tod nahm die Kritik an Deng Xiaoping weiter zu. Mao Zedong durchbrach die alte Gewohnheit und setzte für Zhou nicht Deng Xiaoping, sondern Hua Guofeng als amtierenden Ministerpräsidenten und als Verantwortlichen für die operative Arbeit des ZK

368. Spätestens an dieser Stelle ist zu fragen, ob Mao zu dieser Zeit aufgrund seines Gesundheitszustandes überhaupt noch in der Lage war, politisch selbstständig zu handeln oder ob in seinem Namen andere handelten. Ich verfüge nicht über die erforderlichen Quellen, um diese Frage beantworten zu können.

ein. Die Einsetzung Huas bedeutete aber auch, dass Mao keinen Vertreter der „Viererbande" als seinen Nachfolger ausgewählt hatte; denn es war auch für Mao nicht zu übersehen, dass die „Viererbande" den Hass des Volkes auf sich gezogen hatte. Die Wahl Huas sollte sich bald, von Mao sicher nicht einkalkuliert, als eine günstige Kräftekonstellation für die Entmachtung der „Viererbande" herausstellen.

Die Unzufriedenheit breiter Kreise mit der neuen Attacke gegen Deng Xiaoping verband sich mit verstärkten Zweifeln an der Rechtmäßigkeit der „Kulturrevolution". Daraus entwickelte sich eine neue Woge gegen die „Viererbande". Sie äußerte sich in der Zeit des Frühlingsfestes zu Ehren Zhou Enlais in mächtigen Protestbewegungen, für die die Zwischenfälle auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Beijing symbolisch waren. In Beijing begannen die Bekundungen der Trauer um Zhou Anfang März. Anfang April waren es schon einige Millionen, die auf den Platz kamen, um Blumen, Gedichte und Artikel zum Gedenken an Zhou am Denkmal für die Gefallenen der Revolution niederzulegen und die „Viererbande" zu verurteilen.

Am 4. April 1976 beschloss das Politbüro, die Bekundungen der Millionen auf dem Tiananmen-Platz zu einem konterrevolutionären Akt zu erklären und das Denkmal wieder freizuräumen. Dafür wurden 500 Milizionäre, 3 000 Polizisten und 200 LKW eingesetzt und Massen in Gewahrsam genommen, die sich dieser Aktion widersetzten. Am 5. April 1976 hatten sich viele abermals auf dem Platz unter Losungen versammelt „Gebt mir meine Blumen zurück", „Gebt mir meinen Kampfgenossen zurück". Als die Massen den Platz trotz Aufforderung durch den Bürgermeister Beijings, Wu De, nicht räumten, bot dieser mit Knüppeln bewaffnete Milizionäre und Polizisten auf, die die Massen umzingelten, auf sie einschlugen und sie festsetzten. Am 7. April beschloss das Politbüro auf Weisung Mao Zedongs, Deng Xiaoping aller seiner Posten innerhalb und außerhalb der Partei zu entheben und an seine Stelle Hua Guofeng als ersten stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der KP Chinas und Ministerpräsident einzusetzen. Deng Xiaoping behielt jedoch seine Parteimitgliedschaft.

Die „Viererbande" nutzte diese Gelegenheit, um die Kampagne der „Kritik an Deng" im Juli und August landesweit mit der Behaup-

tung zu entfalten, er sei ein Vertreter der Bourgeoisie in der Partei. Sie versuchten auch, Hua Guofeng und andere führende Kader auf zentraler Ebene auf diese Linie zu bringen. Naturkatastrophen und neue Todesfälle drängten die Kampagne jedoch in den Hintergrund. Am 6. Juli starb der legendäre Zhu De, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses. Am 28. Juli 1976 zerstörte ein schweres Erdbeben die Stadt Tangshan nordöstlich von Beijing. Dem Beben fielen über 242 000 Menschen zum Opfer, über 164 000 wurden schwer verletzt. Ein schweres Beben erschütterte auch die südostchinesische Provinz Sichuan. Und am 9. September 1976, zum Mittherbstfest, starb Mao Zedong. Sein Tod erschütterte das Land noch viel stärker als das Beben um Tangshan. Mit ihm ging eine ganze historische Ära zu Ende. Wie sollte es mit China weitergehen?

Sofort nach dem Tod Maos ging die „Viererbande“ daran, die Macht in Partei und Staat an sich reißen zu wollen. Noch vor seinem Tode hatte Zhu De den Verantwortlichen für die militärische Arbeit in der Zentrale, Ye Jianying, aufgefordert, gegenüber Jiang Qing wachsam zu sein und rechtzeitig Vorbereitungen zu treffen, um ihre Machtambitionen zu zerschlagen. Auch andere führende Vertreter der alten Garde, Nie Rongzhen, Xu Xiangjian, Chen Yun und Wang Zhen, hatten Ye Jiangying vorgeschlagen, das Problem der „Viererbande“ zu lösen. Ye Jianying, Chen Yun und Li Xianyan erörterten dieses Problem mehrfach. Sie kamen zu dem Schluss, erstens wäre dieses Problem bereits keine Frage der Kritik und Selbstkritik mehr, es müsse auf einem außergewöhnlichen Wege gelöst werden, und zweitens sollte dafür am besten die Mehrheit des Politbüros gewonnen werden. Der Schlüssel dafür lag bei Hua Guofeng. Hua stand generell auf „linken“ Positionen. Er bejahte den Kurs der „Kulturrevolution“.

Als er am 30. April 1976 Mao Bericht erstattete, hatte Mao, der sich nicht mehr klar artikulieren konnte, eigenhändig aufgeschrieben „Nach dem vergangenen Kurs verfahren“ (zhao guoqu fangzhen ban shi). Den Machtambitionen der „Viererbande“ stand Hua jedoch im Wege. Deshalb richteten Jiang Qing und die anderen das Feuer jetzt gegen ihn. Angesichts dieser Situation beriet sich Hua mit einigen Verantwortlichen des ZK. Die Situation zwang ihn zu handeln. In diesem entscheidenden Augenblick nahmen Ye Jiang-

ying, Li Xiannian und andere den Kontakt zu Hua auf, und sie kamen mit ihm zu der einhelligen Ansicht, die Zeit wäre gekommen, das Problem der „Viererbande" ein für allemal zu lösen. Am 6. Oktober abends, auf einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des Politbüros, verkündete Huo Guofeng den anwesenden Zhang Chunqiao, Wang Hongwen und Yao Wenyuan den Beschluss, sie hätten sich parteifeindlicher und antisozialistischer Verbrechen schuldig gemacht und würden „einzeln überprüft" werden. Sie wurden auf der Stelle in Gewahrsam genommen und abgeführt. Eine andere Gruppe hatte zur gleichen Zeit gegenüber Jiang Qing, Mao Yuanxin[369] und andere im Gelände des ZK die gleichen Maßnahmen ergriffen. Das war das Ende der „Viererbande", die später vor Gericht gestellt und zu Freiheitsstrafen verurteilt wurde.

6.5. Internationale Politik Chinas in der Zeit der „Kulturrevolution"

Unter dem Einfluss der „kulturrevolutionären" Politik wurde die von Mao am Vorabend der Gründung der VR China verkündete außenpolitische Linie nicht nur gänzlich aufgegeben, sondern in ihr Gegenteil verkehrt. Es galt nicht mehr, dass die 40 Jahre Erfahrung Sun Zhongshans und die 28 Jahre Erfahrung der KP Chinas das chinesische Volk veranlassen, sich nicht der Seite des Imperialismus, sondern der Seite des Sozialismus zuzuwenden.[370]

In den ersten Jahren wurde mit der Einleitung und Entfaltung der „Kulturrevolution" in den internationalen Beziehungen eine Politik der durchgängigen Spaltung gegenüber der sozialistischen Welt, der internationalen kommunistischen Bewegung und der nationalen Befreiungsbewegung betrieben. Über die weltweite Etablierung „maoistischer" Parteien und Organisationen sollte eine neue „revolutionäre Internationale" unter Mao Zedongs Führung gegründet

369. Mao Yuanxin, ein Verwandter Maos, hatte, diente Mao als "Übersetzer" seiner Worte, da er sich in der letzten Zeit nicht mehr klar artikulieren konnte.
370. Vergl. Mao Zedong, "Über die Diktatur der Volksdemokratie", in: "Ausgewählte Werke Mao Zedongs", a.a.O., S.477- 478.

werden. Als offensichtlich wurde, dass sich China in Auswirkung dieser Strategie international isolierte, wurde der außenpolitische Kurs gegen Ende der 1960er Jahre neu justiert. Er lief jetzt darauf hinaus, China auf einem „dritten Weg" zu einem neuen, eigenständigen Weltzentrum zu entwickeln. Diese Strategie hatte drei Hauptkomponenten: Orientierung auf die „dritte Welt" als politischen Hauptpartner, ausgeprägte Konfrontation gegenüber der UdSSR und pragmatisches Paktieren mit dem Imperialismus. Theoretische Grundlage dieser Strategie war die Auffassung Mao Zedongs über die „drei Welten".

1966-1969

Mit dem Beginn der „Kulturrevolution" wurde die UdSSR zum internationalen „Todfeind" erklärt. Gleichzeitig wurden die chinesischen Botschafter bis auf Albanien aus allen sozialistischen Ländern abberufen und die Beziehungen faktisch eingestellt. Völlig abgebrochen wurden die Beziehungen zu den regierenden kommunistischen Parteien in den anderen sozialistischen Ländern. Eine Ausnahme bildete nur Albanien, das neben China als einziges sozialistisches Land anerkannt wurdet.[371]

Die europäischen sozialistischen Länder und die MVR galten ebenfalls als vom „Revisionismus" beherrscht und „vom Sozialimperialismus kontrolliert und ausgebeutet". Die „kulturrevolutionären" Kräfte in den Botschaften der VR China in den sozialistischen Ländern nutzen die Vertretungen, um sich in aggressiver Weise mit ihrer Aktivitäten in die inneren Angelegenheiten der Gastländer einzumischen. In China selbst waren neben der sowjetischen Botschaft auch die Vertretungen anderer sozialistischer Länder, ihre Diplomaten und Mitarbeiter immer wieder Objekt von rüden Übergriffen und Schikanen. Wir unterschieden uns in dieser Hinsicht von den Vertretungen kapitalistischer Länder darin, dass

371 Als kurz nach Beginn der "Kulturrevolution" der albanische Verteidigungsminister China besuchte, wurden die Beijinger zur seiner Begrüßung an die Straße beordert. Wir nutzten die Gelegenheit, um die Leute am Straßenrand zu fragen, wie groß denn ihrer Meinung nach Albanien wäre. Die Antwort lautete übereinstimmend: So groß wie China. Es schien eher Hoffnung denn Unwissen zu sein, wenigstens ein großes Land an der Seite des „kulturrevolutionären" China zu sehen.

wir als „Revisionisten" im Mittelpunkt dieser Art von diplomatischer Unkultur standen. Insbesondere bei Zuspitzungen der internationalen Lage durch imperialistische Kräfte trat die feindselige Haltung Pekings gegenüber unseren Ländern hervor. So war die Aggression der USA gegenüber Vietnam eine Herausforderung an die sozialistische Gemeinschaft. Mehrfache Vorschläge der sowjetischen Seite und Bemühungen anderer sozialistischer Länder, zur Unterstützung Vietnams zusammenzuarbeiten, wurden von der chinesischen Führung abgelehnt: „Wir sind in keinem Fall zu einer solchen Aktionseinheit bereit. Das war bisher so, das ist jetzt so, und das wird auch in Zukunft so sein."[372]

Mit der „Kulturrevolution" häuften sich auch die Zwischenfälle an den noch zu markierenden Abschnitten der chinesisch-sowjetischen Grenze. Zhou Enlai soll bereits am 26. März 1967 geäußert haben, dass „ein Grenzkrieg mit der UdSSR früher beginnen wird als ein Krieg gegen die USA".[373] In den Mittelpunkt der Grenzzwischenfälle rückte 1969 die Insel Zhenbao-dao („Kleinod-Insel") Damanskij im Ussuri. Der wechselnde Wasserverlauf ließ die Insel einmal auf der sowjetischen, ein andermal auf der chinesischen Seite erscheinen. Nach sowjetischen Informationen besetzte in der Nacht zum 2. März 1969 eine 300 Mann starke Einheit der chinesischen Armee die Insel. Möglicherweise befand sie sich zu diesem Zeitpunkt auf der chinesischen Seite der Grenze. Jedenfalls waren am chinesischen Ufer, wie dann von sowjetischer Seite festgestellt wurde, bereits Reserven konzentriert, um gegebenenfalls Feuerunterstützung durch Minen- und Granatwerfer und andere Waffen geben zu können. Das deutet daraufhin, dass die chinesischen Einheiten angewiesen waren, die Frage, zu welcher Seite die Insel gehörte, ein für allemal mit militärischen Mitteln zu entscheiden. Als die Besetzung der Insel von sowjetischer Seite entdeckt wurde, protestierte sie, wie schon mehrmals zuvor geschehen, gegen die Grenzverletzung. Die chinesische Einheit wurde aufgefordert, die Insel zu verlassen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren Grenzverletzungen immer friedlich und ohne Blutvergießen ausgegangen. Dieses Mal eröffnete die chinesische Seite nach sowjetischer

372. Renmin Ribao v. 30.4.1967, chines.
373. Zitiert nach: O.B. Borissow/B. T. Koloskow, Sowjetisch-chinesische Beziehungen 1946 bis 1970, Berlin 1973, S. 388

Darstellung das Feuer auf die sowjetischen Einheiten. Damit kam es erstmals zu einem offenen militärischen Konflikt an der chinesisch-sowjetischen Grenze.

Wem nützte dieser bewaffnete Zusammenstoß? Der UdSSR kaum. In China hingegen wurde er ausgenutzt, um die antisowjetische Propaganda zur Vorbereitung des IX. Parteitages anzuheizen und den antisowjetischen Kurs zu verfestigen. Nach außen wurde mit dem militärischen Konflikt der imperialistischen Welt demonstriert, dass sich China gegenüber der UdSSR auf eine feindliche Seite begeben hatte. Dem folgte bald darauf die Ping-Pong-Diplomatie mit den USA.

Mit der „Kulturrevolution" begann sich das Verhältnis der VR China zu den kapitalistischen Staaten, in erster Linie zu den USA, allmählich zu verändern. Die ersten Versuche der VR China, mit den USA Kontakte aufzunehmen, fallen in die Jahre 1968/1969. Am 9. November 1968 veröffentlichte die Nachrichtenagentur „Neues China" (Xinhua) eine längeren Artikel über den Ausgang der Präsidentenwahlen in den USA. Während die vorangegangene Regierung Johnson als „Clique" abqualifiziert wurde, enthielt sich der Verfasser jeden Angriffs gegen den neuen Präsidenten Nixon. Aufmerksam registriert wurde die Ankündigung Nixons, die internationalen „Verpflichtungen" der USA einzuschränken. Der Vietnamkrieg wurde in dem Beitrag nicht erwähnt.

Zur gleichen Zeit schlug die chinesische Regierung Washington vor, die Gespräche in Warschau wieder auf die Ebene von Botschaftern zu heben und ein Abkommen über die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" zwischen beiden Länden zu erörtern. Die Veränderungen in den internationalen Positionen der VR China wurden von den USA aufmerksam registriert. Präsident Johnson hatte darauf mit einer Reihe kleiner Gesten reagiert, z.B. mit der Erlaubnis für die Lieferung von Pharmazeutika in die VR China (April 1967) und dem Wunsch, Kontakte und eine Austausch mit dem „Festland" (dalu) aufzunehmen (Mai 1967). All diese Gesten hatten jedoch das Hauptproblem für die Volksrepublik, die Taiwan-Frage, nicht berührt. Die neue Regierung unter Nixon zeigte zunächst keinerlei Bereitschaft, auf die chinesischen Angebote einzugehen und den harten Kurs der USA gegenüber China zu verändern. Der Prozess des Überdenkens der amerikanischen Außen-

politik angesichts des Scheiterns des Versuchs, in Vietnam mit dem „Zurückrollen" des Sozialismus zu beginnen, war offenbar noch nicht abgeschlossen. Außerdem führte der Fakt, dass die USA dem chinesischen Geschäftsträger in Holland, Liao Heshu, politisches Asyl gewährten, zu einer neuen Verhärtung der beiderseitigen Beziehungen. Die VR China brach angesichts dieses Schrittes der USA das bereits vereinbarte 135. Botschaftergespräch in Warschau ab, hielt jedoch den Kontakt mit Washington weiterhin über inoffizielle Kanäle aufrecht.

Die „kulturrevolutionäre" Japanpolitik Chinas war durch eine massive Einmischung in die inneren Angelegenheiten Japans gekennzeichnet. Die demokratischen Kräfte in Japan waren massiven Versuchen ausgesetzt, ihnen die Ideen Mao Zedongs, Maos Theorie von der Revolution und die Ausrichtung auf eine „antiamerikanische und antisowjetische Einheitsfront" aufzudrängen. Sie wurden aufgefordert, den Kurs des Kampfes gegen „vier Feinde" einzuschlagen – gegen den USA-Imperialismus, die japanische Reaktion, die Sowjetunion und die KP Japans. Die KP Japans, deren Verhandlungen mit der KP Chinas im Frühjahr 1966 durch den Einspruch Maos gescheitert waren, hatte es entschlossen abgelehnt, der Pekinger Propaganda zu folgen. Die „kulturrevolutionären" Sendboten spalteten nicht nur die Reihen der japanischen Kommunisten, sondern schürten auch die Widersprüche zwischen der KP und der Sozialistischen Partei des Landes. Das beeinträchtigte maßgeblich den damaligen Kampf der fortschrittlichen Kräfte des Landes gegen den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag. China nutzte im Handel zwischen beiden Ländern auch die japanischen „befreundeten Firmen", um Japan auf den chinesischen Kurs zu drängen. Die chinesische Kritik am japanischen Militarismus und sein Wiederaufkommen beschränkten sich im Grunde jedoch auf die Regierung Sato, der mit Gegenmaßnahmen gegen die chinesische Infiltration geantwortet hatte.

Die prochinesische Opposition in der regierenden Partei, der Liberaldemokratischen Partei Japans, die eine nationalistisch-flexible Haltung gegenüber China einnahm und einen offenen Antisowjetismus, Antiamerikanismus und Revanchismus vertrat, galt hingegen in Peking als progressive und antiimperialistische Kraft. China war aber auch in dieser Phase im Interesse seiner eigenen Moder-

nisierung stark am Ausbau der wirtschaftlich-technischen Beziehungen mit Japan interessiert. 1967-1968 ging das Volumen des beiderseitigen Handels etwas zurück, 1969 übertraf es mit 629 Milliarden US-Dollar jedoch schon wieder das Rekordjahr 1966.

Gegenüber Westeuropa begann die VR China erst gegen Ende der 60er Jahre aktiver zu werden. Der Vorschlag der sozialistischen Länder, eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einzuberufen, wurde in Beijing als Versuch hingestellt, „eine konterrevolutionäre Allianz zusammenzuzimmern, die wachsende revolutionäre Volksbewegung in Europa zu unterdrücken, die bestehende Ordnung in der kapitalistischen Welt zu stabilisieren …“[374] Ähnlich wurde dann auch auf den Abschluss der Verträge zwischen der UdSSR und der BRD, zwischen der BRD und Polen sowie des Vierseitigen Abkommens über Westberlin reagiert: Die USA und die UdSSR „können Europa keinerlei Sicherheit geben, weil sie lediglich um die Aufteilung (Europas in ihre Einflusssphären – d.V.) kämpfen“ würden.[375]

Auffallend war, dass China mit Beginn der „Kulturrevolution“ seine Angriffe auf die BRD einstellte. In dieser Zeit war es gang und gäbe, dass selbst in chinesischen Amtsstellen in offiziellen Gesprächen, die wir als Diplomaten der DDR führten, die beiden deutschen Staaten nur noch als Ostdeutschland (dong de) und Westdeutschland (xi de) zu bezeichnen. Das war nicht immer betonte Absicht, sondern mitunter mangelhafte Kenntnis über die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse im geteilten Deutschland. Eine Rolle mag auch gespielt haben, dass die BRD durch das wissenschaftlich-technische Niveau und die Qualität ihrer Produkte für die VR China eine besondere Anziehungskraft ausübte. Wir waren jedenfalls immer wieder gehalten, auf den Unterschied im gesellschaftlichen Charakter beider Staaten aufmerksam zu machen und um Beachtung dieses Unterschieds zu bitten. Damals galten einzelne kritische Bemerkungen an die Adresse Bonns allein der sowjetischen Politik gegenüber der BRD. Der Handel zwischen beiden Staaten entwickelte sich auch während der „Kulturrevolution“ ständig weiter. 1967/1968 sondierte die Regierung Kiesinger/Strauß /Brandt in den USA die Möglichkeit für den Abschluss eines offiziel-

374. Ebd., 11.9.1969.
375. Ebd., 22.12.1969.

len Handelsabkommens und die Eröffnung einer chinesischen Handelsmission in der BRD. Washington hatte, wie es hieß, keine prinzipiellen Einwände dagegen vorgebracht, hielt dafür die Zeit aber noch nicht für gekommen. Strauß hatte damals auch über eine „Zangenstrategie" gegenüber der Sowjetunion laut nachgedacht – die eine Zangenbacke sollte Westeuropa und die andere China sein.

Mit dem Übergang zur „Kulturrevolution" verschärften sich die Beziehungen der VR China auch zu den Entwicklungsländern. Ursache war auch hier in erster Linie das Bestreben, die „kulturrevolutionäre" Politik in diese Länder zu tragen und dort entsprechende Kräfte zu organisieren.

Während der erneuten schweren Zusammenstöße an der chinesisch-indischen Grenze im August/September 1967 verstärkte sich auch die chinesische subversive Tätigkeit gegenüber Indien. In den Bergen von Assam, Manipur und Nagaland bildeten sich Gruppen von Aufständischen, die von China zum Partisanenkampf ausgerüstet wurden. Aus dem Aufstand der Bauern in Naxalbari, in China als aufflammender „Funke der Ideen Mao Zedongs auf indischem Boden" gefeiert[376], ging die so genannte Naxalbari-Gruppe der Kommunistischen Partei Indiens (Marxisten) hervor, die sich dann zu einer „promaoistischen" Partei zusammenschloss. Auf dem Hintergrund der indisch-pakistanischen Spannungen gewährte China Pakistan wichtige ökonomische und militärische Hilfe. China lieferte Bomben- und Jagdflugzeuge, Panzer sowie andere Waffen und militärische Ausrüstungen.

Auf den Philippinen, zu denen China damals noch keine diplomatischen Beziehungen unterhielt, formierte sich aus den aufständischen „Huks" mit Hilfe des prochinesischen Flügels der KP der Philippinen die „Neue Volksarmee". Sie stellte sich das Ziel, durch einen bewaffneten Bauernaufstand die „Revolution voranzubringen" und die Bedingungen für die „Einkreisung der Stadt durch das Dorf" zu schaffen. Zugleich entwickelten sich aber auch die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern, zumal Teile der philippinischen Bourgeoisie daran interessiert waren, sich aus den ökonomischen Fesseln der USA zu lösen.

Nach Einstellung der Kampfhandlungen im Nahen Osten 1967 wandte sich die chinesische Führung gegen eine politische Lösung

376. Renmin Ribao v. 27.7.1967.

des israelisch-arabischen Konflikts. Sie drängte die arabische Seite zur Fortsetzung des Krieges. Die Resolution des UNO-Sicherheitsrates vom 22. November 1967, in der Israel aufgefordert wurde, sich aus den besetzten arabischen Territorien unverzüglich zurückzuziehen, und die Aufnahme von Verhandlungen zwischen beiden Seiten angemahnt wurde, wurde von der chinesischen Führung abgelehnt. Sie sah darin „eine weitere große Verschwörung, die vom USA-Imperialismus in Absprache mit den sowjetischen Revisionisten ausgeheckt wurde, um die arabischen Länder durch Vermittlung der UNO zu einer vollständigen Kapitulation zu zwingen".[377] Die VAR unter Präsident Gamal Abd al-Nasser, die der Resolution zugestimmt hatte, bekam das ökonomisch zu spüren. Mit der einschneidenden Verringerung des chinesischen Exports ging der Warenaustausch zwischen beiden Ländern 1960 auf 37 Prozent des Standes von 1966 zurück. Die nach Beginn der israelischen Aggression der VAR von China angebotene zinslose Anleihe von 10 Millionen US-Dollar und das Geschenk von 150 000 t Weizen an die VAR blieben Papier. Syrien hingegen, das die Resolution abgelehnt hatte, wurde hofiert. Mit dem Stabschef der syrischen Armee, Generalmajor M. Tlass, wurde 1969 erstmals seit 1966 wieder eine syrische Delegation zu Verhandlungen über chinesische Waffenlieferungen nach Beijing eingeladen. In einer vom Antisowjetismus geprägten Atmosphäre wurde versucht, Syrien, wenn auch vergeblich, zur Fortsetzung der Kampfhandlungen zu bewegen.

Die Haltung Chinas zum Kampf der Völker Afrikas in den ersten Jahren der „Kulturrevolution" wurde im Wesentlichen vom Antisowjetismus bestimmt. Hilfe und Unterstützung wurden nur gewährt, wenn die betreffende Organisation bereit war, gemeinsam gegen den sowjetischen „Revisionismus" zu kämpfen und den „Volkskrieg" Mao Zedongs zu führen. Führungen einiger afrikanischer Organisationen wie die der UNITA in Angola und der COREMO in Mosambik folgten dieser Linie. Insgesamt vermochte die chinesische Führung jedoch nicht, ihre Positionen in der nationalen Befreiungsbewegung Afrikas zu verbreiten. Eine Ausnahme bildeten Tansania und Sambia. Bereits kurz nach Gründung des Staates Tansania hatte China begonnen, seine Beziehungen zu diesem Land allseitig zu entwickeln. Eine große Rolle für die Stärkung der chine-

377. Ebd., 25.11.1967.

sischen Positionen in Tansania spielten der Besuch von Präsident Nyerere 1965 in China und der während dieses Besuches abgeschlossene Freundschaftsvertrag. Auch mit Sambia konnte China umfangreiche wirtschaftliche Beziehungen entwickeln. Dabei spielte der Bau der Eisenbahnlinie „Tansam" (Tansania-Sambia) eine besondere Rolle. Die Weltbank hatte zuvor abgelehnt, diesen Bau zu kreditieren. Die VR China war mit einem Kredit für beide Länder in Höhe von 167 Millionen Pfund Sterling eingesprungen.

Eine ähnliche Politik wie in Afrika verfolgte China auch in Lateinamerika. Einen bedeutenden Platz nahm dabei die Verbreitung von chinesischen Materialien ein, in denen die Ideen Mao Zedongs, vor allem seine Theorie über den Volkskrieg, propagiert wurden. Die sich herausbildenden promaoistischen Gruppierungen in Chile, Kolumbien oder Argentinien strapazierten in ihren Erklärungen vor allem zwei Grundsätze: Alle lateinamerikanischen Revolutionäre müssten die Erfahrungen der chinesischen Revolution studieren, weil sie dem heutigen Befreiungskampf in Lateinamerika zum Sieg verhelfen würden. Und sie müssten die Ideen Mao Zedongs studieren, um das Aufkommen von „Revisionismus" in ihren Reihen zu verhindern. Die lateinamerikanische Intelligenz lehnte die „Kulturrevolution" jedoch zumeist ab. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre kamen die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen Chinas zu den lateinamerikanischen Ländern fast völlig zum Erliegen.

1970-1976

Mit der Wende zu den 70er Jahren begann zwar die „kulturrevolutionäre" Ausgestaltung der chinesischen Außenpolitik zu verblassen, der Anspruch, die „Interessen der dritten Welt" zu vertreten und zu verteidigen, wurde aber umso nachhaltiger erhoben. Dabei blieb der antisowjetische Grundtenor erhalten. Gegenüber den USA und anderen imperialistischen Staaten schlug Beijing neue Töne an. Der sowjetische Vorschlag, in Asien unter aktiver Einbeziehung Chinas ein System der kollektiven Sicherheit zu schaffen, war von der chinesischen Führung als „Versuch der UdSSR, eine imperialistische Einkreisung Chinas zu verwirklichen" abgetan worden.[378] Gegen die

378. Ebd., 26.3.1969.

Ausweitung der militärischen Präsenz der USA in Asien hingegen hatte die chinesische Führung schon nichts mehr einzuwenden. Im indisch-pakistanischen Konflikt im Dezember 1971 rechtfertigte der chinesische Vertreter genauso wie der Vertreter der USA die Repressalien des pakistanischen Militärregimes unter der ostbengalischen Bevölkerung. Zugleich zog er die Rechtmäßigkeit der Gründung der VR Bangladesh, die trotz der Machenschaften der USA entstanden war, in Zweifel und lehnte ihre Aufnahme in die UNO ab.

Die chinesische Seite stellte zwischen 1970 und 1972 vor allem durch das Bemühen Zhou Enlais die diplomatischen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern auf Botschafterebene wieder her. Die staatlichen Beziehungen normalisierten sich insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und Handel. Dieser Prozess gestaltete sich mit den einzelnen sozialistischen Ländern sehr ungleichmäßig. Das größte Hemmnis für die Normalisierung der Beziehungen mit der UdSSR war die antisowjetische Grundhaltung der damaligen chinesischen Führung. Darin eingeschlossen war das Bestreben, den entscheidenden sowjetischen Einfluss auf die sozialistische Gemeinschaft durch eine differenzierte Politik gegenüber den einzelnen sozialistischen Ländern so weit wie möglich zu schwächen. Anknüpfungspunkte für diese chinesische Politik waren Interessenunterschiede und -gegensätze mit der UdSSR, nationalistische Tendenzen, aber auch objektive Bedürfnisse in einzelnen Ländern. Daraus ergab sich die bevorzugte politische Behandlung Albaniens und Rumäniens durch die VR China. Von diesem grundlegenden Aspekt der chinesischen Politik nicht frei war natürlich auch die Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen Chinas mit anderen sozialistischen Ländern, z. B. bei der Gewährung günstiger Kredite und der Lieferung kompletter Anlagen neben Albanien und Rumänien auch für die DRV und die KVDR.

Nach dem IX. Parteitag strebte die VR China danach, mit zahlreichern Ländern des Nahen und Mittleren Ostens diplomatische und ökonomische Beziehungen zu entwickeln. Darunter befanden sich auch Libanon, die Türkei und der Iran. Offen blieb zunächst, ob die VR China zur Entspannung der Lage in dieser Region beitragen wollte. Die Ablehnung der Resolution über die Lage im Mittleren Osten im Dezember 1972 in der UNO, die von den Entwicklungs-

ländern eingebracht worden war und mit Stimmenmehrheit angenommen wurde, schuf Klarheit: China war nicht an einer wirklichen Entspannung in dieser Region interessiert. Das dokumentierte auch die Abstimmung über eine Resolution, die Israel wegen der Fortsetzung seiner aggressiven und expansiven Politik verurteilte und sich für ein Embargo für Hilfeleistungen an Israel aussprach. China stand hier in einer Front mit den USA.

Der Schwerpunkt der chinesischen Politik im Afrika der beginnenden 70er Jahre lag auf der Festigung und Ausweitung der Beziehungen. 1971 wurde die VR China von einer Reihe afrikanischer Staaten anerkannt. Darunter befanden sich Nigeria, Kamerun, Ruanda und Senegal. Im gleichen Jahr wurden die 1966 unterbrochenen Beziehungen mit Tunesien und Burundi wieder aufgenommen. 1973 folgte die Aufnahme der Beziehungen zur VR China durch Ghana. Es folgten Mauritius, Togo, Madagaskar, Zaire und Obervolta. 1973 unterhielt China bereits mit 30 afrikanischen Ländern diplomatische Beziehungen. Beijing intensivierte seine Kontakte mit Staatsführern und Repräsentanten Afrikas und versuchte, seine politischen Positionen mit Hilfe von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auszubauen. Das betraf vor allem die Länder Ost-, Nord- und Westafrikas. Beim Abschluss von Abkommen in Afrika stellte China keine direkten Bedingungen mehr. Auswahl der Länder, Ausmaß der wirtschaftlichen Beziehungen und Fristen für die Verwirklichung von Hilfe zeigten jedoch an, dass hier weiterhin nach dem politischen Kurs der einzelnen afrikanischen Länder differenziert wurde. 1973 hatte sich die VR China mit einer Summe von 1,7 Milliarden US-Dollar zu Hilfeleistungen für 26 afrikanische Länder verpflichtet. Davon entfielen allein auf Ostafrika rd. 70 Prozent der Gesamtsumme.

Auch in Lateinamerika wurde mit Beginn der 70er Jahre der Schwerpunkt auf die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen gelegt. Nach den Exzessen der „Kulturrevolution" war es für die VR China leichter geworden, hierbei voranzukommen. Die ersten Länder, die nach Kuba diplomatische Beziehungen mit China aufnahmen, waren Chile und Peru. Bis Ende 1972 waren Mexiko, Argentinien, Guyana und Jamaika hinzugekommen. China konnte dabei auch den Aufschwung der patriotischen Gefühle in den lateinamerikanischen Ländern und ihr verstärktes Streben nach Unab-

hängigkeit vom ausländischen Imperialismus ausnutzen. Beijing war bemüht, dieses Streben auf den Kampf gegen die beiden „Supermächte" zu lenken. Die Gewährung großer zinsloser Kredite mit einer 20-jährigen Laufzeit an Peru im November 1971 und an Guyana im April 1972 war mit der Akzeptierung der chinesischen Auffassung über die beiden Supermächte durch beide Länder verbunden. Bezeichnend war auch das Verhalten Beijings im Zusammenhang mit dem Putsch der Militärjunta 1973 in Chile gegen den Präsidenten Salvador Allende. Schon nach einem Monat erkannte China die Militärjunta de facto an. Als der chilenische Botschafter in Beijing, Armando Uribe, in einer Erklärung den Putsch der Militärjunta gegen den rechtmäßig gewählten Präsidenten verurteilte, setzte Außenminister Ji Pengfei ihn davon in Kenntnis, das er von der chinesische Regierung nicht länger als Botschafter Chiles in der VR China angesehen werde.

Unmittelbar nach dem IX. Parteitag ging die chinesische Führung im Interesse ihrer nationalen und internationalen Ziele dazu über, direkte Beziehungen der politischen Zusammenarbeit mit den Zentren der imperialistischen Welt, in erster Linie und vor allem mit den USA, in entscheidenden nationalen und internationalen Fragen einzuleiten.

Noch im gleichen Jahr verkündete Präsident Nixon den Rückzug der USA aus Vietnam. Direkte Gesten gegenüber China waren noch 1969 die Einstellung der Patrouillenfahrten amerikanischer Kriegsschiffe in der Taiwan-Straße, die Lockerung des Embargos im Handel mit China und die Abfertigung von Schiffen auf der Route in die VR China in amerikanischen Häfen. Als die USA ihre Truppen aus Vietnam doch nicht abzogen und Saigon beim Überfall auf Kambodscha und Laos unterstützten, reagiert Beijing mit der Absage an das vereinbarte 137. Botschaftertreffen. Schon im Juni 1970 wurde das State Department in Washington erneut aktiv. Es erkundete jetzt bereits die Möglichkeit eines Besuchs von Präsident Nixon in China. Damit brach die entscheidende Zeit an für die Vorbereitung eines offiziellen Meinungsaustauschs zwischen beiden Seiten über die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Die USA erkannten ihre Chance, die ihnen die Verschärfung des antisowjetischen Kurses in China eröffnet hatte. Nixon setzte die chinesischen Führer intern davon in Kenntnis, dass er an die Probleme Asiens neu

heranzugehen gedenke. Er beabsichtige, die Beziehungen zu China durch eine Regelung der Taiwan-Frage und des Beitritts Chinas zur UNO zu normalisieren. Die chinesische Seite reagierte darauf mit einem Interview, das Mao Zedong seinem Bekannten aus den Tagen in Yanan, dem amerikanischen Journalisten Edgar Snow, gewährte. Die chinesische Regierung begrüße eine Reise Nixons nach China, weil er nicht für die Taiwan-Politik seiner Vorgänger verantwortlich wäre. Mit ihm müssten nun die Probleme in den Beziehungen zwischen beiden Ländern gelöst werden. Überdies interessiere China das hohe Niveau der US-amerikanischen Industrieproduktion.[379] Auf Einladung Mao Zedongs traf im April 1971 eine Tischtennismannschaft der USA zu Wettkämpfen in Beijing ein.[380]

Es folgten Delegationen von Wissenschaftlern, Geschäftsleuten und Journalisten, die zumeist von Zhou Enlai empfangen wurden. Im Gespräch mit der einflussreichen amerikanischen Journalistin Reston stellte Zhou die angebliche Bedrohung der Sicherheit Chinas durch die UdSSR heraus und forderte die USA auf, ihre Truppen von Taiwan und Indochina abzuziehen, wohl um chinesische Truppen stärker an der Grenze zur Sowjetunion konzentrieren zu können. In diesen Gesprächen warf die chinesische Seite außer der Taiwanfrage auch andere Fragen auf, so die Wiederherstellung der Rechte der VR China in der UNO, den Krieg in Indochina, die Lage in Korea und Japan. Dabei zeigte sich das Bemühen der chinesischen Führung, auch in neuen strittigen Fragen ein Übereinkommen mit den USA zu suchen. Zhou wandte sich vor allem gegen die Anerkennung von zwei China bzw. die Abtrennung Taiwans von China. Er forderte jedoch nicht die Auflösung der amerikanischen Stützpunkte in Japan. Im Juli 1971, nach den Gesprächen mit Henry Kissinger zur Vorbereitung des Besuchs von Nixon, hielt die chinesische Führung den Zeitpunkt für gekommen, Nixon einzuladen, die VR China zu besuchen. Im Grund stand der Inhalt des Shanghaier Kommuniqués, das am Ende des China-Besuchs von Nixon (21.-28.2.1972) von ihm und Zhou Enlai unterzeichnet wurde, bereits fest.

In dem Kommuniqué hieß es, dass beide Seiten die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten anstreben. In der

379. Edgar Snow, Die lange Revolution, Stuttgart 1973, S. 197 f. u. 201.
380. Daher wird die Einleitung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen als "Ping-Pong-Diplomatie" bezeichnet.

Taiwan-Frage gab die amerikanische Seite folgende Erklärung ab: „Alle Chinesen auf beiden Seiten der Taiwan-Enge kennen nur ein China. Taiwan ist ein Teil Chinas. Die amerikanische Regierung erhebt dagegen keinen Einwand." Die USA „bekräftigen das letztliche Ziel, alle bewaffneten Kräfte und militärischen Anlagen aus Taiwan abzuziehen" und „mit der Lockerung der gespannten Lage ihre auf Taiwan stationierten bewaffneten Kräfte und militärischen Ablagen zu reduzieren." Im Kommunique wurde auch das Prinzip des Kampfes gegen Hegemonismus in den internationalen Beziehungen festgeschrieben und erklärt, dass keine Seite in der asiatisch-pazifischen Region nach Hegemonie streben sollte.[381] Die chinesische Seite erreichte zudem die Akzeptierung der „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz".

Nixon erklärte nach seiner Rückkehr, Ziel wäre gewesen, die Beziehungen zur VR China herzustellen, um dadurch die Gefahr eines Krieges zu vermindern. Beide Seiten hätten weder ein schriftliches noch ein mündliches Abkommen geschlossen, das den Frieden garantieren würde. Auf vielen Gebieten sei jedoch ein Anfang für die Entwicklung von Kontakten gemacht worden. Er halte es für wichtig, dass die chinesische Seite zugesagt hatte, bestimmte Grundsätze in den internationalen Beziehungen zu beachten, die die Möglichkeit einer Konfrontation oder eines Krieges in der asiatisch-pazifischen Region verringern könnten. Mit diesem Kommuniqué wurde die 22 Jahre andauende Feindschaft zwischen beiden Staaten beendet. Diplomatische Beziehungen waren damit noch nicht hergestellt, aber der Prozess der Normalisierung ihrer zwischenstaatlichen Beziehungen hatte begonnen.

Im März 1972 bestimmten beide Seiten Paris als Ort für weitere Begegnungen. Die USA genehmigten als Erstes den Verkauf von Ausrüstungen für eine Satellitenbeobachtungsstation an die VR China im Werte von 2,28 Millionen US-Dollar. Im November verkündete Präsident Nixon die Aufhebung des Verbots für Schiffe und Flugzeuge der USA, die VR China anzusteuern. Während eines abermaligen Besuchs Kissingers in China 1973 vereinbarten China und die USA, in den Hauptstädten beider Länder Verbindungsbüros einzurichten. Nach dem Besuch Nixons hatte sich ein reger

381. "Sachkompendium der Volksrepublik China", hrsgeb. von Chen Mingxian und Luo Zhengjie,Beijjing 1994, S.172, chines.

Austausch auf den Gebieten der Kultur, der Wissenschaften und des Handels zu entwickeln begonnen. Führer der beiden großen amerikanischen Parteien besuchten China. China lud vorwiegend solche Wissenschaftler ein wie die beiden Sinologen Fairbank und Lattimore, die die Entwicklung der VR China nicht aus eigenem Augenschein kannten, sie dann aber mit dem China der GMD-Zeit zu vergleichen vermochten. Der Handel zwischen beiden Staaten nahm eine schnelle Entwicklung. Betrug sein Volumen 1971 erst 5 Millionen US-Dollar, so wuchs es im folgenden Jahr auf 93 Millionen, dann auf 757,6 Millionen und 1974 schließlich auf 935 Millionen US-Dollar an. Die Abkommen über Indochina 1973-1975 beseitigten viele politische Hindernisse in den beiderseitigen Beziehungen. Danach rückte das Taiwan-Problem in den Vordergrund. Im Vordergrund stand für Beijing aber nicht die Frage einer schnellen Wiedervereinigung, sondern vielmehr die allmähliche Entwicklung von Beziehungen mit Taiwan bei Beibehaltung eines besonderen Status Taiwans.

Schon ein erster Vergleich der Beziehungen der VR China mit den USA und der UdSSR nach dem China-Besuch Nixons lässt nur eine Schlussfolgerung zu: Der von chinesischen Führung offiziell proklamierte Kampf gegen beide Supermächte war in Wirklichkeit nun noch ausgeprägter ein Kampf gegen die Sowjetunion und die sozialistische Gemeinschaft, die als Hauptfeind behandelt wurden. Nicht der Antiimperialismus, sondern der Antisowjetismus prägte die gesamte internationale Politik der chinesischen Führer einschließlich ihrer internationalen Instrumente wie der promaostischen Spalterbewegung.

Der IX. Parteitag brachte für die Beziehungen zu Japan zunächst keine sichtbare Veränderungen. China sah im Streben Japans, in Asien eine führende Rolle zu spielen, nach wie vor eine wachsende Gefahr für sich. China betonte vor allem die ökonomische Expansion und ihr Hinüberwachsen in eine militärische Expansion, um die anderen asiatischen Länder und die öffentliche Weltmeinung gegen Japan zu beeinflussen. Es wandte sich insbesondere gegen die Einbeziehung Taiwans und Indochinas in den amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrag. Für die Aufnahme offizieller Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten stellte Beijing drei unverzichtbare Forderungen, die Japan

sofort und vollinhaltlich erfüllen müsse: 1. Anerkennung der Regierung der VR China als einzige legitime Regierung Chinas, 2. Anerkennung Taiwans als untrennbarer Bestandteil Chinas und 3. Annullierung des „Friedensvertrages" zwischen Japan und Taiwan.

Unter dem neuen Premier Tanaka, der die Normalisierung der Beziehungen als eine seiner vordringlichen Aufgaben betrachtete, wurde dieser Schritt mit seinem Besuch in China vom 25.-29. September 1972 vollzogen. Beijing begnügte sich mit der Feststellung Tanakas auf der Pressekonferenz zum Abschluss des Abkommens, dass Japan seine diplomatischen Beziehungen mit Taiwan einstelle und der Vertrag Japans mit Taiwan von 1952 nicht mehr gültig sei.

Mit diesem Abkommen veränderte sich die Haltung Beijings gegenüber dem amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrag in dem Maße, in dem sich die Beziehungen zu den USA entfalteten. Das heißt, damit änderte sich auch die Haltung Chinas zur militärischen Präsenz der USA und Japans in Asien. Fortan unterlieb die chinesische Propaganda gegen den japanischen Militarismus wie auch die Kritik an der Politik der herrschenden Kreise in Japan. Die subversiven Tätigkeiten gegen die KP Japans und gegen die Sowjetunion wurden hingegen fortgesetzt. Das komplizierteste Problem in den beiderseitigen Beziehungen blieb Taiwan. Japans Position war faktisch „ein China – ein Taiwan".

Westeuropa rückte in der chinesischen Politik nach dem IX. Parteitag in den Vordergrund. Nach der „Drei-Welten-Theorie" Mao Zedongs gehörte diese Region zur „zweiten Welt" und wurde deshalb von Beijing zu einer bedeutenden Kraft im Kampf gegen die beiden Supermächte aufgewertet. Die chinesische Führung war deshalb darauf bedacht, ihre Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern Westeuropas schnellstens zu normalisieren. Als erstes Land nahm 1970 Italien die diplomatischen Beziehungen mit der VR China auf. 1971 folgten Österreich, Belgien, Island und San Marino, 1972 die BRD, Griechenland, Malta und Luxemburg und 1973 schließlich Spanien. 1972 wurde mit Großbritannien und den Niederlanden vereinbart, die Vertretungen gegenseitig in den Rang von Botschaften zu erheben. In diesen drei Jahren hatte China mit zwölf westeuropäischen Ländern Botschafter ausgetauscht. Die diplomatische Offensive ging mit der Entwicklung der politischen Kontakte einher. Dabei blieb die chinesische Führung bei ihrer

negativen Haltung gegenüber der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa – gegenüber einem Vorschlag, dem die VR China in den 1950er Jahren aufgeschlossen gegenüber gestanden hätte. Die gleiche negative Haltung nahm China auch ein, als die multilateralen Konsultationen in Helsinki am 8. Juli 1973 abgeschlossen wurden und sich eine allgemeine Verbesserung des politischen Klimas in Europa abzuzeichnen begann. Der chinesische Außenminister reiste umgehend nach Großbritannien und nach Paris, um den westeuropäischen Ländern zu erklären, dass eine Entspannung in Europa illusorisch wäre und sie wachsam sein sollten. Zur gleichen Zeit begannen chinesische Medien die sowjetischen Vorschläge für die Schaffung eines Systems europäischer kollektiver Sicherheit als Politik der Sowjetunion hinzustellen, die damit nur ihre Einflusssphäre auf Westeuropa auszudehnen trachte.[382] Eine Kritik Chinas an der NATO und ihrer gegen Entspannung, Frieden und Sozialismus gerichteten Strategie wurde nicht mehr geäußert. Tagungen des NATO-Rats, auf denen betont wurde, dass die westeuropäischen Länder ihre Rüstungen verstärken müssten, um den vom Warschauer Vertrag ausgehenden Gefahren begegnen zu können, waren jetzt den chinesischen Medien wie der Nachrichtenagentur „Neues China" immer eine Meldung wert.

Der Antisowjetismus und die Entspannungsfeindlichkeit in der Politik der VR China wurden in den rechtskonservativen Kreisen der herrschenden Klasse in der BRD wohlwollend aufgenommen und in der Auseinandersetzung mit der DDR, der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern in Osteuropa weidlich ausgenutzt. China fand auch bei den britischen Konservativen viele Ansatzpunkte für seine Politik. Das widerspiegelte beispielsweise die rege Reisetätigkeit hochrangiger Diplomaten 1972-1973. Großbritannien war bezeichnenderweise auch die erste Station auf der Reise des chinesischen Außenministers im Juni 1973. Die britische Presse berichtete damals über die Verhandlungen, dass die chinesische Seite der Politik der britischen Konservativen Anerkennung zollte. Das hätte vor allem dem Streben dieser Kräfte gegolten, mit der UdSSR von der Position der Stärke aus zu verhandeln und ihrer Skepsis gegenüber der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit sowie den damit

382. Vergl.: ebd., 11.6.1973.

verknüpften Verhandlungen über eine Reduzierung der Streitkräfte. Angesichts dieser Haltung wird verständlich, weshalb der chinesische Außenminister den Wunsch ausgesprochen haben soll, Großbritannien möge eine wichtige Rolle in Europa spielen. Einbezogen in die Westeuropapolitik Chinas war auch der „Gemeinsame Markt" in dieser Region. War dieser „Gemeinsame Markt" in den 50er Jahren von China noch als Faktor der Spaltung Europas eingeschätzt worden, so erschien er jetzt als Instrument des Zusammenschlusses der westeuropäischen Länder gegen die beiden Supermächte.[383] Die westeuropäischen Länder wurden ermuntert, so etwas wie die „Vereinten Staaten Europas" zu schaffen. Die chinesische Politik hatte sich in dieser Hinsicht seit dem Bruch mit der Sowjetunion nicht geändert. Alles, was die Sowjetunion und damit objektiv auch die sozialistische Gemeinschaft schwächte, passte in diese Politik. Dazu gehörte, die Spannungen in Europa zwischen Ost und West zu erhalten und möglichst noch zu verschärfen. Dem lag augenscheinlich eine strategische Überlegung zugrunde: Je mehr die Sowjetunion sich gezwungen sah, ihre militärischen Kräfte an ihrer westlichen Front zu konzentrieren, desto weniger wäre sie imstande, militärischen Druck gegenüber der VR China aufzubauen.

Die VR China hatte natürlich auch ein großes wirtschaftliches Interesse an Westeuropa. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit ihrem wissenschaftlichen und technischen Potential veranlasste die chinesische Regierung 1972/1973 die Möglichkeiten zur Herstellung ökonomischer und diplomatischer Beziehungen zur EWG aktiv zu sondieren. Sie waren schließlich erfolgreich. Am 8. Mai 1975 konnte Beijing verkünden, dass es offizielle Beziehungen mit der EWG aufnehmen und einen Botschafter nach Brüssel entsenden werde. Das eröffnete neue Möglichkeiten für China, mit den in der EWG vertretenen Ländern weitergehende Wirtschaft- und Handelsverträge abzuschließen. China begann, komplette Industrieanlagen aus Westeuropa zu kaufen. Die Exportmöglichkeiten des Landes waren jedoch gering, seine Devisen knapp, und die damalige chinesische Führung wollte sich wohl nicht wieder durch die Aufnahme von langfristigen Krediten in eine finanzielle Abhängigkeit vom Ausland begeben. So gab es auch keine spektakuläre Entwicklung in den chinesischen ökonomischen Beziehungen mit Westeuropa.

383. Siehe: ebd., 5.1.1973.

Tätigkeit der VR China in der UNO

Den Sitz Chinas in der UNO und ihrem Sicherheitsrat hatte seit ihrer Gründung die Guomindang inne. Das war auch nach dem Sturz des Jiang-Jieshi-Regimes und der Gründung der Volksrepublik China so geblieben. Die Sowjetunion hatte nach 1949 zwar mehrfach den Antrag gestellt, die Aufnahme der VR China auf die Tagesordnung der UNO zu setzen, sie war damit jedoch jedes Mal an dem „No" der Vereinigten Staaten von Amerika gescheitert. Die Zahl der Staaten, die Aufnahme der VR Chinas in die UNO unterstützten, wuchs indes ständig. Auf der 26. UNO-Vollversammlung 1970 hatten Albanien, Algerien und andere Länder den Antrag auf Aufnahme der VR China in die UNO eingebracht. 51 Staaten hatten dafür, 49 Staaten dagegen gestimmt. Erstmals hatte sich die Mehrheit der UNO-Mitglieder für die Aufnahme der VR China ausgesprochen. Da aber keine Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht worden war, hielt weiterhin der Vertreter des GMD-Regimes auf Taiwan den Platz Chinas besetzt.

1971 hatten die USA zunächst die Überlegung, sowohl dem GMD-Regime als auch der VR China einen Platz in der UNO einzuräumen. Dieser Vorschlag war der Regierung der VR China durch Henry Kissinger während seines geheimen Besuchs in Beijing im Juli 1971 unterbreitet, von Zhou Enlai jedoch sofort abgelehnt worden. Gerade als sich Kissinger das zweite Mal in geheimer Mission in Beijing aufhielt, stimmten 76 Staaten der von Albanien, Algerien und weiteren 21 Staaten beantragten Aufnahme der VR China mit allen China zustehenden Rechten zu, 35 Staaten lehnten ihn ab. Der Antrag der USA, Japans und anderer Staaten, den Sitz Taibeis gleichzeitig zu belassen, wurde abgelehnt. Damit konnte die VR China den Sitz Chinas in der UNO und im Sicherheitsrat endlich einnehmen. Das war ein großer Erfolg für die Außenpolitik der Volksrepublik. Qiao Guanghua wurde zum Leiter der Delegation der VR China in der UNO bestallt, Huang Hua übernahm die Funktion eines Stellvertreters. Die Volksrepublik nahm am 5. November 1971 erstmals an der Arbeit der UNO teil, von der Mehrzahl der Delegationen der anderen Länder herzlich begrüßt. Die Aufnahme der VR China in die UNO hatte natürlich etwas mit der geänderten Haltung der USA in der China-Frage zu tun; denn auch die Länder, die sich im Fahrwasser der USA befanden, hatten nun für die Aufnahme gestimmt.

In der Frage der Abrüstung und der Gewaltandrohung in allen Formen bezog die VR China in der UNO vom ersten Tage an leider eine negative Haltung. Sie wandte sich gleich gegen den Vorschlag auf Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz, den die Sowjetunion der XXVI. UNO-Vollversammlung 1971 unterbreitete. Die gleiche Haltung nahm sie ein, als sich die Sowjetunion noch im gleichen Jahr für eine Konferenz der fünf Kernwaffenmächte UdSSR, USA, Großbritannien, Frankreich und China zu Problemen der nuklearen Abrüstung aussprach. Die VR China lehnte auch die von der Mehrheit der UNO-Mitglieder angenommene Resolution ab, die Kernwaffenversuche einzustellen und auf jede Stationierung von Kernwaffen, den Weltraum eingeschlossen, zu verzichten. Als auf der UNO-Vollversammlung im Herbst 1972 eine Resolution über den Verzicht auf Gewaltandrohung und Gewaltverzicht in allen Formen und Erscheinungen in den internationalen Beziehungen angenommen werden sollte, erklärte die chinesische Delegation, dass sie entschieden gegen eine solche Resolution wäre. Sie begründete ihre Haltung mit dem Argument, dass die Nichtanwendung von Gewalt den Verzicht der Völker auf den bewaffneten Kampf bedeute, den China jedoch befürworte. Als im 1. Komitee der UNO-Vollversammlung das Verbot der chemischen und bakteriologischen Waffen erörtert wurde, bezeichnete der stellvertretende Leiter der chinesischen Delegation, Huang Hua, diesen Vorschlag als ein von den beiden Supermächten nach jahrelangem Schacher fabriziertes Produkt. Auf der Plenartagung nannte der chinesische Vertreter den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen, dem zu diesem Zeitpunkt bereits über 100 Staaten beigetreten waren, einen „großen Betrug, den die USA und die UdSSR gemeinsam eingefädelt haben". „Die Regierung und das chinesische Volk wenden sich entschieden gegen diesen Vertrag."[384]

Diese Linie setzte sich auch auf der XXVIII. Tagung der UNO-Vollversammlung im Herbst 1973 fort. Der Vorschlag der sowjetischen Delegation, die militärischen Ausgaben der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates um zehn Prozent zu reduzieren und mit den frei werdenden Mitteln die Entwicklungsländer zu unterstützen, klassifizierte Qiao Guanhua als Demagogie und leere Worte. Die mittleren und kleineren Länder bräuchten keine Abrüstung, sondern im Gegenteil eine Verstärkung ihrer Verteidigungskraft. Sie

384. Ebd., 5.10 u.23.11.1972

wäre selbst in Westeuropa noch nicht stark genug. Unter diesen Umständen wäre es unsinnig, von Abrüstung zu reden.

Zweifellos sah sich die VR China, was die Kernwaffen betraf, im Nachteil gegenüber den anderen Kernwaffen besitzenden Staaten. Sie musste auch darauf bedacht sein, ihre nationale Unabhängigkeit und Selbstständigkeit militärisch absichern zu können. Sie hätte auch erwarten können, dass die anderen Staaten, die über Kernwaffen verfügten, in erster Linie die USA und die UdSSR, in der Abrüstung vorangingen. Das erklärt aber nicht, sich generell gegen jedwede Initiative zur Abrüstung und zum Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen wenden zu müssen. Die Begünstigung und Förderung gewaltsamer Auseinandersetzungen in der Welt war augenscheinlich nach wie vor ein wichtiger Faktor in der chinesischen Außenpolitik, die auf der Theorie Mao Zedongs über die Dreiteilung der Welt und auf der Ansicht, dass die Macht aus den Gewehrläufen kommt, beruhte. Ich sehe darin auch die Überlegung, von einer eventuellen Zuspitzung der militärischen Konfrontation zwischen der UdSSR und den USA selbst zu profitieren zu können.

Spalterpolitik gegenüber der kommunistischen Weltbewegung

Mit der „Kulturrevolution" nahm die Spalterpolitik der chinesischen Führung gegen über der kommunistischen Weltbewegung und darüber hinaus gegenüber allen fortschrittlichen demokratischen Organisationen und Institutionen eine neue Qualität an.

Angeleitet von den Ideen Mao Zedongs und politisch von der „Viererbande" organisiert, geführt und oftmals finanziert, bildeten sich in vielen kapitalistischen Ländern sowie im Rahmen der nationalen Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika promaoistische Gruppen[385]. Ihnen war die Aufgabe gestellt, die Ideologie und Politik vor allem der „Kulturrevolution" in der Welt zu verbreiten, die kommunistischen und anderen fortschrittlichen Kräfte zu spalten, Chaos unter ihnen zu verbreiten und die Widersprüche im Kapi-

385. Der Begriff promaoistisch besagt, dass sich diese Gruppen auf der Grundlage der Politik und der Ideen Mao Zedongs "kulturrevolutionären" Zuschnitts organisierten und in ihren Aktionen davon leiten ließen.

talismus sowie die daraus resultierenden sozialen und politischen Konflikte für die Verbreitung der Spalterbewegung zu nutzen. Sie bedienten sich dabei der Traditionen wie der positiven Symbole und Termini der revolutionären Arbeiterbewegung. Die „PC/ML" Italiens war z. B. bestrebt, sich als Erbin von Antonio Gramsci[386] auszugeben. Diese Spalterbewegung hatte für die chinesische Führung auch eine innenpolitische Bedeutung. Dadurch konnte der Anschein erweckt werden, dass sich im Sinne der Ideen Mao Zedongs und unter seiner Führung eine weltweite starke revolutionäre Bewegung gegen den internationalen „Revisionismus" entwickle. Fast alle Spaltergruppen folgten Mao im Kampf gegen den „Revisionismus", gegen die Sowjetunion, ihre Friedenspolitik und gegen die Gesellschaftsordnung der sozialistischen Gemeinschaft.

1976 gab es in der nichtsozialistischen Welt etwa 200 promaoistische Gruppen unterschiedlicher Größe und politischen Typs, davon agierten in den entwickelten kapitalistischen Ländern 107.[387] In Südostasien führten größere Gruppen, der Theorie Mao Zedong vom Volkskrieg folgend, einen bewaffneten Kampf, während sich in den kapitalistischen Ländern Westeuropas relativ kleine Gruppen, mitunter auch nur örtliche Sekten, mit einem oftmals weit über ihre Bedeutung hinaus gehenden publizistischen Aufwand spalterisch in vielfältiger Form betätigten. Die meisten Gruppen rekrutierten sich aus Schülern, Studenten, Intellektuellen und Teilen des Lumpenproletariats. Sowjetische Wissenschaftler kennzeichneten sie als Form einer Bewegung von Teilen des städtischen Kleinbürgertums, von Halbproletariern und des Lumpenproletariats.[388]

Die relativ starke Verbreitung der promaoistischen Organisationen hatte sowohl objektive wie subjektive Ursachen. Die primären Ursachen für das Entstehen und das Wirken dieser Organisationen waren in den ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Prozessen in den kapitalistischen Ländern zu suchen. In der damaligen Etappe der Klassenkämpfe und der antiimperialistischen Bewe-

386. Siehe: Roter Morgen, Dortmund. Nr. 17 v. 29.4.1977, S.10.

387. Ich stütze mich bei diesen und den folgenden Angaben und Einschätzungen auf das Referat von Norbert Madloch, Promaoistische Gruppierungen und internationaler Klassenkampf, in: "Die promaoistischen Gruppierungen in den kapitalistischen Ländern und ihr Auftreten gegen internationale Entspannung und gesellschaftlichen Fortschritt". Internen Symposium des Instituts für internationale Arbeiterbewegung an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED vom 29.11.-1.12.1977, Protokollband, Teil 1, S., 15 ff.

388. A.N. Anissimow/ W.G. Gelbras, Der Maoismus und die internationale Arbeiterbewegung, in: Rabotschi klass i sowremenny mir, Moskwa 1976, No 4, str.112.

gung wurden viele mehr oder weniger kapitalismuskritische Kräfte, vor allem unter den Jugendlichen und Intellektuellen an den Bildungseinrichtungen, in die politischen Auseinandersetzungen hineingezogen. Die barbarische Kriegsführung des USA-Imperialismus in Vietnam trug das Ihrige dazu bei. Da schien sich die chinesische „Kulturrevolution" als Ausweg aus der Krise und der Kriegspolitik des Imperialismus, als Weg für „Revolutionäre" geradezu anzubieten. Nicht zu übersehen war, dass viele dieser Jugendlichen mehr oder weniger, bewusst oder unbewusst unter dem Einfluss des seit der Oktoberrevolution von der Bourgeoisie in der Gesellschaft ununterbrochen kultivierten und vertieften Antisowjetismus standen.

Der Antikommunismus und Antisowjetismus dieser Gruppen machten sie für neofaschistische Kräfte[389] und vor allem für die herrschende Klasse in den kapitalistischen Ländern interessant. Die promaoistischen Gruppen kamen den Herrschenden wie gerufen, weil sie dazu beitrugen, die kapitalismuskritischen Kräfte zu schwächen. Schon 1968 hatte ein Unterausschuss des USA-Repräsentantenhauses empfohlen, pseudolinken Gruppen, darunter auch promaoistischen Vereinigungen, einen weiten Spielraum zu geben. Das gleiche Anliegen vertrat in der BRD 1973 Bundesminister Genscher: „Wir möchte die Maoisten in der politischen Landschaft der Bundesrepublik nicht missen."[390] 1976 feierten französische rechte Medien den „Neuen Philosophen" André Glucksmann, der für die Verbreitung pseudolinker Theorien bekannt war, für sein Buch „Köchin und Menschenfresser". In einer Rezension des Buches schrieb dazu die „Frankfurter Rundschau": „Die französische Rechtspresse überschüttete diesen Autor mit kaum zu überbietenden Lobeshymnen. Zielsicher haben sie Glucksmanns vulgärste antikommunistische Ausfälle herausgegriffen: Nicht wir sind es, die die Sowjetunion faschistisch nennen, es ist der ‚ultralinke' Glucksmann, der ‚Sohn des Mai 68', Maoist mit sauberer linksradikaler Vergangenheit. Niemand kann den Rechten so gelegen kommen, wie einer, der von links ins rechte Horn stößt, weil er damit der rechten Propaganda einen Anschein von Objektivität und Überparteilichkeit verleiht, den die rech-

389. Das galt auch umgekehrt. Auf einer Kundgebung der NPD am 17.6.1977 z. B. klatschen Mitglieder der "KPD" unter Führung des Millionärssohns Semler Rednern frenetisch Beifall, als sie gegen die sozialistischen Staaten hetzten.

390. Zitiert nach: Weiß, in: Protokoll des Hamburger Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei, Düsseldorf o. J. (1975), S. 189.

te Rhetorik allein niemals hervorbringen kann."[391] So schloss sich der Kreis zwischen Beijing, seinen promaoistischen Gruppen und den rechten Kräften der herrschenden Klasse in den kapitalistischen Ländern Westeuropas.

Resümee

Im Zeitraum von 1949 bis 1976 unternahm die KP Chinas zwei Versuche, den Weg des Landes zum Sozialismus zu erkunden und zu beschreiten. Der erste Versuch war mit der Theorie über die neue Demokratie verbunden. Der zweite Versuch wurde zunächst eingeleitet nach dem Beispiel der UdSSR, um dann durch die Theorie Mao Zedongs über den Sozialismus und Kommunismus überlagert und verdängt zu werden.
Charakteristisch für den ersten Versuch war:

Der erste strategische Ansatz der KP Chinas für die Erkundung des chinesischen Weges zum Sozialismus ging von der Erkenntnis der KP Chinas aus, dass sich die chinesische Revolution aufgrund der historischen Zurückgebliebenheit des Landes zweiteilen musste in die neudemokratische Revolution und die sozialistische Revolution. Diese Differenzierung war begründet; denn unter den Gegebenheiten Chinas war die Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit nach dem politischen Sieg der neudemokratischen Revolution durch die Industrialisierung des Landes eine grundlegende Voraussetzung für den Übergang zur sozialistischen Revolution. Das ließ diesen ersten Ansatz realistisch erscheinen. Dieser Ansatz war jedoch nur angedacht und nicht stabil, weil halbherzig. Zum einen dominierte in der Parteiführung letztlich die Unterschätzung des Ausmaßes der historischen Zurückgebliebenheit Chinas und der tiefen Verwurzelung mittelalterlicher Elemente in der Gesellschaft. Das führte dazu, dass die neudemokratische Gesellschaft nun weniger als ein unumgänglicher eigenständiger Entwicklungsabschnitt denn als Gesellschaft des Übergangs zum Sozialismus betrachtet und realisiert wurde. Kräfte in der Führung der KP Chinas wie Liu Shaoqi, die bis zuletzt den Gegenstandpunkt vertraten, konnten sich damit nicht behaupten. Zum anderen berücksichtigte der

391. Frankfurter Rundschau v. 30.10.1976, Beilage, S.III.

ursprüngliche Ansatz nur die ökonomische, nicht die gesamtgesellschaftliche historische Zurückgebliebenheit. Das gesamte Ausmaß der zu schaffenden materiellen und geistigen Voraussetzungen und Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus blieb ausgeblendet (siehe Lenin über die Bedeutung der „bürgerlichen Kultur" für den Sozialismus in rückständigen Gesellschaften). Das traf jedoch nicht allein auf die KP Chinas zu, sondern war ein allgemeines Charakteristikum in der Welt des „frühen Sozialismus" nach Lenin.

Dieser erste Versuch wurde, bevor er eigentlich begonnen hatte, abgebrochen.

Charakteristisch für den zweiten Versuch war:

Der zweite Versuch der KPCh glich in der Theorie und der Strategie zunächst fast einer Kopie des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR. Die Orientierung der KP Chinas nach dem einzigen damals bekannten Sozialismus-Modell erleichterte den Einstieg in die sozialistische Phase. Es blieb jedoch auch hier bei der Unterschätzung der Voraussetzungen für eine wissenschaftliche Gestaltung des Sozialismus. Gleichzeitig missachtete die KP Chinas die Tatsache, dass sie den Übergang zum Sozialismus aus deutlich rückständigeren gesellschaftlichen Verhältnissen als im damaligen Russland einleiten musste. Das war der Ausgangspunkt für ihre Vernachlässigung der nationalen Besonderheiten Chinas.

Die Existenz der UdSSR und der anderen den Sozialismus errichtenden Länder und die umfassende Unterstützung vor allem der Sowjetunion waren günstige äußere Bedingungen für den beginnenden Übergang der VR China zum Sozialismus. Dieser Faktor hätte, wenn auch nicht in allen Bereichen und nur im bestimmten Grade, die fehlenden Voraussetzungen Chinas beim Übergang zum Sozialismus kompensieren können. Nächst den positiven Wesenszügen des chinesischen Volkes wie Fleiß, Beharrlichkeit und der Fähigkeit, unter schwierigsten Umständen Neues zu schaffen, hätte dieser Faktor die Möglichkeit mit erschließen können, China unter Führung seiner kommunistischen Partei auf einem ähnlichem Wege und auf einem mit der UdSSR vergleichbaren Niveau, allerdings auch mit ähnlichen gesellschaftlichen Schwächen zu industrialisieren und zu modernisieren.[392]

Der Faktor, der diese Entwicklung Chinas unterminierte und infrage stellte, war ein anderer. Mit dem Übergang der KPCh zum

Kurs der „drei roten Banner“ und zur Verwirklichung eines bäuerlichen Kriegskommunismus verließ die Partei vollends den Boden für eine realistische und stabile Entwicklung des Landes. Ohne ihr die Ursachen dafür einseitig anzulasten, geriet sie zudem in einen grundsätzlichen Widerspruch zu den internationalen Kräften, die sie bis dahin unterstützt hatten. Dieser Kurs der Partei hatte keine wissenschaftliche Grundlage und widersprach allen nationalen Gegebenheiten und vernünftigen Überlegungen. Er vernichtete Produktivkräfte und führte das Land in eine Katastrophe. Er war objektiv gegen einen realen und stabilen gesellschaftlichen Fortschritt Chinas gerichtet.

Die KP Chinas grenzte sich nicht konsequent von reaktionären Elementen in der mittelalterlichen Zivilisation Chinas ab. Im Gegenteil, Mao Zedong bediente sich in seiner Politik immer stärker z. B. absolutistischer Mittel und Methoden. Es entwickelte sich eine eigenartige Symbiose zwischen frühsozialistischen und dem Wesen des Sozialismus widersprechenden Elementen.

Die hohe Konzentration der ökonomischen, politischen und kulturellen Ressourcen des Landes auf zentraler Ebene in der ersten Phase der Entwicklung der Volksrepublik war objektiv notwendig. In der Folgezeit wirkte sie sich jedoch immer stärker gegen die Entwicklung der Hauptproduktivkraft, die Demokratisierung der Machtverhältnisse innerhalb wie außerhalb der Partei und die aktive Teilnahme der Werktätigen an der Ausübung der Macht aus.

In der VR China fehlten entscheidende Voraussetzungen und Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus. Die Behauptung, China wäre Mitte der 50er Jahre in den Sozialismus eingetreten, hat deshalb keine reale Grundlage.

Die in weiten Teilen des Landes und in wesentlichen Teilen der Wirtschaft nach wie vor vorhandene Rückständigkeit wies darauf hin, dass die mittelalterlichen Faktoren und Elemente vor allem auf dem Dorf den Prozess der Modernisierung der VR China erheblich beeinträchtigen werden.

392. Die Entwicklung Chinas im 1. Fünfjahrplan nach dem sowjetischen Modell der Industrialisierung stützt diese Hypothese: Das Nationaleinkommen wuchs im jährlichen Durchschnitt um 8,9%, die Bevölkerung wuchs hingegen nur um 2,4%. Damit verglichen wuchs das Nationaleinkommen Indiens nicht einmal um 2%. Das durchschnittliche Lebensalter im China stieg von 36 Jahre im Jahre 1950 auf 57 Jahre im Jahre 1957 an. Der Einschulungsgrad der Grundschüler stieg von 20 auf 50% an. Schon an diesen Zahlen zeigt sich, dass China in diesem Zeitraum erste große und wichtige Fortschritte und sehr große Erfolge erreichen konnte.

★ IV. Die Alternative der KP Chinas zum „Sprung in den Kommunismus“ (1978-2008...)

1. Gesellschaftliche Situation Mitte der 70er Jahre

Die neue Führung unter Hua Guofeng trat ein schweres Erbe an. Das Land hatte durch die „Kulturrevolution“ Mao Zedongs den schwersten Rückschlag und die größten menschlichen, materiellen und finanziellen Verluste seit der Gründung der VR China erlitten. Dieses Mal waren Millionen Menschen nicht durch eine Hungersnot, sondern durch die Exzesse der Mao-Trupps zu Tode gebracht worden.[393] Über hundert Millionen Menschen, ein Neuntel der Bevölkerung, waren Objekt der „kulturrevolutionären“ Exzesse gewesen. Der materielle und finanzielle Schaden wird von chinesischen Wissenschaftlern auf 500 Milliarden Yuan geschätzt.[394] Das lag nur um 100 Mrd. Yuan unter der Gesamtsumme der Grundfondsinvestitionen im Zeitraum von 1949 bis 1979.

Besonders verheerend war die Situation im Bereich der Produktionsleitung. In vielen Regionen war die Eisenbahnverbindung unterbrochen. Der Ausnutzungsgrad der getätigten Grundfondsinvestitionen in der Volkswirtschaft war im 4. Fünfjahrplan (1971-1975) auf 61,4 Prozent zurückgefallen. Im ersten Fünfjahrplan (1953-1957) hatte er 83,7 Prozent betragen.[395] 1976 kamen auf hundert Yuan Akkumulation nur noch 19,3 Yuan erzeugtes Nationaleinkommen, 1966 waren es noch 34,5 Yuan gewesen. Der realisierte Gewinn je hundert Yuan Kapital im Handel belief sich 1976 auf 9,7 Yuan, 1957 hatte er 20 Yuan betragen. Das Lohneinkommen der Beschäftigten im staatlichen Sektor war 1976 im Durchschnitt gegenüber 1966 um 25 Yuan auf monatlich 605 Yuan gesunken. Das Nettoeinkommen einer Bauernfamilie lag 1978 mit 133,57 Yuan zwar etwas über dem von 1966, es war jedoch noch immer ein

393. Ma Licheng und Liang Zhijin, „Klingen Kreuzen“ (jiao feng), Beijing 1998,chines., schreiben von 20 Millionen Toten..
394. Vergl.: He Li, a.a.O., S. 393.
395. „Statistisches Jahrbuch China 1984“, Beijing 1984, S. 9, chines.

Armutsniveau, jede dritte Familie hatte weniger als 100 Yuan Einkommen.[396] An der Menge des Getreides, die 1976 an die Dörfler zum persönlichen Verbrauch pro Kopf verteilt wurde, fehlten 2 kg am Niveau von 1957.[397] Die Armut war nach der „Kulturrevolution" stärker als zuvor ausgeprägt.[398]

Wissenschaft, Bildung und Kultur waren von der „Kulturrevolution" in besonderem Maße betroffen worden. 1976 gab es in China im Grunde keine gesellschaftswissenschaftliche Lehre und Forschung mehr. Nicht wenige Gelehrte waren umgekommen. Die anderen standen vor einem Neubeginn. Viele wertvolle Veröffentlichungen waren eingezogen und verboten. Die Zahl der veröffentlichten Bücher und herausgegebenen Fachzeitschriften war nicht nur drastisch gesunken[399], sondern auch inhaltlich „kulturrevolutionär" ausgerichtet. Zehn Jahre „Kulturrevolution" hatten zur Folge, dass an den Hoch- und Fachschulen des Landes einige Millionen Fachleute weniger ausgebildet worden waren.[400] Von 1949 bis 1965 hatten über 100 Mio Chinesen das Analphabetentum überwunden. Dann kam die „Kulturrevolution", „und alles stand still".[401]

Die Alphabetisierung des Volkes wurde nicht nur unterbrochen, die Analphabetenrate nahm wieder zu. Das widerspiegelt sich allein schon im Rückgang der Zahl der Grundschüler von 1965 zu 1970 um 46 Millionen bei einem Zuwachs der Bevölkerung um 104 Millionen.[402] Deng Xiaoping schätzte ein, dass die „Kulturrevolution" „tatsächlich nicht nur für eine Generation (eine verlorene Zeit) war".[403]

In Auswirkung der „Kulturrevolution" hatte die VR China gegenüber den benachbarten Ländern wie Japan und Südkorea sowie

396. „Statistisches Jahrbuch China 1987", Beijing 1987, S. 697, chines.
397. Nach der Veröffentlichung des chinesischen Agrarwissenschaftlers Guo Shutian, Die Differenzierung der Arbeitskräfte und die soziale Struktur des chinesischen Dorfes, gedrucktes Belegexemplar von 1997 oder 1998, setzte sich des Einkommen der chinesischen Bauern 1978 im Durchschnitt aus 41,92 Yuan Bargeld und Naturalien im Werte von 58,08 Yuan zusammen. Das war ein Tagessatz von zusammen 0,28 Yuan oder 28 Fen (Fen als Geldeinheit mit dem Cent zu vergleichen). Bei 133 Yuan betrug der Tagessatz 0,38 Yuan.
398. Die in chinesischen Quellen für das Jahr 1976 gewöhnlich genannte Zahl von 250 Millionen Armen in China ist fragwürdig. Allein die Angaben über die Einkommen der Bauern mit einem Anteil an der Bevölkerung von 82,1% (790,14 Mio) im Jahre 1978 deuteh darauf hin, dass die überwiegende Mehrheit der damaligen chinesischen Bevölkerung in absoluter Armut lebte.
399. Die Zahl der verschiedenen Arten von Zeitungen und Zeitschriften hatte sich von 342 im Jahre 1965 auf 42 im Jahre 1970 verringert. Siehe: „Statistisches Jahrbuch China 1987", a.a.O., S. 815, chines.
400. Schon allein die formelle Zahl der Studierenden an den Hochschulen war von 164.000 im Jahr 1965 auf 42.000 im Jahre 1970 gesunken. Ebd., S. 753.
401. „China heute", 20.Jg., H.9, S.19.
402. „Statistisches Jahrbuch China 1987", a.a.O., S.49, 753.chines.
403. „Auswahl von Schriften Deng Xiaopings (1975-1982)", Beijing 1983, S. 267, chines.

Gebieten wie Taiwan und Xianggang deutlich an Boden eingebüßt. Das Nationaleinkommen Japans z. B. war in dem Zeitraum von 1965 zu 1976 um fast 50 Prozent schneller gestiegen als das der VR China.[404]

Dennoch brachten diese zehn Jahre in wissenschaftlich-technischer Hinsicht auch einige Fortschritte mit sich. Nach achtjähriger Forschungsarbeit war 1972 die Zucht einer neuen Sorte von Wasserreis gelungen, die den Ernteertrag um 20 Prozent erhöhte. Die mechanisch bewässerte Ackerfläche war bis 1976 mit Hilfe der auf das Land verbrachten Rotgardler und Kader im Vergleich zu 1965 um das 4,9-fache erweitert worden. Der Einsatz von chemischem Dünger hatte sich im gleichen Zeitraum pro Mu Ackerland mit 3,9 kg um über das Zweifache gesteigert. Das alles ermöglichte eine relativ stabile Entwicklung vor allem der Getreideproduktion. Sie hatte sich 1976 zu 1965 um 91,4 Millionen t auf 286,31 Millionen t erhöht. Das war eine gewaltige Leistung. Bei einem Zuwachs von 211,79 Millionen Menschen im gleichen Zeitraum lag sie 1978 im Durchschnitt pro Kopf mit 318,5 kg dennoch nur geringfügig über dem Niveau von 1957 (306 kg).[405]

Weiter zu nennen sind vor allem die Erfolge der VR China in der Kerntechnik, dem Bau und der Nutzung von Satelliten und Trägerraketen. Die militärischen Bereiche waren von der „Kulturrevolution“ abgeschirmt gewesen und hatten sich deshalb auch in dieser Phase kontinuierlich und schnell entwickeln können. Nach der erfolgreichen Erprobung der 1. Atombombe am 16. Oktober 1964 wurde am 27. Oktober 1966 der erste Versuch mit einer strategischen Raketenkernwaffe erfolgreich abgeschlossen. Am 24. April 1970 wurde der erste künstliche Erdtrabant mit einem Gewicht von 173 kg ins Weltall geschossen. Am 3. März 1971 folgte ein weiterer Satellit mit einem Gewicht von 221 Kilogramm. Und am 26. November 1975 kehrte der erste chinesische Trabant auf die Erde zurück. Damit wurde China das dritte Land, das diese Technik beherrschte.

Die Ausschaltung der „Viererbande“ im Oktober 1976 bedeutete noch nicht das Ende der „kulturrevolutionären“ Linie und Politik. Ihr höchster Vertreter war jetzt der amtierende Vorsitzende der KP Chinas, Hua Guofeng. Er war entschlossen, entsprechend dem

404. Chao Dexin, Abriss der Wirtschaftsgeschichte der VR China. Wuhan 1988, S.287-288, chines.
405. „Handbuch Daten der Volksrepublik (1949-1985)“, hersg. von Shou Xiaohe u.a., Beijing 1986, S. 341, chines.

Vermächtnis Mao Zedongs zu handeln: „Alle Entscheidungen, die der Vorsitzende Mao getroffen hat, werden wir entschlossen wahren. Alle Weisungen des Vorsitzenden Mao bilden den Kurs, dem wir konsequent folgen." Diese Orientierung, die als „Jede der beiden Festlegungen ist richtig" (liang ge fan shi) in die Geschichte eingegangen ist, war der konzentrierte Ausdruck der ultralinken Linie der „Kulturrevolution". Für Hua waren damit auch die Einschätzung der Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz im Frühjahr 1976 und die Verurteilung Deng Xiaopings im gleichen Jahr unbestritten richtig und gültig. Es war nicht zu übersehen, dass die Entwicklung der KPCh seit der 10. Tagung ihres ZK im Jahre 1962 zur Verfestigung der traditionell in der Geschichte der Partei dominierenden „linken" Tendenz beigetragen hatte.

Mit der Ausschaltung der „Viererbande" hatte sich jedoch das Kräfteverhältnis in der Führungsspitze der Partei verändert. Neben Hua Guofeng, der sich nun in Übereinstimmung mit der „kulturrevolutionären" Theorie Mao Zedongs auf die „Förderung der Produktion" konzentrierte, hatte sich mit Ye Jianying, Li Xiannian und anderen eine Kräftegruppierung aus der alten Garde formiert. Diese Kräfte arbeiteten daran, den „kulturrevolutionären" Kurs vollständig zu überwinden und das Land in das Fahrwasser einer normalen Entwicklung zu lenken.

Diese Aufgabe konnte jedoch nicht ohne die Wiedereingliederung der in der „Kulturrevolution" ausgeschalteten Führungskräfte gelöst werden. Welche Bedeutung diesem Problem zukam, zeigt schon der Anteil der Partei- und Staatskader von 17,5 Prozent an diesem Personenkreis. Darunter befanden sich etwa 75 Prozent aller Kader auf zentraler und Provinzebene vom stellvertretenden Provinzgouverneur an aufwärts.[406]

406. He Li, a.a.O., S. 424.

2. Die Suche nach einem neuen Weg für die sozialistische Entwicklung des Landes (1977-1992)

Die Entwicklung nach der Ausschaltung der „Viererbande“ im Oktober 1976 wurde durch zwei Tendenzen geprägt – die Wiederherstellung der gesellschaftlichen Ordnung und das Austragen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten in der Partei hinsichtlich der Korrektur der ultralinken Linie und Politik.

Das ZK veröffentlichte zwischen Dezember 1976 und September 1977 unter dem Titel „Beweise für die Verbrechen der parteifeindlichen Clique Wang Hongwen, Zhang Chunqiao, Jiang Qing und Yao Wenyuan“ drei umfangreiche Materialsammlungen. Dieser Gruppe wurden Intrigen zur Eroberung der Macht in Partei und Staat auf höchster Ebene und Verbrechen an Vertretern der Generation der alten Revolutionäre zur Last gelegt. In die Materialien war auch die Kritik aufgenommen worden, die Mao Zedong seit 1974 an der Tätigkeit Jiang Qings und der anderen geübt hatte. Zur gleichen Zeit wurden die wichtigsten Parteigänger dieser Gruppe aus dem Macht- und administrativen Apparat auf zentraler Ebene und in den Provinzen entfernt. Die Herde anhaltender, zum Teil bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen in den Provinzen Yunnan, Gansu und anderen Regionen konnten bis Mitte 1977 beseitigt werden. Dabei wurden allein bei der militärischen Aktion zur Beendigung der bewaffnen Auseinandersetzungen im Raum Baoding, Provinz Hebei, über 11 000 Gewehre, 700 Geschütze, 55 000 Handgranaten und große Mengen an Munition und Minen sichergestellt.

2.1. Der Weg zur Wende

Drei Tage nach Ausschaltung der „Viererbande“, am 8. Oktober 1976, beschlossen die Spitzen von Partei, NVK, Staatsrat und Militär, für Mao Zedong ein Mausoleum zu errichten und so schnell wie möglich Band V seiner „Ausgewählten Werke“ herauszugeben. Mit den beiden Beschlüssen wurde auch ein Artikel in den Medien des

Landes publiziert. Sein Anliegen war, anhand des Ausspruchs Mao Zedongs „Wenn du die Sache in die Hände nimmst, bin ich beruhigt“ (ni banshi wo fangxin) die Stellung Hua Guofengs als eines von Mao persönlich bestimmten Nachfolgers zu festigen.

Drei Weisungen, die Hua am 26. Oktober 1976 für die Propagandaarbeit erteilt hatte, kennzeichneten seine Position in der sich abzeichnenden neuen Runde der Auseinandersetzung: „1. Gegenwärtig ist die Kritik auf die ‚Viererbande’ zu richten und damit die Kritik an Deng (Xiaoping) zu verbinden; 2. die Linie der ‚Viererbande’ ist eine extrem rechte Linie; alles, was der Vorsitzende Mao dargelegt und abgenickt hat, darf nicht kritisiert werden; 3. es ist zu vermeiden, über die ‚Tiananmen-Ereignisse’ zu sprechen.“[407] Damit waren die Schwerpunkte der Auseinandersetzung auf dem Weg zum 3. Plenum des XI. ZK der KP Chinas gesetzt.

Mit der vertieften Kritik an der Gruppe Jiang Qing wurde die Forderung laut, die Tiananmen-Ereignisse als Ausdruck einer Volksbewegung zu rehabilitieren und Deng Xiaoping wieder in die Zentrale zur Fortsetzung seiner Arbeit zurückzubeordern. Die Forderung, Deng in die Führungsspitze zurückzuholen, vertrat auch Chen Yun auf der Arbeitskonferenz des ZK am 12. März. „Ich habe gehört, dass einige Genossen der Zentrale[408] angesichts der Erfordernisse der chinesischen Revolution und der KP Chinas vorschlagen, dass Genosse Deng Xiaoping erneut an der Führungsarbeit des ZK der Partei teilnimmt. Das ist völlig richtig, völlig notwendig, und ich unterstützte dies vollständig.“[409] Diese Position teilte er mit Wang Zhen, einem anderer einflussreichen Vertreter der alten Führungsgarde. Wang erklärte, er sehe in den Tiananmen-Ereignissen eine Bewegung, „auf die unsere Nation stolz sein kann“. Die Rechtmäßigkeit dieser Ereignisse nicht anzuerkennen, hieße, die „Viererbande“ in Schutz zu nehmen.

Hua vertrat auf der Konferenz weiterhin die Position, bedingungslos allem zu folgen, was Mao beschlossen und angewiesen hatte. Er hielt es einerseits für vernünftig, dass die große Masse auf den Tiananmen-Platz gekommen wäre, um Zhou Enlais zu gedenken. Andererseits charakterisierte er diese Ereignisse nach wie vor

407. Zitiert nach: „Chronik der VR China“, Beijing 1994, S. 214, chines.
408. Dazu gehörten Ye Jianying und Li Xiannian.
409. „Auswahl von Schriften Chen Yuns (1956-1985)“, Beijing 1986, S.207, chines.. Der Beitrag Chens wurde in der Meldung über die Konferenz bezeichnenderweise (noch) nicht erwähnt.

als konterrevolutionär. Unter dem zunehmenden Druck in der Partei sprach er sich dafür aus, dass Deng Xiaoping zur gegebenen Zeit an seine Arbeit zurückkehren könne. Gleichzeitig blieb er jedoch bei seiner Meinung, dass die Kampagne der Kritik an Deng richtig gewesen wäre.

Deng Xiaoping wandte sich am 19. April in einem Brief an das ZK und an Hua Guofeng. Er werde die Arbeit akzeptieren, die ihm das Zentralkomitee zuweisen würde. Gleichzeitig erklärte er hinsichtlich der Auffassung „Jede der beiden Festlegungen ist richtig": „Wir müssen die gesamte Partei, alle Streitkräfte und das Volk des gesamten Landes Generation für Generation mit den richtigen und vollständigen Ideen Mao Zedongs anleiten."[410] Hier deutete sich schon an, dass Deng die Ideen Mao Zedong zweiteilte – in „richtige" und in „unrichtige". Am 3. Mai verbreitete das ZK diesen Brief Dengs in der Partei und bereitete damit seine Rückkehr zur Arbeit in der Führungsspitze vor. Mitte Juli 1977 beschloss die 3. Tagung des X. ZK der KPCh, Deng Xiaoping wieder in die Funktionen eines stellvertretenden Parteivorsitzenden, eines Mitglieds des Ständigen Ausschusses des Politbüros und damit des Zentralkomitees, eines stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission, eines stellvertretenden Ministerpräsidenten und des Stabschefs der Streitkräfte einzusetzen. Das Plenum beschloss zudem, den XI. Parteitag vorfristig einzuberufen. Auf der Tagung erklärte Deng, die Ideen Mao Zedongs könnten nicht allein anhand einzelner Phrasen erklärt werden.

XI. Parteitag der KP Chinas

Der Parteitag fand schon knapp einen Monat nach der ZK-Tagung vom 12.-18.August 1977 in Beijing statt. Die 1 510 Delegierten vertraten über 35 Millionen Parteimitglieder (7 Millionen mehr als zur Zeit des X. Parteitages). Die Tagung hörte den politischen Bericht Hua Guofengs und nahm ihn an. Ye Jianying berichtete über die Abänderungen am Parteistatut, das in seiner neuen Fassung eben-

410. Zitiert nach: He Li, a.a.O., S. 426.

falls angenommen wurde. Das XI. Zentralkomitee zählte 201 Mitglieder und 132 Kandidaten.

Das Ziel des Parteitages war, den Einfluss der „konterrevolutionären Clique" um Jiang Qing völlig auszumerzen und in Übereinstimmung mit der neuen Lage Beschlüsse zu fassen. Obwohl dem Parteitag einige historische Verdienste zuzubilligen sind, wurde sein Ziel insgesamt nicht erreicht. Die Gründe sind in objektiven wie in subjektiven Bedingungen zu suchen, darunter im Einfluss Hua Guofengs.

Im politischen Bericht Hua Guofengs tauchte allein schon der Begriff „Vorsitzender Mao" 214 Mal auf. Mao Zedong hätte über ein halbes Jahrhundert scharfe und komplizierte Linienkämpfe gegen den Rechts- und „Links"opportunismus ausgetragen und die Partei, die Armee und das Volk in der „großen Proletarischen Kulturrevolution" zum Sieg über die Bourgeoisie geführt.[411] Die Gründung der KPCh wurde Mao zugeschrieben. „Das Banner des Vorsitzenden Mao" sei „das Siegesbanner der Revolution des chinesischen Volkes" und „auch das Siegesbanner der Revolution der Völker der Welt". Mao wurde als der „größte Marxist unserer Zeit" bezeichnet, der die „allgemeingültigen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution in China wie auch in der Welt verband". Hua bezeichnete Maos „Theorie von der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats" als den „größten Beitrag" zum Marxismus in der Periode des Sozialismus.

In der „Kulturrevolution" wären die „drei bürgerliche Hauptquartiere" von Liu Shaoqi, von Lin Biao und der „Viererbande" zerschlagen worden. Von ihnen sei „in der Tat die Hauptgefahr für eine kapitalistische Restauration" ausgegangen. Mao selbst hätte von der „Viererbande" gesprochen und sich energisch gegen deren Versuche gewandt, die Macht an sich zu reißen. Diese Clique sei auch gegen das Lernen von der Großbrigade Dazhai in der Landwirtschaft[412] und vom Erdölfeld Daqing in der Industrie[413] aufgestanden. Sie hätte ent-

411. Alle Zitate aus den Dokument des Parteitages sind folgender Veröffentlichung entnommen: „Der XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Dokumente", Peking 1977, chinses.. Vorangestellt sind Fotos von Mitliedern der Parteiführung. Bild Nr. 1 mit Hua Guofeng trägt die Unterschrift „Der weise Führer Vorsitzender Hua Guofeng".

412. Dazhai war eine Großbrigade in der gleichnamigen Volkskommune im Kreis Xiyang-xian in der nordchinesischen Provinz Shanxi. Dazu gab es die Legende, diese wirtschaftliche Einheit hätte unter Führung der Partei den Geist entwickelt, sich auf eigene Kraft zu stützen und hart zu arbeiten, und auf diese Weise eine arme Berggegend grundlegend umgestalten können.

gegen den Weisungen Maos (?) „den Genossen Deng Xiaoping" attackiert und verleumdet. Deng hingegen hätte in Übereinstimmung mit den Weisungen Maos gehandelt, als er das Politbüro zur Kritik an der „Viererbande" führte. „Große politische Revolutionen von der Art der großen Kulturrevolution wird es in Zukunft noch viele geben." Mao Zedongs Ideen würden dem chinesischen Volk und den Völkern der Welt als „Leuchtfeuer" im Kampf gegen „Imperialismus, Sozialimperialismus und Reaktionäre" aller Länder dienen. Jetzt gelte es, die Errungenschaften der „Kulturrevolution" zu festigen und auszubauen und „eine große Ordnung im Lande herzustellen". 1977-1979 müssten „durchschlagende Erfolge" erreicht und „eine solide Grundlage" gelegt werden, um China bis zum Ende des Jahrhunderts in einen modernen und mächtigen sozialistischen Staat verwandeln zu können. Dazhai für die Landwirtschaft und Daqing für die Industrie sollten als Beispiel dienen, dieses Ziel durch eigene Kraft und harte Arbeit zu verwirklichen.

Der Beschluss der Tagung über den politischen Bericht hob die allgemeine Bedeutung der Theorie Maos von der Weiterführung der Revolution hervor, konstatierte die Zerschlagung der „Viererbande" und die Beendigung der „Kulturrevolution", billigte die Hinwendung zum Aufbau und die außenpolitische Linie Maos. Zugleich wurde die Betonung auf eine „allseitige und korrekte" Durchführung der „proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao" gelegt.

Ye Jianying begann seinen Bericht über die Abänderungen des Parteistatuts mit einer ungewöhnlich langen Epistel. Darin bezeichnete er Hua Guofeng als „weisen Führer" und „vom Vorsitzenden Mao persönlich ausgewählten Nachfolger", der die von Mao begonnene „revolutionäre Sache des Proletariats" fortsetze und Partei, Streitkräfte und das Volk Chinas „siegreich ins 21. Jahrhundert führen" werde. Das war wohl ein taktischer Kompromiss gegenüber dem Personenkult, den Hua Guofeng um sich verbreiten ließ. In das Statut aufgenommen wurden Abschnitte über „die großen Verdienste des großen Führers und Lehrers Vorsitzender Mao", über „das grundlegende Programm der Partei für die gesamte Geschichts-

413. Daqing ist ein seit Anfang der 60er Jahre aufgebautes modernes Großunternehmen auf dem gleichnamigen Erdölfeld in der nordostchinesischen Provinz Heilongjiang, das für die Entwicklung der chinesischen Industrie viele wertvolle Erfahrungen vermittelte. Das Leitungssystem dieses Unternehmens, dessen Kernstück das System der Verantwortung für den Arbeitsplatz war, galt als Vorbild für die gesamte Industrie.

periode des Sozialismus", über die Grundprinzipien „Drei Ja und drei Nein"[414] und des demokratischen Zentralismus, über die Kaderlinie der Partei[415], über die Entfaltung der guten Traditionen der Partei und ihres Arbeitsstils und über die Anforderungen an die Mitglieder und Grundorganisationen.

Auf der 1.Tagung des neuen Zentralkomitees wurden Hua Guofeng zum Vorsitzenden des ZK der Partei, Ye Jianying, Deng Xiaoping, Li Xiannian und Wang Dongxing zu seinen Stellvertretern gewählt. Die Vertreter der alten Führungsgeneration mit Deng stellten damit bereits die Mehrheit in der Parteispitze. 46 Prozent der Mitglieder des X. ZK, in der Mehrheit Parteigänger Jiang Qings, waren im neuen Zentralkomitee nicht mehr vertreten. Unter den 48 Prozent der neuen ZK-Mitglieder hingegen befanden sich vor allem frühere Führungskader, die ihre Arbeit in der Zentrale und auf Provinzebene wieder aufgenommen hatten.

Der Parteitag folgte im Wesentlichen nach wie vor der ultralinken Linie und Politik Mao Zedongs: Bekräftigung der „Kulturrevolution" und ihrer künftigen Wiederholung, der Theorie von der „Weiterführung der Revolution" und Kampf gegen Rechte als Hauptaufgabe der Partei.

Positive Ergebnisse dieses Parteitages sehe ich darin, dass die „Kulturrevolution" für abgeschlossen erklärt war, alle Kräfte auf die Modernisierung des Landes konzentriert wurden, im politischen Bericht die Formulierung „Jede der beiden Festlegungen ist richtig" nicht mehr auftauchte und in der Führung der Partei bestimmte kadermäßige Voraussetzungen für die Überwindung der ultralinken Linie und Politik geschaffen werden konnten.

Nach dem XI. Parteitag begann sich die ideologisch-theoretische Debatte zu beleben. Sie entzündete sich in der Frage nach dem Kriterium der Wahrheit. Ausgangspunkt war wiederum die Einschätzung Mao Zedongs und seiner Ideen anhand der Phrase „Jede der beiden Feststellungen ist richtig". Sehr viele Wortmeldungen sprachen sich gegen den damit verbundenen Kurs aus. Im Mai 1977 äußerte sich Deng Xiaoping deutlicher als zuvor, dass diese Phrase

414. Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen."

415. Entschlossene Durchführung der Parteilinie, Einhaltung der Parteidisziplin, enge Verbundenheit mit den Massen, Fähigkeit zu selbstständiger Arbeit, Arbeitseifer und Uneigennützigkeit.

nicht mit dem Marxismus übereinstimmen. Direkter drückte sich Chen Yun in seinem Artikel aus, der im September unter der Überschrift „An der Suche nach der Wahrheit in den Fakten festzuhalten, ist ein revolutionärer Arbeitsstil" erschien. Mit der Übernahme der Funktion des Leiters der Organisationsabteilung des ZK äußerte sich auch Hu Yaobang zu dieser Problematik: „‚Jedes ist richtig' ist eine unrichtige Schlussfolgerung und Handhabung. Gleich wann und unter welchen Umständen etwas geschieht, gleich, welche Ebene es betrifft, wer etwas festgelegt und kritisiert hat, alles muss anhand der Suche der Wahrheit in den Fakten entsprechend umgestaltet werden."[416] Am 11. Mai 1978 erschien in der zentralen Tageszeitung „Guangming Ribao" der Artikel „Die Praxis ist das einzige Kriterium für die Prüfung der Wahrheit", verfasst von einem, wie es hieß, speziell verpflichteten Kommentator. Der Beitrag aus der Feder eines Dozenten für Philosophie an der Universität Nanjing war von Hu Yaobang überarbeitet worden. Der Beitrag wurde sofort von anderen Medien verbreitet und löste ein großes Echo aus.

Der Kern der Frage, die damit aufgeworfen und zu beantworten war, lautete: Ist das Wort Mao Zedongs oder ist die Praxis das Kriterium der Wahrheit? Seit über 20 Jahren hatte sich in der Partei ein Denken herausgebildet, für das die Weisungen und Aussprüche Mao Zedongs die absolute Wahrheit waren. Deshalb löste die Auffassung, dass nur die Praxis das Kriterium der Wahrheit sein könne, eine heftige Gegenreaktion aus. Es hieß, damit werde dem Marxismus und den Ideen Mao Zedongs der Kampf angesagt. Mit dieser Einschätzung positionierte sich vor allem der Verantwortliche für die ideologisch-theoretische Arbeit der Partei, der stellvertretende Parteivorsitzende Wang Dongxing. Dem schloss sich auch der Leiter der Abteilung Propaganda des ZK der Partei an. Die Debatte hatte sich auf hoher Ebene zugespitzt, nun ging es um alles oder nichts.

In dieser kritischen Situation meldete sich wiederum Deng Xiaoping am 2. Juni auf einer Tagung der Streitkräfte mit einer Rede über politische Arbeit zu Wort. „Unter uns gibt es auch einige Genossen, die Tag für Tag über die Ideen Mao Zedongs sprechen. Sie vergessen jedoch häufig, dass Mao Zedong die Wahrheit in den Fakten suchte. Sie vergessen häufig, die grundlegende Ansicht und

416. Zitiert nach: He Li, a.a.O., S.435.

die grundlegende Methode des Marxismus, in allem von der Praxis auszugehen und Theorie und Praxis zu verbinden, werfen das über Bord und wenden sich sogar dagegen. Nicht nur das, es gibt Genossen, die die Meinung vertreten, wer an der Suche nach der Wahrheit in den Fakten festhält, von der Praxis ausgeht, Theorie und Praxis miteinander verbindet, begeht ein himmelschreiendes Verbrechen. Ihre Ansicht verkörpert faktisch den Standpunkt, die originalen Worte von Marx, Lenin und Genossen Mao Zedong lediglich nachzubeten. Sie meinen, es reiche, sie nachzubeten, zu kopieren. Anderenfalls, sagen sie, verstößt es gegen den Marxismus, die Ideen Mao Zedongs und den Geist der Zentrale. Die von ihnen aufgeworfene Frage ist keine geringe. Sie berührt vielmehr das Problem, wie der Marxismus-Leninismus, wie die Ideen Mao Zedongs zu behandeln sind."[417]

Durch diesen Meinungsstreit wurde erreicht, dass die Tabuisierung der Phrase „Jede der beiden Festlegungen ist richtig" durchbrochen wurde und sich das Denken der Kader und Mitglieder der Partei wieder den objektiven Realitäten zuwenden konnte. Diese grundsätzliche Wende prägte die ideologische Vorbereitung der 3. ZK- Tagung.

3. Tagung des XI. ZK der KP Chinas

Der 3. Tagung des XI. ZK der KPCh ging traditionsgemäß eine vorbereitende Arbeitstagung voraus. Sie begann am 10. November und dauerte über einen Monat. Für die ZK-Tagung war eigentlich folgende Tagesordnung vorgesehen gewesen:

1. Beratung eines Dokuments über die weitere Umsetzung des Kurses, die Volkswirtschaft auf Grundlage der Landwirtschaft zu entwickeln, mit dem Ziel, schnellstmöglich einen Aufschwung der landwirtschaftlichen Produktion einzuleiten,
2. Diskussion über die Anlage der Volkswirtschaftspläne 1979 und 1980 und
3. Studium und Diskussion der Rede Li Xiannians auf eine Diskussionsveranstaltung des Staatsrats.

417. „Auswahl von Schriften Deng Xiaopings (1975-1982)", a.a.O., S.109.

Die Arbeitstagung folgte dem auf Deng Xiaoping zurückgehenden Vorschlag des Politbüros, dieser Tagesordnung eine Beratung über die Verlagerung des Arbeitsschwerpunktes der Partei voranzustellen. Aus der Sicht nicht weniger Teilnehmer erforderte dieser Schritt zunächst einmal, eine Reihe wichtiger Probleme zu lösen, die die „Kulturrevolution" hinterlassen hatte und die dem für diesen Schritt erforderlichen Zusammenschluss der Partei entgegenstanden.

Sechs solcher Probleme warf Chen Yun auf der vorbereitenden Arbeitstagung auf. Erforderlich hielt er z. B. die Rehabilitierung der „Verräterclique" mit Bo Yibo und der anderen 60 Genossen, die Neubewertung der Tiananmen-Ereignisse, die Wiederherstellung des Rufs von Peng Dehuai und weiterer alten Führungskader sowie die Untersuchung der Verbrechen Kang Shengs und Xie Fuzhis. In den Gruppenberatungen kam eine engagierte und breite Diskussion auf, die sich mit den ultralinken Wertungen der Geschehnisse zwischen 1966 und 1976 auseinandersetzte. Sie gipfelte in der Forderung, Theorie und Praxis der „Kulturrevolution" abzulehnen und generell mit der „linken" Abweichung in Theorie und Politik abzurechnen. Am 25. November äußerte sich Hua Guofeng im Auftrage des Politbüros zu neun in der Diskussion aufgeworfenen Problemen und erhobenen Forderungen. Dazu gehörten die Tiananmen-Ereignisse, die Kampagne der Kritik an Deng, der Fall des „Verrats" durch die Gruppe der 61, die Problematik Peng Dehuais, der Fall Kang Sheng und Xie Fuzhi und einige schwerwiegende lokale Auseinandersetzungen in den zurückliegenden Jahren. In diesen Fragen akzeptierte das Politbüro und damit auch Hua Guofeng die Meinung der Mehrheit der Teilnehmer. Augenscheinlich betraf das jedoch nicht die generelle Einschätzung der „Kulturrevolution" und der „linken" Abweichung Hua Guofengs. Die Arbeitsberatung endete mit einer Rede Deng Xiaopings am 13. Dezember. Was diese Rede so bedeutsam machte, war die ideologische Orientierung der Partei für die Lösung der bevorstehenden Aufgaben: „Befreien wir unsere Gedanken, nutzen wir unseren Verstand, suchen wir die Wahrheit in den Fakten, schließen wir uns einmütig mit dem Blick nach vorn zusammen"(jiefang sixiang, kaidong naojin, shishi qiushi, tuanjie yizhi, xiang qian kan).[418] Deng hob die

418. Ebd., S.130-143.

demokratische Atmosphäre und die historische Bedeutung der vorbereitenden Beratung hervor. Der Streit um die Praxis als das alleinige Kriterium für die Wahrheit sei ein Streit um die Befreiung der Gedanken und damit ein wichtiges politisches Problem. Nur wenn die Erstarrung im Denken überwunden, das Denken der Kader und Massen in hohem Maße befreit wird, werde es Hoffnung für die vier Modernisierungen geben können. „Wenn eine Partei, ein Staat, eine Nation in allem von Büchern ausgeht und es dazu kommt, dass das Denken erstarrt und der Aberglaube blüht, dann wird es unmöglich sein voranzuschreiten, dann ist es mit der Lebenskraft vorbei, dann wird es dazu kommen, dass die Partei, der Staat untergeht. Darüber hatte Genosse Mao Zedong in der Kampagne zur Verbesserung des Arbeitsstils gesprochen. Nur wenn das Denken befreit wird, wenn wir die Wahrheit in den Fakten suchen, in allem von der Realität ausgehen und die Theorie mit der Praxis verbinden, kann unsere sozialistische Modernisierung zügig vorankommen, werden sich auch der Marxismus-Leninismus und die Ideen Mao Zedongs in unserer Partei zügig entwickeln. In diesem Sinne ist der Streit in der Frage des Kriteriums für die Wahrheit tatsächlich eine Frage der ideologischen Linie, eine politische Frage, eine Frage, die die Perspektive und das Schicksal der Partei und des Staates berührt." Die Demokratie bezeichnete Deng als eine wichtige Bedingung für die Befreiung des Denkens. Deshalb müsse sie als System ausgebildet und gesetzlich verankert werden. Angesichts der übermäßigen Konzentration der Macht in der Leitung der chinesischen Wirtschaft forderte Deng, die Selbstständigkeit der Produktionseinheiten zu erweitern, um allerorts die Initiativen zu fördern und die Effektivität der Produktion zu erhöhen. In dieser Rede formulierte Deng auch ein Leistungsprinzip, das im westlichen Ausland oft als „Sich als Erste bereichern" verfälscht wiedergegeben wird. „In der Wirtschaftspolitik bin ich der Meinung, dass einem Teil der Regionen, einem Teil der Unternehmen und einem Teil der Arbeiter und Bauern erlaubt sein sollte, dass *ein durch Fleiß, Anstrengungen und große Leistungen erworbenes Einkommen* (kursiv – d. V.) als Erstes unter allen Einkommen etwas größer ist und sich das Leben der Betroffenen verbessert. Wenn sich das Leben eines Teils der Menschen zuerst verbessert, dann wird das unbedingt eine sehr große Vorbildwirkung haben. Es wird die Umgebung beeinflussen, andere Regionen mitreißen und andere Menschen veranlassen, von ihnen zu lernen."

Diese Rede Dengs wurde nicht nur zum Leitmotiv des folgenden Plenums des Zentralkomitees. Sie markiert für mich darüber hinaus den wohl entscheidenden Wendepunkt in der bisherigen Geschichte der VR China.

Die 3. Tagung des XI. ZK der KPCh fand vom 18.-22. Dezember 1978 in Beijing statt. Sie zählte 231 Teilnehmer (67,5 % aller gewählten Mitglieder und Kandidaten). Die Ergebnisse des Plenums lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Die mit der Rede Deng Xiaopings inhaltlich vorgezeichnete Orientierung „Befreien wir unsere Gedanken, nutzen wir unseren Verstand, suchen wir die Wahrheit in den Fakten, schließen wir uns einmütig mit dem Blick nach vorn zusammen“ wurde als ideologische Leitlinie für die gesamte Arbeit der Partei bestätigt.
2. Der strategische Schwerpunkt für die politische Arbeit der Partei wurde auf die Modernisierung des Landes unter genereller Berücksichtigung der nationalen Gegebenheiten gelegt.
3. In Auswertung der beim bisherigen wirtschaftlichen Aufbau der VR China gesammelten Erfahrungen wurde der Kurs der Reform und Öffnung des Landes nach außen eingeleitet.
   Die Tagung orientierte auf die Lösung der ernsten Disproportionen in der Wirtschaft und beschloss, die Entwicklung der Landwirtschaft zu beschleunigen. Die Selbstständigkeit der Produktionsbrigaden wurde erweitert. Hofland, bäuerliche Nebenwirtschaft und Bauernmärkte wurden wiederhergestellt. Die Preise für Getreide, Baumwolle und andere landwirtschaftliche Produkte sollten allmählich erhöht werden.
4. Die Tagung orientierte auf die Verstärkung der sozialistischen Demokratie und Gesetzlichkeit, korrigierte offizielle Einschätzungen von führenden Persönlichkeiten und begann mit der Rehabilitierung von Kadern, die in der „Kulturrevolution“ verfolgt worden waren.
5. Die Tagung korrigierte die organisatorische Linie für die Arbeit der Partei und verstärkte die personelle Zusammensetzung der Parteiführung für die Umsetzung des eingeleiteten neuen Kurses der Partei.

Sie beschloss die Wiederherstellung des Systems des demokratischen Zentralismus und des Prinzips der kollektiven Leitung. Sie

traf Maßnahmen zur Verstärkung der Parteidisziplin und zur Unterbindung von Ansätzen des Personenkults.

Die Führungsspitze der Partei wurde durch die Wahl Chen Yuns als einen der stellvertretenden Parteivorsitzenden und Deng Yingchaos (Ehefrau Zhou Enlais), Hu Yaobangs und Wang Zhens in das Politbüro verstärkt. Das Plenum beschloss die Bildung einer hundertköpfigen Disziplinkontrollkommission des ZK unter Leitung von Chen Yun.

Im Ergebnis der 3. Tagung des XI. ZK der KPCh hatte sich das „Führungskollektiv der zweiten Generation mit Deng Xiaoping als Kern" bereits formiert. Hua Guofeng, Wang Dongxing und andere waren zwar in ihren hauptsächlichen Funktionen verblieben, ihre bestimmende Rolle bei den Entscheidungen des Zentralkomitees hatten sie jedoch bereits eingebüßt.

2.2. Beginnende Regulierung der Volkswirtschaft

Mit der Zerschlagung der Viererbande gab es neue Hoffnung für China. Die Wirtschaft begann sich wieder zu beleben und zu wachsen.

Schon Ende 1976 hatte die Partei auf der 2. Dazhai-Konferenz die Weichen für einen Aufschwung in der Landwirtschaft gestellt. In den Mittelpunkt waren der Investbau, die Produktion und die Mechanisierung gestellt worden. Im Mai 1977 folgte die Konferenz „Die Industrie des gesamten Landes lernt von Daqing". Auf der Konferenz wurde die Losung ausgegeben „Mobilisieren wir uns, um für die Verbreitung der Unternehmen vom Typ Daqings zu kämpfen". Um die Produktion richtig anpacken zu können, sollten die Leitungsgruppen der Schwerpunkt-Unternehmen in allen Bereichen der Volkswirtschaft in Ordnung gebracht werden. Ein Wettbewerb der sozialistischen Arbeit sollte den neuen Aufschwung der Produktion entfalten helfen und gleichzeitig zum sparsamen Wirtschaften anregen. Vorgesehen war, in möglichst kurzer Zeit einen neuen Rekord in der Erfüllung der ökonomisch-technischen Kennziffern aufzustellen.[419]

419. Unternehmen mit „roter Ideologie", großem Elan, exquisiter Technik, gutem Arbeitstil und ernsthafter Disziplin erhielten von der Staatlichen Plankommission den Ehrentitel „Unternehmen vom Typ Daqing" verliehen.

Der Wirtschaftsplan 1977 hatte drei Schwerpunkte: Entwicklung von Landwirtschaft und Leichtindustrie zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung, Entwicklung der Brennstoff- und Rohstoffindustrie zur Befriedigung der Bedürfnisse der Volkswirtschaft und Abstimmung der Investitionen in die Grundfonds auf die finanziellen und materiellen Möglichkeiten des Landes. Angesichts des 1977 eingeleiteten Aufschwungs in der Wirtschaft wurde 1978 beschlossen, die Entwicklung der Industrie noch mehr zu beschleunigen. Um die Produktion zu fördern, wurde der Prämien- und Stücklohn wieder eingeführt. In staatlichen Unternehmen begannen Versuche, Grundfonds für die sozialen Belange der Belegschaften einzuführen. In der südwestchinesischen Provinz Sichuan wurde in einigen staatlichen Unternehmen mit der Erweiterung der betrieblichen Selbstständigkeit experimentiert.

Hua Guofeng wollte „alles daransetzen, um schnell nach oben zu kommen" (da gan kuai shang). Der Aufschwung sollte sich deshalb in großem Ausmaße auf den Import fortgeschrittener Technik und kompletter Produktionsausrüstungen stützen. Deshalb hieß es, das Land beginne einen neuen „ausländischen Sprung nach vorn" (yang yaojin).[420] Allein im Jahre 1978 wurden für über 13 Milliarden US-Dollar Verträge über den Import von 22 kompletten Ausrüstungen für die Errichtung neuer großer Unternehmen abgeschlossen. In Baoshan bei Shanghai wurde beispielsweise mit japanischen Ausrüstungen ein neues großes Eisenhütten- und Stahlwerk, abgekürzt Bao-Gang genannt,[421] aufgebaut. Es stellten sich auch erste Erfolge ein. 1977 stieg die Industrieproduktion bereits um 14,3 Prozent und für 60 Prozent der Arbeiter und Angestellten stieg der Monatslohn um 5 Yuan. 1978 erhöhte sich der Produktionswert in der Landwirtschaft um 9 Prozent und in der Industrie um 13,5 Prozent. Die finanziellen Einnahmen des Staates nahmen um 28,2 Prozent und die realisierten Investitionen um 31 Prozent zu. Die Versorgung des Binnenmarktes und das Lebensniveau der Bevölkerung besserten sich.

Diese Entwicklung beruhte jedoch auf dem alten Wachstumsmo-

420. Dieser „Sprung" unterschied vom „großen Sprung nach vorn" 1958-1960 durch den Einsatz moderner ausländischer Technik. Daraus erklärt sich der Zusatz „ausländisch" (yang). Sinngemäß könnte diese Phrase auch mit „Sprung mit Hilfe ausländischer Technik" übersetzt werden.

421. Gang bedeutet Stahl. Abkürzungen wie Bao-Gang (Stahlwerk Baoshan) und An-Gang (Stahlwerk Anshan, NO-China) sind in China üblich.

dell. Kennzeichnend für dieses Modell waren ein hoher Ressourcenverbrauch, eine überhöhte Akkumulationsrate, eine niedrige Effektivität und eine zurückbleibende Konsumtion der Bevölkerung. Daher begannen sich mit dem „ausländischen Sprung nach vorn" neben den Erfolgen auch die negativen Seiten dieses Modells stärker herauszukehren. Die Kosten für die Importe von Technik und Ausrüstungen plus Kosten der Investitionen für ihre produktive Nutzung überstiegen bei weitem die finanziellen Möglichkeiten des Staates. Der Anstieg der Akkumulationsrate auf 36 Prozent im Jahre 1978 ließ neue Spannungen in der Volkswirtschaft aufkommen. Die Investitionen in die Grundfonds schnellten nach oben, die Auswirkung auf die ökonomische Effektivität war hingegen niedrig. Diese und andere Probleme in der Entwicklung der Volkswirtschaft drängten schon 1979 auf eine Lösung und Neuorientierung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Notwendigkeit, in die Volkswirtschaft mit einer Korrektur einzugreifen, ergab sich aus zwei Gründen. Erstens mussten die verschiedenen Probleme und Widersprüche gelöst werden, die sich seit langer Zeit unter dem „linken" Einfluss angehäuft hatten. Der Gesamtwert der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion zwischen 1950 und 1979 war im jährlichen Durchschnitt zwar um 9,4 Prozent gestiegen, doch diese Zahl allein besagt noch nichts. Die Instabilität der wirtschaftlichen Entwicklung hatte zu schweren Verlusten geführt. Es war viel investiert, im Verhältnis dazu aber wenig produziert worden. Das internationale Gewicht Chinas hatte sich kaum verändert. Von einer annähernd proportionalen Entwicklung konnte schon lange keine Rede mehr sein.

Von diesen Problemen zeugen die folgenden Zahlen: Zwischen 1953 und 1980 war die Gesamtsumme des fixen Kapitals im Lande auf das 21-fache gestiegen, der Gesamtwert der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion war jedoch nur um das 8-fache, das Nationaleinkommen gar nur um das 4-fache angewachsen. Das Lebensniveau des Volkes unterschied sich wenig von dem des Jahres 1953.[422] In diesen Zahlen drückt sich aus, dass das Schwergewicht der wirtschaftlichen Entwicklung auf der Schwerindustrie und hier wieder auf dem militärischen Sektor gelegen hatte. Das offizielle Ziel,

422. Gao Shangquan, Reform des chinesischen Wirtschaftssystems seit neun Jahren, Beijing 1987, S. 6, chines.

die materiellen und kulturellen Bedürfnisse des Volkes im Maße der Entwicklung der Volkswirtschaft immer besser zu befriedigen, war nicht verfolgt worden. Schon allein deswegen musste eine grundlegende Korrektur der Wirtschaftspolitik vorgenommen werden.

Zweitens ergab sich die Notwendigkeit wirtschaftlicher Korrekturen aus der Verlagerung des Arbeitsschwerpunktes der Partei vom „Klassenkampf" auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Um den Weg für die schnellstmögliche Entwicklung der Produktivkräfte zu finden, mussten die Probleme in den Produktionsverhältnissen und im politischen Überbau gelöst werden, die einer solchen Entwicklungsmöglichkeit entgegenstanden.

Ende der 70er Jahre ging es dabei um Korrekturen in drei großen Bereichen:

1. Wiederherstellung der proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft.
   In den zurückliegenden 30 Jahren waren die Schwerindustrie zu stark und die Leichtindustrie zu wenig entwickelt worden. Die Landwirtschaft war gänzlich hinter den beiden Industrien zurückgeblieben. In diesem Zeitraum war die Industrie um das 41-fache, die Landwirtschaft nur um das 2,7-fache gewachsen. Die Schwerindustrie und hier vor allem der militärische Sektor hatten im Wert um das 98-fache zugenommen, die Leichtindustrie lag mit einem Wachstum um das 32fache deutlich dahinter zurück. Die Landwirtschaft war nicht imstande, die Leichtindustrie ausreichend mit Rohstoffen zu versorgen und die grundlegenden Lebensbedürfnisse der Bevölkerung genügend zu befriedigen.
2. Korrektur des Systems einer hauptsächlich administrativ und hochgradig zentralisiert geleiteten Volkswirtschaft.
   Dieses System hatte bei der Lösung der Hauptaufgaben nach 1949 eine Zeitlang eine positive Rolle gespielt. Verstärkt durch die ultralinke voluntaristische Politik, traten dann sehr bald jedoch die negativen Seiten dieses Systems hervor. Das hemmte und schränkte die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte ein.
3. Der „ausländische Sprung nach vorn" ließ die Übel und Missstände des alten Systems für die Leitung der Volkswirtschaft noch deutlicher werden.
   Die ökonomische Entwicklung in den beiden Jahren 1977 und

1978 hatte Wiederherstellungscharakter. Ein Teil der Partei- und Staatsführung unter Hua Guofeng sah das nicht so. Er verfiel in den alten Fehler, „voran zu stürzen" und schnell Erfolge erreichen zu wollen. Das verschärfte alte Probleme und Widersprüche.

„Kurs der acht Schriftzeichen"

Die entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Regulierung der Wirtschaft war eine reale Einschätzung der nationalen Gegebenheiten, die Suche nach einem Weg für die Modernisierung des Landes „in chinesischer Art und Weise" (zhongguo-shi xiandaihua).

Chen Yun forderte, in der Wirtschaftspolitik „von den Tatsachen", d. h. von den nationalen Gegebenheiten auszugehen. „Wenn wir in dieser Frage keine Klarheit schaffen, werden wir auch nichts zustande bringen." Er sah diese „Tatsachen" in der Bevölkerung von 900 Millionen Menschen, von denen noch 80 Prozent auf dem Dorfe leben. Er sah sie darin, dass nach 30 Jahren das Problem der Ernährung noch immer nicht gelöst war und das Leben des Volkes unbedingt verbessert werden musste.[423]

Deng Xiaoping hob drei Besonderheiten hervor, die den chinesischen Weg der Modernisierung beeinflussen würden: schwache Grundlagen, eine große Bevölkerung und wenig Ackerland. Das waren zweifellos wesentliche Aspekte und ihre Beachtung stellte einen wesentlichen Fortschritt bei der Konzipierung der neuen Wirtschaftspolitik dar. Diese Überlegungen umfassten jedoch noch nicht das ganze Ausmaß der materiellen und geistigen Rückständigkeit, das sich auf die Modernisierung „chinesischer Art" auswirken würde.

Wesentlich für die gedanklichen Veränderungen in der Wirtschaftsstrategie war auch die breite Diskussion über die ökonomischen Gesetze, das Ziel der gesellschaftlichen Produktion und die Beziehungen zwischen Planwirtschaft und Marktregulierung. Chen Yun eröffnete die Debatte über die Problematik Planwirtschaft/Marktwirtschaft im März 1979. Ich werde ihn etwas ausführlicher zitieren, um seine Position in dieser strategischen Debatte zu ver-

423. „Auswahl von Schriften Chen Yuns", a.a.O., S. 221.

deutlichen. Aus der Sicht der Erfahrungen und Lehren aus der wirtschaftlichen Entwicklung schätzte Chen Yun ein: „Seit 60 Jahren ist der Hauptmangel, der im System der Planungsarbeit aufgetreten ist, gleich ob in der Sowjetunion oder in China, dass es nur den Passus ‚planmäßig-proportional', jedoch nicht den Passus Marktregulierung gegeben hat, die unter dem sozialistischen System noch erforderlich ist. Die so genannte Marktregulierung ist eine Regulierung nach dem Wertgesetz. Bestimmte Bereiche des ökonomischen Lebens dürfen mit Methoden reguliert werden, die ‚Anarchismus' und ‚Blindheit' erzeugen. Der jetzige Plan ist zu starr. Er enthält zu viele Dinge. Im Ergebnis wird unbedingt der Teil fehlen, den der Markt automatisch reguliert … *In der gesamten Zeit des Sozialismus muss es zwei Arten von Wirtschaft geben* (kursiv – d. V.): 1. den Teil der Planwirtschaft (der Teil, der planmäßig-proportional zu entwickeln ist), und 2. den Teil, den der Markt reguliert (hier wird kein Plan gemacht, sondern nur nach den Veränderungen auf dem Markt produziert, das ist der Teil, der blindlings reguliert wird). Der erste Teil ist der grundlegende und hauptsächliche Teil; der zweite Teil ist der untergeordnete und zweitrangige Teil, aber er ist notwendig. Nachdem die politische Macht errungen wurde und der erste Teil der Wirtschaft existiert, kann der Sozialismus aufgebaut werden. Der zweite Teil kann nur eine nützliche Ergänzung sein (er ist grundsätzlich ohne Schaden) … Der Schlüssel des Problems ist, dass wir bis heute die Zwangsläufigkeit und die Notwendigkeit für die gleichzeitige Existenz beider Arten von Wirtschaft nicht bewusst erkennen und wir uns das unterschiedliche Größenverhältnis der beiden unterschiedlichen Arten von Wirtschaften noch nicht klar gemacht haben … Gegenwärtig gibt es zwei Erscheinungen. Was strikt (planmäßig-proportional) sein sollte, ist nicht strikt. Zum Beispiel ist die Front des grundlegenden Aufbaus zu sehr ausgedehnt worden, und die Proportion zwischen Rohstoffindustrie und verarbeitender Industrie ist verloren gegangen … Ein anderes Ergebnis durch die Ignorierung der Marktregulierung, ist, dass die Genossen das Wertgesetz missachten, es in ihren Gedanken den Begriff ‚Gewinn' nicht gibt. Das heißt, in der Art eines Dashaoye[424] zu wirtschaften. Das ist nicht die Art, wie ein Unternehmer die Wirtschaft betreibt."[425] Das

424. Das heißt, hier agiert kein versierter Unternehmern, sondern jemand, den nur aufgrund des Reichtums seiner Familie, aber nicht aufgrund seines fachlichen Könnens diese Funktion ausübt.

waren neue wegweisende Überlegungen, die die Richtung für die Reform des Systems der Planung und der Wirtschaftsleitung bestimmten sollten.

Noch im gleichen Monat unterbreiteten Chen Yun und Li Xiannian dem ZK der Partei sechs Vorschläge für eine neue Wirtschaftspolitik: Sicherung einer stabilen Entwicklung, einer proportionalen Entwicklung und des komplexen Gleichgewichts der Wirtschaft, Vorschalten von zwei,- drei Jahren Regulierung für Wiederherstellung einer planmäßig-proportionalen Entwicklung, realisierbare Kennziffern für die Stahlproduktion und Berücksichtigung der Möglichkeiten der Rück- und Zinszahlung bei Verschuldung gegenüber dem Ausland. Diese Überlegungen wurden der Ausgangspunkt für die Formulierung des „Kurses der acht Schriftzeichen" (ba zi fangzhen) „Korrektur, Reform, Konsolidierung, Niveauerhöhung" (tiaozheng, gaizao, zhengdun, tigao). Auf der Grundlage der 6 Vorschläge korrigierte das Politbüro den Volkswirtschaftsplan 1979. Zugleich legte es fest, die Wirtschaft im Zeitraum von drei Jahren zu regulieren. Die 2.Tagung des V. Nationalen Volkskongresses (NVK) bestätigte diesen Regulierungskurs als offizielle Regierungspolitik. Damit wurde ein neuer Ansatz für die Realisierung der „Vier Modernisierungen"[426] geschaffen. Diese regulierenden Maßnahmen leiteten den Weg ein, „die Wirtschaft im Inneren zu beleben und das Land nach außen zu öffnen".

Durch die Umsetzung des „Kurses der acht Schriftzeichen" in der Wirtschaftspolitik konnten die negativen Auswirkungen des neuen „Sprunges nach vorn" im Großen und Ganzen überwunden werden. Die Maßnahmen zur Regelung der Preise, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Lösung von Fragen, die die Geschichte hinterlassen hatte und der Fakt, dass es nicht gelang, die überhöhten Ausgaben für den grundlegenden Aufbau des Landes in kurzer Zeit zurückzufahren, führten jedoch zu einer deutlich ansteigenden Verschuldung des Staates. 1979 stiegen die Schulden um 17 und 1980 um über 12 Milliarden Yuan. Das führte zu einer überhöhten Geldemission und ließ die Kosten für die Lebenshaltung breiter Massen ansteigen. Eine Krise kündigte sich an. Daraufhin wurde beschlossen, die Regulierung der Volkswirtschaft einen Schritt wei-

425. „Auswahl von Schriften Chen Yuns (1956-1985)", a.a.O., S.221-222.

426. Modernisierung der Landwirtschaft, der Industrie, der Landesverteidigung und der Wissenschaft und Technik, erstmals formuliert als Aufgabe im Arbeitsbericht der Regierung auf der Tagung des NVK im Jahre 1964.

ter voranzutreiben. Der Staat nahm auf zentraler Ebene eine finanzielle Anleihe bei den Regionen in Höhe von 8 Milliarden Yuan und legte Staatsobligationen in Höhe von 5 Milliarden Yuan auf. Die Partei orientierte ihre Kader und Mitglieder noch stärker darauf, die Wirtschaft im Maße des national Möglichen zu entwickeln und in der Frage des Imports ausländischer Technik einen klaren Kopf zu behalten. Für die Verbesserung des Lebensstandards des Volkes wurden 1979-1981 31 Prozent der finanziellen Einnahmen des Staats (über 140 Mrd. Yuan) eingesetzt. Das war der höchste Anteil, der jemals nach 1949 dafür verwendet worden war. In diesen drei Jahren konnten für 26 Millionen Menschen in den Städten neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Für einen Teil der Beschäftigten wurden die Löhne erhöht, die Wohnbedingungen verbessert und Zuschüsse für die Ernährung gezahlt. Die Einkommen der städtischen Bevölkerung stiegen nach Jahren der Stagnation und sogar des Rückgangs wieder rasch an. Auch das Leben der Bauern begann sich deutlich zu verbessern.

2.3. Hinwendung zum „Sozialismus chinesischer Prägung“

Die politisch-ideologischen Grundlagen für die weitere Entwicklung und die Politik der KP Chinas wurden in den Jahren 1979 bis 1981 erneuert.

Die vier Grundprinzipien

Den ersten Schritt tat Deng Xiaoping in einer Beratung über die theoretische Arbeit der Partei am 30. März 1979 mit seinen Ausführungen zu den „vier Grundprinzipien“.[427]
Sein Grundgedanke war: Um in China die vier Modernisierungen verwirklichen zu können, muss an vier Grundprinzipien festgehalten werden – am sozialistischen Weg, an der Diktatur des Proletariats, an der Führung durch die KP und am Marxismus-Leninismus und den

427. „Auswahl von Schriften Deng Xiaopings (1975-1982)“, a.a.O., S.144 ff.

Ideen Mao Zedongs. Deng Xiaoping sprach einerseits davon, dass „unsere Partei seit langem ständig (an diesen Grundprinzipien) festhält“, andererseits schilderte er, wie mit der Zerschlagung des „Feudalfaschismus der ‚Viererclique‘“ diese Prinzipien im Leben der Partei wieder hergestellt wurden.

Anhand des ersten Prinzips setzte sich Deng mit der Auffassung auseinander, der Kapitalismus sei besser als der Sozialismus. Diese Ansicht müsse unbedingt zurückgewiesen werden; denn ohne Sozialismus würde China in die halbfeudale und halbkoloniale Lage zurückfallen. Das sozialistische China wäre zwar noch nicht mit den entwickelten kapitalistischen Ländern zu vergleichen, die sozialistische Wirtschaft beruhe jedoch auf dem Gemeineigentum. Sie produziere nicht um auszubeuten, sondern um die materiellen und kulturellen Bedürfnisse des Volkes im größtmöglichen Maße zu befriedigen.

Ohne Diktatur des Proletariats gäbe es keine Demokratie für die Arbeiter, Bauern, Intellektuellen und anderen Werktätigen und keine Möglichkeit, den Klassengegner im Zaum zu halten.

Ohne Führung durch eine kommunistische Partei würde es keine sozialistische Revolution, keine Diktatur des Proletariats und keinen Aufbau des Sozialismus geben.

Mit der Zerschlagung der „Viererbande“ sei das wissenschaftliche Antlitz des Marxismus-Leninismus und der Ideen Mao Zedongs als Kompass der Partei wieder hergestellt worden. Eine Minderheit wende sich gegen die Ideen Mao Zedongs bzw. unterstütze„nur die richtigen Ideen Mao Zedongs“. Dagegen müsse angegangen werden. „Woran wir festhalten und was wir als Kompass für unsere Handlungen ansehen, sind die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus, die Ideen Mao Zedongs oder, anders ausgedrückt, das wissenschaftliche System, das von diesen Grundprinzipien gebildet wird.“ Fehler von Mao Zedong gehörten wie Fehler von Marx und Lenin nicht zu diesem wissenschaftlichen System. Zu den Ideen Mao Zedongs zählten auch „die Taten und Gedanken seiner Kampfgenossen, der Partei und des Volkes“.

Zusammenfassende Einschätzung der ersten 32 Jahre der VR China

Ein zweites Dokument, das die politisch-ideologische Leitlinie der KP Chinas bestimmen sollte, war die „Resolution über einige Fragen in unserer Parteigeschichte seit Gründung der Volksrepublik China", angenommen von der 6. Tagung des XI. ZK der Partei am 27.6.1981.[428] Das Dokument war in 15 Monaten unter Beteiligung von über 4 000 führenden Kadern und Theoretikern erarbeitet worden.

Deng Xiaopings Ausführungen über die vier Grundprinzipien zeigten schon, dass die grundlegenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über die „Kulturrevolution" auch nach dem 3. ZK-Plenum anhielten und die Partei zu spalten drohten. Aus der Sicht Dengs mussten deshalb drei Grundfragen geklärt werden: 1. den historischen Platz Mao Zedongs festzulegen, an seinen Ideen festzuhalten und sie zu entwickeln; 2. darüber befinden, welche gesellschaftlichen Entwicklungen in den 30 Jahren VR China als richtig anzuerkennen und welche als falsch einzuschätzen sind; und 3. die Erfahrungen und Lehren der Vergangenheit grundlegend verallgemeinern. Damit sollte die Partei auf neuer Grundlage geeint, die Vergangenheit abgeschlossen und der Blick der gesamten Partei nach vorn gerichtet werden.

Jede Partei charakterisiert sich durch das Herangehen an ihre eigene Geschichte selbst. Die „Resolution" war das Ergebnis innerparteilicher Auseinandersetzungen um die grundlegende Neuorientierung der Partei auf einer bestimmten Stufe dieses Prozesses. Ihre Aussagen könnten deshalb dem damaligen Kräfteverhältnis in der Partei geschuldet sein. Sie bestimmten jedoch bis heute das offizielle Herangehen der KP Chinas an die ersten dreißig Jahre Volksrepublik China. Deshalb sollten wir uns mit den wesentlichen Aussagen dieses Dokuments vertraut machen:[429]

Mit der Errichtung des sozialistischen Systems Mitte der 50er Jahre wurde der Grundstein für die künftige Entwicklung des Landes gelegt

428. „Resolution über einige Fragen zur Geschichte der KP Chinas seit 1949", Beijing 1981.

429. Ich lasse die ersten acht Seiten über die Entwicklung der KP China in den 28 Jahren vor 1949 einmal beiseite, obwohl in diesem Teil wichtige Erfahrungen der Partei zusammengetragen, dabei aber auch einige anzufechtende Auffassungen vertreten werden. Für die schweren Verluste der revolutionären Bewegung 1927 und für den Verlust des Zentralen Sowjetgebiets 1934 waren z. B. ursächlich nicht einzelne Personen, sondern die Strategie und Politik des EKKI verantwortlich.

(S. 13). Die Erfolge in den ersten 32 Jahren Entwicklung der VR China sind das Hauptsächliche. Sie sind das Ergebnis einer schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus durch Partei und Volk, Ausdruck der Überlegenheit des sozialistischen Systems und Grundlage für den weiteren Vormarsch der Partei und des Volkes (S. 18/19). Da es der Partei noch an Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus mangelte und die Partei bei der Analyse der Lage und des Verständnisses für die Realität China Fehler beging, kam es zur Übertreibung des Klassenkampfes und zur „Kulturrevolution" (S. 18). Mit dem Sieg der neudemokratischen Revolution und der Vollendung der Bodenreform wurde der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weg, zum Hauptwiderspruch in China (S. 21).

Die Generallinie für den Übergang zum Sozialismus war Ausdruck „einer historischen Notwendigkeit". Dank der „korrekten Leitprinzipien und der korrekten grundlegenden Politik" der Partei wurden beim Übergang von der Neuen Demokratie zum Sozialismus „glänzende Erfolge" erreicht (S. 19-21). Die Generallinie war völlig korrekt (S. 22). Kraft eigener Anstrengungen sowie mit Unterstützung durch die Sowjetunion und andere befreundete Länder wurden beim wirtschaftlichen Aufbau während des 1. Fünfjahrplans ebenfalls große Erfolge erzielt (S. 24). Der VIII. Parteitag 1956 konstatierte, dass in China das sozialistische System grundlegend errichtet worden war und sich damit der Widerspruch zwischen „dem Verlangen des Volkes nach rascher wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung einerseits und der Lage, dass unsere Wirtschaft und Kultur diese Bedürfnisse nicht befriedigen konnte", zum Hauptwiderspruch entwickelt hatte (S. 26). In den zehn Jahren vor der „Kulturrevolution" wurden trotz Rückschlägen „enorme Erfolge" erreicht. Dabei wurden „wichtige Erfahrungen hinsichtlich der Anleitung des sozialistischen Aufbaus gesammelt". Mao Zedong äußerte Auffassungen, die die Linie des VIII. Parteitages 1956 in diesen zehn Jahren weiter entwickelten. Er leitete die Arbeit zur Korrektur der Fehler „im Zuge des ‚großen Sprungs nach vorn' und der Bewegung zur Organisierung der Volkskommunen"(S. 27-28). „Die von der 2. Tagung des VIII. Parteitages verabschiedete Generallinie für den sozialistischen Aufbau und ihre Hauptpunkte waren korrekt, da sie das allgemeine und dringende Verlangen der breiten Volksmassen nach Veränderung

der Rückständigkeit von Wirtschaft und Kultur unseres Landes widerspiegelten. Ihr Mangel bestand darin, dass sie die objektiven ökonomischen Gesetzmäßigkeiten außer Acht ließen." Unzureichendes Verständnis für diese Gesetzmäßigkeiten, für die grundlegenden ökonomischen Bedingungen Chinas und die Überschätzung der „Rolle des subjektiven Willens" führten zur „leichtfertigen" Durchführung des „großen Sprungs nach vorn" und zur Errichtung ländlicher Volkskommunen (S. 31). Die gesamte Partei und das gesamte Volk richteten seit Winter 1960 „ihr Augenmerk auf die Durchführung des korrekten Kurses zur Sanierung der Wirtschaft", wodurch „der sozialistische Aufbau allmählich einen neuen Aufschwung" nahm. „Partei und Volk schlossen sich eng zusammen, teilten Freud und Leid miteinander. Im Innern überwanden sie die Schwierigkeiten, außenpolitisch widerstanden sie dem Druck der sowjetischen Führungsclique … Ferner unterstützten sie nach Kräften die revolutionären Kämpfe der Völker vieler Länder …" (S. 34-35). Die „linken" Fehler [430] in dieser Entwicklung wurden jedoch „nicht gründlich berichtigt". Das führte zur Verabsolutierung des Klassenkampfes durch Genossen Mao Zedong (S-33). „Anfang 1965 wurde dann fälschlicherweise erklärt, man müsse schwerpunktmäßig die ‚Machthaber auf dem kapitalistischen Weg in der Partei' bekämpfen" (S. 34). Die „falschen ‚linken' Thesen des Genossen Mao Zedong, die zur Auslösung der ‚Kulturrevolution' führten, wichen merklich von den Ideen Mao Zedongs als Verbindung der allgemeinen Prinzipien des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der chinesischen Revolution ab und müssen von diese Ideen unterschieden werden." Die „unzähligen, verheerenden Verbrechen an Volk und Land" wurden „hinter seinem Rücken" von „Lin Biao, Jiang Qing und ihren Komplizen" begangen (S. 37). Die Hauptargumente Mao Zedongs beruhten auf einer „falschen Einschätzung der Klassenlage in unserem Land und der politischen Situation in Partei und Staat in jener Zeit" (S. 38). Die „Kulturrevolution" war keine Revolution, brachte keinerlei gesellschaftlichen Fortschritt, sondern hat „nur uns selbst" „durcheinander gebracht" (S. 40). Für die „ernsten ‚linken Fehler,' … Fehler von beträchtlichem Ausmaß und langer Dauer trägt Genosse Mao Zedong die Hauptverant-

430. Im Dokument werden die „linken" Fehler hauptsächlich darin gesehen, dass den nationalen Verhältnissen nicht Rechnung getragen wurde (S.87).

wortung. Aber letzten Endes sind die Fehler des Genossen Mao Zedong Fehler eines großen proletarischen Revolutionärs." Das Fundament unseres sozialistischen Systems blieb erhalten, der sozialistische Aufbau wurde fortgesetzt, unser Land blieb geeint und übte international einen wichtige Einfluss aus." Das Land „widerstand dem Druck des Sozialimperialismus, verfolgte eine korrekte Außenpolitik und unterstützte entschlossen die gerechten Kämpfe der Völker verschiedener Länder" (S. 47).

„Genosse Mao Zedong war ein großer Marxist, ein großer proletarischer Revolutionär, Stratege und Theoretiker. Obwohl er in der ‚Kulturrevolution' schwere Fehler beging, überwiegen alles in allem seine Verdienste für die chinesische Revolution"(S. 63). Die Ideen Mao Zedongs sind „ein Produkt der Verbindung der allgemein gültigen Grundsätze des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der chinesischen Revolution"; sie entwickelten „in schöpferischer Weise den Marxismus-Leninismus". Die Auffassungen und die Methoden, die die erwähnten Bestandteile der Ideen Mao Zedongs verkörpern, bilden den Kerngehalt dieser Ideen. Dieser Kerngehalt fächert sich in drei Grundaspekte auf: Die Wahrheit in den Tatsachen suchen, Massenlinie und Unabhängigkeit und Selbstständigkeit" (S. 63, 64, 75). Das Kommuniqué wertet die Entwicklung der VR China von 1949 bis 1981 zusammenfassend als einen „kontinuierlichen Vormarsch der Sache des Sozialismus".

Die nachfolgenden drei Jahrzehnte Reform- und Öffnungspolitik erleichtern natürlich eine wissenschaftliche Einschätzung der in diesem Dokument getroffenen Feststellungen. Diese Aussagen haben für mich einen durchgängig pragmatischen politischen Charakter. Sie halten in fast allen wesentlichen Passagen einer wissenschaftlichen Bewertung nicht stand. Bis auf die „Kulturrevolution" werden frühere Positionen beibehalten und verteidigt, ohne dass diese auf ihre geschichtliche Wertigkeit geprüft werden. Die ersten dreißig Jahre der VR China als einen Prozess „kontinuierlichen Vormarsches des Sozialismus" hinzustellen, widerspricht so offensichtlich den historischen Realitäten, dass sich jeder Kommentar dazu erübrigt. Die Trennung formal richtiger politischer Prinzipien von der tatsächlich betriebenen Politik, um eine im Prinzip positive Kontinuität der Entwicklung konstatieren zu können, kennzeichnet das gesamte Dokument. Einige Darstellungen wie die der Beschlüsse der 2. Tagung

des VIII. Parteitages 1958 sind eigentlich schon mehr als eine Missinterpretation der historischen Wahrheit. Allein schon der Fakt, dass sich die KP Chinas 1978 veranlasst sah, in ihrer Strategie und Politik einen radikalen Paradigmenwechsel vorzunehmen, spricht gegen die im Dokument vorgenommene Gesamteinschätzung der Politik und der Entwicklung in den vorangegangenen drei Jahrzehnten. Das Dokument trägt die Handschrift des Pragmatikers Deng Xiaoping. Sein Hinweis, dass die Fehler Mao Zedongs nicht übertrieben dargestellt werden dürfen, weil dann Partei und Staat in einem schwarzen Licht erscheinen würden, wurde zum roten Faden bei der Abfassung des Dokuments. In der „Resolution" werden entgegen den historischen Realitäten die Politik des „großen Sprungs nach vorn" und der Volkskommune nicht verurteilt, die zehn Jahre vor der „Kulturrevolution" weitgehend positiv gewertet[431], die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser „Revolution" geschönt und Mao Zedong von den Verbrechen der „Kulturrevolution" freigesprochen. Das Dokument bleibt den Beweis schuldig, dass Mao Zedong hinsichtlich der Theorie und Praxis des Sozialismus in der VR China ein „großer proletarischer Revolutionär" gewesen wäre. Auch die radikale Wende der Partei zur Reform- und Öffnungspolitik lässt die weitere Verknüpfung der ideologisch-politischen Leitlinie der Partei mit den Ideen „Mao Zedongs" fragwürdig erscheinen.

Die KP Chinas hat sich inzwischen in ihrer praktischen Politik von nicht wenigen der Aussagen der „Resolution" gelöst. Die Tatsache jedoch, dass sie damals mit der „Resolution" eine abschließende offizielle Wertung der vorangegangenen drei Jahrzehnte Volksrepublik China vorgenommen hatte und diese Wertung bis heute nicht von der Partei infrage gestellt worden ist, hat dazu geführt, dass diese dreißig Jahre für eine grundlegende historische Aufarbeitung bis heute offiziell tabu sind.[432] In einem zweiten Teil der „Resolution" wurde der „richtige" Weg zum Aufbau eines modernen und starken sozialistischen Landes, der den nationalen Bedingungen entspricht, bestimmt und „die Richtung für den kontinuierlichen Vormarsch der Sache des Sozialismus unseres Landes und der Arbeit

431. In einem Gespräch mit Verantwortlichen des Zentralkomitees am 1.April 1980 hatte Deng Xiaoping noch die Meinung vertreten, dass „die Fehler nach dem Kampf gegen die Rechten 1957 immer zahlreicher wurden". Siehe: „Auswahl von Schriften Deng Xiaopings (1975-1982)", a.a.O., S. 259.

432. Die von Wissenschaftlern der KP Chinas 2003 herausgegebenen drei Bände „China im Zeitalter Mao Zedongs" könnten andeuten, dass dieses offizielle Tabu in gewissem Maße brüchig wird.

unserer Partei“ gewiesen.[433] Dazu wird im Einzelnen ausgeführt:

Die gesamte Arbeit der Partei in der neuen historischen Etappe wird auf die schrittweise Errichtung eines starken sozialistischen Landes der vier Modernisierungen ausgerichtet. Mit der Aufarbeitung der historischen Erfahrungen sollte nachgewiesen werden, dass dieses Ziel nur auf der Basis der vier Grundprinzipien möglich ist. In diesem Prozess müssen die Strukturen den Entwicklungserfordernissen der Produktivkräfte angepasst und das sozialistische System vervollkommnet werden. Seit der 3. Tagung des XI. ZK-Plenums sei der richtige Weg für die Modernisierung des Landes wie folgt bestimmt worden:

- Lösung des Hauptwiderspruchs zwischen den „täglich wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der rückständigen gesellschaftlichen Produktion“,
- der wirtschaftliche Aufbau muss den nationalen Verhältnissen entsprechen,
  die Produktionsverhältnisse müssen dem Stand der Produktivkräfte entsprechen und die Entwicklung der Produktion fördern, die beiden Formen des Gemeineigentums sind die grundlegenden Wirtschaftsformen, die Einzelwirtschaft der Werktätigen ist eine notwendige Ergänzung zum Gemeineigentum,[434] auf der Grundlage des Gemeineigentums müssen die Planwirtschaft verwirklicht und die sekundäre Rolle des Marktes zur Geltung gebracht werden,
- eine der Hauptaufgaben ist es, ein sozialistisches politisches System zu schaffen, das einen hohen Grad an Demokratie aufweist und nach und nach die direkte Teilnahme des Volkes am demokratischen Leben gewährleistet,
- der Sozialismus erfordert, eine hoch entwickelte geistige Zivilisation zu schaffen,
- die internationalen Beziehungen sind darauf zu orientieren, den „Kampf gegen Imperialismus, Hegemonismus, Kolonialismus und

433. „Resolution über einige Fragen zur Geschichte der KP Chinas seit 1949“, a.a.O., ab S. 83.

434. S.88. In diesem Dokument war erstmalig davon die Rede, die „Einzelwirtschaft der Werktätigen“ zuzulassen. Der unmittelbare Anlass waren die Millionen fehlenden Arbeitsplätze. So heißt es in dem vier Monate später, am 17. Oktober, von Partei und Regierung abgefassten Dokument „Einige Festlegungen über die breite Öffnung von Wegen für Arbeitsplätze, Belebung der Wirtschaft und Lösung des Problems der Arbeitsplätze in den Städten“: „Von jetzt an muss die Erschließung von Kanälen für Arbeitsplätze in der Kollektivwirtschaft und in der Einzelnwirtschaft betont werden.“

Rassismus“[435] fortzuführen und den Weltfrieden zu verteidigen, auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit allen Ländern auszubauen und am proletarischen Internationalismus festzuhalten, um den Befreiungskampf der unterdrückten Völker sowie den gerechten Kampf aller Völker zu unterstützen,

- die Partei soll zu einer Partei mit einem funktionierenden demokratischen Zentralismus mit einer politisch und fachlich versierten kollektiven Führung ohne Fraktionsbildung, ohne Privilegien und mit korrekten Beziehungen zu den anderen Organisationen herangebildet werden,
- der „Fehler“ der „Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats“ wird konsequent korrigiert, obwohl die Aufgaben der sozialistischen Revolution (Vervollkommnung der Produktionsverhältnisse und des Überbaus, allmähliche Überwindung der Klassenunterschiede und der großen sozialen Unterschiede) noch nicht beendet sind.

Von entscheidender Bedeutung war, dass mit der Annahme dieser „Resolution“ auch die organisatorischen Veränderungen in der Partei- und Staatsführung abgeschlossen werden konnten. Hua Guofeng trat als Vorsitzender des ZK der Partei zurück, blieb jedoch formell stellvertretender Parteivorsitzender. Die anderen Vertreter der „linken“ Abweichung wie Wang Dongxing und Wu De schieden aus der Führungsspitze von Partei und Regierung aus und machten Vertretern des neuen Kurses Platz. Die Führung der Partei übernahm als Generalsekretär Hua Yaobang. Deng Xiaoping behielt sich die Leitung der zentralen Militärkommission vor. Zhao Ziyang, der wenige Monate später auf der 3. Tagung des III. NVK im August 1981 anstelle von Hua Guofeng zum Ministerpräsidenten der VR China gewählt wurde, rückte zu einem stellvertretenden Parteivorsitzenden auf. Mit Hu Yaobang und Zhao Ziyang waren zwei Vertreter der nächsten Führungsgeneration an die Spitze von Partei und Staat getreten. Entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung von Partei und Staat übte jedoch weiterhin die alte Führungsgeneration um Deng Xiaoping aus.

435. Hier wird der Kampf gegen den „Sozialimperialismus“ bereits ausgespart.

Der XII. Parteitag der KP Chinas

Das ZK-Plenum hatte die Lage in der Parteiführung grundlegend verändert. Die sich objektiv abzeichnende Entwicklung forderte nun Antwort auf die Frage, wie die KP Chinas die Erkenntnisse und Lehren aus der Vergangenheit optimal in konkrete Politik umsetzen konnte.

Dieser politischen und organisatorischen Aufgabe stellte sich der XII. Parteitag der KP Chinas. Seine Vorbereitung dauerte ungewöhnlich lange, zweieinhalb Jahre. Die gesamte Partei und das Land auf die politisch-ideologische Wende einzustellen und auf dieser Grundlage zusammenzuschließen erforderte offensichtlich viel Kraft und Zeit.

Der Parteitag fand vom 1.-10. September 1982 in Beijing statt. An ihm nahmen 1 600 Delegierte und 149 Kandidaten teil. Sie vertraten 39 657 212 Parteimitglieder. Auf seiner Tagesordnung standen der Bericht des XI. Zentralkomitees, Veränderungen am Parteistatut und die Wahl der neuen Leitungsorgane der Partei – des Zentralkomitees, der Beraterkommission des ZK[436] und der Disziplinkontrollkommission des ZK.

Der Parteitag sollte in Auswertung der Entwicklung seit 1976 „den richtigen Weg, die richtigen strategischen Schritte, die konkreten Richtlinien und die korrekte Politik“ festlegen, „um die negativen Folgen aus den zehn Jahren inneren Chaos weiterhin beseitigen und eine neue Lage für die sozialistische Modernisierung auf allen Gebieten schaffen zu können“.[437] Der „richtige Weg“ schloss die Belebung der Wirtschaft im Innern durch Reformen und die Öffnung nach außen zur Nutzung der internationalen Ressourcen ein.

Deng Xiaoping eröffnete den Parteitag. Er maß dem Parteitag historische Bedeutung bei, indem er ihn in eine Reihe mit dem VII. und dem VIII. Parteikongress 1945 und 1956 stellte. Diese historische Bedeutung machte er an zwei Aussagen fest. Eine erste Bemerkung betraf den „eigenen Weg“ Chinas zum Sozialismus. „Bei unse-

436. Die Beraterkommission war eine zeitweilige zentrale Institution der KP Chinas, in die Vertreter der alten Führungsgeneration gewählt wurden, um den Verjüngungsprozess der Parteiführung zu begleiten. Diese besondere Art der Ablösung der alten durch eine neue Generation widerspiegelte sich auch in der Zusammensetzung des Präsidiums des Parteitages.

437. Hu Yaobang, Eine neue Situation für die sozialistische Modernisierung auf allen Gebieten zu schaffen. Bericht auf dem XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (1.September 1982). In: „Der XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. September 1982“, Beijing 1982, S. 11-12.

rer Modernisierung müssen wir von der Realität Chinas ausgehen. Ob in der Revolution oder beim Aufbau, immer müssen wir darauf achten, von ausländischen Erfahrungen zu lernen und sie als ein Beispiel betrachten. Ausländische Erfahrungen, ausländische Modelle jedoch abzukupfern und zu kopieren, war noch niemals erfolgreich. Wir haben in dieser Hinsicht nicht wenig Lehren sammeln müssen. Die allgemeinen Wahrheiten des Marxismus mit der konkreten Praxis unseres Landes zu verbinden, einen eigenen Weg beschreiten und einen Sozialismus chinesischer Prägung zu errichten – das ist die grundlegende Schlussfolgerung, die wir aus den Erfahrungen einer langen Geschichte ziehen."

Seine zweite Bemerkung betraf drei große Aufgaben, die seiner Meinung nach die Partei in den 80er Jahren zu lösen hatte: Intensivierung der sozialistischen Modernisierung, Wiedervereinigung des Landes einschließlich Taiwans und Kampf gegen den Hegemonismus und Verteidigung des Weltfriedens.

Er fügte hinzu, dass für eine lange Zeit, mindestens bis zum Ende des Jahrhunderts, vier Aufgaben angepackt und gelöst werden müssten: Reform des Apparats und des Wirtschaftssystems; Revolutionierung, Verjüngung, Qualifizierung und Spezialisierung der Kader; Aufbau einer geistigen Zivilisation des Sozialismus; Bekämpfung krimineller Machenschaften auf wirtschaftlichem und anderen Gebieten, die den Sozialismus untergraben, Neuordnung des Arbeitsstils und der Organisation der Partei auf Grundlage des Studiums des neuen Parteistatuts.[438]

Der Parteitag stellte die Aufgabe, den Bruttoproduktionswert von Industrie und Landwirtschaft bis zum Ende des Jahrhunderts bei ständiger Erhöhung der ökonomischen Effizienz zu vervierfachen, d. h. von 710 Milliarden Yuan im Jahre 1980 auf 2 800 Milliarden Yuan im Jahre 2000 zu steigern. Damit sollte sich das Einkommen der Bevölkerung in Stadt und Land vervielfachen. Hu Yaobang schätzte ein, dass dieses Ziel durch große Anstrengungen, harte Arbeit und eine „weitere" Ausprägung der „Überlegenheit des sozialistischen Systems" erreichbar wäre. Die Modernisierung von Wissenschaft und Technik sollte der Schlüssel für die Umsetzung des Modernisierungsprogramms sein.

438. Auswahl von Schriften Deng Xiaopings (1975-1982)", a.a.O., S. 371-372.

Für die 80er Jahre war zunächst einmal geplant, die Wirtschaftstruktur aufeinander abzustimmen und zu rationalisieren, die Unternehmen neu zu gruppieren und technisch zu rekonstruieren und das System der Wirtschaftsleitung zu reformieren. Die Geldmittel sollten auf den Bau von Schlüsselobjekten und die Erhöhung des Lebensstandards des Volkes konzentriert werden. Hinsichtlich der Eigentumsstruktur stand die Sicherung der führenden Rolle des staatlichen Sektors im Vordergrund. Die genossenschaftliche Wirtschaft sollte ausgebaut und die Einzelwirtschaft entwickelt werden. Es war daran gedacht, die Planwirtschaft mit einer ergänzenden Regulierung durch den Mark zu kombinieren. Die Entwicklung aus eigener Kraft sollte auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens mit einer Ausweitung des internationalen ökonomisch-technischen Austauschs verbunden werden. Vorgesehen war, die Wirtschaftspolitik einheitlich zu planen, die staatlichen, kollektiven und individuellen Interessen zu berücksichtigen und die Initiative aller Ebenen und Einheiten zu entwickeln.

Die Entwicklung der materiellen Zivilisation des Sozialismus sollte eng mit der Schaffung seiner geistigen Zivilisation, seiner Kultur und Ideologie, der Entwicklung der sozialistischen Demokratie und dem Aufbau seiner Rechtsordnung verbunden werden. Vorgesehen war, das politische System so umzugestalten, dass „das Volk noch besser die Staatsmacht ausüben kann und die Staatsorgane den sozialistischen Aufbau noch effektiver organisieren und leiten können". Zwischen dem Individuum und der Gesellschaft sollten „korrekte" Beziehungen etabliert werden. Bezeichnend war die Forderung, die Partei müsse „im Rahmen der Verfassung und der Gesetze handeln".

Der Parteitag ging von der Erkenntnis aus, dass „die volle Realisierung der nationalen Interessen Chinas nicht losgelöst von den Gesamtinteressen der Menschheit erfolgen kann". Zugleich betonte er die selbstständige und unabhängige Politik des Landes. „China hängt sich nicht an irgendeine Großmacht oder irgendeinen Staatenblock an und unterwirft sich auch nicht dem Druck irgendeiner Großmacht."[439] Er wandte sich gegen den Export der Revolution und erklärte, China gehe von den grundlegenden Interessen des chi-

439. Diese Aussage war unter den damaligen Bedingungen objektiv vor allem eine Erklärung in Richtung USA, die Anfang der 80er Jahre darauf aus waren, die antisowjetische strategische Zusammenarbeit mit der VR China auf eine qualitativ neue Stufe zu heben.

nesischen Volkes und der anderen Völker aus. Die Beziehungen Chinas zu anderen Ländern, darunter zu sozialistischen Staaten, würden auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhen. Als wichtigste Aufgabe für die Völker der Welt nannte der Parteitag den Kampf gegen den Hegemonismus und die Wahrung des Weltfriedens. China wende sich nicht nur „gegen den Weltkrieg, auf den sich die Supermächte vorbereiten, sondern auch gegen alle lokalen Aggressionskriege, die von ihnen angezettelt oder unterstützt werden". Die VR China werde konsequent auf der Seite der Völker und Länder stehen, die unter einer Aggression leiden. Als Teil der dritten Welt sehe es „seine heilige Pflicht darin, zusammen mit den anderen Ländern der dritten Welt entschieden gegen Imperialismus, Hegemonismus und Kolonialismus zu kämpfen".

Hu Yaobang hob im Bericht an den Parteitag die Prinzipien für die Gestaltung der Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien hervor. Die KP China halte daran fest, die Beziehungen zu den kommunistischen und anderen Parteien der Arbeiterklasse der anderen Länder „auf der Grundlage des Marxismus, der Prinzipien der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit, der völligen Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten" zu entwickeln.

Mit den Veränderungen am Parteistatut wurden die „linken" Positionen, die auf dem vorangegangenen Parteitag festgeschrieben worden waren, eliminiert und „die Stärken der vom VII. und VIII. Parteitag verabschiedeten Parteistatuten übernommen und weiterentwickelt". In das Parteistatut neu aufgenommen wurde der Passus über die Abschaffung des „Systems der Führungskader auf Lebenszeit". Im Ergebnis dessen wurde z. B. die Ausübung der Funktion des Generalsekretärs des ZK der KP Chinas auf zwei Wahlperioden begrenzt.

Das neue Zentralkomitee zählte 348 Mitglieder und Kandidaten, darunter 112 Kader im Alter von weniger als 55 Jahren[440], die erstmals in ein Zentralkomitee gewählt worden waren. Der Grad der Bildung und Spezialisierung der Mitglieder und Kandidaten des neuen Zentralkomitees lag über dem des vorangegangenen ZK, 122 von ihnen (35,1%) hatten zumindest eine drei- bis vierjährige Fach-

440. Das jüngste Mitglied des XII. Zentralkomitees war mit 39 Jahren der heutige Generalsekretär des ZK der KP Chinas, Hu Jintao.

hochschule absolviert. 16 Kader der alten Führungsgeneration, darunter Deng Xiaoping, Li Xiannian und Chen Yun, verblieben im ZK. Zum ersten und einzigen Mal wurde für den Übergang von der alten zur neuen Führungsgeneration eine zeitweilige Beraterkommission des ZK mit 172 Mitgliedern gewählt. Ihr durchschnittliches Alter lag bei 73,3 Jahren, ihr durchschnittliches Parteialter lag bei über 40 Jahren.

Auf der 1. Tagung des neuen Zentralkomitees wurde Hu Yaobang zum Generalsekretär des ZK gewählt. Unter den 5 Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros befanden sich mit ihm und Zhao Ziyang zwei Vertreter der nachrückenden Generation. Deng Xiaoping blieb Vorsitzender der Zentralen Militärkommission und Chen Yun wurde 1. Sekretär der Disziplinkontrollkommission des ZK.

Erkenntnisse und Probleme

1. Die grundsätzliche Wende der KP Chinas von der ultralinken, „kulturrevolutionären" Position zurück zu einer Politik, die sich an den objektiven Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung der VR China orientiert, begann mit der 3. Tagung des XI. ZK und war mit dem XII. Parteitag im wesentlichen abgeschlossen. Diese Veränderung unter äußerst widrigen Verhältnissen taktisch klug und umsichtig vollzogen zu haben ist eine der großen historischen Leistungen der KP Chinas. Sie bewahrte die VR China vor dem Verlust der sozialistischen Perspektive und öffnete einen neuen Weg im Transformationsprozess zum Sozialismus.

2. Die politische Wende vollzog sich im unmittelbaren Zusammenhang mit der notwendigen Lösung der gesellschaftlichen Probleme und Widersprüche, die insbesondere durch die „kulturrevolutionäre" Politik und Ideologie Mao Zedongs entstanden waren. Das vertiefte das Verständnis für die objektiven Gesetzmäßigkeiten sowie die nationalen Gegebenheiten und ihre Berücksichtigung bei der Formulierung der Alternative. Die Ausarbeitung der Alternative war mit dem XII. Parteitag jedoch noch nicht abgeschlossen.

3. Zwischen der allgemeinen Bewertung der ersten dreißig Jahre

historischer Entwicklung der VR China durch die KP Chinas und der Formulierung ihrer alternativen Politik besteht ein unübersehbarer Widerspruch. Der Rückgriff auf konstruktive Überlegungen von führenden Persönlichkeiten in den ersten drei Jahrzehnten bei der Entwicklung der alternativen Politik seit 1978 verband sich mit dem Verschönen bzw. Verschweigen der negativen Folgen der Politik und Ideologie Mao Zedongs auf die gesellschaftlichen Prozesse seit 1953. Diese Einschätzung schließt die Anerkennung des realen ökonomischen Fortschritts in diesem Zeitraum ein.

4. Die Politik und Ideologie Mao Zedongs begann nicht erst 1958 in Widerspruch zu den objektiven Erfordernissen in der Entwicklung des Landes zu treten. Bereits mit dem Abbruch der neudemokratischen Entwicklung begann sich sein Denken und Handeln mehr und mehr in diese Richtung zu bewegen. Die primären Ursachen für diese Widersprüchlichkeit lagen auch nicht vornehmlich in einer mangelnden Kenntnis ökonomischer Gesetze oder in einem leichtfertigen Verhalten. Sie lagen vor allem in seinem voluntaristisch-nationalistischen Denken und Handeln und einer Vernachlässigung der chinesischen Realität. Abgesehen davon, dass die allgemeinen Prinzipien des Marxismus, aus denen Mao Zedong schöpfte, weder von ihm noch von Deng Xiaoping oder einem anderen jemals konkret definiert wurden,[441] wäre in diesem Zusammenhang auch zu bedenken, dass die Ideen Mao Zedongs sehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Wurzeln haben. All diese Tatsachen sprechen gegen die Auffassung von einem allgemeinen wissenschaftlichen System im Denken Mao Zedongs.

5. Die mit der Wende von 1978 einsetzenden gesellschaftlichen Veränderungen vollzogen sich als eine Reformbewegung von oben. Das war ihre Stärke und zugleich ihre Schwäche; denn ihnen fehlte grundsätzlich die demokratische Bewegung von der Basis her. Die Gewerkschaften blieben nach wie vor ein Anhängsel des politischen und administrativen Apparats. Die KP Chinas leitete auch keine Schritte ein, um den werktätigen Bauern zu ermöglichen, ihre gemeinsamen Interessen organisiert wahrzunehmen.

441. Das damalige Verständnis auch der KP Chinas von den „allgemeinen Prinzipien des Marxismus" basierte im Wesentlichen auf der Stalinschen Interpretation des Marxismus-Leninismus.

2.4. Erste Etappe der Wirtschaftsreform (1978-1992)

Mit der Wirtschaftsreform suchten die Reformkräfte in der KP Chinas einen neuen Weg, um die noch weitgehende ökonomische Rückständigkeit zu überwinden, der wachsenden Kluft in der ökonomischen Entwicklung gegenüber den entwickelten Ländern entgegenzuwirken und der Modernisierung des Landes einen neuen Impuls zu verleihen.

Deng Xiaoping nannte drei Kriterien, an denen fortan die gesamte Arbeit von Partei und Staat gemessen werden sollte. Sie sollte darauf gerichtet sein, den Sozialismus chinesischer Prägung aufzubauen, dem Volke zu Wohlstand und Glück zu verhelfen und das Land blühen und sich entwickeln zu lassen.[442]

Die Wirtschaftsreform begann sich in drei Grundrichtungen zu entfalten:

- erneute Herausbildung einer vielfältigen Eigentumsstruktur bei Wahrung der dominierenden Rolle des staatlichen Eigentums,
- der Übergang zu einer „sozialistischen Marktwirtschaft" (staatlich dominierten Marktwirtschaft) und
- die Nutzung ausländischen Kapitals.

Die damit eingeschlagene Strategie der „Belebung der Wirtschaft im Innern und der Öffnung des Landes nach außen" soll nach Meinung Deng Xiaopings „mindestens 50 bis 70 Jahre nicht verändert werden".[443]

Diese Neuorientierung im Wirtschaftskurs der KP Chinas entwickelte sich von Anfang an in einem Prozess eingehender Debatten und kontroverser Auseinandersetzungen. Im Mittelpunkt standen vor allem drei Probleme: das Verhältnis von Plan und Markt, die Sicherung der staatlichen Kommandohöhen in der Wirtschaft und das Verhältnis zur kapitalistischen Weltwirtschaft (Beitritt zur WTO).

442. „Auswahl von Schriften Deng Xiaopings", Band 3, Beijing 1993, S.23, chines.
443. Ebd., S.79. Es scheint bisher, dass die Mitte des 21. Jahrhunderts der Zeitpunkt sein soll, an dem sich ein ökonomisch und wissenschaftlich-technisch modernes China voll herausgebildet hat, China eine vollwertige Weltmacht geworden und der Sozialismus chinesischer Prägung in Grundzügen Wirklichkeit geworden sind.

Die Wirtschaftsreform beginnt auf dem Dorf

Die Prämisse für die beginnende Reform auf dem Dorfe war, die Kollektivwirtschaft „als unerschütterliche Grundlage für den Fortschritt der Modernisierung der Landwirtschaft" zu erhalten. Unter dieser Voraussetzung wurde begonnen, in verschiedenen Formen ein System der Verantwortung für die landwirtschaftliche Produktion einzuführen. In der Annahme, dass die Kollektivwirtschaft in den meisten Regionen zumindest relativ gefestigt wäre, sollte dieses System zu Beginn der 80er Jahre innerhalb der Produktionsbrigade (der damaligen Volkskommune) praktiziert und damit generell eine einheitliche Bewirtschaftung auf dieser Ebene erhalten bleiben. Lediglich in „einigen Gebieten", in denen es um die Kollektivwirtschaft schlecht bestellt war, wurde gestattet, diese Ebene zu verlassen und die vertraglich festgelegte Verantwortung für die landwirtschaftliche Produktion auf den bäuerlichen Haushalt (bao chan dao hu) zu übertragen.[444]

In der Folgezeit verlagerte sich die Einführung dieses Verantwortungssystems jedoch immer mehr auf die Ebene des bäuerlichen Haushalts. Das Interesse des Bauern an der Entwicklung der Produktion konnte offenbar so am wirksamsten stimuliert werden. In der Mitteilung des ZK der KP Chinas vom 21.1.1983, nach der die bäuerlichen Haushalte oder kleine Gruppen die vertraglich festgelegte (Verantwortung für die landwirtschaftliche Produktion – d. V.) übernehmen sollten, hieß es: Damit würde „das Recht der Bauern auf Selbstständigkeit erweitert, die Vorzüge der Bewirtschaftung im kleinen Umfang entfaltet, die Übel der übermäßigen Zentralisation der Leitung, das ständige Rufen nach Arbeitskräften und die Gleichmacherei überwunden werden". Auf diesem Wege wären „die lange Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion in unserem Lande durchbrochen und die Wende von der Natural- und Halbnaturalwirtschaft zur Warenproduktion relativ großen Ausmaßes, von der traditionellen zur modernen Landwirtschaft gefördert worden". Hier war die bäuerliche Einzelwirtschaft bereits in den Vordergrund gerückt worden. In Verbindung mit der einheitlichen Bewirtschaf-

444. Mitteilung ‚Einige Probleme über die weitere Verstärkung und Vervollkommnung des Systems der Verantwortung für die Produktion in der Landwirtschaft'" v. 27.9.1980, herausgegeben vom ZK der KPCh, Anhang, in: „Handbuch zur Reform des Wirtschaftssystems", Beijing 1987, S. 73-74, chines.

tung durch die Produktionsbrigade wurde sie als „eine Ebene der genossenschaftlichen Bewirtschaftung, als ein neuer Typ der Familienwirtschaft“ angesehen, der sich von der privaten Einzelwirtschaft der Vergangenheit unterscheiden würde.[445]

Mit dem Aufkommen der kleinbäuerlichen Familienwirtschaft begann sich die ökonomische und Sozialstruktur des Dorfes zu verändern. Neben Handwerkern und Unternehmern bildete sich auch eine Schicht dörflicher Lohnarbeiter. Dazu heißt es in der „Mitteilung“: „Unser Land ist ein sozialistischen Land. Wir dürfen die Existenz eines Systems der Ausbeutung nicht zulassen.“ Als Entwicklungsland mit einer unentwickelten Warenproduktion müssten Kapital, Technik und Arbeitskraft jedoch „in bestimmtem Grade und in einer bestimmten Weise verbunden werden“. Deshalb sollten Aushilfskräfte für Höfe mit fehlender Arbeitskraft, Saisonarbeiter und „der Austausch von spezialisierten Facharbeitern“ „im Rahmen der genossenschaftlichen Arbeit“ erlaubt sein. Die Botschaft lautet also: Keine Etablierung eines Systems der Ausbeutung, aber Zulassung von Lohnarbeit in begrenztem Umfang.

Bis Ende 1983 war die Zahl der Kleinunternehmen in Industrie/Handwerk und Handel auf dem Dorfe um 190 Prozent und in der Stadt um 53 Prozent auf insgesamt mehr als 5,8 Millionen angewachsen. Nach den Bestimmungen des Staatsrats vom 27.2.1984 für das dörfliche private Kleingewerbe durfte ein solcher Kleinunternehmer bis zu drei „Helfer“ und fünf Lehrlinge einstellen.[446] Das galt dann auch für die Stadt.

Anfang 1984 war die Frage im Grunde bereits geklärt, auf welcher Ebene das System der vertraglichen Verantwortung für die landwirtschaftliche Produktion anzusiedeln war. „Die weitere Festigung und Vervollkommnung des Systems der Übernahme der Verantwortung für die Produktion hilft den Bauern, auf der Grundlage der Bewirtschaftung durch die Familie das Ausmaß der Produktion zu erweitern und den ökonomischen Nutzen zu erhöhen.“[447] Begründet wird diese Umorientierung auf die bäuerliche Einzelwirtschaft mit

445. Mitteilung „Einige Probleme der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik auf dem Dorfe“, herausgegeben vom ZK der KPCh am 2.1.1983, in: „Handbuch zur Reform des Wirtschaftssytem“, a.a.O. S. 95

446. „Einige Bestimmungen des Staatsrats über das dörfliche Einzelgewerbe in Industrie/Handwerk und Handel“, in: „Handbuch zur Reform des Wirtschaftssystems“, a.a.O., S. 231.

447. „Die Politik des ZK der KP Chinas und des Staatrates zur weiteren Belebung der dörflichen Wirtschaft“ v. 1.1.1985, in: „Handbuch zur Reform des Wirtschaftssystems“, a.a.O., S.113..

der an sich zweifelsohne richtigen These, dass „der Übergang von der Natural- und Halbnaturalwirtschaft zur Warenproduktion relativ großen Ausmaßes“ „ein notwendiger Prozess in der Entwicklung der sozialistischen dörflichen Wirtschaft“ wäre, „der nicht übersprungen werden kann“. Die Zunahme der Lohnarbeit wurde kommentarlos registriert. Dem Bauern wurde nun die Benutzung des ihm zugeteilten Bodens für 15 und mehr Jahre zugesagt (die Dauer wurde später verlängert). Privates und kollektives Kapital konnten jetzt unbegrenzt zirkulieren. Gleichzeitig wurden die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse erhöht und die bäuerliche Nebenproduktion sowie Bauernmärkte zugelassen. In der Verteilung wurde dazu übergegangen, „dem Staat genügend zu übergeben, genügend dem Kollektiv zu lassen und alles andere der bäuerlichen Familie auszuhändigen“. Die Bauern erhielten das Recht, ihre Produkte auch in anderen Regionen abzusetzen, Produktionsmittel zu erwerben und in Unternehmen zu investieren.

Mit dem Dokument des ZK der KP Chinas Nr. 1/1985 wurde das System der vertraglichen Verantwortung für die landwirtschaftliche Produktion dann generell und endgültig allein mit den bäuerlichen Höfen verbunden. „Das System der vertraglichen Übernahme der Verantwortung für die Produktion und die Bewirtschaftung durch die bäuerlichen Höfe wird über eine lange Zeit nicht verändert.“[448] Ende 1983 hatten bereits die bäuerlichen Familien in 97 Prozent aller Produktionsbrigaden diese Verantwortung übernommen gehabt. Im gleichen Jahr war auch die Verbindung von landwirtschaftlichen Produktionseinheiten und staatlich-administrativer Leitung in 14 634 Volkskommunen aufgehoben worden. Mitte 1985 war dieser Prozess mit der Bildung von Volksregierungen der Xiang und Marktflecken sowie von über 820 000 Komitees auf dem Dorfe im gesamten Lande beendet. Mit der Volkskommune war auch die kollektive Wirtschaft verschwunden. Der auf kollektiven Boden eigenverantwortlich wirtschaftende Einzelbauer prägte nun auf der Grundlage einer gesetzlichen Anordnung das Antlitz des Dorfes. Sein persönliches Interesse an der Entwicklung der Produktion und die unterstützenden Maßnahmen des Staates bewirkten einen sichtbaren Aufschwung in der Entwicklung der Landwirtschaft. Der Produktionswert dieses Zweiges war 1983 zu

448. „Die Politik des ZK der KP Chinas und des Staatsrates zur weiteren Belegung der dörflichen Wirtschaft“ v. 1.1.1985, in „Handbuch zur Reform des Witschaftssytems“ a.a.O. S. 113

1982 bereits um 12 Prozent auf 312,1 Mrd. Yuan angewachsen. Die unmittelbare Auswirkung all dieser Maßnahmen und Schritte zeigt sich prägnant an der Entwicklung der chinesischen Getreideproduktion. Sie erhöhte sich von 304,77 Millionen t im Jahre 1978 auf 407,31 Millionen t im Jahre 1984.[449] Das war ein Zuwachs um 33,64 Prozent. Etwa Mitte der 80er Jahre begann die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser kleinbäuerlichen Wirtschaft jedoch schon an ihre Grenze zu stoßen. Schritte zur Entwicklung neuer lebensfähiger landwirtschaftlicher Genossenschaften blieben aus. Mit der Einführung der einzelbäuerlichen Privatwirtschaft war schon absehbar gewesen, dass es künftig in China schwierig und kompliziert sein würde, die Landwirtschaft auf einer sozialistischen Grundlage zu modernisieren.

Übergang zur allseitigen Reform und Öffnung des Landes nach außen

Die KP Chinas fasste auf der 3. Tagung ihres XII. Zentralkomitees am 20. Oktober 1984 den „Beschluss über die Reform des Wirtschaftsystems". Damit verlagerte sich der Schwerpunkt der Reform auf die Stadt, den staatlichen Sektor und die Erweiterung der Öffnung nach außen.

Vor der Einleitung der Reform war das staatliche Unternehmen ein Anhängsel der Administration gewesen. Sein Leiter hatte nicht einmal das Recht, über innerbetriebliche Prozesse selbst zu entscheiden. Der gesamte Gewinn des Unternehmens war an den Staat abzuführen. Selbst für notwendige Reparaturen mussten dort die erforderlichen Mittel beantragt werden.

Erste Experimente, dem staatlichen Unternehmen durch den Staat wirtschaftliche Rechte einzuräumen, hatte es bereits seit Oktober 1978 in der Provinz Sichuan gegeben. Mitte 1980 waren bereits 6 600 der wichtigsten staatlichen Industrieunternehmen in diese Experimente einbezogen gewesen.[450] Auf dieser Grundlage be-

449. „Statistisches Jahrbuch Chinas 1987",a.a.O., S.170

450. Das waren zwar erst 13 Prozent aller staatlichen Unternehmen, ihre Anteile am Produktionswert und am Gewinn dieser Unternehmen beliefen sich jedoch auf rd. 60 bzw. 70 Prozent..

schloss der Staatsrat (Regierung) im Mai 1984, diese Rechte in den Bereichen der Produktionsplanung und Bewirtschaftung, des Absatzes der Erzeugnisse, der Festlegung der Preise für die Erzeugnisse, des Aufkaufs von Materialien, der Nutzung von Kapital, der Regelung der Lohnfrage u. a. zu erweitern. 1983/1984 wurde die Verteilung der Gewinne der Unternehmen zwischen Staat und Unternehmen neu geregelt. An die Stelle der Abgabe der Gewinne an den Staat trat die Einziehung von Steuern. Das Unternehmen konnte nun im Schnitt über 45 Prozent des Gewinns selbst verfügen. Damit verbunden waren die Trennung von Eigentums- und Bewirtschaftungsrecht, die entsprechende vertragliche Festlegung von Rechten und Pflichten des Werkleiters bzw. Managers und die Einführung des Prinzips der Eigenverantwortung für Gewinn und Verlust für das Unternehmen.

Die Gewerkschaften spielten bei der Einleitung der Reformen in staatlichen Unternehmen als Vertreter der Arbeiterklasse keine aktive Rolle. Spontane Bestrebungen von Belegschaften um 1980, z. B. über die Einsetzung des Werkleiters zu befinden, wurden bald unterbunden.

Die Öffnung des Landes war von Anfang an ein Bestandteil der Wirtschaftsreform gewesen. An die Stelle der bis dahin grundsätzlich betriebenen Abschottung des Landes nach außen traten der ökonomische und wissenschaftlich-technische Austausch vor allem mit den ökonomisch entwickelten kapitalistischen Ländern, um fortgeschrittene ausländische Technik einzuführen, ausländisches Kapital zu nutzen und sich den internationalen Markt zu erschließen. 1982 hatte die VR China bereits mit 174 Ländern und Gebieten[451] Beziehungen in Wirtschaft und Handel aufgenommen. Im Juli 1979 war das „Gesetz der VR China über Unternehmen mit gemeinsamer chinesisch-ausländischer Bewirtschaftung“ beschlossen worden, dem weitere Gesetze über andere Formen der Nutzung von ausländischem Kapital folgten. Mit Shenzhen, Zhuhai, Shantou und Xiamen waren in den Provinzen Guangdong und Fujian vier Ökonomische Sonderzonen mit besonderen Konditionen für die Zusammenarbeit mit dem ausländischen Kapital auf der Basis der Marktwirtschaft ent-

451. Da Taiwan für die VR China eine Provinz des Landes ist, wurde Taiwan in amtlichen Verlautbarungen im Unterschied zu den anderen Staaten als Gebiet geführt.

standen. Im Mai 1984 fassten Partei und Regierung den Beschluss, 14 Hafenstädte, darunter Shanghai, Tianjin, Qingdao, Ningbo und Guangzhou (Kanton), entlang der Ostküste für das ausländische Kapital zu öffnen. Die außenwirtschaftliche Tätigkeit der Volksrepublik hatte sich damit in wenigen Jahren bedeutend erweitert.

Der Beschluss über die Wirtschaftsreform von Oktober 1984 hatte einen programmatischen Charakter. In Auswertung der Erfahrungen aus den Reformexperimenten der vorangegangen fünf Jahre wurde die Aufgabe gestellt, ein neues, eigenständiges Modell des Wirtschaftssystems zu schaffen, das den nationalen Gegebenheiten und den Erfordernissen der „neuen technischen Revolution" entspricht. Die damaligen Vorstellungen der KP Chinas über dieses neue Modell unterschieden sich erheblich von der praktischen Wirtschaftspolitik der Partei der 90er Jahre und danach. Wir lesen in dem Dokument, dass sich die Überlegenheit des Sozialismus in China im Ergebnis der Entwicklung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage der Abschaffung des Ausbeutungssystems bereits in den Anfängen abzeichne. Diese Überlegenheit hätte sich jedoch noch nicht im notwendigen Maße entfalten können, weil das „starre Wirtschaftsmodell" (gemeint ist die „Planwirtschaft" – d. V.) den Erfordernissen der Entwicklung der Produktivkräfte nicht entsprechen würde. Die Hauptmängel dieses Modells wurden in der fehlenden Trennung der Aufgaben von Regierung und Unternehmen, fehlender Zusammenarbeit, übermäßiger Vereinnahmung der Unternehmen durch die Regierung, Ignorierung der Rolle der Warenproduktion, des Wertgesetzes und des Marktes und in der ernsten Gleichmacherei in der Verteilung gesehen. Dies Mängel hätten dazu geführt, dass es den Unternehmen an der notwendigen Selbstständigkeit fehlte, die Unternehmen auf Staatskosten und die Beschäftigten auf Kosten der Unternehmen lebten und Aktivität, Initiative und Schöpfertum der Unternehmen und der Beschäftigten ernsthaft unterdrückt wurden. Die sozialistische Wirtschaft hätte damit ihre Vitalität im starken Maße eingebüßt.

Das Aufgreifen von ausländischen fortschrittlichen Methoden in der Bewirtschaftung und Leitung, die den „Gesetzen der modernen vergesellschafteten Produktion" entsprechen, sollte helfen, die chinesische Wirtschaft wieder zu revitalisieren. Das Zentralkomitee orientierte jedoch zugleich darauf, mit der weiteren „Befreiung des

Denkens“ einen eigenen Weg zu beschreiten und ein sozialistisches Wirtschaftssystem chinesischer Prägung voller Lebenskraft zu errichten, das die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte fördert. Darin wurde die grundlegende Aufgabe der Reform gesehen.[452]

Als hauptsächliche Reformschritte waren angedacht:

1. Verstärkung der Vitalität der staatlichen Unternehmen als zentrales Kettenglied durch richtige Regelung der Beziehungen zwischen Regierung und „volkseigenen“ Unternehmen (Erweiterung der Selbstständigkeit der Unternehmen), der Beziehungen zwischen Beschäftigten und Unternehmern (Sicherung der Stellung der Werktätigen als Hausherren im Unternehmen), und Trennung des Eigentums- vom Bewirtschaftungsrecht.
   Die Unternehmen sollen sich zu „relativ unabhängigen Wirtschaftsgebilden und zu sozialistischen Warenproduzenten entwickeln, die selbstständig wirtschaften und für Gewinn und Verlust selbst verantwortlich sind“.
2. Aufbau eines Planungssystems und Entwicklung einer sozialistischen Warenwirtschaft; in denen das Wertgesetz bewusst angewandt wird.
   Der Unterschied des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus hinsichtlich Warenproduktion und Wertgesetz wurde darin gesehen, dass der Sozialismus auf einem anderen Eigentumssystem beruht, das Ziel der gesellschaftlichen Produktion ein anderes ist, das werktätige Volk den Platz des Hausherrn einnimmt, das Wertgesetz bewusst angewendet wird und Arbeitskraft, Boden, Bergwerke, Banken, Eisenbahnen usw. keine Ware sind.
3. Schaffung eines vernünftigen Preissystems und volle Beachtung der Rolle der ökonomischen Hebel; allmähliche Verringerung des Bereichs der einheitlichen Festsetzung der Preise durch den Staat und allmähliche Vergrößerung der Bereiche der flottierenden und der freien Preisbildung über den Markt;
4. Trennung von Regierung und Unternehmen, wirkliche Entfaltung der Funktion der Regierungsinstitutionen bei der (Makro-)Leitung der Wirtschaft; keine direkte Leitung der Unternehmen durch den administrativen Apparat mehr.

452. „Beschluss des ZK der KPCh über die Reform des Wirtschaftssystems“, Beijing 1984, S.9-10, chines.

Dabei wurde von folgenden Erwägungen ausgegangen: Die wirtschaftliche Entwicklung erfordert Gesellschaften nationalen und regionalen Charakters und kombinierte Wirtschaftsorganisationen auf der Grundlage der Bedürfnisse der Unternehmen. Warenproduktion schließt Konkurrenz zwischen sozialistischen Unternehmen ein, die sich jedoch im Ziel, im Charakter, im Ausmaß und in den Methoden von der Konkurrenz im Kapitalismus unterscheidet. Unter der Voraussetzung, dass es der sozialistischen Modernisierung dienlich sei, ist zuzulassen, dass „die Unternehmen auf dem Markt direkt durch die breite Masse der Konsumenten bewertet und geprüft, Ausgezeichnetes obsiegt und Schlechtes ausgesondert wird";

5. Schaffung eines Systems der wirtschaftlichen Verantwortung in verschiedenen Formen und tatsächliche Umsetzung des „Prinzips der Verteilung nach der Arbeit". Deshalb wurde die Aufgabe gestellt, in den Unternehmen ein System der ökonomischen Verantwortung für jeden Arbeitsplatz und die Arbeitsanforderungen für jeden Beschäftigten festzulegen. Das Entgelt für die Arbeit der Beschäftigten sollte den Ergebnissen ihrer Arbeit entsprechen. Es wurde darauf verwiesen, dass eine entwickelte Arbeitsteilung und andere Anforderungen der Produktion in den Unternehmen ein einheitliches und hocheffektives System der Leitung von Produktion und Bewirtschaftung erfordern, eingeschlossen ein Verantwortungssystem des Werkleiters (Managers). Dazu hieß es weiter: Entlohnung und Prämien der Beschäftigten sind wirksamer mit der Erhöhung der Effektivität des Unternehmens zu verbinden: Die Lohnunterschiede im Unternehmen sind entsprechend Umfang und Qualität der geleisteten Arbeit zu vergrößern und nach geistiger und körperlicher, komplizierter und einfacher, versierter und nichtversierter Arbeit zu differenzieren. Gemeinsamer Wohlstand bedeutet nicht, dass alle das Gleiche erhalten oder alle im gleichen Tempo wohlhabend werden. Nur wenn einem Teil der Regionen, Unternehmen und Menschen gestattet werde, durch anständige Arbeit zuerst wohlhabend zu werden, wird bei der Mehrheit der anderen der Gedanke kommen, es ihnen gleich zu tun;
6. Aktive Entwicklung vielfältiger Formen der Wirtschaft, Erweiterung des ökonomisch-technischen Austauschs nach außen und im Innern.

Es hieß: „Die „Wirtschaft des Volkseigentums ist die Hauptkraft der sozialistischen Wirtschaft unseres Landes. Sie spielt die entscheidende Rolle für die sozialistische Richtung und die stabile Entwicklung der gesamten Wirtschaft. Ihre Festigung und Entwicklung sollte jedoch nicht die Bedingungen für die Entwicklung anderer Formen der Wirtschaft und der Bewirtschaftungsweise begrenzen und ausschließen". Als nützliche Ergänzung zur „volkseigenen Wirtschaft" werden die Kollektivwirtschaft und die nicht mit dem kapitalistischen Privateigentum verbundene Einzelwirtschaft genannt.

Da die „Produktion und Konsumtion aller Länder bereits globalen Charakter angenommen" haben, könne „die Modernisierung nicht durch eine Abkapslung des Landes verwirklicht werden". Die „seit der 3. Tagung des XI. ZK langfristig auf Öffnung nach außen angelegte grundlegende Politik des Staates hat sich in der Praxis bereits als strategische Maßnahme für die Beschleunigung der sozialistischen Modernisierung bewährt". „Die Nutzung ausländischen Kapitals, die Anziehung ausländischer Geschäftsleute für die Schaffung von Joint Ventures. kooperativer Unternehmen und selbstständiger ausländischer Unternehmen sind ebenfalls eine notwendige und nützliche Ergänzung zur sozialistischen Wirtschaft unseres Landes."[453]

Chinesische Veröffentlichungen messen dem Dokument in theoretischer Hinsicht eine große Bedeutung bei, weil damit die traditionelle Auffassung vom Gegensatz zwischen Planwirtschaft und Warenwirtschaft überwunden worden wäre.[454]

Hinwendung der KP Chinas zur Marktwirtschaft

Mit dem Übergang zu dem neuen Wirtschaftssystem begann die Auseinandersetzung über die Beziehungen zwischen Plan- und Marktwirtschaft in China in ihre entscheidende Phase einzutreten.

Die offizielle Position der KP Chinas zu dieser Problematik zum

453. In den letzten beiden Abschnitten des Dokuments werden als weitere Maßnahmen für die Etablierung dieses neuen Wirtschaftssystems die Heranbildung einer großen Armee befähigter Kader für die Leitung der sozialistischen Wirtschaft und die Verstärkung der Führung durch die Partei zur Sicherung eine zügigen Umsetzung dieses Reformprojekts genannt.
454. Vergl. Jin Chunming, Abriss der Geschichte der VR China, Beijing 2008, S. 246-247, chines.

Zeitpunkt des Beschlusses über die Wirtschaftsreform im Oktober 1984 war folgende:

„1. Insgesamt ist das, was wir praktizieren, Planwirtschaft, d. h. eine planmäßige Warenwirtschaft, und nicht die Marktwirtschaft, die vollständig durch den Markt geregelt wird;
2. die Produktion und der Austausch, die vollständig durch den Markt geregelt werden, betreffen hauptsächlich einen Teil der Erzeugnisse der Landwirtschaft und ihrer Nebenwirtschaft, kleine Waren des täglichen Bedarfs und Arbeitsleistungen in den Bereichen Dienstleistung und Reparatur;
3. Durchführung der Planwirtschaft ist nicht mit der Dominanz der Direktivplanung gleichzusetzen.
4. Der Bereich der anleitenden Planung, die sich hauptsächlich auf die Anwendung ökonomischer Hebel stützt, wird allmählich erweitert, die direktive Planung wird adäquat reduziert.“[455]

Diese Position entsprach im Wesentlichen der Gruppe der Reformer um Chen Yun.

Ein Jahr später begannen die Meinungsverschiedenheiten unter den chinesischen Reformern in dieser Frage offen hervorzutreten. Offensichtlich kam es dazu in Auswirkung mehrerer Konferenzen, die von der chinesischen Seite z. T. gemeinsam mit der Weltbank organisiert wurden und an denen führende bürgerliche Ökonomen aus den USA und anderer kapitalistischer Länder teilgenommen hatten. Es war die Zeit, in der der Neoliberalismus in der bürgerlichen Ökonomie und damit auch in der Wirtschaftspolitik z. B. der USA-Administration Reagans und der Regierung Thatcher seine Vorherrschaft angetreten hatte. Einflüsse dieser Strömung nach China transportierten zur gleichen Zeit auch Ökonomen der VR China, die sich in den USA und anderen kapitalistsichen Ländern qualifizierten oder dort Forschungen betrieben.[456] Auch hier ging es um die Beantwortung der Frage, auf welchem Weg die Produktivkräfte in der VR China optimal entwickelt werden könnten.

455. „Beschluss des ZK der KPCh über die Reform des Wirtschaftssystems“, a.a.O., S. 18.
456. In den Auseinandersetzungen wurde diese Gruppe der chinesischen Ökonomen deshalb auch als „Überseeschildkröten“ (haigui) bezeichnet. Vergl. die Veröffentlichung von Zou Dongtao (Aspiranteninstitut der CASS) „Als chinesische ‚Katze’ chinesische ‚Mäuse’ fangen“, in: Renmin Ribao v.29.9.2003, chines.

Der Vergleich der chinesischen Entwicklung, zumal unter dem Gesichtspunkt der Aufnahme ausländischen Kapitals, mit der ökonomischen Entwicklung in den marktwirtschaftlich organisierten kapitalistischen Ländern ließ den Gedanken aufkommen, ob nicht auch China den Weg einer Marktwirtschaft einschlagen sollte. Dazu äußerte sich erstmals öffentlich Deng Xiaoping in einem Gespräch mit einer hochrangigen Delegation US-amerikanischer Unternehmer im Oktober 1985.

Deng stellte die These auf, dass „zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft kein Widerspruch besteht". Diesen Standpunkt begründete er wie folgt: „Die Frage ist, mit welcher Methode die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte wirklich energischer entwickelt werden können. Wir haben in der Vergangenheit stets Planwirtschaft[457] betrieben. Die Praxis vieler Jahre beweist jedoch, dass in gewisser Hinsicht die Entwicklung der Produktivkräfte, wenn nur Planwirtschaft betrieben wird, gefesselt wird. Wenn wir Planwirtschaft und Marktwirtschaft miteinander verbinden, dann können wir die Produktivkräfte besser befreien und die Entwicklung der Wirtschaft beschleunigen." Das stehe nicht im Widerspruch zum Sozialismus, „weil wir in der Reform an zwei Punkten festhalten. Ein Punkt ist, dass die Wirtschaft des Gemeineigentums[458] ständig den Platz der Hauptkraft einnehmen wird. Ein anderer Punkt ist, dass wir mit der Entwicklung der Wirtschaft den Weg des gemeinsamen Wohlstands gehen werden und wir so stets die soziale Polarisierung vermeiden werden." „Die Aufgabe, die gegenwärtig über allem steht, ist, mit voller Hingabe die vier Modernisierungen durchzuführen, Wir entfalten die Besonderheiten, die dem Sozialismus innewohnen und nutzen auch einige Methoden des Kapitalismus (als Methoden). Ziel ist, die Produktivkräfte beschleunigt zu entwi-

457. Die Anhänger der Marktwirtschaft unter den chinesischen Ökonomen nutzen die Schwächen und Fehler in der Wirtschaftspolitik der KP Chinas nach 1949 aus, um zu beweisen, dass die Marktwirtschaft der Planwirtschaft grundsätzlich überlegen sei. Ich setze zwei Argumente dagegen: Zum einen können Schwächen und Fehler in der Wirtschaftspolitik nicht dem Wesen des Funktionsmechanismus einer Wirtschaftsweise angelastet werden. Zum anderen hat es in der VR China wie in anderen Ländern des „frühen Sozialismus" noch keine systematische sozialistische Planwirtschaft geben können, weil dafür materielle und geistige Voraussetzungen fehlten. Deshalb sollte eher von einer zentralen Kommandowirtschaft unter den Bedingungen einer extensiven Produktion und Reproduktion und eines ausgesprochenen Mangels an materiellen Gütern gesprochen werden.

458. Im Reformbeschluss von Oktober 1984 wurde an dieser Stelle noch das „Volkseigentum" genannt. Zudem wurde der bisherige Begriff „staatliches Eigentum" durch die allgemeine Kategorie „Gemeineigentum" ersetzt.

ckeln. In diesem Prozess sind einige negative Dinge aufgetreten. Wichtiger ist jedoch, diese Reformen durchzuführen, diesen Weg zu gehen. Das hat uns bereits erfreuliche Ergebnisse gebracht. Wenn China diesen Weg nicht beschreitet, gibt es keinen anderen, den wir gehen könnten. Allein auf diesem Weg werden wir zu Wohlstand und Prosperität gelangen."[459] Inwieweit und auf welche Weise „Planwirtschaft" und Marktwirtschaft miteinander verbunden werden sollten, dazu hatte sich Deng in diesem Zusammenhang nicht geäußert.

In den Auseinandersetzungen über die Beziehung zwischen Plan und Markt der 2. Hälfte der 80er Jahre ging es bereits um die Frage Planwirtschaft oder Marktwirtschaft. Vertreter der marktwirtschaftlichen Orientierung in der Führung der KP Chinas nutzten die Orientierung des XIII. Parteitages 1987 auf Vertiefung der Reform, um in der Provinz Guangdong eine „Reform unter der Dominanz des Marktes" (shichang daoxiang de gaike) einzuleiten.[460] Dieser Schritt war vom ZK der Partei mit dem Beschluss zur Kenntnis genommen worden, Guangdong als „komplexes Experimentierfeld für die Reform und Öffnung des gesamten Landes" zu entwickeln. Mitte November 1987 berieten Beauftragte des Parteikomitees der Provinz mit Ökonomen der dortigen Akademie für Gesellschaftswissenschaften, wie der „Geist des Parteitages", die „Regulierung durch den Markt um einen neuen Schritt zu erweitern", umzusetzen wäre.

Zu diesem Zeitpunkt wurden in Guangdong bereits die Preise für 70 Prozent der Produkte der Landwirtschaft und der Industrie durch Angebot und Nachfrage auf dem Markt bestimmt. Im Ergebnis hatte sich die Marktlage deutlich verbessert. „Nun stand die Frage, ob denn bei der Erweiterung der Regulierung durch den Markt nicht die ‚Marktwirtschaft', die in den westlichen Ländern mit Erfolg praktiziert wurde, versuchsweise praktiziert werden sollte." Die Vertreter des Provinzparteikomitees forderten, die „Fesseln des traditionellen Denkens" zu zerschlagen. Die Marktwirtschaft dürfe nicht als etwas Kapitalistisches angesehen werden. Die Zentrale hoffe, dass die Reform in Guangdong beschleunigt werde. Das erlau-

459. „ Auswahl von Schriften Deng Xiaopings", a.a.O., S. 148-150.

460. Zeng Muye, Die Marktwirtschaft ist kein glatter Weg, Interview, in: Guangzhou Ribao, zitiert nach: Renmin Wang v. 25.12.2005, chines. Zeng war damals stellvertretender Parteisekretär und Präsident der Akademie für Gesellschafts-Wissenschaften der Provinz Guangdong. Die folgenden Ausführungen über das damalige marktwirtschaftliche Experiment in dieser Provinz stützen sich ebenfalls auf diese Quelle

be, „auf dem Boden Guangdongs die ‚marktwirtschaftliche' Reform unter sozialistischen Bedingungen zu versuchen".

Dieser Versuch wurde eingeleitet und vom Leiter des Zentrums für Entwicklungsforschung beim Staatsrat, Ma Hong, und führenden Ökonomen wie Liu Guoguang aktiv unterstützt. Dieses Vorgehen wurde im September 1989 auf einer Studienveranstaltung von Kadern in Beijing als Schritt verurteilt, in China „den kapitalistischen Weg zu beschreiten". Konsultationen in verschiedenen wirtschaftswissenschaftlichen Institutionen Beijings im Frühherbst 1989 offenbarten uns[461] eine scharfe Konfrontation z. B. zwischen Ökonomen der Renmindaxue (Volksuniversität) als Vertreter der „Planwirtschaft" und Wu Jinglian, einem führenden Vertreter der marktwirtschaftlichen Theorie in einer Forschungseinrichtung des Staatsrats. Zu diesem Zeitpunkt war die Formulierung Deng Xiaopings „Verbindung von Plan- und Marktwirtschaft" immer noch die offizielle Sprachregelung.

Die zunehmend kritische ökonomische und soziale Situation veranlasste die Regierung Li Pengs, Maßnahmen zu ergreifen, um die Volkswirtschaft durch ein Abbremsen der Reform und ein Zurückgreifen auf die „Planwirtschaft" zu stabilisieren. Damit schien auch die Gruppe der Reformer, die die Kombination von Planwirtschaft mit marktwirtschaftlicher Ergänzung vertrat, wieder an Einfluss zu gewinnen. Sie sah die Ursache für die Überhitzung der Wirtschaft und die inflationäre Entwicklung 1987/1988 wie für die Juniereignisse 1989 letztlich in einer übermäßigen Hinwendung zur Marktwirtschaft. Die Vertreter der Marktwirtschaft hingegen behaupteten genau das Gegenteil.[462]

1991 begann sich das Blatt abermals durch Deng Xiaoping endgültig zugunsten einer Marktwirtschaft zu wenden. Deng hatte die Einschätzung gewonnen, dass der heutige Kapitalismus nach wie vor über ein entsprechendes Entwicklungspotential verfügt. „Weshalb ist die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus ein solch langer Prozess? Und weshalb verläuft er so gewunden? Der moder-

461. Mein Kollege Dr.sc. Bernd Jordan und ich weilten zu jener Zeit auf der Grundlage eines Vertrages zwischen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Renmindaxue zu Studienzwecken in der VR China.

462. Vergl. z. B. die Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppen der Reformer in den Beratungen über ökonomische Frage im Zhongnanhai (ZK-Gelände) am 1.11.1989 und 5.7.1990, siehe: Liu Hong, „Wu Jinglian im Streit ‚Plan und Markt', Beijing Ribao v. 7.1.2003, chines.

ne Kapitalismus verfügt auch über die Funktion, sich selbst zu regulieren. Die westlichen Länder nutzen einige Politiken zur Regulierung – erstens die Politik der Einmischung des Staates, zweitens greift der Westen verbreitet zu einer Politik der öffentlichen Wohlfahrt, drittens legt er großen Wert auf die Rolle von Wissenschaft und Technik und wendet sie in der Produktion an. Das erklärt, weshalb der Kapitalismus noch Raum für seine Entwicklung hat."[463] Diese These wurde der Ausgangspunkt für die Einschätzung in der KP Chinas, dass der moderne Kapitalismus nach wie vor über die Fähigkeit verfügt, „seine Widersprüche in Triebkräfte für die Entwicklung der Produktivkräfte umzuwandeln" und dass sich das „in absehbarer Zukunft" nicht grundsätzlich ändern werde.[464] Die Auffassung, dass das moderne Kapital für die Schaffung der zivilisatorischen Voraussetzungen des Sozialismus in China zu nutzen sei, wurde damit neu interpretiert. „Marx entwickelte sein Verständnis für den Sozialismus aus der Kritik am Kapitalismus. Lenin wollte den Sozialismus durch Ausnutzung des Kapitalismus aufbauen. *Nach Deng Xiaoping ist der Sozialismus durch das Lernen vom Kapitalismus zu errichten*" (kursiv d. A.).[465]

Dieses Modell gilt heute in China als „die neue zeitgenössische Form des wissenschaftlichen Sozialismus", geschaffen von Deng Xiaoping, im Unterschied zu der von Marx entwickelten „primären Form".[466]Diese Art des „Lernens vom Kapitalismus" war einer der Faktoren, der den Weg für die Integration der chinesischen Wirtschaft in die kapitalistische Weltwirtschaft öffnete. Damit nahm auch das „Lernen vom Kapitalismus" eine neue Qualität an. Es schloss nun auch die Bereiche außerhalb der Wirtschaft ein, um das „Modernste" des heutigen Kapitalismus aufzunehmen und zu „verdauen".

Unternehmer der Provinz Jiangsu forderten 1990/1991 von der KP Chinas, die Wirtschaftsreform in Richtung Marktwirtschaft weiterzuführen. Letztlich entschieden wurde diese Frage durch Deng

463. Zitiert nach: Wang Zhanyang, „Neue Demokratie und neuer Kapitalismus. Eine theoretische und historische Studie über einen neuen Sozialismus", Beijing 2004, S. 31, chines.

464. Vgl. Zhang Guangming, Die Evolution des Sozialismus von West nach Ost, Kunming 2004, S.26,ff. chines.; siehe dazu auch: Helmut Peters, Ein anregender Beitrag zur Sozialismus-Debatte in der VR China, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung »Z«, Nr. 65.März 2006, S. 98 ff.

465. Prof. Qin Gang, Abteilung Wissenschaftlicher Sozialismus der Parteischule des ZK der KPCh, auf einem Forum zum 100. Geburtstag Deng Xiaopings, in: Zhongguo Qingnian Bao, nach: Renmin Wang v. 19.7.2004, chines.

466. Prof. Shi Zhongquan, Abteilung des ZK der KPCh zur Erforschung der Parteigeschichte, auf dem gleichen Forum, gleiche Quelle.

Xiaoping auf seiner Südreise im Frühjahr des Jahres 1992. Während seines Aufenthalts in Shanghai äußerte er sich deutlich zugunsten eines Übergangs zur „sozialistischen Marktwirtschaft": „Wir sollten nicht meinen, dass, sobald von Planwirtschaft die Rede ist, der Sozialismus gemeint und sobald von Marktwirtschaft gesprochen wird, der Kapitalismus gemeint sei. Das ist nicht so. Beides sind Methoden. Der Markt kann auch dem Sozialismus dienen."[467] Er fügte aber auch hinzu: „Das hauptsächliche Kriterium für die Einschätzung sollte sein, ob es der Entwicklung der Produktivkräfte der sozialistischen Gesellschaft, der Stärkung des komplexen Potentials des sozialistischen Staates und der Erhöhung des Lebensniveaus des Volkes nützt oder nicht." „Wenn der Sozialismus im Vergleich zum Kapitalismus das Übergewicht gewinnen will, müssen wir uns mit großem Mut alle zivilisatorischen Ergebnisse der Menschheit, alle fortgeschrittenen Bewirtschaftungs- und Leitungsmethoden der Länder der gesamten Welt einschließlich der der entwickelten kapitalistischen Länder aneignen und sie als Beispiel nehmen."[468] Damit war die Linie für den XIV. Parteitag der KP Chinas im Oktober 1992 vorgegeben.

Erkenntnisse und Probleme

1. Die Herstellung einer vielschichtigen Struktur des Eigentums an Produktionsmitteln in der VR China war aus zwei Gründen objektiv notwendig. Der Widerspruch zwischen dem Charakter und dem Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte und der im Grunde vollständigen Verstaatlichung des Eigentums (formale Übervergesellschaftung) beeinträchtigte die Erhöhung des Niveaus der Produktivkräfte und das Tempo der Wirtschaftsentwicklung nachhaltig. Dieser Widerspruch verursachte gesellschaftliche Instabilität und barg für das Land die potentielle Gefahr in sich, auf welche Weise auch immer die sozialistische Perspektive einzubüßen. Die Lösung dieses Widerspruchs war in der Tat eine Befreiung der Produktivkräfte und setzte neue Triebkräfte frei. Die Nutzung von Kapital als Vehikel zur Überwindung der mittelalterlichen Rück-

467. Zitiert nach: Liu Hong, „Wu Jinglian im Streit ‚Plan und Markt'", a.a.O.
468. „Auswahl von Schriften Deng Xiaopings", a.a.O., S. 372-373.

ständigkeit und zur Hebung der Arbeitsproduktivität (Lenin) ist für China eine Möglichkeit, den Prozess der Modernisierung in der Auseinandersetzung mit dem internationalen Kapitalismus zu beschleunigen, zugleich aber auch eine gesellschaftspolitische Gratwanderung.

2. Der Beschluss über die Entwicklung der Wirtschaftsreform vom Oktober 1984 war der Versuch, den Aufbau des Sozialismus auf der Grundlage der Anwendung von Erkenntnissen der politischen Ökonomie des Sozialismus unmittelbar neu zu konzipieren und unmittelbar umzusetzen. Das unterscheidet ihn von der nachfolgenden Hinwendung zur Modernisierung auf einer neoliberal gefärbten marktwirtschaftlichen Grundlage.

3. Gegen die von Deng Xiaoping vorgenommene Gleichsetzung von Plan und Markt bzw. Markt und Marktwirtschaft habe ich zwei Einwände. Es handelt sich erstens um zwei unterschiedliche Kategorien, die zwar zusammenhängen, aber nicht gleichgesetzt werden können. Zweitens sind Planwirtschaft und Marktwirtschaft keine unterschiedlichen Methoden für die Entwicklung einer Wirtschaft, sondern verschiedene Wirtschaftsmechanismen (Systeme) für die Realisierung des Eigentums an Produktionsmitteln. Einer Methode sind keine Gesetzmäßigkeiten immanent. Die Marktwirtschaft z. B. hingegen funktioniert, wie wir aus der Entwicklung des Kapitalismus wissen, nach dem Bewegungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise. Ihre Aufgabe ist es, Kapital mit einem Höchstmaß an Profit zu realisieren. Wir wissen inzwischen auch aus der VR China, dass mit der Einführung der Marktwirtschaft alles einschließlich der Arbeitskraft zur Ware (Verkauf der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt) wurde, die Beziehungen zwischen den Marktsubjekten durch eine unerbittliche Konkurrenz geprägt werden und eine soziale Polarisierung folgte. Die Marktwirtschaft hat also auch in der VR China ihren kapitalistischen Charakter nicht eingebüßt. Sie steht in einem prinzipiellen Widerspruch zum Wesen des Sozialismus. Deshalb ist die Formulierung „sozialistische Marktwirtschaft“ ein Widerspruch in sich.

4. Eine gänzlich andere Frage ist, ob sich eine kommunistische Partei im Transformationsprozess ihres Landes zum Sozialismus, für die Schaffung der materiellen Voraussetzungen und Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft, die Marktwirtschaft nutzt, etwa im

Sinne der Neuen Ökonomischen Politik Lenins. Ich halte das in einem so großen, ökonomisch und kulturell in seiner Entwicklung zurückgebliebenen Land mit enormen regionalen Entwicklungsunterschieden nicht nur für notwendig. Es ist auch von Vorteil, solange es keinen anderen Wirtschaftsmechanismus gibt, der eine effizientere und schnellere Entwicklung der Produktivkräfte ermöglicht. Entscheidend ist dabei, die politische Macht, das staatliche und andere Gemeineigentum und die Makropolitik des Staates so einzusetzen, dass die Marktwirtschaft optimal der Verwirklichung des sozialistischen Ziels dient und ihre kapitalistischen Übel rechtzeitig und optimal eingeschränkt werden.

2.5. Politische Entwicklungen nach dem XII. Parteitag

Der XII. Parteitag hatte zum ersten Mal die Aufgabe gestellt, mit der Entwicklung der materiellen Zivilisation des Sozialismus auch seine geistige Zivilisation umfassend aufzubauen. Die neue Parteiführung unter Hu Yaobang ging mit Elan, großer Sensibilität und Aufgeschlossenheit für die damit verbundenen Probleme ans Werk.

Wieder war der erste Schritt, die Kader und die gesamte Partei auf die Lösung dieser neuen Aufgabe vorzubereiten und aufzustellen. Trotz der Ende 1978 ergriffenen Maßnahmen war die Lage unter den Kadern unbefriedigend geblieben. Ihre Zahl war nicht gerade klein, ihr fachliches und kulturelles Niveau war jedoch niedrig, der Altersdurchschnitt war hoch, und der Einfluss „linken" Denkens war bei weitem noch nicht überwunden. Hinzu kam, dass nach der „Kulturrevolution", in der Zeit des Mangels, unter den Kadern die Korruption in Gestalt einer „grauen Verteilung" aufgekommen war und das Wirtschaftsleben zu durchdringen begonnen hatte. Aus jener Zeit stammt auch der Begriff „durch die Hintertür gehen" (zou houmen).[469]

Bald nach dem XII. Parteitag wurde der vom ZK der Partei und dem Staatsrat gemeinsam gefasste „Beschluss über die Arbeit der

469. Korruption hat auch in China eine lange Geschichte. Es gab sie in allen kaiserlichen Dynastien. Sie war eine wesentliche Ursache für den Sturz des GMD-Regimes 1949.

zentralen Partei- und Regierungsorgane zur Erziehung und Bildung der Kader" veröffentlicht. Darin hieß es, die Lage erfordere, die Leitungsorgane und das Kadersystem umzugestalten, die Erziehung und fachliche Qualifizierung der Kader zu verstärken und in den Reihen der Kader „vier Veränderungen" (si hua) durchzuführen: sie zu „revolutionieren, zu verjüngen, mit Wissen auszustatten und fachlich zu qualifizieren". Die Lösung dieser Aufgabe würde über das Schicksal der Partei entscheiden. In Angriff genommen wurde der Aufbau eines regelmäßigen Systems der Schulung und Bildung der Kader.

Die Ergebnisse dieser Schulung und Bildung sollten fortan beim Einsatz und bei der Beförderung des jeweiligen Kaders berücksichtigt werden. Es gab die Vorstellung, dass alle Kader in den zentralen Partei- und Regierungsorganen innerhalb von fünf Jahren mindestens den Abschluss der Oberstufe der Mittelschule bzw. einer mittleren Fachschule (Niveau einer 9-jährigen Bildung) zu erwerben haben.

Schon im Herbst 1984 vermeldeten Medien, dass die entsprechende Reorganisierung der Leitungsgruppen auf Kreisebene in 28 Provinzen, zentral unterstellten Städten und Autonomen Gebieten grundsätzlich abgeschlossen wäre. Das Durchschnittsalter in diesen Leitungsgruppen habe (bis auf Beijing und Shanghai) auf unter 45 Jahren gesenkt werden können. In einem Drittel dieser Leitungen liege es sogar unter 40 Jahre. Der Anteil der führenden Funktionäre auf der Kreisebene mit Hochschulniveau sei von 10,8 auf 45 Prozent gestiegen.[470]

Der XII. Parteitag hatte beschlossen, die „Partei auszurichten" (konsolidieren, zhengdang) und den „Arbeitsstil der Partei" (dangfeng) grundlegend zum Besseren zu wenden. Diese Aufgabe wurde mit dem „Beschluss des ZK der KP Chinas über die Ausrichtung der Partei" vom 11. Oktober 1983 angepackt. Nach der in offiziellen Dokumenten immer wieder anzutreffenden Feststellung, die Partei sei im Wesentlichen in Ordnung, hieß es, in der Partei würden jedoch „einige entsprechend ernste Probleme" existieren. Welche Probleme und Faktoren standen denn der Orientierung des Parteitages entgegen? Ich zitiere wieder ausführlicher:

470. Quelle für die Zahlenangaben: Jin Chunming, Abriss der Geschichte der Volksrepublik China, a.a.O., S.250. Ich bin bei solchen Zahlenangaben aus Erfahrung immer vorsichtig, da sie vor Ort nicht selten „aufgearbeitet" werden, um sich bei der Obrigkeit in ein gutes Licht zu stellen. Die Erfahrungen lehrten mich, bei solchen „Erfolgsmeldungen" vorsichtig zu sein.

„Das zirkulierende Gift der Unruhen der zehn Jahre (gemeint ist die „Kulturrevolution" – d. V.) ist noch nicht ausgemerzt … Es gibt einige[471] Parteimitglieder, die die große Bedeutung nicht begreifen, die der Wiederherstellung der Ordnung zukommt. Sie haben noch nicht wieder zur marxistischen Linie zurückgefunden. Das Wissen einiger Parteimitglieder um die Grundprinzipien und die Überlegenheit des Sozialismus und die leuchtende Perspektive des Kommunismus ist konfus, in ihren Gedanken herrscht ein Durcheinander. An der ideologischen Front sehen einige Parteimitglieder über antimarxistische und antisozialistische Ideologien hinweg, manche propagieren sie sogar offen. Bei einigen Parteimitgliedern und Kadern existiert ein starker Egoismus, der sich sogar noch ausprägt. Für das eigene Interesse und das Interesse einer kleinen Gruppe scheuen sie nicht davor zurück, mit den verschiedensten Methoden die Interessen des Staates und des Volkes zu schädigen und den Weg des Verbrechens zu beschreiten … Es gibt einige Parteiorganisationen, die schwach und ohne Disziplin, sogar gelähmt sind und ihre Rolle als Bollwerk des Kampfes eingebüßt haben. In der Partei nicht ausgemerzt sind die ‚drei Arten von Menschen', nämlich Elemente der konterrevolutionären Cliquen Lin Biaos und Jiang Qings, die rebellieren und sich wieder aufbauen wollen, Menschen, die der Fraktionsmacherei anhängen, und Elemente, die schlagen und rauben. Die Partei ist durch diese Ideologien, Arbeitsstile und ernsten Verunreinigungen ihrer Organisation stark gefährdet. Deshalb müssen wir die Partei entschlossen und wirksam ausrichten." Diese Aufgabe sollte in drei Jahren gelöst werden.[472]

In diesem Prozess wurde einiges erreicht. In Fujian wurden durch die Untersuchung von 366 Fällen in der „Kulturrevolution" eine Reihe von Anhängern Lin Biaos und Jiang Qings entlarvt. In Shandong musste das alte PK des Kreises Chengwu reorganisiert werden, weil es von Elementen durchsetzt war, die Fraktionsmacherei betrieben, die Macht missbrauchten und ihre Verwandten protegierten. In Hebei gaben 470 Führungskader Wohnraum zurück, den sie sich widerrechtlich angeeignet hatten, und 3 300 Personen wurde die

471. Meinen Erfahrungen lehren mich auch, dieses Wort in Dokumenten der KP Chinas immer mit „nicht wenige" wiederzugeben.

472. Zitiert nach: Chen Mingxian und Luo Zhengkai, Chronik der Volksrepublik China, Beijing 1994, S.288, chines.

widerrechtlich erworbene Haushaltsregistrierung in Städten wieder entzogen. Ähnliche Fälle gab es auch an anderen Orten. Das vorgesehene Ziel, in der Partei in der Frage des Arbeitsstils eine grundlegende Wende zu vollziehen, wurde jedoch wiederum nicht erreicht.[473]

In der gleichen Zeit waren auch neue Anstrengungen unternommen worden, das kulturell-wissenschaftliche Niveau des gesamten Volkes einschließlich der nationalen Minderheiten, zu erhöhen; denn der Parteiführung war klar, dass es eine entwickelte geistige Zivilisation des Sozialismus nicht geben würde, solange Analphabetentum, Unverstand und Rückständigkeit nicht überwunden waren.

Beschluss über den Aufbau der geistigen Zivilisation

Der „Beschluss über den anleitenden Kurs für den Aufbau der geistigen Zivilisation des Sozialismus" wurde auf der 6. Tagung des XII. Zentralkomitees der Partei am 28. September 1986 gefasst. Das Dokument fällt durch eine dialektische Behandlung der Problematik, seinen Realismus, die durchweg konkrete Behandlung der Probleme und seine leserfreundliche Sprache auf.

Das Zentralkomitee ging davon aus, dass es für die Sicherung einer zügigen Modernisierung von aktueller und langfristiger Bedeutung ist, die Leitprinzipien für den Aufbau der geistigen Zivilisation des Sozialismus eindeutig festzulegen und die Arbeit zu ihrer Umsetzung mit aller Kraft in Angriff zu nehmen. Es betonte, dass der wirtschaftliche Aufbau, die Reform des wirtschaftlichen und politischen Systems und der Aufbau der geistigen Zivilisation als Bestandteile des Gesamtplans der sozialistischen Modernisierung miteinander zu koordinieren und zu fördern sind. Als grundlegende Aufgabe der geistigen Zivilisation wurde gesehen, den Menschen zu helfen, „gebildete, selbstdisziplinierte Bürger mit hoher Moral und hohen Idealen" zu werden und das ideologische und moralische, das kulturelle und wissenschaftliche Niveau der gesamten chinesischen Nation zu heben. „Es steht außer Zweifel, dass unter dem Sozialismus die Verbesserung der Qualität aller Bürger zu einer stetigen

473. Ebd.

Erhöhung der Arbeitsproduktivität, zu einer ständigen Entwicklung der zwischenmenschlichen Beziehungen neuen Typs auf der Basis des Gemeineigentums und zu tief greifenden Veränderungen in der Physiognomie der gesamten Gesellschaft führen wird. Das alles sind unentbehrliche Voraussetzungen für den Erfolg unserer sozialistischen Modernisierung." Weiterentwicklung von Bildung, Wissenschaft und Kultur wurden deshalb als Aufgabe der gesamten Gesellschaft hervorgehoben. Die ideologischen Probleme sollten „beharrlich durch Diskussion, Argumentation und Überzeugungsarbeit" gelöst werden.

Der Beschluss machte die Entwicklung der geistigen Zivilisation in China abhängig von der Aufnahme des Fortschritts in der geistigen Zivilisation der Menschheit.

Im Dokument hieß es: Die Geschichte Chinas und der übrigen Welt zeigt, das sich kein einziges Land entwickeln kann, wenn es ablehnt, bestimmte Elemente der modernen Wissenschaft und Kultur aus dem Ausland zu übernehmen. „Wir lehnen das ideologische und das Gesellschaftssystem des Kapitalismus, die auf der Ausbeutung und Unterdrückung beruhen, und alle hässlichen und dekadenten Aspekte des Kapitalismus kategorisch ab. Wir sollten jedoch alle Anstrengungen unternehmen, um fortgeschrittene Wissenschaften und Techniken, allgemein nutzbare Errungenschaften im Wirtschafts- und Verwaltungsbereich und alle anderen nützlichen Kenntnisse aller Länder der Welt, einschließlich der entwickelten kapitalistischen Länder, zu beherrschen, sie in der Praxis zu prüfen und weiterzuentwickeln. Ansonsten bleiben wir unwissend und ist eine Verwirklichung der Modernisierung in China nicht möglich." „Die Wiederbelebung (der großen chinesischen Zivilisation auf der Basis des Sozialismus – d. V.) wird nicht nur eine hoch entwickelte materielle, sondern auch eine hoch entwickelte sozialistische geistige Zivilisation schaffen. In ihr wird unter Anleitung durch den Marxismus das Beste der historischen Traditionen im Geist der Zeit kritisch fortgesetzt werden …"

Im Dokument wurde die gemeinsame Aufgabe formuliert, „den Sozialismus chinesischer Prägung aufzubauen und China in ein modernes Land mit hoch entwickelter Zivilisation und einem hohen Grad an Demokratie umzuwandeln". In der Vergangenheit wäre zu wenig Wert auf den Aufbau der Demokratie gelegt worden. Ohne

Demokratie könne die Modernisierung jedoch nicht verwirklicht werden. Sie bedürfe der Institutionalisierung und der gesetzlichen Verankerung. Keineswegs zufällig wurde in diesem Zusammenhag wiederum herausgehoben, die Partei müsse ihre Tätigkeit im Rahmen der Verfassung und der Gesetze ausüben und die Demokratisierung des politischen Lebens innerhalb der Partei und des Staates voranbringen. Als eine weitere wesentliche Aufgabe der politischen Reform wurden die Umgestaltung des Führungssystems von Partei und Regierung und der Ausbau eines sozialistischen Rechtssystems bezeichnet. Dazu „müssen wir alle positiven Ideen und Verhaltensweisen, die die vier Modernisierungen, den nationalen Aufschwung, die Wiedervereinigung des Vaterlandes, die Einheit der Nation, den Fortschritt der Gesellschaft und den Wohlstand des Volkes fördern, und alle positiven Ideen und Verhaltensweisen, sich um ein schönes Leben durch aufrichtige Arbeit zu bemühen, respektieren, schützen und entfalten". Ein jeder solle „auf seinem Platz hart daran arbeiten, Reformen durchzuführen und das Vaterland mit Fleiß und Genügsamkeit aufzubauen".

Ausführlich wurde im Beschluss die Problematik der sozialistischen Moral behandelt. Sie wurde im Wesentlichen darin gesehen, „das Vaterland, das Volk, die Arbeit, die Wissenschaften und den Sozialismus zu lieben". Diese „fünffache Liebe" müsse sich in allen Gesellschaftsbereichen ausdrücken. „Zwischen den verschiedenen Nationalitäten, zwischen den Arbeitern, Bauern und Intellektuellen, zwischen der Armee und dem Volk, zwischen Kadern und Volksmassen, innerhalb der Familien und zwischen den Nachbarn, mit anderen Worten, innerhalb des gesamten Volkes sollten die sozialistischen Beziehungen neuen Typs – Gleichberechtigung, Einheit, Freundschaft und gegenseitige Hilfe – gepflegt und weiterentwickelt werden."

Kennzeichnend für die realistische Sicht ist, dass auch die Hemmnisse für die Entwicklung dieser Beziehungen neuen Typs aufgezeigt werden: „Die feudale Moral ist in unserem Lande tief verwurzelt. Zurückgebliebene patriarchalische Vorstellungen, Privilegiendenken, autokratische Handlungsweise, Cliquenbildung, die Ansicht, dass Männer den Frauen überlegen seien, sind zu wesentlichen Teilen eine schädliche Auswirkung feudaler Einflüsse." In diesem Zusammenhang wurde auch auf „üble Gewohnheiten bei

Hochzeiten und Begräbnissen“ und auf den „feudalen Aberglauben“ verwiesen. Genannt wurden aber auch „korrupte bourgeoise Ideologien und die Sklavenmentalität, die aus den Bedingungen einer halbkolonialen Gesellschaft herrühren“ und in China ebenfalls tief verwurzelt wären. „Es ist eine schwere langfristige Aufgabe, die Einflüsse aller dieser schädlichen Ideologien zu beseitigen“.

Im nächsten Abschnitt des Dokuments werden Platz und Rolle des Marxismus bei der Entwicklung der geistigen Zivilisation markiert. Der Marxismus wurde als „wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse und große Errungenschaft der menschlichen Zivilisation“ und als „theoretische Grundlage des Sozialismus und der Führung durch die Partei“ definiert. „Er ist der wichtigste Bestandteil der sozialistischen Ideologie und übt beim Aufbau der geistigen Zivilisation eine wichtige Leitfunktion aus.“ Dieser Marxismus sei eine „Wissenschaft, die mit dem historischen und wissenschaftlichen Fortschritt ständig bereichert und entwickelt wird. Er hat die Wahrheit nicht erschöpft, sondern öffnet fortwährend neue Wege, die Wahrheit zu erkennen.[474]

Für die Reform und die Modernisierung gebe es keine fertigen Antworten. Es sei „natürlich, dass es oft zu Meinungsverschiedenheiten über Theorie und praktische Arbeit kommt“. Deshalb müsse „entschieden an der Richtlinie ‚Lasst hundert Blumen blühen! Lasst hundert Schulen miteinander wetteifern!’ festgehalten werden“. „Wir müssen wagemutige Forschungen und freie Debatten, die auf wissenschaftlichen Forschungen basieren, unterstützen und fördern, um die Forschungsarbeit in der marxistischen Theorie in hohem Grade zu beleben und die verschiedenen politischen Entscheidungen auf demokratischer und wissenschaftlicher Grundlage treffen zu können … Was akademische Probleme und Angelegenheiten im Bereich Kunst betrifft, müssen wir uns von den in der Verfassung festgelegten Prinzipien leiten lassen, akademische und schriftstellerische Freiheit, Freiheit der Diskussion und Freiheit der Kritik und Selbstkritik gewähren.“[475]

Nach meiner Kenntnis war es das erste Mal, dass die KP Chinas

474. Hier ist hervorzuheben, dass vom originären Marxismus, nicht von dem auf China angewandten Marxismus die Rede ist.

475. „Chinesische Dokumente: Beschluss des ZK der KP Chinas über die Leitprinzipien für den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation (September 1986)“, Beijing 1986.

ein solch reales, auf die vollständige und umfassende Umgestaltung der chinesischen traditionellen Gesellschaft gerichtetes Dokument verfasste. Es korrespondiert auffallend mit dem Beschluss über die Entwicklung der Wirtschaftsreform von 1984. Ich sehe darin vor allem das Credo der Persönlichkeit Hu Yaobangs; denn in der Frage, ideologische Probleme „beharrlich durch Diskussion, Argumentation und Überzeugungsarbeit" zu lösen und „akademische und schriftstellerische Freiheit, Freiheit der Diskussion" zu gewähren, gingen die Meinungen selbst in der Parteiführung weit auseinander.

„Wagemutige Forschungen und freie Debatte" hatten sich in China seit Ende der 70er Jahre innerhalb und außerhalb der Partei, wenn auch noch vereinzelt, zu entwickeln begonnen. Zu denen, die sich kritisch mit vielen erstarrten Auffassungen und Tabus in der KP Chinas auseinandersetzten, gehörte auch Wang Ruoshui, damals Chefredakteur der zentralen Parteizeitung, der „Volkszeitung" (Renmin Ribao). Er war unter den Kräften in der Partei zu finden, die ideologisch und politisch Hu Yaobang nahe standen. Wang erkannte, dass der traditionelle Marxismus wie der traditionelle Sozialismus, wie sie auch von der KP Chinas vertreten wurden, Jahrzehnte hinter der realen Entwicklung des Kapitalismus wie des Sozialismus zurückgeblieben waren. Er trat deshalb dafür ein, diesen Marxismus und diesen Sozialismus kritisch zu hinterfragen, sich mit ihnen kritisch auseinanderzusetzen und sie wieder in Übereinstimmung mit der Praxis zu bringen.

„Das Ziel der Befreiung des Denkens ist die Wahrheit, das einzige Kriterium für die Wahrheit ist aber die Praxis." Für ihn waren deshalb auch die „vier Grundprinzipien" nicht tabu. „Ohne die Befreiung des Denkens können wir nicht am Marxismus-Leninismus und den Ideen Mao Zedongs festhalten."[476] Wang nahm mit seiner Kritik an vielen negativen Erscheinungen im politischen Leben vieles vorweg, was 1986 den Geist des Dokuments über den Aufbau der geistigen Zivilisation des Sozialismus ausmachen sollte. Dazu gehörten insbesondere seine Beiträge über den sozialistischen Humanismus, Entfremdung und sein Plädoyer für die Achtung des Wertes des Menschen. Er war der Ansicht, dass die Reformen auch der Anerkennung des Wertes des Menschen und des sozialistischen Humanis-

476. Wang Ruoshui, Verteidigung des Humanismus, Beijing 1986, S.8, chines.

mus bedürfen. „Jetzt auf die Respektierung des Wertes des Menschen zu orientieren, heißt, alle jene Dinge, die verhindern, dass wir den Wert des Menschen erhöhen, auszumerzen und zu verändern“ (geschrieben im Januar 1986).

Der Ton in den Auseinandersetzungen um diese Probleme wurde schon 1983 schärfer, als Deng Liqun (ZK-Mitglied), Hu Qiaomu, Wang Zhen (beide Mitglied des Politbüros) und andere orthodoxe Interpreten des Marxismus die Veröffentlichungen von Wang Ruoshui und anderen als „geistige Verschmutzung“ (jingshen wuran) scharf anzugreifen begannen. In den Auseinandersetzungen auf dem 6. ZK-Plenum über den Beschlussentwurf für den Aufbau der geistigen Zivilisation des Sozialismus verstärkten diese Kräfte den Druck auf die Partei. Sie kritisierten den kulturell-ideologischen Einfluss des kapitalistischen Auslands auf China und forderten eine „geistige Zivilisierung“. Im folgenden Herbst und Winter kam es zu Demonstrationen von Studenten der Chinesischen Hochschule für Wissenschaft und Technik in Beijing, die sehr schnell auf Shanghai und andere große und mittlere Städte übergriffen. Aus der Sicht des ZK der Partei waren diese Proteste auf verschiedene Ursachen zurückzuführen, darunter auch auf Fehler in der Arbeit der zentralen und lokalen Organe wie der Schulleitungen. Das hatte zur Verbreitung von Misstrauen gegenüber der Partei geführt.[477] Unter dem Einfluss der Gegner der „wagemutigen Forschungen und freien Debatten“ wurden diese Demonstrationen generell als Ausdruck einer „bürgerlich-liberalen“ Strömung gewertet, die mit allen Mitteln zu bekämpfen wäre. Diese Kräfte nutzten diese Gelegenheit, um Hu Yaobang endlich zu stürzen. Am 30. Dezember forderte Deng Xiaoping in einem Gespräche mit einem Teil der Führung dazu auf, gegen diese Strömung klar Flagge zu zeigen. Die Studentendemonstrationen wären das Ergebnis nicht konsequenter Auseinandersetzung der Partei mit dem bürgerlichen Liberalismus in den letzten Jahren.

Dafür wurde Hu Yaobang auf einer erweiterten Tagung des Politbüros Anfang 1987 verantwortlich gemacht. Ihm wurde vorgeworfen, nicht konsequent an den„vier Grundprinzipien“ festgehalten zu haben. Er zog daraus seine Schlussfolgerung und trat am 16.

477. Siehe: Jin Chunming, Bbriss der Geschichte der VR China, a.a.O., S. 258

Januar als Generalsekretär zurück. Er blieb jedoch Mitglied des Politbüros des ZK. Hu erklärte angesichts der Situation seinen Rücktritt mit den Worten, er hätte das Prinzip der kollektiven Führung verletzt und in prinzipiellen politischen Fragen schwere Fehler begangen. Damit war die kurze Phase in der Entwicklung der Partei und des Staates abrupt beendet, die Hoffnung auf eine allseitige offene und demokratische Entwicklung hatte aufkommen lassen.[478] In größeren Teilen des Volkes blieb das Ansehen Hu Yaobangs augenscheinlich tief verankert, sonst ließe sich die massenhafte Trauerbekundung bei seinem Ableben im Frühjahr 1989 nicht erklären. Ich gehe noch weiter: Wären die Proteste der Studenten 1986 als „Widersprüche im Volke" behandelt und die bestehenden Probleme in den Beziehungen zwischen Partei und Volk damals ausgeräumt worden, hätte es wahrscheinlich auch die Massenproteste im Frühjahr 1989 nicht gegeben.

Der XIII. Parteitag der KP Chinas

Auf Hu Yaobang als Generalsekretär des ZK der KP Chinas folgte Zhao Ziyang, dessen Posten als Ministerpräsident Li Peng einnahm. Zhao Ziyangs hauptsächliches Anliegen war im Unterschied zum Beschluss der Partei über die Wirtschaftsreform von 1984 die Forcierung einer Wirtschaftsreform mit marktwirtschaftlichem Zuschnitt. Diese Tendenz widerspiegelte sich im Bericht des XII. Zentralkomitees an den XIII. Parteitag, der vom 25. Oktober bis 1. November 1987 in Beijing stattfand.

Auf seiner Tagesordnung standen neben dem Bericht des ZK die Arbeitsberichte der Disziplinkontrollkommission wie der Beraterkommission des ZK und Veränderungen am Parteistatut. Am Parteitag nahmen 1 936 Delegierte teil, die 46,01 Millionen Parteimitglieder vertraten. Außerdem nahmen als Gäste wiederum 61 Parteimitglieder teil, die vor 1927 in die Partei eingetreten waren. Dem Parteitag lag auch eine Grußadresse des ZK der SED vor.

478. Es soll nicht übersehen werden, dass auch Hu Yaobang in der internationalen Politik die offizielle Position der Differenzierungspolitik gegenüber den sozialistischen Ländern und der Annäherung an das kapitalistische Westeuropa vertrat (z. B. West- wie Osteuropa als starke Friedenskraft).

Das neue Zentralkomitee setzte sich aus 175 Mitgliedern und 110 Kandidaten zusammen. Die neu gewählte Beraterkommission (Vorsitzender Deng Xiaoping) und die Disziplinkontrollkommission (Vorsitzender Chen Yun) setzten sich aus 200 bzw. 69 Mitgliedern zusammen. Die 1. Tagung des XIII. ZK wählte Zhao Ziyang zum Generalsekretär des ZK und neben Zhao Li Peng, Qiao Shi, Hu Qili und Yao Yilin in den Ständigen Ausschuss des Politbüros. Zum Politbüro gehörten ferner Jiang Zemin und 16 weitere Genossen. Vorsitzender der Militärkommission des ZK der KP Chinas wurde wieder Deng Xiaoping.

Zhao Ziyang stellte dem Bericht eine verhältnismäßig reale Einschätzung des nach wie rückständigen Landes voran. Der Aufbau des Sozialismus in einem so rückständigen Land wie China wäre „ein neues Problem in der Entwicklungsgeschichte des Marxismus". Um es lösen zu können, müsse die KP Chinas „von den nationalen Bedingungen ausgehen, die Grundprinzipien des Marxismus mit der Realität in China verbinden und in der Praxis einen Weg des Sozialismus chinesischer Prägung bahnen". Aus den spezifischen Bedingungen rückständiger Produktivkräfte und einer erst schwach entwickelten Warenwirtschaft ergebe sich, dass China ein relativ langes Anfangsstadium des Sozialismus durchlaufen werde. Im Verlaufe dieses Stadiums werde sich China aus einem rückständigen Agrarland in ein modernes Industrieland, aus einem Land mit einem sehr großen Anteil an Naturalwirtschaft in ein Land mit hoch entwickelter Warenwirtschaft verwandeln. Die Theorie vom Anfangsstadium des Sozialismus besage zweierlei: „Unsere Gesellschaft ist bereits eine sozialistische Gesellschaft", und „die sozialistische Gesellschaft befindet sich in unserem Land noch im Anfangsstadium".[479] China könne den sozialistischen Weg einschlagen, „ohne das Stadium der vollständigen Entwicklung des Kapitalismus durchlaufen zu haben". Es wäre jedoch utopisch anzunehmen, dieses Stadium könne „ohne eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte übersprungen" werden.

Der Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung im Anfangsstadium des Sozialismus sollte sich nach folgender grundlegender

479. Quelle für dieses Zitat wie die folgendem zum Parteitag: XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Materialien, Berlin 1988. Die hier verwendete Übersetzung „Anfangsetappe" ist von mir korrigiert zu „Anfangsstadium".

Linie vollziehen: „die Völker aller Nationalitäten unseres Landes führen und zusammenschließen, den Wirtschaftsaufbau zum Schwerpunkt machen, an den vier Grundprinzipien und an Reform und Öffnung festhalten, sich auf die eigene Kraft stützen, hart arbeiten und darum kämpfen, unser Land zu einem starken, demokratischen, kulturvollen, modernen sozialistischen Land aufbauen".

Die strategische Planung des Wirtschaftsaufbaus sah drei Schritte vor: Verdopplung der Bruttoproduktion gegenüber 1980 und Lösung der Kleidungs- und Ernährungsfrage (wäre bereits erfüllt), erneute Verdopplung der Bruttoproduktion und Hebung des Lebensstandards des Volkes auf die Ebene eines bescheidenen Wohlstands bis zum Ende des Jahrhunderts, und bis Mitte des 21. Jahrhunderts durch eine im Wesentlichen erfolgte Modernisierung Anschluss an die Pro-Kopf-Produktion von Ländern mit einem mittleren Entwicklungsniveau und einem relativen Wohlstand für das Volk.

Um diese gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte erreichen zu können, sah der Parteitag die Lösung von drei Aufgaben vor: 1. Entwicklung von Wissenschaft und Technik sowie des Bildungswesens auf den ersten Platz stellen, damit sich der wirtschaftliche Aufbau auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und auf die Erhöhung des qualitativen Niveaus der Werktätigen stützen kann, 2. das Gleichgewicht zwischen Gesamtnachfrage und Gesamtangebot im Großen und Ganzen sichern, die Wirtschaftsstruktur rationell regulieren und umgestalten; und 3. die Öffnung nach außen erweitern und vertiefen, den Austausch und die Zusammenarbeit mit dem Ausland auf ökonomischem und technischem Gebiet ständig ausbauen.

Mit der Vertiefung der Reform würde allmählich „der Grundrahmen des neuen Systems der geplanten Warenwirtschaft geschaffen werden". In diesem System sollen Plan und Markt eine Einheit bilden. Der Fakt, dass die sozialistische Warenproduktion im Unterschied zum Kapitalismus auf dem Gemeineigentum beruht, biete die Möglichkeit, die koordinierte Entwicklung der Volkswirtschaft bewusst aufrecht zu erhalten. Die Planung werde auf dem Warenaustausch und dem Wertgesetz basieren. Dabei würde der Umfang des Direktivplans nach und nach reduziert und zur indirekten Leitung als Hauptform übergegangen werden. Der Wirkungsbereich der Planung und des Marktes umfasse die gesamte Gesell-

schaft. Der neue Wirtschaftsmechanismus soll generell nach dem Grundsatz „der Staat reguliert den Markt, und der Markt leitet die Betriebe an“ funktionieren. Der Staat werde ökonomische, juristische und notwendige administrative Mittel anwenden, um das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Markt zu regulieren.

Ein neues Problem für den Parteitag war ebenfalls die Reform des politischen Systems. Die Entwicklung der sozialistischen Warenwirtschaft sollte zugleich ein Prozess der Entwicklung der sozialistischen Demokratie sein. Die übermäßige Konzentration der Macht, der ernste Bürokratismus und der Einfluss des Feudalismus würden die Reform des politischen Systems dringlich machen. Durch die politische Reform sollten hauptsächlich erreicht werden: Trennung der Funktionen von Partei und Staat, Übertragung von mehr Machtbefugnissen an die unteren Ebenen („die Angelegenheiten der Massen sollen nach und nach im Rahmen der Gesetze von ihnen selbst geregelt werden“), Reform der Regierung, Reform der Kaderarbeit, Errichtung eines Systems der Konsultation und des Dialogs in der Gesellschaft, Vervollkommnung einiger Systeme der sozialistischen Demokratie und verstärkter Aufbau der sozialistischen Rechtsordnung.

Als Ziel der wirtschaftlichen und politischen Reform wurde genannt, „unter der Führung der Partei und im Rahmen der sozialistischen Ordnung … die Überlegung des Sozialismus voll zur Geltung zu bringen, letztendlich die entwickelten kapitalistischen Länder wirtschaftlich zu überholen, politisch eine höher entwickelte und realere Demokratie zu schaffen und mehr allseitig entwickelte Menschen als in diesen Ländern zu haben. Daran müssen wir die Resultate der Reform messen.“

Die politische Reform sollte den Parteiaufbau einschließen und der ideologischen und politischen Arbeit der Partei größeres Augenmerk schenken. Wahrscheinlich bezogen auf die Position der Marktwirtschaft hieß es, die Partei dürfe die „Beschäftigung mit unterschiedlichen Anschauungen“ nicht weiter untersagen. Als dringliche Aufgabe wurde genannt, die „vier Veränderungen“ in den Reihen der Kader voranzubringen. Ein gangbarer Weg für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie wurde darin gesehen, die Volksdemokratie durch die innerparteiliche Demokratie voranzutreiben. Die kollektive Führung sollte „institutionalisiert und die

führenden Genossen verstärkt kontrolliert werden“. Orientiert wurde auch auf eine Reform des Wahlsystems und die Gewährleistung der „demokratischen Rechte“ der Mitglieder. Die Parteimitglieder müssten stets bereit sein, ihre eigenen Interessen bewusst den Interessen des Staates und des Volkes unterzuordnen.

Eine Besonderheit des Parteitages war die deutliche Verjüngung der Parteiführung. Deng Xiaoping, Chen Yun und Li Xiannian nahmen nicht mehr an der Arbeit des ZK und des Politbüros teil. Unter ihrem Einfluss traten auch über 140 relativ hoch betagte Mitglieder und Kandidaten des ZK nicht mehr zur Wahl des neuen Zentralkomitees an. Einige von ihnen wurden Mitglieder der Beraterkommission des ZK der Partei. Deng Xiaoping blieb jedoch bei Entscheidungen über wichtige Fragen von Partei und Staat die letztlich entscheidende Person.

Erkenntnisse und Probleme

1. Mit dem XIII. Parteitag hatte die KP Chinas die Phase ihrer Neuorientierung und Neuformierung seit der 3. Tagung des XI. ZK Ende 1978 abgeschlossen. Der spezifische Weg Chinas zum Sozialismus war bestimmt, Inhalt und Phasen der Entwicklung im „Anfangsstadium des Sozialismus“ ausgearbeitet, das Ziel der Wirtschaftsreform geklärt, die politische Reform im Grundriss skizziert und der Generationswechsel in der Parteiführung weitgehend vollzogen. Die KP Chinas hatte eine Alternative zum „Sprung in den Kommunismus“ gefunden. Das alles hebt diesen Parteitag gegenüber den vorangegangen heraus. Die Frage war nun, ob und inwieweit es gelingen würde, seine Beschlüsse und Vorstellungen wie vorgesehen zu verwirklichen.

2. Es sind insbesondere drei Aspekte, die zu kommentieren sind. Ich halte die unveränderte Einschätzung der KP Chinas, in China existiere bereits eine sozialistische Gesellschaft, für realitätsfern. Dagegen sprechen schon die Rückständigkeit des Landes (Deng Xiaoping: Es gibt keinen armen Sozialismus.), das weitgehende Fehlen materieller und geistiger Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus und die Tatsache, dass der größere Teil der Bevölkerung

unter den Bedingungen einer kleinbäuerlichen Privatwirtschaft arbeitete und lebte. Meine zweite Bemerkung betrifft die festgelegten konkreten Schritte für die Einleitung einer grundsätzlichen politischen Reform. Bei allem, was in China dabei zu berücksichtigen ist, vermisse ich, dass sich die Partei auf die Entfaltung der politischen Rolle der Arbeiter und der anderen Werktätigen bei der Leitung und Gestaltung der neuen Gesellschaft orientiert. Meine dritte Anmerkung betrifft die Aufgaben der Wirtschaftsreform. Im Unterschied zum Beschluss über die Wirtschaftsreform 1984 sehe ich bereits Ansätze für einen „fließenden Übergang" zu einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem.

Hu Yaobang starb am 15. April 1989. Auf dem Hintergrund ernster ökonomischer und politischer Widersprüche und Probleme kam es bei den Trauerfeierlichkeiten zu ersten Demonstrationen von Studenten. Sie nutzten die Gelegenheit, um insbesondere die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, die Beseitigung der Korruption und des Bürokratismus im Partei- und Staatsapparat, Demokratie und die Schaffung einer sozialistischen Rechtsordnung einzufordern. Diese Begehren wurde von der chinesischen Führung als berechtigt anerkannt und später auch als aktive Unterstützung für die Durchsetzung der Politik der Partei gewertet. Die 80er Jahre waren jedoch eine Zeit, in der imperialistische und andere Kräfte (z. B. neotrotzkistische Kräfte) verstärkt versuchten, unter Ausnutzung innerer Widersprüche und Probleme in den sozialistischen Ländern ihre Agenturen auch in China auszubauen und zu aktivieren, um die sozialistische Alternative zu kippen. Augenscheinlich begann eine Minderheit dieser Kräfte bereits in der Anfangsphase der Demonstrationen (zweite Hälfte April) in Erscheinung zu treten. Sie mischten sich unter die Demonstranten, riefen sie zum Sturz der Herrschaft der KP Chinas auf und griffen führende Persönlichkeiten von Partei und Regierung offen an. Sie steckten offenbar auch hinter den Organisatoren der gewaltsamen Zusammenstöße vor dem Sitz der Partei und des Staatsrates. Die Demonstrationen breiteten sich schnell auf viele Städte aus. Die Zahl der demonstrierenden Studenten, aber auch von Teilen der Intelligenz, der Arbeiter und anderer sozialer Gruppen, die sich einreihten, ging schließlich in die Millionen. An verschiedenen Orten wie in Xian, Provinz Shanxi, und in Changsha, Provinz Hunan, kam

es zu Zerstörungen, Plünderungen und Brandschatzungen.

In der KP Chinas gab es in der Einschätzung der Ereignisse und damit ihrer Behandlung tiefe Meinungsverschiedenheiten. Die Entwicklung drohte, in eine antisozialistische Richtung zu eskalieren. Der weitere Verlauf der Ereignisse bis zur militärischen Unterbindung der Demonstrationen und Proteste am 4. Juni ist bekannt. Die herrschenden Mächte des Westens waren über das Scheitern des Versuchs enttäuscht, die Demonstrationen als Vehikel nutzen zu können, um China zu „verwestlichen". So kannten ihre Medien auch keine Grenze in der Maßlosigkeit, den Charakter und den Ausgang der Ereignisse zu verfälschen.[480] Mit der Veröffentlichung der entsprechenden Dokumente wird es möglich sein, die Ereignisse allseitig und sachlich zu analysieren.

Die KP Chinas zog auf der 4. Tagung des XIII. ZK am 23.-24. Juni 1989 erste Schlussfolgerungen aus den Ereignissen. Zhao Ziyang, der eine generell versöhnliche Haltung gegenüber den „gemischten" Forderungen der Demonstranten eingenommen hatte, wurde als Generalsekretär des ZK abgesetzt, auch aller anderen Funktionen entbunden und aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen. Auf Vorschlag Deng Xiaopings wurde das Mitglied des Politbüros und Sekretär der Shanghaier Parteiorganisation Jiang Zemin zum neuen Generalsekretär des ZK gewählt. Mit der Entfernung weiterer drei leitender Parteikader aus dem Politbüro und dem Sekretariat des ZK und der Nachwahl von Li Ruihuan und anderen in die engere Parteiführung konstituierte sich eine neue Parteiführung.

Im Ergebnis der Parteisäuberung nach den Juni-Ereignissen wurden amtlichen Angaben zufolge zwischen Juli 1989 und Juli 1990 insgesamt über 74 000 Parteimitglieder wegen Korruption, Bestechung und Verkommenheit mit Parteistrafen belegt. Knapp 18 000 wurden aus der Partei ausgeschlossen und den Justizorganen übergeben.

480. Helmut Schmidt schrieb von einer „übertreibenden westlichen Medien-Berichterstattung". Siehe: Helmut Schmidt, Außer Dienst. Eine Bilanz. München 2008, S.60.

481. Quelle für die folgenden statistischen Angaben, wenn nichts anderes vermerkt: „Statistisches Jahrbuch Chinas 1993" und „Statistisches Jahrbuch Chinas 2005", Beijing 1993 bzw. 2005, chines.

2.6. Ökonomischer und sozialer Entwicklungsstand am Ende der ersten Etappe der Wirtschaftsreform

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der VR China hatte sich bei einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 9,45 Prozent von 4 038,2 Mio im Jahre 1979 auf 26 651,9 Mio. Yuan im Jahre 1992 erhöht. Pro Kopf der Bevölkerung war das BIP von 417 auf 2.287 Yuan gestiegen[481].Der Gesamtwert der Industrieproduktion belief sich 1992 auf 3 706,6 rd. Yuan und hatte sich damit gegenüber 1978 um das 8,7-fache gesteigert. Der entsprechend Wert der landwirtschaftlichen Produktion betrug 908,5 Mrd. Yuan und war damit auf das 6,5-fache angewachsen. Der Außenhandel hatte einen Wert von 165,61 Mrd. US-Dollar erreicht und sich damit verdreifacht. Die Direktinvestitionen des ausländischen Kapitals waren von Null auf 11,007 Mrd. US-Dollar gestiegen.

Anteil der drei Sektoren an der Erzeugung des BIP 1992

	Anteil an Arbeitskräften	**Anteil am BIP**
Primärer Sektor	61,27%	21,8%
Sekundärer Sektor	24,5%	43,9%
Tertiärer Sektor	14,23%	34,3%

Die Besonderheit der ersten Etappe der Wirtschaftsreform bestand im Übergang von einförmigen Strukturen des Gemeineigentums zu einer vielschichtigen Eigentumsstruktur und in einer gewissen Auflockerung der hoch zentralisierten administrativen Kommandowirtschaft durch marktwirtschaftliche Elemente.

Veränderung der Eigentumsstruktur von 1978 bis 1992

	Industrie*		**Einzelhandel**	
	1978	**1992**	**1978**	**1992**
Staatlicher Sektor	80 %	40 %	90,7 %	39,6 % **
Kollektiver Sektor	?	50 %	7,2 %	31,7 %
Andere Sektoren	?	10 %	?	28,7 %

*Quelle: He Li, Geschichte der Volksrepublik China, a. a. O., S. 535 ff. * Das private Kleingewerbe war in Industrie, im Handwerk und im Dienstleistungswesen vertreten. ** Angaben für den Einzelhandel 1992 differieren um 0,3 %.*

1992 gab es in Industrie und Handel zusammen 15,339 Millionen einzelwirtschaftliche Unternehmen mit 24,67 Mio Beschäftigten (3,9 % aller Werktätigen). Eine Minderheit unter ihnen, 139 000 Unternehmen, hatte die Grenze von acht Beschäftigten überschritten und hatte damit einen „privatwirtschaftenden" (si-ying), d. h. einen kapitalistischen Charakter angenommen. Im Durchschnitt verfügte ein solches Unternehmen über 199 000 Yuan registriertes Kapital, und es beschäftigte 16 ArbeiterInnen. Die Jahresproduktion eines Unternehmens dieser Kategorie betrug 1992 im Durchschnitt 12,31 Mio. Yuan. Diese Eigentumsform befand sich erst im Anfangsstadium ihrer Entwicklung. Dieser Sektor war jedoch größer als es die offiziellen Zahlen aussagen; denn die rechtliche Unsicherheit für diese Unternehmen veranlasste viele ihrer Besitzer, unter der Fahne des kollektiven Eigentums zu wirtschaften. Er entwickelte sich sehr schnell. Sein Produktionswert legte allein von 1991 zu 1992 um 20,7 Prozent zu.

Diese Veränderungen in der Eigentumsstruktur entsprachen dem Erfordernis, den deutlichen Widerspruch zwischen dem Charakter und Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte und der seit den 50er Jahren herausgebildeten formalen Übervergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln zu lösen. Sie waren ein wesentlicher Schritt für die „Befreiung der Produktivkräfte" und die Beschleunigung ihrer Entwicklung.

Bis 1988 war die Direktivplanung im Bereich der Industrie von 129 auf 60 Erzeugnisse mit einem Anteil am Gesamtwert der Industrieproduktion von rd. 20 Prozent reduziert worden. Der Anteil der staatlichen Zuteilung von Produktionsmitteln an die Unternehmen war ebenfalls stark verkleinert worden. Schon 1987 hatte dieser Anteil bei Stahlmaterialien nur noch 47,1 Prozent, bei Kohle 47,2 Prozent, bei Holz 27 Prozent und bei Zement 15,6 Prozent betragen. Im Bereich des Handels waren nur noch 26 von ehemals 255 Sortimenten in der staatlichen Planung verblieben. Die Zuteilungsmarken für Baumwollstoff und weitere 41 Konsumgüter konnten aufgehoben werden. Die Preise für Konsumgüter regelte nun grundsätzlich der Markt.

Das System der vertraglichen Verantwortung für die Produktion existierte 1988 bereits in 90 Prozent aller großen und mittleren staatlichen Unternehmen. Am Ende dieser ersten Etappe der Wirtschaftsreform waren 53,3 Prozent aller kleinen staatlichen Unter-

nehmen entweder in kollektives Eigentum umgewandelt, verpachtet oder in andere Formen privater Bewirtschaftung gegeben worden. Die Unternehmen des staatlichen Sektors hatten nun das Recht auf einen Gewinnanteil und auf eine selbstständige Regelung aller inneren Fragen einschließlich der Festlegung der Abgabepreise für ihre Erzeugnisse und Dienstleistungen.

Mit dem Übergang zur allseitigen Wirtschaftsreform 1984 und der Forcierung des Wachstums des BIP begannen sich jedoch größere Probleme abzuzeichnen. Das Wachstum der Volkswirtschaft verlief zunehmend disproportional. Während die verarbeitende Industrie 1988 um 23 Prozent wuchs, blieben die Grundstoffindustrie mit 10,8 Prozent und das Energieaufkommen mit gar nur 4,2 Prozent dahinter zurück. 40 Prozent der industriellen Produktionskapazitäten konnten in diesem Jahr durch den Mangel an Rohstoffen und Energie nicht ausgelastet werden. Die Getreideproduktion pro Kopf ging 1988 gegenüber 1984 um 10 Prozent zurück. 1987/1988 kam es zu einer inflationären Preisentwicklung, die bei Lebensmitteln bis zu 50 und bei einzelnen Industriewaren bis zu 100 Prozent betrug. Die Grenze der Belastbarkeit für die Werktätigen und Unternehmen war erreicht und teilweise überschritten worden. Um die drohende Krise abzuwenden, fasste das 3. Plenum des XIII. ZK der KP Chinas im September 1988 den Beschluss, bei Beibehaltung der Grundrichtung der Reform- und Öffnungspolitik das Schwergewicht der Arbeit für die Jahre 1989/1990 auf die Stabilisierung der ökonomischen Lage, die Schaffung eines günstigeren Umfeldes für die Reform und auf die Festigung der Einheit und Kampfkraft der Partei zu legen. Die zentralen staatlichen Leitungen wurden in ihrer Kontrolle über die Entwicklung der Wirtschaft gestärkt, um die gesellschaftliche Nachfrage einzuschränken und das Tempo des industriellen Wachstums zu drosseln. Die Preisreform wurde zurückgestellt. Offenbar waren nicht alle Mitglieder der Parteiführung mit diesem Beschluss einverstanden. Es kam dann auch zu der bereits erwähnten Verschärfung der Auseinandersetzung über die Beziehungen zwischen Plan und Markt.

Die Bevölkerungszahl des Landes hatte sich seit 1978 um rd. 209 Mio auf 1 171,71 Mrd. Menschen erhöht. Im deutlichen Ansteigen des Anteils der städtischen Bevölkerung von 17,92 auf 27,46 Prozent zeichnete sich die Beschleunigung des Urbanisierungsprozesses ab. Das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung war in den Städten

von 343,4 auf 2 026,6 Yuan und auf den Dörfern von 133,6 auf 784 Yuan gestiegen. Der Gini-Koeffizient[482] verändert sich in dieser Etappe sozialer Entwicklung nur unwesentlich. Nach chinesischen Angaben stieg er von 0,18 im Jahre 1978 auf 0,288 im Jahre 1990. Die gesellschaftlichen Veränderungen in diesem Zeitraum waren folglich noch nicht von einem größeren Anwachsen der sozialen Unterschiede begleitet gewesen.

2.7. Internationale Politik im Zeichen der Reform- und Öffnungspolitik (1978-1992)

Im Mittelpunkt der internationalen Beziehungen der VR China am Ende der 70er Jahre standen der Abschluss eines Freundschaftsvertrages mit Japan und die Aufnahme der Beziehungen mit den USA.

Bereits im Februar 1978 wurde zwischen China und Japan ein langfristiges Handelsabkommen in Höhe von 29 Mrd. US-Dollar unterzeichnet. Das Streben Japans, so bald wie möglich auch einen Freundschaftsvertrag mit der Volksrepublik abzuschließen, wurde von den USA im Interesse ihrer antisowjetischen Globalstrategie unterstützt. Schon nach wenigen Wochen Verhandlungsdauer konnte der Vertrag am 12. August 1978 in Beijing unterschrieben werden. Er sah vor, die beiderseitigen Beziehungen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu gestalten und alle Streitigkeiten zwischen beiden Ländern friedlich zu lösen. Festgeschrieben wurde, dass keine der beiden Seiten weder in der asiatisch-pazifischen Region noch in einem anderen Teil der Welt nach Hegemonie streben wird und sich beide Seiten auch gegen Hegemoniebestrebungen einer dritten Seite wenden werden. Der Vertrag enthielt auch Vereinbarungen für den weiteren Ausbau der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Deng Xiaoping folgte im Oktober einer Einladung nach Japan, und noch im gleichen Monat trat der von beiden Seiten ratifizierte Vertrag in Kraft. Er stärkte Chinas internationale Sicherheit und Stellung und

482. Der Gini-Koeffizient misst die Ungleichheit der Einkommen und der Vermögen. Er beziffert die prozentuale Abweichung von einer Situation völliger Gleichheit. Ein Wert von 0 zeigt eine völlig egalitäre Gesellschaft an, ein Wert von 1 die absolute Ungleichheit. Die Grenze zu einer Gesellschaft sozialer Polarisierung wird bei 0,4 überschritten.

erweiterte seine Möglichkeiten, das fortgeschrittene ökonomische und wissenschaftlich-technische Niveau Japans für die eigene Modernisierung zu nutzen.

Nach dem Amtsantritt Präsident Carters stimmten die USA im Mai 1978 dem Begriff „ein China" zu. Um die Hindernisse für eine Normalisierung der Beziehungen aus dem Weg zu räumen, formulierte Washington drei Taiwan betreffende Bedingungen, die Beijing als Einmischung in die inneren Angelegenheiten jedoch ablehnte. Anfang Juli 1978 begannen die offiziellen Verhandlungen über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen. Da die USA langfristig eine Art strategische Partnerschaft gegen die Sowjetunion anstrebten, akzeptierten sie letztlich folgende drei Vorschläge der chinesischen Seite: Die Regierung der VR China ist die einzige chinesische Regierung. Es gibt nur ein China. Taiwan ist ein Teil Chinas. Unter diesen Bedingungen war Beijing damit einverstanden, dass die Amerikaner mit den Taiwanern kulturelle, Handels- und andere nichtoffizielle Beziehungen unterhielten. Am 10. Dezember 1978 wurde das Kommuniqué über die Aufnahme der Beziehungen unterzeichnet und am 1.1. 1979 erfolgte die offizielle Aufnahme der Beziehungen. Am gleichen Tage veröffentlichte der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses der VR China eine Botschaft an die Landsleute auf Taiwan, in der die Hoffnung auf eine friedliche Wiedervereinigung ausgedrückt wurde. Präsident Carter antwortete gewissermaßen mit der Unterzeichnung des „Taiwan Relations Act" am 10. Januar 1979. Damit sicherten die USA den Regierenden auf Taiwan zu, Güter zur „Verteidigungs"zwecken zu liefern und den Mitarbeitern der in den USA vorgesehenen taiwanesischen Verwaltungsstelle diplomatische Privilegien und Immunität zu gewähren. Der Sache nach wurde Taiwan damit als ein unabhängiges politisches Gebilde behandelt. Obwohl dieses Dokument eigentlich ein ernstes Hindernis für die Entwicklung normaler Beziehungen darstellte, entwickelten sich die Beziehungen zwischen der VR China und den USA schnell. 1979 und 1980 wurden zwischen beiden Seiten immerhin 35 Verträge, Abkommen und Protokolle für die Entwicklung des Handels, des wissenschaftlich-technischen Austauschs und des Tourismus abgeschlossen.

Mit der Entwicklung der Beziehungen zu den USA und Japan verfolgte Beijing überdies ganz klar das Ziel, den sowjetischen

Aktivitäten im Fernen Osten und in der asiatisch-pazifischen Region zu begegnen. Deng Xiaoping drückte diesen Aspekt chinesischer Außenpolitik während seines Besuchs in den USA 1979 unumwunden aus: „Die USA, China, Japan, Westeuropa und die anderen Länder der Welt vereinen sich … gegen den sowjetischen Hegemonismus." Als Vietnam 1979 in Kamputschea einmarschierte, um das Land von der grausamen Herrschaft des Pol-Put-Regimes zu befreien, begann das China Deng Xiaopings einen „Grenzkrieg" gegen die DRV. Gedacht war dieser begrenzte Krieg nicht allein als „Schritt zur Bestrafung des regionalen Hegemonismus Vietnams", sondern auch als Schlag gegen die Ausdehnung des sowjetischen Einflusses nach Süden.

Mit Beginn der 80er Jahre veränderte sich die außenpolitische Strategie der VR China. Hervorgehoben wurde jetzt die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit friedlicher Außenpolitik, die Zusammenarbeit mit „allen Völkern der Welt" für eine gemeinsame Prosperität und Entwicklung. Deng Xiaoping formulierte am 16. Februar 1980 drei große Aufgaben für China, deren verbindender Gedanke Frieden und Entwicklung waren: Kampf gegen den Hegemonismus und Schutz des Friedens, Taiwan „ins Vaterland zurückholen" und China vereinigen, Verstärkung der Modernisierung mit dem wirtschaftlichen Aufbau als Kern.

Die Betonung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit chinesischer Außenpolitik war faktisch eine Absage an die USA, sich nicht weiter für den aggressiven außenpolitischen Kurs Washingtons vereinnahmen zu lassen. Dazu trugen nicht zuletzt die absehbaren negativen Auswirkungen dieses Kurses auf die Wahrnehmung der eigenen Interessen bei. Ich nenne einige solche Faktoren: Die Gefährdung des Weltfriedens durch den Kurs der Reagan-Administration bedrohte auch China und seine Modernisierung. Der antikommunistische Kurs Washingtons in der Taiwanfrage wirkte der Wiedervereinigungspolitik Beijings direkt entgegen. Die USA-Politik in der „dritten Welt" beeinträchtigte zunehmend die Interessen Chinas. Schließlich wurde Beijing auch klar, dass eine Fortsetzung des harten antisowjetischen Konfrontationskurses starke militärische Kräfte an seiner langen Grenze zur Sowjetunion band, den außenpolitischen Spielraum Chinas einschränkte und letztlich allein der Hegemoniepolitik der USA nutzte.[483] Beijing nahm diesen Wechsel wohl auch vor, nachdem es in den Beziehungen mit Japan

relative Sicherheit und Stabilität und von den USA wesentliche Zugeständnisse in der Taiwanfrage erreicht hatte.

In China wird diese Veränderung der strategischen Linie der 70er Jahre, die einseitig darauf gerichtet gewesen war, dem sowjetischen Hegemonismus entgegenzutreten, als Schritt zu einer „Außenpolitik der vollständigen Unabhängigkeit und Selbstständigkeit" charakterisiert.[484] Deng Xiaoping wurde auf dem XII. Parteitag deutlicher: „Kein fremdes Land kann darauf zählen, dass China sein Anhängsel wird und die bittere Pille schluckt, dass seinen Interessen Schaden zugefügt wird."

Diese strategische Umorientierung eröffnete den sozialistischen Ländern wieder eine reale Möglichkeit, Wege zur Normalisierung der Beziehungen mit China zu sondieren und zu beschreiten. Nehmen wir als Beispiel die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China. Es begann 1980 mit der erneuten Entsendung von Lehrkräften der DDR für deutsche Sprache. 1982 wurde in der DDR begonnen, alles zu unterlassen, was nach Meinung Erich Honeckers die Beziehungen zur VR China stören könnte. Die Solidaritätsbekundungen mit Vietnam wurden eingestellt und die Veröffentlichung von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen über die innere und äußere Entwicklung der VR China, die z. T. schon auf der Leipziger Buchmesse angekündigt worden waren, von höchster Stelle untersagt.[485] Am 23. Juni 1983 konnte bereits das erste Regierungsabkommen (Post- und Fernmeldewesen) abgeschlossen werden. Im April 1984 nahm der neu gebildete Ausschuss für Zusammenarbeit auf den Gebieten Wirtschaft, Außenhandel, Wissenschaft und Technik seine Arbeit auf. Beide Seiten vereinbarten die Beteiligung der DDR an der Rekonstruktion, Entwicklung und Erweiterung von 44 industriellen Objekten in der VR China. 1985 begann mit Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng am 20. Mai in der DDR die entscheidende Phase in der Normalisierung der Beziehungen. Erich Honecker vereinbarte mit Li, den Warenaustausch zwischen beiden Ländern bis 1990 auf 250

483. Helmut Peters, Die chinesische Gesellschaft in der ersten Hälfte der achtziger Jahre. Einige Grundprobleme. Einleitender Beitrag auf der Konferenz der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED „Die chinesische Gesellschaft im der ersten Hälfte der achtziger Jahre" vom 27.- 28.1.1983, in: Protokollband, Teil I, Berlin 1983, S. 1 – 42.

484. He Li, a.a.O., S. 519.

485. Darunter befand sich auch das Buchmanuskript „Ökonomische und politische Verhältnisse in der VR China" der Autoren Helmut Peters und Ralf Moritz.

Prozent zu erhöhen. Li Peng lud Honecker im Namen des ZK der KP Chinas zu einem Besuch in China ein. Mit der China-Reise der Politbüro-Mitglieder Gerhard Schürer (Juni), Kleiber (Oktober) und Horst Sindermann (Dezember) wurden nicht nur die Möglichkeiten einer Erweiterung des wirtschaftlichen Austauschs geprüft, sondern auch die Reise Erich Honeckers unmittelbar vorbereitet. Alle drei Gäste führten Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KP Chinas, Hu Yaobang. Im Frühjahr 1986 entsandte die VR China über 900 Arbeitskräfte zur Qualifizierung in Waggonbaubetriebe der DDR (Dessau, Bautzen).

Damit verbunden war die Zusage der DDR, in China ein Werk für die Herstellung von Kühlwaggons zu errichten. Dem Besuch Honeckers unmittelbar voraus ging der Besuch Margot Honeckers Ende Juni/Anfang Juli 1986 in der VR China, in dessen Verlauf sie ebenfalls von Hu Yaobang empfangen wurde. Dann folgte im Ergebnis all dieser Vorbereitungen im Rahmen einer Reise in mehrerer fernöstliche sozialistische Länder der Besuch Honeckers als Generalsekretär des ZK der SED vom 21.-26. Oktober 1986 in der VR China. Dieser Besuch, Ausdruck einer selbstständigen internationalen Politik, erfolgte letztlich in Abstimmung mit der KPdSU. Zwischen den Generalsekretären beider Parteien gab es intensive Gespräche über die Gestaltung der bilateralen Partei- und Staatsbeziehungen, über die Bereitschaft der KPdSU und der Sowjetunion, ihrerseits die Beziehungen mit der KP Chinas und der VR China zu normalisieren sowie über nukleare Abrüstung und eine Reihe internationaler Probleme. Hu Yaobang erklärte, dass China die engen Beziehungen zwischen der UdSSR und einer Reihe sozialistischer Länder respektiere und nichts unternehmen werde, sie zu unterlaufen. Er versicherte zugleich, dass die VR China in ihren Beziehungen zur BRD die Interessen der DDR „streng wahren“ wird. Honecker traf sich auch mit Deng Xiaoping und anderen führenden Persönlichkeiten Chinas. Im Ergebnis der Gespräche wurde vereinbart, die „nie unterbrochenen“ Parteibeziehungen sowie die staatlichen Beziehungen weiter auszubauen. Auf Initiative der DDR unterzeichnete die VR China erstmals ein langfristiges Abkommen über wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Hu Yaobang dankte der DDR, dass sie bei der Normalisierung der Beziehungen sozialistischer Länder zur VR China vorangegangen war. Hierin sehe ich auch das

wesentliche Ergebnis der Reise Erich Honeckers, denn danach folgten auch andere sozialistische Länder dem Beispiel der SED und der DDR. Mit dem Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow im Mai 1989 in Beijing wurde dieser Prozess der offiziellen Normalisierung der Beziehungen mit den sozialistischen Ländern abgeschlossen. Der Zusammenbruch des „realen Sozialismus" in der UdSSR und in Osteuropa beendete dieses Kapitel, allerdings anders, als sich das seine Akteure vorgestellt hatten.

Auch nach der strategischen Umorientierung seiner internationalen Politik orientierte sich Beijing weiterhin auf den Ausbau seiner Beziehungen mit den USA, Japan, der BRD und anderen ökonomisch entwickelten kapitalistischen Ländern; denn China war vor allem an Kapital und entwickelter Wissenschaft und Technik für seine Modernisierung interessiert. Das widerspiegelt schon die Entwicklung der regionalen Struktur des chinesischen Außenhandels. Mitte der 80er Jahre war beispielsweise der Anteil Westeuropas am Außenhandel der VR China fast viermal größer als der Osteuropas und das Volumen des Außenhandels der BRD mit der VR China fast achtmal größer als das der DDR mit China. Zu dieser Zeit führten Japan mit 13,86 Mrd. und die USA mit 7,3 Mrd. US-Dollar weit vor allen anderen die Liste der Handelspartner Chinas an.[486]

Zwischen diesen beiden Ländern und China hatte sich im Verlauf der 80er Jahre ein reger Meinungsaustausch auf hoher und höchster Ebene entwickelt. Mit Reagan besuchte im April 1984 erstmals ein USA-Präsident die VR China, gut ein Jahr später folgte der Besuch des Vorsitzenden der VR China Li Xiannian in den USA. 1983 erließ Washington neue Bestimmungen zur Überlassung von Wissenschaft und Technik an China. China wurde im Export als ein mit den USA befreundetes nichtpaktgebundenes Land eingestuft. Von 1978 bis Ende 1985 schickte China rd. 10 000 Studenten zum Studium in die USA und die USA über 5 000 Studenten zum Studium nach China. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern florierten, aber sie stießen auch an Grenzen. Spitzen-Technologie im Hightech-Bereich waren die USA nicht bereit, China zu überlassen. Und da waren noch die Waffenverkäufe der USA an Taiwan. Die USA und die VR China

486. Hans Jürgen Süssespeck, Die Wirtschaftsbeziehungen der Volksrepublik China mit den nichtsozialistischen Ländern, Reihe „Sozialwissenschaftliche Studien", Bochum 1987, S. 297/298; „Statistisches Jahrbuch China 1987", Beijing 1987, S. 595/596, chines.

waren zwar am 17. August 1982 übereingekommen, dass die USA ihre Waffenverkäufe an Taiwan allmählich verringern würden. Am gleichen Tag erklärte Präsident Reagan jedoch auch, dass die USA in Übereinstimmung mit dem „Taiwan Relations Act" weiterhin Waffen an Taiwan verkaufen werden. Die USA stellten ihre Einmischung in die Taiwanfrage, die für die Volksrepublik eine Frage der Innenpolitik ist, nicht ein. Sie lehnten es auch ab, die chinesische Politik auf Herstellung der drei Direktverbindungen mit Taiwan (Seeweg, Luftweg und Postverbindungen) und auf Wiedervereinigung nach dem Prinzip „ein Land, zwei Systeme" zu unterstützen.

Die Entwicklung der chinesisch-japanischen Beziehungen in den 80er Jahren verlief aus chinesischer Sicht insgesamt zufriedenstellend. Beide Seiten hielten sich an die vereinbarten vier Prinzipien „Frieden und Freundschaft, Gleichberechtigung und beiderseitiger Nutzen, langfristige Stabilität, gegenseitige Verlässlichkeit". Auch mit Japan entwickelte sich ein intensiver Meinungsaustausch auf hoher und höchster Ebene. Beide Länder entwickelten vielfältige Formen der wirtschaftlichen Konsultation. Der Anteil Japans machte etwa ein Viertel des gesamten chinesischen Außenhandels aus. Allseitig entwickelte sich auch der Austausch auf kulturellem und anderen Gebieten. Die Hauptprobleme, die sich negativ auf die beiderseitigen Beziehungen auswirkten, waren aus chinesischer Sicht die Haltung Japans gegenüber seiner früheren militaristischen Aggressionspolitik gegenüber China und die japanische Politik in der Taiwanfrage, die Propagierung von „zwei China".

Mit Beginn der 80er Jahre begannen sich auch die Beziehungen zwischen China und Westeuropa schnell in Breite und Tiefe zu entfalten. Beijing begann in seiner praktischen Politik, Westeuropa verstärkt als eine wichtige Kraft, die den Krieg verhindern und den Weltfrieden schützen würde, zu behandeln. Es begrüßte und unterstützte die (kapitalistische) Integration Westeuropas und seine Entwicklung zu einem neuen Kraft- und Machtpol in der Welt. Beijing war bestrebt, sich den ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt in Westeuropa weitgehend zu erschließen und in diesem Sinne auch die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Zentren auszunutzen. Die chinesische Führung ließ sich dabei von der Einschätzung leiten, dass es zwischen China und Westeuropa keine grundlegenden Widersprüche und Konflikte gibt, dass

beide Seiten sich deshalb in ihren jeweiligen Stärken ergänzen und in ihrer Entwicklung fördern könnten. Das kam der herrschenden Klasse in Westeuropa entgegen. China wurde für sie als Partner aus wirtschaftlichen und politischen Gründen bedeutsam. Das China der Reform mit seinem riesigen, schier unerschöpflichen Markt reizte ebenso wie der Gedanke, auf diesem Wege in eine günstigere Position gegenüber der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern Osteuropas zu kommen. Ein Teil der westeuropäischen Bourgeoisie sah in engen Beziehungen zu China auch eine Möglichkeit, sich als ein aufsteigender neuer Pol im internationalen Kräfteverhältnis gegenüber den USA zu profilieren. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der VR China und Westeuropa äußerte sich insbesondere in der Vertiefung der politischen Beziehungen. Vor allem seit Mitte der 80er Jahr häuften sich geradezu die gegenseitigen Besuche führender Repräsentanten der VR China und der einzelnen Länder Westeuropas. Das förderte die Entwicklung der Handelsbeziehungen und den Austausch in den Bereichen Wissenschaft und Technik, Kultur, Bildung und nicht zuletzt auf militärischem Gebiet. Der Wert allein des Außenhandels der VR China mit der BRD stieg von 1 813 Mrd. im Jahre 1980 auf 6 293 Mrd. Euro im Jahre 1990 an.[487] Im Zuge der wirtschaftlichen Beziehungen setzten auch die ersten direkten Kapitalinvestitionen in der VR China ein.

Die Verhandlungen zwischen der VR China und Großbritannien über die Rückgabe Xianggangs (Hongkongs) an die VR China begannen am 22. September 1982. Im Ergebnis unterzeichneten Ministerpräsident Zhao Ziyang und Premier Magret Thatcher in Beijing am 19. Dezember 1984 eine Gemeinsame Erklärung. Thatcher hatte anfangs u. a. weiszumachen versucht, dass das Vertrauen zu Xianggang in der Welt des Kapitals davon abhänge, dass es von Großbritannien regiert werde. Im März 1983 erklärte sich Großbritannien dann bereit, Xianggang nach Ablauf des Vertrages wieder der chinesischen Souveränität zu unterstellen. Im Rahmen der von Deng Xiaoping entwickelten Doktrin „ein Land, zwei System" wurde vereinbart, dass Xianggang eine Sonderverwaltungszone (SVZ) der VR China sein wird, in der die kapitalistische Ordnung mindestens 50 Jahre bestehen bleibt.

487. Statistisches Bundesamt Deutschland, STARTmagazin, Außenhandel.

Mit der Neuorientierung der chinesischen Außenpolitik zu Beginn der 80er Jahre wurde beschlossen, auch den Zusammenschluss und die Zusammenarbeit mit der „dritten Welt" zu intensivieren. Eine der zentralen Aufgaben ihrer neuen Außenpolitik sah die VR China im Zusammengehen mit den Entwicklungsländern, um eine neue Weltwirtschaftsordnung zu erreichen. Schon in den ersten Jahren der neuen Außenpolitik kam es zu einem deutlichen Ausbau und einer Vertiefung dieser Zusammenarbeit. Allein 1980/1981 besuchten führende Repräsentanten aus 11 Entwicklungsländern die Volksrepublik, abgesehen von Mexiko alle aus der asiatischen Region. Für die Entwicklung seiner Beziehungen zu den Entwicklungsländern hatte Beijing vier Prinzipien formuliert: Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen, Wert auf Effektivität legen, Vielfältigkeit in den Formen, gemeinsame Entwicklung. Von diesen Prinzipien inspiriert nahm die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, des Handels und des kulturellen Austauschs mit vielen Ländern der „dritten Welt" einen neuen Aufschwung. Die Haupthandelspartner der VR China unter den Entwicklungsländern waren 1992 Singapur (3,2 Mrd. US-Dollar), Indonesien (2 Mrd. US-Dollar), Malaysia (1,47 Mrd. US-Dollar) und Thailand (1,3 Mrd. US-Dollar), sämtlich in Asien. Es folgten in Lateinamerika Brasilien (584 Mio US-Dollar), Chile (537 Mio US-Dollar), Kuba (383 Mio US-Dollar) und Peru (345 Mio US-Dollar). Den Schluss bildete Afrika mit Libyen (176 Mio US-Dollar), Ägypten (175 Mio US-Dollar), Marrokko (144 Mio US-Dollar) und Simbabwe (125 Mio US-Dollar). Ein Vergleich mit Japan (über 25 Mrd. US-Dollar), den USA (17,4 Mrd. US-Dollar) oder mit der BRD (64,7 Mrd. US-Dollar) macht jedoch deutlich, welcher Teil der Welt für die VR China bei allen Bekundungen zur „dritten Welt" die entscheidende wirtschaftliche Rolle spielte.[488]

488. „Statistisches Jahrbuch China 1993", a.a.O., S. 638-640

3. „Chinesisches Wunder“ (1993-2002)

Die Juni-Ereignisse 1989 hatten dem Land schweren politischen und wirtschaftlichen Schaden zugefügt und seinem internationalen Ansehen bis in die kommunistische Bewegung hinein ernsthaft und nachhaltig geschadet. Die herrschende Klasse der kapitalistischen Welt nahm die Ereignisse zum Anlass, die VR China durch Sanktionen zu schädigen und zu isolieren. Die Gipfelkonferenz der G 7, die im Juli 1989 in Paris zusammentrat, beschloss eine ganze Reihe von Sanktionen gegen die VR China. Dazu gehörte die Aussetzung politischer Begegnungen mit Repräsentanten der chinesischen Führung wie die Unterbindung weiterer Kredite durch die Weltbank.

Es folgte der Untergang des „realen Sozialismus“ in der Sowjetunion und in Osteuropa[489] und damit die Auflösung der bipolaren konfrontativen Konstellation, wie sie mit dem Kalten Krieg entstanden war. Die kommunistische Weltbewegung hatte die schwerste Niederlage in ihrer Geschichte erlitten, und die internationale Friedensbewegung hatte ihre stärkste und wichtigste Stütze eingebüßt. Diese grundlegenden Veränderungen in der Weltlage mussten sich nachhaltig auf die Entwicklung der VR China und die Gestaltung ihrer Reform- und Öffnungspolitik auswirken. Die KP Chinas hatte sich zum einen darauf einzustellen, dass der Kapitalismus nun antrat, historisch schon verlorenes Terrain wieder zu erobern, und die Supermacht USA jetzt alle Mittel einschließlich des Krieges einsetzte, diese Chance für einen erneuten Anlauf zur Eroberung der Weltherrschaft zu nutzen. Die KP Chinas musste die Ursachen für diesen Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ herausfinden, um daraus Schlussfolgerungen für die Absicherung des eigenen sozialistischen Weges unter den veränderten internationalen Bedingungen zu ziehen.

Wie würden Partei und Regierung des Landes auf diese in der bisherigen Geschichte der Reform- und Öffnungspolitik schwierigste Situation und die sich daraus ergebenden, bislang so nicht gekannten Herausforderungen reagieren? Welche Auswirkungen würden diese Ereignisse auf die Politik der Reform und Öffnung des Landes haben?

489. Das betraf auch die Mongolische Volksrepublik.

3.1. Politische Entwicklung vom XIV. zum XVI. Parteitag

Auf seiner Südreise (18.1.-21.2.1992) äußerte sich Deng Xiaoping zu den gesellschaftlichen Veränderungen in der Sowjetunion und in Osteuropa. Seine Aussage war: In einigen Länder wäre es zu ernsthaften Komplikationen gekommen. Es sehe ganz danach aus, dass der Sozialismus geschwächt wurde. Die Völker jedoch würden aus diesen Veränderungen gestählt hervorgehen und daraus ihre Lehren ziehen. Der Sozialismus würde sich nun in einer gesünderen Richtung entwickeln. China müsse auf dem Wege des Aufbaus des Sozialismus chinesischer Prägung weiter voranschreiten. Die Zeit von jetzt bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts werde sehr wichtig sein, man müsse hart arbeiten. „Die Last auf unseren Schultern ist schwer, und unsere Verantwortung ist groß".[490] Im Mai 1992 stellte ihm ein Korrespondent aus Singapur die Frage, worin nach diesen internationalen Geschehnissen die größte Veränderung in China bestehe. Deng erklärte, sie bestehe in der Veränderung der Geisteshaltung (sixiang guandian). Der Parteihistoriker Jin Chunming interpretierte diese Äußerung als Fortschritt in der Erkenntnis über den Sozialismus. Mit dem Untergang der Sowjetunion hätte nicht der Sozialismus, sondern „lediglich ein Modell des Sozialismus eine Niederlage erlitten, für das die Sowjetunion stand" und das keineswegs ideal gewesen wäre. „Wir müssen uns aus den Fesseln des traditionellen Modells befreien, die erstarrten veralteten Auffassungen durchbrechen, das Denken befreien und ein *neues ideales Modell des Sozialismus schaffen. Das war der Ausgangspunkt für das Erscheinen des neuen Modells schöpferischen Charakters, der sozialistischen Marktwirtschaft*" (kursiv – d. V.).[491]

Der XIV. Parteitag der KP Chinas, die Lage in der Partei

Am 9. Juni 1992 sprach Generalsekretär Jiang Zemin in der Parteischule des ZK der Partei zur Frage, wie die Reden des Genossen Xiaoping (auf seiner Südreise – d. V.) noch besser verstanden und umgesetzt werden können. Es gehe darum, die *günstige Gelegenheit*

490. Wiedergegeben nach: „30 Jahre Reform und Öffnung. Wichtige Entscheidungen, die das Schicksal Chinas bestimmen. 1978-2008", Verlag für Dokumente der KPCh, Beijing 2008, S.87, chines.
491. Jin Chunming.a.a.O., S.297.

(kursiv – d. V.) zu nutzen, um die Entwicklung zu beschleunigen. Die Reform sei eine Revolution. Es gelte, sich aktiv alle nützlichen Dinge von den kapitalistischen Ländern anzueignen bzw. sie als Beispiel zu nehmen, die wirtschaftliche, die politische Reform und den Aufbau der Partei zu beschleunigen, das Denken zu befreien, die Wahrheit in den Fakten zu suchen und rechte und „linke" Abweichungen zu verhindern.

In dem Bericht erregte vor allem die Aussage Aufmerksamkeit, dass zum ersten Mal die „sozialistische Marktwirtschaft" als Wirtschaftsmodell des Sozialismus chinesischer Prägung bezeichnet wurde. Jiang führte dazu aus: Das richtige Verständnis für die Beziehungen zwischen Plan und Markt ist der Schlüssel für einen möglichst schnellen Aufbau des neuen sozialistischen Wirtschaftssystems. Dengs These, dass Plan und Markt nur Mittel wären, bezeichnete Jiang als einen großen Durchbruch im Denken. Der Markt würde die Ressourcen relativ gut aufstellen. Natürlich sei der Markt auch nicht allmächtig, deshalb müsse manchmal der Plan seine Rolle entfalten.[492]

Diese Auffassungen wurden auf dem XIV. Parteitag der KP Chinas, der vom 12. bis 18. Oktober 1992 in Beijing stattfand, bestätigt.

Die 1989 Delegierten vertraten 51 Millionen Parteimitglieder. Am Parteitag nahmen auch 46 speziell eingeladene Vertreter teil. Jiang Zemin legte den Bericht des XIII. Zentralkomitees „Beschleunigen wir die Schritte der Reform, Öffnung und der Modernisierung, erkämpfen wir noch größere Siege für die Sache des Sozialismus chinesischer Prägung" vor. Auf der Tagsordnung standen ferner Veränderungen am Parteistatut, die Behandlung der Arbeitsberichte der Beraterkommission und der Disziplinkontrollkommission des ZK sowie die Wahl des neuen Zentralkomitees und der neuen Disziplinkontrollkommission. Eine neue Beraterkommission des ZK wurde nicht wieder gewählt.

In das neue Zentralkomitee wurden 189 Mitglieder und 130 Kandidaten gewählt. Mit dieser Wahl wurde der Übergang zu einer neuen Führungsgeneration nach 1989 abgeschlossen. Jiang Zemin wurde auf der 1. Tagung des XIV. ZK am 20. Oktober erneut zum

492. Ebd., S. 95/96.

Generalsekretär des ZK gewählt und übernahm anstelle Deng Xiaopings nun auch die Funktion des Vorsitzenden der Militärkommission des ZK der KP China. Da er auf der 1. Tagung der VIII. NVK im März 1992 wiederum zum Vorsitzenden der VR China gewählt wurde, verblieben die drei höchsten Funktionen von Partei und Staat weiterhin in einer Hand. Den Ständigen Ausschuss des PB des XIV. ZK vertraten neben Jiang Zemin Li Peng, Qiao Shi, Li Ruihuan, Zhu Rongji, Liu Huaqing und Hu Jintao. Im neuen Politbüro waren u .a. vertreten als Mitglied Wei Jianxing, Vorsitzender der neuen Disziplinkontrollkommission des ZK und Vorsitzender des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes, und Wen Jiabao als Kandidat.

Der Parteitag fasste die bisherige Theorie über den Aufbau Sozialismus chinesischer Prägung im ökonomisch und kulturell rückständigen China folgendermaßen zusammen:

1. den eigenen Weg gehen,
2. China befindet sich mindestens hundert Jahre im Anfangsstadium des Sozialismus,
3. grundlegende Aufgabe in diesem Zeitabschnitt sind die Befreiung und Entwicklung der Produktivkräfte, die Abschaffung der Ausbeutung, die Beseitigung der sozialen Polarisierung und letztlich Erreichen des gemeinsamen Wohlstands; Kriterium für die Einschätzung jeglicher Tätigkeit ist der „Nutzen für die Drei“[493],
4. Triebkräfte für die sozialistische Entwicklung sind die Reform, die eine Revolution ist, und die Befreiung der Produktivkräfte,
5. Entwicklung dieses Sozialismus beinhaltet die Schaffung des Systems der sozialistischen Marktwirtschaft, der Politik der sozialistischen Demokratie und der geistigen Zivilisation des Sozialismus,
6. festhalten in den internationalen Beziehungen an der unabhängigen und selbstständigen Friedenspolitik,
7. festhalten an den „vier Grundprinzipien“ für die politische Absicherung des sozialistischen Aufbaus,
8. Verwirklichung der drei strategischen Schritte für den Aufbau des Sozialismus und
9. festhalten an der Führung durch die Partei und sich stützen auf

493. Zur Erinnerung: Entwicklung der Produktivkräfte, Stärkung des Potentials des Staates und Verbesserung des Lebens des Volkes.

die Arbeiter, Bauern und Intellektuellen, auf die Einheit aller Nationalitäten, auf alle sozialistischen Werktätigen, auf alle „sozialistischen Patrioten“ und alle Patrioten, die für die Einheit des Vaterlandes (nach der Idee „ein Land, zwei Systeme“) eintreten.

Diese Zusammenfassung wurde in das Parteistatut aufgenommen.

Der Parteitag bestätigte das System der sozialistischen Marktwirtschaft als neues ökonomisches „Zielmodell“ des Sozialismus chinesischer Prägung. Er wies daraufhin, dass die Entwicklung dieses Modells außerordentlich schwierig und langwierig sein werde.

Die 3. Tagung des XIV. Zentralkomitees der Partei im November 1993 befasste sich mit dem konkreten Aufbau des neuen Wirtschaftssystems in den 90er Jahren. Ihr „Beschluss des ZK der KP Chinas über einige Fragen beim Aufbau des Systems der sozialistischen Marktwirtschaft“ orientierte darauf, das Bewirtschaftungssystem der staatlichen Unternehmen auf ein „modernes Unternehmenssystem“ umzustellen und das Marktsystem herauszubilden, die Funktionen der Regierung entsprechend zu verändern, eine „rationelle“ individuelle Verteilung zu organisieren, die Reform des dörflichen Wirtschaftssystems und der Außenwirtschaft zu vertiefen, die Reform des Systems von Wissenschaft und Technik sowie des Bildungssystems voranzubringen, den Aufbau des Rechtssystems zu verstärken und die Führung durch die Partei zu „vervollkommnen“. Schwerpunkte bei der Entwicklung des Marktsystems sollten Reformen des Finanzwesens, des Steuersystems und des Außenhandels sein.

Im Ergebnis der Umgestaltung des Steuersystems in den Jahren 1992-1995 gab es drei Arten von festen Finanzeinkommen – die der Zentrale und der Regionen sowie ein gemeinsames Finanzeinkommen beider Ebenen. Das änderte die Situation, dass die Regionen zwar immer mehr Aufgaben übertragen bekommen hatten, sie dafür jedoch nicht über die erforderlichen finanziellen Mittel verfügten. Die Neuverteilung der finanziellen Mittel zwischen Zentrale und Regionen im Zuge der sich herausbildenden Marktwirtschaft beförderte aber auch eine andere Erscheinung: Die regionalen Führungen begannen, als Marktsubjekte zu agieren.

Die VR China begann nach dem XIV. Parteitag, bestmögliche Bedingungen für den Import ausländischen Kapitals zu schaffen. Im August 1993 erfolgte der Beitritt zum „Vertrag über Zusammen-

arbeit auf dem Gebiet des Patentwesens“ vom August 1970. Ende des Jahres senkte das Land das Niveau seiner Importzölle von gut 39 auf 36,4 Prozent, weitere Senkungen erfolgten im Oktober 1997 auf etwas über 17 und im Jahre 2000 auf 15 Prozent.

In den zurückliegenden Jahren waren große Anstrengungen unternommen worden, um den Aufbau des Rechtssystems zu beschleunigen. Allein in den vorangegangenen fünf Jahren hatte der NVK über 160 Gesetze verabschiedet. Das Problem war weniger, dass Gesetze fehlten, als dass bereits bestehende Gesetze nicht beachtet und eingehalten wurden. Hierauf wirkte sich aus, dass sich in der mittelalterlichen chinesischen Gesellschaft kein Gesetzesbewusstsein hatte entwickeln können, und in der Volksrepublik erst in den 80er Jahren damit begonnen wurde, diesem Problem größere Aufmerksamkeit zu schenken. Unter den Mitgliedern und Kadern der Partei hielt sich hartnäckig die Auffassung, die Partei könne sich über die Verfassung und die Gesetze des Staates stellen. Das begünstigte das Aufkommen und die Verbreitung von Erscheinungen wie Korruption und Machtmissbrauch. Deshalb ging es zunächst vor allem darum, die Gesetze in der Tätigkeit der Führungskader von Partei und Staat auf allen Ebenen durchzusetzen und einzuhalten.

Der Aufbau der geistigen Zivilisation konzentrierte sich 1993/1994 auf die Herausgabe und das Studium des 3. Bandes der „Auswahl von Schriften Deng Xiaopings“, auf die Verstärkung der patriotischen Erziehung und den Aufbau der KP Chinas.

Die Lage in der Partei war offensichtlich nach wie vor schwieriger als es in offiziellen Verlautbarungen zum Ausdruck kam. Die innerparteiliche Demokratie war, zurückhaltend ausgedrückt, sehr schwach entwickelt. Die statutenmäßigen Rechte der Parteimitglieder waren im Grunde nicht garantiert. Der Zentralismus auf den einzelnen Ebenen war übermäßig ausgeprägt. Im Zuge der ökonomischen Entwicklung hatten sich Korruption, Bestechung, Handel mit Amtsposten und ähnlichen Erscheinungen in der Partei breit gemacht. Das veranlasste die Parteiführung Anfang 1993, die Bekämpfung der Korruption zum Schwerpunkt Nr. 1 zu erklären. Die Disziplinkontrollkommission schätzte auf ihrer Tagung im August 1993 ein, dass dieser Kampf ungemein schwierig und langwierig sein würde. Sie nahm drei Aufgaben in Angriff: Die Kader der Partei- und Regierungsorgane sollten in der Unbestechlichkeit und Selbstdis-

ziplin vorangehen. Eine Reihe großer Fälle sollten herausgestellt werden. Einige Fälle „unrechten Arbeitsstils", die die heftige Unzufriedenheit der Massen hergerufen hatten, sollten, um ein Beispiel zu geben, zuerst beseitigt werden. Nach amtlichen Angaben wurden in den vier Jahren von 1993-1996 insgesamt über 500 000 Mitglieder der Partei wegen Korruption u.ä. bestraft. Darunter befanden sich 15 000 Kader auf Abteilungsebene der Kreise, 1 333 Kader auf Amtsebene der Gebiete (di) und 30 Kader auf Provinzebene. Mit diesen Fällen war ein wirtschaftlicher Schaden verbunden, der Dutzende von Milliarden Yuan betrug. Eine der großen Fälle betraf das Mitglied des Politbüros, Mitglied des Staatsrates und Sekretär des Parteikomitees Beijing Chen Xitong. In chinesischen Veröffentlichungen wurde davon ausgegangen, dass diese Erfolge im Kampf gegen die Korruption in keinem Verhältnis zum wahren Ausmaß dieses Übels in Partei und Staat standen[494].

Auf der 4. ZK-Tagung der Partei im September 1994 wurde auf diesem Hintergrund abermals ein „Beschluss über einige wichtige Fragen zur Verstärkung des Aufbaus der Partei" gefasst. Er stellte drei Aufgaben:

1. Aufbau des kommunistischen Ideals, festhalten an der Überzeugung vom Weg des Sozialismus chinesischer Prägung, Erhöhung des Bewusstseins, an der grundlegenden Theorie und Linie der Partei festhalten zu müssen und alle Politiken der Partei beispielhaft zu verwirklichen;
2. festhalten an dem Grundsatz, dem Volk mit ganzem Herzen und ganzer Kraft zu dienen, sich eng mit den Massen verbinden, unbestechlich und pflichtbewusst zu sein, die Gesetze und Disziplin einzuhalten, bewusst dem Eindringen von Mammonismus, Egoismus und einer dekadenten Lebensweise widerstehen;
3. seine Pflichten ernsthaft nach dem Parteistatut erfüllen, die Macht nicht missbrauchen und in der großen Sache der Reform und des Aufbaus Verdienste erwerben.

Aus dem Text ist unschwer zweierlei zu erkennen: Diese Forderungen waren an die Kader, vor allem die Führungskader gerichtet,

494. Vergl. Jin Chunming.a.a.O., S. 315.

die auf den verschiedenen Ebenen die unmittelbare Macht ausübten. Und sie widerspiegelten indirekt die Probleme, denen sich die Partei in der breiten Masse der Kader gegenüber sah.

Um Voraussetzungen für die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie zu schaffen, wurden 1995 bis 1997 eine Reihe von Bestimmungen zum Schutz der Rechte der Parteimitglieder und der Auswahl von Führungskadern beschlossen.[495] Offenbar veränderte das die tatsächliche Lage in der Partei wenig. Die sich im Verlaufe der Reformen verfestigende absolute und unkontrollierte Macht der „Ersten" (diyi bashou) auf den einzelnen Ebenen und in den jeweiligen Einheiten machte solche Beschlüsse im Grunde wirkungslos.

Ableben Deng Xiaopings

Deng Xiaoping starb am 19. Februar 1997 in Beijing im Alter von 93 Jahren. Er war seit 1994 öffentlich nicht mehr aufgetreten.

Auf der Trauerfeier würdigte Jiang Zemin ihn als eine führende Persönlichkeit, die im Volke eine hohe Anerkennung gefunden hatte. „Er war ein großer Marxist, ein bedeutender proletarischer Revolutionär, Politiker, Militär und Außenpolitiker, ein erprobter und erfahrener kommunistischer Kämpfer. Er war der Architekt der sozialistischen Reform und Öffnung und Modernisierung Chinas und der Schöpfer der Theorie des Sozialismus chinesischer Prägung." Die KP Chinas werde den Weg, den Deng Xiaoping gewiesen hätte, weiter gehen und ein reiches und starkes, demokratisches und zivilisiertes modernes sozialistisches China aufbauen.

Ich sehe in Deng Xiaoping eine der bedeutendsten historischen Persönlichkeiten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. An der Spitze der „2. Führungsgeneration" hatte er die „linke" Linie Mao Zedongs korrigiert und die Fahne der Befreiung des Denkens, der Reform und Öffnung erhoben. Deng war ein bedeutender Marxist. Seine „Katzen-Theorie" wies ihn zugleich als einen pragmatischen

495. U.a. „Bestimmungen zum Schutz der Rechte der Mitglieder der KP Chinas (versuchsweise Durchführung)" 1995, „Zeitweilige Statuten über Auswahl und Einsatz von Führungskadern der Partei und Regierung" 1994 und „Einige Normen für die rechtschaffene Arbeit der Führungskader der KP Chinas (versuchsweise Durchführung)" 1997.

Politiker aus. Auf dem Weg der Modernisierung und der Wiedervereinigung des Landes hatte sich China um Deng zusammengeschlossen gehabt. Sein Name und die neue Epoche der Reform und Öffnung Chinas werden untrennbar miteinander verbunden bleiben.

Deng erlebte die Rückgabe Xianggangs (Hongkongs) an China nicht mehr, für die er den Weg bereitet hatte. Dieser Schritt erfolgte erst nach seinem Tode am 1. Juli 1997. Xianggang wurde an diesem Tage entsprechend dem chinesisch-britischen Abkommen nach hundertjähriger britischer Kolonialherrschaft wieder der chinesischen Souveränität unterstellt. Seine Rückgabe an China zeigte an, dass sich die Welt in den letzten hundert Jahren grundlegend verändert hatte. Sicherlich nicht zufällig wurde dieses Ereignis insbesondere in den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas lebhaft begrüßt. Was bedeutete die Rückkehr Xianggangs für die VR China? Zwei Überlegungen stelle ich voran: Erstens, die Wirtschaftskraft und der internationalen Einfluss der VR China wurden gestärkt. Xianggang[496] ist territorial keine Größe, mit einem durchschnittlichen BSP je Kopf von 23 684 US-Dollar (2004) jedoch wirtschaftlich entwickelt. In der Weltwirtschaft, vor allem in der Finanzwelt Ost- und Südostasiens, spielte es eine nicht zu unterschätzende Rolle. Zweitens, die KP Chinas trat den Beweis an, dass es auch unter den Bedingungen des heutigen internationalen Kräfteverhältnisses möglich ist, von der Geschichte hinterlassene territoriale Streitfragen unter Beachtung aller beteiligten Interessen im nationalen Sinne auf dem Wege von Verhandlungen friedlich zu lösen. Die politische Praxis hatte erstmals die Richtigkeit der Strategie bewiesen, die Wiedervereinigung Chinas auf dem Wege „ein Land, zwei Systeme“ erreichen zu wollen.

Auf dem gleichen Wege kehrte auch die ehemalige portugiesische Kolonie Aomen (Macao) am 19. Dezember 1999 nach China zurück.[497]

Mit dem eingeleiteten Übergang zur sozialistischen Marktwirtschaft hatten eine Reihe von Problemen und Widersprüchen begon-

496. 2004 verfügte Xianggang über ein Territorium von 1104 Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von 6,883 Millionen Menschen, und es erzeugte ein BSP in Höhe von 169 Mrd. US-Dollar. Quelle: „Statistisches Jahrbuch China 2005“, S. 818-822, chines.

497. 2004 verfügte Aomen über ein Territorium von 27,5 Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von 457.00 Menschen, und es erzeugte ein BIP in Höhe von 10,31 Mrd. US-Dollar, das einem Durchschnitt je Kopf seiner Bevölkerung von 22.557 US-Dollar entsprach. Quelle: ebd., S. 867 u. 881.

nen, die gesellschaftliche Entwicklung stärker zu beeinflussen. Der Rückzug Deng Xiaopings von der politischen Bühne veranlasste konservative linke Kräfte in der Partei, sich Ende 1996/Anfang 1997 erneut mit einer Kritik an der Reform- und Öffnungspolitik der Partei zu Wort zu melden. Aus ihrer Sicht war die Autorität von Partei und Regierung durch diese Politik ernsthaft beschädigt worden, hatten sich Widersprüche zwischen Partei und Volk, vor allem zwischen den Führungskadern und dem Volk, verschärft und war es zu einer Ausweitung von Streiks und anderen Protestaktionen der Massen gekommen. Die Ursache für diese Erscheinungen sahen sie darin, dass die Ideologie des Liberalismus in die Reihen der Führungskader in Partei, Regierung und Armee eingedrungen war und das Streben nach persönlichen Vorteilen die guten Traditionen der Partei zerstörte. Vertreter dieser Linken waren Song Renqiong und Deng Liqun. Song forderte in einer Gesprächsrunde, zu der die Gruppe des ZK zur Vorbereitung des XV. Parteitages Ende November 1996 eingeladen hatte, die Leittheorie der Partei und ihre Linie der politischen Arbeit zu überprüfen. Wolle die KP Chinas noch den Marxismus-Leninismus und die Ideen Mao Zedongs als Grundlage ihrer Theorie oder nicht? Betreibe sie den Aufbau des Sozialismus oder den Aufbau eines nationalen Kapitalismus, eines „Sozialkapitalismus"? Mitte Dezember 1996 wandten sich 15 Vertreter dieser politischen Richtung in einem Schreiben an das Zentralkomitee und an Jiang Zemin, in dem sie ihre Erwartungen und Meinungen zum XV. Parteitag äußerten. Darin hieß es: Die Parteiarbeit müsse im Zeichen der Durchsetzung der Theorie des Marxismus, des sozialistischen Weges und im Zeichen des Kommunismus stehen Es gelte, sich auf den Kampf gegen die Verwestlichung des politischen Überbaus und gegen den friedlichen Wandel durch den Westen zu konzentrieren. Die Hauptgefahr für die Partei sahen sie in der rechten Abweichung. Sie forderten, beim sozialistischen Aufbau an einem Wirtschaftssystem festzuhalten, das auf dem Gemeineigentum beruht und die Interessen der Arbeiterklasse schützt und stärkt, Das Sekretariat verbreitete dieses Schreiben Anfang Januar 1997 ohne Kommentar an alle Mitglieder und Kandi-

498. Vergl auch: Luo Bing, Die Masse der „linken Könige" kritisiert Deng, um die Macht zu erobern. In: Cheng Ming, 3/97, S. 19-21, chines.

daten des ZK und an die Leiter der Organe des ZK.[498]

In Auseinandersetzung mit diesen und anderen Kritiken an der Linie und Politik der Partei hielt Generalsekretär Jiang Zemin in Vorbereitung des XV. Parteitages am 29. Mai 1997 an der Parteischule des ZK der Partei eine Rede. Für gewöhnlich wurde in solchen Reden die politische Linie des nachfolgenden Parteitages vorgeprägt. Auch deshalb werde ich ausführlicher darauf einzugehen haben.

Jiangs Thema war, „das große Banner der Theorie Deng Xiaopings über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung hoch erheben, die günstige Gelegenheiten nutzen und vorwärts streben, um unsere Sache allseitig ins 21. Jahrhundert zu führen".[499] Jiang sah darin „die durch nichts zu erschütternde Schlussfolgerung, die die Partei aus der Geschichte und der Realität gezogen hat". Er sprach zu vier Problemen: zur Theorie Dengs, zur These vom Anfangsstadium, zur Wirtschaftsentwicklung und Reform des Wirtschaftsystems und zum Aufbau der Partei.

Schon die ersten Sätze der Rede ließen erkennen, dass mit dem Tod Deng Xiaopings kontroverse Positionen zur Politik der Partei lautstärker geworden waren. Jiang betonte die außerordentliche Bedeutung des „Banners". „Banner" heiße Richtung, bedeute Festhalten an der beschlossenen Richtung, bedeute, unter keinen Umständen zu schwanken, und erfordere vor allem ein starkes Bewusstsein und eine große Standfestigkeit der Führungskader auf hoher Ebene. Die Partei „dürfe nicht am Alten kleben". Jiang differenzierte zwischen den verschiedenen Arten von Reform. Die Reform des Wirtschaftssystems „bedarf eines neuen Durchbruchs", „die politische Reform muss weiter geführt" und der Aufbau der „geistigen Zivilisation ernstlich verstärkt" werden. Objektiv bedurfte auch die Reform des politischen Systems zumindest einer Beschleunigung. Augenscheinlich hatten die Ereignisse des Jahres 1989 jedoch dazu geführt, dass die KP Chinas fortan die politische Stabilität der Gesellschaft auch durch eine relative Zurückhaltung in der Frage der politischen Reform sichern wollte.

Jiang Zemin gab als Generalsekretär des ZK eine ausführliche Definition, was unter der Theorie Deng Xiaopings verstanden wer-

499. Quelle: „Qiu Shi" (zentrale Parteizeitschrift „Die Wahrheit in den Fakten suchen"), Nr. 12/1997, S. 2-5, chines

den sollte. Ich zitiere den gesamten Absatz:

„Die Theorie Deng Xiaopings als Produkt der Verbindung des Marxismus mit der Praxis des gegenwärtigen China *und den Besonderheiten unserer Zeit* (kursiv – d. V.) ist die Fortsetzung und Entwicklung der Ideen Mao Zedongs unter neuen historischen Bedingungen. Sie ist der Marxismus im China der Gegenwart." Jiang gab für diese Einschätzung vier Gründe an:

„**Erstens**, diese Theorie hält an der Befreiung des Denkens, an der Suche der Wahrheit in den Fakten fest. Auf der Grundlage der neuen Praxis setzt sie die Theorien der Vorgänger fort. Sie bricht zugleich mit alten Konventionen und öffnet dem Marxismus neue Horizonte.

Zweitens, diese Theorie hält an der Theorie des Wissenschaftlichen Sozialismus und an den grundlegenden Errungenschaften der Praxis fest. Sie geht die grundlegende Frage „was ist Sozialismus und wie ist er aufzubauen" an und klärt sie. Sie deckt das Wesen des Sozialismus tiefgehend auf und hebt das Verständnis für den Sozialismus auf ein neues wissenschaftliches Niveau.

Drittens, diese Theorie hält daran fest, die Welt aus dem weiten Blickwinkel des Marxismus zu betrachten, die Besonderheiten der internationalen Lage richtig zu analysieren und neue wissenschaftliche Urteile zu treffen.

Viertens, diese Theorie verallgemeinert insgesamt die neuen Erfahrungen hinsichtlich der Erfolge und der Fehler der sozialistischen Entwicklung seit 1949 und die internationalen Erfahrungen. Sie beantwortet in den Anfängen erstmals und relativ systematisch eine Reihe von grundlegenden Fragen, wie in diesem ökonomisch und kulturell rückständigen China der Sozialismus aufgebaut, gefestigt und entwickelt werden kann."

Jiang Zemin forderte die Partei auf, an der Theorie über das Anfangsstadium des Sozialismus festzuhalten. Sie sei der Schlüssel, um die verschiedenen Widersprüche und Zweifel auszuräumen und ein gemeinsames Verständnis für die Richtigkeit der gegenwärtige Linie und Politik der Partei zu ermöglichen. Für die Weiterführung der Wirtschaftsreform bis zum Ende des ersten Jahrzehnts im 21. Jahrhunderts sah Jiang die zwei entscheidenden Aufgaben im Aufbau eines relativ vollkommenen Systems der sozialistischen Marktwirtschaft und in der schnellen und gesunden Entwicklung der Volkswirtschaft.

Die Partei müsse an dem Standpunkt festhalten, dass die Produktionsverhältnisse dem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte zu entsprechen haben. Mit der Entwicklung einer Wirtschaft vielfältiger Eigentumsformen gelte es, optimale Formen für die Realisierung des Gemeineigentums zu finden. In der Reform der Staatsunternehmen gehe es darum, zu einem gemeinsamen Verständnis für die Leitprinzipien und Richtlinien der Reform zu kommen. Die Kräfte sollten darauf konzentriert werden, „über den Markt" (kursiv – d. V.) ein System moderner Unternehmen zu schaffen und eine Reihe großer staatlicher Unternehmen zu entwickeln, die die Lebensadern der Wirtschaft beherrschen, an der Spitze ihrer Branchen stehen und auch international lebens- und konkurrenzfähig sind. Bei der Umgestaltung des staatlichen Sektors sollten Formen wie Fusionen, Vereinigungen, Verpachtung, Überlassen der Bewirtschaftung auf Vertragsbasis, kooperatives Aktiensystem und Verkauf (z. B. von kleinen Staatsunternehmen) genutzt werden. Diese Unternehmensreform müsse mit der Umstrukturierung der Industrie, mit der Reform des Regierungsapparats und mit der komplexen Reform der Städte verbunden sein.

Die Aufgabe, die Partei aufzubauen, hielt Jiang Zemin nach wie vor für schwierig. Es komme vorrangig darauf an, die Theorie Deng Xiaopings in der Partei wirklich durchzusetzen und einen Stil ernsthaften Studiums, demokratischer Diskussionen, der Forschung und der „Suche nach der Wahrheit in den Fakten" zu entwickeln. Im Prozess des Aufbaus einer hoch qualifizierten Kaderarmee sollten die Leitungsgruppen aller Ebenen zu standhaften Führungskollektiven herangebildet werden, die die Theorie und die Grundlinie der Partei wirklich durchsetzen, sich vollständig in den Dienst für das Volk stellen und die Modernisierung zu leiten vermögen. Erneut hieß es: Der Kampf gegen die Korruption entscheidet über Sein oder Nichtsein der Partei und des Staates. Wichtig sei, dass die leitenden Kader aller Ebenen in diesem Kampf mit gutem Beispiel vorangehen und die Parteiorganisationen die tägliche Kontrolle über die Tätigkeit der Kader ernsthaft verstärken.

Abschließend appellierte Jiang an alle Kader und Mitglieder, die Einheit der Partei auf der Grundlage der Theorie Deng Xiaopings und ihrer Grundlinie zu erhalten und zu stärken. Die Interessen von Partei und Staat hätten Priorität, zugleich sollten aber auch die Interessen aller Seiten berücksichtigt werden.

In der Vorbereitung des Parteitages wurde auch die altersmäßige Begrenzung der Führungskader der oberen Ebene beraten. Das Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros Qiao Shi unterbreitete einen „Dreistufenplan" für die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros (75 Jahre), des Politbüros (70 Jahre) und des Zentralkomitees (65 Jahre). Beschlossen wurde schließlich ein „Zweistufenplan" der altersmäßigen Begrenzung: Im Prinzip sollten Führungskader auf Provinz- und Ministerebene 65 Jahre und die Führungskader des ZK 70 Jahre nicht überschreiten. Keiner altersmäßigen Begrenzung unterlag der Generalsekretär.

Diese Rede und die weitere Vorbereitung auf den Parteitag machten deutlich, dass die von der Parteiführung unter Jiang Zemin vertretene Position sich auf die breite Masse der Kader und Mitglieder der Partei stützen konnte.

Erkenntnisse und Probleme

1. Die historische Leistung Deng Xiaopings besteht für mich vor allem darin, dass er die KP Chinas wieder an der Realität orientierte und eine erste grundlegende Antwort auf die Frage gab, wie der Sozialismus unter den nationalen Bedingungen Chinas aufgebaut werden kann. Die Bedeutung dieses Beitrages reicht weit über die KP Chinas hinaus; denn Deng vermittelte die in Teilen der kommunistischen Weltbewegung vergessene Erkenntnis, dass es einen grundlegenden Unterschied macht, ob die Entwicklung zum Sozialismus aus entwickelten kapitalistischen oder aus mehr oder weniger vorkapitalistischen Verhältnissen erfolgt.

2. Schon ein erster Vergleich der Auffassungen von Mao und Deng lässt erkennen, dass die von Deng Xiaoping mit der Reform und Öffnung des Landes entwickelten Einsichten in gesellschaftliche Zusammenhänge sich von denen Mao Zedongs in vieler Hinsicht prinzipiell unterscheiden. Deshalb ist die These, Deng hätte die Ideen Mao Zedongs (einfach) fortgesetzt und entwickelt, eine pragmatische Behauptung, die der „Suche nach der Wahrheit in den Fakten" nicht standhält. Das „Banner" Mao Zedongs deckt sich nicht mit dem „Banner" Deng Xiaopings. Überdies hat Deng nie behauptet, die

Frage nach dem Wesen des Sozialismus und seinem Aufbau (endgültig) geklärt zu haben. Schon aus seinem Geschichtsverständnis heraus neigte er nicht dazu, Verabsolutierungen vorzunehmen, wie sie in den Ausführungen Jiangs mehrfach zu finden sind.

Der XV. Parteitag der KP Chinas

Der XV. Parteitag wurde für den 12. bis 18. Dezember 1997 einberufen. Die 2 048 Delegierten kamen aus 36 Wahleinheiten und vertraten 60,417 Mio Mitglieder. 75,9 Prozent (1 554 Delegierte) waren Führungskader der Partei, 21,1 Prozent (494) kamen, wie es heißt, unmittelbar aus der Produktion und Arbeit und die restlichen 3 Prozent aus anderen Bereichen. 83,5 Prozent der Delegierten hatten mindestens ein Bildungsniveau, das einer chinesischen Fachhochschule entsprach. Zusätzlich eingeladen waren 60 alte Parteimitglieder mit einem hohen moralischen Ansehen.

Die soziale Zusammensetzung der Delegierten verdeutlicht einen bestimmten sozialen Trend der 90er Jahre. Obwohl Jiang Zemin zu Beginn seiner Amtszeit als Generalsekretär verkündet hatte, den Anteil der Produktionsarbeiter unter den Parteimitgliedern erhöhen zu wollen, trat das Gegenteil ein. Während sich der Anteil der Intelligenz unter den Mitgliedern und vor allem unter den Führungskadern der Partei erhöhte, ging der Anteil der Arbeiter und Bauern ständig zurück. Zum Zeitpunkt des XV. Parteitages waren Arbeiter und Bauern im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung in der Partei und den Machtorganen schon völlig unterrepräsentiert.[500] Die Erhöhung des Anteils der Intelligenz, vor allem unter den Führungskadern, konnte von Vorteil für die Modernisierung des Landes sein. Der niedrige Anteil der Arbeiter und Bauern in der Partei und vor allem in ihren Führungsorganen hingegen war ein Faktor, der die Schwächung der Beziehungen der Partei zu den breiten Massen begünstigte.[501]

Das neue Zentralkomitee setzte sich aus 193 Mitgliedern und 151

500. Zum Beispiel befanden sich unter den Abgeordneten des NVK Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre 27 % Arbeiter, in den späten 90er Jahren war ihr Anteil auf 11% zurückgegangen. Siehe: Zhongguo Jingji Shibao, zitiert nach Renmin Wang v. 18.3.05, chines..

Kandidaten zusammen. Die neue Disziplinkontrollkommission zählte 115 Mitglieder und wurde von Wei Jianxing geleitet, der weiterhin auch die Funktion des Gewerkschaftsvorsitzenden ausübte. In den Ständigen Ausschuss des Politbüros des ZK wurden auf der 1. ZK-Tagung neben Generalsekretär Jiang Zemin Li Peng, Zhu Rongji, Li Ruihuan, Hu Jintao, Wei Jianxing und Li Lanqing gewählt. Qiao Shi, der sich für „eine Regierung auf der Grundlage der Gesetze" engagierte, war ausgeschieden.

Der Parteitag stand wiederum im Zeichen der „Theorie Deng Xiaopings". So hieß es im Bericht des XIV. Zentralkomitees an den Kongress, der von Generalsekretär Jiang Zemin vorgetragen wurde: „Die Seele dieses Parteitages ist das Hochhalten des großartigen Banners der Theorie Deng Xiaopings. Der XV. Parteitag wird damit zweifellos in die Annalen der Geschichte eingehen."[502] „In der Verbindung des Marxismus-Leninismus mit der Praxis Chinas gibt es zwei sprunghafte Entwicklungen historischen Charakters. Das theoretische Ergebnis der ersten sprunghaften Entwicklung waren theoretische Prinzipien, die durch die Praxis bewiesen worden waren, und eine Verallgemeinerung der Erfahrungen. Der sie hauptsächlich begründete und verallgemeinerte, war Mao Zedong. Unsere Partei bezeichnet sie als Ideen Mao Zedongs. Das theoretische Ergebnis der zweiten sprunghaften Entwicklung ist die Theorie vom Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung. Sie wurde hauptsächlich von Deng Xiaoping begründet. Wir bezeichnen sie als Theorie Deng Xiaopings. In diesen beiden großen theoretischen Erfolgen kristallisieren sich die praktischen Erfahrungen der Partei wie des Volkes und ihre kollektive Weisheit".[503]

501. Diese Tendenz kam bereits gegen Ende der 80er Jahren auf. Sie drückte sich in einer bestimmten Art der Interpretation der Reform aus. Dazu äußerte sich der damalige Vorsitzende des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes Nie Zhifu: „In den letzten Jahren kam in der Partei und in der Gesellschaft im unterschiedlichem Maße der ideologische Trend der ‚Verdünnung der Arbeiterklasse' auf. Man ist der Meinung, dass man nur das Leitungsmodell des Kapitalismus kopieren und sich zur Leitung der Unternehmen nur auf eine kleine ‚Elite' stützen könne, und schon könne man die Aufgabe der Entwicklung der Produktivkräfte erfüllen. Die Rolle der breiten Masse der Arbeiter sei nicht mehr wichtig. ‚Deshalb bewundern sie und sind heiß im Propagieren der Auffassung ‚ein Mann rettet das Unternehmen'. Sie übertreiben den Platz und die Rolle der Leiter im Unternehmen, negieren die wissenschaftliche und demokratische Gestaltung der Entscheidungen, negieren den Hausherrenplatz und die demokratischen Rechte der Massen der AA im Unternehmen. Sie sehen es sogar als eine „gute Richtung in der Leitung eines Unternehmens" an ‚die Leitung durch Strafen zu ersetzen'." Quelle: Ni Zhifu, Sich voll und ganz auf die Arbeiterklasse stützen, in: Gongren Ribao v. 6.2.1990, chines.

502. Zitiert nach: „30 Jahre Reform und Öffnung. Wichtige Entscheidungen, die das Schicksal Chinas bestimmen", a.a.O., S.114

503. Jiang Zemin, Über den Sozialismus chinesischer Prägung (Edition spezieller Zitate), Beijing 2002, S. 5, chines.

Dementsprechend wurde das Parteistatut abgeändert: „Der Marxismus-Leninismus, die Ideen Mao Zedongs und die Theorie Deng Xiaopings sind die Richtschnur für das Handeln der Partei." In der Festschreibung der Theorie Deng Xiaopings als Leitideologie für die Partei sieht der Parteihistoriker Jin Chunmin „den wichtigsten Erfolg dieses Delegiertenkongresses".[504]

Mit diesem Beschluss begann jedoch erst das Problem, die Umsetzung der Theorie Dengs. Aus meiner Einsicht in den politisch-pragmatischen Umgang mit den Ideen Mao Zedongs wird zu vergleichen sein, ob diese Theorie in ihrer Ganzheit in die politische Praxis der Partei umgesetzt werden wird oder nicht. Ich nenne einige wesentliche Aussagen Dengs, die auch zu seiner Auffassung vom Sozialismus chinesischer Prägung gehören: Wenn es zu einer sozialen Polarisierung kommen sollte und wenn eine Bourgeoisie entsteht, dann ist die Partei vom sozialistischen Weg abgekommen. (Dieser Satz scheint inzwischen tabu zu sein.) Es geht nicht darum, einseitig den Produktionswert zu erhöhen, sondern mit der Entwicklung der Wirtschaft ständig das Lebensniveau des Volkes zu verbessern. Die Partei darf nicht zulassen, dass sich die bürgerliche Ideologie in der chinesischen Gesellschaft verbreitet. Diese und andere Aussagen werden mit einzubeziehen sein, wenn die weitere Politik der KP China einzuschätzen ist.

Die Ereignisse des Jahres 1989 hatten bewirkt, dass die absolute Sicherung der politischen Stabilität der Gesellschaft Voraussetzung war für die Reform des politischen Systems. Bis 1996 passierte auf diesem Gebiet nichts. Die Partei wandte sich dieser Problematik erst wieder auf ihrem XV. Kongress zu. Als Ziel der politischen Reform definierte sie nun, eine Regierung auf gesetzlicher Grundlage zu schaffen, die Basis-Demokratie zu entfalten, die Kontrolle durch die Öffentlichkeit zu entwickeln und ein System der Kontrolle zu errichten. Eine wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung dieses Ziels war jedoch die Lösung des Problems der innerparteilichen Demokratie. Dazu wäre erforderlich gewesen, zuerst einmal die unkontrollierte Macht der „Ersten" auf allen Ebenen und in allen Einheiten zu begrenzen. Diese Macht wurde jedoch in den 90er Jahren weiter gestärkt.

504. Jin Chunming, a.a.a.O., S .334.

Nach dem XV. Parteitag kam der 1. Tagung des IX. Nationalen Volkskongresses im März 1998 eine nicht minder große Bedeutung zu. Der von der Regierung des Ministerpräsidenten Li Peng vorgelegte Arbeitsbericht setzte folgende Schwerpunkte: Stabilisierung und Verstärkung der Landwirtschaft, einen neuen Durchbruch in der Umgestaltung der staatlichen Unternehmen anstreben, Verstärkung und Verbesserung der Makropolitik des Staates, Erhöhung des Niveaus der Öffnung nach außen, aktive Entwicklung von Wissenschaft und Technik, Bildung und Kultur, Anstrengungen zur Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebens des Volkes, aktiv die Reform des Regierungsapparats und die Einheit des Vaterlandes voranbringen.

Die Wahl führte zu wesentlichen Veränderungen in der Zusammensetzung der Exekutive. Auf Vorschlag Jiang Zemins wurde Zhu Rongji neuer Ministerpräsident. Hier ist einzufügen, dass Zhu 1989 die Nachfolge Jiangs als Shanghaier Parteisekretär angetreten hatte und 1991 von Jiang nach Beijing geholt und als stellvertretender Ministerpräsident eingesetzt worden war.[505] Auf Vorschlag Zhu Rongjis wurde durch die Wahl auch fast die gesamte Riege der stellvertretenden Ministerpräsidenten ausgewechselt. Auf diese Weise formierte sich in der Zentrale der Macht die so genannte „Shanghaier Gruppe", die die Partei- und Staatsführung fortan dominierte. Sie war die entscheidende Kraft in der Führung, die die marktwirtschaftliche Entwicklung vorantrieb, dem Kapital die bestmöglichen Bedingungen für seine Realisierung schuf, die wirtschaftliche Entwicklung auf die schnellmögliche Steigerung des BIP ausrichtete und bereit war, für den Beitritt der VR China zur WTO weitgehende Kompromisse einzugehen.

In der Taiwanfrage hatte die Regierung seit der Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik zahlreiche Initiativen ergriffen, um die beiderseitigen Beziehungen unter dem Gesichtspunkt einer friedlichen Wiedervereinigung zu normalisieren. Den Ausgangspunkt für diese Politik bildete die Vereinbarung, die 1992 durch inoffizielle Verhandlungen mit der damaligen GMD-Regierung auf Taiwan 1992 ereicht worden war: Es gibt nur ein China, und Taiwan ist ein

505. Zhu Rongji hatte die nach dem XIV. Parteitag durch übereilte Reformschritte 1993 aus den Fugen geratene wirtschaftlicher Entwicklung mit einer Inflationsrate bis zu 25 Prozent durch verstärkte makroökonomische Maßnahmen unter Kontrolle gebracht und so eine „weiche Landung" der chinesischen Wirtschaft ermöglicht.

Teil Chinas; beide Seiten streben eine friedliche Wiedervereinigung an. Die Formel der KP Chinas für diese Wiedervereinigung lautete „ein Land, zwei Systeme", wobei die Autonomie für Taiwan umfassender sein sollte als bei der Wiedervereinigung mit Xianggang. Abgesehen von der US-amerikanischen Einmischung hatte sich im Verlaufe der 80er Jahre das politische Kräfteverhältnis auf Taiwan zuungunsten einer Annäherung beider Seiten verändert. Wie auch dieser Parteitag zeigte, änderte das nichts am Bestreben der VR China, die Lage zwischen beiden Seiten zu entspannen.

Reformpolitik Ende der 90er Jahre

Im Zusammenhang mit dem Parteitag wurden konkrete Schritte der weiteren Wirtschaftsreform beraten.

Auf dem Dorf ging es vor allem um die Frage, die Situation zu verändern, dass der Absatz landwirtschaftlicher Produkte stagnierte, die Preise fielen und das Einkommen der Bauern sich nur langsam entwickelte. Mit der Politik „in Stabilität den Fortschritt anstreben" sollte die Stellung der Landwirtschaft als Grundlage der Volkswirtschaft und die gesellschaftliche Ordnung des Dorfes stabilisiert werden. Gleichzeitig wurde ein Durchbruch in den dörflichen Reformen, bei der Umstrukturierung der dörflichen Industrie, in der Qualität und Effizienz der Dorfwirtschaft und bei der Erhöhung der bäuerlichen Einnahmen angestrebt. Ein großes Hemmnis auf diesem Wege war die hohe Verschuldung der ländlichen Gemeinden.[506]

Bereits vor dem Parteitag hatte die Umgestaltung staatlicher Unternehmen in Aktiengesellschaften nach dem Beispiel der kapitalistischen Länder eingesetzt. Der Parteitag sanktionierte diesen Schritt als Schaffung eines „modernen Unternehmenssystems". Dafür mussten jedoch erst einmal eine ganze Reihe von Problemen gelöst werden, darunter auch die enorme Verschuldung der Staats-

506. Die Schulden der Regierungen der ländlichen Gemeinden (xiangzhen, eigentliche Marktweiler) nahmen zu jener Zeit jährlich um über 20 Mrd. Yuan zu. Ihr Schuldenstand im Frühjahr 1995 wurde auf 500 Mrd. Yuan geschätzt. Siehe: Wu Zhongmin (Leiter der Abteilung soziologische Forschung an der Parteischule des ZK), Die ungünstigen Tendenzen hinsichtlich der Möglichkeit, die soziale Gerechtigkeit in der chinesischen Gesellschaft zu verwirklichen, in: Zhonguo Jingji Shibao, zitiert nach: Renmin Wang v.

unternehmen. Der Anteil der verschuldeten Unternehmen soll 1997 bei 46,7 Prozent mit einer Schuldensumme von insgesamt 57,5 Mrd. Yuan (6,9 Mrd. US-Dollar) gelegen haben.[507] Für die Bildung von Aktiengesellschaften mussten Gesetze her. Auch fehlten konkrete Kriterien für die Bewertung des staatlichen Vermögens. Die Korruption hatte sich auch in den Unternehmen eingenistet. Die Führung Jiang Zemin/Zhu Rongji ging bei der Umgestaltung der Unternehmen in Aktiengesellschaften den Weg, sie erst einmal von den Schulden und den traditionellen öffentlichen Belastungen (Schaffung und Unterhalt von Schulen, Bau von Wohnungen, Straßen u. a.) zu befreien und die nicht benötigten Arbeitskräften (insgesamt 30-35 Millionen) zu entlassen. Das bewirkte eine ernsthafte Schwächung des Kerns der Arbeiterklasse und eine deutliche Zunahme der Arbeitslosigkeit[508].

Die asiatische Finanz- und Bankenkrise von 1997 hatte neue Prioritäten gesetzt. Es galt die Gefahren, die sich aus solchen Entwicklungen für die chinesische Wirtschaft ergeben könnten, möglichst auszuschalten. Die Lage der chinesischen Banken war ernst. Die faulen Kredite (daizhang) der chinesischen Banken machten Anfang 1997 schätzungsweise 24 Prozent aller Kredite aus. Eine Hongkonger Gesellschaft für Wertpapierhandel nannte es eine allgemeine Erscheinung, dass die Banken auf dem Festland die Schulden mit ihrem Kapital nicht mehr ausgleichen könnten. Das wirke sich hauptsächlich auf die hohen inländischen Spareinlagen[509] und auf ausländisches Kapital aus. Ein Abheben größerer Sparanlagen könne bereits eine Finanz- und Bankenkrise ausbrechen lassen. Deshalb wurde in Beijing beschlossen, möglichst innerhalb der nächsten drei Jahre ein System von Finanzinstituten, einen Kapitalmarkt und ein System zur Überwachung, Leitung und Regulierung des Geldmarktes aufzubauen. Die Regierung strebte die Aufhebung aller Begrenzungen für einen freien Handel mit Getreide an, um den Anbau von Getreide zu stimulieren.

507. Siehe: Su Shaozhi (USA), In der Stabilität den Fortschritt anstreben, in: Cheng Ming, Jg. 1998 H.1, S. 70, chines.. Prof. Su lernte ich Ende der 70er Jahre auf einer der jugoslawischen Round-Table-Konferenzen kennen. Er war ein Anhänger Hu Yaobangs und bis 1989 Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus und die Ideen Mao Zedongs an der Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Beijing.

508. Die aus den staatlichen Unternehmen entlassenen Arbeiter befanden sich zunächst drei Jahre in betrieblich organisierten Auffanggesellschaften. Von dort sollten ihnen eine neue Arbeit vermittelt und dafür gegebenenfalls auch qualifiziert werden. Die Masse dieser Arbeiter ging allein schon aus Altersgründen anschließend in die Arbeitslosigkeit.

Im Wohnungswesen beschloss die Regierung, das System der Sozialwohnungen abzuschaffen. Die Verteilung von Wohnungen sollte allmählich über den Markt geregelt werden. Durch eine Reihe von Maßnahmen, vor allem durch Ausreichung von Bankkrediten, sollte der Erwerb von Wohnungen gefördert werden, um dennoch eine Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Städten zu erreichen und die Entwicklung des Wohnungsbaus zu fördern. In der Folgezeit erhielt ein Teil der Beschäftigten beim Kauf einer Wohnung auch Vergünstigungen durch ihre Unternehmen und Institutionen. Die Vermarktung des Wohnungswesens war der Beginn der Vermarktung der gesamten öffentlichen Daseinsfürsorge.

Der NVK orientierte auf seiner Tagung im März 1998 auf den Aufbau eines umfassenden Systems der Sozialversicherung (Arbeitslosen, Kranken- und Rentenversicherung) in der VR China. Die Versicherungsfonds sollen zu je einem Drittel aus Mitteln des Staates, der Unternehmen und Beiträgen der Versicherten gebildet werden. Diese Reform stützte sich bisher maßgeblich auf Erfahrungen anderer Länder, vor allem der BRD.[510]

Auf der Grundlage des Beschlusses der 1. Tagung des IX. NVK wurde eine neue Reform des Apparats des Staatsrates (Regierung) eingeleitet. Die Reduzierung der Institutionen des Staatsrates von 40 auf 29 war mit einer zahlenmäßigen Verringerung und Auswechslung der Mitarbeiter verbunden. Über 200 Funktionen wurden an Unternehmen, gesellschaftliche Maklerorganisationen und an die Regionen übergeben. Zwischen den einzelnen Institutionen des Staatsrats wechselten über hundert Verantwortlichkeiten. Ein Viertel aller Hauptabteilungen und Ämter innerhalb der einzelnen Institutionen des Staatsrates wurde abgeschafft. Diese Reorganisierung war Ende Juni 1998 abgeschlossen. Danach wurde die Reform des Regierungsapparats auf der Ebene der Provinzen und Kreise fortgesetzt. Im Ergebnis der Umgestaltung des Apparats der Zentralregierung konnte, wie verlautbart wurde, das Durchschnittsalter der Beschäftigten im Staatsrat verringert und das Bildungs-

509. Die Sparguthaben der Bevölkerung der VR China beliefen sich Mitte 1997 auf 4 Billionen Yuan = 5.434,78 Mrd. US-Dollar nach dem damaligen Umrechnungskurs. Siehe: Beijing Rundschau, Jg.1997, H.25, S.27. Ein großer Teil dieser Sparguthaben hatte den Charakter eines Vorsorgesparens.

510. Die chinesische Regierung konsultierte zu dieser Problematik u.a. Norbert Blühm und Kurt Biedenkopf (siehe z. B. Gespräch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji mit Biedenkopf am 24.2 1998 in Beijing). .

niveau der Führungskader erhöht werden. Ähnliche Reformen hatten in der Vergangenheit immter wieder zu einer neuen Aufblähung des Apparats geführt.

1998 wurde eine Neufassung des Gesetzes über die Organisation der dörflichen Selbstverwaltung verabschiedet. Mit dem Gesetz wurden die Erfahrungen berücksichtigt, die bei der Umsetzung des ersten Gesetzes dieser Art von 1988 gemacht worden waren. Das neue Gesetz integrierte die dörfliche Selbstverwaltung offiziell in das politische System. Mit der Entwicklung der Bauern zu selbstständigen Subjekten mit ökonomischen Interessen hatte sich auch ihr Verlangen entwickelt, in ihrem Umfeld über die Gestaltung der politischen Verhältnisse und der Politik mit zu bestimmen. Dem trug das neue Gesetz Rechnung. Generell gesehen, geht es im Kern darum, die traditionelle paternalistische Herrschaft auf dem Dorfe in das Gleis einer legalen demokratischen Herrschaft zu bringen und damit das Volk auf der unteren Ebene seine Angelegenheiten selbst regeln zu lassen. Die Einführung eines demokratischen Systems auf dem Dorfe in einem so großen Land mit einer so starken autokratischen Tradition und einer so rückständigen Wirtschaft gestaltet sich naturgemäß außerordentlich schwierig und langwierig. Mit dieser Reform wurde natürlich auch die Hoffnung verbunden, die Beziehungen zwischen Kadern und Massen entspannen und normalisieren zu können. Dabei traten zwei Probleme auf. Nach den staatlichen Gesetzen muss das Dorfkomitee sowohl die legalen Aufgaben, die ihm von der übergeordneten Xiang-Regierung übertragen werden, als auch die eigenen Selbstverwaltungsaufgaben (Regelung aller Probleme des Dorfes) erfüllen. Schon bei den Wahlen der Kader des dörflichen Komitees begann die übergeordnete staatliche Ebene jedoch vielfach die Weichen dafür zu stellen, dass das gewählte Komitee sich zu Lasten der Selbstverwaltung auf die Erfüllung der Aufgaben konzentrierte, die ihm vom Xiang übertragen werden. Ein zweites Problem, das sich Ende der 90er Jahre deutlicher abzeichnete, war die Wahrung der relativen Selbstständigkeit in der Arbeit des Dorfkomitees gegenüber dem dörflichen Parteikomitee. Die KP Chinas sah sich deshalb veranlasst, in beiden Fragen nach Lösungen zu suchen.

Je weiter die Reformen fortschritten, desto komplizierter und schwieriger wurden die Fragen. Es war deshalb natürlich, dass in diesem Prozess die Unterschiede in den Auffassungen über die inhaltli-

che Ausgestaltung der Reformen, ihre Komplexität und ihre Wege nicht geringer wurden. Zu übersehen war jedoch auch nicht, dass in dem Maße, in dem die kapitalistische Globalisierung die VR China erfasste, sich in den Auseinandersetzungen über die Reformen in China auch bürgerliche Einflüsse ausbreiteten. Während die KP Chinas in der Frage der politischen Reform deutliche Stoppschilder für diesen Einfluss gesetzt hatte, zeigte sie sich, ausgehend von dem Bestreben, die Produktivkräfte so schnell wie möglich zu entwickeln, gegenüber bürgerlichen Theorien im Bereich der Wirtschaft deutlich offener. Das führte dazu, dass sich in den Auseinandersetzungen über die Wirtschaftsreform klassenmäßig verschiedene Positionen entwickelten. Eine offizielle Einschätzung dazu hat mir nicht vorgelegen. In der chinesischen Literatur über die Auseinandersetzungen unter den Ökonomen des Landes findet sich dazu hingegen reichlich Material. Cheng Enfu, ein leitender Ökonom an der Shanghaier Universität für Finanzwirtschaft, sprach von „drei großen Strömungen", die in der Reformtheorie vertreten sind:[511]

1. Strömung, die der heutigen offiziellen Auffassung nahe ist.
   Sie vertritt die Formel von den „vier Hauptträgern" der Marktwirtschaft im Anfangsstadium des Sozialismus: vielfältiges Eigentum mit dem Gemeineigentum als Hauptform, Verteilung nach vielen Faktoren mit der Verteilung nach der Arbeit als Hauptform, Entwicklung eines vielfach strukturierten Marktes als Basis unter effektiver Führung des Staates auf demokratischer Grundlage und vielseitige Öffnung nach außen bei effektiver Nutzung des eigenen Kapitals und der Wahrung der Eigenständigkeit des Landes.
2. Auffassung von einer „sozial gerechten Marktwirtschaft".
   Diese Auffassung lehnt sich an den „demokratischen Sozialismus" internationaler sozialdemokratischer Parteien an.
   Gemeineigentum als Hauptform wird nicht als Merkmal des Sozialismus angesehen, es sei generell nicht kompatibel mit der Marktwirtschaft. Vermögen und Einkommen durch den Markt wird als vernünftig gewertet. Soziale Polarisierung als Problem könne nur durch Regulierung der Einkommen gelöst werden. Je größer die Rolle des Marktes und je kleiner die regulierende Rolle

511. Cheng Enfu, Der Neuaufbau der Wirtschaft in China und die Reformströmungen, in: Wen Hui Bao, zitiert nach: Renmin Wang v. 26.4.2004, chines.

des Staats, desto besser. Globalisierung bringt China nur Nutzen.

3. Auffassung von einer radikalen Marktreform.
   Entspricht der Richtung der neoliberalen Marktwirtschaft des Westens.

Gemeineigentum sei schnellstens zu privatisieren. Arbeit schaffe keine neuen Werte, das Privateigentum besitze keinen Ausbeutungscharakter. Soziale Polarisierung sei eine normale Erscheinung und eine Voraussetzung für hohe Effektivität. Die Rolle des Staates wird auf den Bereich einer „Nachtwache" reduziert, die staatliche Einmischung in die Wirtschaft wird abgelehnt. Die chinesische Wirtschaft müsse nicht vor dem Einfluss der Globalisierung geschützt werden. Hightech und Kapital für den Aufbau solle völlig oder hauptsächlich aus dem Ausland eingeführt werden.

Die neoliberale Richtung gewann im China der 90er Jahre deutlich an Einfluss.

Entwicklung der KP Chinas bis zum XVI. Parteitag

In Vorbereitung und Durchführung des XV. Parteitages gab es Stimmen in der Partei, die sich gegen einen aufkommenden Personenkult um den Generalsekretär Jiang Zemin richteten. Seit 1989, seit der Übertragung dieser Funktion an ihn, war in der Partei die von Deng Xiaoping eingeführte Formulierung „das Führungskollektiv *mit seinem Kern, dem Genossen Jiang Zemin*" (kursiv – d. V.) gebräuchlich. Nun kam hinzu, dass Kräfte, die Jiang nahe standen, vor dem Parteitag begannen, überall Bilder von Mao, Deng und Jiang in einer Reihe nebeneinander aufzuhängen. Das konnte nur als eine Aufwertung der Person Jiang Zemin verstanden werden. Als dann auf dem Parteitag auch noch zwei Provinzdelegationen mit dem Hinweis, Jiang hätte die Theorie Dengs über den Sozialismus chinesischer Prägung weiterentwickelt, beantragten, diese bildliche Gleichsetzung der drei Personen offiziell zu sanktionieren, soll eine scharfe kontroverse Debatte eingesetzt haben. Sie wurde „stillgelegt", um die Einheit der Partei nicht zu untergraben.

1998/1999 setzte die Parteiführung ihre Anstrengungen fort, die ideologische, politische und moralische Situation unter den Füh-

rungskadern zu verbessern. Ein neuer Beschluss rief dazu auf, an die Fragen des Studiums, der Politik und der Moral parteimäßig heranzugehen.[512] Wieder ging es um eine Verständigung über die Theorie Deng Xiaopings. Die Lage unter den Führungskadern wurde als „insgesamt gut" eingeschätzt, lediglich bei einem Teil dieser Funktionäre würde die ideologisch-politische Qualität „nicht bzw. noch nicht allseitig" den Erfordernissen entsprechen. Konkret hieß es abermals: Es gibt Führungskader, die das Studium der marxistischen Theorie ignorieren, kein festes Vertrauen mehr zu den Idealen des Sozialismus und des Kommunismus haben und in wichtigen Fragen nicht zwischen richtig und falsch unterscheiden können. Sie haben das Prinzip der Parteilichkeit aufgegeben, schützen sogar kriminelle Elemente, treten als Beamte und Herren gegenüber dem Volk auf, missbrauchen die Macht für persönliche Zwecke, begünstigen Verwandte und Nahestehende und sind korrupt.

Eine „tiefergehende Erziehung" dieser Kader sollte zu vier Fortschritten führen: Festigung der sozialistischen und kommunistischen Überzeugung, Verbindung von Demokratie und Zentralismus, uneingeschränkter Dienst am Volke und Einheit von Wort und Tat.

Mit Blick auf vorangegangene Jahre kommt der Eindruck auf, dass sich die ideologisch-politische Situation unter den Führungskadern der Partei und Regierung von der Kreisebene an aufwärts auf dem Hintergrund des Übergangs zur Marktwirtschaft, zurückhaltend formuliert, kaum verändert hatte. Erscheinungen dieser Art unter Kadern, die unmittelbar Macht und Entscheidungsgewalt ausüben, mussten für die regierende kommunistische Partei bedrohlich sein.

Mit seiner Rede zum 80. Jahrestag der Gründung der KP Chinas am 1. Juli 2001 äußerte Generalsekretär Jiang Zemin neue Gesichtspunkte für den Aufbau der Partei.[513] Zu diesem Zeitpunkt waren durch die Wirtschaftsreform in der chinesischen Gesellschaft grundlegende ökonomische und soziale Veränderungen eingetreten. Herausgebildet hatten sich eine vielschichtige Eigentumsstruktur mit einem hohen Anteil einheimischen Privatkapitals und eine neu-

512. „Meinung des ZK über die vertiefte Erziehung zur Parteilichkeit und zum Arbeitstil der Partei in den Führungsgruppen und unter den Führungsgruppen von Partei und Regierung von Kreis an aufwärts mit dem Hauptinhalt ‚über das Studium, die Politik und die Moral' (jiang xuexi, jiang zhengzhi, jiang daode) sprechen", vom 21.11.1998, in: Renmin Ribao v. 18.3.1999, chines

513. Jiang Zemin, Rede auf der Großveranstaltung zum 80. Jahrestag der Gründung der KP Chinas, in: „Ein glänzender historischer Prozess, eine imposante Mission", herausgegeb. v. He Yi, Beijing 2001, S.1- 38, chines.

artige Sozialstruktur. Auf diesem Hintergrund trug Jiang Zemin in seinem Referat auf der Festveranstaltung seine neue Auffassung über die weitere Entwicklung der Partei und ihre Politik vor.

Um die drei historischen Aufgaben der Partei – die Modernisierung, die Wiedervereinigung, den Schutz des Weltfriedens und die Förderung der *gemeinsamen Entwicklung* (kursiv – d. V.) – erfüllen zu können, wäre es notwendig, den Erfordernissen der „drei Vertretungen" (san ge daibiao) entschlossen nachzukommen:[514]

Als erstes müsse die Partei stets die Entwicklungserfordernisse der fortgeschrittenen Produktivkräfte Chinas vertreten und auf der Grundlage dieser Entwicklung ständig das Lebensniveau der Volksmassen heben.

Als zweites müsse sie stets die vorwärtsweisende Richtung der fortschrittlichen Kultur vertreten, nämlich Verkörperung der Erfordernisse der sozialistischen Kultur mit dem Gesicht der Modernisierung, der Welt und der Zukunft zugewandt. Sie habe die Aufgabe, die Entwicklung der ideologisch-moralischen und wissenschaftlich-kulturellen Qualität der gesamten Nation ständig zu fördern und die erforderlichen geistige Triebkräfte und das Denkvermögen für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt Chinas zu entwickeln.

Als drittes müsse sie stets die Grundinteressen der breitesten Masse des Volkes vertreten, diese Grundinteressen als Ausgangspunkt ihrer Theorie und Politik nehmen, die Aktivität und Initiative der Volksmassen voll entfalten und auf der Grundlage des steten Fortschritts in der gesellschaftlichen Entwicklung bewirken, dass die Volksmassen ständig ökonomisch, politisch und kulturell von diesem Fortschritt profitieren.

Jiang Zemin wandte in seiner Rede die These von der „dreifachen Vertretung" auf die notwendige Stärkung der Klassen- und Massenbasis der Partei an.[515] Im Kern ging es um die Begründung, weshalb auch die fortschrittlichen Vertreter der „neuen sozialen Schichten" in die Partei aufzunehmen sind. Unter diesem Begriff wurden von Jiang unterschiedslos kapitalistische Unternehmer, Angestellte und Ar-

514. „Gemeinsame Entwicklung" ist zu verstehen als gemeinsame Entwicklung Chinas mit allen anderen Ländern, einschließlich der führenden kapitalistischen Ländner.

515. Es fällt auf, dass neuerdings manche chinesische Autoren ihre Betrachtung über die „drei Vertretungen" an dieser Stelle abbrechen. Vergl. z. B. Jin Chunming, a.a.O., S. 367/368.

beiter gezählt.[516] Der Sache nach ging es um die Begründung, weshalb auch kapitalistische Unternehmer in die KP Chinas gehören.

Seine erste These lautete: Die Vertreter der sozialen neuen Schichten sind wie die Arbeiter und Bauern Vertreter der fortgeschrittenen Produktivkräfte und Kultur und zusammen mit ihnen, mit den Kadern und Angehörigen der Volksbefreiungsarmee „auch Erbauer des Sozialismus chinesischer Prägung". Daran schloss sich eine zweite These an: Die Theorie der marxistischen Klassiker über die Arbeit und den Wert der Arbeit in der damaligen kapitalistischen Gesellschaft könne unter der Bedingung der sozialistischen Marktwirtschaft im heutigen China nicht mehr angewandt werden; denn hier gehe es um die Theorie der Arbeit und des Wertes der Arbeit in einer sozialistischen Gesellschaft. Kategorien wie „Werktätiger" und „Arbeiterklasse" würden sich hier inhaltlich ändern. Die Leitungstätigkeit privater Unternhmer in der sozialistischen Gesellschaft wäre auch produktive Arbeit, die Werte schafft. Damit stand die Behauptung im Raum, dieser Kapitalist sei kein Ausbeuter und zwischen ihm und den Arbeitern bestehe kein Klassenantagonismus. Die dritte These Jiangs lautete: Für die Einschätzung, ob eine Partei die Avantgarde der Arbeiterklasse ist oder nicht, sei nicht mehr die Klassenherkunft ihrer Mitglieder entscheidend. Maßgeblich sei vielmehr, ob die Theorie und das Programm der Partei marxistisch seien, ob sie die richtige Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung und die Interessen der großen Mehrheit des Volkes vertrete. Daraus wurde die vierte These abgeleitet: Ob jemand fortschrittlich ist oder nicht, kann nicht einfach danach beurteilt werden, ob und wie viel Vermögen er besitzt. Es komme auf seine ideologisch-politische Haltung und sein Auftreten in der Realität, speziell auf seinen

516. Als Vertreter der „neuen Schichten" bezeichnete Jiang: Gründer und technisches Personal „selbstverwalteter" (minying) wissenschaftlich-technischer Unternehmen, in Unternehmen des ausländischen Kapitals angestelltes Leitungs- und technisches Personal, kleine Gewerbetreibende, „privatwirtschaftliche" (siying) Unternehmer, Beschäftigte in Maklerorganisationen und Vertreter freier Berufe in einer Größenordnung von insgesamt 50 Millionen Personen mit einer Billion Yuan Kapital und rd. 100 Millionen Beschäftigten (Renmin Ribao v. 11.6.2007). Aus der Sicht der KP Chinas gibt es seitdem in China keine Kapitalisten, keine Bourgeoisie und keine antagonistischen Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital mehr.
Nach Recherchen der Abtlg. Einheitsfront des ZK der KPCh verfügen diese „neuen Schichten" über die Hälfte aller technischen Patente Chinas, sie zahlen fast 1/3 der gesamten Steuern des Landes, schaffen jährlich über die Hälfte der neuen Arbeitsplätze und konzentrieren sich in ihren ökonomischen und gesellschaftlichen Organisationen. „Sie sind Erbauer des Sozialismus chinesischer Prägung und spielen eine wichtige Rolle bei der Förderung des gemeinsamen Reichtums, bei der Schaffung der sozialistischen harmonischen Gesellschaft und beim allseitigen Aufbau der Gesellschaft des Kleinen Wohlstands." In. „Renmin Ribao" - Haiwai-ban (Übersee-Ausgabe), nach: Renmin Wang v. 13.2.2007, chines.

Beitrag zum Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung an.

Unter diesen vier Gesichtspunkten gab es für Jiang keine ideologischen Hindernisse mehr für die Aufnahme von privaten Unternehmern in die Partei. Diese Sicht könnte sich erheblich auf die Grundlagen und die Art und Weise der Regierung durch die KP China, auf die Zukunft und die Politik Chinas auswirken. Eine Reihe von Parteimitgliedern lehnte diese Thesen Jiangs ab. Vertreter der Parteiintelligenz kritisierten sein Auftreten abermals als Ausdruck von Personenkult.[517]

Erkenntnisse und Probleme

1. Weder die drei Aufgaben, die der KP Chinas gestellt wurden, noch die „drei Vertretungen" enthalten eine klare gesellschaftspolitische Orientierung. Sie werden losgelöst von den Produktionsverhältnissen behandelt. Deshalb können sie auch auf den Fortschritt ím Rahmen einer Art national-kapitalistischen Entwicklung unter Führung der KP Chinas angewendet werden.

In den Überlegungen zu den „drei Vertretungen" fehlte, da Jiang von einer sozialistischen Gesellschaft in China sprach, ein wesentliches Element des Sozialismus – die Demokratie im Sinne der Selbstbestimmung des Volkes und der Ausübung der politischen Macht durch das Volk.[518]

Ein Vergleich mit der Orientierung Deng Xiaopings, die Arbeit der Partei müsse „drei Dingen nützen" (Entwicklung der Produktivkräfte, der Stärkung der komplexen Kraft des Staates und den Interessen der breiten Massen des Volkes), lässt feststellen, dass der Grund- und Ausgangsgedanke für die These von den „drei Vertretungen" weitgehend auf Deng zurückgeht, in diesem Sinne folglich kein neuer Gedanke war. Weder bei Jiang noch in der folgenden Propagierung der „drei Vertretungen" findet sich jedoch ein Hinweis auf den eigentlichen Ursprung dieser Überlegungen.

2. Die ökonomische Entwicklung der VR China beruhte nun weit-

517. Vergl. Hu Angang, Öffentlicher Brief an das ZK der KP Chinas v. 15.1.01, „Meinung zur Rede vom 1.Juli der Personenkult Jiang Zemins übertrifft den Hua Guofengs", chines.

518. Diese Auslegung der Demokratie ist, soweit ich das übersehe, in keiner offiziellen Verlautbarung der KP Chinas enthalten. Dafür gewinnt der Gedanke Raum, dass die Partei die Regierung für das Volk ausübt.

gehend auf Triebkräften, die sich aus der Realisierung von Kapital im Rahmen einer Marktwirtschaft ergeben. Unter diesen Bedingungen besteht und wirkt im erheblichen Ausmaße der Klassengegensatz von Arbeit und Kapital und damit ein Ausbeutungsverhältnis, auch wenn es staatlich reguliert und begrenzt sein sollte. Die marxistische Theorie über die Arbeit und den Wert der Arbeit behält deshalb, soweit es sich um die Ausbeutungsverhältnisse in der heutigen VR China handelt, aus meiner Sicht grundsätzlich ihre Bedeutung. Eine ganze andere Frage ist, auch das Privatkapital für die wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen.

3. Die Darlegungen von Jiang Zemin lassen die Vermutung zu, dass es der KP Chinas unter sozialistischen Losungen hauptsächlich und in erster Linie um den „friedlichen Aufstieg" zu einer allseits gestärkten Weltmacht geht. Ich halte die Orientierung, für eine beschleunigte Stärkung des Landes alle nationalen Kräfte zu mobilisieren, für richtig, um unter allen denkbaren künftigen Umständen die Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes gewährleisten zu können. Objektiv können auf diesem Wege auch Voraussetzungen und Bedingungen für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft geschaffen werden. Die sozialistische Verklärung kapitalistischer Produktions- und Klassenverhältnisse kann jedoch den Sozialismus nur diskriminieren und die Formierung und Stärkung der sozialistischen Kräfte nur beeinträchtigen.

Der XVI. Parteitag der KP Chinas

Der Parteitag wurde für den 8. bis 14. November 2002 einberufen. Durch einen Staatsbesuch Jiang Zemins in den USA musste er zeitlich neu angesetzt werden. Der Kongress stand im Zeichen eines deutlichen Kults um die Person Jiang Zemins, der nach zwei Wahlperioden nicht wiedergewählt werden konnte.

Die 2 132 Delegierten vertraten über 64 Millionen Parteimitglieder. Auf der Tagesordnung des Kongresses standen neben dem Bericht des XV. Zentralkomitees der Bericht der Disziplinkontrollkommission des ZK, Veränderungen am Statut der Partei und die Wahl des neuen Zentralkomitees.

Der Bericht des ZK trug die Überschrift „Errichten wir allseitig

die Gesellschaft des kleinen Wohlstands, schaffen wir eine neue Lage in der Sache des Sozialismus chinesischer Prägung".

In das XVI. Zentralkomitee wurden 198 Mitglieder und 158 Kandidaten gewählt. Über die Hälfte von ihnen (180 Personen) waren das erste Mal in einem solchen Gremium vertreten. Dieser Generationswechsel war mit einer deutlichen Verjüngung der Mitglieder des Zentralkomitees verbunden. Das Durchschnittsalter aller Mitglieder und Kandidaten lag bei 55,4 Prozent, rd. 20 Prozent waren jünger als 50 Jahre. Der Anteil der Mitglieder und Kandidaten mit einem Bildungsstand, der mindestens der einer Fachhochschule entsprach, betrug 98,6 Prozent. Das legt den Schluss nahe, dass im neuen Zentralkomitee kaum noch in der unmittelbaren Produktion tätige Arbeiter und Bauer vertreten waren.

Hervorzuheben ist, dass erstmals ein normaler Generationswechel in der chinesischen Führung erfolgte. Auf der 1. Tagung des neuen Zentralkomitees wurden Hu Jintao zum Generalsekretär des ZK und neben ihm auch Wu Bangguo, Wen Jiabao, Jia Qinglin, Zeng Qinghong, Huang Jü, Wu Guanzheng, Lin Changchun und Luo Gan in den Ständigen Ausschuss des Politbüros gewählt. Die ungewöhnlich hohe Zahl dieser Mitglieder dürfte das Ergebnis eines Kompromisses zwischen der neuen Führungsspitze unter Hu Jintao und der Shanghaier Gruppe unter Jiang Zemin gewesen sein. Im Ständigen Ausschuss des Politbüros war das zahlenmäßige Verhältnis zwischen beiden Kräften etwa ausgeglichen. Dieser Fakt ließ schon vermuten, dass die unumgänglichen Korrekturen in der Gesellschaftspolitik der Partei, die nach dem Parteitag einzuleiten waren, sich schwierig und langwierig gestalten könnten.

Auf dem Parteitag wurde herausgehoben, dass die 3. Führungsgeneration unter Jiang Zemin die Frage gelöst hätte, welche Partei China im beginnenden 21. Jahrhundert brauche und wie sie aufzubauen sei. Diese Partei müsse die bereits genannten „drei Vertretungen" wahrnehmen, dabei „in allem mit der Zeit Schritt halten" und ihre auf lange Sicht angelegte „Regierung für das Volk" bedeutend qualifizieren. Diese „wichtigen Ideen" wurden als ein „neuer Gipfel der marxistischen Theorie über den Aufbau der Partei" herausgestellt[519]. Jiang Zemin ließ sich darob in der historischen

519. Renmin Wang v. 13.11.02.

Hierarchie auf die gleiche Ebene mit Mao Zedong und Deng Xiaoping heben. Diese Tendenz hatte sich schon im Bericht an den Parteitag ausgedrückt: Die in der Gesellschaft aufgekommenen scharfen Widersprüche und Probleme spiegelten sich im Unterschied zu den erreichten Erfolgen lediglich in abgeschwächter Form wider.

Der Parteitag stellte fest, dass der zweite Schritt in der langfristigen Strategie, das BIP bis 2000 abermals zu vervierfachen, getan und in Grundzügen bereits die Gesellschaft des kleinen Wohlstands geschaffen worden waren. Der Kongress stellte angesichts der inneren und äußeren Herausforderungen die Aufgabe, bis 2020 eine abermalige Vervierfachung des BIP und die allseitige Gesellschaft des kleinen Wohlstandes[520] anzustreben. Dieser Schritt soll durch den Übergang zu einer „Industrialisierung neuen Typs“[521] und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung der Wirtschaft realisiert werden. Das heißt, der Mitte der 90er Jahre bereits geforderte Übergang zu einer neuen Wachstumsweise (ökologisch verträgliche, intensiv erweiterte Produktion und Reproduktion) sollte nun in der Praxis beginnen. Die Voraussetzungen für diesen Übergang zu einem neuen Wachstumsmodell waren jedoch schlechter als es im Bericht eingeschätzt wurde.[522]

Der Parteitag nahm den Begriff der „drei Vertretungen“ als Leitideologie und die Formulierung „die KP Chinas ist die Vorhut der Arbeiterklasse und zugleich die Vorhut des chinesischen Volkes wie

520. In Anlehnung an Auffassungen der bürgerlichen Ökonomie war diese Gesellschaft bis dahin vor allem an zwei Kriterien gemessen worden – am durchschnittlich pro Kopf erzeugten BIP zwischen 800 bis 3000 US-Dollar und am Einkommensniveau von Ländern mittlerer Entwicklungsstufe (im Schwankungsbereich zwischen unterer und oberer Begrenzung). Der Parteitag erweiterte die Kriterien für die Einschätzung dieser Gesellschaft um sechs Gesichtspunkte: stärkere Entwicklung der Wirtschaft, Vervollkommnung der Demokratie, beschleunigte Entwicklung von Wissenschaft und Bildung, stärkeres kulturelles Aufblühen, verstärkte Harmonisierung der Gesellschaft und ein wohlhabenderes Leben des Volkes. Hier verwendete Begriffe wie „vervollkommnen“ und „verstärken“ könnten den unrealen Eindruck einer sich allseitig und normal entwickelnden Gesellschaft vermitteln.

521. Darunter wird verstanden: Auf der Grundlage von Wissenschaft und Technik soll die Industriestruktur so optimiert und strukturiert werden, dass die High-Tech-Industrien eine Pionierrolle ausfüllen, die Grundstoff- und Fertigungsindustrie die Stütze der Wirtschaft bilden und der Dienstleistungssektor sich umfassend entwickeln kann. Im Ergebnis dessen sollen eine sprunghafte Entwicklung der Technik, eine hohe Qualität und Effizienz der Produktion sowie ein sparsamer und umweltschonende Ressourcenverbrauch erreicht werden.

522. Im größten Teil der staatlichen Unternehmen stand die technische Rekonstruktion noch aus; diese Aufgabe sollte nun durch den breiten Einstieg in- und ausländischen Kapitals gelöst werden. Um den Übergang zu einer neuen Art und Weise des Wachstums der Wirtschaft einleiten zu können, musste auch der geringe Anteil von 3-4 Prozent Facharbeitern an der Gesamtzahl der in der Industrie tätigen Arbeiter deutlich erhöht werden. Eine langfristige Beibehaltung der arbeitsintensiven Produktion scheint mir in Teilen dennoch unumgänglich, um bis 2020 überhaupt die erforderlichen nahezu 200 Millionen neuen Arbeitsplätze schaffen zu können.

der chinesischen Nation" in das Parteistatut auf. Er orientierte auf einen verstärkten Parteiaufbau im Zeichen der „drei Vertretungen", bekräftigte die Taiwan-Politik der Partei sowie den Kurs der unabhängigen und selbstständigen friedlichen Außenpolitik mit dem Aspekt der „gemeinsamen Entwicklung". In den Dokumenten des Kongresses hieß es, dass im Ergebnis aller Politik die „Renaissance der chinesischen Nation" anzustreben sei.

3.2. Ökonomische und soziale Entwicklung 1992-2002

Die chinesische Volkswirtschaft nahm in der 2. Etappe der Wirtschaftsreform (1992-2002) einen qualitativ neuen Aufschwung. Damit einher ging die grundlegende Ausbildung der neuen ökonomischen und Sozialstruktur.

Der wirtschaftliche Aufschwung war mit dem Import ausländischen Kapitals verbunden. Angelockt durch die niedrigen Arbeitskosten auf dem Hintergrund des riesigen Marktes, kam das internationale Großkapital in Erwartung hoher Profite. Xianggang, Taiwan, Japan, Südkorea, die USA und europäische Länder verlagerten ihre arbeitsintensiven Industrien nach China. Transnationale Konzerne (TNK) begannen, beträchtliche Teile der chinesischen Wirtschaft in ihre globalen Produktions- und Absatzketten einzubauen. Die Volksrepublik ihrerseits setzte sich in der Kooperation mit dem ausländischen Kapital vier grundlegende Ziele: das notwendige Kapital für die Modernisierung zu organisieren, fortgeschrittenste Wissenschaft und Technik zu erhalten, Verwertbares aus den Erfahrungen und Methoden des ökonomisch entwickelten Kapitalismus bei der Leitung vergesellschafteter Großproduktion aufzunehmen und sich internationale Ressourcen zu erschließen.

Die Ergebnisse dieser Strategie und Politik sprechen für sich. China konnte sich bis 2002 im Anteil am erzeugten BIP der Welt vom 10. auf den 6. Platz vorschieben. Mit einem durchschnittlichen Jahreswachstum von 8,69 Prozent konnte das Land sein BIP in dieser Entwicklungsetappe unter schwierigen objektiven und hausgemachten Bedingungen um das 3,9-fache erhöhen[523]. Der an einem

523. Quelle für alle in diesem Abschnitt benutzten Angaben, soweit nicht Anderes vermerkt: „Statistisches Jahrbuch China 2003", Beijing 2003, chines.

Tag geschaffene Wert des BIP hatte von 4,03 Mrd. (1989) auf 28,71 Mrd. Yuan im Jahre 2002 zugelegt. Das Volumen des Außenhandels war von 165.53 Mrd. im Jahre 1992 auf 620.77 Mrd. US-Dollar gestiegen. Bereits 1995 war die Aufgabe, den Gesamtproduktionswert bis zum Jahre 2000 zu vervierfachen, vorfristig erfüllt worden. Der XVI. Parteitag konnte verkünden, dass die „Gesellschaft des kleinen Wohlstands" grundsätzlich geschaffen worden war. Die UNFF schätzte in ihrem „Bericht über die menschliche Entwicklung" von 2003 ein, dass China im Verlaufe der 90er Jahre 150 Millionen Menschen aus der Armut befreit und damit die Armut im Lande halbiert hatte. In China hatte tatsächlich ein „Wirtschaftswunder chinesischer Prägung" begonnen, Wirklichkeit zu werden. Ich hatte Gelegenheit, 1999 die Ergebnisse dieser Entwicklung auf einer Reise durch Ostchina, das ich durch meine Studien vor Ort seit 1959 recht gut kennen gelernt hatte, persönlich in Augenschein zu nehmen. Die enormen Veränderungen in den Städten und Dörfern dieses Landstrichs ließen mich ein um das andere Mal staunen.

Die Summe der realisierten Direktinvestitionen des ausländischen Kapitals wuchs bis 2002 auf insgesamt 192,8 Mrd. US-Dollar an. China war damit nach den USA zweitgrößter Importeur ausländischen Kapitals geworden. Das Kapital kam 2002 zu über 33,9 Prozent aus Xianggang, zu 10,3 Prozent aus den USA, zu 7,9 Prozent aus Japan und zu 1,9 Prozent aus der BRD und war zu rd. 70 Prozent im produzierenden Gewerbe konzentriert. Es wurde in drei Wirtschaftsformen realisiert: im anfänglich dominierenden Joint Venture, im Kooperativ-Unternehmen und im selbstständigen (Tochter)Unternehmen, das sich in der zweiten Hälfte zur Hauptform entwickelte (Anteil 2002 fast 63 %). Der Anteil der Unternehmen mit ausländischem Kapital[524] am chinesischen Außenhandel (im Wesentlichen als Berarbeitungshandel) belief sich 2002 auf 52,5 Prozent.[525]

524. Als Unternehmen mit ausländischem Kapital werden solche mit einem Anteil ausländischen Kapitals von 25 Prozent und mehr bezeichnet.
525. Renmin Wang 29.7.03, chines.

Entwicklung des BIP 1992-2002 (Yuan)

	absolut	Durchschnitt pro Kopf
1992	2.663,81 Mrd.	2.287
2002	10.479,06 Mrd.	8184

Quelle: Statistisches Jahrbuch 2003 China, Beijing 2003, S. 55, chines

Akkumulations- und Konsumtionsrate im Vergleich (%)

Jahr	Akkumulationsrate	Konsumtionsrate
1990	34,3	65,7
1995	42,5	57,5
2000	38,9	61,1
2001	40,2	59,8
2002	42,0	58,0

Quellen: Nanfang Zhoumo v. 14.3.02, Shanghai Zhengquan Bao v. 22.4.03, China Statistical Yearbook 1997, Beijing 1997, 22-2; ebd. 2002, Beijing 2002, 2-3; ebd. 2003, Beijing 2003, 2-11; ebd. 2004, Beijing 2004, 2-3, chines.

Die chinesische Volkswirtschaft entwickelte sich in dieser Etappe sehr ungleichmäßig. 1993, mit dem erneuten Anziehen der Reform, kam es schnell zu einer Überhitzung und zu einer rasch ansteigenden Inflation, die ein Jahr später bereits die Rate von 25,2 Prozent erreichte. Nach der erfolgten „weichen Landung" der Wirtschaft, dem 1997 einsetzenden Übergang zu „einem hohem Wachstum bei niedriger Inflationsrate", sah sich die VR China den Auswirkungen der asiatischen Finanz- und Bankenkrise ausgesetzt. Beijing legte ein enormes Investitionsprogramm auf, um diese Auswirkungen zu minimieren. Als die chinesische Wirtschaft im Jahre 2000 aus dem Schatten dieser Krise heraustrat, sah sie sich einer leichten Weltwirtschaftskrise gegenüber. Angesichts dieser Probleme ist die Entwicklung des BIP in den Jahren 1993-2002 hoch zu bewerten. Eine Maßnahme der Zentralregierung in dieser Etappe, die von weitreichender Bedeutung sein sollte, war 1999 die Entlastung der vier großen Geschäftsbanken von faulen Krediten in einer Gesamthöhe von 1 400 Mrd. Yuan.

526. Chinesische Ökonomen sahen eine Akkumulationsrate von 30-35 Prozent als die effektivste Variante für das Land an. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Akkumulationsrate in den entwickelten kapitalistischen Ländern lag damals bei 22 und in den Entwicklungsländen bis 26 Prozent.

Insgesamt mehrten sich in der wirtschaftlichen Entwicklung der 2. Hälfte der 90er Jahre wieder negative Vorzeichen. Sie hingen zu wesentlichen Teilen mit der Orientierung auf die einseitige Erhöhung des BIP zusammen. Mit dieser Orientierung wurde das Ziel verfolgt, China gemessen am absoluten Volumen des BIP in die Spitze der Weltrangliste zu katapultieren. Die Akkumulationsrate schnellte auf über 40 Prozent und ließ die Konsumtion deutlich hinter das Wachstum des BIP zurückfallen.[526] Das hatte vor allem folgende Auswirkungen: Die disproportionale Entwicklung zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen vertiefte sich ernsthaft. Das drückte sich in erster Linie im weiteren Zurückbleiben der Landwirtschaft aus. Die ökonomischen und sozialen Unterschiede zwischen Stadt und Land wie zwischen den Regionen nahmen deutlich zu. Es wurde nicht nur weniger verteilt, die Verteilung selbst erfolgte zunehmend ungerechter. Hinzu kam, dass die öffentliche Daseinsfürsorge weitgehend dem Markt überlassen wurde. Der ökonomische Aufschwung konzentrierte sich auf die Küstenregionen im Osten, die die Kapital- und Arbeitskräfteressourcen aus den Dörfern der anderen Landesteile anzogen und aufsaugten. Die beschleunigte ursprüngliche Akkumulation nahm vor allem in den südchinesischen Unternehmen der Kooperationsketten der ausländischen TNK Züge eines Manchester-Kapitalismus an.[527] Mit stillschweigender Billigung durch die chinesischen Regierungen auf zentraler und lokaler Ebene wurden die Arbeits- und andere Gesetze gröblich verletzt. Diese und weitere Faktoren verwandelten China innerhalb von lediglich zehn Jahren in ein Land extremer sozialer Polarisierung. Diese Entwicklungen widersprachen der Forderung Deng Xiaopings vom „dreifachen Nutzen“, und sie standen auch im krassen Widerspruch zu den von Jiang Zemin verkündeten „drei Vertretungen“.

Die neue Eigentumsstruktur

Bis 1998 hatte sich im Ergebnis der Wirtschaftreform die neue Eigentumsstruktur grundsätzlich herausgebildet.

527. Dazu gehörten die 120-150 Milionen Bauernarbeiter, im Westen landläufig Wanderarbeiter genannt, die den Aufbau in den Städten Ost- und Südostchinas ermöglichten.

Anteile der Eigentumsformen am BIP (1985-1998) (in Prozent)[528]

Jahr	staatl. Sektor	kollekt. Sektor*	Sektoren außerh.d. Gemeineigentums
1985	64,9	32,1	3
1990	54,6	35,6	9,8
1995	34	36,6	29,4
1997	25,5	38,1	36,4
1998	28,5	38,3	38,8

**Es kann davon ausgegangen werden, dass ein Teil der Privatunternehmen nach außen nach wie vor als kollektiveigene Unternehmen auftrat und damit der Anteil der Sektoren außerhalb des Gemeineigentums höher als angegeben war.*

Die strategische Neuorientierung der Standortverteilung und Struktur der staatlichen Wirtschaft auf der 4. Tagung des XV. ZK der KP Chinas im September 1999 führte zu einschneidenden Veränderungen. Der staatliche Sektor wurde nun auf die Beherr-schung der Schlüsselpositionen und Branchen konzentriert, die für die ökonomische Sicherheit des Staates entscheidend waren (Kommandohöhen). Das festigte die Monopolstellung des Staates in den entsprechenden Zweigen, während sich die staatliche Wirtschaft aus den Bereichen „allgemeiner Konkurrenz" weitestgehend zurückzog. Damit einher gingen Fusion und gegenseitige Verflechtung von staatlichen Unternehmen auf dem Wege zur Schaffung von Aktiengesellschaften. Das Ziel war, moderne große Unternehmen bzw. Unternehmensgruppen (gewissermaßen chinesische TNK) zu schaffen, die international konkurrenzfähig und in der Lage sind, sich den internationalen Markt zu erschließen. Andere staatliche Unternehmen, insbesondere mittlerer und kleiner Größe, wurden verpachtet, privatisiert oder gingen in die Insolvenz. Auch diese Wege dienten der Konzentration des staatlichen Kapitals. Um die Modernisierung des staatlichen Sektors zu beschleunigen, wurde all-

528. Zhang Wencheng, Characteristics and Problems concerning China's Market Economy and Prospects for Socialism, Konferenzbeitrag, Quelle: persönliches Archiv.

gemein Kurs auf die Schaffung von „gemischtem Eigentum“ in Gestalt von Beteiligung des einheimischen Privatkapitals und des internationalen Großkapitals genommen.[529]

Nach der Anerkennung der privaten Besitzrechte in Wirtschaft, Handel und Gewerbe durch den NVK im März 1999 als „wichtigen konstituierenden Bestandteil der sozialistischen Marktwirtschaft“[530] beschleunigte sich die Entwicklung des privatkapitalistischen Sektors. Die Jahre 2000 bis 2002 waren der Höhepunkt in der Umgestaltung des Systems der staatlichen und der kollektiveigenen Unternehmen. Verpachtungen und Verkäufe staatlicher und kollektiveigener, vor allem mittlerer und kleiner Unternehmen an die private Hand hatten Konjunktur. Die Zahl der staatlichen Unternehmen und der vom Staat über Aktien kontrollierten Unternehmen verringerte sich durch all diese Veränderungen bis 2003 von 238 000 auf 150 000.[531] In den ost- und südostchinesischen Provinzen waren zwischen 25 und 45 Prozent der privatkapitalistischen Unternehmer in staatliche und kollektiveigene Unternehmen eingestiegen.[532] 60,6 Prozent der Eigentümer der privatisierten staatlichen Unternehmen hatten zuvor diese Unternehmen geleitet. Für die Verkäufe staatlicher Unternehmen gab es damals weder verbindliche Kriterien noch eine einheitliche Leitung. Das ermöglichte es Vertretern der örtlichen Macht, selbst größere Unternehmen im Rahmen eines Beziehungsgeflechts zu Spottpreisen zu privatisieren und persönlich davon zu profitieren. In der 2. Hälfte der 90er Jahre waren über 80 Prozent der ländlichen Unternehmen privatisiert oder in Aktienkooperative umgewandelt worden. 2002 wurden 2,455 Millionen privatkapitalistische Unternehmen (27-fache von 1988) mit einem registrierten Kapital von insgesamt 2 475 Mrd. Yuan gezählt. Darunter befanden sich 378 Unternehmen, mit jeweils über 500 Millionen Yuan Kapitalvermögen. Zum Vergleich die getätigten fixen Investionen im Jahre 2002: staatlicher Sektor 189 Mrd. Yuan, kollektiveigener Sektor 60 Mrd. Yuan und privatkapitalistischer Sektor 186

529. Nach Berechnungen chinesischer Ökonomen von 2003 werden für die Modernisierung der staatlichen Unternehmen mindestens 3.000 Mrd. Yuan benötigt. Für die Realisierung dieses Vorhabens wurde das Kapital der ausländsichen TNK als eine wichtige Quelle angesehen. Vergl. Dai Qinghua, Fusion und Einkauf das ausländische Kapital betreffend und die Reorganisation der Staatsunternehmen, in: Guangming Ribao v. 20.3.2003, chines.
530. In der Verfassung von 1988 war nur von einer „Ergänzung“ die Rede gewesen.
531. Renmin Ribao v. 20.9. 2004, chines.
532. Xinhua She v. 2.12.2003, chines.

Mrd. Yuan. Über 40 000 dieser privaten Unternehmen hatten das Recht, selbstständig Außenhandel zu betreiben. Dieser Sektor stellte rd. 90 Prozent aller neuen Arbeitsplätze. Er beschäftigte 2002 rd. 100 Millionen Menschen.[533] Ein Teil der 30–36 Millionen aus staatlichen Unternehmen Entlassenen hatte hier wieder Arbeit gefunden.

Der Sektor des Kleingewerbes (geti) entwickelte sich stabil. Ende 2001 gab es 24,33 Millionen kleingewerbliche Unternehmen mit 47,6 Millionen Beschäftigten. Es waren zumeist Familienbetriebe, deren absolute Zahl wider Erwarten in den Städten größer als auf dem breiten Lande war. 70-80 Prozent dieser Unternehmen waren im Handel angesiedelt. Mit Abstand folgten das Handwerk, die Gastronomie und Verkehr/ Transport.

Die neue Eigentumsstruktur, die sich zwischen 1997 und 2002 in Grundzügen herausgebildet hatte, prägte sich in den folgenden Jahren weiter aus.

Mit der Aufhebung der sozialen Bindungen der Werktätigen, dem Übergang auch dieses Teils der Werktätigen zum Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft, mit der generellen Umwandlung dieser Unternehmen in Aktiengesellschaften und mit ihrer Ausrichtung auf eine marktwirtschaftliche Bewirtschaftung veränderte sich das Wesen des staatlichen Eigentums. Es verwandelte sich in staatskapitalistisches Eigentum.

Die quantitative Schrumpfung dieses Sektors bei seiner qualitativen Aufwertung hielt an. Zwischen 2003 und 2006 ging die Zahl der staatlichen Unternehmen um 31 000 auf 119 000 Unternehmen zurück. Zugleich waren jedoch 80 Prozent des Vermögens der zentral unterstellten staatlichen Unternehmen auf die Bereiche militärische Industrie, Energieressourcen, Verkehr, Produktion schwerer Ausrüstungen und Erschließung wichtiger Erzvorkommen konzentriert worden. Diese zentral unterstellten Unternehmen bestritten Ende 2006 fast die gesamte Produktion von Erdöl, Erdgas und Äthylen und die gesamten Dienstleistungen der Telekommunikation an der Basis. Auf sie entfielen 55 % der gesamten Stromerzeugung, 82 % des Gesamtumschlags im zivilen Lufttransport, 89% des gesamten Güterverkehrs zu Wasser, 48 % der Autoproduktion des Landes, etwa 60 % der Produktion von Stahlmaterial hoher Wertigkeit, 70 %

533. Quellen für die Angaben in diesem Absatz: Renmin Wang v.6.3., 26.6. und 24.10.03; Nanfang Ribao v. 21.3.03; Nanfang Zhoumo v. 20.11.03 chines.

der Produktion von Ausrüstungen für Wasserkraftwerke und sie lieferten 75 % der Ausrüstungen für Wärmekraftwerke. Die Zahl der größten zentral unterstellten staatlichen Unternehmen mit einem Absatzvolumen von mehr als 100 Mrd. Yuan erhöhte sich von 2003 zu 2006 um 7 auf 21. Die großen staatlichen Gesellschaften und Unternehmensgruppen begannen auf dem internationalen Markt festen Fuß zu fassen. 13 von ihnen waren Ende 2006 unter den 500 größten Unternehmen der Welt zu finden, 7 mehr als 2003. An ihrer Spitze standen die beiden großen Erdöl- und Erdgas-Gesellschaften, die sich vom 70. bzw. 69. Platz im Jahre 2004 auf den 23. bzw. 33. Platz im Jahre 2006 vorgeschoben hatten. Eine dieser beiden Gesellschaften, die 1999 reorganisierte Chinesische Erdöl- und Erdgas-Gruppe (Zhongguo Shiyou Tianranqi Jituan Gongsi), hatte zu diesem Zeitpunkt bereits in zahlreichen Ländern Produktionsprojekte übernommen und ingenieur-technische Dienstleistungen für die Erschließung von Erdöl ausgeführt.[534]

Vereinzelt gab es auch schon größere privatwirtschaftliche Unternehmen, die zumeist in Kooperation mit den großen staatlichen Gesellschaften auf dem internationalen Markt Fuß zu fassen suchten.

Die neue Sozialstruktur

Die chinesische Gesellschaft befindet sich in einer Phase des beschleunigten Übergangs aus der traditionellen zu einer modernen marktwirtschaftlichen Gesellschaft „chinesischer Prägung". Kennzeichnend für diese Gesellschaft wurde die ungewöhnliche, bisher einmalige Kombination einer staatskapitalistisch organisierten ökonomischen Basis und eines politischen Überbaus, in dem die stark bürokratisierte politische Macht von einer kommunistischen Partei mit sozialistischer Strategie ausgeübt wird. [535]

Typisch für den allgemeinen Übergangscharakter dieser Gesellschaft war 2002, dass immer noch über 60 Prozent der Bevölkerung

534. „Qiu Shi" v. 17.8.2007, chines.. Die zweite der beiden genannten Gesellschaften in der Erdöl- und Erdgas-Branche war die Zhongguo Shiyouhua Jitian Gongsi.
535. Siehe: Wu Zhongmin, Die ungünstigen Tendenzen für die Möglichkeit, die soziale Gerechtigkeit in der chinesischen Gesellschaft zu verwirklichen, a.a.O.

auf dem Dorfe lebte und die Hälfte der ökonomisch tätigen Bevölkerung im primären Sektor beschäftigt war. In der Stadt hatte das soziale Netz der Kernfamilie (zwei Generationen) das soziale Netz der Clan-Familie (drei bis vier Generationen unter einem Dach) verdrängt. Auf dem Dorf hatte dieser Prozess erst eingesetzt. Das war der dualistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik geschuldet, die eine Übersiedlung aus dem Dorf in die Stadt administrativ unterband und die Entwicklung der Stadt gegenüber dem Dorf ökonomisch, sozial und kulturell einseitig begünstigte. Dadurch hatte sich in den Arbeits- und Lebensbedingungen eine große Kluft zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung herausgebildet.[536] Die Ökonomie begann jedoch über die Administration zu triumphieren. Der soziale Umbruchprozess wurde in der 2. Etappe der Wirtschaftsreform durch den anschwellenden Strom der „Bauernarbeiter" (nonggongmin) vom Dorf in die Stadt geprägt. Die sich entwickelnden Gebiete Ost- und Südchinas brauchten Kapital und billige Arbeitskräfte. Und sie kamen aus den Dörfern trotz bestehender administrativer Abgrenzung, angelockt durch die Aussicht, in der Stadt deutlich mehr zu verdienen als in der Landwirtschaft, und von der vagen Aussicht, sich vielleicht doch in der Stadt mit ihren besseren Lebensbedingungen ansiedeln zu können.

Die chinesische Bezeichnung für diesen Teil der Werktätigen, der „Bauern-Arbeiter", drückt aus, dass es Bauern sind, die sich in einem sozialen Umwandlungsprozess zu Arbeitern befinden. Wir haben es mit einer Übergangsschicht zu tun. Dieser Prozess läuft in der Phase der ursprünglichen Akkumulation, der Industrialisierung und Urbanisierung ab. Das vermehrte Aufkommen sozialer Übergangs- und Zwischenschichten in der 2. Etappe der Wirtschaftsreform war Ausdruck einer sich rapide verändernden Sozialstruktur.

Große Veränderungen vollzogen sich in der Bevölkerungsstruktur. Der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung sank auf etwa 57 Prozent ab, der Anteil der zu ernährenden Bevölkerung stieg hingegen auf etwa 43 Prozent an. Unter der zu ernährenden Bevölkerung verringerte sich der Anteil der Kinder und Jugendlichen, während

536. Vergleiche: Li Peilin, Veränderte Lage in China: Die gegenwärtige soziale Entwicklung und existierende Probleme, in: Zhongguo Jingji Shibao v.3.1.03, chines.

537. Li Peilin, a.a.O.

der der Alten deutlich anstieg.[537] Die chinesische Gesellschaft drohte schnell zu überaltern.

Die lohnabhängige ökonomisch tätige Bevölkerung von 737,4 Millionen im Jahre 2006 verteilte sich wie folgt auf die drei Sektoren:

primärer Sektor .... 368,7 Millionen,
sekundärer Sektor .. 157,8 Millionen,
tertiärer Sektor .... 210,9 Millionen.[538]

Untersuchungen, die im November/Dezember 2002 in 31 Städten zum Thema „soziale Konflikte und Klassenbewusstsein" stattfanden, führten zu aufschlussreichen Erkenntnissen. Die aufgekommenen beträchtlichen Unterschiede in den materiellen Interessen erwiesen sich als grundlegende Ursache für die Ausweitung der sozialen Konflikte in der chinesischen Gesellschaft seit der Jahrhundertwende. Eine erste aus den Untersuchungen abgeleitete These lautete: Die Schichtidentifikation (jieceng rentong) bestimmt das Konfliktbewusstsein und die Handlungsorientierung der Menschen in der Gesellschaft. Eine zweite Aussage besagte: Die Öffentlichkeit in den Städten sah in den Partei- und Regierungskadern die Gruppe, die neben den Privatunternehmern und Künstlern von Anfang an den größten Nutzen aus Reform und Öffnung gezogen hat. Eine dritte Erkenntnis war: In den Augen dieser Öffentlichkeit war der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital in den Privatunternehmen am heftigsten ausgeprägt.[539]

Wie war die Lage der Klassen und sozialen Schichten am Ende dieser 2. Etappe einzuschätzen? Vier Beispiele sollen einen Einblick vermitteln. Die chinesische Arbeiterklasse befand sich weiterhin im Prozess ihrer historischen Herausbildung als Klasse an sich. Ihr Anteil an der ökonomisch tätigen Bevölkerung des Landes lag 2002 erst bei etwa 50 Prozent. Arbeiter, die jüngst noch Bauern waren, prägen das ökonomische, soziale und politisch-ideologische Gesicht dieser Klasse. Sie sind vorwiegend in der Produktion arbeitsintensi-

538. Die Zahlenangaben im „Statistischen Jahrbuch China 2003" für die ökonomisch tätige Bevölkerung und ihre Spezifizierung nach den drei Sektoren differieren um gut 2 Prozent.

539. Li Peilin, Soziale Konflikte und Klassenbewusstsein ‚in: Beijing Ribao, nach: Renmin Wang v. 13.12.05, chines.. Li Peilin fasste in diesem Beitrag die Ergebnisse der Untersuchungen in dem Buch „Soziale Konflikte und Klassenbewusstsein" zusammen, das im Verlag „Verlag für gesellschaftswissenschaftliche Dokumente" (Sheke wenxian chubanshe) erschienen war.x

ven Charakters beschäftigt. Um die Jahrhundertwende war erst ein kleiner Teil dieser Klasse mit der modernen Produktionsmiteln verbunden. Die Arbeiterklasse hatte mit dem Entstehen einer vielschichtigen Eigentumsstruktur, dem Übergang zur Marktwirtschaft und zur Integration des Landes in den kapitalistischen Globalisierungsprozess begonnen, völlig neue ökonomische und soziale Züge anzunehmen. Das widerspiegelte sich z. B. in der Tatsache, dass 2002 bereits eine deutliche Mehrheit der chinesischen Arbeiter in kapitalistischen Unternehmen tätig war und nicht nur vom einheimischen, sondern auch vom internationalen Großkapital ausgebeutet wurde.[540] Unter dem Einfluss dieser Faktoren vertiefte sich die ökonomische und soziale Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse. Ihre politische Schwäche trug maßgeblich dazu bei, dass sie trotz vieler betrieblicher Proteste gegenüber dem Kapital insgesamt in einer organisatorisch und politisch schwachen Position verblieb. In der neuen sozialen Hierarchie, die sich seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre formierte, wurden die Arbeiter marginalisiert. Unter den zehn Hauptgruppen waren sie erst auf Platz acht zu finden.

Die Bauern nahmen in dieser sozialen Hierarchie gar erst Platz neun ein. Ihrer gesellschaftlichen Stellung nach waren sie der Sache nach Bürger zweiter Klasse. Von allen Klassen und sozialen Schichten liegt die Bauernschaft im historischen Transformationsprozess der chinesischen Gesellschaft am weitesten zurück. Der Faktor, der diesen Zustand verfestigte, war das schon erwähnte dualistische ökonomische und soziale System, das seit etwa 1957 besteht. Die Entwicklung der Landwirtschaft und damit der Einkommen der Bauern war „in sehr, sehr großen Maße hinter dem Gesamtwachstum der Wirtschaft zurückgeblieben". Dadurch war die generelle Entwicklung der Gesellschaft „bereits ernsthaft beeinträchtigt" worden.[541] Das zeigte sich auch im Verhältnis zwischen Stadt und Land.[542]

540. Die Arbeiterklasse wurde in der soziologischen Literatur Chinas lange Zeit sehr eng gefasst (teil- und zeitweise wurden in den Statistiken nur die Beschäftigten im staatlichen Sektor als Arbeiter geführt)und zudem unterschiedlich definiert. Der Vorsitzende des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes Wei Jianxing legte im Frühjahr 2002 im Zusammenhang mit der Aufnahme vonr Bauernarbeitern in die Gewerkschaft eine einheitliche Definition vor. Sie besagte, dass „alle Werktätigen (laodongzhe), deren hauptsächliche Quelle für das Leben der Lohn ist, nach dem Gesetz das Recht haben, an der Gewerkschaft teilzunehmen und sich in ihr zu organisieren". Siehe: Xinhua She v. 5.3.02, chines. Das hieß jedoch nicht, dass diese Definition des Lohnarbeiters nun allen Veröffentlichungen über die Arbeiterklasse zugrunde gelegt wurde.

541. Aus einem Vortrag des stellvertretenden Leiters des Staatlichen Amtes für Statistik, Qiu Xiaohua, zur Lage der Bauernschaft am 13.Juli 2002 in Shanghai, siehe: Renmin Wang v. 12,7.2002, chines.

Die Ursachen für den großen Einkommensunterschied zwischen Stadt und Land waren „im System und in der Politik zu suchen."[543] Dazu gehörte auch die Politik der lokalen Behörden, aus den Bauern mit harter Hand zusätzliche Abgaben und Leistungen herauszupressen. Die Bauern reagierten darauf mit heftigen Protesten und gewaltsamen Aktionen, die zunehmend Massencharakter annahmn. Der Übergang zur Marktwirtschaft beschleunigte die soziale Differenzierung der in der kleinbäuerlichen Privatwirtschaft organisierten Bauern. Unter ihnen hatte sich eine ideologische Haltung verbreitet, die in einer Fachzeitschrift des zentralen Parteiapparats im Herbst 2001 mit den Worten charakterisiert wurde: „Ihr Glaube (an das sozialistische Ideal – d. V.) ist nicht stabil. Sie haben diesen Glauben nicht zu einer Wertnorm verinnerlicht."[544]

In der soziologischen Literatur zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde die soziale Schicht der nationalen Bourgeoisie ob ihrer „Ressourcen" für den sozialistischen Aufbau als Teil der „werktätigen Schichten" im oberen Drittel der gesellschaftlichen Hierarchie angesiedelt. Sie zählte 2002 etwa 15 Millionen Angehörige. Das Vermögen ihrer neunzig reichsten Vertreter betrug im Jahre 2003 zwischen knapp 1 und 7,5 Mrd. Yuan (umgerechnet 110 – 915 Millionen US-Dollar). Marktspekulation, Beziehungen, Plünderung von staatlichem Vermögen und andere illegale Methoden waren mit im Spiel, um überhaupt solche Vermögen in so kurzer Zeit bilden zu können. Das private Kapital ballte sich vor allem im Raum um Shanghai zusammen. Schon zu diesem Zeitpunkt hatte sich ihre staatlich geförderte Zusammenarbeit mit dem ausländischen Kapital zu entwickeln begonnen. Das Alter dieser Unternehmerschaft lag zu zwei Dritteln zwischen 30 und 49 Jahre. Der Bildungsgrad dieser Schicht reichte von der Oberstufe der Mittelschule bis zur Aspirantur an einer Universität.[545] Die private Unternehmerschaft organisierte sich, und ihr gemeinsames Kapitalinteresse prägte sich aus. Es beruhte auf der

542. Das durchschnittliche Einkommen der Bauern betrug 2001 2.366 Yuan Das waren umgerechnet monatlich 24 US-Dollar. Damit war nach UNO-Kriterien die Armutsgrenze unterschritten. 40 Prozent dieser Summe bestand aus Naturalien. Von den verbliebenen rd. 1.800 Yuan im Jahr wurden 20 % für die nächste Produktion eingesetzt (Düngemittel, Insektizide u.ä.). Bei Berücksichtigung der sozialen Unterstützung der städtischen Bevölkerung durch den Staat betrug das Einkommen der Bauern im Schnitt nur ein Sechstel des Einkommens der Städter.

543. Siehe Fußnote 139.

544. Zeitschrift „Die gegenwärtige Welt und derr Sozialismus" (dangdai Shijie yu shehuizhuyi), Jg. 2001, H. 5, S. 82, chines.

545. Der Anteil der Unternehmer mit einem Doktortitel betrug 2002 3,2%, der mit einer Habilitation 0,5 %.

Erkenntnis ihres unverzichtbaren Beitrages zur Entwicklung der Wirtschaft und Wahrung der gesellschaftlichen Stabilität. Aus diesem Bewusstsein heraus begannen sie auch ihre Klassenpositionen zu artikulieren und ihre Forderungen zu stellen. Davon war auch ihr Streben bestimmt, sich zunächst einmal durch eine Wahl in die Organe der nationalen Einheitsfront bzw. Volkskongresse oder einen Beitritt zur KP Chinas politisch abzusichern.

Die Entwicklung einer Mittelschicht und ihre Rolle für die Stabilität der „Gesellschaft des kleinen Wohlstandes" wurden bereits vor dem XVI. Parteitag der KP Chinas in der Politik der KP China thematisiert. Der Parteitag griff dieses Thema auf und orientierte darauf, den Anteil der Bezieher eines mittleren Einkommens zu erhöhen. Die öffentliche Diskussion zu dieser Problematik sollte sich jedoch erst nach dem Parteitag richtig entfalten. Hatte nun auch die Politik der KP Chinas die „Mitte" der Gesellschaft erreicht? Es schien der Fall zu sein.

Diese Mittelschicht wurde in der VR China ebenfalls über die Höhe des Einkommens definiert. Die öffentliche Diskussion tendierte dazu, zunächst einmal von einer allgemeinen Spannbreite dieses Einkommens von 60 000 bis 500 000 Yuan auszugehen, die sich dem wirtschaftlichen Fortschritt des Landes und der internationalen Praxis anpassen würde. Das so genannte „mittlere Vermögen" (zhongchan) wurde als ökonomisches Kriterium genommen, um das Lebensniveau nach Erreichen der „wohlhabenden Gesellschaft des kleinen Wohlstands" zu bestimmen. Zur „Mittelschicht" wurden zunächst gerechnet:

- private Unternehmer mittlerer Stufe, vor allem im Bereich von Wissenschaft und Technik,
- Leitungspersonal höherer und mittlerer Stufe von Banken und an Börsen, chinesisches Leitungspersonal in ausländischen Unternehmen,
- fachlich-technisches Personal, darunter Techniker und qualifizierte Facharbeiter und
- ein Teil der kleinen Gewerbetreibenden.

546. Vergl. Xinxin Huaren, Jg., 2001, He.10, S.9; Yangzi Wanbao v. 18.12.02, chines.; Beijing Xiandai Shangbao v. 8.2.03, chines.

Hinzu kamen später Erfinder, Anwälte, Architekten, Intellektuelle mittlerer und höherer Stufe und Angestellte im Partei- und Staatsapparat.[546] Der Begriff „Mittelschicht" unterscheidet folglich auch in China nicht zwischen Kapitalisten und Werktätigen.

Welche Bedeutung wurde dieser sozial heterogenen Gruppe für die weitere Politik der KP Chinas beigemessen? In der KP Chinas gewann die Auffassung Raum, dass die Entwicklung einer Mittelschicht von wesentlicher Bedeutung für die Gewährleistung der Stabilität in der „Gesellschaft des kleinen Wohlstandes" ist. Nicht minder wurde ihre Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung gewertet. Sie wird als wichtig für die Entwicklung der Konsumtion angesehen. Sie kaufe zumeist chinesische Waren höherer Qualität und trage damit wesentlich dazu bei, die Konsumtions- und Wirtschaftsstruktur des Landes auf eine höhere Stufe zu heben. Mit der Ausprägung dieser Schicht wurde das Ziel verknüpft, speziell die Berufsgruppen zu mobilisieren, die über „mittlere Ressourcen" für den ökonomischen Aufbau des Landes verfügen. Damit verband sich aber auch die Ausbildung einer qualitativ höheren Lebenskultur. Der Begriff „mittlere Einkommen" wurde so gleichermaßen Ausdruck von Lebensqualität, von persönlicher kultureller Qualität und für nützliche gesellschaftliche Tätigkeit.

Der Anteil dieser „Schicht" an der Bevölkerung des Landes wurde 2002 mit etwa 18 Prozent angegeben. Als Ziel wurde genannt, diesen Anteil schließlich auf 37-38 Prozent zu erhöhen.[547]

Erkenntnisse und Probleme

1. Die quantitativen Veränderungen in der Eigentumsstruktur in der 2. Etappe der Wirtschaftsreform entsprachen bis auf eine Ausnahme weiterhin dem Charakter und dem Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Diese Ausnahme betraf die Vernachlässigung bzw. die Preisgabe von kollektivwirtschaftlichem Eigentum. Diese Eigentumsform hätte ein wesentlicher Ansatz für die Wahrung und Stärkung potentieller sozialistischer Elemente in der Marktwirtschaft sein können.

547. Shichang Bao v. 27.2.04., chines.

Die Veränderungen in der Struktur des staatlichen Eigentums waren darauf gerichtet, die Kommandohöhen der Wirtschaft in den Händen des Staates zu behalten. Im Zuge der Privatisierung kam es zwar in bestimmtem Maße zur Verschleuderung von Staatseigentum. Im Unterschied zum Russland der 90er Jahre waren Erscheinungen dieser Art jedoch keine offizielle Politik; sie wurden überdies unterbunden, bevor sie ausufern konnten.

2. Die neoliberale Wirtschaftswissenschaft eroberte sich im China der 90er Jahre eine feste Position unter den chinesischen Wirtschaftswissenschaftlern, und sie übte auch einen nicht zu übersehenden Einfluss auf die Reformpolitik vor allem der lokalen Regierungen aus (Eintreten für eine Privatisierung staatlichen Eigentums, für eine freie Marktwirtschaft ohne staatliche Begrenzung, Stärkung des Kapitals gegenüber der Arbeit u. ä. m.). Damit konnte sich diese ökonomische Strömung auch in China etablieren.

3. Die Integration Chinas in die kapitalistische Weltwirtschaft war eine grundsätzliche Neuorientierung der KP Chinas in Verfolgung ihrer langfristigen Ziele. Das war wohl die einzige reale Alternative angesichts des Zusammenbruchs des „realen Sozialismus" in Europa, dem Mangel an eigenem Kapital für eine beschleunigte Modernisierung des Landes und anderer ungünstiger Faktoren. Ohne eine deutliche Beschleunigung des Modernisierungsprozesses hätte die Volksrepublik mit einer sozialistischen Perspektive auf Dauer wohl nicht überleben können. Diese Beschleunigung war damals nur durch eine qualitativ neue Stufe der Öffnung des Landes gegenüber der kapitalistischen Weltwirtschaft zu erreichen. Damit verband sich allerdings das große Risiko, in der neuen Form des Klassenkampfes „Zusammenarbeit und Auseinandersetzung" (Lenin) dem Kapital zu unterliegen. Dieses Risiko vergrößerte sich durch zwei Faktoren: 1. durch eine starke inhaltlichen Anlehnung an den Kapitalismus, an seine Wege, Methoden und in bestimmten Maße sogar an das Ziel seiner Produktion, und 2. durch klassenindifferente Einschätzungen innerer und äußerer Entwicklungen in der öffntlichen Politik.

4. In der strategischen Orientierung der KP Chinas auf die beschleunigte Modernisierung des Landes zeigten sich neue Elemente, die über die Strategie der 80er Jahre hinausgingen:

a) Förderung und Legalisierung des einheimischen Privatkapitalismus.

Diese Politik war darauf gerichtet, das Beschäftigungsproblem zu entschärfen und wohl auch für die Zusammenarbeit mit dem ausländischen Kapital das Gewicht nationaler Faktoren zu stärken. Ihre Kehrseite war die fast ungebremste Ausbreitung bürgerlicher Einflüsse in der Gesellschaft, die die Zersetzung der öffentlichen Moral beschleunigten. Macht und Reichtum begannen, die gesellschaftliche Stellung des Einzelnen zu bestimmen.

b) Herausstellung der politischen, ökonomischen und kulturellen Eliten.

In dem Maße, wie diese Eliten die öffentliche Meinung zu bestimmen und die Regierungspolitik zu beeinflussen begannen, nahm auch die Missachtung der Interessen und der Rechte der breiten Masse der Werktätigen zu.

3.3. Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO)

Die Frage des Beitritts der VR China zur WTO war in der chinesischen Führung lange Zeit umstritten. Der Streit entzündete sich im Wesentlichen an zwei Fragen: an der generellen Frage einer Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft und an der Frage der mangelnden internationalen Konkurrenzfähigkeit der chinesischen Wirtschaft.

Insbesondere am Auftreten der USA wurde klar, dass das internationale Großkapital den Beitritt Chinas zur WTO zu nutzen suchte, um Beijing unter Druck zu setzen und sich Zugang zu den Schaltstellen der chinesischen Wirtschaft zu verschaffen. Letztlich setzte sich in der chinesischen Führung die Erkenntnis durch, dass unter den neuen internationalen Bedingungen der Beitritt zur WTO objektiv unumgänglich war, um den Status Chinas in der Weltwirtschaft erhöhen und die „Renaissance der chinesischen Nation" verwirklichen zu können.[548]

Schon im Juli 1986 hatte die VR China den Antrag gestellt, den Status Chinas als Mitbegründer des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) wieder herzustellen.[549] Damit begannen die

548. Vergl. auch die entsprechende Formulierung bei: Jin Chunming.a.a.O., S.363.

Verhandlungen um die Wiederaufnahme Chinas in das GATT, die 1995 als Verhandlungen über die Aufnahme des Landes als Gründungsmitglied in die WTO weitergeführt wurden. In den Verhandlungen über die Wiederaufnahme in das GATT hatte sich Beijing bereit erklärt, die im GATT festgelegte Senkung der Zölle vorzunehmen, besondere Importverpflichtungen jedoch abgelehnt. Beijing hatte weiterhin gefordert, China wie ein Entwicklungsland mit angemessenen Verpflichtungen zu behandeln. Die Verhandlungen waren wegen der Juni-Ereignisse 1989 unterbrochen, im Oktober 1992 jedoch wieder aufgenommen worden. In einer Vereinbarung zwischen den USA und der VR China war zur selben Zeit vereinbart worden, dass China den amerikanischen Unternehmen einen besseren Zugang zu seinem Markt gewähren und die USA ihrerseits die Aufnahme Chinas in das GATT unterstützen würden. In den folgenden Verhandlungen um den Beitritt Chinas zur WTO begannen die USA jedoch, ihre Forderungen an China auszuweiten und zu verschärfen.

Im Juli 1995 erhielt die VR China einen Beobachterstatus in der WTO. Sie erklärte sich bereit, die Importzölle um 30 Prozent zu senken. Die Verhandlungen stockten, weil die kapitalistischen Industrieländer von China weitergehende Zusagen für eine Liberalisierung des Handels und eine Privatisierung des staatlichen Sektors forderten und sich auf diesem Hintergrund in der chinesischen Führung die Meinungsverschiedenheiten über den Beitritt ausprägten. Der „private Besuch" des taiwanesischen Präsidenten Lee Tenghui in den USA im Mai 1995 hatte das Klima überdies verschlechtert. Es bewies sich, dass die entscheidende Hürde für den chinesischen Beitritt in den Verhandlungen der Volksrepublik mit den USA zu nehmen war. Der Staatsbesuch des Präsidenten der VR China, Jiang Zemin, im November 1997 in den USA, der erste Staatsbesuch des obersten Repräsentanten der VR China in diesem Land nach zwölf Jahren, öffnete den Weg zur WTO. Jiang nannte China das „größte Entwicklungsland" und die USA das „am höchsten entwickelte Land der Welt". Beide Länder würden sich optimal ergänzen. Das begünstige die Entwicklung gesunder und stabiler politischer

549. Die Guomindang-Regierung auf Taiwan hatte noch nach ihren Sturz im Jahre 1949 die Mitgliedschaft Chinas in dieser internationalen Organisation 1950 widerrechtlich aufgekündigt.

Beziehungen zwischen ihnen. Um den kapitalistischen Industrieländern entgegenzukommen, sagte er umfassende Reformen und die Einhaltung der WTO-Standards in den außenwirtschaftlichen Beziehungen seines Landes zu. Bis Ende 1999 kam China mit dem Abschluss von bilateralen Abkommen mit zehn Ländern seinem Beitritt zur WTO einen großen Schritt näher. Im Zusammenhang mit der asiatischen Finanz- und Wirtschaftskrise musste sich China auf die Sicherung seiner Binnenwirtschaft konzentrieren. Es schob Maßnahmen zur Liberalisierung seiner Außenwirtschaft hinaus und lehnte es ab, auch seinen Finanzsektor zu liberalisieren. Die USA sahen darin abermals mangelnden politischen Willen zur Reform, der dem chinesischen Beitritt zur WTO entgegenstehen würde. Mit der strategischen Reorganisation und Umstrukturierung seines staatlichen Sektors eröffneten sich China dann neue Möglichkeiten, die bilateralen Verhandlungen mit den USA, Japan, der EU und Australien voranzutreiben. Zwischen der VR China und den USA konnte durch chinesische Zugeständnisse der Entwurf des bilateralen Abkommens für den WTO-Beitritt Chinas ausgehandelt werden. Das Abkommen wurde am 15. November 1999 unterzeichnet. Damit war die entscheidende Hürde auf dem langen Weg Chinas in die WTO genommen. Im September 2001 erklärte das Generalsekretariat der WTO, dass alle für die Aufnahme Chinas erforderlichen bi- und multilateralen Verhandlungen abgeschlossen wurden. Am 10. November 2001 beschloss die WTO-Ministerkonferenz in Doha, die VR China als 143. Mitglied in die Organisation aufzunehmen.

Welche Zugeständnisse musste die VR China vor allem gegenüber den USA und den anderen kapitalistischen Industriestaaten eingehen? Welche Vorteile und Vergünstigungen hatte es mit diesem Schritt gewonnen? Die VR China verpflichtete sich mit dem Beitritt, die im internationalen Handelsregime festgelegten Ziele und Regeln hinsichtlich der Transparenz, der Fairness und des einheitlichen Rechtssystems einzuhalten und die tarifären und nichttarifären Handelsbeschränkungen abzubauen.[550] Das bedeutete im Wesentlichen: Abbau der Zölle.

Die chinesischen Exportzölle lagen faktisch bereits unter dem

550. Siehe für die folgenden Ausführungen zum WTO-Beitritt der VR China auch: Hyekyung Cho, Chinas langer Marsch in den Kapitalismus, Münster 2005, S. 185 ff.

geforderten Niveau, die Importzölle waren hingegen bis dahin kaum gesenkt worden. Bis 2005 hatte China die durchschnittlichen Importzölle auf 9,4 Prozent und für Agrarprodukte auf 10-12 Prozent zu senken. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Zölle für Computer, Halbleiter und die gesamte Informationstechnologie generell aufzuheben. Bis zum 1. Juni 2006 war die Zoll für Kfz auf 25 Prozent und bis zum 1. Januar 2006 der für Autoteile auf 9,5 Prozent zu senken. Die geforderte Senkung der Importzölle konnte vor allem die Landwirtschaft, die Informationstechnologie und die Autoindustrie in China vor größere Probleme stellen. In der Landwirtschaft hatten die USA die Abschaffung aller Exportsubventionen und die Aufhebung des Importverbots für Mais, Weizen, Zitrusfrüchte und Fleisch durchgesetzt und erreicht, dass die Importquoten für Reis, Soja, Baumwolle und andere landwirtschaftliche Produkte Schritt für Schritt gelockert werden mussten. Die staatlichen Agrarsubventionen durften maximal 8,5 Prozent der Produktionspreise erreichen. Sie lagen damit noch unterhalb der WTO-Festlegung für Entwicklungsländer.

Öffnung des Banken – und des Finanzsektors

China hatte 1993 begonnen, seinen Bank- und Finanzsektor teilweise für das ausländische Kapital zu öffnen. Mit dem WTO-Beitritt war es nun ausländischen Banken erlaubt, Geschäfte mit ausländischer Währung mit inländischen Unternehmen und Personen zu tätigen. Zwei Jahre nach dem Beitritt sollte es ausländischen Banken gestattet werden, Geschäfte mit inländischen Unternehmen in chinesischer Währung zu machen. Drei Jahre später waren alle Beschränkungen in diesem Zweig zu beseitigen.

Öffnung des Versicherungsmarktes

Der Markt war heiß begehrt. Die Weltbank schätzte das reale Versicherungspotenzial in China auf 250 Mrd. Yuan ein. 1998 war davon erst ein Viertel realisiert. 1993 hatte Beijing auch den Versicherungsmarkt schrittweise zu öffnen begonnen. Bis 1998 war sieben

ausländischen Versicherungsgesellschaften eine Lizenz erteilt worden, darunter auch der Allianz aus der BRD. In den ersten beiden Jahren nach dem Beitritt zur WTO war ausländischen Lebensversicherern erlaubt, Joint Ventures mit einem Eigenanteil bis 50 Prozent zu bilden. Danach durften sie hundertprozentige Tochterunternehmen unterhalten.

Telekommunikation

China musste die bis dahin für ausländische Unternehmen nicht zugänglichen Telekommunikationsmärkte öffnen. Ausländische Unternehmen konnten sich in den ersten beiden Jahren mit 49 Prozent und danach mit 51 Prozent in allen Bereichen dieses Zweigs beteiligen. Spätestens sechs Jahre nach Beitritt sollten es keine Restriktionen mehr geben.

Nichttarifäre Handelsbarrieren wie Importquoten wurden aufgehoben. Auch für ausländische Investoren fiel mit dem Beitritt zur WTO eine Reihe von Restriktionen weg. Damit büßte die chinesische Regierung ein wichtiges Element für die Steuerung ausländischer Direktinvestitionen ein. Die VR China musste auch zusichern, dass sich die staatlichen Unternehmen den Regeln der WTO anpassen und die Regierung keinen Einfluss auf die kommerziellen Entscheidungen dieser Unternehmen nehmen wird.

Das war ein hoher Preis, den die Volksrepublik für ihren Beitritt zur WTO und damit für ihre Integration in die globalisierte kapitalistische Weltwirtschaft zu zahlen hatte. Die chinesische Wirtschaft wurde mit dem WTO-Beitritt Schritt für Schritt in allen ihren Teilen der scharfen Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgesetzt. Damit waren neue Herausforderungen in einer qualitativ neuen Dimension verbunden. Das erforderte nicht zuletzt Überlegungen, wie unter diesen Bedingungen die ökonomische Sicherheit des Landes gewährleisten werden konnte. Der KP Chinas stand noch die Übergangszeit bis 2005/2006 zur Verfügung, um weitere entsprechende Maßnahmen treffen zu können.

Nicht zu übersehen waren jedoch auch die Vorteile und Vergünstigungen, die die Volksrepublik durch ihren Beitritt zur WTO nutzen konnte. Ich sehe vor allem folgende Faktoren:

Der Beitritt verbesserte die Bedingungen Chinas bei der Abstimmung seiner Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit den einzelnen Staaten. Er schützte die rechtmäßigen Interessen des Landes und erweiterte die Exportmöglichkeiten.

Der Beitritt war von Nutzen für die Verbesserung und den weiteren Ausbau der internationalen Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel und förderte die stabile Entwicklung der bi- und multilateralen Beziehungen. Er förderte die Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Xianggang, Aomen und Taiwan. Die Mitgliedschaft in der WTO verbesserte die Möglichkeiten Chinas, auf dem internationalen Markt zu agieren und internationale Ressourcen zu nutzen. Mit dem Beitritt zur WTO erweiterten sich die Bereiche, in denen die VR China an der internationalen Regelung wirtschaftlicher und politischer Fragen und Probleme teilnehmen konnte. Es vermochte nun die Entscheidungen der WTO und damit den weiteren Weg des Welthandels unmittelbar mit beeinflussen. Beijing hatte die Möglichkeit erhalten, in den Verhandlungen zusammen mit anderen Entwicklungsländern gemeinsame Interessen gegenüber den führenden kapitalistischen Industrieländern zu vertreten. Nicht zuletzt hatte sich China mit seiner Positionierung in der WTO eine Bedingung geschaffen, um seine langfristige Strategie, die kapitalistische Weltwirtschaft von innen her zu demokratisieren, angehen zu können.

4. Strategische Veränderungen in Verfolgung alter Ziele (2002 – 2008)

4.1. Gesellschaftliche Probleme und Widersprüche zu Begin der Amtszeit Hu Jintaos

Die Korrekturen an der Wirtschaftsstrategie setzten erst im Verlauf der ersten Amtsperiode Hu Jintaos als Generalsekretär des ZK ein. Mit dem seit 2001 erneut anziehenden Wirtschaftstempo[551] ging folglich zunächst eine weitere Zuspitzung der gesellschaftlichen

551. Die Wachstumsraten beliefen sich 2001: 8,3%; 2002: 9,1%; 2003: 10%; 2004: 10,1%; 2005 10,2% und 2006: 10,7%.

Probleme und Widersprüche einher. Ich möchte diese Probleme und Widersprüche und ihre Ursachen an Beispielen verdeutlichen.

Die einseitige Orientierung auf die Erhöhung des BIP hielt weiter an. Die Wirkung der zentralen Makropolitik wurde vor allem durch die Lokalregierungen abgeschwächt, die als eigenständige Subjekte auf dem Markt agierten. Lokalregierungen und Branchen ignorierten und boykottierten die „zentralen Interessen" nach dem traditionellen Muster „Ihr oben habt eure, wir unten haben unsere Politik". Unter den Lokalregierungen hielt die Tendenz an, erst die Wirtschaft zu entwickeln, dann sich der sozialen Probleme anzunehmen, erst produzieren, dann den „Dreck" der Industrialisierung beseitigen.[552] Das Schlüsselproblem für die Umsetzung dieser Makropolitik war somit die Überwindung der ständigen Verletzung staatlicher Gesetze und Verordnungen durch örtliche Kader und Unternehmen.

Der Wirtschaftsboom beruhte auf einer extensiven Produktion und Reproduktion mit zunehmenden negativen Begleiterscheinungen. Daran hatte die Mitte der 90er Jahre verkündete Orientierung auf den Übergang zu einer qualitativ höheren Wachstumsweise nichts geändert. China produzierte nach wie vor mit immer höheren Investitionen, einem steigenden Verbrauch an Ressourcen, einer sinkenden Effektivität und einer dramatisch steigenden Umweltverschmutzung. Für die Erzeugung seines damaligen Anteils am BIP der Weltwirtschaft von etwa 4 Prozent verbrauchte China an Weltressourcen 8 Prozent des Erdöls, 10 Prozent der Energie, 19 Prozent des Bleis, 20 Prozent des Kupfers und 31 Prozent der Kohle. Sein Energieverbrauch für die Herstellung einer Einheit Stahl/Eisen lag um mehr als 40 Prozent über dem Weltdurchschnitt. Wurde 1999 mit 1 Prozent der Investitionen noch 1,25 Prozent des BIP erzeugt, so war dieser Koeffizient 2003 auf unter 0,4 Prozent abgesunken. Bevor die neue Führung unter Hu Jintao 2003/2004 ihre These von der „wissenschaftlichen Auffassung von der Entwicklung" (kexue fazhan guan) aufstellte, „war die Verschmutzung der Umwelt in China im großen Ausmaße eine ‚Verschmutzung durch die Regierung', das heißt eine Verschmutzung, die die Regierung erlaubte,

552. Vergl. Leitartikel der „Renmin Ribao" und Kommentar der „Zhongguo Gong Shang Shibao" v. 29.4.04, chines.

anerkannte und stützte".[553] Um einige Zahlen aus dem Jahr 2006 anzuführen: 700 Millionen der 1,3 Milliarden Menschen zählenden Bevölkerung hatten kein sauberes Trinkwasser. 58 Prozent aller Flüsse waren so verschmutzt, dass sie nicht mehr als Wasserquelle zu benutzen waren. In Nordchina waren große Teile des Ackerbodens (Löss) durch Erosion und Verwüstung bedroht. 16 der 20 Städte in der Welt mit der größten Umweltverschmutzung wurden in China geortet. Es hieß, dass die Umweltverschmutzung jährlich über 600 000 Todesfälle verursache. Nach damaliger Einschätzung der Weltbank machten die Umweltschäden Chinas 3-4 Prozent des BIP aus, amtliche Stellen rechneten sie sogar bis 10 Prozent hoch. Der stellvertretende Leiter des Staatlichen Amtes für Umweltschutz, Pan Yue, fasste diese Entwicklung mit den Worten zusammen: „China hat in den letzten über 20 Jahren wirtschaftliche Erfolge errungen, für die der Westen über 100 Jahre brauchte. Für die Umweltprobleme, die der Westen in über 100 Jahren verursachte, hat China seinerseits 20 Jahren gebraucht."[554]

Die disproportionale Entwicklung der chinesischen Wirtschaft widerspiegelte sich am deutlichsten am Zustand der Landwirtschaft und des Dorfes. Sie wurden bis 2004 weiterhin als Einnahmequelle der Regierung und Akkumulationsquelle für die Entwicklung der Industrie und der Stadt „gemolken". Das hatte zur Verschuldung der Dörfer und Xiang mit mehreren hundert Milliarden Yuan beigetragen. Der Staat hatte seine Aufgaben in Bildung, Gesundheitswesen und anderen Teilen der dörflichen Infrastruktur den Bauern aufgebürdet, die zudem noch die aufgeblähte örtliche Administration durch zusätzliche Abgaben zu finanzieren hatten. Das entscheidende Kettenglied in der Problematik Dorf-Landwirtschaft-Bauer (sannong) war die außerordentlich niedrige Arbeitsproduktivität der Landwirtschaft. Wie 1949 ernährte ein Bauer mit seiner Arbeit nach wie vor nicht mehr als 1-2 Menschen. Es bedurfte etwas über die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung, um einen Anteil der Landwirtschaft am BIP von rd. 15 Prozent erzeugen zu können. Von

553. Aus einem Interview des Leiters des Amtes für Umweltschutz der Provinz Hunan von 1993-2003, Ju Qing, in: Nanfang Ribao v. 11.2.2004, chines.

554. Pan Yue: Das Problem der Umweltressourcen ist eine ernste Herausforderung für den Aufbau einer harmonischen Gesellschaft, Rede auf dem Symposium zum 15.Jahrestag der Gründung der Zeitschrift „Grüne Blätter" (lu ye), in: Renmin Wang v. 5.2.2007,chines.

1997 bis 2003 war das Wachstum der bäuerlichen Einkommen im Jahresdurchschnitt auf 4 Prozent, das heißt auf die Hälfte des Zuwachses der Einkommen der Städter zurückgefallen. 2002 war das bäuerliche Einkommen gar um rd. 100 Yuan geringer ausgefallen als 1997. Das beeinträchtigte die Produktionsaktivität und die Investitionen der Bauern vor allem in den Getreideanbaugebieten. Die Folge war 2002 ein Rückgang der mit Getreide angebauten Fläche um 14,6 Mio ha gegenüber 1997 auf 99,3 Mio ha und ein Rückfall der Getreideproduktion auf den Stand von 1984 (etwa 450 Mio t).[555] Die Folge war zugleich die Verringerung des Anteils der Dorfbevölkerung, die zwei Drittel der gesamten Bevölkerung ausmachte, am Kauf von Konsumgütern im Einzelhandel seit den 90er Jahren von 50 auf 35 Prozent.[556] Im Ergebnis fehlender Investitionen blieb das Dorf entgegen aller Verlautbarungen von Partei und Regierung das schwächste Glied in der Entwicklung der Volkswirtschaft. Kapital und die kräftigsten Arbeitskräfte des Dorfes wanderten in die ost- und südchinesischen Städte ab. Zurück blieben in nicht wenigen Dörfern Frauen, Kinder und Alte. Das Dorf war zu einem akuten Brennpunkt gesellschaftlicher Widersprüche und Auseinandersetzungen geworden.

Charakteristisch für die Politik, die ökonomisch entwickelten kapitalistischen Länder im absoluten BIP einzuholen und zu überholen, war die Gestaltung des Verhältnisses von Akkumulation und Konsumtion. Der Wirtschaftsboom stützte sich von Anfang an hauptsächlich auf den Export und auf Investitionen, die zudem im erheblichen Maße auf die Entwicklung der Außenwirtschaft ausgerichtet waren. Das führte zu einem anhaltenden Steigen der Investitionsrate. Einer proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft hätte ein Anteil der Akkumulation am BIP von 30 Prozent entsprochen. 2005 belief sich dieser Anteil bereits auf 42 Prozent.[557] Die Folge waren ein Absinken des Anteils der Konsumtion am BIP und ein schwächelndes Wachstum der Gesamteinkommen. Dadurch bedingt belief sich z. B. 2003 die Binnennachfrage im Durchschnitt

555. Hinzu kam, dass sich die Anbaufläche durch die Requirierung von Ackerland seitens der örtlichen Regierungen für die Einrichtung von Entwicklungsparks u. ä. auf unter 1,9 Mrd.Mu (etwa 126,6 Mio ha) schon recht bedrohlich verringert hatte.

556. Siehe die Ausführungen des stellvertretenden Hauptabteilungsleiters im Staatlichen Amt für Statistik Wang Donghua in: Zhonghua Gong Shang Shibao, zitiert nach: Hua Sheng Bao v. 30.04.03, chines.

557. Ebd.

pro Kopf der Bevölkerung umgerechnet auf nur etwas über 400 US-Dollar. Verglichen mit der durchschnittlichen Binnennachfrage Japans und der USA waren das 1,6 bzw. 2,2 Prozent. Viele Jahre hindurch war das Wachstum des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens der Bevölkerung deutlich niedriger als das Tempo der Steigerung des BIP. Der Anteil der Löhne an der Verteilung des Nationaleinkommens fiel innerhalb von fünf Jahren bei zunehmender Zahl der Arbeiter von 55,1 auf 49,6 Prozent im Jahre 2003 zurück.[558] Das Einkommen der dörflichen Bevölkerung und der Gruppe der sozial Schwachen in den Städten, die sich in der 2. Hälfte der 90er Jahre herauszubilden begann, stagnierte geradezu. Ganz zu schweigen von den Bauern – oder Wanderarbeitern. Die einseitige Orientierung auf die Erhöhung des BIP, losgelöst von dem eigentlichen Ziel der KP Chinas, von der Erhöhung des Lebensstandards des Volkes, war im Wesen eine Politik, die die Wirtschaft um der Wirtschaft willen vorantrieb. Die Verringerung der Konsumtionsrate war zudem mit einer sozialen Ungerechtigkeit in der Verteilung der Einkommen verbunden. Der Gini-Koeffizient, der 1981 bei 0,288 lag, hatte 2003 mit 0,46 bereits die rote Linie überschritten.[559] In absoluten Zahlen ausgedrückt: 2004 verfügten 20 Prozent der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen über 40 Prozent des gesamten verfügbaren Vermögens in den Städten. China hatte sich innerhalb von ein,- zwei Jahrzehnten aus einem Land ohne merkliche soziale Unterschiede in ein Land sozialer Polarisierung verwandelt. Diese Entwicklungen untergruben nicht allein die wirtschaftliche, sondern auch die soziale Stabilität der Gesellschaft. Die Reaktion in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit war eine massive Protesthaltung und -bewegung gegen soziale Ungerechtigkeit.

Die Chinesische Volksbank wies in ihrem Bericht vom 27. Oktober 2003 darauf hin, dass neben den drei Unausgewogenheiten der wirtschaftlichen Entwicklung – zwischen Investition und Konsumtion, zwischen Stadt und Land und zwischen einzelnen Branchen – sich eine vierte Unausgewogenheit herausgebildet hatte: die Unausgewogenheit in der Entwicklung der großen Regionen des Landes.[560] Die Kluft in der Entwicklung zwischen Ost- und Mittel-

558. Cai Fang, Weshalb hat die Mobilität der Arbeitskräfte den Unterschied in den Einkommen zwischen Stadt und Land nicht verringert? In. Renmin Wang v. 15.12.06, chines..
559. Renmin Wang v. 6.7. 2006, chines.

china wie zwischen Mittel- und Westchina hatte sich seit der 2. Hälfte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts trotz einer offiziell verstärkten Hinwendung zu Westchina weiter vergrößert. Das durchschnittliche BIP pro Kopf im nationalen Maßstab gleich 100 gesetzt, übertraf Ostchina diesen Wert um mehr als das Doppelte. Mittel- und Westchina lagen bei 88 bzw. bei 70. Mittel- und Westchina waren die Landesteile, in denen sich rd. 90 Prozent aller als arm eingestuften Kreise befanden.[561]

Die Vermarktung der öffentlichen Daseinsfürsorge, zu der die KP Chinas in den 90er Jahren übergegangen war, trug wesentlich zur Verschärfung der sozialen Frage in der Volksrepublik bei.

Auch die VR China hatte 1978 die Deklaration der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von Alma Ata unterschrieben. Damit hatte sie sich verpflichtet, bis zum Jahre 2000 ein umfassendes, für alle zugängliches und erschwingliches öffentliches Gesundheitswesen aufzubauen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Vor Einsetzen der marktwirtschaftlichen Reform hatte sich der Anteil, der dem Gesundheitswesen zur Verfügung stand, lediglich auf 1,6 bis 1,7 Prozent des BIP belaufen. Rd. 84 Prozent dieser Mittel waren in der Stadt eingesetzt worden, in der sich relativ moderne medizinische Einrichtungen entwickelt hatten. Mit dem Beschluss vom 17. Febuar 1997 orientierten Partei und Regierung darauf, bis zum Jahre 2010 im Lande ein Gesundheitssystem aufzubauen, das im Niveau der medizinischen Betreuung der Bevölkerung der „entwickelten Länder" gleichen bzw. nahe kommen sollte. Vorgesehen war, in wenigen Jahren ein „dörfliches System für die Sicherung der medizinischen Behandlung auf genossenschaftlicher Grundlage" aufzubauen. Die Ergebnisse waren höchst unbefriedigend, obwohl die Regierungen der zentralen und der lokalen Ebene die Verbreitung dieses Systems teilweise subventionierten. Die übergroße Mehrheit der Bauern nahm dieses System nicht an. Das Preis-LeistungsVerhältnis war für sie nicht akzeptabel.[562] Zwar waren in den Bereichen Kinderimpfung (fast 100 Prozent), Entbindungen unter ärztlicher Aufsicht und

560. Xinhua Wang, zitiert nach: Renmin Wang v. 27.10.03, chines.

561. Als Kriterium für diese Einstufung galt 1997 ein durchschnittliches Einkommen pro Kopf von 200-300 Yuan (24-36 US-Dollar).

562. Im Kreis Guangming der Provinz Guangdong beispielsweise versuchte die örtliche Administration das System seit 1999 zu verbreiten. Die Bedingungen waren: Mitglied wird die bäuerliche Familie als Ganzes, jährlicher Grundbeitrag pro Kopf 10 Yuan (= 1,2 US$), Arztbesuch kostenlos, Kosten für einen Aufenthalt im „Hygienehaus" maximal 500 Yuan.

Versorgung mit Trinkwasser inzwischen auch auf dem Dorf deutliche Fortschritte erreicht worden. Die Ausstattung der „Volkskrankenhäuser" in den ländlichen Kreisstädten und erst recht der „Hygienehäuser" auf den darunter liegenden Ebenen mit Fachpersonal und mit medizinischen Geräten wurde jedoch selbst den einfachen dörflichen Erfordernissen nicht gerecht. Nach einer chinesischen Einschätzung lagen z. B. 60 Prozent der ländlichen Kreiskrankenhäuser in ihrer Ausstattung im Unterschied zu diesen öffentlichen Einrichtungen in der Stadt um 30-40 Jahre hinter dem internationalen Niveau zurück. Ein weiterer Grund für die Bauern, dieses System nicht anzunehmen, war das damit verbundene rapide Ansteigen der privaten Kosten für eine medizinische Behandlung. Auf den Dörfern leiden etwa 200 Millionen Menschen an chronischen Krankheiten, sehr viele an Aids und Tuberkulose.[563] Aus wirtschaftlichen Gründen konnten sich jedoch nur sehr wenige einen Krankenhausaufenthalt leisten. Mit der Einführung der Marktwirtschaft zogen die ohnehin nicht niedrigen Preise für die ärztliche Behandlung übermäßig an. Große Teile der Bevölkerung wurden so von der gesundheitlichen Betreuung ausgeschlossen. Die Nutzung der öffentlichen Einrichtungen des chinesischen Gesundheitswesens in Stadt und Land blieben weitgehend den politischen Führungskadern und wohlhabenden Schichten vorbehalten. Das einfache Volk blieb draußen.

Die vermarkteten öffentlichen Krankenhäuser finanzierten sich aus drei Quellen: zu 45-55 Prozent aus dem Verkauf von Arzneimitteln, zu 40-50 Prozent durch die ärztliche Versorgung und zu 5 Prozent durch staatliche Zuschüsse. Was ergab sich daraus an Kosten für die Krankenbehandlung? Das durchschnittliche Geldeinkommen auf dem Dorf betrug 2003 etwa 2 622 Yuan, für einen Krankenhausaufenthalt waren im Schnitt gut 2 230 Yuan aufzubringen, das heißt das Einkommen aus einem Jahr harter körperlicher Arbeit. Die Löhne der Angestellten und Arbeiter des Landes waren in zwei Jahrzehnten um das 20-fache, die Kosten für ärztliche Behandlung und Arzneimittel jedoch um das 200-fache gestiegen. Für die Behandlung einer einfachen Erkältung waren 2005 hundert bis mehrere hundert Yuan zu zahlen. Das entsprach dem Jahreseinkommen

563. Angaben über diese Zahlen wurden auf den Tagungen des NVK und der Konsultativen Konferenz des Chinesischen Volkes (Organisation der nationalen Einheitsfront) im März 2005 vorgelegt.

eines Getreidebauern. Auf dem Dorfe hieß es: „Sobald der Krankenwagen zu hören ist, ist ein Schwein umsonst aufgezogen worden." Die 3. nationale Untersuchung der Dienstleistungen im Gesundheitswesen ergab: 48,9 Prozent der Erkrankten konnten, obwohl es erforderlich gewesen wäre, aus finanziellen Gründen den Arzt nicht aufsuchen. Aus gleichem Grund konnten sich 29,6 Prozent der Erkrankten nicht in einem Krankenhaus behandeln lassen.[564]

Die VR China hatte die entgeltliche neunjährige Schulpflicht eingeführt.[565] Nach jahrelangen Debatten war 1993 zwar beschlossen worden, den Anteil des Bildungswesens am BIP bis Jahre 2000 auf 4 Prozent anzuheben. Bis 2003 war der Anteil auf 3,2 Prozent gestiegen, 2005 war er aber wieder auf etwas über 2 Prozent zurückgefallen.[566] Auch in diesem Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge hatte die Marktwirtschaft die gleichen Auswirkungen wie im Gesundheitswesen. Die Kosten für den Schulbesuch erhöhten sich geschwind. Hinzu kamen andere zusätzliche finanzielle Leistungen[567], vor allem für den Besuch der in der 2. Hälfte der 90er Jahre nach westlichem Vorbild zugelassenen Eliteuniversitäten. 2004/2005 kostete der Besuch der dreijährigen Oberstufe der Mittelschule (9.–12. Klasse) rd. 15 000 Yuan. Für den vierjährigen Besuch einer normalen Hochschule waren allein an Studiengebühren 40 000–50 000 Yuan fällig. Zur Erinnerung: Das durchschnittliche Einkommen eines Bauern betrug damals etwas über 3 200 Yuan. Diese Entwicklung förderte eine soziale Auslese der Studierenden zugunsten der reicheren Schichten. Sie förderte auch Bestrebungen unter den Bewerbern, auf jedem Falle in irgendeinem Fach an einer Eliteuniversität zu studieren, um nach Abschluss des Studiums automatisch zur Elite des Landes zu gehören.

Seit den 90er Jahren hatte sich auch die Abhängigkeit Chinas von

564. Prof. Shen Xiaoming, Die Medizin in China liegt sehr weit hinter der ersten Klasse in der Welt zurück, in: Wen Hui Bao, zitiert nach: Renmin Wang v. 30.8.05, chines
565. Erst 2006 wurde begonnen, zunächst für Kinder aus armen Bauernfamilien den Besuch der Grundschule und der Unterstufe der Mittelschule kostenfrei zu gestalten.
566. 2006 wurde beschlossen, diesen Anteil am BIP in den nächsten Jahren auf 4% anzuheben.
567. Im Bulletin des Ministeriums für Bildung vom 14.2.1998 wurden z. B. Grund- und Mittelschulen kritisiert, die unter allen erdenklichen Namen Gelder für 10 verschiedene Arten von Zusatzunterricht in Höhe bis zu 80 Yuan pro Stunde verlangten. Dieser Anteil lag zu jener Zeit in den ökonomisch entwickelten kapitalistischen Ländern allgemein zwischen 2-3%, im High-Tech-Bereich betrug er bis zu 10 %.

der kapitalistischen Weltwirtschaft und den internationalen Ressourcen erheblich verstärkt. Die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft war mit einem Anteil am Export von rd. 20 Prozent in erster Linie vom US-amerikanischen Markt abhängig geworden. Die traditionelle Wachstumsweise verstärkte diese internationale Abhängigkeit noch. So forderte die extensive Produktion und Reproduktion in einem rapide zunehmenden Maße den Import von Ressourcen. 2003 musste China seinen Bedarf an Erdöl bereits zu 30 Prozent aus dem Ausland decken. Die Fixierung auf die Steigerung des BIP beeinträchtigte die qualitative Entwicklung der chinesischen Wirtschaft. Eine eigenständige Forschung und Entwicklung gab es nur in einem Viertel der großen und mittleren Unternehmen, aber nur ein Fünftel dieser Unternehmen betrieb die Forschung und Entwicklung ständig. Der Anteil der Mittel, der dafür verwendet wurde, betrug im Schnitt lediglich 0,24 Prozent der Einnahmen aus dem Absatz.[568] Das Verhältnis von eigener Entwicklung und Import von Technik stagnierte bei 1:10. Selbst die Investitionen chinesischer Unternehmen für den Import von Technik und ihre Einführung in den Produktionsprozess standen in einem unausgewogenen Verhältnis von 1 : 0,078.[569] Auf jeweils 10 000 Unternehmen der Volksrepublik entfielen nur drei, die über entwickelte Schlüsseltechnologien verfügten. 2005 wurden fast alle Ausrüstungen der Glasfaserproduktion importiert, ebenso 85 Prozent aller Ausrüstungen für die Herstellung integrierter Schaltkreise, 80 Prozent aller Ausrüstungen für die petrolchemische Industrie, 70 Prozent der numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen, 95 Prozent aller medizinischen Ausrüstungen und ein großer Teil seiner Technik f für die Landesverteidigung.

Diese Probleme und Widersprüche relativierten das chinesische „Wirtschaftswunder". Sie äußerten sich in massenhaften Bekundungen der Unzufriedenheit der Bauern, Arbeiter und anderer Teile des Volkes mit den überhöhten örtlichen Abgaben, nicht ausgezahlten Löhnen, mit der Korruption, der Willkür und dem Bürokratismus im Machtapparat und mit anderen Verletzungen der Rechte der Bürger. Um die gesellschaftliche Entwicklung wieder auf stabile

568. Chen Zhili, Die „Werkstatt der Welt" wird aufgerufen, originäre Wissenschaft und Technik zu entwickeln, Referat auf der wissenschaftlichen Jahrestagung Chinas für wissenschaftliche Koordinierung 2005, in: Renmin Wang v. 30.8.2005, chines.

569. Ebd.

Grundlage stellen zu können, war es unumgänglich und dringlich, die Lösung dieser Probleme und Widersprüche in Angriff zu nehmen.

4.2. Die Entwicklung der KP Chinas und ihrer Strategie

Die neue Führungsspitze Hu Jintao/Wen Jiabao verfolgte sofort mit ihrem Amtsantritt einen neuen, einen praxisnahen und transparenten Arbeitsstil. Ihre ersten Schritte galten der Lösung der Probleme der Not leidenden Bevölkerung, des Dorfes und der Wirtschaft. Allein in den ersten vier Wochen führte sie dazu vier Beratungen des Politbüros des ZK und seines Ständigen Ausschusses durch. Im Unterschied zur vorangegangenen Wahlperiode wurde die Öffentlichkeit über Inhalt und Ergebnisse der Beratungen in Kenntnis gesetzt.

In seiner Rede zum 20. Jahrestag der Verfassung am 4. Dezember 2002 legte Hu Jintao Wert darauf, die Autorität der Verfassung zu betonen. Er nannte die Verfassung die grundlegende Richtschnur für die Tätigkeit auch der KP Chinas und der bewaffneten Kräfte. Alle Kräfte im politischen System machte er für den Schutz der Verfassung und ihre Durchsetzung verantwortlich.

Die 2. Tagung des ZK der Partei Ende Februar 2003 beriet ein Projekt zur Umgestaltung der Regierung, ihrer Funktionen und ihrer Rolle mit dem Ziel, sie weiter aus einer „Regierung der Planwirtschaft" in eine „Regierung der Marktwirtschaft" umzugestalten. Angestrebt wurde eine „Regierung vom Typ der Dienstleistungen" mit folgenden Hauptaufgaben: Makroregulierung und -kontrolle der Wirtschaft mit ökonomischen, gesetzlichen und administrativen Mitteln, Schaffung eines guten Umfeldes für die Entwicklung des Marktes und der Unternehmen, Ausgleich der Mängel des Marktes und Wahrnehmung von Aufgaben, die der Markt nicht bzw. nicht gut zu lösen vermag (z. B. öffentliche Aufgaben).[570] Das Projekt wurde auf der 1. Tagung des X. NVK im Monat darauf angenommen.

Auf der Tagung wurde mit den Wahlen zur Besetzung der zentra-

570. Vergl. Li Xingshan (Professor, Parteischule des ZK der KPCh), Aufbau des Systems der sozialistischen Marktwirtschaft in unserem Lande – Rückblick und Ausblick, in: Jiefang Ribao, nach: Renmin Wang v. 14.10.2003, chines.

len staatlichen Funktionen der Generationswechsel in der Führung von Partei und Staat abgeschlossen. Neuer Vorsitzender der VR China wurde Hu Jintao. Wu Bangguo übernahm den Vorsitz des Ständigen Ausschusses des NVK. Jiang Zemin blieb Vorsitzender der Zentralen Militärkommission und Wen Jiabao übernahm die Funktion des Ministerpräsidenten.

Die neu formierte Führung sah sich gleich mit dem Ausbruch der Lungenkrankheit SARS konfrontiert. Die Bevölkerung in einer Reihe von Regionen wie Beijing, Tianjin, Guangdong, Shanxi und Innere Mongolei war davon besonders schwer betroffen. Zentrale Amtsträger versuchten zunächst, die Katastrophe und ihr Ausmaß zu vertuschen. So erklärte der Minister für Gesundheitswesen, Zhang Wenkang, auf einer Pressekonferenz im März, dass SARS in China unter Kontrolle und die Lage nicht beunruhigend wäre. Auf einer von Wen Jiabao geleiteten nationalen Beratung am 2. April wurden dann die Arbeiten zur Eindämmung der Seuche aufgenommen und koordiniert. Der Ministerpräsident setzte auf die Mobilisierung der Öffentlichkeit: „Wir sitzen alle im gleichen Boot. Alle müssen mithelfen, die Schwierigkeiten zu überwinden." Zhang Wenkang und ein weiterer Verantwortlicher im Parteikomitee Beijing wurden abgesetzt. Unter Leitung der stellvertretenden Ministerpräsidentin Wu Yi wurden alle Kräfte und Mittel mobilisiert, um der Krankheit Herr zu werden. Ohne Rücksicht auf die eigene Gesundheit leisteten Ärzte und Krankenpfleger Übermenschliches, um die Erkrankten zu retten. Dafür fanden sie in der Bevölkerung hohe Anerkennung. Mit der Bewältigung der Katastrophe wurden zugleich Schritte zum Aufbau eines nationalen Systems zur Bekämpfung von Seuchenkrankheiten eingeleitet.

„Wissenschaftliche Auffassung von der Entwicklung"

Auf der 3. Tagung des ZK im Oktober 2003 fasste die KP Chinas den „Beschluss über einige Fragen der Vervollkommnung des Systems der sozialistischen Marktwirtschaft". Es ging darum, die Rolle des Marktes in dem anfänglich bereits bestehenden Wirtschaftssystem auszubauen, das in Grundzügen geschaffene System vielfältigen Eigentums mit dem Gemeineigentum als Kernstück in allen seinen Teilen weiterzuentwickeln und die bereits bestehende Öffnung des

Landes nach außen qualitativ zu erweitern. Das schloss die Verwaltung des staatlichen Vermögens durch eine besondere Institution, die Festlegung von Kriterien für die Bewertung von staatlichem Vermögen bei einer Veränderung des Eigentumsrechts und die Konzentration auf die Entwicklung moderner und international konkurrenzfähiger chinesischer Gesellschaften und Unternehmensgruppen ein.[571]

Nach dem XVI. Parteitag legte die öffentliche Diskussion über die akuten ökonomischen und sozialen Probleme und die Wege zu ihrer Lösung an Breite und Tiefe zu. Die Meinungen in der Partei in der Frage, wie die Wirtschaft richtig und am besten zu entwickeln wäre, gingen weit auseinander. Die Führungskader in der Partei, die die Meinung vertraten, zuerst müsse man das BIP entwickeln und erst danach alle anderen Probleme lösen, waren nach wie vor die große Mehrheit. Auf diesem Hintergrund setzte in den Medien die Auseinandersetzung mit dieser Position ein. Angesichts dessen, dass die Beschäftigungsrate und das Einkommen der Bevölkerung hinter dem hohen Wachstum der Wirtschaft zurückgeblieben waren, ging es um das Ziel der Produktion. „Wenn das Wirtschaftswachstum nicht zu einer entsprechenden Erhöhung der Beschäftigungsrate und der Einkommen der Bevölkerung führt, dann haben wir das Ziel für die Entwicklung der Produktion und der Wirtschaft nicht erreicht." Wachstum müsse mit Entwicklung einhergehen.[572]

Der Beschluss der 3. Tagung des Zentralkomitees von Oktober 2003 enthielt eine Passage, in der sich das Zentralkomitee, ohne direkt auf die negativen Auswirkungen der einseitigen Orientierung auf die Steigerung des BIP zu verweisen, darauf orientierte, künftig die gesamte Komplexität der Gesellschaft in der wirtschaftlichen Entwicklung zu berücksichtigen. Daraus entwickelte sich die schon genannte „wissenschaftliche Auffassung von der Entwicklung", die die offiziellen Verlautbarungen der Partei Anfang 2004 zu prägen begann: „Daran festhalten, den Menschen als das Wesentliche anzusehen, die Auffassung von einer allseitigen, abgestimmten und nach-

571. Diese Gesellschaften und Unternehmensgruppen sind, wie schon einmal bemerkt, in ihrem Aufbau und ihrer Organisation den Transnationalen Konzernen (TNK) des Kapitals nachempfunden.

572. Wang Yu, Wenn die chinesische Wirtschaft weiter anhaltend wachsen soll, braucht es einen Wechsel des Modells „hohes Wachstum und geringe Beschäftigung", in: Zhongguo Jingji Shibao, zitiert nach: Renmin Wang v. 1.7.2003, chines.

haltigen Entwicklung zu schaffen und die allseitige Entwicklung der Wirtschaft, Gesellschaft und des Menschen fördern."[573] Das bedeutete, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und die Reform und Öffnung in Übereinstimmung mit der umfassenden Entwicklung von Stadt und Land, der Regionen, von Wirtschaft und Gesellschaft, von Mensch und Natur und von Entwicklung im Innern und Öffnung nach außen voranzubringen. Eine entscheidende Lehre war aus dem zurückliegenden Entwicklungsabschnitt gezogen. Das war die erste grundlegende strategische Korrektur, die die neue Partei- und Staatsführung vornahm. Die Herauskehrung des Menschen mit seinen Bedürfnissen und in seiner Rolle für die Entwicklung der Gesellschaft erinnert an die Politik, die Hu Yaobang als Generalsekretär des ZK in der ersten Hälfte der 80er Jahre im vorigen Jahrhundert einzuleiten bemüht gewesen war.

In der öffentlichen Propaganda wurde dieses neue Herangehen an die gesellschaftliche Entwicklung als „theoretisches System für die Untersuchung und Lösung der Entwicklungsprobleme des gegenwärtigen China", als „konzentrierter Ausdruck der Weltanschauung und der Methodologie" der KP Chinas und als „Modell und Strategie für die Modernisierung Chinas" definiert. Sie sei „die Theorie über eine neue Entwicklung, in der die Einheit von ökonomischem, sozialem und ökologischem Nutzen sowie die Einheit von gegenwärtigen und langfristigen Interessen, von Gesamtinteressen und Teilinteressen den Ausgangspunkt bilden".[574]

Ein Beispiel für das neue Herangehen der Führung Hu Jintao/ Wen Jiabao an die gesellschaftliche Entwicklung ist ihre Umweltpolitik. Die heutige Führung ist im hohen Maße sensibel für die ökologischen Probleme. Seit 2006 sind 23,8 Mrd. Yuan investiert worden, um für 108 Millionen Menschen im ländlichen Raum die Trinkwasserversorgung zu sichern. 51 Milliarden Yuan wurden in 2 712 Projekte eingesetzt, um mehrere Seen und acht Flüsse zu säubern. Bis 2020 wird China ein modernes Management von Wasservorkommen einführen. Seit der Annahme des Gesetzes über erneuerba-

573. „Kommuniqué der 3. Tagung des XVI. ZK der KP Chinas", in: Renmin Ribao v. 15.10.2003, chines.

574. Huang Longbai. Wissenschaftliche Auffassung von der Entwicklung: Theorie über die gesellschaftliche Entwicklung des gegenwärtigen China, in: Guangming Ribao, zitiert nach: Renmin Wang v. 13.12.2005, chines.

re Energie konzentriert sich die chinesische Führung auf den ökologischen Umbau im Energiesektor. Allein in 2007 wurden rd. 10,8 Millarden Yuan für den Ausbau erneuerbarer Energien eingesetzt. 2009 sind 100 Millionen Yuan vorgesehen, um das Energiesparlampenprogramm zu subventionieren. Große Bauvorhaben müssen inzwischen eine Überprüfung auf Umweltverträglichkeit durchlaufen. Die Führung strebt danach, bis 2010 eine strenge Überwachung und vollständige Kontrolle über die Schwefeldioxyd-Emissionen durchzusetzen. Die „Verschmutzung der Umwelt durch die Regierung" gehört der Vergangenheit an.

Diese neue Auffassung der KP Chinas begann auch die Aufgaben zu bestimmen, denen sich Partei und Regierung in der Makropolitik zuwandten. Das betraf die Erweiterung der Binnennachfrage, die Minderung des Beschäftigungsdrucks, die staatliche Wahrnehmung der öffentliche Daseinsfürsorge, den beschleunigten Aufbau der Sozialversicherung und der dörflichen Infrastruktur, die Erweiterung des Getreideanbaus auf stabiler Grundlage, die unbedingte Sicherung eines wachsenden Einkommens der Bauern, die Regulierung der Produktionsstruktur, die Förderung der Rolle der neuen Industrie für die Entwicklung der Volkswirtschaft und die Vergrößerung des Exports. Zum generellen Ziel dieser Bemühungen wurde, die Früchte der Reform und Öffnung der gesamten Gesellschaft zugute kommen zu lassen, die Gesamtbedürfnisse zu regulieren und ein stabiles Wachstum der Wirtschaft zu sichern.

Eine andere wesentliche Veränderung in der Politik der Partei nahm das Politbüro auf seiner Tagung Ende Dezember 2002 vor[575]. Die Lösung der Problematik Dorf-Landwirtschaft-Bauer (san-nong) wurde zum wichtigsten aller Schwerpunkte in der Arbeit der Partei erklärt. Das ZK der Partei und der Staatsrat veröffentlichten am 1. Januar 2003 den gemeinsamen Beschluss „Meinungen zu einigen Fragen über die Förderung des Wachstum der bäuerlichen Einkommen". Die materielle Stimulierung der Produktionsaktivität der Bauern, vor allem der Getreidebauern, begann wieder eine wichtige Rolle in der Landwirtschaftspolitik der Partei zu spielen. Die größte

575. Tagungen des Politbüros des ZK der KP Chinas wurden jetzt mit dem Studium von Grundproblemen chinesischer Entwicklungsprobleme verbunden, das jeweils durch Vorträge von ausgewiesenen Wissenschaftern eingeleitet wurde.

und einschneidendste Veränderung in der Politik der Partei im ländlichen Bereich bestand jedoch darin, dass nicht mehr die Landwirtschaft der Industrialisierung und das Dorf nicht mehr der Stadt dienen sollte, sondern umgekehrt die Industrie die Entwicklung der Landwirtschaft und die Stadt der Entwicklung des Dorfes unterstützen sollen. Die Bedeutung, die der „San-nong"-Problematik beigemessen wurde, zeigte sich auch daran, dass wieder, wie schon mehrfach vor zwanzig Jahren, das erste offizielle Dokument von Partei und Regierung zu Beginn des Jahres die Arbeitsaufgaben in diesem Bereich festlegte. Langfristig orientierte die Partei darauf, das sozialistische Dorf aufzubauen.

Die Regierung des Landes auf der Grundlage der Gesetzes („Schaffung eines sozialistischen Rechtsstaats") musste mit der Entwicklung der Partei beginnen. Die neue Parteiführung unter Generalsekretär Hu Jintao begann bereits im ersten Jahr ihrer Tätigkeit Maßnahmen zu ergreifen, um den demokratischen Aufbau der Partei voranzubringen. Vor allem Hu Jintao selbst war darum bemüht, neue demokratische Formen im Parteileben einzuführen und zu verankern. Es wurde nicht nur eine Reihe von Vorschriften und Bestimmungen für die Durchsetzung des innerparteilichen demokratischen Lebens, der Rolle der Parteikomitees und der Rechte der Parteimitglieder verabschiedet. Die Führung erprobte praktische Schritte, um den Parteiaufbau an der Basis in Stadt und Land zu verstärken, das Volk in eine Vorauswahl der Kader bei den Parteiwahlen an der Basis einzubeziehen, den Parteisekretär auf der Ebene des Xiang direkt zu wählen, mehrere Kandidaten für eine Parteifunktion sich bewerben zu lassen und die geheime Wahl zu verbreiten. Dazu gehörte auch das Experiment, die Delegiertenkonferenzen zur Neuwahl der Parteiorgane auf lokalen Ebenen für die Dauer der gesamten Wahlperiode bestehen zu lassen und sie mit Rechten und Pflichten für die demokratische Gestaltung des Parteilebens in ihren Wahlbereichen auszustatten. Es erwies sich jedoch als ungeheuer schwer und langwierig, die Normalisierung des Parteilebens allein schon gegen die Macht der „Ersten" auf den einzelnen Ebenen und in den einzelnen Institutionen durchzusetzen.

Auf einer Landeskonferenz zur Arbeit auf organisatorischem Gebiet Ende 2002 hatte Hu Jintao Ziel, Richtung und Aufgaben in der neuen Entwicklungsetappe der Partei vorgegeben: Gewähr-

leistung der Rolle der Partei als Vorhut der Arbeiterklasse und des Volkes, Sicherung ihrer führenden Rolle beim Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung, Wahrnehmung der Aufgabe der „drei Vertretungen" und die ständige Hebung der Kampfkraft der Partei. Die Partei müsse an sich selbst, wie er sagte, höchste Anforderungen stellen und die Fähigkeit entwickeln, ihr Niveau als führende und regierende Kraft des Landes ständig zu heben, sich der Korruption zu widersetzen und Risiken zu meistern. Die Entwicklung ihrer marxistischen Ideologie und Theorie sollte mit ihrem organisatorischen Aufbau und der Entwicklung ihres Arbeitsstils verbunden sein. Hu forderte, der Aufbau der Partei an der Basis müsse einhergehen mit der Festigung ihrer Klassen- und Massenbasis, dem Aufbau einer Armee hochqualifizierter Führungskader und einer starken Führungsschicht. Zwischen Februar und Oktober 2004 verabschiedete das Zentralkomitee nacheinander eine Reihe von Bestimmungen zur Durchsetzung der genannten Orientierung.[576] Um die Kontrolle der Disziplin und die Bekämpfung der Korruption effektiver zu gestalten, begannen im April 2004 die bis dahin auf den einzelnen Ebenen getrennt arbeitenden Apparate der Disziplinkontrollkommission des ZK der Partei und des Ministeriums für Kontrolle zu kooperieren.

Die veröffentlichten Ausführungen Hu Jintaos gaben keinen Einblick in die tatsächlichen innerparteilichen Verhältnisse. Selbst chinesische Historiker, die über diesen Zeitabschnitt schreiben, begnügen sich mit der Wiedergabe dieser Ausführungen.

Es ging und geht um den Aufbau eines Systems der innerparteilichen Demokratie, dessen Grundlage die Sicherung der demokratischen Rechte der Parteimitglieder und dessen Schwerpunkt der Ausbau des Systems der Parteikomitees und der Parteidelegiertenkonferenzen ist. Es ging und geht um eine Lösung des Problems der immer noch hoch konzentrierten Macht auf allen Ebenen. Das schien nun unter der Führung Hu Jintao/Wen Jiabao möglich zu sein. Kaum zufällig wurde im August 2003 zur Eröffnung der tradi-

576. Dazu gehörten: „Statuten der KP Chinas über die innerparteiliche Kontrolle (versuchsweise Durchführung)", „Bestimmungen über die Handhabung der Disziplin in der KP Chinas", die „Statuten der KP Chinas über Parteistrafen", „Vorschriften für die innerparteiliche Kontrolle", „Zeitweilige Bestimmungen über die Ablösung von Führungskadern der Partei und Regierung" bei schweren Verfehlungen, „Beschluss der KP Chinas über die beschleunigte Entwicklung der Fähigkeiten der Partei zur Ausübung der Regierung" und „Bestimmungen über den Schutz der Rechte der Mitglieder der KP Chinas".

tionellen Sommerberatung der Parteiführung zu dieser Thematik ein Artikel in der Zeitschrift der Parteischule des Zentralkomitees abgedruckt. In ihm wurde gefordert, durch die Reform des politischen Systems „von der hoch konzentrierten Macht zu einer vernünftigen Teilung der Macht überzugehen".[577] Der Autor konstatierte, dass es in den letzten zwanzig Jahre nicht gelungen war, das System der hoch konzentrierten Macht in „ein System der vernünftig geteilten Macht" umzugestalten. Die Macht in den Parteikomitees befände sich weiterhin in der Hand der jeweils „führenden Hauptperson". Die Macht müsse an die Parteiorganisationen zurückgegeben werden. Der Autor betonte die Dringlichkeit der Aufgabe, „die Führung durch die Partei in das Gleis der demokratischen Rechtsordnung des Sozialismus zu bringen, damit wir die Regierung auf der Grundlage der Gesetze ausüben können". In diesem Sinne müsse auch das „Recht auf Selbstständigkeit der Leitung (von der Partei – d. V) an die Regierungen zurückgegeben werden".

In den Jahren zwischen 2003 und 2006 erschienen nicht wenige Veröffentlichungen in den Medien, in denen sich die Verfasser in ähnlicher Weise über die autoritäre Ausübung von Macht in den Parteiorganisationen und das Fehlen von innerparteilicher Demokratie äußerten. Immer wieder ging es um die Beziehungen zwischen der Macht des „Ersten" und der sich ausbreitenden Korruption. „Seit Beginn der Reform und der Öffnung", hieß es dazu in einem Beitrag, „wurde in nicht wenigen Regionen Wert darauf gelegt, die Macht der ‚Ersten' zu erweitern. Ihre Verantwortung wurde übermäßig betont …Weil die Macht des ‚Ersten' zu groß und zu konzentriert ist, gibt es in nicht wenigen Einheiten keine Kontrolle." „Unter den Bedingungen der Marktwirtschaft, in der Zeit des Systemwechsels, verändern sich die zwischenmenschlichen Beziehungen und die Beziehungen zwischen den Interessen werden neu justiert. Diese und weitere Faktoren erhöhen die Schwierigkeit bei der Kontrolle über die Kader. Immer schwieriger wird vor allem die Kontrolle über die ‚Ersten'." [578] In einem anderen Beitrag wurde gar von der „traditionellen Gewohnheit" gesprochen, „die große Macht

577. Der Beitrag des Autors Bo Gulu erschien in der Zeitung „Xuexi Shibao", zitiert nach: Renmin Wang v. 3.8.2003, chines.

578. Huang Jianliang, Die Macht der ‚Ersten' ist sicherlich zu groß, in: Renmin Wang v. 3.7.2003, chines.

an sich zu reißen". Das bewirke, „dass es die ‚Ersten' aller Ebenen in den Parteikomitees sehr leicht haben, die Kontrolle über alle Mitglieder dieser Leitungsgruppe auszuüben, die Mitglieder ihrerseits hingegen es sehr schwer haben, durch das Parteikomitee den ‚Führer', das heißt den ‚Gruppenleiter' zu kontrollieren". Es fehle die Voraussetzung, die „notwendige Teilung der Macht".[579] Zu dieser Problematik äußerte sich im Februar 2004 auch der stellvertretende Sekretär der Disziplinkontrollkommission des ZK der KP Chinas, Xia Zanzhong. Bei der Erläuterung der „Vorschriften für die innerparteiliche Kontrolle" verwies er darauf, dass es schon 1990 und 1995 zwei Vorschläge zu diesen Vorschriften gegeben hätte, sie aber erst 2003 mit aktiver Unterstützung durch den Generalsekretärs Hu Jintao als Dokumente der Partei verabschiedet werden konnten.[580] Der Schwerpunkt der innerparteilichen Kontrolle sei die Kontrolle über die Führungskader, die die ihnen vom Volk übertragene Macht auszuüben haben. „Wie jedoch diese Kontrolle über diese Führungskader verstärkt werden kann, ist die Schwierigkeit und der Schwachpunkt dieser Kontrolle."[581] Andere Veröffentlichungen zeigten Wege zur Überwindung dieser Schwierigkeit auf. „Die Macht darf nicht monopolisiert werden … Die entscheidende Macht darf nicht in der Hand einer Person konzentriert sein. Die großen Angelegenheiten müssen von allen erledigt werden. An der Erledigung der Angelegenheiten der Führungsgruppe müssen alle ihre Mitglieder beteiligt sein. Wir müssen unbedingt die unnormale Situation beseitigen, dass in einigen Einheiten ‚der Erste die absolute, der Zweite die relative und der Dritte überhaupt keine Wahrheit verkörpert'. Wir müssen allmählich eine Macht schaffen, bei der der ‚Erste' auch nur eine Stimme hat. Wir müssen schnellstens die gegenwärtige unnormale Lage überwinden, dass der ‚Erste' das Recht hat, in großen wie in kleinen Fragen sein absolutes Veto einzulegen … Die Macht muss

579. Renmin Wang v. 2.10.2003, chines.

580. Diese „Vorschriften" sind in 5 Abschnitten unterteilt: 1. Ziel und Leitgedanken, Objekt und schwerpunktmäßiger Inhalt. 2. Verantwortung und Rolle der Parteikomitees und ihrer Mitglieder, der Disziplinkontrollkommission und ihrer Mitglieder, der Parteimitglieder und der Teilnehmer an den Delegiertenkonferenzen für die innerparteiliche Kontrolle. 3. 10 Ordnungen für die Normierung der Arbeit der innerparteilichen Kontrolle. 4. Festlegung zur Absicherung der Maßnahmen in den Vorschriften. 5. Klärung der Frage der Organe und der zeitlichen Fristen für die innerparteiliche Kontrolle. Xia bemerkte dazu, dass für diese „Vorschriften" keinen Präzedenzfall in der Geschichte marxistischer Parteien gäbe, dem die KP Chinas hätte folgen können.

581. Renmin Wang v. 18.2.2004, chines.

verteilt sein … Die Macht muss man kritisieren dürfen ... Die Macht muss der Rechnungsprüfung unterliegen."[582]

Erkenntnisse und Probleme

1. Mit der wissenschaftlichen Konzeption von der Entwicklung hat die Führung Hu Jintao/Wen Jiabao eine erste strategische Korrektur in der Theorie und Praxis der KP Chinas vorgenommen.

Die Konzeption ist mehr als eine einfache Veränderung der einseitigen Orientierung auf die schnelle Vergrößerung des absoluten BIP. Es ist zunächst einmal ein grundsätzlicher Schritt zur Abkehr von einer Politik, kapitalistischen Methoden in der Bewertung volkswirtschaftlicher und damit gesellschaftlicher Entwicklung zu folgen. Von nicht minderer Bedeutung ist der Fakt, dass diese Konzeption mit dem Satz beginnt, der Mensch (mit seinen Bedürfnissen und seiner Rolle als Hauptproduktivkraft – d. V) ist das Wesentliche. Ich sehe darin auch einen möglichen ersten Schritt zur Überwindung der in der traditionellen chinesischen Kultur tief verwurzelten Auffassung, in der das Volk nur als Masse, aber nicht in seiner Individualität, als Volk von Individuen, von Bürgern wahrgenommen wird.

2. Die Situation in der Partei, die die neue Führungsspitze Hu Jintao/Wen Jiabao bei ihrem Amtsantritt vorfand, war wesentlich komplizierter als sie sich in veröffentlichten Parteidokumenten widerspiegelte. Einschätzungen von chinesischen Autoren, die in ihrer geballten übereinstimmenden Aussage kaum anzuzweifeln sind, ersetzten natürlich keine Analyse. Sie geben jedoch einen gewissen Einblick in die realen innerparteilichen Verhältnisse. Wenn innerparteiliche Demokratie für eine erfolgreiche Bekämpfung von Korruption unabdingbar ist, dann kann schon aus der anhaltenden und verbreiteten Korruption unter den lokalen Führungskadern geschlossen werden, dass das tatsächliche Parteileben in einem beträchtlichen Maß nicht von den demokratischen Normen des Parteistatuts geprägt war bzw. ist.

3. Zwei Aussagen chinesischer Autoren sind zu bedenken: Eine

582. Shao Dasheng (Institut für Soziologie an der Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften, der Think Tank der chinesischen Führung), Wie können die „Ersten" kontrolliert werden'? In: „Parteiaufbau" (dangjian), Jg. 2004, H.1, zitiert nach: Renmin Wang v. 15.1.2004, chines.

fest verankerte und ständig praktizierte innerparteiliche Demokratie ist die wirksamste Garantie für die Unterbindung von Korruption. Und: Das System hoch konzentrierter Macht ist Ursache für das Entstehen von Korruption.[583] Das heißt, um die Korruption wirksam bekämpfen zu können bedarf es einer Reform des bestehenden Systems der politischen Macht. Dieser Schritt ist nicht nur höchst schwierig und kompliziert, weil er auf den Widerstand korrupter Führungskader trifft, sondern auch, weil er die gesellschaftliche Stabilität nicht gefährden darf. Es steht auch die Frage, ob China unter den gegebenen inneren und äußeren Umständen nicht doch weiterhin ein gewisses Maß an hoch konzentrierter Macht braucht, um die sozialistische Orientierung beibehalten zu können. Andererseits hat sich bisher gezeigt, dass der Korruption allein „von oben" nicht beizukommen ist.

„Die harmonische sozialistische Gesellschaft"

Mit der „wissenschaftlichen Auffassung von der Entwicklung" korrigierte die Führung Hu Jintao/Wen Jiabao die einseitige Ausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Steigerung des BIP. Die These von der Notwendigkeit, eine „harmonische sozialistische Gesellschaft" zu schaffen, war die Reaktion der KP Chinas auf zwei Entwicklungen.

Es war erstens eine Reaktion auf die sich zuspitzenden vielschichtigen Interessenkonflikte, die die chinesische Gesellschaft zu zerreißen drohen. Nicht nur, dass die sozialen Veränderungen die Gesellschaft in Klassen und soziale Schichten mit auseinander driftenden Interessen gespalten hatte. Unter den Bedingungen einer fast ungezügelten Marktwirtschaft hatte sich auch ein gesellschaftliches Klima herausgebildet, das vor allem in den entwickelten Regionen des Landes erheblich durch die Kapitalverhältnisse geprägt ist und das gesellschaftliche Bewusstsein beeinflußt. „Das heutige vorherrschende gesellschaftliche Bewusstsein ist voller Materialismus und

583. Renmin Ribao v. 31.8. 29004; ferner: Der Kampf gegen Korruption bedarf dringend der Demokratie, In: Nanfang Dushi Bao v. 1.0.2004, chines.

Konsumitis (xiaofeizhuyi). Öffentliche Meinung, Reklame und Familienerziehung – es gibt nichts, was dir nicht mitteilt, dass der Erfolg und das Glück des Menschen in dem Besitz und dem Konsum von Sachen, in der Verfügung über Häuser, Autos, Kleidung, Uhren und Schuhen, im Umgang mit Stars, im Golfspielen, in ungezwungenen nächtlichen Gelagen ... betehe. Die absolute Mehrheit der Menschen in China kann so nicht leben …“[584]

Es war zweitens eine Reaktion aus der Erkenntnis, dass alle Kräfte für die Modernisierung des Landes mobilisiert werden müssen, um dem langfristig wirkenden starken ökonomischen, politischen und militärischen Druck des kapitalistischen Westens widerstehen zu können. Wohl nicht zufällig wurde zum ersten Male seit langer Zeit wieder in einem veröffentlichten Dokument der KP Chinas von „feindlichen Kräften“ gesprochen, die China von außen her bedrohen.

Diese soziale Problematik hatte bereits der XVI. Parteitag im Auge, als er forderte, die Gesellschaft „harmonischer“ zu entwickeln. Die weitere innere und äußere Entwicklung zwang die Parteiführung stärker zu reagieren. Es ging nun nicht mehr darum, die Entwicklung „harmonischer“ zu gestalten, sondern grundsätzlich eine „harmonische (xiehe) sozialistische Gesellschaft“ zu entwickeln. Diese Aufgabe stellte die 4. Tagung des Zentralkomitees der Partei im September 2004. Damit veränderte sich auch das offizielle Herangehen an die sozialen Prozesse. Im Vordergrund stand nicht mehr die Tendenz, die sozialen Schichten und Gruppen nach ihren Ressourcen für die Modernisierung zu differenzieren, sondern ihre Gemeinsamkeiten für die „nationale Renaissance“ zu betonen. Zwei Jahre später, am 11. Oktober 2006, fasste die 6. Tagung des XVI. Zentralkomitees schließlich den „Beschluss des ZK der KP Chinas über wichtige Fragen des Aufbaus der harmonischen sozialistischen Gesellschaft“.[585]

Was versteht die KP Chinas unter einer „harmonischen Gesellschaft“ und welche Bedeutung misst sie ihr bei? Generalsekretär Hu Jintao nannte sie „eine Gesellschaft, in der eine demokratische und auf Gesetzen beruhende Regierung, Fairness und Gerechtigkeit,

584. Nanfang Zhoumo v. 11.10.2007, zitiert nach: Nanfang Baoye Wang, chines.
585. Xinhua She, zitiert nach: Renmin Wang v. 16.10.2006, chines.

Aufrichtigkeit und Freundschaft, umfassende Vitalität, Sicherheit und Ordnung, Mensch und Natur miteinander harmonisch verbunden sind".[586] In einer anderen Veröffentlichung wurde die „harmonische Gesellschaft" im Zusammenhang „mit den tief greifenden Veränderungen in der internatinalen Lage und dem Eintritt unsers Landes in eine neue Etappe der Reform und Entwicklung" gesehen. Es komme darauf an, „entschlossen im breitestmöglichen und vollständigsten Maße alle aktiven Faktoren zu mobilisieren und ständig die Fähigkeit zu erhöhen, die harmonische sozialistische Gesellschaft aufzubauen … Das ist für die Integration der gesellschaftlichen Kräfte, die allseitige Abstimmung der Interessenbeziehungen, die Minderung der gesellschaftlichen Widersprüche, für den Erhalt der gesellschaftlichen Stabilität, die Festigung der Regierungsposition der Partei sowie die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft von außerordentlicher theoretischer und praktischer Bedeutung".[587] Im Dokument der 6. ZK-Tagung selbst wird die „harmonische Gesellschaft" als ein wesentliches Attribut des Sozialismus chinesischer Prägung bezeichnet, und die Harmonie wird als „eine wichtige Garantie für Reichtum und Stärke des Landes, für das Aufblühen der Nation und für das Glück des Volkes" betrachtet.

Aus diesen und anderen chinesischen Veröffentlichungen zu dieser Problematik lässt sich Folgendes verallgemeinern:

1. Die KP Chinas versteht unter der „harmonischen sozialistischen Gesellschaft", wie sie in China gegenwärtig angestrebt wird, im Kern eine langfristig stabile Gesellschaft, in der sich alle sozialen Kräfte auf der Grundlage eines gesetzlich verankerten Interessenausgleichs in einem nationalen Übereinklang befinden, *„ein jeder seinen Platz hat"* (kursiv – d. V.) und seine ganze Kraft für die „nationale Renaissance der chinesischen Nation" einsetzt.
2. Der Begriff „harmonisch" schließt das Vorhandensein von Widersprüchen ein. Er besagt, dass diese Widersprüche rechtzeitig und effektiv gelöst werden müssen, damit sie die gesellschaftliche Ba-

586. Rede zur Eröffnung des Studiums einer Sonderklasse wichtiger Führungskader an der Parteischule des ZK der KP Chinas mit dem Thema „Erhöhung der Fähigkeit, eine sich im Übereinklang befindliche Gesellschaft aufzubauen", zitiert nach: Renmin Ribao v. 6.2.2006, chines.

587. Li Zhanshu, Sich anstrengen und die Fähigkeit entwickeln, die harmonische sozialistische Gesellschaft zu errichten, in: Renmin Wang v. 25.1.2005, chines.

lance nicht untergraben. Hingegen findet sich der Gedanke, Widersprüche produktiv zu nutzen, in den Veröffentlichungen nicht.
3. Der Begriff „harmonisch“ wird auch auf die internationalen Beziehungen angewandt. Die KP Chinas strebt langfristig eine „harmonische Welt“ an. Auch hier geht es wieder um eine Interessenbalance. Das schließt sowohl die Anerkennung der antagonistischen Widersprüche im internationalen Kräfteverhältnis wie die Auffassung ein, die bestehende ökonomische und politische Weltordnung des Kapitalismus auf einem friedlichen Weg im Ergebnis von Veränderungen des Kräfteverhältnisses demokratisieren zu können.

Der Beschluss ist ein programmatisches, wenn auch kein allseitiges Dokument für den Aufbau der harmonischen sozialistischen Gesellschaft bis 2020. Er befasst sich ausführlich mit den dabei zu lösenden politischen, ideologischen, soziologischen, kulturellen und ökologischen Aufgaben. Im Grunde ausgeklammert bleibt dagegen, auf welcher ökonomischen Basis sich diese Gesellschaft entwickeln soll.

Das Dokument vermittelt einen guten Einblick in die gegenwärtige Gesellschaftsstrategie der KP Chinas. Es ermöglicht, das gesellschaftliche Anliegen von Strategie und Politik der Partei für einen längeren Zeitraum zu erkennen. Lassen wir einmal die allgemeinen Begrifflichkeiten außen vor. Wenden wir uns in aller Kürze den konkreten Ausführungen zu, wie diese harmonische Gesellschaft gestaltet werden soll:

1. Entwicklung einer ökologisch verträglichen modernen Landwirtschaft und eines modernen Dorfes mit einem ausgebauten Dienstleistungswesen (Bildung, Gesundheitswesen, Sozialversicherung usw.) bei wachsendem Wohlstand aller mit Hilfe größerer staatlicher Investitionen; Sicherung des Rechts der Bauern auf vertragliche Bewirtschaftung des Bodens, Entwicklung spezialisierter kooperativer Organisationen der Bauern,
2. abgestimmte regionale Entwicklung, verbunden mit der Entwicklung des öffentlichen Dienstleistungswesens, Unterstützung der ärmeren Gebiete und Gebiete der nationalen Minderheiten durch die entwickelteren Regionen,
3. Sicherung einer relativen Vollbeschäftigung über einen einheitli-

chen Arbeitsmarkt, Schutz der legalen Rechte und Interessen aller Werktätigen, Verwirklichung des Arbeitsvertragssystems, Einhaltung staatlicher Standards für Arbeit und Arbeitsschutz, Einführung von Lohnverhandlungen und Lösung von Arbeitskonflikten auf gesetzlichem Wege, Ausbau der Berufs- und Fachausbildung,

4. vorrangige Förderung des Bildungswesens, Anhebung des Anteils der Bildung am BIP auf 4 Prozent, Entwicklung der öffentlichen Bildung, unentgeltliche neunjährige Schulbildung, Aufbau einer Gesellschaft vom Typ des Lernens. Jedermann soll gebildet sein und über eine fachliche Ausbildung verfügen,
5. Aufbau eines Systems für die grundlegende gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Stadt und Land, das weitgehend durch den gemeinnützigen Charakter des öffentlichen Gesundheitswesens bestimmt ist, Aufbau eines effektiven, überall erreichbaren und billigen medizinischen Dienstleistungswesen für die Masse des Volkes, Verstärkung der Prophylaxe, Verstärkung der hygienischen Kontrolle,
6. Vorrangigkeit des gesellschaftlichen Nutzeffekts der Kultur, gemeinnützige Kultur als Hauptweg für die Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse des Volkes, beschleunigter Aufbau eines flächendeckenden Systems öffentlicher kultureller Dienstleistungen, Entwicklung einer vom Staat kontrollierten sowie vom Kapital betriebenen Kulturindustrie auf der Grundlage der staatlichen Gesetze,
7. Verstärkung des Umweltschutzes, Förderung der Harmonie zwischen Mensch und Natur; vorrangige Lösung der Umweltprobleme, die die Gesundheit des Volkes schädigen und die nachhaltige Entwicklung beeinträchtigen; Umweltverschmutzung von der Quelle her bekämpfen und ihre Zunahme stoppen, Aufkommen des Verursachers für die Umweltverschmutzung.

Soziale Gerechtigkeit und Fairness werden als Grundbedingungen für die Existenz und Entwicklung der harmonischen Gesellschaft herausgestellt. Um sie zu gewährleisten, soll ein System geschaffen werden, das die politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Rechte des Volkes sichert und die Bürger anleitet, ihre Rechte und Pflichten wahrzunehmen. Dazu wird im Einzelnen ausgeführt:

1. Einheit von Führung durch die Partei, des Volkes als Hausherr und der Regierung auf der Grundlage des Gesetzes (Rechtsstaat), „geordnete" Teilnahme der Bürger an der Politik und an der Leitung der staatlichen Angelegenheiten, Sicherung des Rechts des Volkes auf Information, auf Meinungsäußerung und auf Kontrolle in Übereinstimmung mit den Gesetzen,
2. Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, Achtung und Sicherung der Menschenrechte, Sicherung der Rechte und der Freiheit der Bürger nach Gesetz, Festigung, Ausübung und Begrenzung der Macht nach Gesetz,
3. Aufbau eines Systems der gerechten und effektiven Rechtsprechung, öffentliche Rechtsprechung unter Hinzuziehung von Schöffen aus dem Volk und von Anwälten, Entwicklung einer Volkskontrolle,
4. verstärkte finanzielle Zuwendungen für Bildung. Gesundheitswesen, Kultur, Arbeitsbeschaffung, Sozialversicherung. Umwelt, öffentliche Infrastruktur und gesellschaftliche Sicherheit. Klärung der Kompetenzen zwischen der Zentrale und den Regionen,
5. vielfältige Formen der Verteilung mit der Verteilung nach der Arbeit als Hauptform, Verstärkung der Makroregulierung und -kontrolle über die Verteilung, Erhöhung der niedrigen Einkommen – Vergrößerung des Anteils der mittleren Einkommen – effektive Regulierung der hohen Einkommen,[588] Erhöhung der Einkommen der Bauern und Minderung ihre Lasten, Vervollkommnung des Systems des Mindestlohns,
6. Ausbau der Systeme der Sozialversicherung, der Sozialhilfe, der sozialen Wohlfahrt und der Wohltätigkeit in Stadt und Land, verstärkte Hilfe für die Armen, Hilfe für von Katastrophen betroffene Bürger, Unterstützung für Alte, Behinderte, Waisen, Arbeitsunfähige und Bettler in den Städten ohne Lebensunterhalt und festen Wohnsitz,
7. Aufbau eines Systems der „Kernwerte des Sozialismus"[589] unter Führung der marxistischen Ideologie als grundlegender Inhalt der

588. Den Ausführungen des Ministerpräsidenten Wen Jiabaos beim Chatten im „Renmin Wang" am 28.2.2009 kann entnommen werden, dass die Verringerung der nun einmal existierenden übermäßigen und ungerechtfertigten Unterschiede im Einkommen aus der Sicht der KP Chinas nur auf der Grundlage der Entwicklung der Wirtschaft und der allmählichen Erhöhung der niedrigen und mittleren Einkommen erfolgen kann.

harmonischen Kultur, Aneignung der neuesten Ergebnisse bei der Anwendung des Marxismus auf die China („sinisierter Marxismus“) durch Partei und Volk, Entfaltung der besten Traditionen der nationalen Kultur und Aneignung nützlicher Teile der menschlichen Zilivisation, Kampf gegen Mammonismus, Genusssucht und extremen Egoismus, Ausbildung der moralischen Normen der Gesellschaft.

Zur Gestaltung der politischen Macht und ihrer Politik finden sich im Dokument wichtige Aussagen:

- Dienst am Volk und Regierung für das Volk als Aufgaben der Partei; Förderung der gesellschaftlichen Harmonie durch die innerparteiliche Harmonie, Erhöhung der Transparenz in Parteifragen, Ausbau des Systems der Verbindung von Führungskadern und Parteimitgliedern sowie der Abgeordneten der Volkskongresse mit den Massen;
- Aufbau einer Regierung vom Typ der Dienstleistung mit den Schwerpunkten Entwicklung der öffentlichen Daseinsfürsorge und der Lösung der Probleme der Bürger;
- Schaffung eines Systems für die Abstimmung, die Regulierung und den Schutz der Interessen unter Leitung von Partei und Regierung, Entfaltung der Rolle aller Arten von gesellschaftlichen Organisationen für die Unterstützung dieser Dienstleistungen und der Anliegen der Bürger;
- Erhöhung der Fähigkeiten der Streitkräfte zur Krisenbewältigung, zur Verhinderung von Kriegen und zur Gewinnung von Kriegen;

589. Zu diesen „Kernwerten“ werden gezählt: der Marxismus als führende Ideologie, das Ideal des Sozialismus chinesischer Prägung, der nationale Geist mit dem Patriotismus als Kern, der Geist der Epoche mit Reform und Innovation als Kern und die sozialistischen Auffassungen über Ehrbares und Schamloses. Hu Jintao verkündete am 4.3.2006 die „acht ehrbaren Verhaltensweisen“ und die „acht schamlosen Verhaltensweisen“ als Kodex einer sozialistischen Moral: „Es ist ehrenhaft, das Vaterland heiß zu lieben; es ist schamlos, dem Vaterland zu schaden. Es ist ehrenhaft, dem Volk zu dienen; es ist schamlos, sich vom Volk zu lösen. Es ist ehrenhaft, der Wissenschaft zu huldigen; es ist schamlos, dumm und unwissend zu sein. Es ist ehrenhaft, sich abzumühen; es ist schamlos, müßig zu sein und schlecht zu arbeiten. Es ist ehrenhaft, sich zusammenzuschließen und sich gegenseitig zu helfen; es ist schamlos, anderen zu schaden und selbstsüchtig zu sein. Es ist ehrenhaft, ehrlich zu sein und sein Wort zu halten; es ist schamlos, eigennützig zu sein und das Gerechte zu vergessen. Es ist ehrenhaft, die Disziplin und die Gesetze einzuhalten; es ist schamlos, ihnen zuwider zu handeln. Es ist ehrenhaft, hart zu arbeiten und zu kämpfen; es ist schamlos, in Luxus zu schwelgen.“ Quelle: Renmin Ribao, zitiert nach: Renmin Wang v. 18.3.2006, chines.

- bei Wahrung der selbstständigen und unabhängigen Außenpolitik verstärkte Öffnung nach außen, Zusammenarbeit mit allen Ländern auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz durch eine „offene" Strategie der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens.

Die KP Chinas hat in der Sozialversicherung, in der Beschäftigungspolitik und in anderen Bereichen bereits bestimmte, z. T. beachtliche Ergebnisse erreicht. Gemessen an den gesellschaftlichen Erfordernissen ist jedoch noch viel zu tun. Hinzu kommen andere Probleme. Die Schwierigkeiten zum Beispiel im Prozess der Erarbeitung und Umsetzung des Gesetzes über den Arbeitsvertrag oder beim Mindestlohn zeigen, dass in vielen Bereichen ernst zu nehmende Interessenkonflikte bestehen, die die Lösung der Probleme erschweren. Beispielsweise ist das hauptsächliche Anliegen des am 1. Januar 2006 in Kraft getretenen Gesetzes über den Arbeitsvertrag, die in den 90er Jahren zutage getretenen schlimmen Auswüchse des Kapitalismus zu beseitigen, die sozialen Rechte der Arbeiter zu sichern und durchzusetzen. Um diese Regelungen abzusichern, wurde die Stellung der Gewerkschaft und der Interessenvertretung der Belegschaft für Belange der Arbeiter im Gesetz über den Arbeitsvertrag gestärkt. Zugleich sollen auch die legalen Interessen der Kapitalseite gesichert werden. Bereits bei der Ausarbeitung und Diskussion des Gesetzentwurfs war die Kapitalseite bestrebt, das hauptsächliche Anliegen des Gesetzes zu Fall zu bringen. Seit Inkrafttreten des Gesetzes setzt sie ihren Widerstand mit dem Argument fort, dass das Gesetz die Arbeitskosten übermäßig erhöhen würde („mission impossible"). Davon betroffen sind der ordnungsgemäße Abschluss der Arbeitsverträge wie auch die Einhaltung ihrer Bestimmungen (z. B. Zahlung des Anteils für die Sozialversicherung und von Abfindungen, ordnungsgemäße Zahlung der Löhne, Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen). Dieser Widerstand hat sich mit Ausbruch der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst 2008 noch verstärkt. So waren im November 2008 erst 50 Prozent der Beschäftigten im Perlfluss-Dreieck sozial versichert.[590] Die weitgehende Duldung dieser Situation durch das Amt für Arbeit der Provinz er-

klärt sich wohl aus dem vorrangigen staatlichen Interesse am Erhalt der Arbeitsplätze und der Produktion. Der Widerstand neoliberaler Kräfte gegen die staatliche Festsetzung der Mindestlöhne in Guangdong scheint ebenso ungebrochen zu sein. Sie fordern, die Mindestlöhne über den freien Arbeitsmarkt regulieren zu lassen.[591]

Erkenntnisse und Probleme

1. Mit dem Dokument über die harmonische Gesellschaft hat die Führung Hu Jintao/Wen Jiabao eine zweite strategische Korrektur in der Theorie und Praxis der KP Chinas vorgenommen.

Das erste Mal in ihrer Geschichte befasste sich die KP Chinas, getrieben von sich zuspitzenden sozialen Problemen und Widersprüchen, auf einem ZK-Plenum schwerpunktmäßig mit der sozialen Frage. Das Gewicht wurde dabei auf die Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes, auf eine sozial gerechte Gestaltung der Einkommensverhältnisse und auf die Schaffung eines gemeinsamen Wohlstandes gelegt. Der Beschluss geht damit über die Tagesfragen hinaus und ist ein Dokument von grundsätzlicher Bedeutung. Bezogen auf die vorangegangene Sozialpolitik der KP Chinas und auf die Entwicklung der Länder des Kapitals ist dieses Dokument als Alternative zum Neoliberalismus in der Sozialpolitik zu bewerten. Der Gedanke, der Mensch ist das Wesentliche, soll die Politik zur Gestaltung seiner sozialen Verhältnisse bestimmen.

2. Die KP Chinas greift mit ihrer Vorstellung über eine harmonische Gesellschaft auf Gedanken des klassischen chinesischen Philosophen Kongzi (Konfuzius) und das konfuzianische Ideal von der großen Gemeinsamkeit" (da tong) zurück. Es heißt, die Gesellschaft des Kleinen Wohlstandes korrespondiert mit der klassischen chinesischen Vorstellung, „in der Harmonie verschieden sein" (he er bu tong). Dieses traditionelle Bild drückt die Harmonie und die Einheit zwischen Himmel, Erde und Mensch, die Bewahrung eines dynamischen Gleichgewichts zwischen ihnen aus und erkennt

590. „Forschungen zur Beschäftigung im Perlsfluss-Dreieck: Wie können die Existenz der Unternehmen und die Interessen der Proleten (laogong) ausgeglichen werden?" In. 21 Shji Jingji Baodao v. 25.11.2008, chines.

591. „Heftiger Streit um das Problem „den Mindestlohn nicht durch die Regierung festlegen zu lassen", 60 % der Internet-Benutzer sind dagegen", in: Nanfang Ribao v. 16. 2. 2009, chns.

zugleich die bestehenden Unterschiede unter den Menschen an.

3. Augenscheinlich stößt die langfristige Strategie der KP Chinas, eine „sozialistische harmonische Welt" zu errichten, in der Gegenwart auf erhebliche Hindernisse und Widerstand. Schon die Einschätzung im Dokument, „unsere gegenwärtige Gesellschaft ist insgesamt harmonisch", stimmt nicht mit der gesellschaftlichen Realität überein. Es gibt viele Aufgaben im Dokument, die „alte Probleme" (lao wenti) sind.[592] Diese „alten Probleme" sind Anlass zur Unzufriedenheit und zu Protesten der Betroffenen. Die Ursache für diese „alten Probleme" ist nicht in erster Linie auf fehlende Bedingungen für ihre Lösung zurückzuführen. Ich sehe sie vielmehr darin, dass die Politik vor allem auf lokaler Ebene, aus welchen Gründen auch immer, sich nicht oder nicht ausreichend um ihre Lösung gekümmert hat und kümmert.[593] Wenn sich diese Praxis nicht grundsätzlich ändern sollte, dann dürfte es große Schwierigkeiten bei der Umsetzung des verkündeten Programms geben.

4. Das Dokument enthält zwei sich widersprechende Aussagen zur Ausübung der politischen Macht. Einmal heißt es, dass die Partei die Regierung des Landes für das Volk ausübt. An anderer Stelle wird davon gesprochen, dass die Leitung der staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Angelegenheiten durch die Bürger zu sichern sei. Bisher galt offenbar die erste Variante als offiziell. Sie weist gewisse Ähnlichkeiten mit der Vorstellung einer durch „die Regierung dominierten Marktwirtschaft" auf, wie sie in Japan und Südkorea existiert. Es bleibt abzuwarten, ob sich in diesem wichtigen Bereich die zweite Aussage des Dokuments durchsetzen wird.

Die Führung der KP China hat sich seit den 90er Jahren des ver-

592. „Alte Probleme" sind seit langem ungelöste Probleme, die das Leben der breiten Volkmasse nachhaltig beeinträchtigen, deren Lösung sich jedoch immer wieder hinausgezögert hat oder zu langsam vor sich geht. Chinesische Internetnutzer führten folgende „alte Probleme"an: Begrenzung der Macht, Gewährleistung der Rechte der Bürger, Beseitigung von Korruption und Aufbau einer ehrlichen Regierung, Entwicklung einer gerechten Justiz, Erhaltung der Umwelt, Sicherheit der Nahrungsmittel, Reform des Gesundheitswesens, Schaffen von Arbeitsplätzen, Lösung der Wohnungsfrage für Menschen mit mittleren und unteren Einkommen und die Entwicklung des Bildungswesens. Siehe: Die beiden Tagungen müssen die Forderungen der Zeit lösen und noch mehr die langfristigen Pläne beraten, in: Nanfang Dushi Bao v. 3.3.2009, chines.

593. Ich führe dafür einige Beispiel an: Während z.B. jährlich einige hundert Mrd. Yuan für PKW, Essen und Auslandsreisen auf Staatskosten von den Kadern im Partei- und Staatapparat verbraucht werden, ist der Anteil des Bildungswesen am BIP so gering geblieben, dass die unentgeltliche neunjährige Schulpflicht bisher noch nicht umfassend eingeführt werden konnte. Obwohl die Partei seit Jahren der Korruption den Kampf angesagt hat, scheint die Korruption heute den Körper der Gesellschaft stärker zu zersetzen als je zuvor. Obwohl in den Dokumenten der Partei seit vielen Jahren die Bedeutung der Landwirtschaft und des Dorfes für die gesamte Entwicklung der Gesellschaft herausstellt wurde, ließ sie zu, dass sich die Probleme und Widersprüche in der Landwirtschaft, auf dem Dorf und im Leben der Bauern anhäuften und zuspitzten

gangenen Jahrhunderts zunehmend aus Intellektuellen zusammengesetzt. Das gleicht der Führung des Landes durch eine Elite. Auf längere Sicht wäre diese Situation nicht nur für die Klassenbasis der Partei bedenklich. Das würde auch den gegenwärtigen Zustand zementieren, dass der Staat, der Apparat, die Bürokratie die Beziehungen zwischen Staat und Bürger über die Maßen dominiert. Damit wären weitere Spannungen und Konflikte programmiert und würde die Gesellschaft erheblich an Triebkräften des gesellschaftlichen Fortschritts verlieren.

5. Die Feststellungen im Dokument, die VR China werde weiterhin lange Zeit einem Druck der entwickelten (kapitalistischen – d. V.) Länder ausgesetzt sein und feindliche Kräfte würden die Sicherheit des Staates und die Stabilität der Gesellschaft gefährden, halte ich in dieser Kompaktheit für aufschlussreich. Sie vermitteln den Eindruck, dass die KP Chinas bei allem Pragmatismus in der praktischen Gestaltung der Beziehungen zu den USA und den anderen führenden kapitalistischen Ländern den antagonistischen Widerspruch zwischen der VR China und den Zentren des Kapitalismus in ihrer Strategie und Politik durchaus berücksichtigt.

Der XVII. Parteitag der KP Chinas

Im Beschluss über den Aufbau der harmonischen Gesellschaft hieß es, der Schlüssel für dieses Projekt sei die Partei. Um diesen Aufbau zu gewährleisten, bedürfe es der Entwicklung der Fähigkeit der Partei, das Land zu regieren, und des „Aufbaus ihres fortschrittlichen Charakters".

Das ZK der Partei hatte bereits auf seiner 4. Tagung im September 2004[594] einen Beschluss über die Verstärkung des Aufbaus der Fähigkeit der Partei, das Land zu regieren, gefasst. In dem Dokument wurde von einer neuen Etappe gesprochen, die mit dem Eintritt in das 21. Jahrhundert begonnen hätte. Verwiesen wurde vor allem auf tief greifende Veränderungen in der internationalen Lage,

594. Auf der 4. Tagung des XVI.ZK der Partei übernahm Hu Jintao von Jiang Zemin auch die Funktion des Vorsitzenden der zentralen Militärkommission.

auf neue Fortschritte in Wissenschaft und Technik, die gegenseitige Beeinflussung der verschiedenen Ideologien und Kulturen, die anhaltenden Bestrebungen feindlicher Kräfte, China zu „verwestlichen", die Komplizierung der sozialen Interessenlage im Innern, das ständige Auftauchen neuer Situationen und neuer Probleme, neuer Herausforderungen und neuer Möglichkeiten. Daraus wurde die Schlussfolgerung gezogen, die Fähigkeit der Partei, das Land zu regieren, entscheide über Sieg oder Niederlage des Sozialismus, der Partei und des Staates.

Hu Jintao sprach von einer Theorie des Regierens, die sich aus folgenden Teilen zusammensetzen würde: die Idee, die Grundlagen, das Gesamtkonzept, das System, die Ressourcen und das Umfeld des Regierens.[595] Er wies darauf hin, die Partei muss fähig sein,

- die Lage wissenschaftlich zu analysieren und den Kurs der Regierung festzulegen,
- nach Gesetzen zu regieren und ihren regierenden Platz abzusichern,
- den Staatsapparat zu lenken und die Tätigkeit der verschiedenen Machtinstitutionen aufeinander abzustimmen, mit der Staatsmaschinerie den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt voranzubringen,
- die gesellschaftlichen Widersprüche zu lösen und die gesellschaftliche Stabilität zu wahren,
- die internationalen Beziehungen so zu regeln, dass Souveränität, Sicherheit und Interessen des Staates geschützt sind, auf komplizierte Situationen reagieren und Risiken abwehren zu können, eine Entartung der Partei zu verhindern, den fortschrittlichen Charakter und die Lebenskraft als Regierungspartei zu bewahren.

In einer speziellen Veröffentlichungsreihe für die Partei- und Staatskader hieß es 2005, die Partei habe sich angesichts der sozialen Veränderungen und Differenzierungen im Interesse der Festigung ihrer Regierungsposition umzuorientieren. Sie müsse „in der Arbeit zur Festigung der Regierungsgrundlage die Idee (linian) wechseln und von dem Gedanken der ‚Bündnissuche in der Klassenkonfrontation' zum Gedanken der „Suche nach dem gemeinsamen Interesse in der Klassenharmonie' (kursiv – d. V.) übergehen". Der Autor

595. Siehe: Reden Hu Jintaos am 29.6.2004 und zum 100sten Geburtstag Deng Xiaopings am 22.8.2004.

begründet diesen Wechsel mit der offiziellen Behauptung, in China würden „bereits keine Klassenbeziehungen im traditionellen Sinne bestehen, die durch einen Kampf um den Besitz von Produktionsmitteln gekennzeichnet sind". Im heutigen China gäbe es nur noch sozialistische Werktätige.[596]

Vor allem im Internet der „Renmin Ribao", der zentralen Tageszeitung der KP Chinas, gab es eine lebhafte und kritische Diskussion zur Problematik der Regierungsfähigkeit der Partei. Ich zitiere aus einigen typischen Wortmeldungen. „Bei der Entwicklung der Regierungsfähigkeit der Partei müssen sich vor allem die Führungskader den Gedanken aneignen, dass der Mensch das Wichtigste ist. Der Schlüssel dafür ist, dem Beispiel Hu Jintaos und Wen Jiabaos zu folgen, die oft in die Massen gehen und sich deren Probleme annehmen."[597] „Die Interessen der breitesten Volksmassen müssen ständig der Ausgangspunkt aller Arbeit sein, heißt es. Nur wenn sich die KP Chinas entschlossen auf die breiten Volksmassen mit den Arbeitern und Bauern als Hauptkraft stützt, vermag sie ihre eigene Regierungsfähigkeit grundlegend zu verbessern. Einige Leute halten nichts von den Arbeitern und Bauern. In den Augen einer kleinen Zahl von ‚Fachleuten' sind die Arbeiter und Bauern von ‚niedriger Intelligenz'! Ohne Unterstützung durch die Arbeiter und Bauern ist die KP Chinas (aber) außerstande, die Regierungsmacht zu handhaben. Ohne diese Unterstützung ist sie gleichermaßen absolut außerstande, die politische Macht zu festigen."[598] „Für die gesamte Partei ist die ‚Erhöhung der Fähigkeit, die sozialistische Marktwirtschaft zu meistern', ein neues, großes und schweres Problem. Kein Ökonom behauptet, dass wir das schon vermögen. Für die absolut größte Zahl der Führungskader, die keine Ökonomen sind, ist dieses Problem noch größer. Nach Untersuchungen unter Kadern ab Kreisebene aufwärts ist die Fähigkeit, die sozialistische Marktwirtschaft zu meistern, bei 66,9 Prozent der Befragten nicht sonderlich ausgeprägt. In gewisser Hinsicht dürften damit viele Probleme in der Gesellschaft zusammenhängen."[599] „Die Verstärkung der Regierungsfähigkeit der

596. Peng Bian, Der Einfluss der Differenzierung in soziale Schichten und die Grundlage für die Regierung durch die Partei, in: Diskussionsforum der chinesischen Partei- und Regierungskader (Zhongguo dang zheng ganbu luntan), zitiert nach: Renmin Wang v. 5.12.2005, chines.

597. Renmin Wang v. 23.9.2004, chines.. Es gab auch wesentlich drastischere Wortmeldungen.

598. Ebd., 29.9.2004.

örtlichen Kader an der Basis ist der Wegbereiter für Ruhe und Ordnung im neuen China. Die Voraussetzung für eine lange und ruhige Regierung des Landes ist, dass das Volk in Ruhe seiner Arbeit nachgehen kann und jedermann Arbeit und Nahrung hat. Die Partei muss auf die Stimme der breiten Masse der Werktätigen hören … Der Schlüssel für den verstärkten Aufbau der Regierungsfähigkeit der Partei ist darin zu sehen, dass man von der Zentrale bis zu den Regionen vorangehen muss, um das Ansehen der Verfassung zu schützen. Jetzt verletzen die Regierungen einiger Regionen Verfassung und Gesetze. Das ist eine ernste Krankheit in der gesellschaftlichen Entwicklung, die wirksam eingedämmt werden muss."[600]

Im November 2004 beschloss die Parteiführung, eine Kampagne zur Wahrung des fortschrittlichen Charakters ihrer Mitglieder einzuleiten.[601]

Diese Entscheidung wurde aufgrund von Untersuchungen zur Lage in der Partei zu Beginn des 21. Jahrhunderts getroffen. Die Kampagne war als grundlegendes Projekt des Parteiaufbaus gedacht, um die Entwicklung der harmonischen sozialistischen Gesellschaft abzusichern. Der „Aufbau des fortschrittlichen Charakters" war auf die Verstärkung der Fähigkeit und die Erhöhung des Niveaus der Regierungsfähigkeit gerichtet. Das konkrete Ziel war „die Erhöhung der Qualität der Parteimitglieder, die Verstärkung der Grundorganisationen und des Dienstes für die Volksmassen". Die Kampagne wurde unter den 70 Millionen Parteimitgliedern in drei Schritten von Januar 2005 bis Juni 2006 durchgeführt. Nach offizieller Einschätzung konnten durch diese Maßnahme die marxistische Bildung, die Erziehung zur Parteilichkeit und die Kampfkraft der Grundorganisationen verbessert werden. Es heißt, dass auch eine Reihe von brennenden Fragen beim Aufbau der Reihen der Partei und einige Probleme, die die breite Masse des Volkes bewegen und die Stabilität der Reformen betrafen, „in bestimmtem Maße" gelöst werden konnten.

Im Januar 2006 wurden neue Schritte im Kampf gegen die verbreitete Korruption eingeleitet. Es gelang, von 2003 bis Juli 2007

599. Ebd., 15.10.2004

600. Ebd., 17.9.2004

601. Der etwas sperrige Namen des Beschlusses lautet: „Meinungen über die Entfaltung einer Erziehungskampagne in der gesamten Partei für die Bewahrung des fortschrittlichen Charakters der Mitglieder der kommunistischen Partei mit dem hauptsächlichen Schwerpunkt, die wichtigen Gedanken der ‚drei Vertretungen' zu verwirklichen".

136 570 Fälle von Korruption aufzudecken, in die 157 569 Personen verwickelt waren. In 30 Fällen waren Kader auf Provinz- und Ministeriumsebene verwickelt. Darunter befanden sich der ehemalige Parteisekretär der Provinz Guizhou, der Minister für staatliche Bodenressourcen, der Vorsitzende der Politischen Konsultativkonferenz der Provinz Heilongjiang und das Politbüromitglied des ZK und Sekretär des Shanghaier Parteikomitees Chen Liangyu. Bezeichnend für die Bekämpfung der Korruption vor Ort war, dass im Falle von Chen Liangyu die Zentrale eine etwa hundert Personen zählende Gruppe zur Untersuchung dieses Falles nach Shanghai schicken und erst dem stellvertretenden Parteisekretär von Shanghai Strafmilderung zusichern musste, um das gesamte Nest von Korruption aufdecken zu können. Korruption ist, was westliche Journalisten in ihren Berichten aus China immer sorgfältig verschweigen, ja nun beileibe nicht nur ein chinesisches Problem. Im Bericht von Transparency International vom 26.9.2007 über die internationale Korruption nahm die VR China unter 180 Staaten zusammen mit Brasilien und Indien immerhin schon Platz 72 ein.

Die Kampagnen der Jahre 2004-2007 waren Teil der Vorbereitung des XVII. Parteitages der KP Chinas. Der Kongress wurde für die Zeit von 15.-21. Oktober 2007 einberufen. An ihm nahmen 2 213 gewählte Delegierte und 57 Gastdelegierte[602] teil. Sie vertraten 73,363 Millionen Parteimitglieder[603].

Die Parteiorganisationen waren vor dem Parteitag aufgefordert gewesen, bei der Wahl der Delegierten zum Parteitag das System des demokratischen Zentralismus konsequent durchzusetzen, die innerparteiliche Demokratie umfassend zu entwickeln und die „Massenlinie zu verwirklichen.[604] Die Delegierten sollten bereits den fünf Anforderungen entsprechen, die der Parteitag dann auch dem neuen Parteiprojekt zugrunde legte. Es heißt, die Kandidaten wurden im ersten Schritt von den Grundorganisationen vorgeschlagen, im zweiten Schritt in mehrfachen Konsultationen zwischen „unterer und oberer Ebene“ für die Wahl ausgewählt und im dritten Schritt in

602. Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK vergangener Wahlperioden.

603. Die Abteilung Organisation des ZK der KP Chinas veröffentlichte zum 17.Parteitag erstmals detaillierte Angaben über die Zusammensetzung und Entwicklung der Parteimitgliedschaft, die im Anhang dieses Buches wiedergegeben werden.

604. „Erfolgreiche Praxis der umfassenden Entfaltung der innerparteilichen Demokratie – Aufzeichnungen über die Geburt der Delegierten zum 17. Parteitag“, in: Xinhua She v.6.8.2007,chines.

einer „Konkurrenzwahl“ als ordentliche Delegierte gewählt.

Im Vergleich zum 16. Parteitag wies die Zusammensetzung der Delegierten nach einer offiziellen Verlautbarung[605] sechs Besonderheiten auf: 1. Der Anteil der Delegierten aus der unmittelbaren Produktion und Arbeit war auf 28,4 Prozent erhöht worden. 2. Die Delegierten kamen aus allen Bereichen gesellschaftlicher Tätigkeit. 3. Der Anteil der Frauen war auf 20,1 Prozent erhöht worden. 4. Gestiegen auf 10,9 Prozent war auch der Anteil der Delegierten aus nationalen Minderheiten.[606] 5. 70,4 Prozent der Delegierten waren jünger als 55 Jahre. 6. Der Anteil der Delegierten mit einer dreijährigen Ausbildung an einer Fachhochschule und höher belief sich auf 93,3 Prozent.[607]

Der Parteitag wählte das XVII. Zentralkomitee der KP Chinas, dem 294 Mitglieder und 167 Kandidaten angehören. Die neue Disziplinkontrollkommission des ZK hat 127 Mitglieder. Die Zahl der Bewerber für einen Sitz im Zentralkomitee war um 8,3 Prozent höher als die Zahl der Sitze (XVI. Parteitag: gut 5 %), Bei der Auswahl der Kandidaten sollen Empfehlungen aus den Parteiorganisationen eine große Rolle gespielt haben. Es heißt, dass für die Wahl des neuen Politbüros Empfehlungen aus den Reihen der Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees der letzten Wahlperiode sowie anderer Angehöriger der erweiterten Parteiführung vorgelegen hatten. Diese neuen Mechanismen sollen dazu beitragen, die innerparteiliche Demokratie und die Stabilität der Parteiführung zu fördern. Das neue Zentralkomitee wählte auf seiner 1. Sitzung ein 25-köpfiges Politbüro und seinen Ständigen Ausschuss, dem Hu Jintao als alter und neuer Generalsekretär des ZK und weitere acht Mitglieder angehören. Zu ihnen gehören auch Xi Jinping und Li Keqiang (Platz 6 und 7 in der Hierarchie). Hier deutet sich schon der normale Wechsel in der Führungsspitze von Partei und Regierung auf dem nächsten Parteitag an. Der Mechanismus der zeitlichen Begrenzung führender Partei- und Staatsfunktionen hat sich also eingespielt. Vorsitzender der neuen Disziplinkontroll-kommission wurde He Guoqiang.

605. Angaben eines Verantwortlichen der Abteilung Organisation des ZK der KP Chinas gegenüber Journalisten über die Wahlen zum 17. Parteitag, in: Gongchandangyuan (Liaoning), Jg. 2007, Septemberheft, zitiert nach: Jin Chunming, a.a.O. S. 412.

606. Der Anteil der 55 nationalen Minderheiten an der Bevölkerung Chinas beträgt etwa 100 Millionen oder 7,6 %.

607. Der hohe Anteil der Delegierten mit Hochschulbildung deutet darauf hin, dass von den „Delegierten aus der unmittelbaren Produktion“ nur ein sehr geringer Anteil aus den Reihen der Produktionsarbeiter kam.

Die Parteiführung unter Hu Jintao[608] konnte dem Parteitag eine bemerkenswerte Bilanz über die Entwicklung des Landes in der zurückliegenden Wahlperiode vorlegen:

1. ein anhaltender Wirtschaftsboom und die Aufwertung der Rolle der VR China in der Weltwirtschaft,
2. die begonnene gesellschaftliche Stabilisierung mit einem neuen konzeptionellen Ansatz für die Entwicklung Chinas zu Beginn des 21. Jahrhunderts,
3. die Verstärkung der internationalen Rolle Chinas für Frieden, gleichberechtigte Zusammenarbeit und Entwicklung.

Der Kongress stand im Zeichen der „Theorie des Sozialismus chinesischer Prägung" und des umfassenden Aufbaus einer Gesellschaft des kleinen Wohlstands bis 2020. Die Aussagen vorangegangener Plenartagungen über die Konzepte von der wissenschaftlichen Entwicklung und der harmonischen Gesellschaft wurden vom Parteitag bestätigt und als Leitideen in das Parteistatut aufgenommen.

Im Bericht des Zentralkomitees wurde die „Theorie über den Sozialismus chinesischer Prägung" erstmals umfassend beschrieben:

„Das theoretische System des Sozialismus chinesischer Prägung ist ein wissenschaftliches System, das die Theorie Deng Xiaopings[609], die wichtigen Gedanken der ‚dreifachen Vertretung', die wissenschaftliche Auffassung von der Entwicklung und weitere wichtige strategische Gedanken einschließt. Dieses System hält am Marxismus-Leninismus und an den Ideen Mao Zedongs fest und entwickelt sie weiter. Es ist das Ergebnis der Weisheit und der enormen Anstrengungen mehrerer Generationen chinesischer Kommu-

608. Hu Jintao hatte es offensichtlich abgelehnt, sich wie sein Vorgänger Jiang Zemin als „Kern" der neuen Führung bezeichnen zu lassen.

609. Deng Xiaoping gilt als der Architekt des Reform- und Öffnungskurses. Ihm zugeschrieben werden die Theorie über das Anfangsstadium des Sozialismus („neuer Weg für Aufbau des Sozialismus in unterentwickelten Ländern"), die Theorie von der sozialistischen Marktwirtschaft (Plan und Markt nur ökonomische Mittel, im Sozialismus und Kapitalismus anwendbar), die Theorie vom „Hauptkörper Sozialismus"(daneben auch Elemente anderen gesellschaftlichen Charakters, die die Entwicklung des Sozialismus fördern) und die These vom Aufbau des Sozialismus „durch Lernen vom Kapitalismus". Deng habe damit „die zeitgenössische Form des wissenschaftlichen Sozialis-mus" geschaffen. („Zhongguo Qingnian Bao", zitiert nach: Renmin Wang v. 15.7.04, chines.). Deng vertrat aber auch die heute nicht mehr zitierte Auffassung, dass der Sozialismus eine Niederlage erlitten hätte, wenn es im Ergebnis der Nutzung des Kapitals zu einer sozialen Polarisierung und zum Entstehen einer Bourgeoisie kommen würde.

nisten, die das Volk bei der unermüdlichen Untersuchung der Praxis geführt haben. Es ist das neue Ergebnis der Sinisierung des Marxismus, der wertvollste politische und geistige Reichtum der Partei und die gemeinsame ideologische Grundlage für den Zusammenschluss und den Kampf des Volkes aller Nationalitäten des gesamten Landes. Das theoretische System des Sozialismus chinesischer Prägung ist ein offenes System, das sich ständig weiterentwickelt. Die nahezu 160-jährige Praxis seit Erscheinen des ‚Manifests der Kommunistischen Partei' beweist: Der Marxismus kann nur dann seine große Vitalität, Schöpferkraft und seinen Einfluss entfalten, wenn er mit den nationalen Gegebenheiten eines Landes verbunden wird, mit den Entwicklungen der Zeit fortschreitet und das Schicksal mit dem Volk teilt. Im heutigen China bedeute das Festhalten am theoretischen System des Sozialismus chinesischer Prägung, wirklich am Marxismus festzuhalten."[610]

Der Parteitag bekannte sich zur Einschätzung Deng Xiaopings, dass sich China über längere Zeit im Anfangsstadium des Sozialismus befinden werde. Die Entwicklung und Konsolidierung des Sozialismus unter den ökonomisch und kulturell rückständigen Bedingungen Chinas könnte unermüdliche Anstrengungen Dutzender von Generationen erfordern.

Anhand des wissenschaftlichen Konzepts von der Entwicklung stellte der Parteitag neue Anforderungen an die Verwirklichung der bis 2020 abgesteckten Ziele. In diesem Zeitraum soll eine durchgehend höhere Qualität und Effektivität der ökonomischen, politischen, kulturellen, sozialen und ökologischen Entwicklung der chinesischen Gesellschaft erreicht werden. Um diesen Qualitätssprung zu verwirklichen, soll der Übergang zu einer intensiven, ökologisch verträglichen und nachhaltigen Entwicklung forciert werden.

Als Messlatte für diese Entwicklung gilt nicht mehr allein die Steigerung des BIP. Hinzu kamen Kriterien wie der technische Fortschritt, die qualitative Entwicklung der Struktur, die Systemerneuerung, die Hebung der Qualität der Werktätigen und andere.[611] Die Vervierfachung des BIP im Zeitraum 2000-2020 wird nun an der Pro-Kopf-Produktion von 4 000 US-Dollar gemessen werden. Es ist

610. Zitiert nach einer Kopie des Originals aus dem Amt für Kompilation und Übersetzung des ZK der KP Chinas.

vorgesehen, die wirtschaftliche Entwicklung organisch mit der sozialen Entwicklung zu verbinden und China bis 2020 in ein „Land vom Typ der Innovation" zu verwandeln. Der Parteitag ging davon aus, dass sich in diesem Zeitraum der Beitrag von Wissenschaft und Technik zur Entwicklung des Landes „in großem Maße" erhöhen wird.[612] Durch eine entsprechende Vergrößerung des Anteils der Konsumtion an der Erzeugung des BIP wird ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den wirtschaftlichen Triebkräften Konsumtion, Investition und Export und damit eine Minderung der Abhängigkeit des Landes von der Weltwirtschaft angestrebt.[613]

Angesichts der sozial „gespalteten Gesellschaft" forderte der Parteitag, die Verbesserung des Lebensstandards des Volkes (minsheng) als Schwerpunkt des sozialen Aufbaus zu setzen.[614] Es soll erreicht werden, dass „sich das gesamte Volk bilden kann, seine Arbeit entgolten wird, im Krankheitsfall seine medizinische Versorgung gegeben ist, der Lebensunterhalt im Alter und sein Anspruch auf Wohnung gesichert sind". Es geht um die Befriedigung „grundlegender" Bedürfnisse im Bereich der Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung, unterstützt durch Sozialhilfe, Sozialfürsorge und Wohltätigkeit. Das bezieht sich vor allem auf Schichten mit einem Einkommen, das an bzw. unter der Grenze des Existenzminimums liegt. Allen soll schließlich durch Bildung und einen Arbeitsplatz die Chance gegeben werden, ihr Leben selbst zu gestalten. Der zu vermehrende Anteil der Einkommen der Bevölkerung am Nationaleinkommen sei „gerechter und fairer" zu verteilen. Die Einführung „regulärer Lohnerhöhungen" (auch für die Wanderarbeiter) ist vorgesehen.

611. Siehe: Sun Bangzhu, Der Begriff „Entwicklung" ersetzt den Begriff „Wachstum": Wandel in der Idee der Entwicklung, in: Zhongguo Jiaoyu Bao v. 14.11.07, nach: Renmin Wang, chines.

612. Auf einer nationalen Beratung über die Entwicklung von Wissenschaft und Forschung hatte der Minister für Wissenschaft und Forschung,Xu Kuanhua, das Ziel genannt, bis 2020 den Anteil der Investitionen für Wissenschaft und Forschung auf 2,5% (2004:1,23%) und den Anteil von Wissenschaft und Technik an der Entwicklung des Landes auf 60% zu steigern. China hat bereits 2006 mit Ausnahme der USA mehr Geld für Wissenschaft und Entwicklung ausgegeben als jedes andere Land. Die Veröffentlichungen des Parteitages selbst enthalten in den einzelnen Zielsetzungen so gut wie keine konkreten Zahlen.

613. In chinesischen Medien hieß es vor dem Parteitag, dass das jetzige Verhältnis von 45:55 zwischen Akkumulation und Konsumtion auf ein Verhältnis von 35:65 zurückgeführt werden soll.

614. Das bedeutet, „das Leben, die Interessen und die Wohlfahrt des Volkes zum Wesentlichen, zum Grundprinzip und zum grundsätzlichen Ziel der Entwicklung und aller Entscheidungen zu machen…das heißt, die Beziehungen zwischen der Entwicklung der Effizienz und der Fairness richtig zu lösen, das ideologische Tabu, die Maximalisierung des Gewinns zum Ziel der Entwicklung zu machen, zu korrigieren (kursiv d. V.) und den Gedanken zu etablieren, die Maximalisierung der Wohlfahrt im Leben des Volkes zum Ziel der Entwicklung zu machen" (Renmin Wang v. 4.6.2007, chines., Rubrik „Nachrichten der KP Chinas")

Der Parteitag kündigte an, mit der Vervollkommnung der führenden Rolle der Partei den Weg des Abbaus der hoch konzentrierten Macht und der Schaffung einer gesellschaftlichen Kontrolle über die Ausübung der Macht beschreiten zu wollen. Die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie soll der demokratischen Ausgestaltung aller Bereiche der Gesellschaft vorangehen und als Beispiel dienen. Schwerpunkte in der Umgestaltung des administrativen Systems sind der Übergang zur sozialen Dienstleistungsfunktion der Regierung, der Ausbau eines demokratischen Rechts- und Wahlsystems und der Selbstverwaltung auf dem Dorfe wie in den Stadtbezirken.

Der Parteitag reagierte auf die Ausbreitung „falscher und dekadenter Ideologien", das zunehmende ideologische Auseinanderdriften und den dekadenten moralischen Trend in der chinesischen Gesellschaft. Er forderte, ein „System der sozialistischen Kernwerte" zu entwickeln und als übergreifende Ideologie und Moral in der Gesellschaft durchzusetzen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Entwicklung der dominierenden Stellung des „Marxismus als Leitideologie" in der Gesellschaft und der Zusammenschluss aller Bürger unter dem gemeinsamen Ideal des „Sozialismus chinesischer Prägung". Diese generelle Aufgabenstellung verbindet sich mit dem Bestreben, den Nationalcharakter stärker in den besten Werten „aus der traditionellen Kultur des Vaterlands" zu verankern. Im krassen Gegensatz zur Politik der „westlichen Wertegemeinschaft" sprach sich der Parteitag für ein freundschaftliches und produktives Miteinander der internationalen Kulturen aus. China werde „die hervorragenden zivilisatorischen Ergebnisse aller Länder aufnehmen und zugleich den internationalen Klang der chinesischen Kultur verstärken".[615]

Der Parteitag sah es als außerordentlich dringlich an, „die Regierungsfähigkeit und den fortschrittlichen Charakter der Partei zu entwickeln". Für die Lösung dieser Aufgabe wurden fünf Schwerpunkte gesetzt:

- Verstärkung des ideologischen Aufbaus („Festhalten am Ideal und an der Überzeugung"),
- Verstärkung des organisatorischen Aufbaus (Heranbildung eines

615. Die Gründung von Konfuzius-Instituten (kongzi xueyuan) als gemeinnütziger Verein zur Verbreitung der chinesischen Kultur und Sprache ist solch ein Weg, den „internationalen Klang der chinesischen Kultur" zu verstärken, In der BRD ist diese Institution seit einigen Jahren bereits an einer Reihe von Universitäten geschaffen worden, so in Berlin, Hamburg, Trier und Nürnberg-Erlangen.

Kontingents hochqualifizierter Parteimitglieder und Kader),
- Verstärkung des Aufbaus des Arbeitsstils (Bewahrung der engsten Verbindungen der Partei mit den Massen),
- Verstärkung des Aufbaus der Systeme (z. B. Vervollkommnung des demokratischen Zentralismus) und
- Verstärkung des Kampfes gegen Korruption und „Förderung der Rechtschaffenheit" (Vervollkommnung des Systems zur Bestrafung und Verhütung von Korruption).

Dieses neue Projekt des Parteiaufbaus wurde „mit den Entwicklungen und Veränderungen in der Welt, in den nationalen Gegebenheiten und in der Partei" begründet. Im Klartext heißt das, dass sich die gesellschaftlichen Widersprüche und Probleme in der Partei widerspiegeln und ihre Regierungsfähigkeit untergraben. Mit diesem Projekt soll die Partei von diesen Erscheinungen gereinigt, reorganisiert, gefestigt und qualifiziert werden.

Die KP Chinas ging auf ihrem XVII. Parteitag davon aus, dass die gegenseitige Abhängigkeit der Länder fortschreitet. Die globalen und regionalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts könnten deshalb im Interesse der Erhaltung und Entwicklung der Menschheit nur gemeinsam, gleichberechtigt und friedlich bewältigt werden. Diese Aufgabe ist aus chinesischer Sicht letztlich nur in einer Welt zu lösen, in der es eine Balance der Kräfte und der Interessen zur Absicherung der Existenz und des Aufblühens der einzelnen Länder wie der gesamten Welt gibt, eben in einer „harmonischen Welt".

Erkenntnisse und Probleme

1. Vorbereitung und Durchführung des Parteitages deuten die Entschlossenheit der Parteiführung unter Generalsekretär Hu Jintao an, die Demokratie und die Transparenz in der Partei als Voraussetzung und Beispiel für die Gestaltung aller Bereiche der Gesellschaft voranzubringen.

2. Die Orientierungen des Kongresses lassen darauf schließen, dass in China mit der Lösung der sozialen Probleme eine grundsätzliche Neu- und Ausgestaltung der Sozialpolitik ansteht.

3. Die Beschreibung der Theorie über den Sozialismus chinesi-

scher Prägung auf dem Parteitag zeigt erneut, dass die seit den 40er Jahren gebräuchliche allgemeine Formulierung der KP Chinas von der „Sinisierung" des Marxismus, unabhängig davon, wie sie im konkreten Falle einzuschätzen ist, als ein generelles Bestreben der Partei zu sehen ist, den Marxismus auf die Bedingungen Chinas in dem jeweiligen Entwicklungsabschnitt anzuwenden.

Die Beschreibung dieser Theorie auf dem Kongress erschöpft sich für mich jedoch im Verweis auf ihre Quellen und ihren Charakter als Anwendung des Marxismus. Sie enthält noch nicht das nationale Besondere dieses Sozialismus gegenüber anderen „Sozialismen". Das ist sachlich auch nicht möglich, weil es (noch) keine Praxis gibt, aus der diese Theorie geschöpft werden könnte.

4. Ich sehe auch keine kontinuierliche, einfach fortschreitende Anwendung des Marxismus auf die chinesischen Gegebenheiten durch die KP Chinas. Zwischen Mao Zedong und Deng Xiaoping besteht in dieser Frage ein grundlegender Bruch, ein grundlegend anderes Verständnis, sowohl was die allgemeinen Prinzipien des Marxismus als auch die Einschätzung der chinesischen Gegebenheiten betrifft. Selbst zwischen Deng Xiaoping und der heutigen KP Chinas gibt es in dieser Frage nicht nur Kontinuität. Diese Brüche halte ich angesichts dessen, dass es sich um Neuland für die Theorie und Praxis des Sozialismus, dazu noch unter besonders komplizierten Umständen, handelt, im Sinne von Trial and error für etwas Normales. Diese Diskontinuität anzuerkennen, bedeutet deshalb auch nicht, „sein Gesicht zu verlieren".

Bewegung in der Taiwan-Frage

Das internationale Recht kennt nur ein China, das im Sicherheitsrat der UNO durch die VR China als Ständiges Mitglied repräsentiert wird. Das schließt rechtlich der Sache nach ein, dass die Wiedervereinigung Taiwans mit dem Teil Chinas, der die Volksrepublik bildet, eine innerchinesische Angelegenheit ist.

Die Politik Beijings in der Taiwanfrage hatte der Vorsitzende der VR China, Hu Jintao, am 14. März 2005 nochmals in vier Punkten zusammengefasst: 1. Keine Absage an das Ein-China-Prinzip[616], 2. die Anstrengungen für eine friedliche Wiedervereinigung niemals aufgeben, 3. das Prinzip, die Hoffnung auf das Volk Taiwans zu set-

zen, niemals aufgeben und 4. kein Kompromiss im Kampf gegen die Kräfte, die die „Unabhängigkeit Taiwans" betreiben. Die Politik Beijings war in diesem Sinne als Nächstes darauf gerichtet, die Beziehungen zwischen beiden Seiten durch die Herstellung der Direktverbindungen zur Luft, zur See und auf dem Postwege (san tong) zu entwickeln. Dieses Herangehen trug der Situation auf Taiwan Rechnung. Die Mehrheit der Taiwaner spricht sich für den Status quo in den Beziehungen aus. Die Vertreter der Wirtschaft unternahmen allerdings alle Anstrengungen, um sich in der Volksrepublik zu engagieren und vom dortigen Wirtschaftsboom zu profitieren. 2007 hatten über 100 000 Unternehmen aus Taiwan mehr als 200 Mrd. US-Dollar in der Volksrepublik investiert.[617] Im gleichen Jahr erreichte das Handelsvolumen (Xianggang eingeschlossen) 130 Mrd. US-Dollar (rd. 1/3 des BSP Taiwans). Die Geschäftswelt forderte von der Regierung in Taibei, alle Begrenzungen für ihr ökonomisches Engagement auf dem Festland aufzuheben. Die Minjin-Partei (Demokratische Fortschrittspartei) und ihr Präsident Chen Shui-bian hingegen, die die Guomindang (GMD) in der Regierung Taiwans abgelöst hatten, betrieben eine Politik der Abspaltung und der Unabhängigkeit Taiwans von China. Als Chen Shui-bian im Februar 2006 den Nationalen Wiedervereinigungsrat auflöste und den geltenden „Grundriss für die Vereinigung des Landes" außer Kraft setzte, antwortete die VR China mit einem Gesetz, das die Spaltung Chinas unter Strafe setzte.

Die Situation änderte sich erst mit der Präsidentenwahl im März 2008, die der Kandidat der GMD Ma Ying-jeou[618] gewann. Ma hatte schon im November 2007 das Angebot Hu Jintaos begrüßt, über einen Friedensvertrag zu verhandeln. Er erklärte sich bereit, mit Beijing auf der Grundlage des Konsenses von 1992 Gespräche zu führen. Es liege „im Interesse des Friedens und des Wohlstands auf beiden Seiten" der

616. 1992 waren in Verhandlungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße die anfängliche Vereinbarung „Statuten für die Beziehungen zwischen dem Volk beider Ufer" (liang an renmin guanxi tiaolie) unterzeichnet worden. Sie enthalten den „Konsens von 1992", der besagt: Beide Seiten anerkennen, dass es nur ein China gibt und Taiwan ein Teil CVhinas ist. Beide Seiten bekennen sich zum Grundsatz der Wiedervereinigung Chinas.

617. Vor allem mit diesen Investitionen verbunden leben und arbeiten heute etwa 1 Million Taiwanesen mit taiwanesischem Pass in der VR China

618. Der 57jährige Ma wurde in Xianggang (Hongkong) geboren und studierte in New York und in Oxford Jura. Er dolmetschte für Tschiang Kais-schek, bekämpfte als Justizminister (1993-1996) die Korruption und machte dann als Bürgermeister von Taibei erneut politische Karriere. Er bezeichnet sich selbst als Antikommunist und Pragmatiker. Im Wahlkampf um den Präsidentenposten sprach er sich für eine „saubere Regierung" aus.

Meerenge von Taiwan, die Beziehungen zu verbessern. Die Taiwaner Regierung dürfe in dieser Frage nicht länger der taiwanesischen Wirtschaft hinterherhinken.[619]Die neue Phase der Beziehungen zwischen beiden Seiten wurde durch ein Gespräch zwischen Hu Jintao und Vincent Siew, dem designierten Vizepräsidenten der GMD, am 12. April am Rande eines Wirtschaftsforums auf der Insel Hainan eingeleitet. Es war die ranghöchste Begegnung zwischen der KP Chinas und der GMD seit der Abspaltung Taiwans von China im Jahre 1949. Zwei Tage später sprach Ma Yin-jeou von einem „Tauwetter", das durch dieses Gespräch in den Beziehungen zwischen beiden Seiten eingeleitet worden wäre. Nun überstürzten sich die Ereignisse förmlich. Noch im April begann der Ehrenvorsitzende der GMD, Lian Chan, eine neuntägige Besuchsreise in die Volksrepublik, begleitet von dem künftigen Minister für besondere Angelegenheit im GMD-Kabinett und einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation. Mitte Mai vereinbarten Hu Jintao und der Vorsitzende der GMD, Wu Poh-hsiung, in Beijing, die 1999 eingefrorenen Kontakte so schnell wie möglich wieder aufzunehmen.

Beide Seiten waren sich einig, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und Differenzen, die zunächst nicht gelöst werden können, außen vor zu lassen. Die beiden nichtamtlichen Stiftungen[620], die das Übereinkommen von 1992 Anfang getroffen hatten, sollten ihre Verhandlungen wieder aufnehmen und sich zunächst der Aufnahme regelmäßiger direkter Charterflüge und der Ausweitung chinesischer Touristikreisen nach Taiwan zuwenden. Hu sprach sich dafür aus, dass beide Seiten auf eine friedliche Entwicklung in der Meerenge von Taiwan hin arbeiten sollten, damit es niemals Krieg zwischen beiden Seiten geben wird. Sicher nicht zufällig und ohne Absicht hob Anfang Juni der Große Gerichtshof Taiwans das Verbot der Kommunistischen Partei Taiwans auf, das 50 Jahre lang bestanden hatte. Die Begründung lautete, es verstoße gegen die Verfassung, eine politische Partei wegen ihrer politischen Ansichten zu verbieten. Mitte Juni trafen beide Stiftungen in Beijing eine erste Vereinbarung über die Aufnahme

619. „Wir brauchen mehr gegenseitiges Verständnis". Interview des Präsidenten Ma Ying-jeou mit der Süddeutschen Zeitung v. 12./13.7.2008.

620. Auf Seiten der Volksrepublik ist das die „Vereinigung für die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße", auf Seiten Taiwans die „Stiftung für den Austausch zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße".

regelmäßiger direkter Flüge an den Wochenenden zwischen dem Festland und Taiwan für Chinesen beider Seiten. Bereits am 1. Juli landete zum ersten Mal seit 1949 ein Flugzeug aus der Volksrepublik in Taibei. Am 4. November 2008 wurden in Taibei von den Leitern beider Stiftungen, Chen Yunlin (Beijing) und Tschiang Ping-kun (Taibei), Vereinbarungen über die Aufnahme des Luft-, Schiffs- und Postverkehrs zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße sowie eine Vereinbarung über die „Sicherheit der Nahrungsmittel auf beiden Seiten der Meeresenge" unterzeichnet. Schon am 15. Dezember kam die erste Post vom Festland in Taibei an. Die Regierung der VR China wertete die Aufnahme der Direktverbindungen als Beginn der neuen Etappe einer friedlichen Entwicklung zwischen beiden Seiten. Die damit gegebenen neuen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit würden dem Volk beider Seiten entsprechen und der Stabilisierung und Entwicklung der Lage in der Taiwan-Straße nutzen.[621] Die von der VR China vorgeschlagenen Verhandlungen zwischen beiden Seiten über den Abschluss eines Friedensvertrages könnten ein weiterer wichtiger Schritt sein, einen latenten internationalen Kriegsbrandherd endgültig zu löschen.

Die offizielle Rückkehr Taiwans zum Konsens von 1992 hat sicherlich verschiedene Ursachen. Ma scheint friedliche und vertrauensvolle Beziehungen mit dem Festland als einen Weg zu sehen, vom Markt auf dem Festland noch stärker zu profitieren, Taiwan zu einem regionalen Umschlagplatz in Ostasien zu entwickeln und es (unterhalb der Schwelle diplomatischer Anerkennung?) „stärker mit der Welt zu vernetzen". Diese Politik entspricht den vitalen Interessen der taiwanesischen Wirtschaft und wäre unter Beibehaltung des Konsenses von 1992 auch für Beijing annehmbar. Nicht auszuschließen ist, dass die GMD dabei auf einen „friedlichen Wandel" auf dem Festland setzt. Das Problem einer Wiedervereinigung stellt sich für Ma unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht. Die VR China nutzt die neue Gegebenheit, um die politischen Beziehungen mit Taiwan zu versachlichen, einen potentiellen Brandherd zu löschen und durch eine breite Entfaltung und Vertiefung des Austauschs zwischen beiden Seiten langfristig die Wiedervereinigung mit Taiwan vorzubereiten. Es wird

621. Wen Jiabao, Die Massen haben das Recht zu wissen, was die Regierung denkt und tut, Chat im Internet „Zhongguo Xinwen Gang" am 28.2.2009, chines..

sich zeigen, ob die jetzt angeschobene neue Entwicklung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße die bisherige Rolle der Insel als antikommunistisches Faustpfand in der Hand der USA zu schwächen oder gar zu eliminieren vermag.

4.3. Die neue Außenpolitik

In seiner Rede auf der Vollversammlung der UNO anlässlich des 60. Jahrestages ihrer Gründung rief Hu Jintao in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der VR China dazu auf, eine neue Welt, eine „harmonische Welt" des Friedens, der Entwicklung und der Zusammenarbeit zu schaffen. Eine neue Außenpolitik war geboren worden.[622] Das war die dritte strategische Korrektur, die die Führung Hu Jintao/Wen Jiabao in der Theorie und Praxis der KP Chinas vorgenommen hat.

Aus welchen Motiven heraus erfolgte dieser Schritt? Aus der Sicht der chinesischen Führung ist die gegenseitige Abhängigkeit der Länder so weit fortgeschritten, dass sich ihre Entwicklung mit der Lösung der globalen Fragen eng verwoben hat. Sie folgerte daraus, dass die internationalen Probleme und Widersprüche Lösungen erfordern, die im Interesse aller Länder und Völker liegen müssen. Deshalb ist ihre Position in internationalen Fragen: Die Ideologie des Kalten Krieges, der Unilateralismus und die bewaffnete Gewalt eignen sich nicht mehr als Mittel für die Regelung der internationalen Probleme, wenn die Menschheit eine ihre Existenz bedrohende Katastrophe vermeiden will. Die Probleme der heutigen Welt können bei allen Unterschieden und Gegensätzen in der gesellschaftlichen Entwicklung nur unter den Bedingungen des Friedens, der Entwicklung und Zusammenarbeit aller Länder und Völker gelöst werden. Die Chancen und die Herausforderungen der Zeit können nur gemeinsam genutzt bzw. bestanden werden. Diese Erkenntnisse bestimmen Inhalt und Ziele der neue chinesischen Außenpolitik, die Hu Jintao in seiner Neujahrsansprache am 31.

622. Der Begriff „neue Außenpolitik" stammt aus chinesischen Veröffentlichungen. Vergl.: Jin Chunming, a.a.O., S.408; Yan Xuetong (Direktor des Instituts für die Untersuchung internationaler Probleme an der Qinghua-Universität), Die chinesische Diplomatie strebt nach einer Harmonie des Gleichgewichts, in: Renmin Ribao haiwai ban v. 26.12.2006, zitiert nach: Renmin Wang, chines.

Dezember 2007 noch einmal zusammenfasste: „China hält das Banner des Friedens, der Entwicklung und der Zusammenarbeit hoch. Es wird niemals den Weg der friedlichen Entwicklung verlassen. Es wird niemals seine Strategie der Öffnung, die auf gegenseitigen Gewinn und gemeinsamen Nutzen gerichtet ist, aufgeben. Es wird weiterhin seine Kraft darauf verwenden, die Demokratisierung der internationalen Beziehungen voranzubringen, die ökonomische Globalisierung in Richtung auf ein Gleichgewicht, der allgemeinen Präferenz und des gemeinsamen Gewinns zu entwickeln, den Austausch und das Voneinanderlernen der Kulturen der Menschheit zu fördern, das globale Heim für die Existenz der Menschheit zu beschirmen und Frieden und Stabilität der Welt zu schützen."

Mit dem Aufbau einer „harmonischen Welt" strebt Beijing an, langfristig günstige und stabile internationale Bedingungen für die Modernisierung des Landes und für die „Renaissance der chinesischen Nation", d. h. für seinen friedlichen Aufstieg zu einer Weltmacht zu schaffen. Die chinesische Führung geht davon aus, dass dieser friedliche Aufstieg die Spannungen mit „einigen wichtigen Kräftezentren" anwachsen lassen wird. Auch um einer Eskalation dieser Spannungen vorzubeugen, fördert China die Herausbildung einer „relativ stabilen multipolaren Weltlage" als Ausdruck eines ausgeglichenen internationalen Kräftegleichgewichts.[623] Diese Balance soll das Gleichgewicht zwischen den ökonomischen, den Sicherheits- und den politischen Interessen sowie zwischen Reform und Schutz der Weltordnung auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen einschließen.[624] Das Logo „harmonische Welt" legt Wert auf den Dialog der Staaten, ihre Abstimmung und Zusammenarbeit. Es betont die Bedeutung der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Abhängigkeit und die Beachtung der internationalen Regeln. Es verkörpert die Hoffnung auf friedliche Koexistenz. Beijing beantwortet damit die Frage, wie unter den heutigen Bedingungen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz eine stabile, gerechte und vernünftige neue internationale politische und ökonomische Ordnung geschaffen werden kann. Die Konzeption von der „harmonischen Welt" ist deshalb

623. Vergl. Wu Xinbo, Künftige Wachstums- und Angelpunkte für die Kraft China. In: Jiefang Ribao/Spalte „Leben der Parteizellen", zitiert nach: Renmin Wang v. 9.2.2006, chines.

624. Vergl. Yan Xuetong, Die chinesische Diplomatie strebt nach einer Harmonie des Gleichgewichts, in: Renmin Ribao (Auslandsausgabe) v. 26.12.2006, chines.

ihrem Wesen nach eine friedliche demokratische Alternative zur Strategie und Politik des Imperialismus. Keineswegs zufällig ist in den politisch herrschenden Kreisen der imperialistischen Welt von „grundlegenden Meinungsverschiedenheiten“ und von einer „Systemauseinandersetzung“ mit China die Rede.[625]

Als Kern der von der VR China angestrebten neuen politischen Ordnung gilt die Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen, die gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und der gleichberechtigte Dialog aller Staaten. Als Kern der neuen ökonomischen Ordnung gelten Gleichberechtigung und beiderseitiger Nutzen. Der zentrale Gedanke im kulturellen Bereich sind Gleichberechtigung der verschiedenen Weltkulturen, ihr freundschaftlicher Umgang miteinander und ihre gegenseitige Bereicherung.[626]

Die Überlegungen über eine neue ökonomische und politische Weltordnung finden sich in den Prinzipien wieder, die der neuen Außenpolitik der VR China zugrunde liegen. Sie sind gewissermaßen „praktizierte Zukunft“ aus heutiger chinesischer Sicht. Diese Prinzipien sind im Einzelnen:

- die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz als Grundlage für die Entwicklung der Beziehungen mit allen Ländern,
- eine unabhängige und selbstständige Außenpolitik zur Wahrung der Souveränität, der Einheit und der territorialen Integrität,
- eine eigenständige Beurteilung der internationalen Fragen zur Festlegung eigener Positionen und Politiken,
- Eintreten für eine friedliche internationale Entwicklung, um sich selbst entwickeln zu können und durch die eigene Entwicklung den Weltfrieden zu fördern,
- Lösung internationaler Konflikte durch einen friedlichen Dialog auf der Grundlage des geltenden Völkerrechts,
- gleichberechtigte Behandlung aller Länder, ob groß oder klein,

.625. Diese „grundlegenden Meinungsverschiedenheiten“ widerspiegelten sich bereits Anfang des Jahrhunderts in der Debatte über den „Washingtoner Konsens“ und den „Beijinger Konsens“. Von diesen Meinungs–verschiedenheiten mit China war in Washington erst Ende Februar 2009 in einem Bericht an den Auswärtigen Ausschuss des USA-Senats über die künftige Kuba-Politik wieder die Rede. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag drückte sich in ihrem Konzept „Asien als strategische Herausforderung und Chance für Deutschland und Europa“ vom 23.10.2007 direkter aus: „China stellt dem Westen damit in zunehmendem Maße die Systemfrage und sieht sich als alternatives politisches Ordnungsmodell, das die wirtschaftlichen und politischen Interessen Deutschlands und der EU außerhalb Europas herausfordert.“

626. Vergl. Aufbau einer harmonischen Welt. Neue Entwicklung des außenpolitischen Denkens Chinas, in: Xinhua She (Agentur Neues China), zitiert nach: Renmin Wang v. 29.8.2006, chines.

arm oder reich, keine Einteilung nach Ideologien und gesellschaftlicher Ordnung bei der Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen, keine politischen Bedingungen stellen, die eigenen Wertvorstellungen anderen Ländern und Völkern nicht aufzwingen,
- strategische Partnerschaften, aber keine Bündnisse mit anderen Staaten und Staatengruppierungen eingehen,
- Beachtung der Prinzipien des gegenseitigen Nutzens und des beiderseitigen Gewinns in allen internationalen Beziehungen,
- Bekämpfung von Hegemonismus und Machtpolitik, selbst unter keinen Umständen und zu keiner Zeit Hegemonie betreiben,
- keinen Rüstungswettlauf und keine militärische Expansion betreiben, eine Landesverteidigung defensiven Charakters entwickeln.

China hat aus den eigenen leidvollen Erfahrungen hundertjähriger Unterdrückung und Erniedrigung durch ausländische Mächte vor 1949 zwei Schlussfolgerungen gezogen: erstens, ein starkes China zu schaffen, damit es nie wieder so ausgebeutet, unterdrückt und erniedrigt werden kann, und zweitens, niemals anderen Völkern solche Leiden zuzufügen. China erkennt seine regionale und globale Verantwortung als eine aufsteigende Weltmacht an. Eine Führungsrolle zu übernehmen, lehnt es jedoch ab. Das 21. Jahrhundert wird aus chinesischer Sicht im Ergebnis der ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, politischen und kulturellen Entwicklung der Welt letztlich nicht mehr die Welt einer oder mehrer Supermächte, sondern das „Jahrhundert der gesamten Welt" sein.[627]

Mit der neuen Außenpolitik haben die globalen Probleme und ihre Lösung einen neuen Stellenwert erhalten. China begann mit der Wahrnehmung seiner internationalen Verantwortung seine politische Stellung in der Welt vorsichtig auszubauen und zu stärken. Die gewachsene ökonomische und finanzielle Stärke Chinas ermöglicht es ihm, in der Gestaltung seiner internationalen Beziehungen Politik und Wirtschaft eng miteinander zu verknüpfen und eine Art Wirtschaftsdiplomatie zu betreiben.

627. Vergl.Zhu Xiangyuan, Das 21. Jahrhundert sollte ein „Jahrhundert des gesamten Erdballs" werden, in: Beijing Ribao, zitiert nach: Renmin Wang v. 19.3.2007, chines.

Die VR China hat ihre internationale Verantwortung in den letzten Jahren nicht nur in konkreten Fragen wie bei der Einleitung und Fortführung der internationalen Gespräche über das nordkoreanische Atomprogramm unter Beweis gestellt. Es hat auch eine Reihe von Vorschlägen für die Lösung globaler Fragen vorgelegt. Ich verweise auf die chinesischen Überlegungen über eine neue Sicherheitsdoktrin, die bereits in einer Reihe internationaler Dokumente aufgenommen wurden. Sie beruhen auf gegenseitigem Vertrauen, gegenseitigem Nutzen, Gleichberechtigung und Zusammenarbeit. Es sind Überlegungen über eine komplexe Sicherheit, die nicht auf die traditionellen Bereiche der Politik und des Militärs begrenzt ist. Sie erstrecken sich auf die Beziehungen zwischen den Ländern und auf die Beziehungen zwischen menschlicher Gesellschaft und Natur.[628] Die VR China legte auch ihre Vorstellungen zur Reform der Vereinten Nationen auf den Verhandlungstisch. Sie äußert sich darin zur den Fragen der Entwicklung, der Sicherheit, der Regierung auf Grundlage der Gesetze, zu den Menschenrechten, zur Demokratie und zur Stärkung der UNO. China betont, mit der Reform sollten der Multilateralismus vorangebracht und den Forderungen und Erwartungen aller Mitglieder der UNO, vor allem der großen Zahl der Entwicklungsländer, in größtmöglichem Maße nachgekommen werden. In den Vorschlägen für die Reform des Sicherheitsrates hebt China hervor, dass die Entwicklungsländer im Sicherheitsrat Sitz und Stimme haben müssen, die demokratischen Konsultationen in diesem Gremium zu verstärken sind und auch den kleineren Ländern mehr Gelegenheiten gegeben wird, abwechselnd im Sicherheitsrat vertreten zu sein und an seinen Entscheidungen teilzuhaben. Die VR China sieht das Ziel der politischen Reform der UNO „letztlich darin, die internationalen Beziehungen verstärkt auf der Grundlage ihrer Demokratisierung und ihrer gesetzlichen Fixierung zu entwickeln. Auf diese Weise sollen feste politische Grundlagen für den Schutz des Friedens und die Förderung einer gemeinsamen Entwicklung gelegt und eine gute politische Atmosphäre geschaffen werden.“ Das schließe ein, den Apparat für Menschenrechte als einen wichtigen Teil des politischen Apparats der UNO wieder zu

628. Vergl. die Vorschläge der VR China auf der 3. Konferenz über Sicherheit in Asien Anfang Juni 2005 in Singapur, in : Xinhua She v. 5.6.2005, chines.

einer Tribüne des gleichberechtigten Austauschs und Dialogs aller Länder der Welt zu Menschenrechtsfragen werden zu lassen.[629]

Auffällig in der chinesischen Wirtschaftsdiplomatie der letzten Jahre ist die verstärkte Hinwendung zum Ausbau der Beziehungen mit den Entwicklungsländern neben Asien auch in Lateinamerika und vor allem in Afrika. Die Bedeutung, die China den Beziehungen mit diesem Teil der Welt beimisst, findet ihren Ausdruck in häufigen Staatsbesuchen auf höchster Ebene. Die dafür maßgebenden Motive sind für China ökonomischer (hoher Rohstoffbedarf u. ä.) wie politischer (ähnliche strategische Interessen, internationale Rolle der Entwicklungsländer) Natur.

Mit den ASEAN-Staaten verbindet China bereits eine 16-jährige Partnerschaft. Beide Seiten errichten derzeit eine Freihandelszone, die eine neue Etappe in ihren nicht immer einfachen Beziehungen einleiten dürfte. Wie die heutige chinesische Führung an die Lösung strittiger Probleme in den Beziehungen herangeht, zeigte ihr Vorschlag, die Ressourcen im Südchinesischen Meer auf der Grundlage „des gegenseitigen Respekts, der Gleichheit und des beiderseitigen Nutzen“ zu erkunden und zu erschließen.[630] Mit den lateinamerikanischen Ländern wie Brasilien, Argentinien und Venezuela haben die Beziehungen seit dem Besuch des Vorsitzenden Hu im November 2004 einen neuen Aufschwung genommen. China ist inzwischen der größte Abnehmer chilenischen Kupfers und dabei, der größte Handelspartner Brasiliens zu werden. Es investiert dort Milliarden Dollar in den Bau einer Erdölpipeline, in die Erweiterung der Stahl- und Aluminiumproduktion und in den Ausbau der Infrastruktur des Landes. Mit Brasilien, Venezuela und anderen Ländern Lateinamerikas strebt China gemeinsam eine „gerechte und vernünftige“ globale Ordnung“ an.[631]

Die Beziehungen zwischen China und den afrikanischen Ländern haben in den letzten Jahren deutlich zugelegt. China hatte Ende 2006 fast 1,6 Mrd. US-Dollar in 49 afrikanischen Ländern investiert und dort zugleich rd. 800 chinesische Unternehmen gegründet. Das 3. Forum über chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit Anfang

629. „Die Reform der UNO muss der Demokratisierung und der Verwirklichung einer Rechtsordnung in den internationalen Beziehungen nutzen“, in: Xinhua She, zitiert nach: Renmin Wang v. 12.6.2005, chines.
630. Vorschlag des Ministerpräsidenten Wen Jiabao auf dem 8. Gipfel (10+1) der ASEAN im November 2004.
631. Renmin Wang v. 20.11.2004, chines.

November 2006 in Beijing öffnete neue Möglichkeiten für die Zusammenarbeit. Sie reichen weit über die wirtschaftliche Kooperation hinaus. Die Veranstaltung wurde von politischen Führern aus 48 der 53 afrikanischen Staaten besucht. Darunter befanden sich 33 Staats- und Regierungschefs. Die Gründe für ihre Teilnahme mögen vielfältig gewesen sein. Nicht zu übersehen ist jedoch, dass Afrika heute sein Gesicht China zuwendet. Warum? Im Unterschied zu den USA und anderen westlichen Mächten trägt China keine Verantwortung für die 300 Millionen Armen und für die Millionen von Aids- und Malaria-Kranken in Afrika und für den wachsenden Strom von Afrikanern, die aus Existenzgründen ihre Heimat verlassen. China stellt den Staaten auch keine politischen Bedingungen für die Entwicklung von Beziehungen. Es mischt sich nicht in deren innere Angelegenheiten ein. Seine Handels- und Wirtschaftsbeziehungen beruhen auf den Prinzipien der „Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens, des Strebens nach Effektivität, vielfältiger Formen und gemeinsamer Entwicklung“.[632] Das alles macht China heute für die afrikanischen Entwicklungsländer anziehend und attraktiv. Wie sieht das in der Praxis aus? China benötigt vor allem Erdöl und andere Rohstoffe für seine immer noch extensiv wachsende Wirtschaft. Im Gegenzug bietet es Hilfe z. B. beim Auf- und Ausbau von Projekten der Industrie, der Landwirtschaft, der Infrastruktur und im Gesundheits- und Bildungswesen an. Auf dem Beijinger Forum unterbreitete die chinesische Seite neue Angebote wie Schuldenerlasse, Verdopplung der chinesischen Hilfe und 5 Mrd. US-Dollar Kredite in den nächsten drei Jahren, eine beträchtliche Erweiterung der Liste für die zollfreie Einfuhr afrikanischer Waren, Ausbildung von 15 000 Fachleuten für Afrika bis 2009, Entsendung von rd. 100 hochqualifizierten Agrarspezialisten und finanzielle Unterstützung bei der Bekämpfung der Malaria. China strich bis 2007 für 46 der ärmsten Länder die Schulden in Höhe von über 40 Mrd. Yuan und bot Entwicklungshilfe im Wert von über 20 Mrd. Yuan an. 2008 wurden für die ärmsten Länder weitere Schulden und für 95 Prozent ihrer Exportwaren nach China die Zölle erlassen.[633]

632. Das schließt nicht aus, dass manche chinesische Privatunternehmen in Afrika gegen diese Prinzipien verstoßen und auch einen Manchester-Kapitalismus praktizieren. Im Unterschied zu westlichen Unternehmen sollen sie dafür, wie es heißt, zur Rechenschaft gezogen werden.

China will seine Hilfe für Afrika in den kommenden Jahren noch stärker auf die Überwindung der Armut, auf die Entwicklung der Landwirtschaft, des Gesundheitswesen, der Wasserversorgung, der Umwelt und des Sports ausrichten.[634] Wie der Vorsitzende der VR China Hu Jintao während seines Besuchs in Mali, Senegal, Tansania und Mauritius im Februar 2009 erklärte, wird China alle auf dem 3. Forum über chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit abgeschlossenen Verträge und Hilfszusagen trotz der Schwierigkeiten, in die China durch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise geraten ist, ohne Abstriche einhalten. Hu rief gleichzeitig die internationale Gemeinschaft auf, den von dieser Krise schwer getroffenen afrikanischen Staaten und Völker ebenfalls mit Investitionen zu helfen und zu gewährleisten, dass Afrika bei den notwendigen Reformen des internationalen Finanzsystems vertreten ist und gehört wird.[635]

Der argentinische Politologe Atilio Boron äußerte den weitreichenden Gedanken, dass China durch einen anhaltenden Kauf vieler Produkte aus den Ländern der „dritten Welt" „eine positive Rolle bei der Strategie der Regeneration der Peripherieländer" spielen könne.[636] Objektiv hat China diese Rolle bereits zu spielen begonnen. Begünstigt durch die grundlegenden politischen Veränderungen, die im letzten Jahrzehnt in Südamerika vor sich gegangen sind, und durch das ökonomisch erstarkte China entwickeln sich Handel und wirtschaftliche Kooperation zwischen China und Kuba, Brasilien, Venezuela und anderen lateinamerikanischen Ländern. Die ökonomische Zusammenarbeit mit der VR China vergrößert objektiv die Möglichkeiten für die lateinamerikanischen Länder und Völker, sich aus dem System der neokolonialen Ausbeutung und Unterdrückung vor allem der USA zu befreien und einen eigenständigen nationalen Weg des sozialen Fortschritts zu gehen. Durch die Übereinstimmung bzw. ähnliche Auffassungen in Grundfragen der Umgestaltung der ökonomischen und politischen Weltordnung hat diese Zusammenarbeit bisher auch eine bestimmte politische

633. Ministerpräsident Wen Jiabao, Antworten auf Fragen von Journalisten, in: Renmin Wang v. 14.3.2009, chines
634. Xinhua She v. 4.11.2006, zitiert nach: Renmin Wang v. 4.11.2006, chines.
635. Hu Jintao, Weiterer Appell an die internationale Gemeinschaft, den Schwierigkeiten Afrikas wirkliche Aufmerksamkeit zu schenken, in: Nanfang Ribao v. 13.2.2009, chines.
636. „23 Jahre Krise?" Dokumentiert. Reflexionen des Genossen Fidel Castro: Ein nützliches Treffen. Aus den Ausführungen des argentinischen Politologen Atilio Boron, Professor für Sozial- und Politikwissenschaften und Leiter des Lateinamerikanischen Fernstudiumprogramms für Sozialwissenschaften (PLED), im Gespräch mit Fidel Castro als Teil der Reflexionen von Fidel, in: junge welt v. 13.3.2009.

Grundlage erhalten. Auf diesem Hintergrund scheint die Annahme nicht abwegig zu sein, dass der revolutionäre Weltprozess wieder einmal zuerst in diesem Teil der Welt beginnen kann, Schwung aufzunehmen. Washington und seine Partner in der EU und in Japan würden dem jedoch gewiss nicht tatenlos zusehen.

Für China sind offenbar Russland, die EU, die USA und Japan die Kräftepole in der Welt, die für die Entwicklung einer für Chinas Aufstieg günstigen internationalen politischen Balance vor allem zu berücksichtigen sind.

Nach der Wahl Barack Obamas zum Präsidenten der USA haben beide Seiten ihre Bereitschaft bekundet, ihre Kooperation weiter auszubauen. Das betraf zunächst einmal die Bereitschaft, bei der Überwindung der internationalen Finanzkrise und der notwendigen Umgestaltung des internationalen Finanzsystems zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig, am 8. März 2009, gab es jedoch schon den ersten Zwischenfall in der Amtszeit Präsident Obamas. Ein Vermessungsschiff der USA-Kriegsmarine war in für chinesische U-Boote strategisch wichtiges Gewässer südlich der Insel Hainan eingedrungen. Offen bleibt einstweilen, wie sich Präsident Obama gegenüber der Chinapolitik der Bush-Administration verhalten wird, deren Ziel in der „National Security Strategy" von 2002 festgeschrieben war: Mit den Mitteln des Drucks von außen und des Wandels im Innern ein nicht von Kommunisten regiertes China zu fördern, das sich den gleichen Werten wie denen der USA verpflichtet fühlt und in sich die „westliche Weltordnung" eingliedert.[637] Die USA als die stärkste politische, militärische und ökonomische Macht des Westens sind für China in ökonomischer und wissenschaftlich-technischer Hinsicht der interessanteste und bedeutendste Partner und zugleich die größte Herausforderung für die Verwirklichung seines „friedlichen Aufstiegs" zu einer eigenständigen, unabhängigen und progressiven Weltmacht. Ihm bietet sich nur der Weg, der durch die Dialektik von Zusammenarbeit und Auseinandersetzung unter Wahrung friedlicher Bedingungen gekennzeichnet ist. Ministerpräsident Wen Jiabao schätzte Ende Februar 2009 ein, dass die chinesisch-US-amerikanischen Beziehungen seit Ende der 70er Jahre im Zickzack verliefen,

637. Verg l. auch: Statement of the Deputy Assistant Secretary for East Asian and Pacific Affairs, Thomas J. Christensen, vor dem House Commitee on Foreign Affairs, Subcommitee on Asia, the Pacific, and the Global Environment, Washington,DC, March 27, 2007.In: Press Release US State Department. 28 March 2007.

sich aber letztlich immer wieder voran entwickelt haben. „Gute chinesisch-amerikanische Beziehungen entsprechen nicht nur den Interessen der Völker beider Länder, sondern auch dem Frieden und der Stabilität in der Welt. 30 Jahre Entwicklung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen sagen uns: Waren sie friedlich, dann profitierten beider Interessen davon, dominierte der Kampf, dann trugen beide Wunden davon. Durch wiederholtes Suchen in der Praxis fanden wir schließlich den richtigen Weg, nämlich gegenseitige Achtung, gleiche Behandlung und Entwicklung von Beziehungen konstruktiver Zusammenarbeit. Ich hoffe, dass sich die chinesisch-amerikanischen Beziehungen auf diesem Wege weiter entwickeln. Ein Zurück ist kein Ausweg und entspricht auch nicht der historischen Tendenz.“[638] Die Prinzipien chinesischer USA-Politik heißen daher „Entwicklung, Gleichberechtigung und beiderseitiger Nutzen“.[639]

Beijing sucht dabei die Gefahren, die für seine Sicherheit und seine Interessen von den USA ausgehen, minimal zu halten. Offenbar aus diesen Erwägungen heraus ist China in der Zusammenarbeit mit Washington „eine gegenseitige Abhängigkeit strukturellen Charakters“ mit den USA eingegangen.[640] Das Ziel ist, die beiderseitige Interessenstruktur „festzuzurren“, die Bedrohung durch die USA zu minimieren und unter Kontrolle zu halten, die chinesisch-amerikanischen Beziehungen relativ stabil zu gestalten und das Ausspielen der Taiwan-Karte durch die USA einzuschränken. In diesen Beziehungen gibt es gemeinsame Interessen, ihre Abstimmung und Zusammenarbeit, gleichzeitig wirken grundlegende Interessengegensätze, entwickeln sich Widersprüche und Konflikte. Die gegenseitige wirtschaftlich-finanzielle „Verkettung“ ist bereits so stark ausgeprägt, dass eine Erschütterung der Beziehungen die Wirtschaft beider Länder und wohl auch die Weltwirtschaft ernsthaft beeinträchtigen würde. Auch um Zuspitzungen zu vermeiden, wurde zwischen beiden Ländern ein vielschichtiges System von Konsul-

638. Wen Jiabao: Die Massen haben das Recht zu wissen, was die Regierung denkt und tut, a.a.O.
639. Renmin Ribao v.16.12.2006, chines.
640. Dazu einige Fakten: Rd. 20. Prozent der industriellen Produktion Chinas hängen allein von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den USA ab. Die USA sind nach Taiwan und Hongkong der größte auswärtige Investor in China. China erzielt den größten Teil seiner positiven Handelsbilanz aus dem Handel mit den USA. China ist mit 585 Mrd. US-Dollar (Stand September 2008) der größte Gläubiger der USA. Ein Rückzug Chinas aus den USA-Gov-Bonds würde die USA-Wirtschaft wahrscheinlich in eine unübersehbare Krise stürzen, das gegenwärtige China zugleich aber auch selbst schwer schädigen.

tationen unter Wahrung des eigenständigen und unabhängigen Charakters chinesischer Außenpolitik geschaffen.

Zwischen China und Russland haben sich im Rahmen einer strategischen Partnerschaft gleichberechtigte und vertrauensvolle Beziehungen entwickelt, in denen die positiven Aspekte deutlich überwiegen. Auf hoher und höchster Ebene besteht ein vielschichtiges System von Beziehungen und Konsultationen. Gemeinsame Interessen bestehen z. B. in der Ablehnung der Hegemonie- und Machtpolitik der USA, im Streben nach einer neuen Weltordnung auf der Grundlage der Multipolarität, in der Zurückdrängung des US-amerikanischen Einflusses in Zentralasien und in der Entwicklung der politischen, ökonomischen und militärischen Kooperation. Die strategische Partnerschaft zwischen China und Russland, wie sie Russland sieht, „gründet sich auf die Übereinstimmung im grundlegenden Herangehen an die Schlüsselfragen der Weltpolitik und ist ein wesentlicher Baustein der regionalen und globalen Stabilität. Die Hauptaufgabe bei der Entwicklung der zweiseitigen Beziehungen besteht darin, den Umfang und die Qualität der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dem erreichten hohen Niveau der politischen Beziehungen anzugleichen."[641] Beide Seiten nutzten die Möglichkeit des „Russischen Jahres" 2006 in China und des „Chinesischen Jahres" 2007 in Russland, um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern zu fördern. Wladimir Putin und Hu Jintao lobten ihre Völker, die wüssten, dass „es ihr Schicksal ist, voneinander zu lernen und eng zusammenzuarbeiten".

China und Russland sind gemeinsam mit Kirgisistan, Usbekistan. Kasachstan und Tadschikistan Mitglieder der Shanghaier Organisation für Kooperation (SCO[642]). Beobachterstatus haben Indien, Iran, Pakistan und die Mongolei. Ursprünglich fand diese Gruppe 1996 zusammen, um das wechselseitige Vertrauen in dieser Region zu stärken, Truppen zu reduzieren, den Drogenhandel zu bekämpfen und Grenzstreitigkeiten beizulegen. Das Ziel der SCO reicht inzwischen darüber hinaus. Es schließt heute die gemeinsame Gewährleistung der regionalen Sicherheit und Stabilität auch mit mili-

641. Zitiert aus: Konzeption der Außenpolitik der Russischen Förderation v. 12.6.2008, Dokument Nr. Pr-1440.
642. Shanghai Cooperation Organisation. Die SCO ist kein Bündnis, sondern eine organisierte Zusammenarbeit von Staaten auf der Grundlage gemeinsamer strategischer Interessen.

tärischen Mitteln, die wirtschaftliche (Erdöl und Erdgas) und außenpolitische Kooperation und die Vertiefung der Beziehungen in den Bereichen Kultur, Bildung, Tourismus, Medien u. ä. ein. Die sechs Staatschefs der SCO vereinbarten im August 2007 auf ihrer Tagung in Bischkek, der Hauptstadt Kirgisiens, eine gemeinsame Struktur aufzubauen, um auf Bedrohungen für Frieden, Stabilität und Sicherheit reagieren zu können. Es liegt im objektiven Interesse der SCO, dass die Einflussnahme der USA in Zentralasien gestoppt und zurückgedrängt wird. Die Organisation hat überdies die historische Chance, eine beispielgebende Zusammenarbeit zwischen Staaten zu entwickeln, die auf den Prinzipien der gegenseitigen Achtung und Gleichberechtigung, der Berücksichtigung der Interessen aller Mitglieder, der einvernehmlichen friedlichen Lösung von Konflikten, der gemeinsamen Vorteilsnahme und der gemeinsamen Entwicklung beruht.

Die Beziehungen zwischen der VR China und der EU als zwei sich neu formierende internationale Kräftepole wurden bisher von beiden Seiten als Beweis dafür angesehen, dass es zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Ordnungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz möglich ist, auftretende Probleme und Widersprüche sachlich zu klären und für beide Seiten fruchtbar zusammenzuarbeiten. Den Schwerpunkt der beiderseitigen Beziehungen bildet die wirtschaftliche Zusammenarbeit, in der die BRD einen herausragenden Platz einnimmt. Daneben existiert ein vielschichtiges Konsultationssystem, das fast alle gesellschaftlichen Bereichen erfasst und aktiv genutzt wird. Die bisherige Praxis zeigt jedoch, dass es den herrschenden Kräften in der EU nicht nur um ökonomische Profite, sondern auch um eine ideologisch-politische Veränderung des in der Volksrepublik bestehenden Gesellschaftssystems geht. Teile der herrschenden Klasse in der EU drängen, wie ihr Auftreten im Zusammenhang mit den Ereignissen in Tibet und der Vorbereitung der Olympiade 2008 deutlich machte, auf eine offene Konfrontationspolitik gegenüber China. Nicht zu übersehen ist, dass die gemeinsamen Klasseninteressen der Regierenden in den USA und in der EU den letztlich entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung der Beziehungen der EU zur VR China nehmen.

Die Situation in den chinesisch-japanischen Beziehungen war bis 2006 dadurch gekennzeichnet, dass Japan vom chinesischen Wirt-

schaftsboom profitierte und sich die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen entwickelten, in den politischen Beziehungen jedoch eine Eiszeit herrschte. Das war in erster Linie darauf zurückzuführen, dass das offizielle Japan es ablehnte, mit den unheilvollen Traditionen des japanischen Militarismus zu brechen, in der Frage der umstrittenen Territorien im Ostmeer eine demonstrativ militante Haltung einnahm und dazu überging, die separatistischen Kräfte auf Taiwan offen zu unterstützen und Taiwan in seine „Neuen Richtlinien zur Nationalen Verteidigung" einzubeziehen.

Diese Situation begann sich den Besuchen des japanischen Ministerpräsidenten Abe im Oktober 2006 in China und dem Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao im April 2007 in Japan zu ändern. Beide Seiten brauchten eine Annäherung, um das Vorgehen bei der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums, die Zusammenarbeit in der Nordkorea-Frage und in anderen Fragen zu klären. Grundlage war das Bekenntnis zu den in den Verträgen und Abkommen der 70er und 80er Jahre festgelegten Prinzipien für die Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen. Bei dem Besuch des Ministerpräsidenten Yasuo Fukuda Ende Dezember 2007 in Beijing ging es in Vorbereitung des Japan-Besuchs Hu Jintaos vor allem um die Klärung der Besitzansprüche und Rechte für die Ausbeutung der Öl- und Gasvorkommen im Ostchinesischen Meer. Auf der Agenda standen auch das nordkoreanische Atomprogramm sowie die Taiwan-Frage. Beide Seiten bekannten sich zu dem Ziel, das Ostchinesische Meer zu „einem Meer des Friedens, der Zusammenarbeit und der Freundschaft" zu machen, auf der Grundlage der bereits erzielten Fortschritte die Konsultationen zu dieser Problematik auf hoher Ebene fortzusetzen und so schnell wie möglich eine Lösung zu finden. Unterzeichnet wurden eine Reihe von Dokumenten, darunter Vereinbarungen über den freundschaftlichen Besuchsaustausch von Jugendlichen und über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.[643] Im Mai 2008 stattete der Vorsitzende der VR China, Hu Jintao, Japan den weithin mit Spannung erwarteten und langfristig vorbereiteten Staatsbesuch ab. Es war der erste Besuch dieser Art seit zehn Jahren. Das allein war

643 Die Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten Wen Jiabao und dem japanischen Premier Yasuo Fukuda, in:: Xinhua She v. 28.12.2007, chines.

schon Ausdruck einses deutlichen Fortschritts in den politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. In seiner Rede an der Waseda-Universität in Tokio betonte Hu, China werde nach wie vor unbeirrt den Weg der friedlichen Entwicklung gehen. China stelle keine militärische Bedrohung dar und werde auch keine Hegemonie und Expansion anstreben. Hu erklärte, aus dem Spiegel der Geschichte ergebe sich, in Zukunft den Frieden zu schätzen und zu wahren. Am 7. Mai unterzeichneten Hu und der japanische Ministerpräsident eine „Gemeinsame Erklärung über den umfassenden Ausbau der strategischen Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen".

Beide Seiten erklärten darin, dass die chinesisch-japanischen Beziehungen zu den wichtigsten bilateralen Beziehungen Chinas und Japans gehörten. Es sei die einzige Alternative für beide Länder, langfristig eine friedliche und freundschaftliche Zusammenarbeit zu pflegen. Das Ziel sei der Aufbau einer Freundschaft über Generationen hinweg, einer nutzbringenden Kooperation und einer gemeinsamen Entwicklung auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz. Beide Seiten hatten es vermieden, historische Hypotheken anzusprechen, die in der Vergangenheit die Beziehungen belasteten. Eines der wichtigsten Ergebnisse war die weitere Annäherung im Streit um die Öl- und Gasfelder im Ostchinesischen Meer. Die chinesische Seite hatte vorgeschlagen, die derzeit nicht zu klärenden Fragen erst einmal auszuklammern und die gemeinsame Erschließung und Nutzung dieser Vorkommen anzustreben. Die Annäherung in dieser Frage war zweifellos ein Erfolg der neuen chinesischen Außenpolitik. Beide Seiten unterstrichen auch ihr Interesse an einer Fortschreibung des Kyoto-Protokolls zur Eindämmung des Klimawandels.

Die KP Chinas unterhielt 2007/2008 in unterschiedlichen Formen freundschaftliche Beziehungen mit über 400 Parteien und Organisationen verschiedener politischer Couleur in über 160 Ländern und Gebieten. Sie empfing in der Zeit von 2002-2007 über 1 200 ausländische Parteidelegationen. Darunter befanden sich fast 200 Delegationen, die von führenden Persönlichkeiten der Parteien geleitet wurden. Die KP Chinas ihrerseits schickte in diesem Zeitraum über 600 Delegationen ins Ausland. Der Austausch diente der Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses und der Freundschaft und förderte die gesunde und stabile Entwicklung der Beziehungen

Chinas mit anderen Ländern.

Die auswärtigen Beziehungen der KP Chinas sind Teil des Systems der äußeren Beziehungen Chinas, zu dem neben der Partei die der Regierung, des NVK, der Gewerkschaft und anderer Organisationen gehören. Sie alle verfolgen ein einheitliches Ziel: die Förderung des gegenseitigen Verständnisses und einer besseren Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Wenn von Unterschieden gesprochen wird, dann betrifft das die Bereiche, den Gegenstand der Arbeit, die gesetzten Schwerpunkte und die Art der Gestaltung der Beziehungen. [644]

Resümee

1. Auf der Suche nach einer Alternative zum „Sprung in den Kommunismus" entwickelte die KP Chinas seit 1978 verschiedene Gesellschaftsstrategien.

Ich hatte ursprünglich von drei Ansätzen der KP Chinas gesprochen, aus mittelalterlichen Verhältnissen heraus zu einer sozialistischen Gesellschaft überzugehen. Aus der Untersuchung der Reform- und Öffnungspolitik seit Ende 1978 ergibt sich, dass sich die Gesellschaftsstrategie der Partei auch in diesem Zeitabschnitt mehrfach verändert hat. Die Orientierungen des XII. und XIII. Parteitages 1982 und 1987 unterscheiden sich erheblich von denen der folgenden Parteikongresse. Das Vorgehen der KP Chinas in den 80er Jahren konnte in etwa noch mit den Vorstellungen Lenins vom Übergang aus mittelalterlichen Verhältnissen zum Sozialismus, die er im Rahmen seiner Neuen Ökonomischen Politik entwickelt hatte, verglichen werden.

Die grundlegende Veränderung im internationalen Kräfteverhältnis durch den Untergang des frühen Sozialismus in Europa stellte die KP Chinas Anfang der 90er Jahre vor die Notwendigkeit, ihr bisheriges Herangehen an die Entwicklung des Sozialismus im ökonomisch und kulturell rückständigen China prinzipiell zu überdenken. Hinzu kam, dass die Feststellung Deng Xiaopings, der Kapitalis-

644. Renmin Wang v. 25.9.2007.

mus habe noch Raum für seine Entwicklung, die Parteiführung „mit ihrem Kern", Jiang Zemin, inspirierte, diese Potenz des Kapitalismus für die eigenen Ziele umfassender und auf andere Art auszuschöpfen, als das die Partei in den 80er Jahren vorgesehen hatte. Der XIV. Parteitag 1992 setzte daraufhin prinzipiell neue strategische Eckpunkte in den Vorstellungen über den weiteren Weg des Aufbaus eines Sozialismus chinesischer Prägung. Die umfassende Nutzung des Kapitals für die Entwicklung des Landes, verbunden mit der Integration des Landes in die kapitalistische Weltwirtschaft[645], verquickte sich mit einer starken inhaltlichen Anlehnung an den Kapitalismus, seine Wege, Methoden und in bestimmtem Maße sogar an das Ziel seiner Produktion. Die KP Chinas wurde darauf fixiert, die Entwicklung der Großmacht China voranzutreiben und sich in absehbarer Zeit zumindest im absoluten Produktionsvolumen in der Spitze der entwickelten kapitalistischen Länder zu etablieren. Diesem Ziel untergeordnet wurde die Schaffung neuer ökonomischer und sozialer Verhältnisse und Strukturen. Der Kapitalismus, vermischt mit Elementen des chinesischen Mittelalters, begann die Faktoren und Kräfte, die in China für den Fortschritt zum Sozialismus stehen, zu schwächen und in den Hintergrund zu drängen. Der Preis für das „wirtschaftliche Wunder", das sich bis in die ersten Jahre des 21. Jahrhunderte entwickelte, waren die Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche, die Untergrabung der gesellschaftlichen Stabilität und der drohende Verlust der sozialistischen Perspektive. Das war die gesellschaftliche Situation, in der die Führung Hu Jintao/Wen Jiabao Ende 2002/Anfang 2003 ihre Arbeit aufnahm.

Sie musste dieser Lage in ihrer Strategie und Politik Rechnung tragen, konnte dabei aber auch die ökonomische Stärke nutzen, die China seit den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts gewonnen hat. Die neue Führung der Partei verblieb mit ihrer Politik zwar in dem vorgefundenen strategischen Rahmen, die von ihr vorgenommenen drei wesentlichen inhaltlichen Korrekturen sind jedoch prinzipieller Natur. Sie gehen von den derzeitigen nationalen Gegebenheiten Chinas und seinen heute gegebenen internationalen Möglichkeiten aus, grenzen sich mit der Aneignung des materiellen und geistigen

645 Mit der Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft wurde die chinesische Währung Renminbi zwar an den USA-Dollar gekoppelt, aber nicht dem Devisenmarkt überlassen.

Fortschritts der Menschheit in ihrem gesellschaftspolitischen Vorgehen in Grundfragen klar vom Kapitalismus westlicher Prägung ab und beschreiten wieder einen eigenen Weg des gesellschaftlichen Fortschritts unter Wahrung der sozialistischen Perspektive. Dem entspricht eine Außenpolitik, die auf eine aktive Sicherung des Friedens und die Verwirklichung eines demokratischen Fortschritts in der Welt gerichtet ist. Das erlaubt aus meiner Sicht auch in diesem Fall von einer wesentlich veränderten, von einer neuen Strategie der KP Chinas zu sprechen.

2. Die unmittelbare Konfrontation mit den realen Widersprüchen und den Interessen der verschiedenen Klassen, sozialen Schichten und Gruppen zwingt die Führung Hu Jintao/Wen Jiabao, die Strategie und Politik der KP Chinas ständig den gesellschaftlichen Realitäten und ihren Veränderungen anzupassen.

Offen ist, ob die neue Führungsspitze der Partei mit ihrem Amtsantritt bereits von der Notwendigkeit ausging, strategische Korrekturen vornehmen zu müssen, oder ob sie erst durch die Katastrophe der Lungenkrankheit SARS darauf aufmerksam gemacht wurde. Für das Erstere spricht, dass in dem Beschluss der 3. ZK-Tagung im Oktober 2003 bereits Elemente der korrigierten Strategie enthalten waren. Die folgenden Entwicklungen zeigten zugleich, dass die Schärfe der gesellschaftlichen Widersprüche die Führungsspitze Hu Jintao/ Wen Jiabao veranlassen, in ihren Korrekturen Schritt für Schritt weiter zu gehen. Die Fähigkeit, auf Widersprüche rechtzeitig zu reagieren, Lösungen zu suchen und dabei neue Wege zu beschreiten, unterscheidet die heutige Führungsspitze von der vormaligen Führung „mit dem Kern“ Jiang Zemin.

3. Die strategischen Korrekturen der Führung Hu Jintao/Wen Jiabao stießen von Anfang an auf große Hemmnisse, auf passive Abwehr und auf direkten Widerstand in der Partei und in den Regionen des Landes.

Die Korrekturen mussten und müssen mit einem Partei- und Staatsapparat durchgesetzt werden, der seit einem Jahrzehnt darauf ausgerichtet gewesen war, sich nicht an der tatsächlichen Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen, sondern an der einseitigen Steigerung des BIP zu orientieren. Ein anderer Aspekt, der die Neuausrichtung der Volkswirtschaft und der gesamten Gesellschaft erschwert, ist das verfestigte Streben jeder

Region, in ihren Bereich die Volkswirtschaft möglichst vollständig zu entwickeln und zugleich hinsichtlich natürlicher Ressourcen und Kapital gegenüber anderen Regionen eine protektionistische Politik zu betreiben. Das führt zur Vergeudung von nationalem Kapital in einem kaum vorstellbaren Ausmaß, verhindert die Entwicklung einer rationellen nationalen Arbeitsteilung und zögert die Herausbildung des einheitlichen nationalen Marktes hinaus.

Der Prozess der Anpassung der Strategie und Politik der Partei an die inneren und äußeren Realitäten verbindet sich mit Auseinandersetzungen gegen Kräfte, die sich aus unterschiedlichen Gründen mehr oder weniger gegen die Durchsetzung der neuen ökonomischen und sozialen Strategie der KP Chinas wenden. Den Hauptpart der oppositionellen Kräfte bilden aus meiner Sicht die neoliberalen Kräfte unter den chinesischen Ökonomen und Unternehmern. Opposition steht der Führung Hu Jintao/Wen Jiabao auch durch „linke" Kräfte ins Haus, die den gegenwärtigen Kurs der KP Chinas als „Kapitalismus chinesischer Prägung" attackieren.

4. Die strategischen Korrekturen der Führungsspitze Hu Jintao/Wen Jiabao befinden sich nach wie vor in einer sehr schwierigen Anfangsphase ihrer Durchsetzung.

Die von der heutigen Führung eingeleiteten und weitergeführten Korrekturen an der Strategie der Partei haben sich meiner Einschätzung nach in Partei und Staat noch nicht durchgesetzt. Auf einigen Gebieten ist auch noch nicht der Weg gefunden worden, die gesellschaftlichen Probleme und Widersprüche zu lösen. Das betrifft vor allem das Beschäftigungsproblem.[646] Hier zeigt sich eine Dimension von Widerspruch, die in Europa kaum vorstellbar ist und von der KP Chinas alles und mehr abverlangt. In dieser Situation muss die Partei aber auch einen großen Teil ihrer Kraft darauf verwenden, sich von korrupten Elementen zu säubern, um ihren gegenwärtigen und historischen Aufgaben überhaupt gerecht werden zu können. Ein letzter wesentlicher Aspekt ist hier zu nennen: Die gesellschaftliche Wirksamkeit eines Großteils der strategischen Korrekturen ist

646. „Hauptursachen für die Reibungen bei der Arbeitslosigkeit. Der Beschäftigungsdruck fordert eine chinesische Wirt- schaft hohen Wachstums (Folge 2 u. 3)", in: Jingji Cankao Bao, zitiert nach: Renmin Wang v. 18.10.2006, chines.. Im Zeitraum von 2006-2010 suchen jährlich über 24 Millionen Menschen in China einen Arbeitsplatz. Durch zusätzliche Investitionen des Staates konnte bis 2008 zwar erreicht werden, dass jährlich bis zu 11-12 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen, das Problem blieb dennoch über die Maßen groß.

unmittelbar mit dem Wechsel des ökonomischen Wachstumsmodells verbunden. Die Durchsetzung dieser korrigierten Strategie wird deshalb ein längerfristiger Prozess sein.

Die VR China durchlebt gegenwärtig eine schwierige Zeit. Wenn die KP Chinas die strategischen Korrekturen vollständig umzusetzen und damit auch die sozialen Widersprüche im Innern zu lösen vermag, wird sie eine qualitativ neue Ausgangsposition für ihre weitere gesellschaftliche Entwicklung und die Stärkung ihrer internationalen Positionen gewinnen.

Epilog

Die Frage nach dem Charakter der chinesischen Gesellschaft ist schwerlich zu beantworten, wenn sie nicht mit dem Charakter des Transformationsprozesses dieser Gesellschaft und seinen wechselnden internationalen Bedingungen verbunden wird. Sie ist nicht zu beantworten, wenn der Meinungsstreit sich damit begnügt festzustellen, jeder Fortschritt sei (schon) ein sozialistischer oder die Verbreitung von Kapital drücke aus, dass der Kapitalismus in China triumphiert hätte. Und da steht auch die Einschätzung der KP Chinas im Raum, wonach sich das Land nach Abschluss der Übergangsperiode 1956 ungeachtet der materiellen und kulturellen Rückständigkeit im Anfangsstadium des Sozialismus befände.

Vieles ist bei dieser Problematik zu hinterfragen. Wann ist eigentlich der Zeitpunkt erreicht, dass im Transformationsprozess aus vorkapitalistischen Verhältnissen die eigentliche Etappe des Aufbaus des Sozialismus einsetzt? Ist jeder gesellschaftliche Fortschritt in diesem Prozess schon ein Schritt beim Aufbau des Sozialismus? Kann es einen Sozialismus in Armut und Rückständigkeit geben? Drückt Vorhandensein von nationalem und internationalem Kapitalismus und Marktwirtschaft bereits aus, dass sich der Kapitalismus in der VR China durchgesetzt hat und das „Land der Mitte“ Teil des kapitalistischen Weltsystems geworden ist? Ist der Aufbau des Sozialismus bei dem gegenwärtigen internationalen Klassenkräfteverhältnis in einem so großen Land wie China, das grundsätzlich im Rahmen der kapitalistischen Globalisierung agiert auf friedlichem Wege, wie

von der KP Chinas angestrebt überhaupt möglich?

Gewichtige Fragen, die noch der konkreten Antwort harren. Ich will meine Meinung dazu darlegen, soweit sie mein Thema berühren, den Charakter der gegenwärtigen chinesischen Gesellschaft einzuschätzen.

In der Einschätzung der chinesischen Entwicklung verfallen wir, die wir „Chinesen" sind, oft in einen alten Fehler. Wir setzen Quantität für Qualität. Im Bemühen, die Erfolge von Reform und Öffnung anhand von Zahlen wie der Entwicklung des absoluten BIP und das Vorrücken der VR China auf vordere Plätze in der Weltwirtschaft herauszustellen, überzeichnen wir faktisch den tatsächlichen Entwicklungsstand des Landes. Wir wenden uns zu Recht dagegen, wenn China nach dem absoluten Ausstoß von Kohlendioxyd mit den USA verglichen wird. Allein der durchschnittliche Ausstoß pro Kopf der Bevölkerung kann die Realität in diesem Verhältnis wiedergeben. Also tun wir das auch in anderen Fällen, generell. Das bedeutet, davon auszugehen, dass die VR China, um bei dem obigen Beispiel zu bleiben, bei der Erzeugung des BIP im internationalen Durchschnitt pro Kopf auf Platz 106 (2008) zu finden ist. Auf diese Weise kommen wir dem tatsächlichen Entwicklungsniveau der gesellschaftlichen Produktivkräfte in der VR China schon näher. Wenn wir erkunden wollen, ob der Charakter und Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte in der VR China einem sich entwickelnden Sozialismus entspricht oder nicht, dann müssen wir eben auch die materiell fortgeschrittensten Produktivkräfte in der Welt zum Vergleich heranziehen; denn die Wirklichkeit des Sozialismus beginnt für mich dann und dort, wenn und wo er sich dem Kapitalismus tatsächlich überlegen zeigt. Was vor diesem historischen Punkt liegt, nenne ich eine Bewegung zum Sozialismus, eine sozialistische Bewegung.

Die KP Chinas nennt China ein Entwicklungsland mit niedrigem Einkommen. Das ist ein gewichtiger Anhaltspunkt für unsere reale Einschätzung. Im Prozess der Umwandlung aus einem Agrar- in ein Industrieland hat das Land bisher bestenfalls die Hälfte seines Weges zurücklegen können. Das Dorf mit dem überwiegenden Teil der Bevölkerung ist bisher kaum in die Industrialisierung einbezogen. Der allgemeine Stand der Arbeitsproduktivität in der Industrie beträgt nach Berechnungen chinesischer Ökonomen etwa ein Dreißigstel der Arbeitsproduktivität in den ökonomisch führenden

kapitalistischen Ländern. Wenn der Bauer mit seiner Arbeit die Nahrungsmittel nach wie vor nur für 1-2 Menschen zu produzieren vermag, dann heißt das, dass dieser Zweig der Volkswirtschaft mit etwa der Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung Chinas, wieder nach chinesischen Einschätzungen, mindestens um 40-50 Jahre hinter dem fortgeschrittensten Stand in der Welt zurückliegt. Und das bedeutet, dass sich das Dorf selbst in seinen materiellen Existenzbedingungen noch lange nicht von der traditionellen chinesischen Gesellschaft verabschiedet hat. Es entspricht also dem tatsächlichen Entwicklungsstand des Landes, wenn offiziell eingeschätzt wird, dass die materielle und kulturelle Rückständigkeit Chinas noch nicht überwunden ist. Dann ist auch Deng Xiaoping beizupflichten, dass es keinen „armen Sozialismus" geben kann. Scheinbar widerspricht dieser Aussage das Vorhandensein eines hohen Konsumtionsniveaus, allerdings beschränkt auf die begüterten Schichten insbesondere der Städte. In der Tat vereinen sich hier zwei grundverschiedene Gesellschaften zu einem bizarren Bild: Elemente der traditionellen Agrargesellschaft und eine hochmoderne Konsumgesellschaft.[647]

Es wäre kurzschlüssig, die nach wie vor nicht überwundene Rückständigkeit im Grunde der Politik des „großen Sprungs" und der „Kulturrevolution" anzulasten. Natürlich wirkten sich beide Geschehnisse darauf aus. Wenn wir die eigentliche Ursache für diese Rückständigkeit suchen wollen, brauchen wir vor allem einen ungetrübten Blick für das Ausmaß und damit für die Langwierigkeit der historischen Veränderungen, die in einem Transformationsprozess aus dem Mittelalter zum Sozialismus objektiv zu bewältigen sind. Selbst unter den Bedingungen der heutigen wissenschaftlich-technischen Revolution sind dafür hundert Jahre wahrscheinlich noch viel zu kurz gegriffen. Unter den Bedingungen des seit 1989/1990 zugunsten des Imperialismus veränderten internationalen Kräfteverhältnisses müssen wir einen weiteren Fakt berücksichtigen, der aus meiner Sicht die Politik der KP Chinas heute prägt: Die sozialistische Perspektive in China ist umso gesicherter, je eher das chinesi-

647. Vergl. Ai Weiwei, „"Ein Monster in Trümmern. Die Vereinigten Staaten träumten von der absoluten Freiheit. Nun wissen wir: Sie führt die Welt ins Verderben." In: Die Zeit v. 26.3.2009. Ai war nach 12 Jahren Aufenthalt in den USA wieder nach China zurückgekehrt und hat die Olympiade 2008 in Beijing konzeptionell maßgeblich mit gestaltet.

sche Volk die materielle und kulturelle Rückständigkeit des Landes unter Führung seiner kommunistischen Partei überwunden hat.

Die ökonomische Basis der VR China wird unter Führung der kommunistischen Partei und nach den Gesetzen der VR China gestaltet. Sie unterscheidet sich im bisherigen marxistischen Verständnis in den Eigentumsverhältnissen und den Bedingungen ihrer Realisierung sowohl vom klassischen Kapitalismus als auch von einem sich entwickelnden Sozialismus.

Die ökonomischen Beziehungen zwischen den staatlichen Unternehmen und den in ihnen Beschäftigten sind in ihrem Wesen Beziehungen zwischen Kapital und Lohnarbeit. Sie werden wie in anderen Formen des Eigentums an Produktionsmitteln im heutigen China im Rahmen der staatlichen Arbeitsgesetzgebung prinzipiell nach Angebot und Nachfrage auf dem Markt geregelt.

Der staatliche Sektor beherrscht die Kommandohöhen der Wirtschaft. Der Anteil des Gemeineigentums an der Erzeugung des BIP liegt schätzungsweise zwischen 22 und 24 Prozent. Der Anteil der vom Staat geförderten einheimischen Privatwirtschaft (Einzelwirtschaft, Kleingewerbe und privatkapitalistische Wirtschaft) ist bisher auf 66 Prozent (2008) angestiegen. Diese Sektoren haben außerdem einen Anteil an den abgeführten Steuern von 71 Prozent und an der Bereitstellung von neuen Arbeitsplätzen von 90 Prozent.[648] Das Kapital aus Xianggang und Taiwan sowie aus den wirtschaftlich führenden kapitalistischen Ländern produziert zusammen etwa 10 Prozent des chinesischen BIP und bestreitet etwa die Hälfte des Außenhandels der VR China (Bearbeitungshandel). Die Realisierung des Eigentums an Produktionsmitteln vollzieht sich insgesamt über ein bisher von der Regierung dominiertes System der Marktwirtschaft (einschließlich des Arbeitsmarktes und des gesamten Finanzmarktes). Das heißt, die KP Chinas setzt auf das Bewegungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise, das Kapital, mit seinen Triebkräften als grundlegendes „Antriebszentrum".

Die staatlichen Unternehmen sind gehalten, einen Teil ihres Gewinns nach Steuern an den Staat als Eigentümer für gesellschaftliche Zwecke abzuführen und in ihrer ökonomischen Tätigkeit die

648. Zeitung "Nanfang Dushi Bao" v. 27.3.2009.

von der kommunistischen Partei verfolgte gesellschaftliche Entwicklung zu fördern. Die öffentliche Daseinsfürsorge ist inzwischen wieder aus der Marktwirtschaft ausgegliedert und in die Verantwortung der Regierung übertragen worden. Die Reform des administrativen Systems sieht vor, die Marktwirtschaft weiter auszuprägen, zugleich aber auch die Makrokontrolle und -regulierung durch den Staat zu verstärken und weiter auszubauen.

Der Aufbau der materiellen Grundlagen des Sozialismus in China wird künftig sicherlich auch die Nutzung des Kapitalismus als Ergänzung für eine bestimmte Zeit einschließen. Die konkreten Eigentums- und Produktionsverhältnisse, die die KP Chinas heute und für eine längere Zeit zu nutzen sucht, haben jedoch selbst im Ansatz (noch) keinen sozialistischen Charakter. Die Gestaltung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse deutet vielmehr darauf hin, dass es der KP Chinas heute und für längere Zeit um die schnellstmögliche ökonomische Stärkung der VR China unter maximaler Nutzung des Kapitals und seiner Verwertungsbedingungen geht. Objektiv werden sich in diesem Prozess auch materielle Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus entwickeln. Die dabei betriebene besondere (kontrollierte) Förderung der chinesischen privatkapitalistischen Wirtschaft könnte als Weg verstanden werden, neben der Ausnutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der wirtschaftlich führenden kapitalistischen Länder das nationale Potential des Landes gegenüber diesen Ländern schneller zu entwickeln.

Die ökonomische Basis des heutigen China wird durch eine spezifische Art staatskapitalistischer Verhältnisse charakterisiert. Sie sollen das Vehikel sein, um gesellschaftlichen Produktivkräfte so zügig wie möglich zu entwickeln, Armut und Rückständigkeit in den Lebensverhältnissen der breiten Masse des Volkes zu überwinden und das komplexe Potential des Landes so zu stärken, dass die nationale Sicherheit und damit die sozialistische Perspektive unter allen Umständen abgesichert werden kann. Das unterscheidet diesen Staatskapitalismus prinzipiell vom klassischen Kapitalismus wie auch von der Funktion des Staatskapitalismus in den kapitalistischen Ländern.

In China entwickelt sich eine neuartige Klassen- und Sozialstruktur. Sie widerspiegelt in ihren Grundzügen eine Gesellschaft „nachholender Industrialisierung und Urbanisierung“ unter den

Bedingungen einer Marktwirtschaft: beschleunigte historische Ausbildung der Arbeiterklasse, eine sich quantitativ verringernde Bauernschaft, Ausbildung einer sozialen Schicht der Bourgeoisie, viele Zwischen- und Nebenschichten. Das Besondere und Neuartige an diesem sozialen Prozess ist seine Steuerung durch die Politik der heutigen chinesischen Führung in Richtung auf Bündelung aller nationalen Kräfte zur Beschleunigung der Modernisierung und Stärkung des Landes. Die KP Chinas ist daher bestrebt, den sozialen Widersprüchen, die sich in Interessenkonflikten äußern, bevor sie größere Dimensionen annehmen, durch einen Interessenausgleich auf gesetzlicher Basis den Boden zu entziehen und alle sozialen Kräfte unter Ausnutzung traditioneller kultureller Werte auf die „Renaissance der chinesischen Nation" zu orientieren. Der Charakter und die Orientierung dieser sozialen Politik zeigen sich für mich prägnant an vier Momenten: Abbau der sozialen Polarisierung, Einführung einer sozialen Grundsicherung für das gesamte Volk, Schaffung von Arbeitsplätzen und Bildungsmöglichkeiten für alle (einschließlich der Berufsausbildung), Stärkung der schwachen Position der Werktätigen und Sicherung ihrer Grundrechte in den Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital.

Im politischen Überbau widerspiegeln sich die ökonomischen und sozialen Widersprüche und die um die Lösung dieser Widersprüche ausgetragenen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Die politische Macht in den Händen der kommunistischen Partei ist nach wie vor weitestgehend hoch konzentriert. Auf zentraler Ebene und an der Basis der Gesellschaft (Dorf und Stadtbezirke) finden sich Anfänge demokratischer Organisation. Die hauptsächlichen Probleme, die diese Absicherung einschränken, sind aus meiner Sicht die seit den 90er Jahren geschwächte Klassenbasis der Macht unter den Arbeitern und Bauern, die Bürokratisierung des politischen Machtapparats und seine Durchdringung mit Korruption, das mangelnde Vermögen, die zentrale politische Linie zügig in den Regionen durchzusetzen und der Widerspruch hoch zentralisierter Macht und schwacher Ausprägung der Demokratie (Verhältnis zwischen Macht des Staates und Rechten der Bürger). In fast allen diesen Fragen sind unter der heutigen Führung neue Ansätze für eine Lösung zu beobachten. Das betrifft z. B. den Ausbau eines Rechtsstaates, das Bestreben, sich mit der allgemeinen Ausdehnung der Machtbasis

wieder stärker auf Arbeiter und Bauern zu stützen oder den Versuch, die Bekämpfung der Korruption unter den Führungskadern mit ihrer systematischen Erziehung im Sinne der revolutionären Traditionen („Jinggangshan"-Kader) zu verbinden.

In dem komplizierten Prozess der Aneignung der „bürgerlichen Kultur" und der damit verbundenen Auseinandersetzung mit westlich-bürgerlichen Infiltrationsbestrebungen steht die politische Macht insgesamt eindeutig für die Verteidigung und die politische Absicherung der sozialistischen Perspektive. Auch die VR China hat bisher jedoch selbst in Ansätzen keine neue Produktions- und Lebensweise, keine neue Konsumtionsweise entwickelt, die dem Kapitalismus überlegen ist. Sie folgt in all diesen Bereichen im Grunde dem westlich-kapitalistischen Vorbild. Vielleicht ist diese Erwartung angesichts noch nicht überwundener Armut und Rückständigkeit zu hoch angesetzt. Möglicherweise ist die Beibehaltung dieses Trends auf Dauer für die sozialistische Perspektive tödlicher als alles andere.

Die neue Außenpolitik zeigt bei allem Pragmatismus, bei allen z. T. weitgehenden Kompromissen gegenüber Washington und bei allem Bemühen, nicht in ernstere Konflikte oder gar in militärische Auseinandersetzungen mit dem Imperialismus hineingezogen zu werden, letztlich ein klares Profil, nämlich mit der Wahrnehmung eigener Interessen, unter Wahrung des Friedens und im Maße des sich verändernden internationalen Kräfteverhältnis dem Fortschritt in der Welt voranzuhelfen. Dabei kann die sich entwickelnde ökonomische und politische Zusammenarbeit der VR China vor allem mit den Ländern des nationalen und sozialen Befreiungskampfes in Lateinamerika dem revolutionären Weltprozess durchaus neue Impulse verleihen.

Das Bild der heutigen chinesischen Gesellschaft und die Art und Weise ihrer Gestaltung ähneln in ihre Grundzügen auffallend der „bürgerlich-demokratischen Gesellschaft neuen Typs" („bürgerlich-demokratische Gesellschaft unter Führung der Arbeiterklasse" oder neudemokratische Gesellschaft), wie sie auf dem VII. Parteitag der KP Chinas 1945 als eine der sozialistischen Revolution und dem sozialistischen Aufbau vorausgehende Entwicklungsetappe skizziert worden war. Vergleichbar sind z. B die langfristige Nutzung des einheimischen Privatkapitalismus und das ausländische Kapital für die Industrialisierung des Landes, die Zugehörigkeit der privatkapitalis-

tischen Unternehmer zur Kategorie des Volkes, die ausdrückliche Legitimität bürgerlichen Eigentums an Produktionsmitteln, die Anerkennung der Ausbeutung im gesetzlichen Rahmen (wenn auch heute „verklausuliert"), die Wahrung der legitimen Rechte der Werktätigen in den Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital und die staatliche Abstimmung der Interessen beider Seiten im Interesse einer progressiven nationalen Entwicklung. Die Bedingungen für die Realisierung einer solchen Gesellschaft sind heute natürlich wesentlich von denen der damaligen Zeit verschieden. Die VR China hat eine Reihe von widersprüchlichen Versuchen hinter sich, zum Sozialismus überzugehen. Das internationale Kräfteverhältnis ist heute ein grundlegend anderes. China entwickelt sich heute im Prozess der vom Kapitalismus geprägten ökonomischen Globalisierung. Der Einfluss äußerer kapitalistischer Faktoren auf die innere Entwicklung Chinas ist wesentlich umfassender und direkter. Dennoch: Die Ähnlichkeit in der ökonomischen und sozialen Struktur, wirtschaftlicher Zielsetzung und der Methoden und Mittel zu ihrer Verwirklichung ist nicht zu leugnen.

Ich fasse meine Einschätzung des Charakters der heutigen chinesischen Gesellschaft zusammen:

Die heutige chinesische Gesellschaft hat weder bereits sozialistischen Charakter noch ist sie eine bürgerliche Gesellschaft im marxistischen Verständnis. Sie befindet sich in ihrem historischen Transformationsprozess objektiv in einer Etappe, die dem Sozialismus vorausgehen kann. Ziel und Inhalt der Politik der KP Chinas, nicht ihre Theorie, entsprechen bei aller inneren Widersprüchlichkeit insgesamt den realen inneren und äußeren Bedingungen und den sich daraus ergebenden Erfordernissen und Möglichkeiten. Es ist eine Gesellschaft, die in ihrer ökonomischen Basis auf einer besonderen Art von Staatskapitalismus beruht und in ihrem politischen Überbau von der Macht in den Händen der KP Chinas bestimmt wird. Die Intensität und Breite der Zusammenarbeit mit dem Kapital und die damit verbundene Frage „Wer - wen?" machen diese „besondere Form des Klassenkampfes" (Lenin) im höchsten Maße zu einer Gratwanderung.

Anmerkung zu „China und die globale Krise“

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat begonnen, die Umsetzung der strategischen Korrekturen in China zusätzlich zu erschweren. Die Volksrepublik verfügt jedoch über die Chance, aus dieser Krise trotz möglicher erheblicher Verluste gestärkt hervorzugehen.

Seit dem Herbst 2008 haben sich die negativen Auswirkungen der bisherigen Exportlastigkeit der chinesischen Volkswirtschaft in der gesellschaftlichen Entwicklung immer stärker bemerkbar gemacht. China ist bisher durch die Krise aus meiner Sicht am härtesten durch den enormen Einbruch des Welthandels, in erster Linie des Handels mit den USA, getroffen worden. Vor allem in Mitleidenschaft gezogen wurde die Exportindustrie im Perlfluss-Dreieck und andern Teilen Süd- und Ostchinas. Dadurch verloren bis Ende 2008 als Erste rd. 20 Millionen Bauernarbeiter (Wanderarbeiter) ihren Job. Die Auswirkung der Krise wird weitere Arbeitsplätze kosten. Als der größte Gläubiger der USA hat China durch die Abwertung des US-Dollars schon 2008 erhebliche Verluste erlitten. Milliardengroße Verluste musste China bereits durch die Beteiligung seines Nationalen Vermögensfonds an einigen Banken in den USA und andern Ländern einstecken.[649] Die Krise wird auch alle anderen Schwachstellen der chinesischen Wirtschaft heimsuchen.

Insgesamt verfügt China jedoch über die Chance, wesentlich besser aus dieser Krise herauszukommen als die kapitalistischen Industrieländer. Das chinesische Bankwesen scheint imstande zu sein, die Krise ohne größere staatliche Unterstützung überstehen zu können. Bei der Auflage des gemeinsamen Konjunkturprogramms der zentralen und der lokalen Regierungen in einer Gesamthöhe von 4 000 Mrd. Yuan (rd. 435 Mrd. Euro) ist für die Banken nichts vorgesehen. Es dient ausschließlich der Ankurbelung der Binnennachfrage.[650] China verfügt über fast 2 000 Mrd. Dollar an De-

649. China ist u. a. an den US-Banken Private Equity Fonds Blackstone, Citygroup und Morgan Stanley beteiligt.
650. Nach Ausführungen des Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform, Zhang Pingzhu, werden diese 4000 Mrd. Yuan in folgenden Bereiche investiert rd. 400 Mrd. Yuan im Wohnungswesen einschließlich für billige Mieten, für die Verbesserung des Lebensstandards der dörflichen Bevölkerung 370 Mrd. Yuan, für die Verbesserung der Infrastruktur rd. 1500 Mrd. Yuan, für das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie andere soziale Bereiche 150 Mrd. Yuan, für Einsparung von Energie und

visenreserven und über etwa 20 000 Mrd. Yuan Spareinlagen der Bevölkerung und nicht zuletzt über einen riesigen Markt, der noch weitgehend zu erschließen ist. China wird wahrscheinlich mit einer deutlich geringeren Abhängigkeit von der Weltwirtschaft aus der Krise herauskommen. Es wird seinen Markt benutzen, um den gegenseitigen Wirtschaftsaustausch mit anderen Ländern, darunter sicher im verstärkten Maße mit den anderen Entwicklungsländern, zu halten und möglichst weiter auszubauen. Diese Absicht verkündete der Vorsitzende der VR China, Hu Jintao, auf seiner Reise durch vier afrikanische Länder im Februar 2009.[651]

Die Frage, ob China als der größte Gläubiger der USA seine USA-Staatspapiere angesichts der Auswirkungen der gegenwärtigen globalen Krise abstoßen oder sogar noch mehren wird, ist aus meiner Sicht nicht allein eine ökonomische, sondern wesentlich auch eine politische und Sicherheitsfrage für die VR China. Dieser Aspekt ist zu beachten, wenn wir z. B. lesen, dass der Generaldirektor bei der chinesischen Bankenaufsicht, Luo Ping, die Frage, ob die Chinesen auch in Zukunft weiter auf US-Staatspapiere setzen werden, trotz allen Missbehagens im Bezug auf das US-Finanzsystem bejahte.[652] China wird in diesem Sinne auch alles tun, um seine Dollar-Reserven nicht durch eine weitere Abwertung des US-Dollars gefährden zu lassen. Die VR China wird die von ihr geschaffene „gegenseitige Abhängigkeit strukturellen Charakters" mit den USA möglicherweise modifizieren, aber nicht aufgeben, bis dass der Anspruch der USA, sich die Welt zu unterwerfen und zu beherrschen, für China gegenstandslos geworden ist und ad acta gelegt werden kann.

Senkung der Emissionen 210 Mrd. Yuan, für die Regulierung der Industriestruktur und technische Rekonstruktion rd. 370 Mrd. Yuan und für den Wiederaufbau in den von Naturkatastrophen betroffenen Gebieten 1000 Mrd. Yuan. Siehe: Nanfang Dushi Bao v. 6.3.2009, chines.

651. „Hu Jintao: Weiterer Ruf an die internationale Gemeinschaft, die Schwierigkeiten Afrikas wirklich Aufmerksamkeit zu schenken", in: Nanfang Ribao v. 15.2.2009, chines.

652. Siehe: Financial Times v. 12.2.2009.

Anhang I

Mitgliedschaft der KP Chinas

Quellen:
Xinhua She v. 8.10.07, nach: Renmin Wang/ Rubrik „Nachrichten der KP Chinas"; Statistische Angaben der Abteilung Organisation des ZK der KPCh für Juni 2007,in: Renmin Ribao v. 9.10.07

Entwicklung der Mitgliederzahl

1997	60,417 Mio
1998	61,877 Mio
1999	63,221 Mio
2000	64,517 Mio
2001	65,749 Mio
2002	66,941 Mio
2003	68,232 Mio
2004	69,603 Mio
2005	70,801 Mio
2006	72,227 Mio
2007	73,363 Mio (Juni)

Zusammensetzung der Mitgliedschaft Juni 2007

a) Entwicklung seit dem 16. Parteitag 2002
Grundorganisationen: Zahl um 142 000 auf 3,607 Mio gestiegen
Gesamtzahl der Personen, die seit 2002 um Aufnahme ersuchten: 19,608 Mio, im Vergleich zur vorangegangnen Wahlperiode Zunahme von 4,48 Mio.

b) Soziale Zusammensetzung
Arbeiter * ..... 10,8 %
Bauern, Viehzüchter, Fischer ..... 31,5 %

Kader des Apparats, Leitungspersonal
von Unternehmen und Einheiten,
fachtechnisches Personal . . . . . 29,1 %
Militärs, Polizisten . . . . . 2,2 %
Studenten/Schüle . . . . . 2,6 %
Rentner . . . . . 18,8 %
Beschäftigte in Einheiten

außerhalb des Gemeineigentums . . . . . 4,3 %

c) Veränderung der Zusammensetzung der Mitgliedschaft nach sozialen, altersmäßigen, geschlechtlichen und nationalen Gesichtspunkten seit 2002
Arbeiter . . . . . + 10,6 %
Bauern, Viehzüchter, Fischer . . . . . + 6,3 %
Kader des Apparats, Leitungspersonal
von Unternehmen und Einheiten,
fachtechnisches Persona . . . . . + 5,4 %
Militärs, Polizisten im wesentlichen
gleich geblieben
Studenten, Schüler . . . . . + 254,6 %
Rentner . . . . . + 21,5 %
Beschäftigte in Einheiten
außerhalb des
Gemeineigentums . . . . . + 113,4 %
Frauen. . . . . + 19,9 %
Nationale Minderheiten . . . . . + 11,6 %
Bildungsniveau 3-4 Jahre
Hochschule und höher . . . . . +22,6 %

Die Entwicklung der Parteimitglieder im Zeitraum 2002-2007 war relativ ausgeglichen.

1. Die Qualität der neuen Mitglieder erhöhte sich stetig.
2. Die Struktur der Parteimitglieder verbesserte sich allmählich.
3. Die Gruppe der aktiven Elemente unter den neuen Mitglieder

Anhang II

Daten aus der Geschichte der KP Chinas (1936-2008)

1935	Januar	Erweiterte Tagung des Politbüro des ZK der KPCh in Zunyi (Provinz Guizhou) Beschluss des ZK der KPCh über die Bilanz des Kampfes gegen die fünf feindlichen Feldzüge Tschiang Kai-scheks gegen das Zentrale Sowjetgebiet, neue Führung der Partei mit Mao Zedong
1937	22.-25.8	Erweiterte Tagung des Politbüros des ZK der KPCh in Luochuan (Provinz Shaanxi) Beschluss „Zehn große Leitlinien für den Widerstand gegen Japan und zur Rettung des Landes“
	Dezember	Tagung des Politbüros des ZK der KP Chinas in Wabao. Kampf gegen die ultralinke Linie als Hauptgefahr für die Partei, Orientierung auf die Schaffung einer breiten und starken antijapanischen nationalen Einheitsfront
1938	29.9.-6.11.	Erweiterte 6. Tagung des ZK der KPCh in Yanan. Orientierung auf die Festigung und Erweiterung der antijapanischen nationalen Einheitsfront
1945	20.4.	7. Tagung des ZK der KPCh in Yanan Beschluss über einige Fragen der Geschichte
	23.4.- 11.6.	VII. Parteitag der KP Chinas in Yanan Bericht Mao Zedongs „Über die Koalitionsregierung“, Orientierung auf den Aufbau Aufnahme der „Ideen Mao Zedongs“ alsLeitlinie für die gesamte Arbeit der Partei in das Parteistatut
	19.6.	1. Tagung des VII. ZK der KPCh. Wahl Mao Zedongs zum Vorsitzenden des ZK und des Sekretariats des ZK der KPCh

1949	5.-30.3.	2. Tagung des ZK der KPCh in Xibopo Beschluss über die Verlagerung des Schwerpunktes der Arbeit der Partei vom Dorf in die Stadt mit der zentralen Aufgabe des Aufbaus der Produktion, Orientierung nach dem Sieg im Lande auf Umwandlung Chinas aus einem Agrar- in ein Industrieland und des Übergangs von der neudemokratischen zur sozialistischen Revolution
1950	6.-9.6.	3. Tagung des ZK der KPCh in Beijing Beschluss, innerhalb von drei Jahren durch die Bodenreform, die Regulierung von Industrie und Handel, Ausmerzung der Konterrevolution und Neuordnung der Partei einen grundlegenden Umschwung in der finanzökonomischen Lage des Staates zu erreichen und die Bedingungen für den planmäßigen Wirtschaftsaufbau zu schaffen
1954	6.-10.2.	4. Tagung des ZK der KPCh in Beijing. Gao Gang und Ruo Shushi werden der Spaltung der Partei beschuldigt. und aus der Partei ausgeschlossen Beschluss über die Verstärkung der Geschlossenheit der Partei
1956	15.-27.9.	VIII. Parteitag der KP Chinas Einschätzung, dass die sozialistische Ordnung in China bereits grundlegend geschaffen wurde, grundlegendes Ziel ist nun, die Produktivkräfte unter den neuen Produktionsverhältnissen zu schützen und zu entwickeln
		Neuer Hauptwiderspruch „zwischen der Forderung des Volkes nach Errichtung eines fortschrittlichen Industrielandes und der Situation, dass unser Land noch ein rückständiges Agrarland ist“
	28.9.	1. Tagung des VIII. ZK der KPCh Wahl Mao Zedongs zum Vorsitzenden des ZK der Partei

1957	20.9.-9.10.	3. erweiterte Tagung des ZK der KPCh in Beijing. Grundsätzliche Annahme des verbesserten Entwurfs des Grundrisses für die Entwicklung der Landwirtschaft 1956-1967 Mao Zedong kennzeichnet Hauptwiderspruch im Gegensatz zum VII: Parteitag wieder als Widerspruch zwischen sozialistischem und kapitalistischem Weg
1958	11.-22.1.	Beratung in Nanning. Mao Zedong betont die „permanente Revolution“ und kritisiert den Kampf gegen das „Voranpreschen“ 1956 als politische Frage. Im Ergebnis breitet sich „linke“ Ideologie des überhasteten Strebens nach Erfolgen aus
	9.-26.3.	2. Tagung des VIII. Parteitages der KP Chinas Mao setzt in der Partei Rückkehr zur Formulierung des Hauptwiderspruchs vor dem VIII. Parteitag 1956 durch: Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen sozialistischem und kapitalistischem Weg . Annahme der Grundgedanken Maos über die Generallinie Aufruf, England bei den hauptsächlichen Industrieerzeugnissen in 15 oder weniger Jahren einzuholen und zu überholen
	5.-23.5.	Erweiterte Tagung des Politbüros des ZK der KPCh in Beidaihe Festlegung erhöhter Kennziffern für die Produktion in Industrie (Verdopplung der und Landwirtschaft 1958 Produktion von Stahl gegenüber 1957) „Beschluss zu Fragen des Aufbaus von Volkskommunen auf dem Dorf“
1958	28.11.-10.12	6. Tagung des ZK der KPCh in Wuchang „Beschluss über einige Fragen der Volkskommune“
	2.7.-16.8.	Erweiterte Tagung des Politbüros des ZK der

		KPCh in Zhengzhou (2. Beratung in Zhengzhou) Im Mittelpunkt Lösung der Fragen des Eigentums der Volkskommune und des „kommunistischen Windes“
1960	7.-17.1	Erweiterte Tagung des Politbüros des ZK der KPCh in Shanghai Nochmalige Erhöhung der Kennziffer für die Stahlproduktion auf 18,4 Mio t
1961		Reihe von Arbeitskonferenzen des ZK der KPCh Maßnahmen zur Korrektur „linker“ Volkskommunepolitik und zur Stabilisierung der Wirtschaft
1962	11.-1.2.	„Tagung der Siebentausend“ Erste Analyse der Fehler und Mängel in der Politik seit 1958, weitere Schritte zur Wiederherstellung der Wirtschaft
	21.-23.2.	Erweiterte Tagung des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh in Beijing („Tagung im Westgebäude“) Chen Yi über die ökonomisch-finanzielle Lage des Landes mit 6 Vorschlägen zur Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft
	14.-17.9.	10. Tagung des ZK der KPCh in Beijing Rede Mao Zedongs „Über Fragen der Klassen, die Lage, die Widersprüche und den Zusammenschluss der Partei“ Orientierung auf den Generalkurs zur Entwicklung der Volkswirtschaft mit der Landwirtschaft als Grundlage und der Führung durch die Industrie
1963	5.3.	Aufruf in der „Renmin Ribao“ zur Massenkampagne „Lernen vom Genossen Lei Feng“
1965	8.-15.12.	Erweiterte Tagung des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh in Shanghai

		Von Mao Zedong geleitet, Stabschef Luo Ruiqing parteifeindlicher Machenschaften in den Streitkräften beschuldigt und in seiner Funktion durch Yang Chengwu abgelöst, Stärkung Armeeführung unter Lin Biao
1966	4.-26.5.	Erweiterte Tagung des Politbüros des ZK der KPCh in Beijing Annahme der „Weisung vom 15.5.“, Ablösung der „Fünfergruppe für die Kultur revolution“ unter Peng Zhen, Einsetzung Gruppe für Kulturrevolution unter Chen Boda
1966	1.-12.8.	Tagung des ZK der KPCh in Beijing „Beschluss über die Große Proletarische Kulturrevolution“ Großschriftwandzeitung Mao Zedongs „Bombardiert die Stäbe“ v. 5.8.
	16.8.	Mao Zedong empfängt zum ersten Mal Rotgardler aus allen Teilen des Landes auf dem Tiananmen-Platz in Beijing
1967	1.4.	Veröffentlichung des Artikels von Qi Benyu „Patriotismus oder Landesverrat? – Kritik an dem reaktionären Film ‚Die geheime Geschichte des Qing-Palastes'“ – Beginn der öffentlichen Angriffe auf Liu Shaoqi (noch ohne Namensnennung)
1968	13.-31.10.	12. Tagung des ZK der KPCh in Beijing Ausschluss Liu Shaoqis „auf ewig“ aus der Partei und Absetzung von allen seinen Ämtern in Abwesenheit
1969	1.-24.4.	IX. Parteitag des KP Chinas Analyse und Bekräftigung der „Kulturrevolution“, Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats, Wahl Mao Zedongs als Vorsitzender und Lin Biao als sein Stellvertreter und Nachfolger

1970	23.8.-6.9.	2. Tagung des ZK der KPCh in Lushan Vorschlag Lin Biaos, die Funktion des Vorsitzenden der VR China zu schaffen, diese Funktion mit Mao Zedong zu besetzen und beide Formulierungen in die Verfassung aufzunehmen, von Mao abgelehnt, scharfe Kritik Maos an Chen Boda als Initiator dieses Vorschlages
1971	13.9.	„Vorfall vom 13. September", Flucht Lin Biaos in die Sowjetunion, Abschuss seines Flugzeuges durch China über der Mongolei, Tod Lin Biaos
1973	24.-28.8.	X. Parteitag der KP Chinas Bekräftigung der Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und der politischen und organisatorischen Linie des IX. Parteitages, ultralinke Kräfte um Jiang Qing und Kräfte um Zhou Enlai, die für eine Normalisierung der gesellschaftlichen Entwicklung eintraten, beide etwa paritätisch im neuen ZK vertreten
1974	24.-25.1.	Jiang Qing leitet die Kampagne der Kritik an Lin (Biao) und Kong (fuanismus) ein
	22.2.	Mao Zedong verkündet seine Drei-Welten-Theorie und ruft zum Zusammenschluss im Kampf gegen Hegemonie auf
1975	8.-10.1.	2. Tagung des ZK der KPCh in Beijing Vorbereitung der Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses Wahl Deng Xiaopings zum stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der KPCh Auf der anschließenden Tagung des NVK übernahm Deng als stellvertretender Minister präsident die Regierungsgeschäfte für den erkrankten Zhou Enlai
1976	7.4.	Das Politbüro des ZK der KPCh beschloss nach Entscheidung Mao Zedongs, Hua Guofeng als

		ersten stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der KPCH und als Ministerpräsident der VR China einzusetzen
	9.9.	Tod Mao Zedongs
	6.10.	Das Politbüro des ZK der KPCh verhaftet unter Führung Hua Guofengs die „Viererbande“
1977	16.-21.7.	3. Tagung des XI. ZK der KPCh in Beijing Hua Guofeng wird zum Vorsitzenden des ZK der KPCh und zum Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission gewählt, Deng Xiaoping wird wieder in seine Funktionen eingesetzt
	12.-18.8.	XI. Parteitag der KP Chinas Die „Kulturrevolution“ wird für beendet erklärt, aber als Theorie und generelle Politik bekräftigt, Orientierung auf den Aufbau eines sozialistischen, modernen und starken Landes bis zum Ende des Jahrhunderts
1978	24.4.	Beschluss des ZK über einige Fragen der beschleunigten Entwicklung der Industrie („30 Punkte für die Industrie“)
	18.-22.12.	3. Tagung des XI. ZK der KPCh Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik
1979	11.1.	Beschluss des ZK der KPCh über einige Fragen der bescheunigten Entwicklung der Landwirtschaft (Entwurf) und Annahme der Statuten für die Arbeit der dörflichen Volkskommune (Entwurf für versuchsweise Durchführung)
	30.3.	Rede Deng Xiaopings auf einer Beratung der Partei über das Festhalten an den „vier Grundprinzipien“ bei der Modernisierung des Landes: am sozialistischen Weg, an der Diktatur des Proletariats, an der Führung durch die KP

		und am Marxismus-Leninismus und den Ideen Mao Zedongs
	5.-28.4.	Arbeitskonferenz des ZK der KPCh Aufstellung des Kurses „Regulierung, Reform, Konsolidierung und Niveauerhöhung" der Volkswirtschaft
	25.-28.9.	4. Tagung des ZK der KPCh in Beijing Beschluss über einige Fragen der beschleunigten Entwicklung der Landwirtschaft, Wahl Zhao Ziyangs und Peng Zhens in das Politbüro
1980	23.-29.2.	5. Tagung des ZK der KPCh in Beijing Verstärkung und Verbesserung der Führung durch die Partei, Beschluss „Einige Normen für das innerparteiliche Leben" Wiederherstellung des Sekretariats des ZK der Partei, Wahl Hu Yaobangs und Zhao Ziyangs in den Ständigen Ausschuss des Politbüros und Hu Yaobangs zum Generalsekretär des ZK, Wahl der Mitglieder des Sekretariats, Rücktritt Wang Dongxings als stellvertretender Parteivorsitzender und von allen seinen Parteifunktionen, Rücktritt Ji Dengkueis, Wu Des und Chen Xilians als Mitglieder des Politbüros sowie von allen ihren Partei- und Staatsfunktionen, Beschluss über die Rehabilitierung Liu Shaoqis
	18.-23.8.	Erweiterte Tagung des Politbüros des ZK der KPCh in Beijing Referat Deng Xiaopings über die historische Aufgabe, das Eindringen bürgerlicher Ideologie zu bekämpfen und das restliche Gift des Feudalismus auf politischem und ideologischem Gebiet zu beseitigen
1981	27.-29.6.	6. Tagung des ZK der KPCh in Beijing Beschluss über einige Fragen der Geschichte der Partei seit der Gründung der VR China

		Rücktritt Hua Guofengs als Vorsitzender des ZK der Partei und Vorsitzender der Zentralen Militärkommission, Wahl Hu Yaobangs zum Vorsitzenden des ZK der Partei und Deng Xiaopings zum Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission
1982	1.-10.9.	XII. Parteitag der KP Chinas Beschluss über die Vervierfachung des BPW der Industrie und Landwirtschaft und Vervielfachung des Einkommens der Bevölkerung bis 2000 Enge Verbindung der Entwicklung von materieller und geistiger Zivilisation, mit sozialisti scher Demokratie und einer Rechtsordnung, damit das Volk noch besser die Staatsmacht ausüben kann
	20.10.	3. Tagung des ZK der KP Chinas Beschluss über die Reform des Wirtschaftssystems, damit Verlagerung des Schwerpunktes der Reform auf die Stadt, den staatlichen Sektor und Erweiterung der Öffnung nach außen
1986	28.9.	6. Tagung des ZK der KPCh in Beijing Beschluss über den Aufbau der geistigen Zivilisation des Sozialismus
1987	28.1.	Mitteilung des ZK der KPCh über einige Fragen der gegenwärtigen bürgerlichen Liberalisierung
25.10.-1.11.		XIII. Parteitag der KP Chinas Theorie vom Anfangsstadium des Sozialismus – China bereits sozialistisch, aber Sozialismus noch am Anfang, Beschluss über Vervierfachung des Bruttoproduktionswertes und Aufbau einer Gesellschaft des kleinen Wohlstands bis 2000, Wahl Zhao Ziyangs zum Vorsitzenden des

		ZK der KPCh
1988	26.-30.09.	3.Tagung des ZK der KPCh in Beijing Beschluss, bei Beibehaltung der Grundrichtung der Reform und Öffnungspolitik das Schwergewicht der Arbeit für die Jahre 1989/1990 auf die Stabilisierung der ökonomischen Lage, die Schaffung eines günstigeren Umfeldes für die Reform und auf die Festigung der Einheit und Kampfkraft der Partei zu legen
1989	15.4.	Tod Hu Yaobangs. Beginn von studentischen Demonstrationen für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, Beseitigung der Korruption und Bürokratismus im Partei- und Staatsapparat, Demokratie und die Schaffung einer sozialistischen Rechtsordnung, mehr und mehr verbunden mit Angriffen gegen die KPCh, ihre führende Persönlichkeiten und den Sozialismus
	4.6.	Räumung des Tiananmen-Platzes von Demonstranten durch das Militär
	23.-24.6.	4. Tagung des ZK der KPCh in Beijing Absetzung Zhao Ziyangs als Generalsekretär des ZK und Wahl Jiang Zemins in diese Funktion, weitere Umbesetzungen im Politbüro und im Sekretariat des ZK der Partei
1992	18.1.-21.2.	Deng Xiaoping auf seiner Südreise: Denken noch stärker befreien, Geisteshaltung verändern, orientierte auf Schaffung neues Sozialismus-Modell, das dann als sozialistische Marktwirtschaft entwickelt wurde
	12.-18.10.	XIV. Parteitag der KP Chinas Zusammenfassung der Überlegungen zur Theorie des Sozialismus chinesischer Prägung Bekräftigung der sozialistischen Marktwirtschaft als neues ökonomisches Zielmodell des

		Sozialismus chinesischer Prägung Orientierung auf Erhöhung des Tempos wirtschaftlicher Entwicklung
1997	19.2.	Deng Xiaoping stirbt im Alter von 93 Jahren.
	29.5.	Rede Jiang Zemins an der Parteischule des ZK der KPCh zum Anfangsstadium des Sozialismus, zur Reform des Wirtschaftssystems und zum Aufbau der Partei, ausführliche Definition der Theorie Deng Xiaopings
	12.-18.12.	XV. Parteitag der KP Chinas Theorie Deng Xiaopings als „Seele des Parteitages". Zwei Sprünge in Anwendung des Marxismus-Leninismus auf China: die Ideen Mao Zedongs und die Theorie Deng Xiaopings
1998	21.11.	Beschluss des ZK der KPCh über die vertiefte Erziehung zur Parteilichkeit und zum Arbeitsstil der Partei in den Führungsgruppen mit dem Hauptinhalt Studium, Politik und Moral
2001	1.7.	Rede Jiang Zemins zum 80. Jahrestag der Gründung der KP Chinas Die Partei muss entschlossen den „drei Vertretungen" nachkommen, um ihre historischen Aufgaben erfüllen zu können Stärkung der Klassen- und Massenbasis der Partei, Aufnahme der fortschrittlichen Vertreter der neuen sozialen Schichten in die Partei
2002	8.-14.11.	XVI. Parteitag der KP Chinas Dritte Führungsgeneration mit Jiang als Kern löste Frage, welche Partei China im 21. Jahrhundert braucht und wie sie aufzubauen ist, Gedanken der „drei Vertretungen" als Leitideologie in das Parteistatut aufgenommen, Beschluss, bis 2020 das BIP abermals zu vervierfachen und die Gesellschaft des kleinen

		Wohlstandes allseitig errichten, Hu Jintao zum Generalsekretär des ZK der Partei gewählt, erstmals normaler Wechsel in der Führungsspitze
	4.12.	Rede Hu Jintaos zum 20. Jahrestag der Verfassung der VR China Betonung der Autorität des Grundgesetzes, dem sich auch die KP China unterzuordnen hat
	28.12.	Tagung des Politbüros des ZK der Partei in Beijing Das Dorf, der Bauer und die Landwirtschaft (san-nong) müssen im Mittelpunkt der gesamten Arbeit der Partei stehen
2003	1.1.	ZK der Partei und Staatsrat veröffentlichen als erstes Dokument des Jahres „Meinungen über einige Politiken zur Förderung des Wachstums der bäuerlichen Einnahmen“
	11.-14.10.	3. Tagung des ZK der KP Chinas Beschluss über einige Fragen der Vervollkommnung des Systems der sozialistischen Marktwirtschaft, Vorschläge des ZK der KPCh über inhaltliche Korrekturen der Verfassung, im Beschluss bereits erste Gedanken von der „wissenschaftlichen Auffassung über die Entwicklung“ enthalten
2004	7.11.	Das ZK der KPCh veröffentlicht ein Dokument über die Kampagne, an der Erziehung der Parteimitglieder zur Fortschrittlichkeit mit dem Hauptinhalt der wichtigen Gedanken von den drei Vertretungen festzuhalten
2005	3.1.	Das ZK der KPCh gibt ein Dokument für den Aufbau eines Systems zur Vorbeugung gegen die Korruption heraus
	27.6.	Das Politbüro des ZK der KPCh erörtert einige

		Fragen der mittel- und langfristigen Planung zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik
	8.-11.10.	5. Tagung des ZK der KP Chinas Vorschlag des ZK der KPCh für die Ausarbeitung der Fünfjahresvorhaben elfter Folge (2006-2010) für die ökonomische und soziale Entwicklung des Landes
2006	5.-6.1.	5. Tagung der Disziplinkontrollkommission des ZK der KPCh Arbeitsbericht über die weitere Verstärkung der Dynamik bei der Abwehr der Korruption und der Herausbildung einer sauberen Politik
	26.5.	Tagung des Politbüros des ZK der KPCh Beratung zur Reform des Systems der Einkommensverteilung
	24.9.	Tagung des Politbüros des ZK der KPCh Entgegennahme des Berichts der Disziplinkontrollkommission des ZK über erste Ergebnisse aus der Untersuchung des Falls des Genossen Chen Liangyu
	8.-11.10.	6. Tagung des ZK der KP Chinas Beschluss über einige wichtige Probleme bei der Schaffung einer harmonischen sozialistischen Gesellschaft
	22.10.	Großveranstaltung zum 70. Jahrestag des Langen Marsches der Roten Armee
2007	10.3.	Das ZK der KPCh und der Staatsrat veröffentlichten Anweisungen zur weiteren Verstärkung der Arbeit im Bereich der Beantwortung von Eingaben der Bürger und Regelung ihrer mündlich vorgetragenen Anliegen
	16.6.	Tagung des Politbüros des ZK der KPCh Beratung über die Verstärkung des Aufbaus eines Systems der öffentlichen kulturellen Dienstleistungen

	26.7.	Tagung des Politbüros des ZK der KPCh Analyse der gegenwärtigen Situation der Volkswirtschaft und der Arbeit im Bereich der Wirtschaft, Orientierung auf die Verhinderung einer Überhitzung der Wirtschaft als erstrangige Aufgabe
	15.-21.10.	XVII. Parteitag der KP Chinas Der Kongress stand im Zeichen der Theorie des Sozialismus chinesischer Prägung und des allseitigen Aufbaus der Gesellschaft des kleinen Wohlstands bis 2020. Betonung der Erhöhung der Qualität gesellschaftlicher Entwicklung, Erhöhung des Lebensstandards des Volkes als Schwerpunkt des sozialen Aufbaus bezeichnet, neues Projekt für den Aufbau der Partei beschlossen
2008	9.-12.10.	3. Tagung des ZK der KPCh in Beijing Arbeitsbericht des Politbüros Beschluss über einige wichtige Fragen in der Reform und Entwicklung des Dorfes
	18.12.	Rede Hu Jintaos auf einer Großveranstaltung zum 30. Jahrestag der Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik
26.12.		Tagung des Politbüros des ZK der KPCh 19. kollektives Studium des Politbüros, Thema: Vertiefung der Propaganda und Erziehung zur Vermittlung der großen Bedeutung von Reform und Öffnung, entschlossen den Weg des Sozialismus chinesischer Prägung gehen

Über den Autor

Prof. Dr. Peters, geb. 1930, im Erstberuf Tischler, studierte nach Absolvierung einer Arbeiter- und Bauernfakultät an der Karl-Marx-Universität Leipzig Sinologie und Japanologie sowie anschließend postgradual zwei Jahre an der Beijing-Universität in der VR China. Er habilitierte sich zur Problematik der gesellschaftlichen Entwicklung der Volksrepublik 1957-1978. Die insgesamt acht Jahre seines Aufenthaltes in China, darunter 5 Jahre als Diplomat der DDR, vermittelten ihm unmittelbare Einsichten in die gesellschaftliche Entwicklung des Landes, die sich in seiner wissenschaftlichen Arbeit widerspiegeln. Peters leitete zwei Jahrzehnte den Forschungsbereich VR China an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und ist Autor zahlreicher Publikationen, in denen die Spezifik des Übergangs Chinas aus im Wesentlichen mittelalterlichen Verhältnissen zum Sozialismus im Mittelpunkt steht. 1990 „abgewickelt“ lebt er heute als Rentner in Berlin.

Spätestens seit dem Überfall Chinas auf das sozialistische Vietnam haben viele Menschen sich gefragt: Ist ein solches Land, das einen Aggressionskrieg gegen seinen sozialistischen Nachbarn führt, das immer offener mit den USA und der NATO und den reaktionärsten Kräften in der Welt paktiert, ist ein solches China noch sozialistisch?

Der Autor, der schon mehrere Bücher über China geschrieben hat und Sinologe ist, geht dieser Frage anhand der Geschichte Chinas seit seiner revolutionären Befreiung bis heute nach. Er untersucht das Verhältnis von Maoismus und Sozialismus in seinen Wandlungen, die Entwicklung der Pekinger Führer zu Bündnispartnern des Imperialismus und die neuesten Versuche der »Modernisierung« Chinas, um auf diesen Grundlagen eine Antwort zu formulieren auf die Frage nach dem Sozialismus in China.